

Freistaat Bayern

Haushaltsplan 1997/1998

Einzelplan 10

für den Geschäftsbereich

des Bayerischen Staatsministeriums
für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit

Inhalt

Vorwort	3
Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 1997 und 1998	9
Kapitel 10 01 Ministerium	10
Kapitel 10 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 10	26
Kapitel 10 03 Allgemeine Bewilligungen	36
Kapitel 10 04 Landesprüfungsamt für Sozialversicherung	64
Kapitel 10 05 Allgemeine Bewilligungen – Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation	72
Kapitel 10 06 Allgemeine Bewilligungen – Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen	116
Kapitel 10 07 Allgemeine Bewilligungen – Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe	140
Kapitel 10 08 Allgemeine Bewilligungen – Gesundheits- und Veterinärwesen	168
Kapitel 10 10 Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte	186
Kapitel 10 12 Bayerisches Landessozialgericht, Sozialgerichte	198
Kapitel 10 15 Verwaltungsschule der Sozialverwaltung (bisher Kap. 10 09)	210
Kapitel 10 20 Bayerisches Landesamt und Ämter für Versorgung und Familienförderung	220
Kapitel 10 24 Reha-Kliniken der Versorgungsverwaltung	240
Kapitel 10 30 Bayerisches Landesamt für Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik, Bayerische Akademie für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin, Gewerbeaufsichtsämter	252
Kapitel 10 40 Sozialabteilungen einschl. Gesundheits- und Veterinärwesen sowie Oboersicherungsämter bei den Regierungen	272
Kapitel 10 41 Landesversicherungsanstalten	274
Kapitel 10 50 Rückführung von Deutschen	276
Kapitel 10 53 Unterbringung von Asylbewerbern	290
Kapitel 10 55 Heimatauskunftsstellen	304
Kapitel 10 56 Haus des Deutschen Ostens	308
Kapitel 10 60 Bayerisches Landesjugendamt	316
Kapitel 10 65 Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung	322
Kapitel 10 71 Krankenhaus Hohe Warte, Bayreuth	330
Kapitel 10 72 Unterbringung psychisch kranker Straftäter – Forensische Psychiatrie	334
Kapitel 10 80 Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik	338
Kapitel 10 90 Staatliche Gesundheitsämter (Landratsämter) und Landgerichtsärzte	346
Kapitel 10 91 Staatliche Veterinärämter (Landratsämter)	356
Kapitel 10 92 Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen	364
Abschluß	380
Übersicht Verpflichtungsermächtigungen	381
Anlagen:	
Anlage zu	
Kapitel 10 71 Wirtschaftsplan für das Krankenhaus Hohe Warte, Bayreuth	385
Anlage S Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen mit mehr als 750 000 DM Gesamtkosten im Einzelfall für den Bereich des Epl. 10	391
Stellenplan	403

Vorwort zum Einzelplan 10

Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

1. Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit ist im Gesamtbereich der Gesellschaftspolitik für Fragen der Arbeits-, Sozial-, Familien-, Frauen- und Gesundheitspolitik zuständig. Es pflegt die Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeit und den sonstigen in diesen Bereichen tätigen Stellen. Bei der Regelung einschlägiger Fragen der Bundesgesetzgebung wirkt es mit. Im einzelnen umfaßt der Aufgabenkreis insbesondere

1.1 Arbeit und berufliche Bildung

- 1.1.1 Grundsatzfragen der Sozial- und Arbeitspolitik
- 1.1.2 Arbeitsmarktpolitische Grundsatzfragen, Bestimmung und Wertung der Arbeitsmarktstruktur, Arbeitsmarktforschung; Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsprobleme besonderer Personengruppen, Koordinierung der Maßnahmen zur Betreuung ausländischer Arbeitnehmer; soziale Probleme des technischen und strukturellen Wandels
- 1.1.3 Individuelles, kollektives, zwischen- und überstaatliches Arbeitsrecht sowie Lohn-, Tarif- und Schlichtungswesen
- 1.1.4 Heimarbeit und Heimarbeitsausschüsse
- 1.1.5 Ehrung von Arbeitsjubilaren, Staatsmedaille für soziale Verdienste
- 1.1.6 Koordinierung von Maßnahmen der nichtschulischen Berufsbildungspolitik
- 1.1.7 Berufshilfen (Berufshinführung, -vorbereitung, -aufklärung, -orientierung, -anpassung), berufliche Bildung (Aus-, Fortbildung, Umschulung, berufliche Weiterbildung), insbesondere Maßnahmen des Bayerischen Jugendwerks und freiwillige soziale Dienste

1.2 Arbeitsschutz, Sicherheitstechnik und technische Überwachung

- 1.2.1 Technischer Arbeitsschutz, Arbeitshygiene (Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeitnehmer, Erhaltung ihrer Arbeitskraft, Gestaltung menschengerechter Arbeitsbedingungen)
- 1.2.2 Sozialer Arbeitsschutz (Arbeitsschutz einschließlich Sonntags- und Feiertagsarbeit, Jugendarbeitsschutz, Frauenarbeitsschutz, Mutterschutz, Schutz des Fahrpersonals)
- 1.2.3 Medizinischer Arbeitsschutz (Beratung, ärztliche Untersuchungen, Betriebs- und Arbeitsplatzbesichtigungen)
- 1.2.4 Schutz vor Gefahren, die von überwachungsbedürftigen Anlagen ausgehen
- 1.2.5 Schutz vor Gefahren, die von explosionsgefährlichen Stoffen ausgehen
- 1.2.6 Sicherheit beim Transport gefährlicher Güter
- 1.2.7 Unfallverhütung in Heim und Freizeit
- 1.2.8 Angelegenheiten des Ladenschlusses
- 1.2.9 Aufsicht über technische Überwachungsorganisationen
- 1.2.10 Akkreditierung von Prüflaboratorien und Zertifizierungsstellen nach dem Gerätesicherheitsgesetz

1.3 Soziale Entschädigung, Rehabilitationsmaßnahmen

- 1.3.1 Soziale Entschädigung bei Gesundheitsschäden, insbesondere Kriegsoferversorgung, Versorgung von Soldaten und Zivildienstpflichtigen, Impfgeschädigten, Opfern von Gewalttaten und Betroffenen von SED-Unrecht
- 1.3.2 Hilfen nach dem Schwerbehindertengesetz, insbesondere Eingliederung in Arbeit und Beruf, Feststellungsverfahren und Ausweiswesen, Beförderung von Schwerbehinderten im öffentlichen Personenverkehr
- 1.3.3 Kriegsopferversorge und verwandte Leistungen
- 1.3.4 Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft
- 1.3.5 Berufliche, soziale und medizinische Rehabilitation, Frühförderung, Pflege von Behinderten
- 1.3.6 Blindengeld nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz
- 1.3.7 Versorgung psychisch Kranker und psychisch Behinderter, psychosoziale Prävention
- 1.3.8 Forensische Psychiatrie

1.4 Wohlfahrtswesen

- 1.4.1 Jugendhilfe
- 1.4.2 Familienhilfe
- 1.4.3 Frauenhilfe
- 1.4.4 Altenhilfe
- 1.4.5 Sozialpflegerische Dienste
- 1.4.6 Sozialhilfe

1.5 Gesundheits- und Veterinärwesen

1.6 Krankenhauswesen

1.7 Gleichstellungs- und Frauenpolitik

1.8 Sozialversicherung

- 1.8.1 Aufsicht über die landesunmittelbaren Träger der Krankenversicherung und ihre Verbände, die landesunmittelbaren Träger der Unfallversicherung und der Rentenversicherung der Arbeiter sowie über die landwirtschaftlichen Alterskassen und die Kassenärztliche und Kassenzahnärztliche Vereinigung Bayerns
- 1.8.2 Prüfung der Geschäfts-, Betriebs- und Rechnungsführung der im Bereich der sozialen Selbstverwaltung tätigen landesunmittelbaren Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts (vgl. Ziffer 1.8.1)

1.9 Sonstige Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen

- 1.9.1 Aufnahme, Betreuung und Eingliederung von Vertriebenen, Flüchtlingen und Aussiedlern bzw. Spätaussiedlern
- 1.9.2 Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von nichtdeutschen Flüchtlingen
- 1.9.3 Lastenausgleich
- 1.9.4 Grenzüberschreitende Hilfen für die Deutschen in den Aussiedlungsgebieten

1.10 Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit

2. Aufbau der Verwaltung

2.1 Das Ministerium gliedert sich in die Abteilungen

A	Grundsatzfragen	III	Sozialversicherung
P	Personal, Organisation, Informationsverarbeitung, Stellenplan	IV	Rehabilitation
Z/LPrA	Haushalt, Recht, Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit	V	Vertriebene, Flüchtlinge Lastenausgleich, Landesausgleichsamt
	Bayerisches Landesprüfungsamt für Sozialversicherung	VI	Angelegenheiten der Familie – Jugendhilfe, Familien- und Altenpolitik –
I	Arbeit, berufliche Bildung	VII	Gesundheit und Verbraucherschutz
II	Arbeitsschutz, Sicherheitstechnik und technische Überwachung	VIII	Krankenhausversorgung

Die Leitstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern ist als Querschnittsreferat für die Aufgabe der Verwirklichung der Gleichberechtigung eingerichtet. Sie hat Koordinierungskompetenz (Kontrolle, Initiative und Zusammenarbeit) innerhalb der Staatsregierung und ist der Frauenbeauftragten der Staatsregierung unmittelbar nachgeordnet.

2.2 Gerichte, Behörden und Dienststellen des Geschäftsbereichs

2.2.1 Arbeitsgerichtsbarkeit

2 Landesarbeitsgerichte in München und Nürnberg, 11 Arbeitsgerichte (11 mit auswärtigen Kammern) in Augsburg (Neu-Ulm), Bamberg (Coburg), Bayreuth (Hof), Kempten, München (Ingolstadt, Weilheim), Nürnberg, Passau (Deggendorf), Regensburg (Landshut), Rosenheim (Traunstein), Weiden (Schwandorf), Würzburg (Aschaffenburg, Schweinfurt)

2.2.2 Sozialgerichtsbarkeit

Bayerisches Landessozialgericht in München mit Zweigstelle in Schweinfurt und 7 Sozialgerichte in Augsburg, Bayreuth, Landshut, München, Nürnberg, Regensburg, Würzburg

2.2.3 Gewerbeaufsicht, Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Bayerisches Landesamt für Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik in München, Bayerische Akademie für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin in München, 9 Gewerbeaufsichtsämter in Augsburg, Bayreuth, Coburg, Landshut, München-Stadt, München-Land, Nürnberg, Regensburg und Würzburg

2.2.4 Versorgungsverwaltung

Bayerisches Landesamt für Versorgung und Familienförderung in München (mit Außenstelle in Bayreuth), 8 Ämter für Versorgung und Familienförderung in Augsburg, Bayreuth, Landshut, München (2), Nürnberg, Regensburg und Würzburg, 3 Reha-Kliniken in Bad Tölz, Bad Reichenhall und Bad Aibling

2.2.5 Gesundheits- und Veterinärverwaltung

71 Landratsämter als staatliche Gesundheitsämter und als staatliche Veterinärämter, 22 Landgerichtsärzte, 2 Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen Südbayern (Ober-schleißheim mit Außenstelle in Augsburg) und Nordbayern (Erlangen mit Außenstellen in Regens-burg, Nürnberg und Würzburg)

2.2.6 Krankenhäuser

Krankenhaus Hohe Warte, Bayreuth

2.2.7 Flüchtlingsverwaltung

Landesaufnahmestelle für Spätaussiedler in Nürnberg, 3 Beauftragte des Freistaates Bayern im Verteilungsverfahren, 7 Regierungsaufnahmestellen, 464 Einrichtungen zur vorläufigen Unterbrin-gung von Spätaussiedlern (309 Übergangswohnheime und 155 Ausweichunterbringungen), 8 Auf-nahmeeinrichtungen für Asylbewerber, rd. 310 Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber und die Anlaufstelle für Kontingentflüchtlinge

2.2.8 Sozialversicherung

2 Oberversicherungsämter bei den Regierungen von Oberbayern und Mittelfranken. Diese üben neben den zuständigen Regierungen die Fachaufsicht über 96 Versicherungsämter (25 städtisch und 71 staatlich) aus

2.2.9 Lastenausgleichsverwaltung

1 Außenstelle des Landesausgleichsamts mit zentralem Beschwerdeausschuß bei der Regierung von Mittelfranken mit Dienstsitz in Nürnberg und 1 Fachgutachterstelle für 17 Gewerbe-zweige (Vor-orte) beim Landratsamt – Ausgleichsamt München, 14 staatliche Ausgleichsämter mit 10 Außen-stellen (die Zahl der Ausgleichsämter verringert sich nach Maßgabe von Rechtsverordnungen), 3 Heimatauskunftstellen

2.2.10 Sonstige

Verwaltungsschule der Sozialverwaltung in Wasserburg am Inn, Haus des Deutschen Ostens in München, Bayerisches Landesjugendamt in München, Staatsinstitut für Frühpädagogik in Mün-chen, Staatsinstitut für Familienforschung in Bamberg

2.3 Der Aufsicht unterstehende Versicherungsträger

5 Landesversicherungsanstalten mit Rehabilitationskliniken, 5 Landwirtschaftliche Berufsgenos-senschaften, 5 Landwirtschaftliche Alterskassen, 5 Landwirtschaftliche Krankenkassen, 5 Land-wirtschaftliche Pflegekassen, die Landesverbände der Betriebs- und Innungskrankenkassen, die AOK Bayern mit einer Zentrale und 39 Direktionen sowie 148 Verwaltungsstellen, die Pflegekasse Bayern, 40 Betriebskrankenkassen mit Pflegekassen, 4 Innungskrankenkassen mit Pflegekassen, Medizinischer Dienst der Krankenversicherung in Bayern, der Bayerische Gemeindeunfallversi-cherungsverband, die Staatliche Ausführungsbehörde für Unfallversicherung, die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns und die Kassenzahnärztliche Vereinigung Bayerns

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr**C. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben**

1. Eine Einzelaufgliederung der Einnahmen und Ausgaben des Einzelplans nach ökonomischen Ge-sichtspunkten sowie des Zuschußbedarfs enthält der **Einzelplanabschluß**.

2. Wesentliche Ausgaben bzw. Ausgabeprogramme des Einzelplans 10

Kapitel Titel bzw. Titelgruppe	Zweckbestimmung (Kurzform)	1997	1998 – in Mio DM –	1996
10 03	Allgemeine Bewilligungen			
681 01	Blindengeld nach dem Bayer. Blindengeldgesetz	210,0	210,0	206,0
682 01	Unentgeltliche Beförderung Behinderter	65,0	65,0	66,5
TG 71	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschußgesetz	190,1	207,0	170,0
TG 87	Leistungen nach dem Schwerbehindertengesetz – Ausgleichsabgabe – (Verpflichtungsermächtigung)	178,8 (25,0)	180,8 (25,0)	182,3 (25,0)
TG 88, 89	Leistungen an Impfgeschädigte	23,6	24,6	23,8
TG 94–96	Leistungen an Opfer von Gewalttaten	14,7	15,7	11,5
10 05	Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation			
TG 73	Maßnahmen und Einrichtungen der Berufshilfe (Verpflichtungsermächtigung)	5,0 (2,2)	5,0 (2,2)	4,1 (1,7)
TG 75	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Verpflichtungsermächtigung)	11,0 (7,0)	11,0 (7,0)	11,0 (7,0)
TG 76	Berufliche Anpassung und Eingliederung von Arbeitskräften (Verpflichtungsermächtigung)	5,0 (1,0)	5,0 (1,0)	6,5 (1,0)
TG 78	Landesplan für Behinderte (Verpflichtungsermächtigung)	40,9 (19,0)	42,9 (19,0)	45,7 (20,0)
TG 79	Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer (Verpflichtungsermächtigung)	4,3 (0,5)	4,3 (0,5)	4,4 (0,5)
TG 81	Komplementärmittel für Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (Verpflichtungsermächtigung)	7,0 (3,5)	7,0 (3,5)	9,5 (4,5)
TG 51–53 TG 82–97	Maßnahmen nach dem Europäischen Sozialfonds	72,3	69,1	59,8
10 06	Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen			
533 01, 685 01 685 06–686 01 893 04–896 01	Eingliederung der Aussiedler, Kultur der Vertriebenen und Flüchtlinge (Verpflichtungsermächtigung)	5,3 (1,1)	5,1 (–)	5,3 (0,6)
TG 71–74	Leistungen der Kriegsofferfürsorge	17,3	17,3	22,0
10 07	Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe			
TG 71	Landesplan für Altenhilfe (Verpflichtungsermächtigung)	52,0 (26,0)	57,0 (28,5)	70,0 (35,0)
TG 72	Soziale Dienste im Pflegenetzwerk Bayern (Verpflichtungsermächtigung)	10,0 (2,0)	10,0 (2,0)	15,0 (–)
TG 73	Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie (Verpflichtungsermächtigung)	11,0 (1,0)	11,0 (1,0)	12,9 (1,1)
TG 74	Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe (Verpflichtungsermächtigung)	41,2 (4,5)	41,2 (4,5)	39,2 (4,3)
TG 77	Schwangerenberatung	8,8	9,0	9,6
TG 78	Innovative Formen der Kinderbetreuung im „Netz für Kinder“	7,5	7,5	7,5
TG 79	Einrichtungen nach dem Sonderschulgesetz (Verpflichtungsermächtigung)	5,4 (3,5)	5,4 (3,5)	8,0 (5,0)
TG 80–81	Landeserziehungsgeld – Familienbeihilfen – Darlehen „Junge Familie“	273,6	396,6	222,8
TG 83	Geriatrische Modellvorhaben*)	–	–	–
TG 84	Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens – Landesstiftung „Hilfe für Mutter und Kind“	12,0	12,0	10,0
TG 90	Personalkostenzuschüsse für Kindergärten	703,6	717,6	680,0
TG 91	Förderung von Kinderhorten	36,9	36,9	45,0

*) Einseitig deckungsfähig zu Lasten der Ausgabemittel bei 13 10 TG 71 bis zu 6 750,0 Tsd DM in 1997.

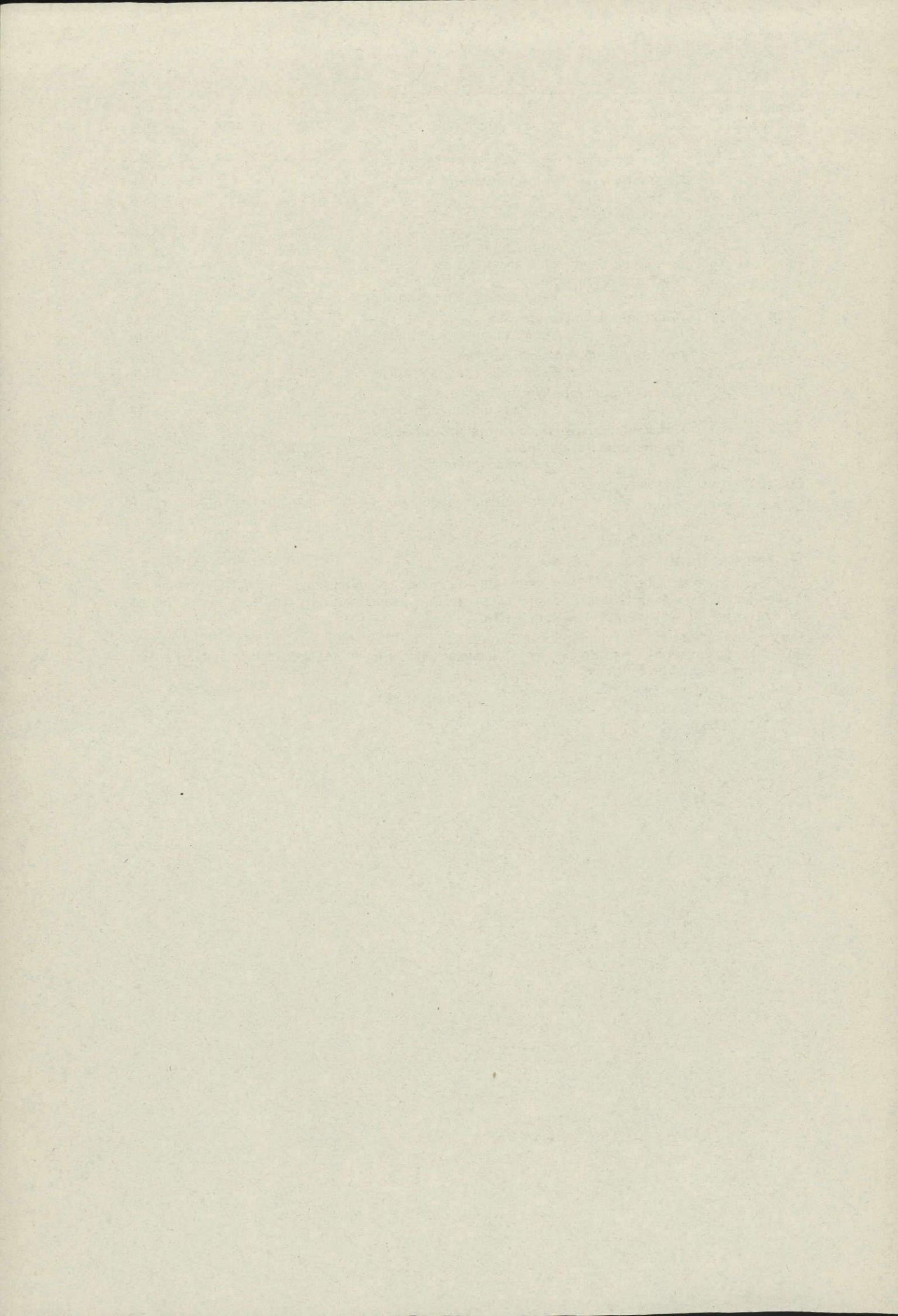
Kapitel Titel bzw. Titelgruppe	Zweckbestimmung (Kurzform)	1997	1998 – in Mio DM –	1996
10 08	Gesundheits- und Veterinärwesen			
TG 52	AIDS-Bekämpfung	11,0	11,0	11,8
TG 59–60, 61	Tierseuchenbekämpfung	20,0	20,2	21,1
TG 92	Suchtbekämpfung und Drogentherapie (Verpflichtungsermächtigung)	11,0 (0,8)	11,0 (0,8)	14,8 (1,0)
TG 97	Versorgung psychisch Kranker und psychisch Behinderter (Verpflichtungsermächtigung)	11,0 (1,5)	14,0 (1,5)	15,5 (3,1)
10 50	Rückführung von Deutschen (Verpflichtungsermächtigung)	163,9 (16,0)	157,9 (16,0)	187,0 (28,0)
10 53	Unterbringung von Asylbewerbern (Verpflichtungsermächtigung)	471,4 (8,0)	465,2 (8,0)	469,9 (10,0)
10 71	Krankenhaus Hohe Warte, Bayreuth (Verpflichtungsermächtigung)	15,1 (16,0)	15,2 (17,0)	18,5 (6,0)
10 72	Unterbringung psychisch kranker Straftäter – Forensische Psychiatrie (Verpflichtungsermächtigung)	130,7 (10,0)	132,7 (10,0)	129,5 (10,0)
Epl. 10	Staatlicher Hochbau (Verpflichtungsermächtigung)	23,7 (5,9)	22,7 (18,0)	38,4 (25,0)

D. Personalsoll

Eine Gesamtübersicht über das Personalsoll A (gebundene Stellen) und das Personalsoll B (sonstige Stellen) enthält die **Gesamtübersicht zum Stellenplan**. Die Gesamtübersicht ist insbesondere nach Stellen für Beamte, Angestellte und Arbeiter gegliedert.

Die Versorgungsbezüge sind im Einzelplan 13 (Kap. 13 20 Tit. 432 01 bis 432 03) für alle Einzelpläne einheitlich veranschlagt. Auf den Bereich des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit entfallen:

1996 94 151,6 Tsd DM
 1997 96 077,0 Tsd DM
 1998 101 258,4 Tsd DM.



Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 1997 und 1998

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben sind gemäß Art. 17 BayHO und VV Nr. 2 hierzu grundsätzlich einzeln erläutert.

Die nachfolgenden allgemeinen Erläuterungen dienen insbesondere zur Vermeidung von Wiederholungen bei einer Vielzahl der in Betracht kommenden Titel:

1. Geringfügige Änderungen (Minderungen oder Erhöhungen) gegenüber dem Vorjahr sind aus Vereinfachungsgründen grundsätzlich nicht erläutert. Als geringfügig gelten dabei
 - 1.1 Änderungen bis einschließlich 10 000 DM,
 - 1.2 Änderungen unter 10 v.H. des Vorjahresansatzes, soweit der Änderungsbetrag 40 000 DM nicht überschreitet.
2. Bei den Titeln 421 0. (Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung), 422 0. (Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)), 422 1. (Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe), 422 2. (Anwärterbezüge), 422 3. (Bezüge der abgeordneten Beamten (Richter)), 425 0. (Vergütungen der Angestellten) sowie 426 0. bis 426 2. (Löhne der Arbeiter) sind Betragsänderungen nicht erläutert, soweit sie ausschließlich auf Besoldungs- oder Tarifierhöhungen und Stellenänderungen beruhen.
3. Bei Titel 451 0. (Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung) sind die Ausgaben nach dem voraussichtlichen Bedarf, höchstens jedoch für 215 Tage, bei einem Tagessatz von 1 DM je Bediensteten veranschlagt. Zuschüsse für Gemeinschaftsveranstaltungen sind nicht veranschlagt.
4. Die im Stellenplan enthaltenen Amtsbezeichnungen für Beamte entsprechen den Bestimmungen des Bundesbesoldungsgesetzes und des Bayerischen Besoldungsgesetzes. Sie sind in maskuliner und femininer Form ausgebracht.
5. Die Hochbaumaßnahmen mit mehr als 750 000 DM Gesamtkosten sind im einzelnen in der Anlage S dargestellt und erläutert.
6. Soweit bei Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan keine Jahresbeträge angegeben sind (vgl. Art. 16 Satz 2 BayHO), dürfen entsprechende Verpflichtungen frühestens zu Lasten des jeweils folgenden Haushaltsjahres eingegangen werden.
7. Hinweise zu den Zweckbestimmungsseiten:

Die Zweckbestimmungsseiten wurden wie in den Vorjahren zur Verfahrensbeschleunigung im ADV-Verfahren erstellt.

Dabei werden

 - 7.1 die Gruppierungsnummern der neu ausgebrachten Titel unterstrichen,
 - 7.2 bei wegfallenden Titeln in der Betragsspalte drei Sterne (***) ausgedruckt,
 - 7.3 im Kapitel- bzw. Einzelplanabschluß die Ausgaben der Hauptgruppe 8 nach „Sonstige Sachinvestitionen“ (Obergruppen 81 und 82) und „Investitionsförderungsmaßnahmen“ (Obergruppen 83 bis 89) getrennt,
 - 7.4 beim Einzelplanabschluß auch die Verpflichtungsermächtigungen mit erfaßt und
 - 7.5 bei den Hochbauausgaben der Anlage S im jeweiligen Kapitel eine fiktive Haushaltsstelle „710 00“ verwendet; die Einzelaufschlüsselung auf die zutreffenden Titel (710 01 bis 748 69) ergibt sich aus der Anlage S.

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		EINNAHMEN			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.			
111 01-2	011	GEBÜHREN, BEITRÄGE, TARIFLICHE UND GEBÜHRENARTIGE ENTGELTE	1.100,0	1.100,0	A 1.500,0 B 1.080,3 C 2.229,1
112 01-1	011	GELDSTRAFEN, GELDBUSSEN, VERWARNUNGSGELDER	---	---	A ---
113 01-0	011	ERLÖSE AUS DEM VERKAUF VON GEGENSTÄNDEN	20,0	20,0	A 30,0 B 13,5 C 7,7
119 01-4	011	EINNAHMEN AUS VERÖFFENTLICHUNGEN VGL. VERMERK ZU 531 01.	2,0	2,0	A 150,0 B 125,2 C 124,5
119 49-8	011	VERMISCHTE EINNAHMEN	25,0	25,0	A 25,0 B 25,0 C 30,7
124 01-7	011	EINNAHMEN AUS VERMIETUNG, VERPACHTUNG UND NUTZUNG	328,0	328,0	A 308,0 B 313,3 C 291,0
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN			
241 01-5	011	SONSTIGE ERSTATTUNGEN VOM BUND	15,0	15,0	A 15,0 B 14,8 C 14,2
256 12-4	011	ZUWEISUNGEN DER BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT (ARBEITSBESCHAFFUNGSMASSNAHMEN) VGL. VERMERK ZU 425 12.	---	---	A ---
271 01-8	011	ERSTATTUNG VON VERWALTUNGS-AUSGABEN AUS SONSTIGEN BEREICHEN	---	---	A --- B 0,4 C 0,5
271 02-7	011	ERSTATTUNG VON VERWALTUNGS-AUSGABEN VGL. VERMERK ZU 533 01.	---	---	A 20,0 B 50,5 C 165,9
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN, BESONDERE FINANZIERUNGSEINNAHMEN			
380 01-6	011	VERRECHNUNG VON VERWALTUNGSLEISTUNGEN DES STAATSMINISTERIUMS	30,0	30,0	A 30,0 B 30,0
		GESAMTEINNAHMEN	1.520,0	1.520,0	A 2.078,0 B 1.653,0 C 2.863,6

Erläuterungen

Zu 10 01/111 01

Veranschlagt sind:

- Bauartzulassungen nach der DampfkV, DruckbehV, AcetV und VbF
- Zulassungen nach dem ArbZG, dem BAZG und dem LadSchlG
- Genehmigungen und Erlaubnisse zur Errichtung und zum Betrieb von Ölfernleitungen
- GLP-Bescheinigungen nach dem ChemG und wiederkehrende Inspektionen
- Ermächtigungen nach der RöV/StrLSchV
- Ein- und Durchfuhrgenehmigungen nach tierseuchenrechtlichen Vorschriften
- Approbationen für Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker.

1997 gegenüber 1996:

400,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Einnahmen.

Zu 10 01/119 01

1997 gegenüber 1996:

148,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Einnahmen.

Zu 10 01/124 01

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschl. der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser u.dgl.)	8,0	8,0
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u.dgl.	300,0	300,0
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	20,0	20,0
4. Sonstige Einnahmen	-	-
Zusammen	328,0	328,0

Zu 10 01/241 01

Erstattung von Reisekostenvergütungen für die Teilnahme an Sitzungen des Bundesratsausschusses für Arbeits- und Sozialpolitik.

Zu 10 01/271 02

Leertitel für die Vereinnahmung von Erstattungen für die Überlassung von DV-Programmen an nichtstaatliche Krankenhausträger (vgl. Tit. 533 01).

Zu 10 01/380 01

Vergütung für die Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen des Staatsministeriums durch die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (vgl. 10 80/981 01).

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		AUSGABEN			
		PERSONAL AUSGABEN			
421 01-7	011	BEZÜGE DER MITGLIEDER DER STAATSREGIERUNG	607,5	607,5	A 602,4 B 584,8 C 562,9
422 01-6	011	BEZÜGE DER PLANMÄSSIGEN BEAMTEN	32.962,7	33.723,0	A 32.263,5 B 32.003,6 C 31.018,3
422 11-4	011	BEZÜGE DER BEAMTEN ZUR ANSTELLUNG UND DER RICHTER AUF PROBE	1.155,5	1.187,0	A 1.218,0 B 1.117,7 C 1.128,5
422 31-0	011	BEZÜGE DER ABGEORDNETEN BEAMTEN (RICHTER)	482,7	495,5	A 891,3 B 466,5 C 747,8
422 41-8	011	MEHRARBEITSVERGÜTUNGEN FÜR BEAMTE	---	---	A ---
425 01-3	011	VERGÜTUNGEN DER ANGESTELLTEN	12.070,2	12.377,6	A 11.889,2 B 11.809,6 C 11.925,9
425 11-1	011	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE	417,1	428,2	A 365,0 B 351,2 C 332,1
425 12-0	011	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE (ARBEITSBESCHAFFUNGSMASSNAHMEN) <i>DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH DER EINNAHME BEI TITEL 256 12.</i>	---	---	A ---
425 15-7	011	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE (STELLENBESETZUNG GEMÄSS NR. 3.1 DBESTHG)	---	---	A ---
425 17-5	011	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE ZUR ÜBERBRÜCKUNG VON ERZIEHUNGSURLAUB GEMÄSS ART. 6 ABS. 4 HG	---	---	A ---
425 41-5	011	ÜBERSTUNDENVERGÜTUNGEN FÜR ANGESTELLTE	85,0	85,0	A 70,0 B 95,1 C 43,2
426 01-2	011	LÖHNE DER ARBEITER	1.395,2	1.437,1	A 1.354,7 B 1.365,0 C 1.485,3
426 05-8	011	LÖHNE DER ARBEITER (STELLENBESETZUNG GEMÄSS NR. 3.1 DBESTHG)	---	---	A --- B 275,2 C 288,7
427 01-1	011	BESCHÄFTIGUNGSENTGELTE, AUFWENDUNGEN FÜR NEBENAMTLICH UND NEBENBERUFLICH TÄTIGE	5,0	5,0	A 5,0
451 01-0	011	ZUSCHÜSSE ZUR GEMEINSCHAFTSVERPFLEGUNG	120,0	120,0	A 120,0 B 115,4 C 118,1
453 01-8	011	TRENNUNGSGELD UND UMZUGSKOSTENVERGÜTUNGEN	130,0	130,0	A 135,0 B 71,1 C 99,2

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 01/421 01

Amtsgehalt und Wohnungsentschädigung einschl. Zulagen und Zuwendungen.

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
Davon		
Dienstaufwandsentschädigungen	49,9	49,9

Zu 10 01/422 01

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 01/422 11

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 01/422 31

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 01/425 01

Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 01/425 11

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

1997 gegenüber 1996:

52,1 Tsd DM mehr wegen höheren Bedarfs.

1998 gegenüber 1997:

11,1 Tsd DM mehr wegen höheren Bedarfs.

Zu 10 01/425 41

1997 gegenüber 1996:

15,0 Tsd DM mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 01/426 01

Löhne einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

1997 gegenüber 1996:

95,3 Tsd DM mehr wegen Anpassung an die voraussichtlichen Ausgaben

54,8 Tsd DM weniger infolge Umstellung von Eigen- auf Fremdreinigung (davon 38,4 Tsd DM Abgang an 517 01)

40,5 Tsd DM mehr

1998 gegenüber 1997:

41,9 Tsd DM mehr wegen Anpassung an die voraussichtlichen Ausgaben.

Zu 10 01/453 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Trennungsgeld für 10/10 Bedienstete	70,0	70,0
2. Umzugskostenvergütungen für den Umzug von 10/10 Bediensteten	60,0	60,0
Zusammen	130,0	130,0

10 01 MINISTERIUM

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		SÄCHLICHE VERWALTUNGSAusGABEN			
511 01-8	011	GESCHÄFTSBEDARF	540.0	540.0	A 540.0 B 447.5 C 437.5
512 01-7	011	BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN	215.0	215.0	A 215.0 B 203.7 C 200.5
513 01-6	011	LEISTUNGSENTGELTE FÜR POST- UND FERNMELEDIENST- LEISTUNGEN	940.0	690.0	A 908.0 B 877.2 C 911.0
514 01-5	011	HALTUNG VON DIENSTFAHRZEUGEN	180.0	182.0	A 175.0 B 167.3 C 148.4
515 01-4	011	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDE FÜR VERWALTUNGSZWECKE, WARTUNG	255.0	255.0	A 265.0 B 231.1 C 243.0
516 01-3	011	DIENST- UND SCHUTZKLEIDUNG	10.0	10.0	A 12.0 B 9.3 C 8.9
517 01-2	011	BEWIRTSCHAFTUNG DER GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME	1.710.0	1.736.0	A 1.497.0 B 1.454.6 C 1.347.2

Erläuterungen

Zu 10 01/513 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Postgebühren	370,0	370,0
2. Laufende Fernmeldekosten	450,0	320,0
3. Miete, Wartung und Sonstiges	120,0	-
Zusammen	940,0	690,0

Anzahl der privaten Fernsprechanlüsse mit dienstlicher Mitbenutzung:

- a) Hauptanschlüsse 4 (4)
b) Nebenanschlüsse - (-)

1998 gegenüber 1997:

250,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Ausgaben (Einsparungen aufgrund Einsatz einer ISDN-fähigen Telefonanlage, s. 10 01/812 03).

Zu 10 01/514 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Betriebsstoffe	95,0	97,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	85,0	85,0
Zusammen	180,0	182,0

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll 1997	Soll 1998	Soll 1996	am 1.2.1996
Personenkraftwagen				
einschl. Kombis	12	12	12	12
Kommunaltraktor	2	1	2	2

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:		
Kosten wie vor	180,0	182,0
Personalausgaben	1 115,1	1 148,7
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	115,0	95,0
Zusammen	1 410,1	1 425,7

Zu 10 01/515 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	135,0	135,0
2. Wartung und Reparaturen	120,0	120,0
Zusammen	255,0	255,0

Zu 10 01/517 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	1 192,0	1 208,0
2. Steuern und Abgaben	3,6	3,7
3. Geräte	6,8	6,9
4. Sonstige Hausbewirtschaftungskosten	507,6	517,4
Zusammen	1 710,0	1 736,0

1997 gegenüber 1996:

- 38,4 Tsd DM mehr wegen verstärkter Fremdreinigung (Zugang von 426 01)
64,3 Tsd DM mehr wegen Erweiterung der Fremdvergabe der Pfortenbesetzung
110,3 Tsd DM mehr wegen gestiegener Hausbewirtschaftungskosten

213,0 Tsd DM mehr

1998 gegenüber 1997:

26,0 Tsd DM mehr wegen Preissteigerungen.

10 01 MINISTERIUM

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
517 05-8	011	BEWIRTSCHAFTUNG DURCH HEIZUNG, BELEUCHTUNG UND ELEKTRISCHE KRAFT	714,0	720,0	A 665,0 B 628,3 C 619,1
518 01-1	011	MIETEN UND PACHTEN FÜR GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME	7,4	7,5	A 6,5 B 6,1 C 217,5
518 11-9	011	MIETEN UND PACHTEN FÜR MASCHINEN, GERÄTE UND FAHRZEUGE	238,5	242,0	A 235,0 B 224,2 C 226,0
519 01-0	011	UNTERHALTUNG DER GRUNDSTÜCKE UND BAULICHEN ANLAGEN	500,0	500,0	A 400,0 B 610,8 C 675,6
527 01-0	011	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR INLANDSDIENSTREISEN	480,0	482,0	A 475,0 B 432,4 C 424,8
527 11-8	011	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR AUSLANDSDIENSTREISEN	85,0	85,0	A 69,0 B 96,1 C 84,5
529 01-8	011	ZUR VERFÜGUNG DES STAATSMINISTERS FÜR AUSSERGEWÖHN- LICHEN AUFWAND AUS DIENSTLICHER VERANLASSUNG IN BESON- DEREN FÄLLEN	35,0	35,0	A 35,0 B 54,9 C 54,9
531 01-4	011	HERAUSGABE AMTLICHER BLÄTTER DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT SICH UM DIE MEHREIN- NAHME BEI 119 01.	90,0	30,0	A 395,0 B 341,3 C 338,7

Erläuterungen

Zu 10 01/517 05

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Heizung	399,0	402,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft, Heizung durch Gas und Elektrizität	315,0	318,0
Zusammen	714,0	720,0

1997 gegenüber 1996:

49,0 Tsd DM mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 01/518 11

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Mieten für Fotokopiergeräte, Offsetdrucker u.ä.	226,5	230,0
2. Mieten für sonstige Geräte und Fahrzeuge	12,0	12,0
Zusammen	238,5	242,0

Zu 10 01/519 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschl. Zubehör	445,7	445,8
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschl. Zubehör	-	-
3. Ersatz und Ergänzung des Zubehörs zu Grundstücken und baulichen Anlagen	54,3	54,2
Zusammen	500,0	500,0

1997 gegenüber 1996:

100,0 Tsd DM mehr wegen dringend erforderlicher Bauunterhaltsmaßnahmen.

Zu 10 01/527 01

Bestand an anerkannten Personenkraftwagen: 2 (4)

1997 gegenüber 1996:

29,0 Tsd DM mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf

24,0 Tsd DM weniger wegen Abgangs an 10 20/527 01

5,0 Tsd DM mehr

Zu 10 01/527 11

1997 gegenüber 1996:

16,0 Tsd DM mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 01/531 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Bayerische Sozialpolitik	60,0	-
2. Jahresbericht der Gewerbeaufsicht (Verpflichtung aus § 139b Abs. 3 GewO)	-	-
3. Arbeit und Soziales	20,0	20,0
4. Informationsblatt des Bayerischen Landesfrauen-ausschusses	10,0	10,0
5. Vorschriften- und Regelwerk für die bayerische Gewerbeaufsicht (VRW)	-	-
Zusammen	90,0	30,0

1997 gegenüber 1996:

170,0 Tsd DM weniger aufgrund finanzwirtschaftlicher Erfordernisse

105,0 Tsd DM weniger wegen Abgangs zu 10 30/531 11

30,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf

305,0 Tsd DM weniger

1998 gegenüber 1997:

60,0 Tsd DM weniger wegen Wegfalls der "Bayer. Sozialpolitik" (erscheint im 2-Jahres-Rhythmus).

10 01 MINISTERIUM

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM	
1	2	3	4	5	6	
531 11-2	011	FACHVERÖFFENTLICHUNGEN	142,0	144,0	A B C	140,0 165,2 137,4
531 21-0	011	SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN	40,0	40,0	A B C	40,0 31,3 28,6
533 01-2	011	KOSTEN DER BETEILIGUNG DES FREISTAATES BAYERN AN DEN BUND-LÄNDER-ARBEITSGRUPPEN ZUR "AUTOMATION IM KRANKENHAUS" <i>DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT SICH UM DIE ISTEINNAHME BEI 271 02. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.</i>	200,0	200,0	A B C	420,0 449,6 500,3
536 01-9	011	KOSTEN, DIE DEM STAATSMINISTERIUM ALS ZUSTÄNDIGE STELLE NACH DEM BERUFSBILDUNGSGESETZ ENTSTEHEN	6,0	6,0	A B	12,0 0,7
546 49-1	011	VERMISCHTE VERWALTUNGS-AUSGABEN	50,0	50,0	A B C	57,0 32,8 37,9

Erläuterungen

Zu 10 01/531 11

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Sozialfibel (Nachdrucke)	55,0	55,0
2. Faltblatt "Soziales Bayern" Statistische Darstellung der sozialen und gesund- heitlichen Grundfakten	4,0	4,0
3. Broschüre "Das neue Betreuungsrecht" (Neuauflage)	20,0	-
4. Anteilige Kosten für Veröffentlichungen der ARGE-Alp	10,0	7,0
5. Krankenhausplan (Fortschreibung)	25,0	25,0
6. Broschüre "Behandlung von Schlaganfallpatienten und Schädel-Hirn-Verletzten" (Nachdruck)	-	6,0
7. Broschüre "Versorgung Risikoneugeborener" (Nachdruck)	6,0	-
8. Broschüre "Versorgung herzkranker Patienten"	6,0	-
9. Broschüre "Organtransplantationen" (Nachdruck) . .	10,0	10,0
10. Broschüre "Kinder im Krankenhaus"	-	10,0
11. Broschüre "EDV im Krankenhaus" (Neuauflage) . . .	-	7,0
12. Sonstige Veröffentlichungen	6,0	20,0
Zusammen	142,0	144,0

Zu 10 01/531 21

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
Veranschlagt sind für		
1. Förderung der Informationstätigkeit		
- Pressekonferenzen	23,0	23,0
- Pressefahrten	13,0	13,0
- Pressefotos	2,0	2,0
- Sonstiges	1,0	1,0
2. Ankauf von Informationsmaterial	1,0	1,0
Zusammen	40,0	40,0

Zu 10 01/533 01

Erstellung, Umsetzung und Weitergabe von EDV-Programmen für den Krankenhausbereich im Rahmen der Bund-Länder-Kooperation "Automation im Krankenhaus".

1997 gegenüber 1996:

220,0 Tsd DM weniger wegen geringeren Bedarfs (vgl. Tit. 271 02).

Zu 10 01/536 01

Aufgrund des Berufsbildungsgesetzes vom 14. August 1969 (BGBI I S. 1112) wurden beim Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit ein Berufsbildungsausschuß und Prüfungsausschüsse zur Abnahme der Prüfungen im Ausbildungsberuf "Sozialversicherungsfachangestellter" gebildet.

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Entschädigungen und Reisekosten für die Mitglieder des Berufsbildungsausschusses	3,0	3,0
2. Arbeitstagungen der Prüfungsausschußmitglieder . .	1,5	1,5
3. Druckkosten für Zeugnisse, Bescheinigungen und Antragsformulare	1,5	1,5
Zusammen	6,0	6,0

Zu 10 01/546 49

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte .	1,0	1,0
2. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	40,0	40,0
3. Verlustentschädigungen	-	-
4. Auslagen für Vorstellungsreisen	6,0	6,0
5. Sonstige vermischte Ausgaben	3,0	3,0
Zusammen	50,0	50,0

10 01 MINISTERIUM

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN			
632 01-2	011	ERSTATTUNGEN VON VERWALTUNGS-AUSGABEN AN LÄNDER	40.0	50.0	A 58.0 B 20.3
636 01-8	011	ERSTATTUNGEN VON VERWALTUNGS-AUSGABEN AN SOZIALVER- SICHERUNGSTRÄGER SOWIE AN DIE BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT	---	8.0	A 8.0
		BAUMASSNAHMEN			
701 01-8	011	KLEINE NEU-, UM- UND ERWEITERUNGSBAUTEN	---	---	A --- B 126.2
710 00-8	011	STAATLICHE HOCHBAUMASSNAHMEN (SIEHE ANLAGE S) KREDITFINANZIERT.	1.000.0	---	A 1.000.0 B 87.2 C 358.1
		SONSTIGE AUSGABEN FÜR INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN			
811 01-5	011	ERWERB VON DIENSTFAHRZEUGEN	115.0	95.0	A 92.8 B 113.4 C 34.5
812 01-4	011	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN FÜR VERWALTUNGSZWECKE	190.0	140.0	A 262.0 B 224.8 C 450.6

Erläuterungen

Zu 10 01/632 01

Im Zusammenhang mit der Errichtung einer Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (vgl. Kap. 10 80) wurden als weitere Zentralstellen die Akkreditierungsstelle der Länder für Meß- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts (AKMP) und die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Medizinprodukten (ZLG) eingerichtet. Die Länder beteiligen sich an den Kosten dieser Stellen nach dem Königsteiner Schlüssel. Die Mittel für die Kostenbeteiligung an der ZLG sind bei 10 08/685 13 veranschlagt.

Bei 10 01/632 01 ist der Finanzierungsbeitrag des Freistaates Bayern an den Aufwendungen der AKMP veranschlagt.

Zu 10 01/636 01

Durch die Änderung der Gewerbeordnung und den Erlass einer neuen Mitteilungsverordnung wird die Übermittlung von Betriebsdaten der Bundesanstalt für Arbeit an die für die Gewerbeaufsicht zuständigen obersten Landesbehörden geregelt. Von den Teilnehmern sind anteilige Verwaltungskosten an die Bundesanstalt zu zahlen. Die Datenübermittlung dient einer rationelleren und aktuelleren Fortschreibung der Betriebsdatei.

Zu 10 01/811 01

Tsd DM

1997

1. Erstbeschaffung**2. Ersatzbeschaffung**

Zu ersetzen:

1 Pkw, 4türlich, Baujahr 1992, voraussichtliche Fahrleistung am

1.1.1997: 290 000 km

1 Pkw, 4türlich, Baujahr 1991, voraussichtliche Fahrleistung am

1.1.1997: 160 000 km

Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

1 Pkw, 4türlich, mit Katalysator 63,5

1 Pkw, 4türlich, mit Katalysator 51,5

Zusammen 115,0

1998

1. Erstbeschaffung**2. Ersatzbeschaffung**

Zu ersetzen:

1 Pkw, 4türlich, Baujahr 1991, voraussichtliche Fahrleistung am

1.1.1998: 280 000 km

1 Pkw, 4türlich, Baujahr 1989, voraussichtliche Fahrleistung am

1.1.1998: 160 000 km

Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

1 Pkw, 4türlich, mit Katalysator 63,5

1 Pkw, 4türlich, mit Katalysator 31,5

Zusammen 95,0

Zu 10 01/812 01

1997

1998

Tsd DM

Tsd DM

1. Diktiergeräte (Ersatzbeschaffungen) -

30,0

2. Geschäftszimmerausstattungen 20,0

-

3. Kantine (Ersatzbeschaffungen)

- allgemeiner Ersatz 20,0

20,0

- Zentralrechner für das Kassensystem 10,0

-

- Thermobehälter 10,0

-

- Flaschenrücknahmeautomat -

25,0

4. Druckerei (Ersatzbeschaffungen)

- Offsetmaschine 130,0

-

5. Hausbewirtschaftung, Entsorgungstechnik

- Palettentransport- und Hebegerät

(Ersatzbeschaffung) -

18,0

6. Ausstellungsflächen (Ergänzung und Ersatz) -

15,0

7. Zeiterfassungsgeräte (Ersatz) -

20,0

8. Frankiereinheit (Ersatz) -

12,0

Zusammen 190,0 140,0

10 01 MINISTERIUM

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
812 03-2	011	ERWERB VON VERWALTUNGSEIGENEN FERNMELDEANLAGEN, SOWEIT DIE AUSGABEN NICHT ZU DEN BAUKOSTEN GEHÖREN VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 690,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	700,0	690,0	A ---
TITELGRUPPEN					
99 KOSTEN DER DATENVERARBEITUNG TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.					
513 99-9	011	LEISTUNGSENTGELTE FÜR POST- UND FERNMELEDIENST- LEISTUNGEN	11,0	11,0	A 11,0 B 7,6 C 7,5
515 99-7	011	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE, WARTUNG	70,0	80,0	A 135,0 B 40,6 C 44,1
518 99-4	011	MIETEN FÜR ELEKTRONISCHE DATENVERARBEITUNGSANLAGEN, GERÄTE UND MASCHINEN	---	---	A ---
519 99-3	011	UNTERHALTUNG DER GRUNDSTÜCKE UND BAULICHEN ANLAGEN	8,0	10,0	A 10,0
522 99-8	011	VERBRAUCHSMITTEL	30,0	30,0	A 32,9 B 35,9 C 30,7
525 99-5	011	AUS- UND FORTBILDUNG	30,0	30,0	A 35,0 B 14,1 C 14,4
526 99-4	011	KOSTEN FÜR SACHVERSTÄNDIGE	160,0	35,0	A ---
533 99-5	011	NEBENKOSTEN DER DATENVERARBEITUNG	3,0	3,0	A 5,0 B 0,6 C 3,0
534 99-4	011	VERGABE VON AUFTRÄGEN FÜR DATENERFASSUNG, SOFTWARE- ENTWICKLUNG U.Ä.	140,0	150,0	A 10,0

Erläuterungen

Zu 10 01/812 03

Ausgabemittel 1997 und 1998 sowie Verpflichtungsermächtigung 1997:

Für den Ersatz der Telefonanlage der Baugruppe EMS 12 000 durch eine ISDN-fähige Telefonanlage.

Zu 10 01/99

Veranschlagt sind die Kosten für die schrittweise Ausstattung des Staatsministeriums mit Informations- und Kommunikationstechnik für den Verwaltungsvollzug und die Informationsgewinnung.

Nachrichtlich:

Personal, das dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

Gruppe	Anzahl
Beamte	
BesGr A 13 (hD)	1,0
BesGr A 13 (gD)	2,8
BesGr A 7	1,0
BesGr A 6	1,0
BesGr A 5	1,0
Angestellte	
VergGr V c	1,0
VergGr V b	0,8
Zusammen	8,6

Zu 10 01/513 99

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Postgebühren	-	-
2. Laufende Fernmeldekosten	-	-
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	11,0	11,0
Zusammen	11,0	11,0

Zu 10 01/515 99

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	5,0	5,0
2. Wartung und Reparaturen	65,0	75,0
Zusammen	70,0	80,0

1997 gegenüber 1996:

65,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 01/526 99

1997 gegenüber 1996:

160,0 Tsd DM mehr wegen Beiziehung von Sachverständigen bei der Entwicklung eines Führungsinformationssystems.

1998 gegenüber 1997:

125,0 Tsd DM weniger wegen abgeschlossener Entwicklungsarbeiten.

Zu 10 01/534 99

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Datenerfassung durch Dritte	-	-
2. Softwareentwicklung durch Dritte	140,0	150,0
3. Sonstiges	-	-
Zusammen	140,0	150,0

1997 gegenüber 1996:

130,0 Tsd DM mehr wegen Entwicklung eines Führungsinformationssystems.

10 01 MINISTERIUM

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
812 99-7	011	ERWERB VON ELEKTRONISCHEN DATENVERARBEITUNGSANLAGEN, GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDEN	458,0	551,0	A 340,0 B 438,5 C 652,9
813 99-6	011	ERWERB VON SOFTWARE	90,0	100,0	A 50,0 B 83,7 C 46,1
		SUMME DER TITELGRUPPE	1.000,0	1.000,0	A 628,9 B 621,0 C 798,7
		GESAMTAUSGABEN	58.913,8	58.748,4	A 57.525,3 B 55.912,5 C 56.033,7
		ABSCHLUSS			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.	1.475,0	1.475,0	A 2.013,0 B 1.557,3 C 2.683,0
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	15,0	15,0	A 35,0 B 65,7 C 180,6
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN, BESONDERE FINANZIERUNGSEINNAHMEN	30,0	30,0	A 30,0 B 30,0
		GESAMTEINNAHMEN	1.520,0	1.520,0	A 2.078,0 B 1.653,0 C 2.863,6
		PERSONAL AUSGABEN	49.430,9	50.595,9	A 48.914,1 B 48.255,2 C 47.750,0
		SÄCHLICHE VERWALTUNGS AUSGABEN	6.889,9	6.518,5	A 6.800,4 B 6.563,2 C 6.741,5
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	40,0	58,0	A 66,0 B 20,3
		BAUMASSNAHMEN	1.000,0	-	A 1.000,0 B 213,4 C 358,1
		SONSTIGE SACHINVESTITIONEN	1.553,0	1.576,0	A 744,8 B 860,4 C 1.184,1
		GESAMTAUSGABEN	58.913,8	58.748,4	A 57.525,3 B 55.912,5 C 56.033,7
		ZUSCHUSS	57.393,8	57.228,4	A 55.447,3 B 54.259,5 C 53.170,1

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 01/812 99

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
Veranschlagt sind:		
1. 30/60 Personalcomputer (Ersatz)	135,0	270,0
2. 3/45 Laserdrucker 4 Bl.p.m. (Ersatz)	6,0	94,0
3. 10/ 8 Laserdrucker 8 Bl.p.m. (Ersatz)	22,0	18,0
4. 35/15 PC-Arbeitsplätze (Ergänzung)	225,0	99,0
5. 2/ 2 Server (Ergänzung)	70,0	70,0
Zusammen	458,0	551,0

Zu 10 01/813 99

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
Veranschlagt sind:		
1. Standardsoftware für 28/60 PC's (Ersatz)	32,0	46,0
2. Emulation für 28/60 PC's (Ersatz)	11,5	25,0
3. Standardsoftware für 32/15 PC's (Ergänzung)	24,5	12,0
4. Emulation für 32/15 PC's (Ergänzung)	13,0	7,0
5. Sonstige Softwareprodukte (Ergänzung)	9,0	10,0
Zusammen	90,0	100,0

10 02 SAMMELANSÄTZE FÜR DEN GESAMTBEREICH DES EPL. 10

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
EINNAHMEN					
VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.					
119 49-6	960	VERMISCHTE EINNAHMEN	4.0	4.0	A 2.0 B 4.2
125 01-4	960	ERSTATTUNGEN DRITTER FÜR DIE TEILNAHME AN FORTBILDUNGSVERANSTALTUNGEN VGL. VERMERK ZU 525 02.	---	---	A --- C 5.4
ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN					
281 01-4	960	ERSTATTUNG VON PROZESSKOSTEN	---	---	A ---
GESAMTEINNAHMEN			4.0	4.0	A 2.0 B 4.2 C 36.8
AUSGABEN					
PERSONALAUSGABEN					
422 41-6	960	MEHRARBEITSVERGÜTUNGEN FÜR BEAMTE VGL. VERMERKE ZU 425 41.	---	---	A ---
425 41-3	960	ÜBERSTUNDENVERGÜTUNGEN FÜR ANGESTELLTE ZU 422 41 UND 425 41: GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL DIENEN DER VERSTÄRKUNG DER BEI DEN EINZELNEN KAPITELN AUSGEBRACHTEN ANSÄTZE. RECHNUNGSMÄSSIGER NACHWEIS BEI DEN EINSCHLÄGIGEN HAUSHALTSSTELLEN.	64.0	64.0	A 74.0
427 01-9	012	BESCHÄFTIGUNGSENTGELTE, AUFWENDUNGEN FÜR NEBENAMTLICH UND NEBENBERUFLICH TÄTIGE DIE MITTEL DIENEN DER VERSTÄRKUNG DER BEI DEN EINZELNEN KAPITELN AUSGEBRACHTEN ANSÄTZE.	27.0	27.0	A 27.0
427 41-1	299	PRAKTIKANTENVERGÜTUNGEN	5.0	5.0	A 8.0 B 1.1
442 01-0	940	UNTERSTÜTZUNGEN AUFGRUND DER UNTERSTÜTZUNGSGRUNDSÄTZE	5.0	5.0	A 7.0 B 0.5
453 01-6	960	TRENNUNGSGELD UND UMZUGSKOSTENVERGÜTUNGEN DIE MITTEL DIENEN DER VERSTÄRKUNG DER BEI DEN EINZELNEN KAPITELN AUSGEBRACHTEN ANSÄTZE.	106.0	106.0	A 80.0
459 11-8	012	BELOHNUNGEN FÜR VORSCHLÄGE ZUR VERBESSERUNG DER VERWALTUNG	5.0	5.0	A 4.0 B 0.7 C 2.2

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 02/425 41

Veranschlagt sind Vergütungen für die Überstunden von Angestellten.

Zu 10 02/427 41

Aus dem Ansatz können Vergütungen an Studenten der Fachhochschulen, die ein praktisches Studiensemester beim Freistaat ableisten, gewährt werden.

Zu 10 02/453 01

10.0 Tsd DM mehr wegen Umsetzung von 10 15/453 01

16.0 Tsd DM mehr wegen Umsetzung von 10 65/453 01

26.0 Tsd DM mehr

10 02 SAMMELANSÄTZE FÜR DEN GESAMTBEREICH DES EPL. 10

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
461 01-6	981	ZUR VERSTÄRKUNG DER PERSONALAUSGABEN DES EPL. 10 VERSTÄRKUNGSFÄHIG SIND DIE TITEL 421 01 BIS 426 25 OHNE TITEL INNERHALB VON TG. NICHT GEMEINSAM BEWIRTSCHAFTETE PERSONALAUSGABEN DÜRFEN NUR IM RAHMEN ALLGEMEINER GEHALTS- UND TARIFERHÖHUNGEN VERSTÄRKT WERDEN. RECHNUNGSMÄSSIGER NACHWEIS BEI DEN EINSCHLÄGIGEN HAUSHALTSSTELLEN.	100.0	100.0	A 100.0
461 02-5	981	GLOBALE MEHRAUSGABEN BEI DEN GEMEINSAM BEWIRTSCHAFTETEN UND VERSTÄRKUNGSFÄHIGEN PERSONALAUSGABEN	---	---	A ---
461 05-2	940	ERGÄNZENDE FÜRSORGELEISTUNGEN FÜR BEAMTE MIT DIENSTLICHEM WOHNSITZ IN MÜNCHEN NACH ART. 86B BAYBG	1.600.0	1.600.0	A 1.800.0 B 1.418.7 C 1.412.2
462 01-5	981	GLOBALE MINDERAusGABE BEI DEN GEMEINSAM BEWIRTSCHAFTETEN UND VERSTÄRKUNGSFÄHIGEN PERSONALAUSGABEN, SOWEIT NICHT EINZELN VERANSCHLAGT	---	---	A ---
SÄCHLICHE VERWALTUNGSAusGABEN					
519 01-8	871	UNTERHALTUNG DER GRUNDSTÜCKE UND BAULICHEN ANLAGEN DIE MITTEL DIENEN ZUR VERSTÄRKUNG DER BEI DEN EINZELNEN KAPITELN AUSGEBRACHTEN ANSÄTZE.	2.300.0	2.300.0	A 2.130.0
525 01-0	960	AUSBILDUNG	125.0	125.0	A 125.0 B 75.0 C 103.6

Erläuterungen

Zu 10 02/461 01

Der Ansatz dient zur Verstärkung für allgemeine Personalkostenerhöhungen bei den in der Zweckbestimmungsspalte genannten Personalausgaben.

Zu 10 02/461 05

1997 gegenüber 1996:

200,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 02/519 01

Der Ansatz dient insbesondere zur Verstärkung der Kapitel, bei denen keine gesonderten Ansätze für Bauunterhaltungsmaßnahmen ausgebracht sind, sowie für nicht vorhersehbare Bauunterhaltungsmaßnahmen an den übrigen Dienstgebäuden.

1997 gegenüber 1996:

170,0 Tsd DM mehr wegen dringend erforderlicher Bauunterhaltungsmaßnahmen.

Für die Bauunterhaltungsmaßnahmen der Grundstücke und baulichen Anlagen sind insgesamt veranschlagt:

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
10 01/519 01	500,0	500,0
10 02/519 01	2 300,0	2 300,0
10 15/519 01	100,0	100,0
10 20/519 01	800,0	800,0
10 24/519 01	690,0	710,0
10 30/519 01	130,0	130,0
10 50/519 01	5 100,0	5 100,0
10 53/519 01	17 000,0	17 000,0
10 72/519 01	170,0	170,0
10 90/519 01	2 000,0	2 000,0
10 92/519 01	1 000,0	1 000,0
Zusammen	29 790,0	29 810,0

Zu 10 02/525 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Ausbildung des Personals der Gesundheitsverwaltung	62,5	62,5
2. Ausbildung des Personals der Veterinärverwaltung	62,5	62,5
Zusammen	125,0	125,0

10 02 SAMMELANSÄTZE FÜR DEN GESAMTBEREICH DES EPL. 10

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
525 02-9	960	FORTBILDUNG <i>DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT SICH UM DIE ISTEINNAHME BEI 125 01.</i>	1.150,0	1.150,0	A 1.073,0 B 937,4 C 897,6
526 01-9	960	GERICHTS- UND ÄHNLICHE KOSTEN	5,0	5,0	A 5,0 B 1,7 C 1,9
526 11-7	011	KOSTEN FÜR SACHVERSTÄNDIGE	195,0	195,0	A 120,0 B 105,6 C 78,3
527 21-4	960	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR REISEN IN PERSONALVER- TRETUNGSANGELEGENHEITEN UND IN VERTRETUNG DER INTERESSEN DER SCHWERBEHINDERTEN	130,0	125,0	A 117,0 B 130,2 C 126,9

Erläuterungen

Zu 10 02/525 02

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Zentrale Fortbildungsmaßnahmen		
- Sozialpolitik, Europarecht	23,0	25,0
- Mitarbeiterführung, Zusammenarbeit, Kontakt zum Bürger	75,0	80,0
- Arbeitstechniken	65,0	65,0
- Ausbildung der Ausbilder und Prüfer	12,0	15,0
- Medizin	20,0	20,0
- Allgemeine Verwaltung	18,0	18,0
- Rechtspflege, Gerichtsbarkeit	50,0	45,0
- Versorgung	20,0	15,0
- Gewerbeaufsicht	69,0	69,0
- Sozialpädagogisches Fachpersonal	28,0	28,0
- Sprachförderung	10,0	10,0
- Wiedereingliederung beurlaubter rückkehrwilliger Mitarbeiter in das Berufsleben	10,0	10,0
2. Teilnahme an Veranstaltungen anderer Träger sowie dienststelleninterne Maßnahmen	150,0	150,0
3. Fortbildung des Personals der Gesundheitsverwaltung	445,0	445,0
4. Fortbildung des Personals der Veterinärverwaltung	155,0	155,0
Zusammen	1 150,0	1 150,0

1997 gegenüber 1996:

28,0 Tsd DM mehr wegen erstmaliger Veranschlagung von Mitteln für die Fortbildung des sozialpädagogischen Fachpersonals bei den Regierungen

35,0 Tsd DM mehr wegen erhöhtem Fortbildungsbedarf in allen Bereichen zur weiteren Qualifikation der Mitarbeiter

14,0 Tsd DM mehr infolge allgemeiner Kostensteigerungen

77,0 Tsd DM mehr

Zu 10 02/526 01

Prozeßvertretungskosten, soweit diese nicht im Zusammenhang mit der Ausübung der Vertretung des Staates in Rechtsangelegenheiten durch die Behörden der Finanzverwaltung (Finanzministerium, Bezirksfinanzdirektion) angefallen sind.

Zu 10 02/526 11

Veranschlagt sind Sachverständigenkosten, insbesondere für die Erstellung von Gutachten sowie für Dolmetschertätigkeiten.

1997 gegenüber 1996:

75,0 Tsd DM mehr wegen höheren Bedarfs.

Zu 10 02/527 21

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Reisen des Hauptpersonalrates und der Personalräte in den Stufenvertretungen	70,0	74,0
2. Fortbildungsveranstaltungen der Personalräte und Schwerbehindertenvertreter außerhalb des Fortbildungsprogramms des StMAS	40,0	40,0
3. Fortbildungsveranstaltungen des StMAS für die Personalvertretungen	20,0	-
4. Fortbildungsveranstaltung des StMAS für die Schwerbehindertenvertretungen	-	11,0
Zusammen	130,0	125,0

1997 gegenüber 1996:

13,0 Tsd DM mehr wegen höheren Bedarfs.

10 02 SAMMELANSÄTZE FÜR DEN GESAMTBEREICH DES EPL. 10

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
529 02-5	011	ZUR VERFÜGUNG DES STAATSMINISTERIUMS FÜR AUSSERGEWÖHNLICHEN AUFWAND AUS DIENSTLICHER VERANLASSUNG IN BESONDEREN FÄLLEN	38,0	38,0	A 38,0 B 35,8 C 29,4
532 01-1	254	LEISTUNGEN AUFGRUND VON RICHTLICHEN ENTSCHEIDUNGEN ODER PROZESSVERGLEICHEN SOWIE AUFGRUND VON AUSSERGEWÖHNLICHEN VERGLEICHEN ODER ANERKENNTNISSEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER AUSÜBUNG DER VERTRETUNG DES STAATES IN RECHTSANGELEGENHEITEN	40,0	40,0	A 45,0 B 39,5 C 248,3
532 11-9	012	UMZUGS- UND VERLEGUNGSKOSTEN VON DIENSTSTELLEN	---	---	A ---
533 01-0	168	KOSTEN FÜR DIE INANSPRUCHNAHME VON INFORMATIONSDIENSTLEISTUNGEN <i>VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 45,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.</i>	102,0	120,0	A 75,0 B 44,8 C 31,3
548 01-3	988	GLOBALE MEHRAUSGABE FÜR SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN OHNE AUSGABEN IN TITELGRUPPEN SOWIE OHNE AUSGABEN DER GRUPPE 529 UND DES TITELS 531 2. <i>AUSGABEN DER GRUPPE 515, 531 0. UND 531 1. DÜRFEN NUR MIT EINWILLIGUNG DES STAATSMINISTERIUMS DER FINANZEN VERSTÄRKT WERDEN. DIE AUSGABEN SIND BEI DEN ZUTREFFENDEN HAUSHALTSSTELLEN RECHNUNGSMÄSSIG NACHZUWEISEN.</i>	---	---	A 350,0
549 03-0	988	MINDERUNG DER SÄCHLICHEN VERWALTUNGS-AUSGABEN <i>DIE ANSÄTZE FÜR SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN DÜRFEN IN HÖHE DIESER MINDER-AUSGABE NICHT IN ANSPRUCH GENOMMEN WERDEN.</i>	---	---	A 384,5-
BAUMASSNAHMEN					
701 01-6	981	KLEINE NEU-, UM- UND ERWEITERUNGSBAUTEN <i>DIE MITTEL DIENEN DER VERSTÄRKUNG DER BEI DEN EINZELNEN KAPITELN AUSGEBRACHTEN ANSÄTZE.</i>	850,0	1.000,0	A 715,0
GESAMTAUSGABEN			6.847,0	7.010,0	A 6.508,5 B 2.791,0 C 4.034,8

Erläuterungen

Zu 10 02/529 02

Die Verfügungsmittel sind insbesondere für folgende Zwecke bestimmt:

- a) Repräsentative Veranstaltungen nachgeordneter Dienststellen der Zentral- und Mittelinstanz, bei denen keine besonderen Repräsentationsmittel veranschlagt sind.
- b) Repräsentative Veranstaltungen des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit, soweit die Mittel bei 10 01/529 01 sich nicht dafür eignen oder nicht ausreichen.

Zu 10 02/532 01

Der Ansatz dient zur Bestreitung von Hauptsacheleistungen in Fällen der Übertragung gemäß § 15 der Vertretungsverordnung. Leistungen bei Rechtsstreitigkeiten aus einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis sind bei den einschlägigen Personaltiteln zu buchen.

Zu 10 02/533 01

Veranschlagt sind die Kosten für die Inanspruchnahme der JURIS-Datenbanken sowie der Datenbank DIMDI.

1997 gegenüber 1996:

27,0 Tsd DM mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

1998 gegenüber 1997:

18,0 Tsd DM mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 02/701 01

Der Ansatz dient insbesondere zur Verstärkung der Kapitel, bei denen keine gesonderten Ansätze für kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten ausgebracht sind, sowie für nicht vorhersehbare Baumaßnahmen an den übrigen Dienstgebäuden.

1997 gegenüber 1996:

135,0 Tsd DM mehr,

1998 gegenüber 1997:

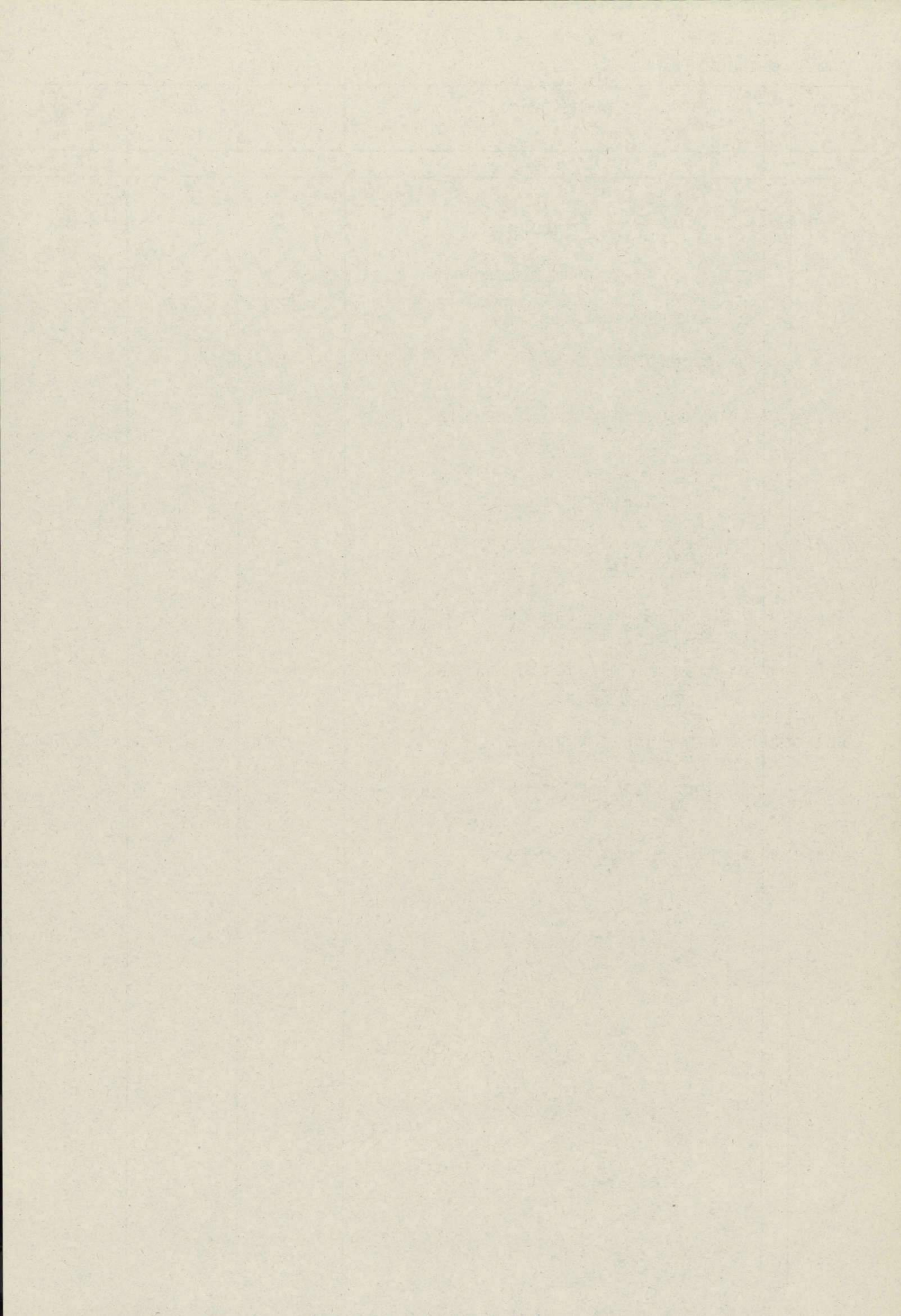
150,0 Tsd DM mehr wegen dringend erforderlicher Baumaßnahmen.

Für kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sind insgesamt veranschlagt:

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
10 02/701 01	850,0	1 000,0
10 20/701 01	600,0	400,0
10 24/701 01	350,0	450,0
10 90/701 01	400,0	350,0
10 92/701 01	300,0	300,0
Zusammen	2 500,0	2 500,0

10 02 SAMMELANSÄTZE FÜR DEN GESAMTBEREICH DES EPL. 10

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		ABSCHLUSS			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.	4,0	4,0	A 2,0 B 4,2 C 36,8
		GESAMTEINNAHMEN	4,0	4,0	A 2,0 B 4,2 C 36,8
		PERSONAL AUSGABEN	1.912,0	1.912,0	A 2.100,0 B 1.421,0 C 2.408,6
		SÄCHLICHE VERWALTUNGSAUSGABEN	4.085,0	4.098,0	A 3.693,5 B 1.370,0 C 1.626,2
		BAUMASSNAHMEN	850,0	1.000,0	A 715,0
		GESAMTAUSGABEN	6.847,0	7.010,0	A 6.508,5 B 2.791,0 C 4.034,8
		ZUSCHUSS	6.843,0	7.006,0	A 6.506,5 B 2.786,8 C 3.998,0



10 03 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		EINNAHMEN			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.			
111 11-6	234	EINNAHMEN AUS DER AUSGABE VON WERTMARKEN GEMÄSS § 59 DES SCHWERBEHINDERTENGESETZES	12.700,0	12.700,0	A 12.700,0 B 12.734,7 C 12.941,3
119 01-0	252	EINNAHMEN AUS VERÖFFENTLICHUNGEN	---	---	A --- B 0,7 C 67,0
182 02-1	252	SONSTIGE DARLEHENSRÜCKFLÜSSE AUS DEM INLAND	---	---	A 0,3 B 1,1 C 2,9
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN			
236 01-8	960	ERSTATTUNG VON VERWALTUNGS-AUSGABEN VON SOZIAL- VERSICHERUNGSTRÄGERN VGL. VERMERK ZU 536 06.	---	---	A ---
246 01-6	299	RÜCKZAHLUNGEN VON ERSTATTETEN RENTENVERSICHERUNGS- BEITRÄGEN NACH DEM GESETZ ÜBER DIE SOZIALVERSICHERUNG BEHINDERTER	---	---	A --- C 1,5
251 01-8	175	ZUWEISUNGEN DES BUNDES ZUR FÖRDERUNG WISSENSCHAFT- LICHER UNTERSUCHUNGEN VGL. VERMERK ZU 526 21.	---	---	A ---
281 12-9	234	RÜCKZAHLUNGEN VON BLINDENGELD VGL. VERMERK ZU 681 01.	6.000,0	6.000,0	A 4.000,0 B 5.979,2 C 4.018,0
281 13-8	252	RÜCKEINNAHMEN AUS ZUSCHÜSSEN	300,0	300,0	A 100,0 B 625,2 C 779,0
282 01-1	299	SPENDEN FÜR DIE KINDERHILFE IN RUMÄNIEN VGL. VERMERK ZU 812 06.	---	---	A --- B 256,2 C 95,2

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 03

Aus den bei diesem Kapitel veranschlagten Mitteln für Allgemeine Bewilligungen werden Maßnahmen und Einrichtungen finanziert, soweit es sich nicht um Angelegenheiten der Arbeits- und Berufsförderung und der Rehabilitation (vgl. hierzu Kap. 10 05), der Kriegsfolgenhilfe usw. (vgl. hierzu Kap. 10 06), der Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe (vgl. hierzu Kap. 10 07) sowie des Gesundheits- und Veterinärwesens (vgl. hierzu Kap. 10 08) handelt.

Zu 10 03/111 11

Einnahmen aus der Ausgabe von Wertmarken an Schwerbehinderte gemäß § 59 Abs. 1 des Schwerbehindertengesetzes (SchwbG) i.d. Fassung der Bekanntmachung vom 26. August 1986 (BGBl I S. 1421).

Vgl. auch Erläuterungen zu 641 02.

Zu 10 03/119 01

Leertitel für die Vereinnahmung von Schutzgebühren usw.

Zu 10 03/182 02

Leertitel insbesondere für die Vereinnahmung zurückgezahlter Ausbildungsdarlehen.

Zu 10 03/236 01

Die Kosten, die durch die Bestellung des Landeswahlausschusses und seine Tätigkeit entstehen, tragen die landesunmittelbaren Versicherungsträger nach dem Verhältnis der Zahl der wahlberechtigten Versicherten, wenn für sie eine Wahl mit Stimmabgabe stattgefunden hat oder sie an einem Beschwerdeverfahren beteiligt gewesen sind. Absprachegemäß werden die Kosten für den Landeswahlausschuss durch den AOK-Landesverband Bayern vorgestreckt. Die entsprechenden Ausgaben werden bei 536 06 geleistet. Die nächsten Wahlen werden 1999 durchgeführt.

Zu 10 03/246 01

Den Trägern von Behinderteneinrichtungen (Werkstätten für Behinderte u.a.) wurden von 1976 bis 1984 in den Fällen des § 1 des Gesetzes über die Sozialversicherung Behinderter vom 7. Mai 1975 (BGBl I S. 1061), geändert durch das Haushaltsbegleitgesetz 1984 vom 22. Dezember 1983 (BGBl I S. 1532), die nach § 9 Satz 1 dieses Gesetzes entstandenen Aufwendungen für Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung zu 50 v.H. von den Ländern erstattet. Nach einem Urteil des Bundessozialgerichts vom 14. Juni 1988 haben sich für diesen Zeitraum neue Erstattungsverhältnisse ergeben (Beitragsübernahme durch die Arbeitsverwaltung bei Bezug von Übergangsgeld), was möglicherweise in den Jahren 1997 und 1998 zu Rückzahlungen von Rentenversicherungsbeiträgen führt.

Zu 10 03/251 01

Leertitel für die Vereinnahmung etwaiger Zuschüsse des Bundes für Untersuchungen, Forschungsvorhaben usw. Die vereinnahmten Beträge werden bei 526 21 verausgabt.

Zu 10 03/281 12

Veranschlagt sind die zu erwartenden Rückzahlungen von Blindengeld nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz.

1997 gegenüber 1996:

2 000,0 Tsd DM mehr infolge Anpassung an die Isteinnahmen.

Zu 10 03/281 13

Veranschlagt sind die Rückflüsse aus nicht zweckentsprechend verwendeten Zuschüssen.

1997 gegenüber 1996:

200,0 Tsd DM mehr aufgrund der zu erwartenden Rückflüsse.

Zu 10 03/282 01

Leertitel für die Vereinnahmung zweckgebundener Spenden, die bei 10 03/812 06 entsprechend dem Spenderwillen ausgereicht werden.

10 03 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		TITELGRUPPEN			
		71 EINNahmen AUS LEISTUNGEN NACH DEM UNTERHALTS- VORSCHUSSGESETZ			
241 71-6	237	ERSTATTUNG DES ANTEILS AN DEN LEISTUNGEN DURCH DEN BUND	84.500,0	92.000,0	A 77.500,0 B 65.032,4 C 59.989,9
281 71-7	237	RÜCKEINNAHMEN AUS DEN LEISTUNGEN NACH DEM UNTER- HALTSVORSCHUSSGESETZ VGL. VERMERK ZU 641 71.	42.250,0	46.000,0	A 30.000,0 B 25.075,0 C 19.895,5
		SUMME DER TITELGRUPPE	126.750,0	138.000,0	A 107.500,0 B 90.107,4 C 79.885,4
		87 EINNahmen NACH DEM SCHWERBEHINDERTENGESETZ AUS DER AUSGLEICHsABGABE VGL. VERMERK ZU TG 87 (AUSGABEN).			
111 87-5	299	AUFKOMMEN AN AUSGLEICHsABGABE DURCH PRIVATE ARBEIT- GEBER UND DURCH ARBEITGEBER DER ÖFFENTLICHEN HAND (OHNE FREISTAAT BAYERN)	152.000,0	154.000,0	A 157.700,0 B 157.166,7 C 153.597,6
112 87-4	299	SÄUMNISZUSCHLÄGE, GELDBUSSEN	800,0	800,0	A 600,0 B 712,6 C 1.354,2
162 87-3	299	ZINSEN AUS DARLEHEN	1.800,0	1.800,0	A 1.400,0 B 1.612,7 C 1.499,5

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 03/71 (Einnahmen)

Veranschlagt sind die Einnahmen im Vollzug des Gesetzes zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder -ausfälleleistungen (Unterhaltsvorschußgesetz) vom 23. Juli 1979 (BGBl I S. 1184), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 1991 (BGBl I S. 2322).
Vgl. auch Erläuterungen zu Titelgruppe 71 (Ausgaben).

Zu 10 03/241 71

Erstattungsleistungen des Bundes (50 v.H. der Geldleistungen) gemäß § 8 Abs. 2 Unterhaltsvorschußgesetz.

1997 gegenüber 1996:

7 000,0 Tsd DM mehr.

1998 gegenüber 1997:

7 500,0 Tsd DM mehr infolge höherer Aufwendungen bei 10 03/681 71.

Zu 10 03/281 71

Einnahmen aus den Ansprüchen der berechtigten Kinder gegen den säumigen Unterhaltsschuldner, die kraft Gesetzes (§ 7 Unterhaltsvorschußgesetz) auf das Land übergehen.

1997 gegenüber 1996:

12 250,0 Tsd DM mehr.

1998 gegenüber 1997:

3 750,0 Tsd DM mehr nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 10 03/87 (Einnahmen)

Nach § 11 Abs. 1 und 2 des Schwerbehindertengesetzes (SchwbG) haben Arbeitgeber, die ihrer Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter nicht nachkommen, eine Ausgleichsabgabe von 200 DM je Monat und unbesetztem Arbeitsplatz zu entrichten.

Die Ausgleichsabgabe ist jährlich bis spätestens 31. März für das vorangegangene Kalenderjahr an die zuständige Hauptfürsorgestelle abzuführen.

Zu 10 03/111 87

1997 gegenüber 1996:

5 700,0 Tsd DM weniger.

1998 gegenüber 1997:

2 000,0 Tsd DM mehr nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 10 03/112 87

Für rückständige Beträge der Ausgleichsabgabe sind Säumniszuschläge nach § 11 Abs. 2 SchwbG zu erheben.

Nach § 68 SchwbG ist die Verhängung von Geldbußen möglich.

1997 gegenüber 1996:

200,0 Tsd DM mehr nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 10 03/162 87

1997 gegenüber 1996:

400,0 Tsd DM mehr nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

10 03 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
182 87-9	299	TILGUNG VON DARLEHEN	6.000,0	6.000,0	A 5.500,0 B 5.993,1 C 6.130,1
256 87-0	299	SONSTIGE ZUWEISUNGEN DER BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT	100,0	100,0	A 300,0 B 133,6 C 188,2
281 87-9	299	EINNAHMEN AUS BEIHILFEN UND ZUSCHÜSSEN	1.500,0	1.500,0	A 1.300,0 B 1.631,7 C 1.347,6
286 87-4	299	ERSTATTUNGEN AUS DEM EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS	100,0	100,0	A 500,0 C 150,0
380 87-9	990	AUFKOMMEN AN AUSGLEICHSABGABE DURCH DEN FREISTAAT BAYERN ALS ARBEITGEBER DER ÖFFENTLICHEN HAND	16.500,0	16.500,0	A 15.000,0 B 13.927,5 C 12.789,0
SUMME DER TITELGRUPPE			178.800,0	180.800,0	A 182.300,0 B 181.177,9 C 177.056,2
88 EINNAHMEN AUS LEISTUNGEN AN IMPFGESCHÄDIGTE IN ENTSPRECHENDER ANWENDUNG DER VORSCHRIFTEN ÜBER DIE KRIEGSOPFERFÜRSORGE					
162 88-2	299	ZINSEN AUS DARLEHEN	---	---	A ---
182 88-8	299	TILGUNG VON DARLEHEN	50,0	50,0	A 57,0 B 37,2 C 43,6
281 88-8	299	EINNAHMEN AUS BEIHILFEN	250,0	250,0	A 340,0 B 212,3 C 116,7
SUMME DER TITELGRUPPE			300,0	300,0	A 397,0 B 249,5 C 160,3
93 EINNAHMEN AUS DER FÖRDERUNG VON AUFKLÄRUNGSMASS- NAHMEN AUF DEN GEBIETEN DES ARBEITSSCHUTZES, DER ARBEITSMEDIZIN UND DES UNFALLSCHUTZES SOWIE IM BEREICH DER HUMANISIERUNG DES ARBEITSLEBENS VGL. VERMERK ZU TG 93 (AUSGABEN).					
119 93-9	299	EINNAHMEN AUS VERÖFFENTLICHUNGEN	80,0	80,0	A 80,0 B 118,7
SUMME DER TITELGRUPPE			80,0	80,0	A 80,0 B 118,7
94 EINNAHMEN AUS LEISTUNGEN AN OPFER VON GEWALTSTATEN IN ENTSPRECHENDER ANWENDUNG DER VORSCHRIFTEN ÜBER DIE KRIEGSOPFERFÜRSORGE					
162 94-4	299	ZINSEN AUS DARLEHEN VGL. VERMERK ZU 641 94.	---	---	A ---

Erläuterungen

Zu 10 03/182 87

1997 gegenüber 1996:

500,0 Tsd DM mehr nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 10 03/256 87

Veranschlagt sind die zu erwartenden Förderungshilfen nach dem Arbeitsförderungsgesetz und nach den §§ 31 und 33 Schwerbehindertengesetz für zusätzlich eingestellte Schwerbehinderte im Rahmen des Aktionsprogramms der Staatsregierung zur verbesserten beruflichen Eingliederung Schwerbehinderter.

1997 gegenüber 1996:

200,0 Tsd DM weniger nach den voraussichtlichen Förderungshilfen.

Zu 10 03/281 87

Der Titel dient zur Vereinnahmung von Beihilfen und Zuschüssen, die vor allem durch Leistungsträger erstattet werden. Nach § 31 Abs. 5 SchwBG soll die Hauptfürsorgestelle vorläufig Leistungen aus der Ausgleichsabgabe gewähren, wenn ungeklärt ist, welcher Träger Leistungen zur begleitenden Hilfe im Arbeitsleben zu gewähren hat, oder wenn die unverzügliche Einleitung der erforderlichen Maßnahmen aus anderen Gründen gefährdet ist; die Hauptfürsorgestelle hat einen Erstattungsanspruch gegen den für die Leistungen zuständigen Träger.

1997 gegenüber 1996:

200,0 Tsd DM mehr nach den voraussichtlichen Erstattungen.

Zu 10 03/286 87

Veranschlagt sind die zu erwartenden Erstattungen aus dem Europäischen Sozialfonds.

1997 gegenüber 1996:

400,0 Tsd DM weniger nach den voraussichtlichen Erstattungen.

Zu 10 03/380 87

Vgl. Erläuterung zu 13 03/980 01.

1997 gegenüber 1996:

1 500,0 Tsd DM mehr nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 10 03/88 (Einnahmen)

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppe 88 (Ausgaben).

1997 gegenüber 1996:

97,0 Tsd DM weniger infolge geringerer Rückflüsse.

Zu 10 03/93 (Einnahmen)

Veranschlagt sind die zu erwartenden Einnahmen aus dem Verkauf von Veröffentlichungen.

Zu 10 03/94 (Einnahmen)

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppe 94 (Ausgaben).

1997 gegenüber 1996:

52,0 Tsd DM mehr infolge höherer Rückflüsse bzw. Erstattungen durch den Bund.

10 03 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
182 94-0	299	TILGUNG VON DARLEHEN VGL. VERMERK ZU 641 94.	8,0	8,0	A 8,0 B 4,3 C 7,1
241 94-9	299	ERSTATTUNG DES ANTEILS AN DEN LEISTUNGEN AN OPFER VON GEWALTSTATEN DURCH DEN BUND	408,0	448,0	A 368,0 B 311,6 C 360,4
281 94-0	299	EINNAHMEN AUS BEIHILFEN VGL. VERMERK ZU 641 94.	82,0	82,0	A 70,0 B 83,8 C 34,5
		SUMME DER TITELGRUPPE	498,0	538,0	A 446,0 B 399,7 C 402,0
		95 EINNAHMEN AUS LEISTUNGEN AN OPFER VON GEWALTSTATEN IN ENTSPRECHENDER ANWENDUNG DER VORSCHRIFTEN DER KRIEGSOPFERVERSORGUNG (OHNE KRIEGSOPFERFÜRSORGE)			
241 95-8	299	ERSTATTUNG DES ANTEILS AN DEN LEISTUNGEN DURCH DEN BUND	3.208,0	3.368,0	A 2.689,6 B 2.756,9 C 2.298,4
281 95-9	299	RÜCKEINNAHMEN AUS DEN LEISTUNGEN AN OPFER VON GEWALTSTATEN VGL. VERMERK ZU 641 95.	250,0	250,0	A 300,0 B 234,7 C 254,1
		SUMME DER TITELGRUPPE	3.458,0	3.618,0	A 2.989,6 B 2.991,6 C 2.552,5
		GESAMTEINNAHMEN	328.886,0	342.336,0	A 310.512,9 B 294.641,9 C 278.661,3
		AUSGABEN			
		PERSONALAUSGABEN			
412 01-4	254	VERGÜTUNGEN FÜR DIE MITGLIEDER DER AUSSCHÜSSE FÜR JUGENDARBEITSSCHUTZ	3,0	3,0	A 4,0 B 1,4
427 11-5	254	VERGÜTUNGEN FÜR BEISITZER UND SONSTIGE KOSTEN DER HEIMARBEITS- UND ENTGELTAUSSCHÜSSE	7,0	7,0	A 8,5 B 5,1
		SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN			
526 21-3	175	KOSTEN FÜR DIE ERTEILUNG VON FORSCHUNGS-AUFTRÄGEN ZU 526 21 UND 683 01: GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. VGL. VERMERK ZU 981 02. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR. DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT SICH UM DIE ISTEINNAHME BEI 251 01. VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 60,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 60,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	80,0	80,0	A 180,0 B 140,2 C 95,0

Erläuterungen

Zu 10 03/95 (Einnahmen)

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppe 95 (Ausgaben).

1997 gegenüber 1996:

468,4 Tsd DM mehr.

1998 gegenüber 1997:

160,0 Tsd DM mehr infolge höherer Erstattungen durch den Bund.

Zu 10 03/412 01

Zur Durchführung der Aufgaben des Gesetzes zum Schutz der arbeitenden Jugend (JArbSchG) vom 12. April 1976 (BGBl I S. 965) sind beim Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit der Landesausschuß für Jugendarbeitsschutz und bei den Gewerbeaufsichtsämtern die Ausschüsse für Jugendarbeitsschutz gebildet worden (§§ 55, 56 JArbSchG). Aus dem Ansatz werden Vergütungen nach dem Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter in der jeweils geltenden Fassung an Mitglieder gewährt. Die Kosten für die Durchführung der Veranstaltungen der Ausschüsse werden aus 536 07 bestritten.

Zu 10 03/427 11

Nach den §§ 4 und 22 des Heimarbeitsgesetzes vom 14. März 1951 (BGBl I S. 191), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Oktober 1993 (BGBl I S. 1668), sind von den obersten Arbeitsbehörden der Länder Heimarbeits- und Entgeltaus-schüsse zu errichten. Veranschlagt sind die Kosten für die Entschädigung der Beisitzer.

Zu 10 03/526 21

Die Mittel dienen der Durchführung von Studien und Untersuchungen, die für die politischen und fachlichen Entscheidungen nötig sind (vgl. auch Erläuterung zu Titel 683 01).

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Fälle bestimmt, in denen die Projekte über die Dauer eines Haushaltsjahres hinaus ausgelegt sind.

Daneben sind weitere Forschungstitel bei Kap. 10 03 TG 72, TG 93, bei Kap. 10 05 TG 78, bei Kap. 10 06 Tit. 526 21, bei Kap. 10 07 TG 71, TG 72, TG 73, TG 74, TG 75, TG 76, TG 78, TG 82, TG 90, TG 91, bei Kap. 10 08 TG 52, TG 91, TG 92, TG 93, TG 97 und bei Kap. 10 65 Tit. 526 01 ausgebracht.

1997 gegenüber 1996:

100,0 Tsd DM weniger aufgrund finanzwirtschaftlicher Erfordernisse.

10 03 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
536 01-5	254	KOSTEN DER UNTERSUCHUNGEN VON JUGENDLICHEN NACH DEM JUGENDARBEITSSCHUTZGESETZ ZU 536 01 UND 981 01: GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.	5.100,0	5.100,0	A 4.850,0 B 4.621,4 C 4.750,6
536 03-3	299	KOSTEN DER HERSTELLUNG UND VERLEIHUNG DER EHREN- URKUNDEN FÜR ARBEITSJUBILARE UND DER BAYERISCHEN STAATSMEDAILLE FÜR SOZIALE VERDIENSTE SOWIE SONSTIGER AUSZEICHNUNGEN	115,0	115,0	A 115,0 B 109,4 C 96,2
536 05-1	960	KOSTEN VON WAHLEN ZU DEN SELBSTVERWALTUNGSORGANEN DER SOZIALVERSICHERUNGSTRÄGER IN BAYERN	---	5,0	A ---
536 06-0	960	KOSTEN DES LANDESWAHLAUSSCHUSSES FÜR SOZIALVER- SICHERUNGSWAHLEN DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH DER ISTEINNAHME BEI 236 01. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.	---	---	A ---
536 07-9	254	KOSTEN DER AUSSCHÜSSE FÜR JUGENDARBEITSSCHUTZ	3,0	3,0	A 5,0 B 0,1
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN			
636 03-2	299	VERWALTUNGSKOSTENERSTATTUNG FÜR DIE DURCHFÜHRUNG DES GESETZES ZUR FÖRDERUNG DER EINSTELLUNG DER LANDWIRT- SCHAFTLICHEN ERWERBSTÄTIGKEIT	3.200,0	3.500,0	A 2.800,0 B 2.335,2 C 1.986,2

Erläuterungen

Zu 10 03/536 01

Nach den §§ 32 ff. des Gesetzes zum Schutz der arbeitenden Jugend - Jugendarbeitsschutzgesetz - vom 12. April 1976 (BGBl I S. 965) darf ein Jugendlicher, der in das Berufsleben eintritt, nur beschäftigt werden, wenn er innerhalb der letzten neun Monate von einem Arzt untersucht worden ist und dem Arbeitgeber eine von diesem Arzt ausgestellte Bescheinigung vorliegt. Spätestens ein Jahr nach Aufnahme der ersten Beschäftigung muß der Jugendliche nachuntersucht werden.

Die Kosten der Untersuchung trägt nach § 44 des Jugendarbeitsschutzgesetzes das Land. Veranschlagt sind die Mittel für die Erstuntersuchungen, die Nachuntersuchungen, die notwendigen Ergänzungsuntersuchungen, die Verwaltungskosten der Kassenärztlichen Vereinigung, Untersuchungsberechtigungsscheine, Listen und Merkblätter.

1997 gegenüber 1996:

250,0 Tsd DM mehr infolge Anstiegs der Untersuchungskosten.

Zu 10 03/536 03

Ehrenurkunden für Arbeitsjubilare werden verliehen für Dienstzeiten von 25, 40, 50 und 60 Jahren bei einem Arbeitgeber. Mit der Sozialmedaille werden Persönlichkeiten ausgezeichnet, die sich um den arbeitenden Menschen in besonderem Maße verdient gemacht haben. Ehrenurkunden werden ferner verliehen an Personen, die seit 25 Jahren als Mitglieder der sozialen Selbstverwaltung in Bayern ehrenamtlich tätig waren und an langjährige Mitglieder der Kassenärztlichen und Kassenzahnärztlichen Selbstverwaltung in Bayern. Darüber hinaus werden Ehrenurkunden und Medaillen verliehen an Personen, die einen Behinderten in häuslicher Pflege langjährig intensiv betreuen.

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Kosten der Ehrenurkunden für Arbeitsjubilare einschl. Beschriftung, Schutzhüllen, Versandrollen und Aufwendungen anlässlich der Verleihung	85,0	85,0
2. Kosten der Sozialmedaille einschl. Aufwendungen anlässlich der Verleihung	16,0	16,0
3. Ehrung langjähriger Mitglieder der Selbstver- waltungsorgane	2,0	2,0
4. Ehrenurkunden und Medaillen für die Pflege Behinderter	10,0	10,0
5. Aufwendungen anlässlich der Verleihung von Bundesverdienstorden	2,0	2,0
Zusammen	115,0	115,0

Zu 10 03/536 05

Die Oberste Verwaltungsbehörde des Landes hat nach § 53 Abs. 2 Satz 1 SBG IV den Landeswahlbeauftragten und dessen Stellvertreter zu bestellen; das Land hat gem. § 117 Abs. 2 der Wahlordnung für die Sozialversicherung in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1992 (BGBl I S. 115) die dafür anfallenden Kosten zu tragen.

Die nächsten Wahlen werden 1999 durchgeführt. Kosten können jedoch schon ab 01.10.1998 entstehen.

Zu 10 03/536 06

Vgl. Erläuterung zu 236 01.

Zu 10 03/536 07

Kosten für Veranstaltungen, Aufklärungsmaßnahmen u.ä. (Aufklärung der Ausbilder, Eltern, Erzieher, Lehrer, Unternehmer, Vertreter der Organisationen und der Jugendlichen) über die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes. Vgl. auch Erläuterung bei 412 01.

Zu 10 03/636 03

Nach § 19 Abs. 2 des Gesetzes zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit (FELEG) vom 21. Februar 1989 (BGBl I S. 233) werden die bei der Durchführung des Gesetzes entstehenden Verwaltungskosten der landesunmittelbaren Alterskassen vom Land getragen. Die Kosten werden pro bearbeiteten Antrag bzw. laufenden Leistungsfall pauschal erstattet.

1997 gegenüber 1996:

400,0 Tsd DM mehr.

1998 gegenüber 1997:

300,0 Tsd DM mehr infolge Zunahme der Zahl der Empfänger und Erhöhung der Fallpauschalen.

10 03 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
641 02-6	299	ANTEIL DES BUNDES AN DEN EINKÜNFEN AUS DER AUSGABE VON WERTMARKEN GEMÄSS § 66 DES SCHWERBEHINDERTENGESETZES	5.000,0	5.000,0	A 5.000,0 B 4.925,7 C 4.655,0
681 01-8	234	BLINDENGELD NACH DEM BAYERISCHEN BLINDENGELDGESETZ DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM DIE MEHR- ODER MINDEREINKÜNF BEI 281 12.	210.000,0	210.000,0	A 206.000,0 B 222.954,1 C 230.182,1
682 01-7	234	ERSTATTUNG AN DIE VERKEHRSBETRIEBE FÜR DIE UNENT- GELTLICHE BEFÖRDERUNG BEHINDERTER IM NAHVERKEHR DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.	65.000,0	65.000,0	A 66.500,0 B 53.307,4 C 62.716,5
683 01-6	175	ZUSCHÜSSE ZUR FÖRDERUNG VON WISSENSCHAFTLICHEN VERANSTALTUNGEN, VON KONGRESSEN UND VON FOR- SCHUNGSVORHABEN VGL. VERMERK ZU 526 21. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.	130,0	30,0	A 30,0 B 6,6 C 78,0
683 02-5	299	ZUSCHÜSSE AN ARBEITGEBER ZUR ERSTATTUNG DER KOSTEN DES SCHWERBESCHÄDIGTENURLAUBS	25,0	25,0	A 25,0 B 19,5 C 19,0
684 01-5	299	ZUSCHÜSSE AN VERBÄNDE, VEREINE U.Ä. ZUR DURCHFÜHRUNG IHRER AUFGABEN BEIM VOLLZUG DES BETREUUNGSGESETZES - BTG -	1.200,0	1.200,0	A 1.000,0 B 631,2 C 616,0
685 01-4 -----	299	ZUSCHÜSSE ZUR FÖRDERUNG VON BETREUUNGSMASSNAHMEN FÜR SINTI UND ROMA	300,0	300,0	A

Erläuterungen

Zu 10 03/641 02

Gemäß § 59 Abs. 1 des Schwerbehindertengesetzes i.d.F. der Bekanntmachung vom 26. August 1986 (BGBl I S. 1421) erhält ein bestimmter Personenkreis der Schwerbehinderten die Freifahrt im öffentlichen Personennahverkehr nur noch gegen eine Kostenbeteiligung von 120 DM (jährlich) bzw. 60 DM (halbjährlich).
Bei den veranschlagten Mitteln handelt es sich um den Anteil des Bundes gem. § 66 SchwbG.

Vgl. auch Erläuterungen zu 10 03/111 11.

Zu 10 03/681 01

Seit dem 01.04.1995 erhalten Blinde Blindengeld nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz vom 7. April 1995 (GVBl S. 150). Bei der Gewährung des Blindengeldes bleibt jegliches Einkommen anrechnungsfrei. Das Bayerische Blindengeld geht der Blindenhilfe nach § 67 des Bundessozialhilfegesetzes vor, so daß insoweit die überörtlichen Sozialhilfeträger entlastet werden.

Leistungen, die dem Blinden zum Ausgleich der durch die Blindheit bedingten Mehraufwendungen nach anderen Rechtsvorschriften zustehen, insbesondere Pflegeversicherungsleistungen ab 01.04.1995, werden auf das Blindengeld teilweise angerechnet.

1997 gegenüber 1996:

4 000,0 Tsd DM mehr infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 03/682 01

Nach dem Elften Abschnitt des Schwerbehindertengesetzes (SchwbG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. August 1986 (BGBl I S. 1421) ist ein bestimmter Personenkreis im öffentlichen Personenverkehr unentgeltlich zu befördern. Den Verkehrsbetrieben werden die Fahrgeldausfälle teils vom Bund und teils vom Land erstattet (§ 65 SchwbG).

1997 gegenüber 1996:

1 500,0 Tsd DM weniger infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 03/683 01

Veranschlagt sind:

1. Mittel zur Beteiligung an wissenschaftlichen Veranstaltungen und Forschungsvorhaben, die aus gesellschaftspolitischen, sozialpolitischen, arbeitsmarktpolitischen, arbeits- und sozialmedizinischen sowie sicherheitstechnischen Gründen für den Bereich des Ministeriums von Belang sind.
2. Mittel zur Beteiligung an Kongressen und sonstigen Veranstaltungen.

1997 gegenüber 1996:

100,0 Tsd DM mehr zur Ausweitung der Förderung.

1998 gegenüber 1997:

100,0 Tsd DM weniger infolge geringeren Bedarfs.

Zu 10 03/683 02

Der Freistaat Bayern gewährt nach dem Gesetz über die Erstattung der Kosten des Schwerbeschädigtenurlaubs vom 18. Mai 1951 (BayRS 811-2-A) auf Antrag privaten Arbeitgebern die Lohn- und Gehaltsaufwendungen für den nach § 34 des SchwbG zusätzlich gewährten Urlaub, wenn sie über den Pflichtsatz nach § 3 SchwbG - alte Fassung - hinaus Schwerbeschädigte beschäftigen.

Zu 10 03/684 01

Veranschlagt ist der Mittelbedarf für die Förderung von Maßnahmen zur Gewinnung, Anleitung, Fortbildung und Begleitung ehrenamtlicher Betreuer (vgl. Art. 4 Abs. 1 AGBtG).

1997 gegenüber 1996:

200,0 Tsd DM mehr zur Ausweitung der Förderung.

Zu 10 03/685 01

Veranschlagt ist der Mittelbedarf für die Förderung einer Beratungsstelle.

1997 gegenüber 1996:

300,0 Tsd DM mehr infolge erstmaliger Veranschlagung.

10 03 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
685 05-0	254	BEITRÄGE AN DEUTSCHE VEREINE UND GESELLSCHAFTEN SOWIE AN INTERNATIONALE ORGANISATIONEN	90,0	90,0	A 90,0 B 71,7 C 90,1
685 06-9	054	ZUSCHÜSSE AN VERBÄNDE, VEREINE USW. ZUR AUS- UND FORTBILDUNG VON EHRENAMELICHEN RICHTERN IN DER SOZIAL- UND ARBEITSGERICHTSBARKEIT	***	***	A 285,0 B 249,4 C 250,8
		SONSTIGE AUSGABEN FÜR INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN			
812 06-5	299	ZWECKGEBUNDENE AUSGABEN AUS SPENDEN FÜR DIE KINDERHILFE IN RUMÄNIEN DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH DER IST-EINNAHME BEI 282 01.	---	---	A --- B 150,6 C 67,5
		BESONDERE FINANZIERUNGS-AUSGABEN			
981 01-5	990	ERSTATTUNG DER KOSTEN DER AUSWERTUNG DER ÄRZTLICHEN UNTERSUCHUNGEN VON JUGENDLICHEN NACH § 44 DES JUGENDARBEITSSCHUTZGESETZES AN DAS LANDESAMT FÜR STATISTIK UND DATENVERARBEITUNG. VGL. VERMERK ZU 536 01. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.	50,0	---	A 50,0
981 02-4	990	ERSTATTUNG VON KOSTEN AN DAS LANDESAMT FÜR STATISTIK UND DATENVERARBEITUNG FÜR STATISTISCHE ERHEBUNGEN SOWIE DIE INANSPRUCHNAHME VON RECHENANLAGEN EINSEITIG DECKUNGSFÄHIG ZU LASTEN 526 21. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.	260,0	200,0	A 199,9 B 209,3
		TITELGRUPPEN			
		51 SOZIALE UND MEDIZINISCHE ZWECKE IM RAHMEN DER HUMANITÄREN HILFE DES FREISTAATES BAYERN TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.			
531 51-9	299	KOSTEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND DOKUMENTATION	---	---	A ---
547 51-1	299	KOSTEN FÜR HILFSSMASSNAHMEN	210,0	210,0	A 220,0 B 264,6 C 294,7
684 51-4	299	ZUSCHÜSSE AN SOZIALE ODER ÄHNLICHE EINRICHTUNGEN	510,0	510,0	A 440,0 B 348,6 C 167,3
685 51-3	299	ZUSCHÜSSE AN SONSTIGE	280,0	280,0	A 340,0 C 426,0
		SUMME DER TITELGRUPPE	1.000,0	1.000,0	A 1.000,0 B 613,2 C 888,0

Erläuterungen

Zu 10 03/685 05

Mitgliedsbeiträge an z.B.
Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK).
Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe.
Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe.
Deutschen Arbeitsgerichtsverband e.V..
Deutschen Sozialrechtsverband e.V.

Zu 10 03/685 06

1997 gegenüber 1996:
285,0 Tsd DM weniger wegen Wegfalls der Förderung.

Zu 10 03/812 06

Vgl. Erläuterung zu 282 01.

Zu 10 03/981 01

Die Auswertung der ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz wird in fünfjährigen Abständen vorgenommen. In diesem Turnus werden jeweils - verteilt auf drei Haushaltsjahre - insgesamt 150,0 Tsd DM veranschlagt.

1998 gegenüber 1997:
50,0 Tsd DM weniger infolge geringeren Bedarfs.

Zu 10 03/981 02

Der Titel dient der Kostenerstattung an das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung für die Inanspruchnahme von Rechenanlagen usw. zur Zahlbarmachung der Personalkostenzuschüsse gemäß Art. 24 Bayerisches Kindergartengesetz sowie für erforderliche statistische Erhebungen im Bereich des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit.

1997 gegenüber 1996:
60,1 Tsd DM mehr wegen Umstellungsarbeiten und Erweiterung der statistischen Erhebungen im Kindergartenbereich.

1998 gegenüber 1997:
60,0 Tsd DM weniger infolge geringeren Bedarfs.

Zu 10 03/51

Aus dem Ansatz werden im Rahmen der humanitären Hilfe des Freistaates Bayern weiterhin Maßnahmen und Einrichtungen für soziale und medizinische Zwecke in Süd-/Ost-Europa gefördert. Insbesondere handelt es sich hierbei neben der Soforthilfe und der Beschaffung von Medikamenten und lebenswichtigen Gütern um die Förderung von Transportkosten privat gespendeter Hilfsgüter sowie um Investitionsförderungsmaßnahmen.

Zu 10 03/531 51 (und 547 51 bis 685 51)

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
Im einzelnen sind Mittel veranschlagt:		
1. zur Wiederherstellung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung in Kroatien und Bosnien-Herzegowina	250,0	250,0
2. zur Fortführung der Hilfsmaßnahmen für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), insbesondere für die Ukraine	180,0	180,0
3. zur Fortführung der Hilfsmaßnahmen für Rumänien, insbesondere Transportkosten- und Investitions-kostenzuschüsse	560,0	560,0
4. zur Förderung eines Informations- und Erfahrungsaustausches im Gesundheitswesen mit der Tschechischen und Slowakischen Republik	10,0	10,0
Zusammen	1 000,0	1 000,0

10 03 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		71 LEISTUNGEN NACH DEM UNTERHALTSVORSCHUSSGESETZ			
641 71-2	237	ANTEIL DES BUNDES AN DEN RÜCKEINNAHMEN DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM 50 V.H. DER MEHR- ODER MINDEREINNAHMEN BEI 281 71.	21.125,0	23.000,0	A 15.000,0 B 12.524,6 C 9.671,3
681 71-3	237	UNTERHALTSVORSCHÜSSE UND -AUSFALLEISTUNGEN	169.000,0	184.000,0	A 155.000,0 B 145.178,9 C 119.699,2
		SUMME DER TITELGRUPPE	190.125,0	207.000,0	A 170.000,0 B 157.703,5 C 129.370,5
		72 MASSNAHMEN, DIENSTE UND EINRICHTUNGEN FÜR PERSONEN MIT BESONDEREN SOZIALEN SCHWIERIGKEITEN U. DGL. TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.			
526 72-1	299	KOSTEN VON UNTERSUCHUNGEN U. DGL.	1,0	1,0	A 1,0
531 72-4	299	KOSTEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND DOKUMENTATION	1,0	1,0	A 1,0
540 72-3	299	VERANSTALTUNGSKOSTEN	4,0	4,0	A 4,0 B 4,4
684 72-9	299	ZUSCHÜSSE AN SOZIALE ODER ÄHNLICHE EINRICHTUNGEN	244,0	244,0	A 444,0 B 242,4 C 92,0
883 72-8	299	ZUWEISUNGEN FÜR INVESTITIONEN AN GEMEINDEN UND GV	50,0	50,0	A 50,0
893 72-6	299	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN SONSTIGE VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 250,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 250,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	300,0	300,0	A 300,0 B 471,0 C 86,0
		SUMME DER TITELGRUPPE	600,0	600,0	A 800,0 B 717,8 C 178,0

Erläuterungen

Zu 10 03/71

Veranschlagt sind die Leistungen nach dem Gesetz zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder -ausfalleistungen (Unterhaltsvorschußgesetz) vom 23. Juli 1979 (BGBl I S. 1184), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 1991 (BGBl I S. 2322). Das Gesetz gewährt Kindern unter zwölf Jahren, die von einem Elternteil allein erzogen werden, für die Dauer von 72 Monaten Anspruch auf Zahlung von Unterhaltsvorschüssen, wenn der andere Elternteil seiner Unterhaltsverpflichtung nicht oder nicht regelmäßig nachkommt; soweit kein Unterhaltsanspruch besteht, werden die Leistungen als Ausfalleistungen erbracht.

Zu 10 03/641 71

Anteil des Bundes an den Einnahmen aus Ansprüchen gegen den säumigen Unterhaltsschuldner gemäß § 7 Unterhaltsvorschußgesetz. Vgl. auch Erläuterung bei 10 03/281 71.

1997 gegenüber 1996:

6 125,0 Tsd DM mehr,

1998 gegenüber 1997:

1 875,0 Tsd DM mehr infolge höherer Rückeinnahmen.

Zu 10 03/681 71

Leistungen gemäß § 2 Unterhaltsvorschußgesetz, die gemäß § 8 Abs. 2 des Gesetzes je zur Hälfte vom Bund und den Ländern getragen werden. Veranschlagt ist der Bruttobetrag der Leistungen. Vgl. auch Erläuterungen zu Kap. 10 03 Titel 241 71.

1997 gegenüber 1996:

14 000,0 Tsd DM mehr infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf sowie Zunahme der Zahl der Berechtigten.

1998 gegenüber 1997:

15 000,0 Tsd DM mehr infolge Zunahme der Zahl der Berechtigten.

Zu 10 03/72

Zur Verbesserung der Versorgung von Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten im Sinne des § 72 BSHG sind verstärkt staatliche Mittel einzusetzen.

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
Veranschlagt sind die Mittel im einzelnen für:		
1. Untersuchungen, Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungskosten	6,0	6,0
2. Zuschüsse zur Förderung von Betreuungsmaßnahmen im Rahmen der Nichtseßhaften-, Obdachlosen- und Straftentlassenenhilfe	244,0	244,0
3. Investitionen an kommunale Betreuungseinrichtungen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten	50,0	50,0
4. Investitionen an Betreuungseinrichtungen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten	300,0	300,0
Zusammen	600,0	600,0

1997 gegenüber 1996:

200,0 Tsd DM weniger wegen Abgangs an 10 03/685 01.

Verpflichtungsermächtigung 1997 und 1998:

Für die rechtzeitige Bewilligung der Zuwendungen für die Investitionsförderungsmaßnahmen.

10 03 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		85 LEISTUNGEN AN GESETZLICHE KRANKENKASSEN NACH DEM GESETZ ZUR HILFE FÜR FRAUEN BEI SCHWANGERSCHAFTS- ABBRÜCHEN IN BESONDEREN FÄLLEN TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.			
636 85-3 -----	299	ERSTATTUNG VON VERWALTUNGS-AUSGABEN AN KRANKENKASSEN	260,0	260,0	A
646 85-1 -----	299	ERSTATTUNG DER AUFWENDUNGEN AN KRANKENKASSEN	3.240,0	3.240,0	A
		SUMME DER TITELGRUPPE	3.500,0	3.500,0	A
		87 LEISTUNGEN NACH DEM SCHWERBEHINDERTENGESETZ AUS DER AUSGLEICHSABGABE TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.			
425 87-6	299	VERGÜTUNGEN FÜR ANGESTELLTE EINSEITIG DECKUNGSFÄHIG ZU LASTEN 681 87, 683 87 UND 685 87 BIS ZUM BETRAG VON 450,0 TSD. DM. AUS DEM ANSATZ KÖNNEN VERGÜTUNGEN FÜR ANGESTELLTE IN SÄMTLICHEN GESCHÄFTSBEREICHEN GELEISTET WERDEN.	250,0	250,0	A 250,0 B 194,9 C 235,6
547 87-9	299	AUFWENDUNGEN ZUR VERBESSERUNG DER BERUFLICHEN EIN- GLIEDERUNG SCHWERBEHINDERTER	1.700,0	1.700,0	A --- B 1.499,4
651 87-1	299	ABFÜHRUNGEN AN DEN AUSGLEICHSFONDS DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM 45 V.H. DER MEHR- ODER MINDEREINNAHMEN BEI 111 87 UND 380 87.	75.825,0	76.725,0	A 77.715,0 B 76.380,9 C 75.683,1
652 87-0	299	AUSGABEN FÜR DEN AUSGLEICH DES AUFGKOMMENS AN AUS- GLEICHSABGABE ZWISCHEN DEN HAUPTFÜRSORGESTELLEN	21.000,0	21.000,0	A 21.000,0 B 20.356,8 C 21.762,7
681 87-5	299	ZUSCHÜSSE ZUR BEGLEITENDEN HILFE IM ARBEITS- UND BERUFSLEBEN AN EINZELNE SCHWERBEHINDERTE VGL. VERMERK ZU 685 87.	5.500,0	6.000,0	A 4.500,0 B 5.001,0 C 4.412,5
683 87-3	299	ZUSCHÜSSE AN ARBEITGEBER FÜR DIE BEREITSTELLUNG VON ARBEITS- UND AUSBILDUNGSPLÄTZEN IM RAHMEN VON SON- DERPROGRAMMEN VGL. VERMERK ZU 685 87.	9.000,0	4.000,0	A 4.000,0 B 3.724,5 C 4.244,3

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 03/85

Erstattung von Aufwendungen der Krankenkassen nach § 4 des Gesetzes zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen vom 21.08.1995 (BGBl I S. 1054).

1997 gegenüber 1996:

3 500,0 Tsd DM mehr infolge erstmaliger Veranschlagung.

Zu 10 03/87

Vgl. Vorbemerkung zu Titelgruppe 87 - Einnahmen.

Die Ausgleichsabgabe wird für Zwecke der Arbeits- und Berufsförderung Schwerbehinderter sowie für Leistungen zur begleitenden Hilfe im Arbeitsleben verwendet (§ 11 Abs. 3 SchwbG); zur begleitenden Hilfe gehören auch Schulungs- und Bildungsmaßnahmen insbesondere für die Schwerbehindertenvertretung.

Die Verwendungsmöglichkeit der Ausgleichsabgabe ist in der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Schwerbehindertengesetzes (Ausgleichsabgabeverordnung Schwerbehindertengesetz - SchwbAV) vom 28. März 1988 (BGBl I S. 484) festgelegt.

Dem Land stehen 55 v.H. des Aufkommens an Ausgleichsabgabe zur Verfügung, da 45 v.H. an den Ausgleichsfonds abzuführen sind (§ 11 Abs. 4 Satz 1 in Verbindung mit § 12 SchwbG).

Zu 10 03/425 87

Veranschlagt ist der Mittelbedarf für die bis 31.12.1990 eingestellten Vorlesekräfte für blinde Bedienstete.

Zu 10 03/547 87

Veranschlagt sind die Mittel für Aufklärungs-, Bildungs- und Schulungsmaßnahmen (§ 31 Abs. 3 letzter Satz SchwbG, § 29 SchwbAV).

1997 gegenüber 1996:

1 700,0 Tsd DM mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 03/651 87

Der dem Ausgleichsfonds zustehende Anteil von 45 v.H. an dem in einem Haushaltsjahr eingehenden Aufkommen der Ausgleichsabgabe ist bis zum 31. Januar des folgenden Haushaltsjahres an den Bund abzuführen (vgl. Haushaltsbeträge bei 111 87 und 380 87).

1997 gegenüber 1996:

1 890,0 Tsd DM weniger.

1998 gegenüber 1997:

900,0 Tsd DM mehr nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 10 03/652 87

Zwischen den Hauptfürsorgestellen im Bundesgebiet wird ein Ausgleich herbeigeführt (§ 11 Abs. 4 Satz 2 ff. SchwbG), damit jeder Hauptfürsorgestelle annähernd gleiche Beträge an der Ausgleichsabgabe zur Verfügung stehen. Durch den Ausgleich verringert sich der dem Land verbleibende Anteil von 55 v.H. des Aufkommens.

Zu 10 03/681 87

Veranschlagt ist der Mittelbedarf für die Leistungen gemäß § 31 Abs. 3 SchwbG, §§ 17 - 25 SchwbAV.

1997 gegenüber 1996:

1 000,0 Tsd DM mehr.

1998 gegenüber 1997:

500,0 Tsd DM mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 03/683 87

Veranschlagt sind die Mittel für Zuschüsse an Arbeitgeber für die Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen im Rahmen von Sonderprogrammen.

1997 gegenüber 1996:

5 000,0 Tsd DM mehr.

1998 gegenüber 1997:

5 000,0 Tsd DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

10 03 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
685 87-1	299	SONSTIGE ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE ZU 681 87, 683 87 UND 685 87: VGL. VERMERK ZU 425 87. DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM 55 V.H. DER MEHR- ODER MINDEREINNAHMEN BEI 111 87 UND 380 87 SOWIE UM DIE MEHR- ODER MINDEREINNAHMEN BEI 112 87, 256 87, 281 87 UND 286 87. DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT SICH UM DIE EINNAHME BEI 13 06/162 45.	5.000,0	5.000,0	A 5.500,0 B 5.087,7 C 5.963,2
862 87-6	299	DARLEHEN AN ARBEITGEBER	500,0	500,0	A 500,0 B 330,1 C 197,0
863 87-5	299	DARLEHEN AN EINZELNE SCHWERBEHINDERTE UND AN SONSTIGE DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM DIE MEHR- ODER MINDEREINNAHMEN BEI 162 87 UND 182 87. VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 5.000,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 5.000,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	10.000,0	10.000,0	A 7.500,0 B 13.360,6 C 12.780,3
892 87-0	299	ZUSCHÜSSE AN ARBEITGEBER	16.000,0	16.000,0	A 13.500,0 B 17.465,4 C 16.295,6
893 87-9	299	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN SONSTIGE ZUR SCHAFFUNG, ERWEITERUNG, AUSSTATTUNG UND MODERNISIERUNG VON EIN- RICHTUNGEN DER BERUFLICHEN REHABILITATION SCHWERBEHIN- DERTER NACH § 30 SCHWBAV VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 20.000,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 20.000,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	34.025,0	39.625,0	A 47.835,0 B 44.605,9 C 41.181,2
SUMME DER TITELGRUPPE			178.800,0	180.800,0	A 182.300,0 B 188.007,2 C 182.755,5

Erläuterungen

Zu 10 03/685 87

Veranschlagt sind:

1. Zuschüsse zur psychosozialen Betreuung Schwerbehinderter (§ 31 Abs. 2 Satz 3 SchwbG, § 28 SchwbAV)
2. Zuschüsse für Maßnahmen der beruflichen Eingliederung Schwerbehinderter in das Arbeits- und Berufsleben auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt (§ 17 SchwbAV)
3. Zuschüsse für Forschungs- und Modellvorhaben (§ 14 Abs. 1 Nr. 45 SchwbAV).

In Abstimmung mit dem Finanzministerium werden gemäß der Zustimmung des Zentralbankrates vom 27. November 1980 die zur Auszahlung noch nicht benötigten Mittel der Ausgleichsabgabe verzinslich angelegt. Die hieraus bei 13 06/162 45 aufkommenden Zinserträge fließen dem Ansatz zu.

1997 gegenüber 1996:

500,0 Tsd DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 03/862 87

Veranschlagt sind Darlehen zur Schaffung und Bereitstellung sowie zur behindertengerechten Einrichtung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen privater Unternehmer.

Zu 10 03/863 87

Veranschlagt sind

1. Darlehen zur begleitenden Hilfe im Arbeits- und Berufsleben an einzelne Schwerbehinderte (§ 31 Abs. 3 SchwbG, §§ 17-25 SchwbAV)
2. Darlehen zur Schaffung, Erweiterung, Ausstattung und Modernisierung von Einrichtungen zur beruflichen Eingliederung Schwerbehinderter in das Arbeits- und Berufsleben nach § 30 SchwbAV.

1997 gegenüber 1996:

2 500,0 Tsd DM mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Verpflichtungsermächtigung 1997 und 1998:

Für die rechtzeitige Planung und Durchführung von Investitionsförderungsmaßnahmen.

Zu 10 03/892 87

Zuschüsse an Arbeitgeber zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Schwerbehinderte, zur behindertengerechten Einrichtung und Unterhaltung von Arbeitsplätzen sowie bei außergewöhnlichen Belastungen i.S. von § 31 Abs. 3 Nr. 2 b SchwbG.

1997 gegenüber 1996:

2 500,0 Tsd DM mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 03/893 87

Veranschlagt sind Zuschüsse zur Schaffung, Ausstattung und Modernisierung von Einrichtungen zur beruflichen Rehabilitation Schwerbehinderter in das Arbeits- und Berufsleben nach § 30 SchwbAV.

1997 gegenüber 1996:

13 810,0 Tsd DM weniger.

1998 gegenüber 1997:

5 600,0 Tsd DM mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Verpflichtungsermächtigung 1997 und 1998:

Für die rechtzeitige Planung und Durchführung von Investitionsförderungsmaßnahmen.

10 03 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM.
1	2	3	4	5	6
		88 LEISTUNGEN AN IMPFGESCHÄDIGTE IN ENTSPRECHENDER ANWENDUNG DER VORSCHRIFTEN ÜBER DIE KRIEGSOPFERFÜRSORGE <i>TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.</i>			
681 88-4	299	BEIHILFEN	3.350,0	3.350,0	A 3.500,0 B 3.030,0 C 3.194,0
863 88-4	299	DARLEHEN	50,0	50,0	A 50,0 B 20,6 C 50,7
		SUMME DER TITELGRUPPE	3.400,0	3.400,0	A 3.550,0 B 3.050,6 C 3.244,7
		89 LEISTUNGEN AN IMPFGESCHÄDIGTE IN ENTSPRECHENDER ANWENDUNG DER VORSCHRIFTEN DER KRIEGSOPFERVERSORGUNG (OHNE KRIEGSOPFERFÜRSORGE) <i>TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. RÜCKEINNAHMEN FLIEßEN DEN AUSGABEN ZU.</i>			
636 89-9	299	ERSTATTUNG VON VERWALTUNGSKOSTEN AN SOZIALVERSICHERUNGSTRÄGER	60,0	60,0	A 60,0 B 50,1 C 53,2
642 89-1	299	HEIL- UND KRANKENBEHANDLUNG, BADEKUREN IN VERSORGUNGSEIGENEN KRANKENANSTALTEN	10,0	10,0	A 15,0 B 6,5 C 1,1
646 89-7	299	ERSATZ NACH §§ 19, 20 UND 22 DES BUNDESVERSORGUNGSGESETZES AN KRANKENKASSEN UND ANDERE ÖFFENTLICH-RECHTLICHE LEISTUNGSTRÄGER	1.200,0	1.200,0	A 875,0 B 1.083,5 C 987,6
656 89-4	299	BEITRÄGE ZUR PFLEGEVERSICHERUNG	---	---	A ---
671 89-5	299	HEIL- UND KRANKENBEHANDLUNG, BADEKUREN IN VERSOR- GUNGSFREMDEN EINRICHTUNGEN UND ANDERE SACHLEISTUNGEN, DIE VON DER VERSORGUNGSBEHÖRDE GEWÄHRT WERDEN	430,0	430,0	A 550,0 B 433,8 C 493,5
672 89-4	299	ERSTATTUNG VON BEITRÄGEN ZUR PFLEGEVERSICHERUNG	---	---	A ---
681 89-3	299	VERSORGUNGSBEZÜGE FÜR BESCHÄDIGTE UND HINTERBLIEBENE SOWIE UNTERSTÜTZUNGEN	18.500,0	19.500,0	A 18.700,0 B 16.822,8 C 15.595,8
		SUMME DER TITELGRUPPE	20.200,0	21.200,0	A 20.200,0 B 18.396,7 C 17.131,2
		90 FÖRDERUNG DER ALLGEMEINEN WOHLFAHRTSPFLEGE <i>TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.</i>			
684 90-7	236	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE AN SOZIALE ODER ÄHNLICHE EINRICHTUNGEN	1.270,0	1.270,0	A 1.125,0 B 990,0 C 1.080,0
685 90-6	236	SONSTIGE ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE AN SONSTIGE	***	***	A 145,0 B 144,0 C 135,7
893 90-4	236	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN SONSTIGE IM INLAND	30,0	30,0	A 30,0
		SUMME DER TITELGRUPPE	1.300,0	1.300,0	A 1.300,0 B 1.134,0 C 1.215,7

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 03/88

Nach § 51 Bundes-Seuchengesetz erhalten Impfgeschädigte wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen des Impfschadens auf Antrag Versorgung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Bundesversorgungsgesetzes (BVG); darunter fallen auch Leistungen der Kriegsofferfürsorge (§§ 25-27 j BVG). Die Aufwendungen trägt allein das Land.

1997 gegenüber 1996:

150,0 Tsd DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 03/89

Leistungen nach dem Bundes-Seuchengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Dezember 1979 (BGBl I S. 2262) in entsprechender Anwendung der Bestimmungen des Bundesversorgungsgesetzes mit Ausnahme der Kriegsofferfürsorge.

1998 gegenüber 1997:

1 000,0 Tsd DM mehr infolge Zunahme der Zahl der Empfänger und Rentenanpassung.

Für Leistungen entsprechend der Kriegsofferfürsorge sind Mittel bei Kap. 10 03 Titelgruppe 88 veranschlagt.

Zu 10 03/684 90

Zuschüsse an die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege für Personalkosten, die im Rahmen der zentralen Aufgaben im Wohlfahrtsbereich entstehen (insbesondere Zuschüsse nach Art. 13 Abs. 3 AGBSHG - BayRS 2170-1-A) sowie Zuschüsse an sonstige Körperschaften, Verbände und Vereine zur Förderung ihrer Aufgaben.

Zu 10 03/893 90

Aus diesem Ansatz werden Einrichtungen der allgemeinen Wohlfahrtspflege, für die im gesamten Staatshaushalt keine gesonderten Mittel veranschlagt sind, gefördert.

10 03 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		93 FÖRDERUNG VON AUFKLÄRUNGSMASSNAHMEN AUF DEN GEBIETEN DES ARBEITSSCHUTZES, DER ARBEITSMEDIZIN, DES UNFALLSCHUTZES IN HEIM UND FREIZEIT, DER SICHERHEITSTECHNIK, VON MASSNAHMEN ZUR HUMANISIERUNG DES ARBEITSLEBENS UND VON UNTERSUCHUNGEN AUF DEM GEBIET DER ARBEITSMEDIZIN TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR. DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT SICH UM DIE MEHREINNAME BEI 119 93.			
515 93-9	299	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE	2,5	2,5	A 5,0
526 93-6	299	KOSTEN VON UNTERSUCHUNGEN U. DGL.	25,0	25,0	A 50,0 B 70,0
531 93-9	299	KOSTEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN	112,5	112,5	A 225,0 B 304,4 C 147,0
540 93-8	299	KOSTEN FÜR VERANSTALTUNGEN	95,0	95,0	A 190,0 B 101,5 C 94,5
684 93-4	299	ZUSCHÜSSE AN SONSTIGE	15,0	15,0	A 30,0 B 15,0 C 10,0
		SUMME DER TITELGRUPPE	250,0	250,0	A 500,0 B 490,9 C 251,5
		94 LEISTUNGEN AN OPFER VON GEWALTSTATEN IN ENTSPRECHENDER ANWENDUNG DER VORSCHRIFTEN ÜBER DIE KRIEGSOPFERFÜRSORGE TITEL DER TG (MIT AUSNAHME 641 94) GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.			
641 94-5	299	ANTEIL DES BUNDES AN DEN EINNAHMEN DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM 40 V.H. DER MEHR- ODER MINDEREINNahmen BEI 162 94, 182 94 UND 281 94.	36,0	36,0	A 31,2 B 32,7 C 17,6
681 94-6	299	BEIHILFEN	1.000,0	1.100,0	A 900,0 B 838,7 C 748,0
863 94-6	299	DARLEHEN	20,0	20,0	A 20,0 C 11,3
		SUMME DER TITELGRUPPE	1.056,0	1.156,0	A 951,2 B 871,4 C 776,9

Erläuterungen

Zu 10 03/93

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
Veranschlagt sind im einzelnen für:		
1. Ergänzungsbeschaffung von mobilen Informations- ständen	2,5	2,5
2. Förderung von Maßnahmen zur Aufklärung der Arbeit- nehmer und Arbeitgeber über Unfallgefahren im Betrieb und der Bevölkerung über Unfallgefahren im Heim und in der Freizeit		
a) Veröffentlichungen	90,0	90,0
b) Veranstaltungen	95,0	95,0
3. Untersuchungen auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin .	25,0	25,0
4. Förderung von Institutionen auf dem Gebiet der Unfallverhütung	15,0	15,0
5. Förderung von Maßnahmen zur Humanisierung des Arbeitslebens	22,5	22,5
Zusammen	250,0	250,0

1997 gegenüber 1996:

250,0 Tsd DM weniger aufgrund finanzwirtschaftlicher Erfordernisse.

Zu 10 03/94 (95 und 96)

Nach dem Gesetz über die Entschädigung der Opfer von Gewalttaten (OEG) erhalten Opfer von Gewalttaten wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Gewalttat auf Antrag Versorgung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Bundesversorgungsgesetzes (BVG).

Es sind veranschlagt:

1. bei Titelgruppe 94:
Ausgaben für die Leistungen entsprechend der Kriegsopferfürsorge (§§ 25 bis 27 j BVG), für die Kostenträger das Land mit 60 v.H. und der Bund mit 40 v.H. sind.
2. bei Titelgruppe 95:
Ausgaben für die Leistungen entsprechend der Kriegsopferversorgung mit Ausnahme der Kriegsopferfürsorge, für die Kostenträger das Land mit 60 v.H. und der Bund mit 40 v.H. sind.
3. bei Titelgruppe 96:
Ausgaben für die Leistungen, für die Kostenträger ausschließlich das Land ist (Leistungen, die nicht Geldleistungen im Sinne des § 4 Abs. 2 OEG sind).

Zu 10 03/94

1997 gegenüber 1996:

104,8 Tsd DM mehr,

1998 gegenüber 1997:

100,0 Tsd DM mehr infolge erhöhten Bedarfs.

Die entsprechenden Einnahmen sind bei Titelgruppe 94 (Einnahmen) ausgebracht.

10 03 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		95 LEISTUNGEN AN OPFER VON GEWALTSTATEN IN ENTSPRECHENDER ANWENDUNG DER VORSCHRIFTEN DER KRIEGSOFFERVERSORGUNG (OHNE KRIEGSOFFERFÜRSORGE) TITEL DER TG (MIT AUSNAHME 641 95) GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.			
636 95-1	299	ERSTATTUNGEN VON VERWALTUNGSKOSTEN AN SOZIALVERSI- CHERUNGSTRÄGER	15,0	15,0	A 10,0 B 11,1 C 2,3
641 95-4	299	ANTEIL DES BUNDES AN DEN EINNAHMEN DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM 40 V.H. DER MEHR- ODER MINDEREINNAHME BEI 281 95.	100,0	100,0	A 120,0 B 76,9 C 98,2
642 95-3	299	HEIL- UND KRANKENBEHANDLUNG, BADEKUREN IN VERSOR- GUNGSEIGENEN KRANKENANSTALTEN	5,0	5,0	A 4,0 C 2,4
646 95-9	299	ERSATZ NACH §§ 19, 20 UND 22 BVG AN KRANKENKASSEN UND ANDERE ÖFFENTLICH-RECHTLICHE LEISTUNGSTRÄGER	150,0	150,0	A 160,0 B 102,7 C 201,3
656 95-6	299	BEITRÄGE ZUR PFLEGEVERSICHERUNG	---	---	A ---
671 95-7	299	HEIL- UND KRANKENBEHANDLUNG, BADEKUREN IN VERSOR- GUNGSFREMDEN EINRICHTUNGEN UND ANDERE GELDLEISTUNGEN, DIE VON DER VERSORGUNGSBEHÖRDE GEWÄHRT WERDEN	150,0	150,0	A 150,0 B 93,8 C 167,9
672 95-6	299	ERSTATTUNG VON BEITRÄGEN ZUR PFLEGEVERSICHERUNG	---	---	A ---
681 95-5	299	VERSORGUNGSBEZÜGE FÜR BESCHÄDIGTE UND HINTERBLIEBENE SOWIE UNTERSTÜTZUNGEN	7.700,0	8.100,0	A 6.400,0 B 6.865,2 C 5.614,5
		SUMME DER TITELGRUPPE	8.120,0	8.520,0	A 6.844,0 B 7.149,7 C 6.086,6
		96 LEISTUNGEN AN OPFER VON GEWALTSTATEN, SOWEIT KOSTEN- TRÄGER AUSSCHLIESSLICH DAS LAND IST TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. RÜCKEINNAHMEN FLIEßEN DEN AUSGABEN ZU.			
636 96-0	299	ERSTATTUNGEN VON VERWALTUNGSKOSTEN AN SOZIALVERSI- CHERUNGSTRÄGER	60,0	60,0	A 48,0 B 57,0 C 19,8
641 96-3	299	KOSTENERSTATTUNG AN DEN BUND	100,0	100,0	A --- B 458,2
642 96-2	299	HEIL- UND KRANKENBEHANDLUNG, BADEKUREN IN VERSOR- GUNGSEIGENEN KRANKENANSTALTEN	60,0	60,0	A 2,0 B 52,0 C 6,8
646 96-8	299	ERSATZ NACH §§ 19 UND 20 BVG AN KRANKENKASSEN UND ANDERE ÖFFENTLICH-RECHTLICHE LEISTUNGSTRÄGER	4.300,0	4.800,0	A 2.950,0 B 3.319,2 C 2.442,2
671 96-6	299	HEIL- UND KRANKENBEHANDLUNG, BADEKUREN IN VERSOR- GUNGSFREMDEN EINRICHTUNGEN UND ANDERE SACHLEISTUNGEN, DIE VON DER VERSORGUNGSBEHÖRDE GEWÄHRT WERDEN	380,0	380,0	A 200,0 B 381,6 C 340,3
681 96-4	299	UNTERSTÜTZUNGEN SOWIE BEIHILFEN IM RAHMEN DER KRIEGS- OPFERFÜRSORGE	570,0	570,0	A 470,0 B 513,2 C 653,6

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 03/95

1997 gegenüber 1996:

1 276,0 Tsd DM mehr infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf sowie Zunahme der Zahl der Empfänger und Rentenanpassung.

1998 gegenüber 1997:

400,0 Tsd DM mehr infolge Zunahme der Zahl der Empfänger und Rentenanpassung.

Die entsprechenden Einnahmen sind bei Titelgruppe 95 (Einnahmen) ausgebracht.

Zu 10 03/96

1997 gegenüber 1996:

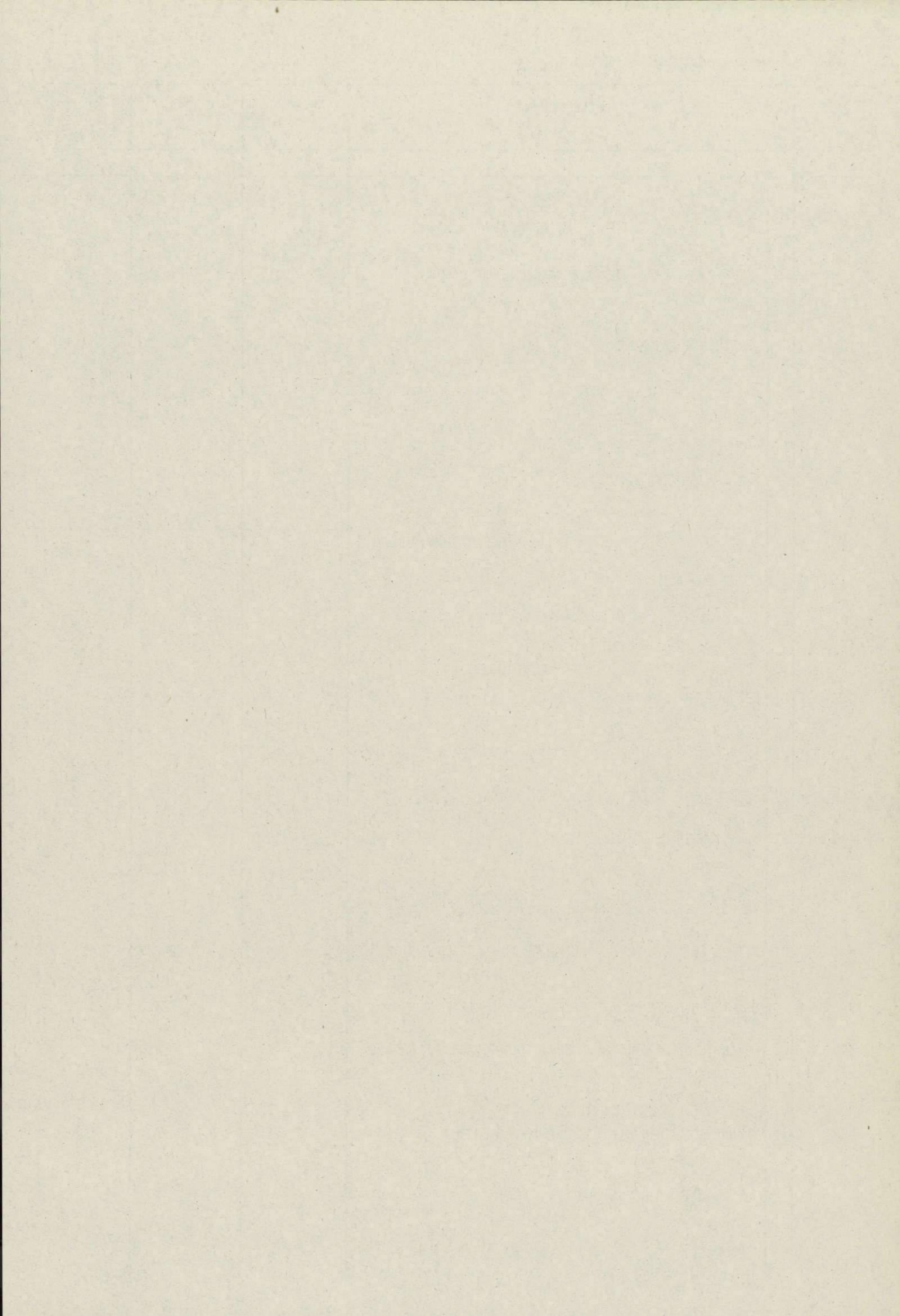
1 800,0 Tsd DM mehr infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

1998 gegenüber 1997:

500,0 Tsd DM mehr infolge erhöhten Bedarfs.

10 03 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
863 96-4	299	DARLEHEN IM RAHMEN DER KRIEGSOPFERFÜRSORGE	30,0	30,0	A 30,0 C 5,4
		SUMME DER TITELGRUPPE	5.500,0	6.000,0	A 3.700,0 B 4.781,2 C 3.468,1
		GESAMTAUSGABEN	704.414,0	725.384,0	A 678.287,6 B 672.654,5 C 707.642,3
		ABSCHLUSS			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.	173.438,0	175.438,0	A 178.045,3 B 178.381,8 C 175.643,3
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	138.948,0	150.398,0	A 117.467,6 B 102.332,6 C 90.229,0
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN, BESONDERE FINANZIERUNGSEINNAHMEN	16.500,0	16.500,0	A 15.000,0 B 13.927,5 C 12.789,0
		GESAMTEINNAHMEN	328.886,0	342.336,0	A 310.512,9 B 294.641,9 C 278.661,3
		PERSONAL AUSGABEN	260,0	260,0	A 262,5 B 201,4 C 3.368,6
		SÄCHLICHE VERWALTUNGS AUSGABEN	7.449,0	7.454,0	A 5.846,0 B 7.115,4 C 13.518,1
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	635.390,0	650.865,0	A 602.114,2 B 588.724,2 C 616.378,0
		SONSTIGE SACHINVESTITIONEN	-	-	A 150,6 B 67,5 C
		INVESTITIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN	61.005,0	66.605,0	A 69.815,0 B 76.253,6 C 74.310,1
		BESONDERE FINANZIERUNGSAUSGABEN	310,0	200,0	A 249,9 B 209,3 C
		GESAMTAUSGABEN	704.414,0	725.384,0	A 678.287,6 B 672.654,5 C 707.642,3
		ZUSCHUSS	375.528,0	383.048,0	A 367.774,7 B 378.012,6 C 428.981,0



TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		EINNAHMEN			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.			
113 01-4	211	ERLÖSE AUS DEM VERKAUF VON GEGENSTÄNDEN	1.0	1.0	A 1.0 C 5.5
119 49-2	211	VERMISCHTE EINNAHMEN	1.0	1.0	A 1.0 B 0.9 C 0.4
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN			
236 01-6	211	ERSTATTUNGEN VON VERWALTUNGS-AUSGABEN VON SOZIAL- VERSICHERUNGSTRÄGERN	4.673.0	4.780.7	A 4.741.2 B 4.148.8 C 4.305.9
		GESAMTEINNAHMEN	4.675.0	4.782.7	A 4.743.2 B 4.149.7 C 4.311.8
		AUSGABEN			
		PERSONALAUSGABEN			
422 01-0	211	BEZÜGE DER PLANMÄSSIGEN BEAMTEN	3.662.0	3.763.0	A 3.752.0 B 3.490.7 C 3.532.0
422 11-8	211	BEZÜGE DER BEAMTEN ZUR ANSTELLUNG UND DER RICHTER AUF PROBE	---	---	A ---
422 31-4	211	BEZÜGE DER ABGEORDNETEN BEAMTEN (RICHTER)	---	---	A --- C 90.9
425 01-7	211	VERGÜTUNGEN DER ANGESTELLTEN	406.0	418.0	A 360.0 B 381.1 C 334.1
425 17-9	211	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE ZUR ÜBERBRÜCKUNG VON ERZIEHUNGSURLAUB GEMÄSS ART. 6 ABS. 4 HG	---	---	A ---
441 01-7	211	BEIHILFEN AUFGRUND DER BEIHILFEVORSCHRIFTEN FÜR BEAMTE	240.0	240.0	A 230.0 B 190.3 C 207.1
441 02-6	211	BEIHILFEN AUFGRUND DER BEIHILFEVORSCHRIFTEN FÜR ANGESTELLTE UND ARBEITER	1.0	1.0	A 1.0
442 01-6	211	UNTERSTÜTZUNGEN AUFGRUND DER UNTERSTÜTZUNGSGRUNDSÄTZE	0.5	0.5	A 0.5
451 01-4	211	ZUSCHÜSSE ZUR GEMEINSCHAFTSVERPFLEGE	7.0	7.0	A 7.0 B 5.0 C 5.5
453 01-2	211	TRENNUNGSGELD UND UMZUGSKOSTENVERGÜTUNGEN	25.0	25.0	A 30.0 B 15.8 C 7.8

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 04

Dem Landesprüfungsamt für Sozialversicherung obliegt die Prüfung der Geschäfts-, Rechnungs- und Betriebsführung der landesunmittelbaren Sozialversicherungsträger, der Verbände im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung, des Medizinischen Dienstes und der Kassenärztlichen Vereinigungen. Diese erstatten nach Art. 4 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches (AGSGB) vom 10. August 1982 (BayRS 86-7-A) und nach § 274 Abs. 2 SGB V die Kosten der Prüfung ihrer Geschäfts-, Rechnungs- und Betriebsführung.

Der Staatskasse fallen diejenigen Kosten des Prüfungsamtes zur Last, die über die kostenerstattungspflichtige Prüfung der Geschäfts-, Rechnungs- und Betriebsführung der o.g. Sozialversicherungsträger und Institutionen hinaus im Staatsinteresse entstehen sowie die Kosten der Dienstaufsichtsprüfungen innerhalb der Staatsverwaltung. Der Anteil der Sozialversicherungsträger ist mit 70 v.H., der Anteil des Staates mit 30 v.H. der nach Abzug von Erstattungsleistungen Dritter und von sonstigen Einnahmen verbleibenden Gesamtausgaben des Prüfungsamtes aufgrund von Erfahrungssätzen pauschaliert.

Zu 10 04/236 01

Die Einnahmen errechnen sich aus 70 v.H. der nach Abzug von Erstattungsleistungen Dritter und von sonstigen Einnahmen verbleibenden Gesamtausgaben.

1997 gegenüber 1996:

68,2 Tsd DM weniger wegen Rückgang der Ausgaben.

1998 gegenüber 1997:

107,7 Tsd DM mehr wegen höherer Ausgaben.

Zu 10 04/422 01

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 04/425 01

Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 04/453 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Trennungsgeld für 3/3 Bedienstete	12,5	12,5
2. Umzugskostenvergütungen für den Umzug von 3/3 Bediensteten	12,5	12,5
Zusammen	25,0	25,0

10 04 LANDESPRÜFUNGSAMT FÜR SOZIALVERSICHERUNG

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		SÄCHLICHE VERWALTUNGSAusGABEN			
511 01-2	211	GESCHÄFTSBEDARF	16,0	16,0	A 16,0 B 8,3 C 12,7
512 01-1	211	BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN	18,0	18,0	A 18,0 B 16,8 C 12,7
513 01-0	211	LEISTUNGSENTGELTE FÜR POST- UND FERNMEDEDIENST- LEISTUNGEN	17,5	17,5	A 17,5 B 13,6 C 12,8
515 01-8	211	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE FÜR VERWALTUNGSZWECKE, WARTUNG	17,0	17,0	A 18,0 B 11,2 C 11,1
518 01-5	211	MIETEN UND PACHTEN FÜR GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME	295,4	295,4	A 300,3 B 284,9 C 278,3
518 11-3	211	MIETEN UND PACHTEN FÜR MASCHINEN, GERÄTE UND FAHRZEUGE	14,5	15,0	A 14,0 B 13,8 C 7,7
525 01-6	211	AUS- UND FORTBILDUNG	20,0	20,0	A 15,0 B 9,8 C 5,4
527 01-4	211	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR INLANDSDIENSTREISEN	300,0	300,0	A 322,0 B 192,5 C 239,9
546 49-5	211	VERMISCHTE VERWALTUNGSAusGABEN	3,0	3,0	A 3,0 B 0,4
		SONSTIGE AusGABEN FÜR INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN			
812 01-8	211	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN FÜR VERWALTUNGSZWECKE	---	---	A ---
		BESONDERE FINANZIERUNGSAusGABEN			
981 02-2	990	ERSTATTUNG DER VERSORGUNGSANTEILE FÜR DIE BEAMTEN DES LANDESPRÜFUNGSAMTES AN DAS LAND DIE AusGABEBEFUGNIS ERHÖHT SICH UM 40 V. H. DER MEHRAusGABEN BEI 422 01, 422 11 UND 422 31.	1.464,8	1.505,2	A 1.500,8 B 1.275,6 C 1.352,5
		TITELGRUPPEN			
		99 KOSTEN DER DATENVERARBEITUNG TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.			
513 99-3	211	LEISTUNGSENTGELTE FÜR POST- UND FERNMEDEDIENST- LEISTUNGEN	10,0	10,0	A 15,0 B 6,7 C 7,0

Erläuterungen

Zu 10 04/513 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Postgebühren	2,0	2,0
2. Laufende Fernmeldekosten	14,0	14,0
3. Miete, Wartung und Sonstiges	1,5	1,5
Zusammen	17,5	17,5

Anzahl der privaten Fernsprechanlüsse mit dienstlicher Mitbenutzung:

- a) Hauptanschlüsse -
b) Nebenanschlüsse -

Zu 10 04/515 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	10,0	10,0
2. Wartung und Reparaturen	7,0	7,0
Zusammen	17,0	17,0

Zu 10 04/518 01

Nutzungsentschädigung für die Diensträume des Landesprüfungsamtes im StMAS.

Zu 10 04/518 11

Miete für ein Fotokopiergerät.

Zu 10 04/527 01

Bestand an anerkannten Personenkraftwagen: 27 (27)

Zu 10 04/546 49

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte	-	-
2. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	2,0	2,0
3. Verlustentschädigungen	-	-
4. Auslagen für Vorstellungsreisen	1,0	1,0
5. Sonstige vermischte Ausgaben	-	-
Zusammen	3,0	3,0

Zu 10 04/981 02

Erstattung des Versorgungsaufwands zugunsten 13 20/382 71 in Form einer Pensionsrücklage in Höhe von 40 v.H. des Aktivbruttogehalts der Beamten.

Zu 10 04/99

Veranschlagt sind die Kosten des weiteren Ausbaues und des Betriebs eines multifunktionalen DV-Systems. Das Landesprüfungsamt ist an dem von Bund und Ländern gemeinsam entwickelten und gepflegten computergestützten Text- und Informationssystem für Landesprüfer (TILAP) beteiligt.

Zu 10 04/513 99

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Postgebühren	-	-
2. Laufende Fernmeldekosten	-	-
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	10,0	10,0
Zusammen	10,0	10,0

10 04 LANDESPRÜFUNGSAMT FÜR SOZIALVERSICHERUNG

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
515 99-1	211	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE, WARTUNG	20,0	20,0	A 30,0 B 24,7 C 24,8
518 99-8	211	MIETEN FÜR ELEKTRONISCHE DATENVERARBEITUNGSANLAGEN, GERÄTE UND MASCHINEN	---	---	A ---
522 99-2	211	VERBRAUCHSMITTEL	3,0	3,0	A 3,0 B 1,4 C 0,7
525 99-9	211	AUS- UND FORTBILDUNG	15,0	15,0	A 15,0 B 12,9 C 17,7
533 99-9	211	NEBENKOSTEN DER DATENVERARBEITUNG	2,0	2,0	A 2,0
534 99-8	211	VERGABE VON AUFTRÄGEN FÜR DATENERFASSUNG, SOFTWARE- ENTWICKLUNG U.Ä.	65,0	65,0	A ---
812 99-1	211	ERWERB VON ELEKTRONISCHEN DATENVERARBEITUNGSANLAGEN, GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDEN	40,0	40,0	A 60,0 C 17,2
813 99-0	211	ERWERB VON SOFTWARE	15,0	15,0	A 45,0 C 28,9
		SUMME DER TITELGRUPPE	170,0	170,0	A 170,0 B 45,7 C 96,3
		GESAMTAUSGABEN	6.677,7	6.831,6	A 6.775,1 B 5.955,5 C 6.206,8

Erläuterungen

Zu 10 04/515 99

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	3,0	3,0
2. Wartung und Reparatur	17,0	17,0
Zusammen	20,0	20,0

Zu 10 04/534 99

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Datenerfassung durch Dritte	-	-
2. Softwareentwicklung durch Dritte (TILAP)	65,0	65,0
3. Sonstiges	-	-
Zusammen	65,0	65,0

1997 gegenüber 1996

30,0 Tsd DM mehr wegen Umsetzung von 10 04/813 99

35,0 Tsd DM mehr wegen Weiterentwicklung der Software für Prüfer

65,0 Tsd DM mehr

Zu 10 04/812 99

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Beschaffung von PC's und Notebooks für DV-unterstützte Prüfungen (TILAP)	26,0	26,0
2. Beschaffung von Druckern u.ä.	10,0	10,0
3. Einrichtungen für Datenschutz und Datensicherheit	4,0	4,0
Zusammen	40,0	40,0

Zu 10 04/813 99

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Standardsoftware	15,0	15,0
2. Individualsoftware	-	-
Zusammen	15,0	15,0

1997 gegenüber 1996:

30,0 Tsd DM weniger wegen Umsetzung nach 10 04/534 99.

10 04 LANDESPRÜFUNGSAMT FÜR SOZIALVERSICHERUNG

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		ABSCHLUSS			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.	2.0	2.0	A 2.0 B 0.9 C 5.9
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	4.673.0	4.780.7	A 4.741.2 B 4.148.8 C 4.305.9
		GESAMTEINNAHMEN	4.675.0	4.782.7	A 4.743.2 B 4.149.7 C 4.311.8
		PERSONALAUFGABEN	4.341.5	4.454.5	A 4.380.5 B 4.082.9 C 4.177.4
		SÄCHLICHE VERWALTUNGSAUFGABEN	816.4	816.9	A 788.8 B 597.0 C 630.8
		SONSTIGE SACHINVESTITIONEN	55.0	55.0	A 105.0 C 46.1
		BESONDERE FINANZIERUNGSAUFGABEN	1.464.8	1.505.2	A 1.500.8 B 1.275.6 C 1.352.5
		GESAMTAUFGABEN	6.677.7	6.831.6	A 6.775.1 B 5.955.5 C 6.206.8
		ZUSCHUSS	2.002.7	2.048.9	A 2.031.9 B 1.805.8 C 1.895.0

10 05 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - ARBEIT UND BERUFLICHE BILDUNG, BERUFLICHE UND SOZIALE REHABILITATION

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		EINNAHMEN			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.			
119 01-5	252	EINNAHMEN AUS VERÖFFENTLICHUNGEN	---	---	A ---
182 01-7	252	RÜCKZAHLUNGEN AUS DARLEHEN	---	---	A ---
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN			
251 01-3	252	ZUWEISUNGEN DES BUNDES FÜR MODELLVORHABEN IM RAHMEN DER BERUFLICHEN BILDUNG BEHINDERTER VGL. VERMERK ZU TG 78.	---	---	A C --- 172,1
251 02-2	252	ZUWEISUNGEN DES BUNDES ZUR FÖRDERUNG VON MASSNAHMEN DER BERUFLICHEN BILDUNG VGL. VERMERK ZU TG 74.	---	---	A B C --- 56,3 25,3
251 03-1	253	ZWECKGEBUNDENE ZUWEISUNGEN ZU DEN KOSTEN DER ARBEITSMARKTPOLITISCHEN MASSNAHMEN DER BERUFLICHEN ORIENTIERUNG, ANPASSUNG UND EINGLIEDERUNG VON ARBEITSKRÄFTEN VGL. VERMERK ZU TG 76.	---	---	A ---
251 05-9	252	ZUWEISUNGEN DES BUNDES FÜR DIE BEGABTENFÖRDERUNG STÄDTISCHE HAUSWIRTSCHAFT VGL. VERMERK ZU 681 03.	---	---	A B --- 36,4
271 01-9	252	BEITRÄGE ZU DEN KOSTEN DER MASSNAHMEN ZUR FÖRDERUNG DER BERUFLICHEN BILDUNG VGL. VERMERK ZU TG 74.	---	---	A B C 10,0 26,0 9,9
281 11-5	252	RÜCKEINNAHMEN AUS ZUSCHÜSSEN	2.000,0	2.000,0	A B C 2.000,0 1.357,1 1.744,5
287 01-1	253	ZUWEISUNGEN AUS DEM EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS (ESF) FÜR DAS ZIEL NR. 4 DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2052/88 UND NR. 4253/88 (FÖRDERZEITRAUM 1990 - 1992) VGL. VERMERK ZU TG 82.	***	***	A B 200,0 5.026,9
287 02-0	253	ZUWEISUNGEN AUS DEM EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS (ESF) FÜR DAS ZIEL NR. 5B DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2052/88 UND NR. 4253/88 (FÖRDERZEITRAUM 1990 - 1993) VGL. VERMERK ZU TG 83.	3.000,0	***	A B C 12.000,0 8.300,0 2.000,0
287 03-9	253	ZUWEISUNGEN AUS DEM EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS (ESF) FÜR DAS ZIEL NR. 3 DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2052/88 UND NR. 4253/88 (FÖRDERZEITRAUM 1990 - 1992) VGL. VERMERK ZU TG 84.	***	***	A B 200,0 1.936,7
287 04-8	253	ZUWEISUNGEN AUS DEM EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS (ESF) FÜR DAS ZIEL NR. 3 DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2052/88 UND NR. 4253/88 (FÖRDERZEITRAUM 1993 - 1995) VGL. VERMERK ZU TG 85.	2.000,0	***	A C 1.000,0 6.472,5

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 05

Aus den Mitteln des Kapitel 10 05 werden Maßnahmen im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik, der Betreuung ausländischer Arbeitskräfte, der Berufshilfe, der beruflichen Bildung, insbesondere Maßnahmen des Bayerischen Jugendwerks und der freiwilligen sozialen Dienste sowie Maßnahmen und Einrichtungen der beruflichen, sozialen und medizinischen Rehabilitation gefördert.

Zu 10 05/119 01

Leertitel für die Vereinnahmung von Schutzgebühren usw.

Zu 10 05/182 01

Leertitel für etwaige Rückflüsse aus nicht verwendeten Darlehen.

Zu 10 05/251 01

Leertitel für die Vereinnahmung zweckgebundener Zuweisungen des Bundes zur Förderung von Modellvorhaben im Rahmen der beruflichen Bildung Behinderteter.

Zu 10 05/251 02

Leertitel für die Vereinnahmung etwaiger Zuweisungen des Bundes zur Förderung von Entwicklungsarbeiten im Bereich der beruflichen Bildung.

Zu 10 05/251 03

Leertitel für die Vereinnahmung zweckgebundener Zuweisungen des Bundes für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der beruflichen Orientierung, Anpassung und Eingliederung von Arbeitskräften.

Zu 10 05/251 05

Leertitel zur Vereinnahmung von Bundesmitteln aus dem Begabtenförderungsprogramm für die Regierung von Mittelfranken als zuständige Stelle für die Berufsbildung in der städtischen Hauswirtschaft.
Die Ausgabe erfolgt bei Titel 681 03.

Zu 10 05/271 01

Leertitel für die Vereinnahmung von Kostenbeiträgen von Teilnehmern an Veranstaltungen im Rahmen der Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung (vgl. Titelgruppe 74).

Zu 10 05/281 11

Veranschlagt sind die Rückflüsse aus nicht zweckentsprechend verwendeten Zuschüssen.

Zu 10 05/287 02, 287 04 und 287 05

Veranschlagt sind die voraussichtlichen zweckgebundenen Zuweisungen (Restzahlungen) aus dem Europäischen Sozialfonds, die dem Freistaat Bayern von der Europäischen Kommission im Rahmen der Gemeinschaftlichen Förderkonzepte bzw. Operationellen Programme aus dem Förderzeitraum 1990 bis 1993 bzw. 1993 bis 1995 als Schlußrate für Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden.

Die EU-Mittel werden über die jeweils entsprechende Ausgabetitelgruppe (Titelgruppe 83, 85 und 86) abgewickelt. Erforderliche Landeskompentärmittel werden bei den zutreffenden Titeln bzw. Titelgruppen nachgewiesen.

10 05 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - ARBEIT UND BERUFLICHE BILDUNG, BERUFLICHE UND SOZIALE REHABILITATION

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
287 05-7	253	ZUWEISUNGEN AUS DEM EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS (ESF) FÜR DAS ZIEL NR. 4 DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2052/88 UND NR. 4253/88 (FÖRDERZEITRAUM 1993 - 1995) VGL. VERMERK ZU TG 86.	200,0	***	A 500,0 C 1.668,9
287 06-6	253	ZUWEISUNGEN AUS DEM EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS (ESF) FÜR DAS ZIEL 3 DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2081/93, NR. 2082/93 UND NR. 2084/93 (FÖRDERZEITRAUM 1994 - 1999) VGL. VERMERK ZU TG 87.	20.500,0	21.500,0	A 18.500,0 B 8.268,7 C 25,0
287 07-5	253	ZUWEISUNGEN AUS DEM EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS (ESF) FÜR DAS ZIEL 4 DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2081/93, NR. 2082/93 UND NR. 2084/93 (FÖRDERZEITRAUM 1994 - 1999) VGL. VERMERK ZU TG 88.	4.000,0	4.500,0	A 4.000,0 B 1.368,8
287 08-4	253	ZUWEISUNGEN AUS DEM EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS (ESF) FÜR DAS ZIEL 5B DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2081/93, NR. 2082/93 UND NR. 2084/93 (FÖRDERZEITRAUM 1994 - 1999) VGL. VERMERK ZU TG 89.	25.000,0	26.000,0	A 20.000,0 B 7.286,1
287 09-3	253	ZUWEISUNGEN AUS DEM EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS (ESF) FÜR DAS ZIEL 2 DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2081/93, NR. 2082/93 UND NR. 2084/93 (FÖRDERZEITRAUM 1994 - 1996) VGL. VERMERK ZU TG 90.	3.600,0	2.400,0	A 3.400,0 B 4.858,1
287 16-4	253	ZUWEISUNGEN AUS DEM EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS (ESF) FÜR INNOVATIVE MASSNAHMEN NACH ART. 6 DER VERORDNUNG (EWG) NR. 2084/93 UND DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2081/93 UND NR. 2082/93 (FÖRDERZEITRAUM 1994 - 1999) VGL. VERMERK ZU TG 51.	---	---	A ---
287 20-8	253	ZUWEISUNGEN AUS DEM EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS (ESF) FÜR DIE GEMEINSCHAFTSINITIATIVE BESCHÄFTIGUNG UND ENTWICKLUNG VON HUMANRESSOURCEN DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2081/93, NR. 2082/93 UND NR. 2084/93 (FÖRDERZEITRAUM 1994 - 1999) VGL. VERMERK ZU TG 91.	2.000,0	2.200,0	A --- B 751,2
287 21-7	253	ZUWEISUNGEN AUS DEM EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS (ESF) FÜR DIE GEMEINSCHAFTSINITIATIVE ADAPT DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2081/93, NR. 2082/93 UND NR. 2084/93 (FÖRDERZEITRAUM 1994 - 1999) VGL. VERMERK ZU TG 92.	4.000,0	4.000,0	A --- B 1.650,3
287 22-6	253	ZUWEISUNGEN AUS DEM EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS (ESF) FÜR DIE GEMEINSCHAFTSINITIATIVE KONVER I DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2052/88 UND NR. 4253/88 (FÖRDERZEITRAUM 1993 - 1995) VGL. VERMERK ZU TG 93.	400,0	***	A --- C 1.531,4
287 23-5	253	ZUWEISUNGEN AUS DEM EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS (ESF) FÜR DIE GEMEINSCHAFTSINITIATIVE INTERREG II (OP BAYERN-TSCHECHIEN) DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2081/93, NR. 2082/93 UND NR. 2084/93 (FÖRDERZEITRAUM 1994 - 1999) VGL. VERMERK ZU TG 94.	800,0	1.000,0	A --- B 1.821,8

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 05/287 06 bis 287 29

Veranschlagt sind die voraussichtlichen Zuweisungen bzw. Leertitel für die Vereinnahmung zweckgebundener Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds, die dem Freistaat Bayern von der Europäischen Kommission im Rahmen der entsprechenden Einheitlichen Programmplanungsdokumente bzw. Operationellen Programme zur Verfügung gestellt werden. Die Zuweisungen erfolgen in Tranchen nach Teilbeträgen und Jahren.

Die EU-Mittel werden über die jeweils entsprechende Ausgabetitelgruppe (Titelgruppen 51 bis 53 und 87 bis 97) abgewickelt.

Erforderliche Landeskompentärmittel werden bei den zutreffenden Titeln bzw. Titelgruppen nachgewiesen.

Vgl. auch Erläuterungen zu TG 51 bis 53 sowie 87 bis 97.

10 05 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - ARBEIT UND BERUFLICHE BILDUNG, BERUFLICHE UND SOZIALE REHABILITATION

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
287 24-4	253	ZUWEISUNGEN AUS DEM EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS (ESF) FÜR DIE GEMEINSCHAFTSINITIATIVE KONVER II DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2081/93, NR. 2082/93 UND NR. 2084/93 (FÖRDERZEITRAUM 1994 - 1997) VGL. VERMERK ZU TG 95.	2.500,0	2.500,0	A ---
287 25-3	253	ZUWEISUNGEN AUS DEM EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS (ESF) FÜR DIE GEMEINSCHAFTSINITIATIVE LEADER II DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2081/93, NR. 2082/93 UND NR. 2084/93 (FÖRDERZEITRAUM 1994 - 1999) VGL. VERMERK ZU TG 96.	2.300,0	2.600,0	A ---
287 26-2	253	ZUWEISUNGEN AUS DEM EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS (ESF) FÜR DIE GEMEINSCHAFTSINITIATIVE RESIDER II DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2081/93, NR. 2082/93 UND NR. 2084/93 (FÖRDERZEITRAUM 1994 - 1997) VGL. VERMERK ZU TG 97.	800,0	1.000,0	A ---
287 27-1	253	ZUWEISUNGEN AUS DEM EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS (ESF) FÜR DIE GEMEINSCHAFTSINITIATIVE KMU DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2081/93, NR. 2082/93 UND NR. 2084/93 (FÖRDERZEITRAUM 1994 - 1999) VGL. VERMERK ZU TG 98.	***	***	A ---
287 28-0 -----	253	ZUWEISUNGEN AUS DEM EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS (ESF) FÜR DIE GEMEINSCHAFTSINITIATIVE INTERREG II (OP BAYERN-ÖSTERREICH) DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2081/93, NR. 2082/93 UND NR. 2084/93 (FÖRDERZEITRAUM 1994 - 1999) VGL. VERMERK ZU TG 52.	1.200,0	1.400,0	A
287 29-9 -----	253	ZUWEISUNGEN AUS DEM EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS (ESF) FÜR DAS ZIEL 2 DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2081/93, NR. 2082/93 UND NR. 2084/93 (FÖRDERZEITRAUM 1997 - 1999) VGL. VERMERK ZU TG 53.	---	---	A
GESAMTEINNAHMEN			74.300,0	71.100,0	A 61.810,0 B 42.744,4 C 13.649,6
AUSGABEN					
PERSONALAUSGABEN					
412 02-8	011	VERGÜTUNGEN FÜR DIE MITGLIEDER DES LANDESAUSSCHUSSES FÜR BERUFSBILDUNG ZU 412 02 UND 536 02: GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.	10,0	10,0	A 13,0 B 7,2 C 8,5
459 01-3	252	PRÜFUNGSVERGÜTUNGEN	250,0	250,0	A 200,0 B 227,1 C 232,8

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 05/412 02

Nach § 54 Berufsbildungsgesetz vom 14. August 1969 (BGBl I S. 1112), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 14. Dezember 1976 (BGBl I S. 3378), ist beim Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit der Landesausschuß für Berufsbildung zu bilden, der die Staatsregierung in Fragen der beruflichen Bildung zu beraten hat. Veranschlagt sind die Entschädigungen für Barauslagen und Zeitversäumnis der Mitglieder. Die Mittel für Sachkosten des Ausschusses sind bei Titel 536 02 veranschlagt.

Zu 10 05/459 01

Veranschlagt sind die Entschädigungen für die Prüfer in den Ausbildungsberufen Hauswirtschafter/Hauswirtschaftlerin bzw. Hauswirtschaftstechnischer Helfer/Hauswirtschaftstechnische Helferin.

Außerdem werden die im Zusammenhang mit den Prüfungen entstehenden Fahrtkosten, die Mieten für die Prüfungsräume sowie die Kosten der Schulung des Prüfungspersonals finanziert.

1997 gegenüber 1996:

50,0 Tsd DM mehr infolge Zunahme der Prüfungsteilnehmer.

10 05 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - ARBEIT UND BERUFLICHE BILDUNG, BERUFLICHE UND SOZIALE REHABILITATION

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		SÄCHLICHE VERWALTUNGSAusGABEN			
536 01-0	299	KOSTEN DES LANDESBEIRATES FÜR BEHINDERTENHILFE IN BAYERN	2,0	2,0	A 2,0
536 02-9	011	SACHKOSTEN DES LANDESAUSSCHUSSES FÜR BERUFSBILDUNG VGL. VERMERK ZU 412 02.	1,0	1,0	A 1,0 B 0,7
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AusNAHME FÜR INVESTITIONEN			
681 02-2	253	BEIHILFEN FÜR DIE INTERNATSUNTERBRINGUNG BENACHTEILIGTER JUGENDLICHER ZUR EINGLIEDERUNG IN BERUF UND ARBEIT DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.	120,0	120,0	A 150,0 B 64,8 C 85,6
681 03-1	252	BEGABTENFÖRDERUNG DES BUNDES FÜR DIE STÄDTISCHE HAUSWIRTSCHAFT DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH DER IST-EINNAHME BEI 251 05. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.	---	---	A --- B 36,4
684 01-0	299	ZUSCHÜSSE AN SOZIALE ODER ÄHNLICHE EINRICHTUNGEN IM RAHMEN DES LANDESPROGRAMMES "ARBEIT STATT SOZIALHILFE" DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.	500,0	500,0	A 500,0 B 404,2 C 428,9
		TITELGRUPPEN			
		51 MASSNAHMEN ZUR UMSETZUNG DES OPERATIONELLEN PROGRAMMS FÜR INNOVATIVE MASSNAHMEN NACH ART. 6 DER VERORDNUNG (EWG) NR. 2084/93 UND DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2081/93 UND NR. 2082/93 (FÖRDERZEITRAUM 1994 - 1999) TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG MIT TG 87, TG 88, TG 89 UND TG 90. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR. DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH DEN EINNAHMEN BEI 287 16. RÜCKEINNAHMEN FLIESSEN DEN AUSGABEN ZU. DIE NICHT DURCH EINNAHMEN IM LAUFENDEN HAUSHALTSJAHR GEDECKTEN MEHRAUSGABEN SIND IM RAHMEN DER GENEHMIGTEN FÖRDERKONZEPTE ALS VORGRIF FÜR GEMÄSS ART. 37 ABS. 6 BAYHO NACHZUWEISEN UND INNERHALB DER FÖRDERPROGRAMME ODER AUSGABEANSÄTZE FÜR INVESTITIONEN (HGR. 7 UND 8) DES EPL. 10 KASSENMASSIG AUSZUGLEICHEN.			
428 51-0	253	PERSONALAUSGABEN	---	---	A ---
547 51-6	253	SÄCHLICHE VERWALTUNGSAusGABEN	---	---	A ---
653 51-6	253	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE	---	---	A ---
681 51-2	253	LEISTUNGEN AN NATÜRLICHE PERSONEN	---	---	A ---
685 51-8	253	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE	---	---	A ---
812 51-4	253	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN	---	---	A ---
		SUMME DER TITELGRUPPE	-	-	A

Erläuterungen

Zu 10 05/536 01

Der Landesbeirat hat vor allem die Aufgabe, die Maßnahmen auf dem Gebiet der Rehabilitation zu koordinieren. Aus dem Ansatz werden Referentenhonorare, Besichtigungsfahrten usw. sowie die Kosten von Unterausschüssen finanziert.

Zu 10 05/536 02

Der Landesausschuß für Berufsbildung und seine Unterausschüsse beraten die Staatsregierung auf dem Gebiet der beruflichen Bildung. Aus dem Ansatz werden insbesondere die Beschaffung von Informationsmaterial und Arbeitsunterlagen (Drucksachen des Bundestages, des Bundesrates, des Landtages usw.) sowie die Durchführung von Besichtigungsfahrten und Referentenhonorare finanziert.

Die Mittel für die Vergütung der Mitglieder sind bei Titel 412 02 veranschlagt.

Zu 10 05/681 02

Mit den veranschlagten Mitteln wird die Internatsunterbringung von Jugendlichen, die

- eine Berufsfachschule für Hauswirtschaft oder für Kinderpflege besuchen und
- im Interesse einer erfolgreichen Berufsausbildung wegen ihrer besonderen Verhältnisse der Unterbringung im Internat bedürfen,

gefördert. Die Förderung erfolgt nach den Richtlinien für die individuelle Förderung im Bayerischen Jugendwerk in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. September 1982 (AMBl S. A 202), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 13. August 1993 (AllMBI S. 1068).

1997 gegenüber 1996:

30,0 Tsd DM weniger infolge geringeren Bedarfs.

Zu 10 05/681 03

Vgl. Erläuterung zu 251 05.

Zu 10 05/684 01

Veranschlagt sind Mittel für die Förderung von Maßnahmen zur Schaffung und Vermittlung von Arbeitsgelegenheiten im Sinne der §§ 19 und 20 Bundessozialhilfegesetz. Die Zuschüsse des Freistaates Bayern dienen insbesondere der Sicherstellung der sozialpädagogischen Begleitung der Sozialhilfeempfänger/-innen in den einzelnen Maßnahmen.

Zu 10 05/51

Im Rahmen von INNOVATIVEN MASSNAHMEN des Art. 6 der Verordnung (EWG) Nr. 2084/93 fördert der Freistaat Bayern aus ESF-Mitteln Maßnahmen innovativer Art der beruflichen Bildung und ganz allgemein zur Förderung der Beschäftigung sowie Studien, technische Hilfe und Erfahrungsaustausch, Maßnahmen des sozialen Dialogs und Modellvorhaben mit Erfahrungsaustausch.

Vgl. auch Erläuterungen zu 10 05 TG 87 bis 97.

10 05 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - ARBEIT UND BERUFLICHE BILDUNG, BERUFLICHE UND SOZIALE REHABILITATION

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		52 MASSNAHMEN ZUR UMSETZUNG DES OPERATIONELLEN PROGRAMMS BAYERN-ÖSTERREICH FÜR DIE GEMEINSCHAFTS-INITIATIVE INTERREG II (ENTWICKLUNG VON GRENZREGIONEN, GRENZÜBERGREIFENDE ZUSAMMENARBEIT UND AUSGEWÄHLTE ENERGIEKETZE) DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2081/93, NR. 2082/93 UND NR. 2084/93 (FÖRDERZEITRAUM 1994 - 1999) TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG MIT TG 91, TG 92, TG 94, TG 95, TG 96 UND TG 97. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR. DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM DIE MEHR- ODER MINDEREINNAHME BEI 287 28. RÜCKEINNAHMEN FLIEßEN DEN AUSGABEN ZU. DIE NICHT DURCH EINNAHMEN IM LAUFENDEN HAUSHALTSJAHR GEDECKTEN MEHRAUSGABEN SIND IM RAHMEN DER GENEHMIGTEN FÖRDERKONZEPTE ALS VORGRIF FÜR GEM. ART. 37 ABS. 6 BAYHO NACHZUWEISEN UND INNERHALB DER FÖRDERPROGRAMME ODER AUSGABEANSÄTZE FÜR INVESTITIONEN (HGR. 7 UND 8) DES EPL. 10 KASSENMASSIG AUSZUGLEICHEN.			
428 52-9 -----	253	PERSONALAUSGABEN	---	---	A
547 52-5 -----	253	SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	---	---	A
653 52-5 -----	253	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GV	---	---	A
681 52-1 -----	253	LEISTUNGEN AN NATÜRLICHE PERSONEN	---	---	A
685 52-7 -----	253	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE	1.200,0	1.400,0	A
812 52-3 -----	253	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS-GEGENSTÄNDEN	---	---	A
		SUMME DER TITELGRUPPE	1.200,0	1.400,0	A

Erläuterungen

Zu 10 05/52

Im Rahmen des Operationellen Programms "Bayern-Österreich" zur Gemeinschaftsinitiative INTERREG II (Entwicklung von Grenzregionen, grenzübergreifende Zusammenarbeit und ausgewählte Energienetze) fördert der Freistaat Bayern für die betreffenden Regionen aus ESF-Mitteln insbesondere Maßnahmen zur Qualifizierung und beschäftigungswirksame Maßnahmen, vor allem für Arbeitslose, Frauen und Personen, die von Veränderungen grenzbezogener Tätigkeiten infolge des einheitlichen Binnenmarktes unmittelbar oder mittelbar betroffen sind.

Ziel der Maßnahmen ist es insbesondere, durch Entwicklung menschlicher Ressourcen die Gebiete an den Außengrenzen der Europäischen Union bei der Bewältigung besonderer Entwicklungsprobleme infolge ihrer relativen Isolierung flankierend zu unterstützen sowie die Anpassung der Gebiete an ihre neue Rolle als Grenzgebiete eines einheitlichen integrierten Marktes im Hinblick auf die Beschäftigung zu begleiten.

Vgl. auch Erläuterungen zu 10 05 TG 87 bis 97.

10 05 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - ARBEIT UND BERUFLICHE BILDUNG, BERUFLICHE UND SOZIALE REHABILITATION

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		53 MASSNAHMEN ZUR UMSETZUNG DES EINHEITLICHEN PROGRAMMPLANUNGSDOKUMENTS FÜR DAS ZIEL 2 (UMSTELLUNG DER VON DER RÜCKLÄUFIGEN INDUSTRIELLEN ENTWICKLUNG SCHWER BETROFFENEN REGIONEN) DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2081/93, NR. 2082/93 UND NR. 2084/93 (FÖRDERZEITRAUM 1997 - 1999) TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR. DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH DEN EINNAHMEN BEI 287 29. RÜCKEINNAHMEN FLIESSEN DEN AUSGABEN ZU. DIE NICHT DURCH EINNAHMEN IM LAUFENDEN HAUSHALTSJAHR GEDECKTEN MEHRAUSGABEN SIND IM RAHMEN DER GENEHMIGTEN FÖRDERKONZEPTE ALS VORGRIF FÜR GEM. ART. 37 ABS. 6 BAYHO NACHZUWEISEN UND INNERHALB DER FÖRDERPROGRAMME ODER AUSGABEANSÄTZE FÜR INVESTITIONEN (HGR. 7 UND 8) DES EPL. 10 KASSENMÄSSIG AUSZUGLEICHEN.			
428 53-8	253	PERSONALAUSGABEN	---	---	A
547 53-4	253	SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	---	---	A
653 53-4	253	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GV	---	---	A
681 53-0	253	LEISTUNGEN AN NATÜRLICHE PERSONEN	---	---	A
685 53-6	253	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE	---	---	A
812 53-2	253	ERWERB VON GERÄTEN, AUSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS-GEGENSTÄNDEN	---	---	A
		SUMME DER TITELGRUPPE	-	-	A
		71 MASSNAHMEN DER BERUFSFÖRDERUNG UND DER FÖRDERUNG DER BERUFS-AUS- UND -WEITERBILDUNG JUGENDLICHER (BAYER. JUGENDWERK) TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. EINSEITIG DECKUNGSFÄHIG ZU LASTEN TG 72. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.			
531 71-0	252	DRUCKKOSTEN DER PUBLIKATIONSMITTEL	4,5	4,5	A 4,5
540 71-9	252	VERANSTALTUNGSKOSTEN	15,5	15,5	A 15,5 B 24,8 C 37,5
684 71-5	252	ZUSCHÜSSE AN SOZIALE ODER ÄHNLICHE EINRICHTUNGEN	360,0	360,0	A 360,0 B 150,0 C 148,5
685 71-4	252	ZUSCHÜSSE AN SONSTIGE	1.270,0	1.270,0	A 1.270,0 B 1.424,9 C 1.378,8
		SUMME DER TITELGRUPPE	1.650,0	1.650,0	A 1.650,0 B 1.599,7 C 1.564,8

Erläuterungen

Zu 10 05/53

Im Rahmen von Ziel 2 (Umstellung der Regionen, Grenzregionen oder Teilregionen einschließlich Arbeitsmarktregionen und Verdichtungsräume, die von der rückläufigen industriellen Entwicklung schwer betroffen sind) fördert der Freistaat Bayern für die betreffenden Regionen aus ESF-Mitteln Maßnahmen, die der Förderung von Beschäftigungswachstum und -stabilität dienen (Förderzeitraum 1997 bis 1999).

Vgl. auch Erläuterungen zu 10 05 TG 87 bis 97.

Zu 10 05/71

1. Im Rahmen des Bayerischen Jugendwerkes werden insbesondere folgende vorrangige Maßnahmen gefördert
 - a) der Übergang von der Schule zur Arbeitswelt bei Leistungsgeminderten oder noch nicht berufsfähigen Jugendlichen - jedoch nicht für Behinderte im Sinne der Rehabilitation -, die ohne eine spezifische Heranführung an Ausbildung und Arbeit im Berufsleben scheitern würden;
 - b) die betriebliche Berufsausbildung vor allem im nichtindustriellen Bereich, insbesondere in der Hauswirtschaft;
 - c) die Verbesserung der Ausstattung der Maßnahmeträger, um die Erreichung der Ausbildungsziele zu gewährleisten;
 - d) die Fortbildung von Lehrkräften der Grundlehrgänge für Hauswirtschaft in fachlichen Veranstaltungen. Eine Förderung erfolgt grundsätzlich nur, wenn andere Kostenträger (Sozialhilfeträger, Eltern usw.) nicht zur Übernahme der Kosten herangezogen werden können.
2. Für die Maßnahme "Freiwillige Hauswirtschafts- und Familienhilfe" sind bei Titel 684 71 je 160,0 Tsd DM für 1997 und 1998 veranschlagt.
Für sonstige Maßnahmen (vgl. Titel 531 71 mit Titel 684 71) sind veranschlagt:
je 220,0 Tsd DM für 1997 und 1998; die Ausgaben können im Bedarfsfall für die individuelle Förderung herangezogen werden.
3. Für die individuelle Förderung der Teilnehmer an Grundlehrgängen für Hauswirtschaft (vgl. Titel 685 71) sind veranschlagt:
je 1 270,0 Tsd DM für 1997 und 1998.
4. Die Mittel zur Förderung von Investitionsmaßnahmen sind bei Titelgruppe 72 veranschlagt.

10 05 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - ARBEIT UND BERUFLICHE BILDUNG, BERUFLICHE UND SOZIALE REHABILITATION

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		72 MASSNAHMEN DER BERUFSFÖRDERUNG UND DER FÖRDERUNG DER BERUFS-AUS- UND -WEITERBILDUNG JUGENDLICHER (BAYER. JUGENDWERK) TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. EINSEITIG DECKUNGSFÄHIG ZUGUNSTEN TG 71.			
863 72-7	252	DARLEHEN AN SONSTIGE IM INLAND	---	---	A ---
893 72-1	252	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN SONSTIGE IM INLAND VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 30,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 30,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	50,0	50,0	A 50,0
		SUMME DER TITELGRUPPE	50,0	50,0	A 50,0
		73 MASSNAHMEN ZUR FÖRDERUNG DER BERUFSHILFE UND FREIWILLIGER SOZIALER DIENSTE TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG MIT AUSNAHME VON 893 73 UND 896 73. TITEL 896 73 EINSEITIG DECKUNGSFÄHIG ZU LASTEN 893 73 BIS ZUR HÖHE VON 2.5 MIO DM. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.			
684 73-3	252	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE AN SOZIALE ODER ÄHNLICHE EINRICHTUNGEN VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 680,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 680,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	900,0	950,0	A 850,0 B 868,3 C 688,1
685 73-2	252	SONSTIGE ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE IM INLAND	450,0	450,0	A 450,0 B 382,3 C 433,3
893 73-0	252	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN SONSTIGE IM INLAND VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 1.500,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 1.500,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	3.650,0	3.600,0	A 2.800,0 B 2.143,0 C 714,0
896 73-7	252	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN AUSLAND	---	---	A --- B 800,0 C 765,0
		SUMME DER TITELGRUPPE	5.000,0	5.000,0	A 4.100,0 B 4.193,6 C 2.600,4
		74 MASSNAHMEN ZUR FÖRDERUNG DER BERUFLICHEN BILDUNG TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR. DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT SICH UM DIE ISTEINNAHME BEI 251 02 UND 271 01.			
531 74-7	252	DRUCKKOSTEN DER PUBLIKATIONSMITTEL	22,0	22,0	A 80,0 B 44,2 C 6,4

Erläuterungen

Zu 10 05/72

Auf die Erläuterungen zu Titelgruppe 71 wird verwiesen. Im Gegensatz zu Titelgruppe 71 sind hier die Mittel für Investitionen veranschlagt.

Verpflichtungsermächtigung 1997 und 1998:

Für die rechtzeitige Bewilligung von Zuschüssen für Renovierungsmaßnahmen.

Zu 10 05/73

Zur Berufsfindung Jugendlicher auf dem Sektor der Sozial- und Pflegeberufe ist die Förderung von Maßnahmen (z.B. im Rahmen des "freiwilligen sozialen Jahres") notwendig, die dem Jugendlichen Gelegenheit geben, seine Eignung zu erproben. Diese Maßnahmen, in der Regel von den freien Wohlfahrtsverbänden durchgeführt, bedürfen einer sorgfältigen und fachkundigen pädagogischen Betreuung und Führung. Insbesondere die im Zuge dieser Betreuung von den Maßnahmeträgern durchgeführten Kurse, Seminare und Veranstaltungen werden mit staatlichen Mitteln gefördert (684 73).

Verschiedene Organisationen führen laufend Maßnahmen der Berufshilfe - insbesondere zur Information der Arbeitnehmer über Fragen des Berufs- und Arbeitslebens und zur beruflichen Fortbildung - durch. Es liegt im Interesse des Staates, daß diese berufsbildungs- und gesellschaftspolitischen Maßnahmen gefördert werden. Daneben wird auch die überfachliche Fortbildung gefördert, die von Arbeitgebervereinigungen, Gewerkschaften, kirchlichen Stellen und ähnlichen Organisationen getragen wird (685 73).

Die Durchführung von Maßnahmen der Berufshilfe und der überfachlichen Fortbildung einschl. Veranstaltungen der Begegnung für Arbeitnehmer erfordert ein Netz von Stätten der Bildung und Begegnung. Mit den veranschlagten Mitteln werden die Errichtung, der Ausbau und die Renovierung (Modernisierung) solcher Stätten gefördert, soweit dies im öffentlichen Interesse liegt (893 73).

1997 gegenüber 1996:

900,0 Tsd DM mehr insbesondere zum weiteren Ausbau von Stätten der Bildung und Begegnung.

Verpflichtungsermächtigung 1997 und 1998:

Für die Förderung jahresübergreifender Maßnahmen sowie die rechtzeitige Bewilligung der Mittel für Investitionsvorhaben.

Zu 10 05/74

Veranschlagt sind Mittel für Maßnahmen zur Unterstützung und Förderung der beruflichen Bildung, der Ausbildungsbereitschaft und des Engagements für die Berufsbildung. Dabei werden der Allgemeinheit, insbesondere aber allen an der beruflichen Bildung Beteiligten, Orientierungshilfen gegeben. Ausbildungswilligkeit und -bereitschaft sollen insgesamt sowie im sozialpflegerischen Bereich im besonderen erhalten und ausgebaut sowie fachliche Hilfen angeboten werden. Diese Initiativen sind aufgrund des rückläufigen Ausbildungsstellenangebots zu stärken. Durch Information und Beratung sollen Jugendliche für eine berufliche Ausbildung im dualen System gewonnen werden.

1997 gegenüber 1996:

400,0 Tsd DM weniger wegen geringeren Bedarfs für die Abwicklung des 6. Bayerischen Berufsbildungskongresses.

1998 gegenüber 1997:

500,0 Tsd DM weniger wegen Wegfalls der Kosten für den 6. Bayerischen Berufsbildungskongreß.

10 05 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - ARBEIT UND BERUFLICHE BILDUNG, BERUFLICHE UND SOZIALE REHABILITATION

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
540 74-6	252	VERANSTALTUNGSKOSTEN	615,0	115,0	A 890,0 B 146,7 C 104,1
685 74-1	252	ZUSCHÜSSE AN SONSTIGE	113,0	113,0	A 180,0 B 45,5 C 4,3
		SUMME DER TITELGRUPPE	750,0	250,0	A 1.150,0 B 236,4 C 114,8
		75 LEISTUNGEN FÜR AUS MITTELEN DES LANDES UND DER BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT VERSTÄRKT GEFÖRDERTE ARBEITS- BESCHAFFUNGSMASSNAHMEN TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.			
653 75-8	253	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GV VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 6.800,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 6.800,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	10.800,0	10.800,0	A 10.800,0 B 10.100,4 C 6.782,0
685 75-0	253	ZUSCHÜSSE AN SONSTIGE	---	---	A ---
853 75-6	253	DARLEHEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 200,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 200,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	200,0	200,0	A 200,0 B 114,6
863 75-4	253	DARLEHEN AN SONSTIGE IM INLAND	---	---	A ---
883 75-0	253	ZUWEISUNGEN FÜR INVESTITIONEN AN GEMEINDEN UND GV	---	---	A --- B 84,9 C 21,7
893 75-8	253	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN SONSTIGE IM INLAND	---	---	A ---
		SUMME DER TITELGRUPPE	11.000,0	11.000,0	A 11.000,0 B 10.299,9 C 6.803,7
		76 ARBEITSMARKTPOLITISCHE MASSNAHMEN DER BERUFLICHEN ORIENTIERUNG, ANPASSUNG UND EINGLIEDERUNG VON ARBEITS- KRÄFTEN TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR. DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT SICH UM DIE ISTEINNAHME BEI 251 03.			
531 76-5	253	DRUCKKOSTEN DER PUBLIKATIONSMITTEL	---	---	A --- B 24,0
540 76-4	253	VERANSTALTUNGSKOSTEN	---	---	A ---
653 76-7	253	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GV	100,0	100,0	A 100,0
681 76-3	253	LEISTUNGEN AN NATÜRLICHE PERSONEN RÜCKEINNAHMEN FLIESSEN DEN AUSGABEN ZU.	---	---	A ---
684 76-0	253	ZUSCHÜSSE AN SOZIALE ODER ÄHNLICHE EINRICHTUNGEN VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 100,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 100,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	1.100,0	1.100,0	A 1.600,0 B 237,1 C 447,6

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 05/75

Die Mittel werden zur Durchführung zusätzlicher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen benötigt. Die geförderten Vorhaben dienen der Sicherung gefährdeter und zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsgelegenheiten, insbesondere für schwer vermittelbare Arbeitslose in arbeitsmarktlichen Problemgebieten. Die Landesmittel werden ausschließlich für Maßnahmen bereitgestellt, an deren Finanzierung sich die Bundesanstalt für Arbeit auch im Rahmen der verstärkten ABM-Förderung nach § 96 AFG beteiligt.

Verpflichtungsermächtigung 1997 und 1998:

Für die rechtzeitige Planung und Einleitung von längerfristig laufenden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Zu 10 05/76

Die Mittel werden für arbeitsmarktliche Maßnahmen der beruflichen Bildung, insbesondere der beruflichen Orientierung, Vorbereitung und Eingliederung von Arbeitskräften eingesetzt. Förderungsfähig sind vor allem solche Maßnahmen, die den strukturpolitischen Zielvorstellungen Rechnung tragen, der Anpassung an technologische Veränderung dienen oder im Zusammenwirken mit den Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeit (insbesondere Auftragsmaßnahmen) durchgeführt werden.

Gefördert werden auch Maßnahmen, die der Bekämpfung der Sockel- und Langzeitarbeitslosigkeit dienen (z.B. staatliche Anschubförderung für Projekte "gemeinnützige Arbeitnehmerüberlassung").

Förderungsfähig sind auch Projekte, deren Zielsetzung die Bekämpfung der Akademikerarbeitslosigkeit ist (Projekt "Student und Arbeitsmarkt e.V." und ähnliche Vorhaben).

1997 gegenüber 1996:

1 500,0 Tsd DM weniger aufgrund finanzwirtschaftlicher Erfordernisse.

Verpflichtungsermächtigung 1997 und 1998:

Für die rechtzeitige Planung und Einleitung längerfristig laufender Maßnahmen, insbesondere von Investitionsförderungsmaßnahmen.

10 05 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - ARBEIT UND BERUFLICHE BILDUNG, BERUFLICHE UND SOZIALE REHABILITATION

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
863 76-3	253	DARLEHEN AN SONSTIGE IM INLAND	200,0	200,0	A 200,0
892 76-8	253	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN PRIVATE UNTERNEHMEN	100,0	100,0	A 100,0
893 76-7	253	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN SONSTIGE IM INLAND	3.500,0	3.500,0	A 4.500,0
		VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 900,0			B 1.939,8
		VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 900,0			C 2.662,5
		FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.			
		SUMME DER TITELGRUPPE	5.000,0	5.000,0	A 6.500,0 B 2.200,9 C 3.110,1

10 05 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - ARBEIT UND BERUFLICHE BILDUNG, BERUFLICHE UND SOZIALE REHABILITATION

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		78 MASSNAHMEN, DIENSTE UND EINRICHTUNGEN FÜR BEHINDERTE, INSBESONDERE DER BERUFLICHEN, SOZIALEN UND MEDIZINISCHEN REHABILITATION TITEL DER TG EINSEITIG DECKUNGSFÄHIG ZU LASTEN KAP. 10 07 TIT. 681 80 BIS ZU 2.000,0 TSD. DM. TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR. DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT SICH UM DIE ISTEINNAHME BEI 251 01.			
526 78-0	299	KOSTEN VON UNTERSUCHUNGEN U. DGL.	87,0	87,0	A 87,0 B 87,8 C 231,5
531 78-3	299	ÖFFENTLICHKEITSARBEIT, AUFKLÄRUNGSMASSNAHMEN	63,0	63,0	A 63,0 B 187,1 C 198,5
540 78-2	299	VERANSTALTUNGSKOSTEN	---	---	A --- B 42,8 C 3,4
653 78-5	235	SONSTIGE ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GV	---	---	A ---
684 78-8	236	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE AN SOZIALE ODER ÄHNLICHE EINRICHTUNGEN	16.350,0	16.850,0	A 18.450,0 B 19.978,6 C 20.133,9
685 78-7	236	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE AN SONSTIGE	400,0	400,0	A 400,0 B 860,5 C 823,3
862 78-2	236	DARLEHEN AN PRIVATE UNTERNEHMEN	---	---	A ---
863 78-1	236	DARLEHEN AN SONSTIGE	---	---	A --- B 45,0
883 78-7	235	ZUWEISUNGEN FÜR INVESTITIONEN AN GEMEINDEN UND GV	---	---	A ---
892 78-6	236	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN PRIVATE UNTERNEHMEN	---	---	A ---
893 78-5	236	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN SONSTIGE VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 19.000,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 19.000,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	24.000,0	25.500,0	A 26.700,0 B 18.778,5 C 17.783,9
		SUMME DER TITELGRUPPE	40.900,0	42.900,0	A 45.700,0 B 39.980,3 C 39.174,5

Erläuterungen

Zu 10 05/78

Die Behinderten bedürfen einer umfassenden Hilfe des Freistaates Bayern, um ihre besondere Lebenssituation meistern zu können. Das Staatsministerium fördert daher insbesondere folgende Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen (Dritter Bayerischer Landesplan für Menschen mit Behinderung, Art. 13 Abs. 1 AGBSHG):

- Vgl. auch Überblick über die Ansätze des Einzelplans 10 für Behindertenhilfe im Anschluß an die Erläuterungen zu dieser Titelgruppe. -

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
Förderung von Maßnahmen:		
1. Ambulante Maßnahmen im Bereich der Frühförderung und der beruflichen Rehabilitation, Beratungs- und Betreuungsdienste der offenen Behindertenarbeit, Selbsthilfeaktionen für Behinderte und chronisch Kranke	10 050,0	10 550,0
2. Behindertensport	1 750,0	1 750,0
3. Gesellschaftliche Integration Behinderter (z. B. Begegnungsveranstaltungen, Orientierungs- und Kommunikationshilfen, Öffentlichkeitsarbeit für Behinderte durch Dritte)	3 000,0	3 000,0
4. Gewinnung und Fortbildung von Personal für Behinderte sowie Elternkurse	1 000,0	1 000,0
5. Behindertenverbände, die in der Betreuung Behinderter auf Landesebene bedeutsam wirken . . .	300,0	300,0
6. Öffentlichkeitsarbeit auf dem Gebiet der Rehabilitation	63,0	63,0
7. Maßnahmen für Behinderte im Rahmen der Erwachsenenbildung	250,0	250,0
8. Kurzaufenthalte in Behindertenheimen	150,0	150,0
9. Wissenschaftliche Vertiefung der Rehabilitation, Forschung	87,0	87,0
10. Technische Hilfen für Behinderte	250,0	250,0
11. Veranstaltungen im Bereich der Heimaufsicht, Arbeitstagungen, Fachgespräche usw.	-	-
Maßnahmen zusammen	16 900,0	17 400,0

Förderung von Einrichtungen:

1. Einrichtungen für die Frühförderung von behinderten Säuglingen und Kleinkindern	600,0	600,0
(Verpflichtungsermächtigung)	(200,0)	(200,0)
2. Einrichtungen der medizinischen Rehabilitation . .	800,0	800,0
(Verpflichtungsermächtigung)	(800,0)	(800,0)
3. Einrichtungen für die Arbeits- und Berufsvorbereitung sowie die Ausbildung Behinderter (Weitere Ausgabemittel stehen bei Kap. 10 03 TG 87 zur Verfügung)	500,0	500,0
(Verpflichtungsermächtigung)	(500,0)	(500,0)
4. Einrichtungen für die Fortbildung und Umschulung Behinderter (Weitere Ausgabemittel stehen bei Kap. 10 03 TG 87 zur Verfügung)	100,0	100,0
(Verpflichtungsermächtigung)	(-)	(-)
5. Werkstätten für Behinderte (Weitere Ausgabemittel stehen bei Kap. 10 03 TG 87 zur Verfügung)	1 000,0	1 000,0
(Verpflichtungsermächtigung)	(1 000,0)	(1 000,0)
6. Behindertengerechte Umwelt	300,0	300,0
(Verpflichtungsermächtigung)	(-)	(-)
7. Gemeinschaftseinrichtungen und Tagesbetreuungsstätten für Behindertenwohnstätten und -wohnheime (Weitere Ausgabemittel stehen bei Kap. 10 03 TG 87 zur Verfügung)	9 800,0	10 300,0
(Verpflichtungsermächtigung)	(8 000,0)	(8 000,0)
8. Einrichtungen für die Pflege und Betreuung Behinderter	10 400,0	11 400,0
(Verpflichtungsermächtigung)	(8 000,0)	(8 000,0)

Erläuterungen

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
9. Einrichtungen der sozialen Rehabilitation (Weitere Ausgabemittel stehen bei Kap. 10 03 TG 87 zur Verfügung)	500,0	500,0
(Verpflichtungsermächtigung)	(500,0)	(500,0)
Einrichtungen zusammen	24 000,0	25 500,0
(Verpflichtungsermächtigung)	(19 000,0)	(19 000,0)
Maßnahmen und Einrichtungen insgesamt	40 900,0	42 900,0
(Verpflichtungsermächtigung)	(19 000,0)	(19 000,0)

1997 gegenüber 1996:

4 800,0 Tsd DM weniger aufgrund finanzwirtschaftlicher Erfordernisse.

1998 gegenüber 1997:

2 000,0 Tsd DM mehr insbesondere zur verstärkten Förderung der Schaffung von Heimplätzen.

Durch Haushaltsvermerk ist eine Mittelverstärkung bis zu 2 000,0 Tsd DM zu Lasten Kap. 10 07 Tit. 681 80 möglich.

Verpflichtungsermächtigung 1997 und 1998:

Für die rechtzeitige Bewilligung der Zuwendungen für die Investitionsförderungsmaßnahmen.

Überblick über die Ansätze des Einzelplans 10 für Behindertenhilfe:

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
Maßnahmen (Haushaltsstelle)		
1. Bundesanteil an der Ausgabe von Wertmarken gemäß § 66 SchwbG (10 03/641 02)	5 000,0	5 000,0
2. Blindengeld nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz (10 03/681 01)	210 000,0	210 000,0
3. Unentgeltliche Beförderung Behinderter im Nahverkehr (10 03/682 01)	65 000,0	65 000,0
4. Zuschüsse an Arbeitgeber zur Erstattung des Schwerbeschädigtenurlaubs (10 03/683 02)	25,0	25,0
5. Leistungen nach dem Schwerbehindertengesetz (10 03/TG 87)	178 800,0	180 800,0
6. Leistungen an Impfgeschädigte (10 03/TG 88 und 89)	23 600,0	24 600,0
7. Leistungen an Opfer von Gewalttaten (10 03/TG 94, 95 und 96)	14 676,0	15 676,0
8. Landesplan für Behinderte (10 05/TG 78)	40 900,0	42 900,0
9. Erholungs- und Wohnungshilfe (10 06/643 03)	600,0	600,0
10. Allgemeine Maßnahmen der Schwerbehindertenfürsorge (10 06/685 04)	65,0	65,0
11. Leistungen der Kriegsopferfürsorge (10 06/TG 71 bis 74)	17 333,0	17 333,0
12. Heime und ähnliche Einrichtungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungsgesetz (10 07/TG 79)	5 400,0	5 400,0
13. Versorgung psychisch Kranker und psychisch Behinderter (10 08/TG 97)	11 000,0	14 000,0
14. Erstattung von Verwaltungskosten an Sozialversicherungsträger (10 20/636 01)	4 200,0	4 000,0
15. Verwaltungskostenersatz für die Durchführung der Versehrtenleibesübungen (10 20/671 01)	175,0	170,0
Zusammen	576 774,0	585 569,0

10 05 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - ARBEIT UND BERUFLICHE BILDUNG, BERUFLICHE UND SOZIALE REHABILITATION

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		79 MASSNAHMEN FÜR AUSLÄNDISCHE ARBEITNEHMER UND IHRE FAMILIENANGEHÖRIGEN. INSBESONDERE ZUR FÖRDERUNG DER SOZIALEN UND GESELLSCHAFTLICHEN EINGLIEDERUNG TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.			
526 79-9	253	KOSTEN FÜR SACHVERSTÄNDIGE	15,0	15,0	A 15,0 C 11,8
531 79-2	253	DRUCKKOSTEN DER PUBLIKATIONSMITTEL	20,0	20,0	A 20,0 B 3,7 C 7,8
540 79-1	253	VERANSTALTUNGSKOSTEN	20,0	20,0	A 20,0 B 10,0 C 9,0
653 79-4	253	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE	---	---	A ---
684 79-7	253	ZUSCHÜSSE AN SOZIALE ODER ÄHNLICHE EINRICHTUNGEN VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 500,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 500,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	4.225,0	4.225,0	A 4.325,0 B 4.018,9 C 4.171,6
685 79-6	253	ZUSCHÜSSE AN SONSTIGE	20,0	20,0	A 20,0 C 2,9
893 79-4	253	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN SONSTIGE	---	---	A ---
		SUMME DER TITELGRUPPE	4.300,0	4.300,0	A 4.400,0 B 4.032,6 C 4.203,1

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 05/79

Zur Beratung und Betreuung der ehemals angeworbenen ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien sind die Aufnahmestaaten durch zwischen- und überstaatliche Vereinbarungen verpflichtet.

Mit den veranschlagten Haushaltsmitteln werden vorrangig die Personal- und Sachkosten der Sozialberatungsstellen in der Trägerschaft von Arbeiterwohlfahrt, Caritasverband und Innerer Mission sowie stadtteilbezogene, zielgruppenspezifische Sozialarbeit, insbesondere auch im Rahmen nachbarschaftsbezogener Hilfen, gefördert.

1997 gegenüber 1996:

100,0 Tsd DM weniger aufgrund finanzwirtschaftlicher Erfordernisse.

Verpflichtungsermächtigung 1997 und 1998:

Für die rechtzeitige Bewilligung von Maßnahmen.

10 05 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - ARBEIT UND BERUFLICHE BILDUNG, BERUFLICHE UND SOZIALE REHABILITATION

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		80 FÖRDERUNG DER BERUFSBILDUNG IN DER STÄDTISCHEN HAUSWIRTSCHAFT TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.			
540 80-8	252	VERANSTALTUNGSKOSTEN	42,0	42,0	A 42,0 B 144,5 C 146,4
681 80-7	252	UNTERSTÜTZUNGEN UND SONSTIGE GELDLEISTUNGEN AN NATÜRLICHE PERSONEN	126,0	126,0	A 126,0 B 72,0 C 54,3
684 80-4	252	ZUSCHÜSSE AN SOZIALE ODER ÄHNLICHE EINRICHTUNGEN VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 80,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 80,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	232,0	232,0	A 232,0 B 137,8 C 121,6
685 80-3	252	ZUSCHÜSSE AN SONSTIGE	30,0	30,0	A 30,0 B 7,8 C 0,3
		SUMME DER TITELGRUPPE	430,0	430,0	A 430,0 B 362,1 C 322,6
		81 KOMPLEMENTÄRMITTEL ZUR BINDUNG VON ZUWEISUNGEN AUS DEM EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS, INSBESONDERE FÜR DIE BERUFLICHE QUALIFIZIERUNG UND EINGLIEDERUNG VON ARBEITNEHMERN TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR. RÜCKEINNAHMEN FLIEßEN DEN AUSGABEN ZU. LANDESKOMPLEMENTÄRMITTEL KÖNNEN IM RAHMEN DER ZWECK- BESTIMMUNG AUCH AUS ANDEREN ANSÄTZEN DES EPL. 10 ERBRACHT WERDEN (ART. 35 ABS. 2 SATZ 1 BAYHO).			
547 81-0	253	SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	---	---	A --- B 63,0
653 81-0	253	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GV	---	---	A ---
681 81-6	253	LEISTUNGEN AN NATÜRLICHE PERSONEN	---	---	A ---
684 81-3	253	ZUSCHÜSSE AN SOZIALE ODER ÄHNLICHE EINRICHTUNGEN	***	***	A --- C 46,1
685 81-2	253	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 3.500,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 3.500,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	7.000,0	7.000,0	A 9.500,0 B 2.284,2
		SUMME DER TITELGRUPPE	7.000,0	7.000,0	A 9.500,0 B 2.347,2 C 46,1

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 05/80

Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit ist als oberste Landesbehörde für die Fragen der städtischen Hauswirtschaft und der außerschulischen Berufsbildung in der städtischen Hauswirtschaft zuständig.

Es ist Aufgabe des Staates, sich der Betreuung und Förderung der mit der Hauswirtschaft verbundenen Fragen anzunehmen, zumal es an einer Selbstverwaltungskörperschaft, vergleichbar den Kammern der Wirtschaft, fehlt. Aus dem Ansatz werden insbesondere folgende Vorhaben finanziert bzw. gefördert:

1. Fachliche und berufsständische Veranstaltungen für in der Hauswirtschaft tätige Personen bzw. Verbände (vgl. Titel 540 80).
2. Erstattung von Fahrt-, Unterkunfts- und Verpflegungskosten von Auszubildenden der städtischen Hauswirtschaft in einer überbetrieblichen Maßnahme sowie die Verleihung des Meisterpreises der städtischen Hauswirtschaft (vgl. Titel 681 80).
3. Hauswirtschaftliche Bildungsmaßnahmen sowie Unterstützung der hauswirtschaftlichen Organisationen und Verbände (vgl. Titel 684 80).
4. Zuschüsse für die
 - Durchführung von Leistungs- und Berufswettbewerben in der Hauswirtschaft,
 - Ausstattung der Lehrgänge zur Vorbereitung auf die hauswirtschaftliche Meisterprüfung,
 - Durchführung "Bayer. Verbandstage" (vgl. Titel 685 80).

Verpflichtungsermächtigung 1997 und 1998:

Für die Förderung von Vorbereitungslehrgängen auf die Prüfung zum Hauswirtschaftsmeister bzw. zur Hauswirtschaftsmeisterin.

Zu 10 05/81

1. Mit den veranschlagten Mitteln sollen Maßnahmen entsprechend den Zielen 2, 3, 4 und 5b des Europäischen Sozialfonds (ESF) sowie der Gemeinschaftsinitiativen im Rahmen der Verordnungen (EWG) Nr. 2081/93, Nr. 2082/93 und Nr. 2084/93 für die dort genannten Zielgruppen bzw. Zielgebiete gefördert werden.
2. Die Mittel werden ausschließlich zur Bindung von Zuweisungen aus dem ESF verwendet.

1997 gegenüber 1996:

2 500,0 Tsd DM weniger aufgrund finanzwirtschaftlicher Erfordernisse.

Verpflichtungsermächtigung 1997 und 1998:

Für die rechtzeitige Planung und Einleitung bzw. Bewilligung von längerfristig laufenden Maßnahmen.

10 05 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - ARBEIT UND BERUFLICHE BILDUNG, BERUFLICHE UND SOZIALE REHABILITATION

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		82 MASSNAHMEN ZUR UMSETZUNG DES GEMEINSCHAFTLICHEN FÖRDERKONZEPTS FÜR DAS ZIEL NR. 4 DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2052/88 UND NR. 4253/88 (FÖRDERZEITRAUM 1990 - 1992)			
428 82-3	253	PERSONALAUSGABEN	***	***	A --- C 390,5
547 82-9	253	SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	***	***	A --- C 38,9
653 82-9	253	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE	***	***	A --- C 2,5
681 82-5	253	LEISTUNGEN AN NATÜRLICHE PERSONEN	***	***	A --- B 48,6 C 258,6
685 82-1	253	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE	***	***	A 200,0 B 5.014,8 C 2.898,3
812 82-7	253	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN	***	***	A ---
		SUMME DER TITELGRUPPE	-	-	A 200,0 B 5.063,4 C 3.588,8
		83 MASSNAHMEN ZUR UMSETZUNG DES GEMEINSCHAFTLICHEN FÖRDERKONZEPTS ZUR ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMES (5B-GEBIETE) GEMÄSS VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2052/88 UND NR. 4253/88 (FÖRDERZEITRAUM 1990 - 1993) TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFAHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR. DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM DIE MEHR- ODER MINDEREINNAHME BEI 287 02. RÜCKEINNAHMEN FLIESSEN DEN AUSGABEN ZU. DIE NICHT DURCH EINNÄHMEN IM LAUFENDEN HAUSHALTSJAHR GEDECKTEN MEHRAUSGABEN SIND IM RAHMEN DER GENEHMIGTEN FÖRDERKONZEPTE ALS VORGRIF FÜR GEMÄSS ART. 37 ABS. 6 BAYHO NACHZUWEISEN UND INNERHALB DER FÖRDERPROGRAMME ODER AUSGABEANSÄTZE FÜR INVESTITIONEN (HGR. 7 UND 8) DES EPL. 10 KASSENMASSIG AUSZUGLEICHEN.			
428 83-2	253	PERSONALAUSGABEN	***	***	A --- B 49,2 C 81,1
547 83-8	253	SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	***	***	A ---
653 83-8	253	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE	---	***	A --- C 160,0
681 83-4	253	LEISTUNGEN AN NATÜRLICHE PERSONEN	---	***	A --- B 36,5 C 1.982,8
685 83-0	253	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE	3.000,0	***	A 12.000,0 B 8.890,0 C 7.263,9
812 83-6	253	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN	***	***	A ---
		SUMME DER TITELGRUPPE	3.000,0	-	A 12.000,0 B 8.975,7 C 9.487,8

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 05/83, 85 und 86

Vgl. Erläuterungen zu 287 02, 287 04 und 287 05.

10 05 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - ARBEIT UND BERUFLICHE BILDUNG, BERUFLICHE UND SOZIALE REHABILITATION

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		84 MASSNAHMEN ZUR UMSETZUNG DES GEMEINSCHAFTLICHEN FÖRDERKONZEPTS FÜR DAS ZIEL NR. 3 DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2052/88 UND NR. 4253/88 (FÖRDERZEITRAUM 1990 - 1992)			
428 84-1	253	PERSONALAUSGABEN	***	***	A ---
547 84-7	253	SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	***	***	A ---
653 84-7	253	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE	***	***	A --- C 25,0
681 84-3	253	LEISTUNGEN AN NATÜRLICHE PERSONEN	***	***	A --- B 175,0 C 1.689,8
685 84-9	253	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE	***	***	A 200,0 B 1.683,3 C 159,9
812 84-5	253	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN	***	***	A ---
		SUMME DER TITELGRUPPE	-	-	A 200,0 B 1.858,3 C 1.874,7
		85 MASSNAHMEN ZUR UMSETZUNG DES GEMEINSCHAFTLICHEN FÖRDERKONZEPTS FÜR DAS ZIEL NR. 3 DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2052/88 UND NR. 4253/88 (FÖRDERZEITRAUM 1993 - 1995) TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG MIT TG 86. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR. DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM DIE MEHR- ODER MINDEREINNAHME BEI 287 04. RÜCKEINNAHMEN FLIESSEN DEN AUSGABEN ZU. DIE NICHT DURCH EINNAHMEN IM LAUFENDEN HAUSHALTSJAHR GEDECKTEN MEHRAUSGABEN SIND IM RAHMEN DER GENEHMIGTEN FÖRDERKONZEPTS ALS VORGRIF FÜR GEMÄSS ART. 37 ABS. 6 BAYHO NACHZUWEISEN UND INNERHALB DER FÖRDERPROGRAMME ODER AUSGABEANSÄTZE FÜR INVESTITIONEN (HGR. 7 UND 8) DES EPL. 10 KASSENMÄSSIG AUSZUGLEICHEN.			
428 85-0	253	PERSONALAUSGABEN	***	***	A ---
547 85-6	253	SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	***	***	A ---
653 85-6	253	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE	---	***	A ---
681 85-2	253	LEISTUNGEN AN NATÜRLICHE PERSONEN	---	***	A --- B 400,7 C 3.013,1
685 85-8	253	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE	2.000,0	---	A 1.000,0 B 1.748,0 C 5.119,1
812 85-4	253	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN	***	***	A ---
		SUMME DER TITELGRUPPE	2.000,0	-	A 1.000,0 B 2.148,7 C 8.132,2

10 05 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - ARBEIT UND BERUFLICHE BILDUNG, BERUFLICHE UND SOZIALE REHABILITATION

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		86 MASSNAHMEN ZUR UMSETZUNG DES GEMEINSCHAFTLICHEN FÖRDERKONZEPTS FÜR DAS ZIEL NR. 4 DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2052/88 UND NR. 4253/88 (FÖRDERZEITRAUM 1993 - 1995) TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG MIT TG 85. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR. DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM DIE MEHR- ODER MINDEREINNAHME BEI 287 05. RÜCKEINNAHMEN FLIESSEN DEN AUSGABEN ZU. DIE NICHT DURCH EINNAHMEN IM LAUFENDEN HAUSHALTSJAHR GEDECKTEN MEHRAUSGABEN SIND IM RAHMEN DER GENEHMIGTEN FÖRDERKONZEPTE ALS VORGRIF FÜR GEMÄSS ART. 37 ABS. 6 BAYHO NACHZUWEISEN UND INNERHALB DER FÖRDERPROGRAMME ODER AUSGABEANSÄTZE FÜR INVESTITIONEN (HGR. 7 UND 8) DES EPL. 10 KASSENMASSIG AUSZUGLEICHEN.			
428 86-9	253	PERSONALAUSGABEN	***	***	A --- B 249,2
547 86-5	253	SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	***	***	A --- B 41,2 C 28,3
653 86-5	253	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE	---	***	A ---
681 86-1	253	LEISTUNGEN AN NATÜRLICHE PERSONEN	---	***	A --- B 68,0 C 221,3
685 86-7	253	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE	200,0	---	A 500,0 B 323,9 C 323,1
812 86-3	253	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGS-GEGENSTÄNDEN	***	***	A ---
		SUMME DER TITELGRUPPE	200,0	-	A 500,0 B 682,3 C 572,7

10 05 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - ARBEIT UND BERUFLICHE BILDUNG, BERUFLICHE UND SOZIALE REHABILITATION

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		87 MASSNAHMEN ZUR UMSETZUNG DES GEMEINSCHAFTLICHEN FÖRDERKONZEPTS FÜR DAS ZIEL 3 (BEKÄMPFUNG DER LANGZEITARBEITSLOSIGKEIT UND ERLEICHTERUNG DER EINGLIEDERUNG IN DEN ARBEITSMARKT) DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2081/93, NR. 2082/93 UND NR. 2084/93 (FÖRDERZEITRAUM 1994 - 1999) TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG MIT TG 51, TG 88, TG 89 UND TG 90. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR. DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM DIE MEHR- ODER MINDEREINNAHME BEI 287 06. RÜCKEINNAHMEN FLIESSEN DEN AUSGABEN ZU. DIE NICHT DURCH EINNAHMEN IM LAUFENDEN HAUSHALTSJAHR GEDECKTEN MEHRAUSGABEN SIND IM RAHMEN DER GENEHMIGTEN FÖRDERKONZEPTS ALS VORGRIF FÜR GEMÄSS ART. 37 ABS. 6 BAYHO NACHZUWEISEN UND INNERHALB DER FÖRDERPROGRAMME ODER AUSGABEANSÄTZE FÜR INVESTITIONEN (HGR. 7 UND 8) DES EPL. 10 KASSENMÄSSIG AUSZUGLEICHEN.			
428 87-8	253	PERSONALAUSGABEN	---	---	A --- B 78,6
547 87-4	253	SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	---	---	A --- B 31,6 C 22,8
653 87-4	253	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE	---	---	A --- B 130,0
681 87-0	253	LEISTUNGEN AN NATÜRLICHE PERSONEN	---	---	A --- B 2.441,2
685 87-6	253	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE	20.500,0	21.500,0	A 18.500,0 B 4.701,0
812 87-2	253	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS-GEGENSTÄNDEN	---	---	A ---
		SUMME DER TITELGRUPPE	20.500,0	21.500,0	A 18.500,0 B 7.382,4 C 22,8
		88 MASSNAHMEN ZUR UMSETZUNG DES EINHEITLICHEN PROGRAMMPLANUNGSDOKUMENTS FÜR DAS ZIEL 4 (ANPASSUNG AN DIE INDUSTRIELLEN WANDLUNGSPROZESSE) DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2081/93, NR. 2082/93 UND NR. 2084/93 (FÖRDERZEITRAUM 1994 - 1999) TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG MIT TG 51, TG 87, TG 89 UND TG 90. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR. DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM DIE MEHR- ODER MINDEREINNAHME BEI 287 07. RÜCKEINNAHMEN FLIESSEN DEN AUSGABEN ZU. DIE NICHT DURCH EINNAHMEN IM LAUFENDEN HAUSHALTSJAHR GEDECKTEN MEHRAUSGABEN SIND IM RAHMEN DER GENEHMIGTEN FÖRDERKONZEPTS ALS VORGRIF FÜR GEMÄSS ART. 37 ABS. 6 BAYHO NACHZUWEISEN UND INNERHALB DER FÖRDERPROGRAMME ODER AUSGABEANSÄTZE FÜR INVESTITIONEN (HGR. 7 UND 8) DES EPL. 10 KASSENMÄSSIG AUSZUGLEICHEN.			
428 88-7	253	PERSONALAUSGABEN	---	---	A --- B 33,3

Erläuterungen

Zu 10 05/87 bis 97

Veranschlagt sind die voraussichtlichen Ausgaben aus Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF), die dem Freistaat Bayern von der Europäischen Kommission auf der Grundlage von Gemeinschaftlichen Förderkonzepten, Einheitlichen Programmplanungsdokumenten bzw. Operationellen Programmen für die Ziele 2, 3, 4 und 5b sowie für die Gemeinschaftsinitiativen der Europäischen Strukturfondsförderung zur Verfügung gestellt werden. Der Freistaat Bayern setzt diese Mittel für Maßnahmen ein, die der Förderung der Beschäftigung dienen. Gefördert werden arbeitsmarktliche Maßnahmen sowie Einzelpersonen.

Der Finanzierungsanteil der ESF-Mittel an den Gesamtkosten der o.g. Maßnahmen beträgt in der Regel maximal 45 v.H. Die erforderlichen nationalen Kofinanzierungsmittel als komplementärer Anteil zur Bindung von ESF-Mitteln werden insbesondere aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit, der Kommunen und aus verfügbaren Landesmitteln bereitgestellt. Daneben werden zur Kofinanzierung auch sonstige öffentliche und private Mittel herangezogen.

Die bei den folgenden Titelgruppen veranschlagten Ausgaben korrespondieren mit den diesbezüglichen Einnahmetiteln.

Zu 10 05/87

Im Rahmen von ZIEL 3 fördert der Freistaat Bayern aus ESF-Mitteln Maßnahmen zur

- Erleichterung der beruflichen Eingliederung von Arbeitslosen, die der Langzeitarbeitslosigkeit ausgesetzt sind,
- Erleichterung der beruflichen Eingliederung von Jugendlichen, die eine Beschäftigung suchen,
- Eingliederung von Personen, denen der Ausschluß aus dem Arbeitsmarkt droht,
- Chancengleichheit für Frauen im Hinblick auf die Beschäftigung, insbesondere in den Bereichen, in denen sie unterrepräsentiert sind, und insbesondere für Frauen, die über keine berufliche Qualifikation verfügen oder die nach einer Phase der Nichterwerbstätigkeit wieder in das Berufsleben zurückkehren wollen.

Zu 10 05/88

Im Rahmen von ZIEL 4 (Erleichterung der Anpassung der Arbeitskräfte an die industriellen Wandlungsprozesse und an Veränderungen der Produktionssysteme) fördert der Freistaat Bayern aus ESF-Mitteln Maßnahmen, die es den Arbeitskräften, insbesondere den von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitskräften, erleichtern, sich auf den industriellen Wandel sowie auf die Veränderungen der Produktionssysteme einzustellen.

10 05 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - ARBEIT UND BERUFLICHE BILDUNG, BERUFLICHE UND SOZIALE REHABILITATION

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
547 88-3	253	SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	---	---	A ---
653 88-3	253	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE	---	---	A ---
681 88-9	253	LEISTUNGEN AN NATÜRLICHE PERSONEN	---	---	A ---
685 88-5	253	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE	4.000,0	4.500,0	A 4.000,0 B 188,0
812 88-1	253	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN	---	---	A ---
SUMME DER TITELGRUPPE			4.000,0	4.500,0	A 4.000,0 B 221,3
89 MASSNAHMEN ZUR UMSETZUNG DES EINHEITLICHEN PROGRAMMPLANUNGSDOKUMENTS FÜR DAS ZIEL 5B (ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMES) DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2081/93, NR. 2082/93 UND NR. 2084/93 (FÖRDERZEIT- RAUM 1994 - 1999) TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG MIT TG 51, TG 87, TG 88 UND TG 90. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR. DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM DIE MEHR- ODER MINDEREINNAHME BEI 287 08. RÜCKEINNAHMEN FLIESSEN DEN AUSGABEN ZU. DIE NICHT DURCH EINNÄHMEN IM LAUFENDEN HAUSHALTSJAHR GEDECKTEN MEHRAUSGABEN SIND IM RAHMEN DER GENEH- MIGTEN FÖRDERKONZEPTE ALS VORGRIF GEMÄSS ART. 37 ABS. 6 BAYHO NACHZUWEISEN UND INNERHALB DER FÖRDERPROGRAMME ODER AUSGABEANSÄTZE FÜR INVESTITIONEN (HGR. 7 UND 8) DES EPL. 10 KASSENMASSIG AUSZUGLEICHEN.					
428 89-6	253	PERSONALAUSGABEN	---	---	A --- B 47,6
547 89-2	253	SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	---	---	A ---
653 89-2	253	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE	---	---	A --- B 81,3
681 89-8	253	LEISTUNGEN AN NATÜRLICHE PERSONEN	---	---	A --- B 1.590,6
685 89-4	253	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE	25.000,0	26.000,0	A 20.000,0 B 829,9
812 89-0	253	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN	---	---	A ---
SUMME DER TITELGRUPPE			25.000,0	26.000,0	A 20.000,0 B 2.549,4

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 05/89

Im Rahmen von ZIEL 5b (Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch Erleichterung der Entwicklung und der Strukturanpassung der ländlichen Gebiete) fördert der Freistaat Bayern für die betreffenden Regionen aus ESF-Mitteln Maßnahmen, die der Förderung von Beschäftigungswachstum und -stabilität dienen.

10 05 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - ARBEIT UND BERUFLICHE BILDUNG, BERUFLICHE UND SOZIALE REHABILITATION

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		90 MASSNAHMEN ZUR UMSETZUNG DES EINHEITLICHEN PROGRAMMPLANUNGSDOKUMENTS FÜR DAS ZIEL 2 (UMSTELLUNG DER VON DER RÜCKLÄUFIGEN INDUSTRIELLEN ENTWICKLUNG SCHWER BETROFFENEN REGIONEN) DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2081/93, NR. 2082/93 UND NR. 2084/93 (FÖRDERZEIT- RAUM 1994 - 1996) TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG MIT TG 51, TG 87, TG 88 UND TG 89. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR. DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM DIE MEHR- ODER MINDEREINNAHME BEI 287 09. RÜCKEINNAHMEN FLIESSEN DEN AUSGABEN ZU. DIE NICHT DURCH EINNAHMEN IM LAUFENDEN HAUSHALTSJAHR GEDECKTEN MEHRAUSGABEN SIND IM RAHMEN DER GENEHMIGTEN FÖRDERKONZEPTE ALS VORGRIF FÜR GEMÄSS ART. 37 ABS. 6 BAYHO NACHZUWEISEN UND INNERHALB DER FÖRDERPROGRAMME ODER AUSGABEANSÄTZE FÜR INVESTITIONEN (HGR. 7 UND 8) DES EPL. 10 KASSENMASSIG AUSZUGLEICHEN.			
428 90-3	253	PERSONALAUSGABEN	---	---	A --- B 35,3
547 90-9	253	SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	---	---	A ---
653 90-9	253	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE	---	---	A ---
681 90-5	253	LEISTUNGEN AN NATÜRLICHE PERSONEN	---	---	A ---
685 90-1	253	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE	3.600,0	2.400,0	A 3.400,0 B 13,7
812 90-7	253	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN	---	---	A ---
		SUMME DER TITELGRUPPE	3.600,0	2.400,0	A 3.400,0 B 49,0
		91 MASSNAHMEN ZUR UMSETZUNG DES OPERATIONELLEN PROGRAMMS FÜR DIE GEMEINSCHAFTSINITIATIVE BESCHÄFTIGUNG UND ENTWICKLUNG VON HUMANRESSOURCEN (HORIZON, NOW, YOUTH-START) DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2081/93, NR. 2082/93 UND NR. 2084/93 (FÖRDERZEIT- RAUM 1994 - 1999) TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG MIT TG 52, TG 92, TG 94, TG 95, TG 96 UND TG 97. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR. DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM DIE MEHR- ODER MINDEREINNAHME BEI 287 20. RÜCKEINNAHMEN FLIESSEN DEN AUSGABEN ZU. DIE NICHT DURCH EINNAHMEN IM LAUFENDEN HAUSHALTSJAHR GEDECKTEN MEHRAUSGABEN SIND IM RAHMEN DER GENEHMIGTEN FÖRDERKONZEPTE ALS VORGRIF FÜR GEMÄSS ART. 37 ABS. 6 BAYHO NACHZUWEISEN UND INNERHALB DER FÖRDERPROGRAMME ODER AUSGABEANSÄTZE FÜR INVESTITIONEN (HGR. 7 UND 8) DES EPL. 10 KASSENMASSIG AUSZUGLEICHEN.			
428 91-2	253	PERSONALAUSGABEN	---	---	A ---
547 91-8	253	SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	---	---	A ---
653 91-8	253	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE	---	---	A ---

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 05/90

Im Rahmen von ZIEL 2 (Umstellung der Regionen, Grenzregionen oder Teilregionen einschließlich Arbeitsmarktregionen und Verdichtungsräume, die von der rückläufigen industriellen Entwicklung schwer betroffen sind) fördert der Freistaat Bayern für die betroffenen Regionen aus ESF-Mitteln Maßnahmen, die der Förderung von Beschäftigungswachstum und -stabilität dienen (Förderzeitraum 1994 bis 1996).

Zu 10 05/91

Die Gemeinschaftsinitiative "Beschäftigung und Entwicklung von Humanressourcen" besteht aus den drei Aktionsbereichen HORIZON, NOW und YOUTH-START. Der Freistaat Bayern fördert aus ESF-Mitteln Maßnahmen zur

- beruflichen Aus- und Weiterbildung und Integration sowie zur Schaffung von stabilen Arbeitsplätzen für Behinderte, bestimmte benachteiligte Gruppen und Personen, die unversehens mit einer für sie neuen sozioökonomischen Umgebung konfrontiert sind (HORIZON),
- Förderung von Frauen, damit sie die positiven Auswirkungen, die vom Wirtschaftswachstum und von der technologischen Entwicklung erwartet werden, vollständig und im gleichen Umfang wie Männer nutzen können (NOW),
- Förderung junger Menschen, insbesondere solcher, die ohne Qualifikation von der Schule abgehen, um ihnen eine sinnvolle Beteiligung am Arbeitsmarkt zu ermöglichen (YOUTH-START).

10 05 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - ARBEIT UND BERUFLICHE BILDUNG, BERUFLICHE UND SOZIALE REHABILITATION

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
681 91-4	253	LEISTUNGEN AN NATÜRLICHE PERSONEN	---	---	A ---
685 91-0	253	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE	2.000,0	2.200,0	A B --- 578,5
812 91-6	253	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN	---	---	A ---
		SUMME DER TITELGRUPPE	2.000,0	2.200,0	A B 578,5
		92 MASSNAHMEN ZUR UMSETZUNG DES OPERATIONELLEN PROGRAMMS FÜR DIE GEMEINSCHAFTSINITIATIVE ADAPT (ANPASSUNG DER ARBEITNEHMER AN DEN INDUSTRIELLEN WANDEL) DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2081/93, NR. 2082/93 UND NR. 2084/93 (FÖRDERZEITRAUM 1994 - 1999) TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG MIT TG 52, TG 91, TG 94, TG 95, TG 96 UND TG 97. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR. DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM DIE MEHR- ODER MINDEREINNAHME BEI 287 21. RÜCKEINNAHMEN FLIESSEN DEN AUSGABEN ZU. DIE NICHT DURCH EINNÄHMEN IM LAUFENDEN HAUSHALTSJAHR, GEDECKTEN MEHRAUSGABEN SIND IM RAHMEN DER GENEH- MIGTEN FÖRDERKONZEPTE ALS VORGRIF FÜR GEMÄSS ART. 37 ABS. 6 BAYHO NACHZUWEISEN UND INNERHALB DER FÖRDERPROGRAMME ODER AUSGABEANSÄTZE FÜR INVESTITIONEN (HGR. 7 UND 8) DES EPL. 10 KASSENMASSIG AUSZUGLEICHEN.			
428 92-1	253	PERSONALAUSGABEN	---	---	A ---
547 92-7	253	SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	---	---	A ---
653 92-7	253	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE	---	---	A ---
681 92-3	253	LEISTUNGEN AN NATÜRLICHE PERSONEN	---	---	A ---
685 92-9	253	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE	4.000,0	4.000,0	A ---
812 92-5	253	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN	---	---	A ---
		SUMME DER TITELGRUPPE	4.000,0	4.000,0	A
		93 MASSNAHMEN ZUR UMSETZUNG DES OPERATIONELLEN PROGRAMMS FÜR DIE GEMEINSCHAFTSINITIATIVE KONVER I (RÜSTUNGS- UND STANDORTKONVERSION) DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2052/88 UND NR. 4253/88 (FÖRDERZEITRAUM 1993 - 1995) TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR. DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM DIE MEHR- ODER MINDEREINNAHME BEI 287 22. RÜCKEINNAHMEN FLIESSEN DEN AUSGABEN ZU. DIE NICHT DURCH EINNÄHMEN IM LAUFENDEN HAUSHALTSJAHR GEDECKTEN MEHRAUSGABEN SIND IM RAHMEN DER GENEH- MIGTEN FÖRDERKONZEPTE ALS VORGRIF FÜR GEMÄSS ART. 37 ABS. 6 BAYHO NACHZUWEISEN UND INNERHALB DER FÖRDERPROGRAMME ODER AUSGABEANSÄTZE FÜR INVESTITIONEN (HGR. 7 UND 8) DES EPL. 10 KASSENMASSIG AUSZUGLEICHEN.			
428 93-0	253	PERSONALAUSGABEN	***	***	A ---

Zu 10 05/92

Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative ADAPT (Anpassung der Arbeitnehmer an den industriellen Wandel) fördert der Freistaat Bayern aus ESF-Mitteln Maßnahmen, die zur Anpassung der Arbeitnehmer an den industriellen Wandel und zur Verbesserung der Funktionsweise auf dem Arbeitsmarkt beitragen (z. B. Vermittlung von Ausbildung, Orientierung und Beratung, Prognosen, Förderung der Vernetzung und neue Beschäftigungsmöglichkeiten).

Zu 10 05/93

Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative KONVER I (Rüstungs- und Standortkonversion) fördert der Freistaat Bayern aus ESF-Mitteln Maßnahmen, die der Entwicklung der Humanressourcen im Hinblick auf die Problematik der Rüstungs- und Standortkonversion dienen.

10 05 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - ARBEIT UND BERUFLICHE BILDUNG, BERUFLICHE UND SOZIALE REHABILITATION

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
547 93-6	253	SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	***	***	A ---
653 93-6	253	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE	---	***	A ---
681 93-2	253	LEISTUNGEN AN NATÜRLICHE PERSONEN	***	***	A ---
685 93-8	253	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE	400,0	---	A --- B 607,3 C 924,0
812 93-4	253	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN	***	***	A ---
		SUMME DER TITELGRUPPE	400,0	-	A --- B 607,3 C 924,0
		94 MASSNAHMEN ZUR UMSETZUNG DES OPERATIONELLEN PROGRAMMS BAYERN-TSCHECHIEN FÜR DIE GEMEINSCHAFTSINITIATIVE INTERREG II (ENTWICKLUNG VON GRENZREGIONEN, GRENZÜBERGREIFENDE ZUSAMMENARBEIT UND AUSGEWÄHLTE ENERGIEKETZE) DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2081/93, NR. 2082/93 UND NR. 2084/93 (FÖRDERZEIT- RAUM 1994 - 1999) TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG MIT TG 52, TG 91, TG 92, TG 95, TG 96 UND TG 97. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR. DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM DIE MEHR- ODER MINDEREINNAHME BEI 287 23. RÜCKEINNAHMEN FLIESSEN DEN AUSGABEN ZU. DIE NICHT DURCH EINNÄHMEN IM LAUFENDEN HAUSHALTSJAHR GEDECKTEN MEHRAUSGABEN SIND IM RAHMEN DER GENEH- MIGTEN FÖRDERKONZEPTE ALS VORGRIF GEMÄSS ART. 37 ABS. 6 BAYHO NACHZUWEISEN UND INNERHALB DER FÖRDERPROGRAMME ODER AUSGABEANSÄTZE FÜR INVESTITIONEN (HGR. 7 UND 8) DES EPL. 10 KASSENMASSIG AUSZUGLEICHEN..			
428 94-9	253	PERSONALAUSGABEN	---	---	A ---
547 94-5	253	SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	---	---	A ---
653 94-5	253	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE	---	---	A ---
681 94-1	253	LEISTUNGEN AN NATÜRLICHE PERSONEN	---	---	A ---
685 94-7	253	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE	800,0	1.000,0	A ---
686 94-6	253	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE AN AUSLAND	***	***	A ---
812 94-3	253	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN	---	---	A ---
896 94-2	253	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN AUSLAND	***	***	A ---
		SUMME DER TITELGRUPPE	800,0	1.000,0	A

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 05/94

Im Rahmen des Operationellen Programms "Bayern-Tschechien" zur Gemeinschaftsinitiative INTERREG II (Entwicklung von Grenzregionen, grenzübergreifende Zusammenarbeit und ausgewählte Energienetze) fördert der Freistaat Bayern für die betreffenden Regionen aus ESF-Mitteln Maßnahmen zur Qualifizierung und beschäftigungswirksame Maßnahmen, vor allem für Arbeitslose, Frauen und Personen, die von Veränderungen grenzbezogener Tätigkeiten infolge des einheitlichen Binnenmarktes unmittelbar oder mittelbar betroffen sind.

Ziel der Maßnahmen ist es insbesondere, durch Entwicklung der Humanressourcen die Gebiete an den Außengrenzen der Europäischen Union bei der Bewältigung besonderer Entwicklungsprobleme infolge ihrer relativen Isolierung flankierend zu unterstützen sowie die Anpassung der Gebiete an ihre neue Rolle als Grenzgebiete eines einheitlichen integrierten Marktes im Hinblick auf die Beschäftigung zu begleiten.

10 05 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - ARBEIT UND BERUFLICHE BILDUNG, BERUFLICHE UND SOZIALE REHABILITATION

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		95 MASSNAHMEN ZUR UMSETZUNG DES OPERATIONELLEN PROGRAMMS FÜR DIE GEMEINSCHAFTSINITIATIVE KONVER II (RÜSTUNGS- UND STANDORTKONVERSION) DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2081/93, NR. 2082/93 UND NR. 2084/93 (FÖRDERZEITRAUM 1994 - 1997) TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG MIT TG 52, TG 91, TG 92, TG 94, TG 96 UND TG 97. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR. DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM DIE MEHR- ODER MINDEREINNAHME BEI 287 24. RÜCKEINNAHMEN FLIESSEN DEN AUSGABEN ZU. DIE NICHT DURCH EINNAHMEN IM LAUFENDEN HAUSHALTSJAHR GEDECKTEN MEHRAUSGABEN SIND IM RAHMEN DER GENEHMIGTEN FÖRDERKONZEPTE ALS VORGRIF FÜR GEMÄSS ART. 37 ABS. 6 BAYHO NACHZUWEISEN UND INNERHALB DER FÖRDERPROGRAMME ODER AUSGABEANSÄTZE FÜR INVESTITIONEN (HGR. 7 UND 8) DES EPL. 10 KASSENMÄSSIG AUSZUGLEICHEN.			
428 95-8	253	PERSONALAUSGABEN	---	---	A ---
547 95-4	253	SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	---	---	A ---
653 95-4	253	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE	---	---	A ---
681 95-0	253	LEISTUNGEN AN NATÜRLICHE PERSONEN	---	---	A ---
685 95-6	253	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE	2.500,0	2.500,0	A ---
812 95-2	253	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS-GEGENSTÄNDEN	---	---	A ---
		SUMME DER TITELGRUPPE	2.500,0	2.500,0	A
		96 MASSNAHMEN ZUR UMSETZUNG DES OPERATIONELLEN PROGRAMMS FÜR DIE GEMEINSCHAFTSINITIATIVE LEADER II (AKTIONEN ZUR LÄNDLICHEN ENTWICKLUNG AUF INITIATIVE DER KOMMISSION) DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2081/93, NR. 2082/93 UND NR. 2084/93 (FÖRDERZEITRAUM 1994 - 1999) TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG MIT TG 52, TG 91, TG 92, TG 94, TG 95 UND TG 97. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR. DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM DIE MEHR- ODER MINDEREINNAHME BEI 287 25. RÜCKEINNAHMEN FLIESSEN DEN AUSGABEN ZU. DIE NICHT DURCH EINNAHMEN IM LAUFENDEN HAUSHALTSJAHR GEDECKTEN MEHRAUSGABEN SIND IM RAHMEN DER GENEHMIGTEN FÖRDERKONZEPTE ALS VORGRIF FÜR GEMÄSS ART. 37 ABS. 6 BAYHO NACHZUWEISEN UND INNERHALB DER FÖRDERPROGRAMME ODER AUSGABEANSÄTZE FÜR INVESTITIONEN (HGR. 7 UND 8) DES EPL. 10 KASSENMÄSSIG AUSZUGLEICHEN.			
428 96-7	253	PERSONALAUSGABEN	---	---	A ---
547 96-3	253	SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	---	---	A ---
653 96-3	253	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE	---	---	A ---
681 96-9	253	LEISTUNGEN AN NATÜRLICHE PERSONEN	---	---	A ---
685 96-5	253	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE	2.300,0	2.600,0	A ---

Erläuterungen

Zu 10 05/95

Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative KONVER II (Rüstungs- und Standortkonversion) fördert der Freistaat Bayern für die betreffenden Gebiete aus ESF-Mitteln Maßnahmen, die der Entwicklung der Humanressourcen im Hinblick auf die Problematik der Rüstungs- und Standortkonversion dienen.

Zu 10 05/96

Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative LEADER II (Aktionen zur ländlichen Entwicklung auf Initiative der Kommission) fördert der Freistaat Bayern für die betreffenden Gebiete aus ESF-Mitteln insbesondere neuartige Konzepte für die berufliche Eingliederung von Personen am Rande des Existenzminimums sowie Maßnahmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Ziel der Maßnahmen ist es, u.a. einen flankierenden Beitrag zur Entwicklung der ländlichen Gebiete zu leisten.

10 05 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - ARBEIT UND BERUFLICHE BILDUNG, BERUFLICHE UND SOZIALE REHABILITATION

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
812 96-1	253	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN	---	---	A ---
		SUMME DER TITELGRUPPE	2.300,0	2.600,0	A
		97 MASSNAHMEN ZUR UMSETZUNG DES OPERATIONELLEN PROGRAMMS FÜR DIE GEMEINSCHAFTSINITIATIVE RESIDER II (WIRTSCHAFTLICHE UMSTELLUNG VON STAHLREVIEREN) DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2081/93, NR. 2082/93 UND NR. 2084/93 (FÖRDERZEITRAUM 1994 - 1997) TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG MIT TG 52, TG 91, TG 92, TG 94, TG 95 UND TG 96. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR. DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM DIE MEHR- ODER MINDEREINNAHME BEI 287 26. RÜCKEINNAHMEN FLIESSEN DEN AUSGABEN ZU. DIE NICHT DURCH EINNAHMEN IM LAUFENDEN HAUSHALTSJAHR GEDECKTEN MEHRAUSGABEN SIND IM RAHMEN DER GENEH- MIGTEN FÖRDERKONZEPTE ALS VORGRIF FÜR GEMÄSS ART. 37 ABS. 6 BAYHO NACHZUWEISEN UND INNERHALB DER FÖRDERPROGRAMME ODER AUSGABEANSÄTZE FÜR INVESTITIONEN (HGR. 7 UND 8) DES EPL. 10 KASSENMASSIG AUSZUGLEICHEN.			
428 97-6	253	PERSONALAUSGABEN	---	---	A ---
547 97-2	253	SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	---	---	A ---
653 97-2	253	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE	---	---	A ---
681 97-8	253	LEISTUNGEN AN NATÜRLICHE PERSONEN	---	---	A ---
685 97-4	253	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE	800,0	1.000,0	A ---
812 97-0	253	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN	---	---	A ---
		SUMME DER TITELGRUPPE	800,0	1.000,0	A
		98 MASSNAHMEN ZUR UMSETZUNG DES OPERATIONELLEN PROGRAMMS FÜR DIE GEMEINSCHAFTSINITIATIVE KMU (FÖRDERUNG VON KLEINEN UND MITTLEREN UNTERNEHMEN ZUR ANPASSUNG AN DEN BINNENMARKT UND ZUR SICHERUNG DER INTERNATIONALEN WETTBEWERBSFÄHIGKEIT) DER VERORDNUNGEN (EWG) NR. 2081/93, NR. 2082/93 UND NR. 2084/93 (FÖRDERZEITRAUM 1994 - 1999)			
428 98-5	253	PERSONALAUSGABEN	***	***	A ---
547 98-1	253	SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	***	***	A ---

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 05/97

Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative RESIDER II (wirtschaftliche Umstellung von Stahlrevieren) fördert der Freistaat Bayern für die betreffenden Gebiete aus ESF-Mitteln insbesondere Qualifizierungsmaßnahmen sowie beschäftigungswirksame Maßnahmen, die flankierend die wirtschaftliche Umstellung begleiten.

10 05 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - ARBEIT UND BERUFLICHE BILDUNG, BERUFLICHE UND SOZIALE REHABILITATION

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
653 98-1	253	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE	***	***	A ---
681 98-7	253	LEISTUNGEN AN NATÜRLICHE PERSONEN	***	***	A ---
685 98-3	253	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE	***	***	A ---
812 98-9	253	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN	***	***	A ---
		SUMME DER TITELGRUPPE	-	-	A
		GESAMTAUSGABEN	149.263,0	147.563,0	A 145.146,0 B 96.109,4 C 83.334,1
		ABSCHLUSS			
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	74.300,0	71.100,0	A 61.810,0 B 42.744,4 C 13.649,6
		GESAMTEINNAHMEN	74.300,0	71.100,0	A 61.810,0 B 42.744,4 C 13.649,6
		PERSONAL AUSGABEN	260,0	260,0	A 213,0 B 727,5 C 712,9
		SÄCHLICHE VERWALTUNGS AUSGABEN	907,0	407,0	A 1.240,0 B 852,1 C 881,6
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	116.396,0	113.746,0	A 109.143,0 B 70.624,0 C 59.792,5
		INVESTITIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN	31.700,0	33.150,0	A 34.550,0 B 23.905,8 C 21.947,1
		GESAMTAUSGABEN	149.263,0	147.563,0	A 145.146,0 B 96.109,4 C 83.334,1
		ZUSCHUSS	74.963,0	76.463,0	A 83.336,0 B 53.365,0 C 69.684,5

10 06 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - LEISTUNGEN FÜR FOLGEN VON KRIEG UND VON POLITISCHEN EREIGNISSEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
EINNAHMEN					
VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.					
119 01-3	246	EINNAHMEN AUS VERÖFFENTLICHUNGEN	0,2	0,2	A 0,5 C 0,3
182 02-4	234	TILGUNG VON DARLEHEN	---	---	A ---
ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN					
241 01-4	299	ERSTATTUNGEN DES BUNDES FÜR DEN BESUCHSREISEVERKEHR AUS OST- UND SÜDOSTEUROPA VGL. VERMERK ZU 681 01.	---	---	A 700,0 C 328,7
241 02-3	249	ERSTATTUNGEN DES BUNDES FÜR ÜBERBRÜCKUNGSHILFE AN AUSSIEDLER VGL. VERMERK ZU 681 04.	---	***	A ---
241 03-2	249	ERSTATTUNGEN DES BUNDES ZUR ERHALTUNG DER GRÄBER DER OPFER VON KRIEG UND GEWALTHERRSCHAFT VGL. VERMERK ZU 643 02 UND 671 01.	3.750,0	3.750,0	A 3.700,0 B 3.863,0 C 3.550,8
241 04-1	245	ERSTATTUNGEN DES BUNDES FÜR AUSGLEICHLEISTUNGEN NACH DEM 2. SED-UNRECHTSBEREINIGUNGSGESETZ	30,0	30,0	A 240,0
241 05-0	245	ERSTATTUNGEN DES BUNDES FÜR LEISTUNGEN DER BUNDES- ANSTALT FÜR ARBEIT NACH DEM 2. SED-UNRECHTSBEREINI- GUNGSGESETZ	60,0	60,0	A 237,3 B 2,9
243 01-2	247	ANTEIL DES FREISTAATES BAYERN AN DEN RÜCKEINNAHMEN AUS DER ERHOLUNGS- UND WOHNUNGSHILFE	12,0	12,0	A 14,0 B 9,6 C 11,7
243 03-0 -----	247	ERSTATTUNG DER EINSPARUNGEN DER BEZIRKE IN DER KRIEGS- OPFERFÜRSORGE DURCH DAS PFLEEGERVERSICHERUNGSGESETZ VGL. VERMERK ZU 641 03.	28.300,0	28.300,0	A
281 11-3	246	RÜCKFLÜSSE (LANDESANTEIL) AUS DER EINRICHTUNGSHILFE NACH ABSCHNITT II DES GESETZES ÜBER HILFSSMASSNAHMEN FÜR DEUTSCHE AUS DER DDR UND BERLIN (OST)	***	***	A ---
281 12-2	249	RÜCKEINNAHMEN AUS ZUSCHÜSSEN	40,0	40,0	A 40,0 B 86,7 C 102,3
282 01-4	246	SPENDEN VON DRITTEN VGL. VERMERK ZU 681 02.	---	---	A ---

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 06

Veranschlagt sind insbesondere die Haushaltsmittel (einschl. der Bundesmittel) für

- die Kriegsopferfürsorge und verwandte Leistungen
- die Erhaltung der Gräber der Opfer von Kriegs- und Gewaltherrschaft
- die Betreuung der durch Kriegs- und politische Ereignisse geschädigten Personen
- die Förderung der Verbände und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und sonstigen Flüchtlingen
- Leistungen nach dem 1. und 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz.

Zu 10 06/241 01

Die den Ländern entstandenen Kosten für Krankenhilfen, Reisehilfen und Hilfen im Todesfall wurden vom Bund getragen (vgl. 681 01).

1997 gegenüber 1996:

700,0 Tsd DM weniger infolge Aufhebung der Förderrichtlinien.

Zu 10 06/241 02

Vgl. Erläuterungen zu 10 06/681 04.

Zu 10 06/241 03

Erstattung der Kosten für die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft durch den Bund.

1997 gegenüber 1996:

50,0 Tsd DM mehr infolge Anpassung an die voraussichtlichen Ausgaben.

Zu 10 06/241 04

Vgl. Erläuterung zu 10 06/643 04.

1997 gegenüber 1996:

210,0 Tsd DM weniger infolge Anpassung an die voraussichtlichen Ausgaben.

Zu 10 06/241 05

Vgl. Erläuterung zu 10 06/646 01.

1997 gegenüber 1996:

177,3 Tsd DM weniger infolge Minderung der Aufwendungen (vgl. 646 01).

Zu 10 06/243 01

Anteil des Freistaates Bayern aus Rückeinnahmen der Erholungs- und Wohnungshilfe (vgl. 643 03).

Zu 10 06/243 03

Vgl. Erläuterung zu 10 06/641 03.

1997 gegenüber 1996:

28 300,0 Tsd DM mehr wegen Neuveranschlagung.

Zu 10 06/281 12

Veranschlagt sind die Rückflüsse aus nicht verwendeten Zuschüssen und Rückforderungen nach Verwendungsnachweisprüfungen.

Zu 10 06/282 01

Zweckgebundene Einnahmen (Spenden), die über 681 02 - entsprechend dem Spenderwillen - ihrer Verwendung zugeführt werden.

10 06 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - LEISTUNGEN FÜR FOLGEN VON KRIEG UND VON POLITISCHEN EREIGNISSEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		TITELGRUPPEN			
		71 EINNahmen AUS LEISTUNGEN DER KRIEGSOPFERFÜRSORGE VGL. VERMERK ZU 641 74.			
162 71-4	247	ZINSEN AUS DARLEHEN	---	---	A ---
182 71-0	247	TILGUNG VON DARLEHEN	600,0	600,0	A 700,0 B 536,8 C 625,8
281 71-0	247	EINNahmen AUS BEIHILFEN	1.100,0	1.100,0	A 1.000,0 B 1.010,6 C 1.058,8
		SUMME DER TITELGRUPPE	1.700,0	1.700,0	A 1.700,0 B 1.547,4 C 1.684,6
		72 EINNahmen AUS DEN DER KRIEGSOPFERFÜRSORGE ENTSPRE- CHENDEN LEISTUNGEN NACH DEM SOLDATENVERSORGUNGSGESETZ UND DEM ZIVILDIENTSGESETZ VGL. VERMERK ZU 641 74.			
162 72-3	247	ZINSEN AUS DARLEHEN	---	---	A ---
182 72-9	247	TILGUNG VON DARLEHEN	220,0	220,0	A 220,0 B 103,9 C 111,2
281 72-9	247	EINNahmen AUS BEIHILFEN	400,0	400,0	A 400,0 B 213,2 C 84,1
		SUMME DER TITELGRUPPE	620,0	620,0	A 620,0 B 317,1 C 195,3
		73 EINNahmen AUS DEN DER KRIEGSOPFERFÜRSORGE ENTSPRE- CHENDEN LEISTUNGEN AN VERSORGUNGSBERECHTIGTE IN ÖSTER- REICH, ITALIEN UND GRIECHENLAND VGL. VERMERK ZU 641 74.			
166 73-8	247	ZINSEN AUS DARLEHEN	---	---	A ---
186 73-4	247	TILGUNG VON DARLEHEN	18,0	18,0	A 18,0 B 12,9 C 10,2
286 73-3	247	EINNahmen AUS BEIHILFEN	70,0	70,0	A 70,0 B 55,0 C 70,6
		SUMME DER TITELGRUPPE	88,0	88,0	A 88,0 B 67,9 C 80,8

Erläuterungen

Vorbemerkung zu 10 06/71 - 74 (Einnahmen)

Der Freistaat Bayern ist überörtlicher Träger bestimmter Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach den §§ 25 - 27j Bundesversorgungsgesetz und entsprechender Leistungen nach anderen Gesetzen. Seine Aufgaben nehmen die Regierungen - Hauptfürsorgestellen - wahr (Art. 3 Abs. 1 DG-KOF).

Der Bund trägt 80 v.H. der Aufwendungen für die Kriegsopferfürsorge; die Kosten für entsprechende Leistungen an Berechtigte in Österreich, Italien und Griechenland sowie an Berechtigte nach dem Soldatenversorgungs- und Zivildienstgesetz werden voll vom Bund getragen (§ 1 Abs. 1 Nr. 8 des Ersten Überleitungsgesetzes in der Fassung des Art. V § 1 des Zweiten KOV-Neuordnungsgesetzes vom 21. Februar 1964 - BGBl I S. 85).

Die Einnahmen und Ausgaben werden in voller Höhe im Landeshaushalt veranschlagt. Der Anteil des Bundes an den Ausgaben erscheint als Einnahme bei 241 74, der Anteil an den Einnahmen als Ausgabe bei 641 74. Vgl. auch Vorbemerkung zu 10 06/71 - 74 (Ausgaben).

Zu 10 06/71 (72 und 73) (Einnahmen)

Veranschlagt sind Rückflüsse aus Leistungen der Kriegsopferfürsorge oder aus entsprechenden Leistungen durch Verzinsung und Tilgung von Darlehen, Erstattungen durch andere Kostenträger und von zu Unrecht gewährten Leistungen.

10 06 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - LEISTUNGEN FÜR FOLGEN VON KRIEG UND VON POLITISCHEN EREIGNISSEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		74 EINNahmen AUS LEISTUNGEN DER KRIEGSOPFERFÜRSORGE, DIE IM VOLLZUG DES ERSTEN ÜBERLEITUNGSGESETZES ANFALLEN (SOWEIT NICHT IN DEN TG 71-73 ENTHALTEN)			
241 74-6	247	ANTEIL DES BUNDES AN DEN AUFWENDUNGEN DER KRIEGS- OPFERFÜRSORGE	13.450,0	13.450,0	A 17.010,0 B 17.034,1 C 18.038,9
243 74-4	247	ERSTATTUNG VON ANDEREN TRÄGERN DER KRIEGSOPFERFÜRSORGE (LANDESANTEIL)	---	---	A --- C 0,2
251 74-3	247	DAUERVORSCHUSS	---	---	A ---
		SUMME DER TITELGRUPPE	13.450,0	13.450,0	A 17.010,0 B 17.034,1 C 18.039,1
		75 EINNahmen AUS LEISTUNGEN NACH DEM 1. SED-UNRECHTS- BEREINIGUNGSGESETZ IN ENTSPRECHENDER ANWENDUNG DER VORSCHRIFTEN ÜBER DIE KRIEGSOPFERFÜRSORGE			
162 75-0	247	ZINSEN AUS DARLEHEN VGL. VERMERK ZU 641 75.	---	---	A ---
182 75-6	247	TILGUNG VON DARLEHEN VGL. VERMERK ZU 641 75.	2,0	2,0	A 2,0
241 75-5	247	ERSTATTUNG DES ANTEILS AN DEN LEISTUNGEN NACH DEM 1. SED-UNRECHTSBEREINIGUNGSGESETZ DURCH DEN BUND	94,3	94,3	A 94,3
281 75-6	247	EINNahmen AUS BEIHILFEN VGL. VERMERK ZU 641 75.	6,0	6,0	A 6,0
		SUMME DER TITELGRUPPE	102,3	102,3	A 102,3
		76 EINNahmen AUS LEISTUNGEN NACH DEM 1. SED-UNRECHTS- BEREINIGUNGSGESETZ IN ENTSPRECHENDER ANWENDUNG DER VORSCHRIFTEN DER KRIEGSOPFERVERSORGUNG (OHNE KRIEGS- OPFERFÜRSORGE)			
241 76-4	241	ERSTATTUNG DES ANTEILS AN DEN LEISTUNGEN DURCH DEN BUND	***	***	A 372,5
281 76-5	241	RÜCKEINNahmen AUS DEN LEISTUNGEN NACH DEM 1. SED-UNRECHTSBEREINIGUNGSGESETZ VGL. VERMERK ZU 641 76.	2,0	2,0	A 20,0
		SUMME DER TITELGRUPPE	2,0	2,0	A 392,5
		77 EINNahmen AUS LEISTUNGEN NACH DEM 2. SED-UNRECHTS- BEREINIGUNGSGESETZ IN ENTSPRECHENDER ANWENDUNG DER VORSCHRIFTEN ÜBER DIE KRIEGSOPFERFÜRSORGE			
162 77-8	247	ZINSEN AUS DARLEHEN VGL. VERMERK ZU 641 77.	---	---	A ---

Erläuterungen

Zu 10 06/74 (Einnahmen)

Veranschlagt sind der Anteil des Bundes an den Aufwendungen für die Kriegsofferfürsorge (vgl. Vorbemerkung) und Erstattungen anderer Träger der Kriegsofferfürsorge.

1997 gegenüber 1996:

3 560,0 Tsd DM weniger infolge geringerer Erstattungen des Bundes wegen Rückgangs der Ausgaben.

Zu 10 06/75 (Einnahmen)

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppe 75 (Ausgaben).

Zu 10 06/76 (Einnahmen)

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppe 76 (Ausgaben).

1997 gegenüber 1996:

390,5 Tsd DM weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Isteinnahmen und Verfahrensänderung.

Zu 10 06/77 (Einnahmen)

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppe 77 (Ausgaben).

1997 gegenüber 1996:

47,8 Tsd DM mehr wegen Anpassung an die voraussichtlichen Isteinnahmen.

10 06 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - LEISTUNGEN FÜR FOLGEN VON KRIEG UND VON POLITISCHEN EREIGNISSEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
182 77-4	247	TILGUNG VON DARLEHEN VGL. VERMERK ZU 641 77.	1.0	1.0	A ---
241 77-3	247	ERSTATTUNG DES ANTEILS AN DEN LEISTUNGEN NACH DEM 2. SED-UNRECHTSBEREINIGUNGSGESETZ DURCH DEN BUND	43.8	43.8	A ---
281 77-4	247	EINNAHMEN AUS BEILHILFEN VGL. VERMERK ZU 641 77.	3.0	3.0	A ---
SUMME DER TITELGRUPPE			47.8	47.8	A
78 EINNAHMEN AUS LEISTUNGEN NACH DEM 2. SED-UNRECHTS- BEREINIGUNGSGESETZ IN ENTSPRECHENDER ANWENDUNG DER VORSCHRIFTEN DER KRIEGSOPFERVERSORGUNG (OHNE KRIEGS- OPFERFÜRSORGE)					
241 78-2	241	ERSTATTUNG DES ANTEILS AN DEN LEISTUNGEN DURCH DEN BUND	***	***	A 60.0
281 78-3	241	RÜCKEINNAHMEN AUS DEN LEISTUNGEN NACH DEM 2. SED-UNRECHTSBEREINIGUNGSGESETZ VGL. VERMERK ZU 641 78.	1.0	1.0	A 5.0
SUMME DER TITELGRUPPE			1.0	1.0	A 65.0
GESAMTEINNAHMEN			48.203,3	48.203,3	A 24.909,6 B 22.928,7 C 56.752,4
AUSGABEN					
PERSONALAUSGABEN					
412 01-7	254	VERGÜTUNGEN FÜR DIE MITGLIEDER DES BEIRATS FÜR VER- TRIEBENEN- UND FLÜCHTLINGSFRAGEN UND DES HAUPT- AUSSCHUSSES DER FLÜCHTLINGE UND AUSGEWIESENEN IN BAYERN	2.0	2.0	A 2.0 C 0.2
412 02-6	011	VERGÜTUNGEN FÜR DIE MITGLIEDER DES LANDESBEIRATES FÜR KRIEGSOPFERFÜRSORGE	0.5	0.5	A 0.5
SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN					
511 01-7	012	KOSTEN DER BESCHAFFUNG VON SPÄTAUSSIEDLERBESCHEINI- GUNGEN UND ANTRAGSFORMBLÄTTERN	35.0	35.0	A 50.0 B 11.8 C 27.5
526 21-6	246	KOSTEN FÜR DAS FORSCHUNGSPROJEKT "DIE ENTWICKLUNG BAYERNS DURCH DIE EINGLIEDERUNG DER VERTRIEBENEN UND FLÜCHTLINGE" DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.	220.0	220.0	A 235.0 B 1.3 C 31.2
533 01-1	246	KOSTEN DES AUSSIEDLERINFORMATIONSSYSTEMS	35.0	35.0	A 40.0 B 30.0 C 10.7

Erläuterungen

Zu 10 06/78 (Einnahmen)

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppe 78 (Ausgaben).

1997 gegenüber 1996:

64,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Isteinnahmen und Verfahrensänderung.

Zu 10 06/412 01

Beim Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit besteht aufgrund § 9 DVbVFG (BayRS 240-1-1-A) ein Beirat für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen. Der Beirat hat die Aufgabe, das Staatsministerium sachverständig in Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen zu beraten. Er soll zu allgemeinen Regelungen und Maßnahmen gehört werden.

Der Hauptausschuß der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern, dessen Mitglieder durch den Ministerpräsidenten berufen werden, berät als ehrenamtliches Beratergremium die Staatsregierung in ihren Planungen und Maßnahmen im Bereich des Vertriebenen- und Flüchtlingswesens.

Aus dem Ansatz werden Reisekosten und ähnliche Aufwendungen gezahlt.

Zu 10 06/412 02

Die Mitglieder des Landesbeirats für Kriegsopferfürsorge erhalten eine Entschädigung wie die ehrenamtlichen Richter nach dem Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter.

Zu 10 06/511 01

Nach § 15 Abs. 1 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 02.06.1993 (BGBl I S. 829) erhalten Spätaussiedler auf Antrag eine Bescheinigung. Der Antrag ist auf einem Vordruck zu stellen, dessen Fassung der Bundesminister des Innern im Benehmen mit den zentralen Dienststellen der Länder bestimmt. Die Kosten dieser Antragsformulare und Bescheinigungen tragen die Länder.

1997 gegenüber 1996:

15,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 06/533 01

Veranschlagt sind die Kosten des Aussiedlerinformationssystems:

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Verzeichnis der am Informationssystem beteiligten Stellen (Druckkosten)	7,0	7,0
2. Eingliederungsbericht (Druckkosten)	7,0	7,0
3. Versand von Informationsmaterial	4,0	4,0
4. Kosten von Besprechungen/Veranstaltungen	7,0	7,0
5. Ankauf von Informationsmaterial	10,0	10,0
Zusammen	35,0	35,0

10 06 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - LEISTUNGEN FÜR FOLGEN VON KRIEG UND VON POLITISCHEN EREIGNISSEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM	
1	2	3	4	5	6	
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN				
641 01-0	246	ERSTATTUNG DES LANDESANTEILS AN DER EINRICHTUNGSHILFE NACH ABSCHNITT II DES GESETZES ÜBER HILFSSMASSNAHMEN FÜR DEUTSCHE AUS DER DDR UND BERLIN (OST) <i>DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.</i>	***	***	A	---
641 02-9	246	ANTEIL DES LANDES AN AUFBAUDARLEHEN FÜR DIE GEWERB- LICHE WIRTSCHAFT UND DIE FREIEN BERUFE SOWIE FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT UND DEN WOHNUNGSBAU NACH §§ 17 - 19 DES GESETZES ÜBER HILFSSMASSNAHMEN FÜR DEUTSCHE AUS DER DDR UND BERLIN (OST) <i>DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.</i>	15,0	15,0	A B C	20,0 14,3 16,1
641 03-8 -----	249	ERSTATTUNG AN DEN BUND AUFGRUND DER EINSPARUNGEN DER BEZIRKE IN DER KRIEGSOPFERFÜRSORGE DURCH DAS PFLEGE- VERSICHERUNGSGESETZ <i>DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM DIE MEHR- ODER MINDEREINNAHMEN BEI 243 03.</i>	28.300,0	28.300,0	A	
641 04-7 -----	246	ERSTATTUNG AN DEN BUND AUFGRUND DER EINSPARUNGEN DER HAUPTFÜRSORGESTELLEN IN DER KRIEGSOPFERFÜRSORGE DURCH DAS PFLEGEVERSICHERUNGSGESETZ	1.000,0	1.000,0	A	
643 02-7	249	AUFWENDUNGEN FÜR GRÄBER DER OPFER VON KRIEG UND GEWALTHERRSCHAFT DURCH GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE ZU 643 02 UND 671 01: <i>GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM DIE MEHR- ODER MINDEREINNAHMEN BEI 241 03. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.</i>	2.800,0	2.800,0	A B C	2.750,0 2.629,2 3.016,4
643 03-6	247	ERSTATTUNGSLEISTUNG DES FREISTAATES BAYERN FÜR ERHOLUNGS- UND WOHNUNGSHILFE IN DER KOF	600,0	600,0	A B C	600,0 483,5 550,3
643 04-5	245	ERSTATTUNGEN AN SOZIALHILFETRÄGER FÜR AUSGLEICH- LEISTUNGEN NACH DEM 2. SED-UNRECHTSBEREINIGUNGSGESETZ	50,0	50,0	A	400,0

Erläuterungen

Zu 10 06/641 02

Berechtigten nach Abschnitt I des Flüchtlingshilfegesetzes in der Fassung vom 15. Mai 1971 (BGBl I S. 682) konnten bis 31.12.1990 auf Antrag Aufbaudarlehen gewährt werden.

Nach § 21 Abs. 1 des Gesetzes trägt der Bund die Aufwendungen für die Darlehen; die Länder erstatten dem Bund 20 v.H. Dies gilt auch für die anfallenden Verwaltungskosten der ausgereichten Darlehen.

Zu 10 06/641 03

Der Bund gewährt den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in den Jahren 1995 bis 2002 Finanzhilfen in Höhe von jährlich 800 Mio DM zur Förderung von Investitionen in Pflegeeinrichtungen (Art. 52 Abs. 1 Satz 1 PflegeVG). Die Mittel zur Finanzierung der Investitionen werden nach Inkrafttreten der Leistungen zur stationären Pflege - 01.07.1996 - u.a. von allen Ländern durch anteilige Kürzungen der Erstattungen des Bundes an die Länder für die Kriegsofferfürsorge in Höhe von 100 Mio DM im Jahr 1996, in Höhe von jährlich 200 Mio DM in den Jahren 1997 bis 2001 und im Jahr 2002 in Höhe von 180 Mio DM aufgebracht (Art. 52 Abs. 3 Nr. 2 PflegeVG).

Die Aufteilung der gesetzlich festgeschriebenen Beträge auf die Länder entspricht dem Bevölkerungsanteil je Bundesland an der Bevölkerung im gesamten Bundesgebiet (Anteil Bayerns: 14,6 %).

Veranschlagt ist der Anteil des Freistaates Bayern an den Erstattungsleistungen an den Bund aufgrund der Einsparungen der Bezirke (28 300,0 Tsd DM) und der Hauptfürsorgestellen (1 000,0 Tsd DM, vgl. 641 04).

Die Einsparungen der Bezirke sind bei 243 03 als Einnahme ausgebracht.

1997 gegenüber 1996:

28 300,0 Tsd DM mehr infolge erstmaliger Veranschlagung.

Zu 10 06/641 04

Vgl. Erläuterungen zu Titel 641 03.

1997 gegenüber 1996:

1 000,0 Tsd DM mehr infolge erstmaliger Veranschlagung.

Zu 10 06/643 02 (und 671 01)

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft nach dem Gräbergesetz i.d. Fassung der Bek. vom 29.01.1993 (BGBl I S. 178) und der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Gräbergesetz (GräVwV) i.d.F. vom 25. Juli 1979 (GMBI S. 473). Der Bund erstattet die Aufwendungen nach Pauschätzen je Grab (vgl. 241 03).

1997 gegenüber 1996:

50,0 Tsd DM mehr infolge höheren Bedarfs.

Zu 10 06/643 03

Der Freistaat Bayern erstattet den Landkreisen und kreisfreien Städten als örtlichen Trägern der Kriegsofferfürsorge die Hälfte der von ihnen zu tragenden Aufwendungen für die Erholungs- und Wohnungshilfe nach §§ 27b und 27c BVG (Art. 8 Abs. 3 DG-KOF). Da den örtlichen Trägern 80 v.H. ihrer Aufwendungen vom Bund erstattet werden, entspricht die zusätzliche Erstattungsleistung des Landes 10 v.H. der Gesamtausgaben für Maßnahmen der Erholungs- und Wohnungshilfe.

Vgl. Erl. zu 243 01 und die Vorbemerkung zu den Titelgruppen 71 - 74 (Ausgaben).

Zu 10 06/643 04

Nach dem Zweiten Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht (2. SED-UnBerG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.06.1994 (BGBl I S. 1311) erhalten Betroffene, die als Folge einer rechtsstaatswidrigen Verwaltungsentscheidung eine berufliche Benachteiligung erlitten haben, Ausgleichsleistungen in Anwendung der Vorschriften des 3. Abschnitts des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes (Art. 2 des 2. SED-UnBerG).

Veranschlagt sind die Zuweisungen an die Sozialhilfeträger. Der Bund erstattet 60 v.H. der Aufwendungen (vgl. 241 04).

1997 gegenüber 1996:

350,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

10 06 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - LEISTUNGEN FÜR FOLGEN VON KRIEG UND VON POLITISCHEN EREIGNISSEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
646 01-5	245	KOSTENERSTATTUNG AN DIE BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT FÜR LEISTUNGEN NACH DEM 2. SED-UNRECHTSBEREINIGUNGSGESETZ	100,0	100,0	A 395,5 B 4,9
671 01-3	249	AUFWENDUNGEN FÜR GRÄBER DER OPFER VON KRIEG UND GEWALTHERRSCHAFT DURCH SONSTIGE VGL. VERMERK ZU 643 02. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.	950,0	950,0	A 950,0 B 900,3 C 889,3
671 02-2	243	ERSTATTUNG VON VERWALTUNGSKOSTEN AN DIE DEUTSCHE AUSGLEICHSBANK	670,0	650,0	A 750,0 B 638,4 C 680,0
681 01-1	299	BESUCHSREISEVERKEHR AUS OST- UND SÜDOSTEUROPA DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT SICH UM DIE MEHREINNAHME BEI 241 01. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.	---	---	A 700,0 B 218,1 C 330,3
681 02-0	246	ZUSCHÜSSE AUS SPENDEN DRITTER DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH DER ISTEIN- NAHME BEI 282 01. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.	---	---	A ---
681 04-8	249	ÜBERBRÜCKUNGSHILFE DES BUNDES AN AUSSIEDLER DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT SICH UM DIE MEHREINNAHME BEI 241 02.	---	***	A ---
681 06-6	245	KAPITALENTSCHÄDIGUNG NACH DEM 1. SED-UNRECHTSBEREI- NIGUNGSGESETZ	900,0	900,0	A 1.500,0 B 956,9 C 2.109,8
684 02-7	249	ZUWENDUNG AN DIE HEIMKEHRERSTIFTUNG DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM DIE MEHR- ODER MINDEREINNAHMEN BEI 13 06/162 03 UND 13 06/182 03.	10,1	10,1	A 15,1 B 10,0 C 8,6

Erläuterungen

Zu 10 06/646 01

Nach dem Zweiten Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht (2. SED-UnBerG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.06.1994 (BGBl I S. 1311) erhalten Betroffene, die als Folge einer rechtsstaatswidrigen Verwaltungsentscheidung eine berufliche Benachteiligung erlitten haben, Leistungen der bevorzugten beruflichen Fortbildung und Umschulung nach dem Arbeitsförderungsgesetz durch die Bundesanstalt für Arbeit als einem für diese Aufgabe entliehenen Organ des Landes in Anwendung der Vorschriften des 2. Abschnitts des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes (Art. 2 des 2. SED-UnBerG).

Veranschlagt sind die Zuweisungen an die Bundesanstalt für Arbeit. Der Bund erstattet 60 v.H. der Aufwendungen (vgl. 241 05).

1997 gegenüber 1996:

295,5 Tsd DM weniger infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 06/671 01

Vgl. Erläuterungen zu 643 02.

Zu 10 06/671 02

Die Berechnung und Auszahlung von Leistungen nach den Lastenausgleichsgesetzen wird durch die Deutsche Ausgleichsbank vorgenommen. Erstattet werden die anfallenden Verwaltungskosten.

1997 gegenüber 1996:

80,0 Tsd DM weniger wegen rückläufiger Zahlungsfälle.

Zu 10 06/681 01

Jedem deutschstämmigen Besucher aus Ost- und Südosteuropa wurden bei Bedarf Krankenhilfe, Reisehilfen und Hilfen im Todesfall gewährt. Die anfallenden Beträge erstattete der Bund (vgl. 241 01).

1997 gegenüber 1996:

700,0 Tsd DM weniger infolge Aufhebung der Förderrichtlinien.

Zu 10 06/681 02

Vgl. Erläuterung zu 282 01.

Zu 10 06/681 04

Nach der Richtlinie des Bundesministers des Innern für die Zahlung einer einmaligen Überbrückungshilfe der Bundesregierung vom 29. November 1985 (GMBI 1986 S. 8) i.d.F. der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1986 (GMBI 1987 S. 20) erhielten Aussiedler zur Bestreitung ihrer ersten dringenden Ausgaben eine einmalige Überbrückungshilfe in Höhe von 200 DM.

Die Richtlinie ist mit Ablauf des 31.12.1993 (Bekanntmachung vom 29.06.1993, GMBI 1993, S. 459) außer Kraft getreten.

Die Erstattungen des Bundes wurden bei 241 02 vereinnahmt.

Zu 10 06/681 06

Veranschlagt ist der Landesanteil (35 v.H.) für die nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (Art. 1 des Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes - 1. SED-UnBerG in der Fassung der Bekanntmachung vom 29.10.1992, BGBl I S. 1814) zu gewährende Kapitalentschädigung (Art. 1 § 17 1. SED-UnBerG).

1997 gegenüber 1996:

600,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 06/684 02

Veranschlagt ist der Anteil des Freistaates Bayern an den Rückflüssen aus Darlehen, die ehemaligen Kriegsgefangenen nach Abschnitt II des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes gewährt wurden. Der Anteil fließt der Heimkehrerstiftung zu.

10 06 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - LEISTUNGEN FÜR FOLGEN VON KRIEG UND VON POLITISCHEN EREIGNISSEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
685 01-7	246	FÖRDERUNG VON VERBÄNDEN UND KULTURELLEN EINRICHTUNGEN DER DEUTSCHEN HEIMATVERTRIEBENEN UND FLÜCHTLINGE IM SINNE DES § 96 BVFG ZU 685 01 UND 685 21: GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.	3.000,0	3.000,0	A 3.020,0 B 2.430,0 C 580,1

Erläuterungen

Zu 10 06/685 01

Veranschlagt sind Förderungen der im staatlichen Interesse liegenden Arbeit von Verbänden der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge sowie deren Organisationen.

Veranschlagt sind ferner Zuschüsse an Einrichtungen der deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge, zu deren Sicherung, Ergänzung und Förderung der Staat nach § 96 BVFG verpflichtet ist (Kulturgut der Vertreibungsgebiete erhalten; Archive, Museen und Bibliotheken sichern, ergänzen und auswerten; Einrichtungen des Kulturschaffens und der Ausbildung sicherstellen und fördern).

Aus diesem Ansatz werden auch die aus der Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen und die aus der Patenschaft für die Landsmannschaft Ostpreußen erwachsenden Kosten getragen.

Gefördert werden im einzelnen:

1. Bund der Vertriebenen, Landesverband Bayern e.V.
2. Deutsche Jugend in Europa (DJÖ), Landesverband Bayern e.V.
3. Sudetendeutscher Rat e.V.
4. Stiftung Museum Ostdeutsche Galerie in Regensburg
5. Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen
6. Sudetendeutsches Archiv e.V. (s. vorl. Wirtschaftsplan)
7. Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen
8. Ost- und Westpreußenstiftung in Bayern e.V. mit Institut für Landeskunde Ost- und Westpreußens
9. Sudetendeutsche Akademie der Wissenschaften und Künste
10. Gerhard-Möbus-Institut für Schlesienforschung an der Universität Würzburg
11. Institutum Bohemicum, Kultur- und Bildungswerk der Ackermann-Gemeinde e.V.
12. Sudetendeutsches Musikinstitut
13. Bukowina Institut e.V.

Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

E r l ä u t e r u n g e n

Übersicht über den (vorläufigen) Wirtschaftsplan des Sudetendeutschen Archivs e.V.

Übersicht über den Wirtschaftsplan

	Betrag für 1997 Tsd DM	Betrag für 1998 Tsd DM	Betrag für 1996 Tsd DM	Istergebnis 1995 Tsd DM
Ausgaben				
1. Personalausgaben	675,6	692,5	659,1	641,6
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	351,9	352,9	430,1	436,3
3. Schuldendienst	-	-	-	-
4. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	-	-	-
5. Ausgaben für Investitionen	-	-	-	-
6. Besondere Finanzierungsausgaben (Fachausgaben)	-	-	-	-
Zusammen	1 027,5	1 045,4	1 089,2	1 077,9

Einnahmen

1. Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	20,0	20,0	22,9	73,5
2. Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber				
a) vom Bund	50,0	50,0	104,5	44,6
a) Sudetendeutsche Stiftung und Sonstige	150,0	150,0	171,8	169,8
3. Zuwendungen des Landes (einschließlich aus 10 06/685 06)	807,5	825,4	790,0	790,0
Zusammen	1 027,5	1 045,4	1 089,2	1 077,9

Stellenplan

	Soll 1997	Zahl der Stellen Soll 1998	Soll 1996
1. Angestellte VergGr. I, IIa, III, IVa, IVb, 2 VIb, VII	8	8	8
2. Arbeiter	-	-	-
Insgesamt	8	8	8

10 06 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - LEISTUNGEN FÜR FOLGEN VON KRIEG UND VON POLITISCHEN EREIGNISSEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM	
1	2	3	4	5	6	
685 04-4	234	ZUSCHÜSSE AUS LANDESMITTELN FÜR ALLGEMEINE MASSNAHMEN DER SCHWERBEHINDERTEN- UND KRIEGSHINTERBLIEBENENFÜRSORGE	65,0	65,0	A B C	72,0 56,0 57,8
685 05-3	249	FÖRDERUNG VON KULTURELLEN MASSNAHMEN NICHTDEUTSCHER FLÜCHTLINGE	---	---	A B C	120,0 105,6 57,2
685 06-2	189	FÖRDERUNG GRENZÜBERSCHREITENDER OSTDEUTSCHER KULTURARBEIT (ANTRAGSTELLER IM INLAND) ZU 685 06 UND 686 01: GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.	980,0	980,0	A B C	980,0 702,2 701,7
685 21-3	189	FÖRDERUNG VON EINZELMASSNAHMEN IM SINNE DES § 96 BVFG VGL. VERMERK ZU 685 01.	500,0	500,0	A B C	500,0 824,2 463,1
686 01-6	189	FÖRDERUNG GRENZÜBERSCHREITENDER OSTDEUTSCHER KULTURARBEIT IM AUSLAND (ANTRAGSTELLER IM AUSLAND) VGL. VERMERK ZU 685 06.	---	---	A B C	--- 30,1 38,9
SONSTIGE AUSGABEN FÜR INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN						
881 01-9	246	ZUWEISUNG AN DEN BUND FÜR DIE BETEILIGUNG DES LANDES AN DEN BAUKOSTEN FÜR DAS LASTENAUSGLEICHSARCHIV IN BAYREUTH VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 1.468,5 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	4.900,0	5.000,0	A B	5.000,0 395,5
893 04-2	246	ZUWENDUNG ZUR ERWEITERUNG "MUSEUM GABLONZER HAUS" IN KAUFBEUREN-NEUGABLONZ	223,2	---	A	---
893 05-1	246	ZUWENDUNG ZUR ERWEITERUNG DES EGERLAND-KULTURHAUSES IN MARKTREDWITZ VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 1.106,0 VON DER VERANSCHLAGTEN VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNG 1997 IN HÖHE VON 1.106,0 TSD. DM WERDEN FÄLLIG FRÜHESTENS IN DEN HAUSHALTSJAHREN 1998 TSD. DM 583,0 1999 TSD. DM 523,0	600,0	583,0	A B	650,0 206,9
TITELGRUPPEN						
71 KOSTEN FÜR LEISTUNGEN DER KRIEGSOPFERFÜRSORGE TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.						
681 71-6	247	BEIHILFEN	8.000,0	8.000,0	A B C	12.700,0 13.561,6 14.541,2
863 71-6	247	DARLEHEN	1.000,0	1.000,0	A B C	1.000,0 356,8 335,4
SUMME DER TITELGRUPPE			9.000,0	9.000,0	A B C	13.700,0 13.918,4 14.876,6

Erläuterungen

Zu 10 06/685 04

Die Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz darf nur für Zwecke der Arbeits- und Berufsförderung Schwerbehinderter sowie für Leistungen zur begleitenden Hilfe verwendet werden (vgl. Erläuterungen zu 10 03 TG 87 - Ausgaben). Solche Mittel können nicht zur Förderung von allgemeinen Maßnahmen der Schwerbehinderten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge Verwendung finden.

Zu 10 06/685 05

1997 gegenüber 1996:

120,0 Tsd DM weniger wegen Beendigung der Förderung.

Zu 10 06/685 06

Veranschlagt ist die Förderung grenzüberschreitender Maßnahmen für die Deutschen im Osten. Dabei sollen u.a. kulturelle Hilfen und damit auch Perspektiven für ein Verbleiben in den östlichen Siedlungsgebieten vermittelt werden. Mit der Förderung soll den Deutschen ein Leben unter Wahrung ihrer sprachlichen, kulturellen und religiösen Identität ermöglicht werden.

Zu 10 06/685 21

Die Mittel dienen der Erfüllung der staatlichen Verpflichtungen aus § 96 BVFG zur Förderung einzelner Maßnahmen und Projekte.

Zu 10 06/881 01

Veranschlagt sind Teilbeträge am Finanzierungsanteil des Freistaates Bayern an den Gesamtbaukosten entsprechend der mit dem Bund abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung über die Errichtung eines Dienstgebäudes für die Abteilung VIII - Lastenausgleichsarchiv des Bundesarchivs in Bayreuth.

Verpflichtungsermächtigung 1997:

Für die Abdeckung indexbedingter Baukostensteigerungen.

Zu 10 06/893 04

Die Mittel sind erforderlich, um die räumlichen Voraussetzungen für die Erweiterung des "Museum Gablonzer Haus" in Kaufbeuren-Neugablonz zum Regionalmuseum "Jeschken-Iser-Gau" zu schaffen.

1997 gegenüber 1996:

223,2 Tsd DM mehr zur Bestreitung der Ausgaben für die Fertigstellung des Erweiterungsbaues.

Zu 10 06/893 05

Veranschlagt ist der Finanzierungsanteil des Freistaates Bayern an den Gesamtbaukosten.

Die Mittel sind erforderlich, um die notwendige Erweiterung des Museums, des Baues einer Kunstgalerie und die Herstellung von Räumen für Magazin und Werkstatt durchzuführen.

Die Verpflichtungsermächtigung dient der Absicherung des Finanzierungsanteils des Freistaates Bayern.

Vorbemerkung zu 10 06/71 - 74

Die vom Freistaat Bayern nach Art. 2 Abs. 1 DG-KOF zu gewährenden Leistungen der Kriegsofferfürsorge sowie die der Kriegsofferfürsorge entsprechenden Leistungen nach anderen Gesetzen (SVG, ZDG), sind fast ausschließlich Pflichtleistungen, deren Art, Dauer und Ausmaß sich nach den Besonderheiten des Einzelfalles richten (individuelle Hilfen). Sie dienen überwiegend zur Bestreitung des mit dem schädigenden Ereignis zusammenhängenden, aus eigener wirtschaftlicher Kraft nicht oder nicht hinreichend gedeckten Bedarfs in den verschiedensten Lebenssituationen; die Höhe der Leistungen bemißt sich deshalb vor allem auch nach den Lebenshaltungskosten und dem allgemeinen Kosten- und Preisniveau.

Zu 10 06/71

Veranschlagt sind die Leistungen der Kriegsofferfürsorge für Berechtigte nach dem BVG.

1997 gegenüber 1996:

4 700,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an die zu erwartenden Ausgaben (Einsparungen durch das PflegeVG).

10 06 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - LEISTUNGEN FÜR FOLGEN VON KRIEG UND VON POLITISCHEN EREIGNISSEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		72 DER KRIEGSOPFERFÜRSORGE ENTSPRECHENDE LEISTUNGEN NACH DEM SOLDATENVERSORGUNGSGESETZ UND DEM ZIVIL- DIENSTGESETZ <i>TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.</i>			
681 72-5	247	BEIHILFEN	3.700,0	3.700,0	A 3.700,0 B 3.927,0 C 3.818,3
863 72-5	247	DARLEHEN	150,0	150,0	A 150,0 B 167,4 C 108,0
		SUMME DER TITELGRUPPE	3.850,0	3.850,0	A 3.850,0 B 4.094,4 C 3.926,3
		73 DER KRIEGSOPFERFÜRSORGE ENTSPRECHENDE LEISTUNGEN AN VERSORGUNGSBERECHTIGTE IN ÖSTERREICH, ITALIEN UND GRIECHENLAND <i>TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.</i>			
686 73-9	247	BEIHILFEN	2.375,0	2.375,0	A 2.375,0 B 2.295,2 C 2.119,3
866 73-1	247	DARLEHEN	25,0	25,0	A 25,0 C 11,3
		SUMME DER TITELGRUPPE	2.400,0	2.400,0	A 2.400,0 B 2.295,2 C 2.130,6
		74 LEISTUNGEN DER KRIEGSOPFERFÜRSORGE, DIE IM VOLLZUG DES ERSTEN ÜBERLEITUNGSGESETZES ANFALLEN (SOWEIT NICHT IN DEN TG 71 - 73 ENTHALTEN) <i>TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.</i>			
641 74-2	247	ANTEIL DES BUNDES AN DEN EINNAHMEN <i>DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT SICH UM 80 V. H. DER MEHREINNAHMEN BEI TG 71 (EINNAHMEN) UND UM DIE MEHREINNAHMEN BEI DEN TG 72 UND 73 (EINNAHMEN).</i>	2.068,0	2.068,0	A 2.068,0 B 1.617,9 C 1.609,3
643 74-0	247	ERSTATTUNGEN AN ANDERE TRÄGER DER KRIEGSOPFERFÜRSORGE (LANDESANTEIL)	15,0	15,0	A 15,0 C 0,8
		SUMME DER TITELGRUPPE	2.083,0	2.083,0	A 2.083,0 B 1.617,9 C 1.610,1

Zu 10 06/72

Veranschlagt sind die Leistungen der Kriegsopferfürsorge für Berechtigte nach dem SVG und ZDG.

Zu 10 06/73

Veranschlagt sind die Leistungen der Kriegsopferfürsorge an Berechtigte in Österreich, Italien und Griechenland.

10 06 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - LEISTUNGEN FÜR FOLGEN VON KRIEG UND VON POLITISCHEN EREIGNISSEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		75 LEISTUNGEN NACH DEM 1. SED-UNRECHTSBEREINIGUNGS- GESETZ IN ENTSPRECHENDER ANWENDUNG DER VORSCHRIFTEN DER KRIEGSOPFERFÜRSORGE TITEL DER TG (MIT AUSNAHME 641 75) GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.			
641 75-1	247	ANTEIL DES BUNDES AN DEN EINKÜNNEN DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM 65 V.H. DER MEHR- ODER MINDEREINKÜNNEN BEI 162 75, 182 75 UND 281 75.	5,2	5,2	A 5,2
681 75-2	247	BEIHILFEN	140,0	140,0	A 140,0
863 75-2	247	DARLEHEN	5,0	5,0	A 5,0
		SUMME DER TITELGRUPPE	150,2	150,2	A 150,2
		76 LEISTUNGEN NACH DEM 1. SED-UNRECHTSBEREINIGUNGS- GESETZ IN ENTSPRECHENDER ANWENDUNG DER VORSCHRIFTEN DER KRIEGSOPFERVERSÖRGUNG (OHNE KRIEGSOPFERFÜRSORGE) TITEL DER TG (MIT AUSNAHME 641 76) GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.			
636 76-7	241	ANTEIL AN DEN ERSTATTUNGEN VON VERWALTUNGSKÖSTEN AN SOZIALVERSÖHERUNGSTRÄGER	2,0	2,0	A 4,0
641 76-0	241	ANTEIL DES BUNDES AN DEN EINKÜNNEN DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM 65 V.H. DER MEHR- ODER MINDEREINKÜNNEN BEI 281 76.	1,3	1,3	A 13,0 B 0,8
642 76-9	241	ANTEIL AN DEN AUSGABEN FÜR HEIL- UND KRANKEN- BEHANDLUNG, BADEKUREN IN VERSÖRGUNGSEIGENEN KRANKENANSTALTEN	2,0	2,0	A 4,0
646 76-5	241	ANTEIL AN DEN ERSATZLEISTUNGEN NACH §§ 19, 20 UND 22 BVG AN KRANKENKASSEN UND ANDERE ÖFFENTLICH-RECHTLICHE LEISTUNGSTRÄGER	10,0	10,0	A 160,0
656 76-2	241	ANTEIL AN DEN BEITRÄGEN ZUR PFLEGEVERSÖHERUNG	---	---	A ---
671 76-3	241	ANTEIL AN DEN AUSGABEN FÜR HEIL- UND KRANKEN- BEHANDLUNG, BADEKUREN IN VERSÖRGUNGSFREMDE EINRICHTUNGEN UND ANDERE GELDLEISTUNGEN, DIE VON DER VERSÖRGUNGSBEHÖRDE GEWÄHRT WERDEN	5,0	5,0	A 80,0
672 76-2	241	ERSTATTUNG VON BEITRÄGEN ZUR PFLEGEVERSÖHERUNG (ANTEIL DES FREISTAATES BAYERN)	---	---	A ---
681 76-1	241	ANTEIL AN DEN AUSGABEN FÜR VERSÖRGUNGSBEZÜGE AN BESCHÄDIGTE UND HINTERBLIEBENE SOWIE UNTERSTÜTZUNGEN	50,0	50,0	A 325,0 B 4,2
		SUMME DER TITELGRUPPE	70,3	70,3	A 586,0 B 5,0

Erläuterungen

Zu 10 06/75 und 76

Nach dem Ersten Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht (1. SED-UnBerG) erhalten Betroffene, die infolge der Freiheitsentziehung eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben, wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen dieser Schädigung auf Antrag Versorgung in entsprechender Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes (BVG).

Zu 10 06/75

Veranschlagt sind:

Ausgaben für die Leistungen entsprechend der Kriegsopferfürsorge (§§ 25 bis 27jBVG), für die Kostenträger das Land mit 35 v.H. und der Bund mit 65 v.H. sind.

Die Ausgaben werden zunächst in voller Höhe aus dem Landeshaushalt bestritten. Die Erstattungen des Bundes werden bei Titelgruppe 75 (Einnahmen) vereinnahmt.

Zu 10 06/76

Ausgaben für Leistungen entsprechend der Kriegsopferversorgung mit Ausnahme der Kriegsopferfürsorge, für die Kostenträger das Land mit 35 v.H. und der Bund mit 65 v.H. sind.

Die Ausgaben werden zunächst zu 100 % aus dem Bundeshaushalt bestritten (Kap. 11 10 TG 02 Tit. 681 31 bzw. 646 31), der Freistaat Bayern erstattet dem Bund 35 v.H. seiner Aufwendungen aus Titelgruppe 76 (Ausgaben) (= Verfahrensänderung gegenüber Veranschlagung 1995/1996). Veranschlagt ist der Anteil des Freistaates Bayern an den Ausgaben des Bundes.

Einnahmen sind bei Titelgruppe 76 (Einnahmen) ausgebracht.

1997 gegenüber 1996:

515,7 Tsd DM weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf und Verfahrensänderung.

10 06 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - LEISTUNGEN FÜR FOLGEN VON KRIEG UND VON POLITISCHEN EREIGNISSEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		77 LEISTUNGEN NACH DEM 2. SED-UNRECHTSBEREINIGUNGS- GESETZ IN ENTSPRECHENDER ANWENDUNG DER VORSCHRIFTEN DER KRIEGSOPFERFÜRSORGE TITEL DER TG (MIT AUSNAHME 641 77) GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.			
641 77-9	247	ANTEIL DES BUNDES AN DEN EINNAHMEN DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM 60 V.H. DER MEHR- ODER MINDEREINNAHMEN BEI 162 77, 182 77 UND 281 77.	2.4	2.4	A ---
681 77-0	247	BEIHILFEN	70.0	70.0	A ---
863 77-0	247	DARLEHEN	3.0	3.0	A ---
		SUMME DER TITELGRUPPE	75.4	75.4	A
		78 LEISTUNGEN NACH DEM 2. SED-UNRECHTSBEREINIGUNGS- GESETZ IN ENTSPRECHENDER ANWENDUNG DER VORSCHRIFTEN DER KRIEGSOPFERVERSORGUNG (OHNE KRIEGSOPFERFÜRSORGE) TITEL DER TG (MIT AUSNAHME 641 78) GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.			
636 78-5	241	ANTEIL AN DEN ERSTATTUNGEN VON VERWALTUNGSKOSTEN AN SOZIALVERSICHERUNGSTRÄGER	1.0	1.0	A ---
641 78-8	241	ANTEIL DES BUNDES AN DEN EINNAHMEN DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM 60 V.H. DER MEHR- ODER MINDEREINNAHME BEI 281 78.	0.6	0.6	A 3.0
642 78-7	241	ANTEIL AN DEN AUSGABEN FÜR HEIL- UND KRANKEN- BEHANDLUNG, BADEKUREN IN VERSORGUNGSEIGENEN KRANKENANSTALTEN	1.0	1.0	A ---
646 78-3	241	ANTEIL AN DEN ERSATZLEISTUNGEN NACH §§ 19, 20 UND 22 BVG AN KRANKENKASSEN UND ANDERE ÖFFENTLICH-RECHTLICHE LEISTUNGSTRÄGER	5.0	5.0	A ---
656 78-0	241	ANTEIL AN DEN BEITRÄGEN ZUR PFLEGEVERSICHERUNG	---	---	A ---
671 78-1	241	ANTEIL AN DEN AUSGABEN FÜR HEIL- UND KRANKEN- BEHANDLUNG, BADEKUREN IN VERSORGUNGSFREMDEN EINRICHTUNGEN UND ANDERE GELDLEISTUNGEN, DIE VON DER VERSORGUNGSBEHÖRDE GEWÄHRT WERDEN	2.5	2.5	A ---
672 78-0	241	ERSTATTUNG VON BEITRÄGEN ZUR PFLEGEVERSICHERUNG (ANTEIL DES FREISTAATES BAYERN)	---	---	A ---
681 78-9	241	ANTEIL AN DEN AUSGABEN FÜR VERSORGUNGSBEZÜGE AN BESCHÄDIGTE UND HINTERBLIEBENE SOWIE UNTERSTÜTZUNGEN	25.0	25.0	A 100.0
		SUMME DER TITELGRUPPE	35.1	35.1	A 103.0
		GESAMTAUSGABEN	63.619,8	63.459,6	A 41.622,3 B 32.580,1 C 67.537,3

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 06/77 und 78

Nach dem Zweiten Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht (2. SED-UnBerG) erhalten Betroffene, die als Folge einer rechtsstaatswidrigen Verwaltungsentscheidung eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben, wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen dieser Schädigung auf Antrag Versorgung in entsprechender Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes (BVG).

Zu 10 06/77

Veranschlagt sind:

Ausgaben für die Leistungen entsprechend der Kriegsopferfürsorge (§§ 25 bis 27j BVG), für die Kostenträger das Land mit 40 v.H. und der Bund mit 60 v.H. sind.

Die Ausgaben werden zunächst in voller Höhe aus dem Landeshaushalt bestritten. Die entsprechenden Einnahmen sind bei Titelgruppe 77 (Einnahmen) ausgebracht.

1997 gegenüber 1996:

75,4 Tsd DM mehr infolge höheren Bedarfs.

Zu 10 06/78

Ausgaben für Leistungen entsprechend der Kriegsopferversorgung mit Ausnahme der Kriegsopferfürsorge, für die Kostenträger das Land mit 40 v.H. und der Bund mit 60 v.H. sind.

Die Ausgaben werden zunächst zu 100 % aus dem Bundeshaushalt bestritten (Kap. 11 10 TG 02 Tit. 681 31 bzw.

646 31). Der Freistaat Bayern erstattet dem Bund 40 % seiner Aufwendungen aus Titelgruppe 78 (Ausgaben)

(= Verfahrensänderung gegenüber Veranschlagung 1995/1996). Veranschlagt ist der Anteil des Freistaates Bayern an den Ausgaben des Bundes.

Einnahmen sind bei Titelgruppe 78 (Einnahmen) ausgebracht.

1997 gegenüber 1996:

67,9 Tsd DM weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf und Verfahrensänderung.

10 06 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - LEISTUNGEN FÜR FOLGEN VON KRIEG UND VON POLITISCHEN EREIGNISSEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		ABSCHLUSS			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.	841,2	841,2	A 940,5 B 653,6 C 747,5
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	47.362,1	47.362,1	A 23.969,1 B 22.275,1 C 23.245,2
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN, BESONDERE FINANZIERUNGSEINNAHMEN	-	-	A C 32.759,7
		GESAMTEINNAHMEN	48.203,3	48.203,3	A 24.909,6 B 22.928,7 C 56.752,4
		PERSONALAUSGABEN	2,5	2,5	A 2,5 C 0,2
		SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	290,0	290,0	A 325,0 B 43,1 C 69,4
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	56.421,1	56.401,1	A 34.464,8 B 31.410,4 C 33.501,2
		INVESTITIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN	6.906,2	6.766,0	A 6.830,0 B 1.126,6 C 454,7
		BESONDERE FINANZIERUNGS-AUSGABEN	-	-	A C 33.511,8
		GESAMTAUSGABEN	63.619,8	63.459,6	A 41.622,3 B 32.580,1 C 67.537,3
		ZUSCHUSS	15.416,5	15.256,3	A 16.712,7 B 9.651,4 C 10.784,9

10 07 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - JUGEND-, FAMILIEN-, FRAUEN- UND ALTENHILFE

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
EINNAHMEN					
VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.					
111 01-9	238	GEBÜHREN, BEITRÄGE, TARIFLICHE UND GEBÜHRENARTIGE ENTGELTE	---	---	A --- B 3,2
119 01-1	299	EINNAHMEN AUS VERÖFFENTLICHUNGEN	---	---	A --- B 3,7
ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN					
251 01-9	238	ZUWEISUNGEN DES BUNDES ZUR FÖRDERUNG VON MASSNAHMEN DER VORBEUGENDEN JUGENDHILFE UND DES JUGENDSCHUTZES VGL. VERMERK ZU TG 76.	---	---	A ---
251 02-8	156	ZUWEISUNGEN DES BUNDES IM RAHMEN DES DEUTSCH-UNGARISCHEN KULTURABKOMMENS VGL. VERMERK ZU TG 94.	---	---	A --- B 61,3
281 11-1	299	RÜCKEINNAHMEN AUS ZUSCHÜSSEN	5.000,0	5.000,0	A 3.300,0 B 4.697,9 C 2.935,3
281 12-0	299	RÜCKZAHLUNGEN VON LANDESERZIEHUNGSGELD	1.600,0	2.500,0	A 1.600,0 B 1.234,3 C 1.429,3
281 13-9	299	RÜCKZAHLUNGEN VON FAMILIENBEIHILFEN	1.000,0	1.000,0	A 1.000,0 B 805,7 C 584,8
TITELGRUPPEN					
80 DARLEHEN "JUNGE FAMILIE"					
182 80-7	232	EINNAHMEN AUS DER AUFLÖSUNG DES KREDITSICHERUNGSFONDS FÜR DAS DARLEHEN "JUNGE FAMILIE"	***	***	A 12.800,0
SUMME DER TITELGRUPPE			-	-	A 12.800,0
GESAMTEINNAHMEN			7.600,0	8.500,0	A 18.700,0 B 6.806,1 C 4.949,4
AUSGABEN					
PERSONALAUSGABEN					
412 01-5	011	VERGÜTUNGEN FÜR DIE MITGLIEDER DES LANDESBEIRATS FÜR FAMILIENFRAGEN	6,5	6,5	A 6,5 B 3,6 C 1,7

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 07

Das Kapitel umfaßt die Aufwendungen für die Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe.

Zu 10 07/111 01

Leertitel für die Vereinnahmung von Gebühren usw.

Zu 10 07/119 01

Leertitel für die Vereinnahmung von Schutzgebühren usw.

Zu 10 07/251 01

Leertitel für die Vereinnahmung etwaiger Bundeszuweisungen für Maßnahmen der vorbeugenden Jugendhilfe und des Jugendschutzes.

Zu 10 07/251 02

Vgl. Erläuterung zu Titelgruppe 94.

Zu 10 07/281 11

Veranschlagt sind die Rückflüsse aus nicht zweckentsprechend verwendeten Zuschüssen.

1997 gegenüber 1996:

1 700,0 Tsd DM mehr nach den voraussichtlichen Rückflüssen.

Zu 10 07/281 12

Veranschlagt sind zurückzuzahlende Leistungen.

1998 gegenüber 1997:

900,0 Tsd DM mehr infolge Verlängerung des Landeserziehungsgeldes.

Zu 10 07/281 13

Veranschlagt sind die zurückzuzahlenden Familienbeihilfen.

Zu 10 07/182 80

1997 gegenüber 1996:

12 800,0 Tsd DM weniger infolge einmaliger Einnahme 1996.

Zu 10 07/412 01

Aufwandsentschädigungen einschl. Fahrtkosten für die Mitglieder des Landesbeirats für Familienfragen und für die Mitglieder der ständigen Fachausschüsse dieses Gremiums.

10 07 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - JUGEND-, FAMILIEN-, FRAUEN- UND ALTENHILFE

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		SÄCHLICHE VERWALTUNGSAusGABEN			
536 01-6	011	KOSTEN DES LANDESENIOREN-RATES IN BAYERN	3,0	3,0	A 3,0 B 1,1 C 0,4
536 02-5	011	ARBEITSTAGUNGEN FÜR DAS PERSONAL DER HEIMAUFSICHTS- UND JUGENDHILFEBEHÖRDEN SOWIE DER SOZIALHILFE- VERWALTUNGEN	10,0	10,0	A 10,0 B 6,6 C 4,2
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AusNAHME FÜR INVESTITIONEN			
684 01-6	239	ZUSCHÜSSE ZU ARBEITSTAGUNGEN DER ÖFFENTLICHEN UND FREIEN JUGENDHILFE	10,0	10,0	A 10,0 B 8,8 C 3,5
684 02-5	126	FÖRDERUNG DER FORTBILDUNG UNGARISCHER ERZIEHERINNEN DEUTSCHER MUTTERSPRACHE	25,0	---	A 25,0 B 17,9
685 01-5	299	ZUSCHUSS AN DAS DEUTSCHE JUGENDINSTITUT	455,0	465,0	A 431,0 B 372,4
		TITELGRUPPEN			
		71 LANDESPLAN FÜR ALTENHILFE DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.			
526 71-3	236	KOSTEN VON UNTERSUCHUNGEN U. DGL. ZU 526 71 MIT 684 71: GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. VERPFLICHTUNGSErmÄCHT. 1997 TSD. DM 50,0 VERPFLICHTUNGSErmÄCHT. 1998 TSD. DM 50,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	80,0	80,0	A 120,0 B 22,6 C 11,5
531 71-6	236	ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND DOKUMENTATION VGL. VERMERK ZU 526 71.	65,0	65,0	A 53,5 B 7,3 C 48,8
536 71-1	236	KOSTEN VON FACHTAGUNGEN UND PROJEKTBEGLEITUNG VGL. VERMERK ZU 526 71. VERPFLICHTUNGSErmÄCHT. 1997 TSD. DM 50,0 VERPFLICHTUNGSErmÄCHT. 1998 TSD. DM 50,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	65,0	65,0	A 60,0 B 72,9 C 15,3
653 71-8	236	SONSTIGE ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE VGL. VERMERK ZU 526 71. VERPFLICHTUNGSErmÄCHT. 1997 TSD. DM 100,0 VERPFLICHTUNGSErmÄCHT. 1998 TSD. DM 100,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	160,0	160,0	A 210,0 B 58,9 C 30,7
684 71-1	236	ZUSCHÜSSE AN SONSTIGE VGL. VERMERK ZU 526 71 UND ZU 853 71. ZU 684 71, 883 71 UND 893 71: GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG BIS ZU JÄHRLICH 1 MIO DM. VERPFLICHTUNGSErmÄCHT. 1997 TSD. DM 300,0 VERPFLICHTUNGSErmÄCHT. 1998 TSD. DM 300,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	805,0	830,0	A 3.025,0 B 3.097,5 C 3.403,8

Erläuterungen

Zu 10 07/536 01

Der Landesseniorenrat berät das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit in allen die Altenhilfe betreffenden Fragen. Aus dem Ansatz werden insbesondere die Kosten der Entschädigung der Mitglieder und Sachverständigen, Referenten honorare, Kosten für die Beschaffung von Informationsmaterial und Arbeitsunterlagen, Besichtigungsfahrten sowie Fahrten von Mitgliedern des Landesseniorenrates und die Kosten für die Nutzung eines Tagungsgebäudes finanziert.

Zu 10 07/536 02

Aus dem Ansatz werden Aufwendungen zur Durchführung von Arbeitstagen, die das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit veranstaltet, bestritten. Diese Arbeitstagen dienen der regelmäßigen Information des in der Heimaufsicht nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz und dem Heimgesetz eingesetzten Personals sowie des Personals der Jugendhilfebehörden und der Sozialhilfeverwaltungen über aktuelle und wichtige Themen der Jugend-, Alten- und Sozialhilfe.

Zu 10 07/684 01

Die Arbeitstagen sind erforderlich, um den Informationsfluß zwischen den Trägern der öffentlichen und freien Jugendhilfe sicherzustellen und deren Arbeit zu fördern. Der Freistaat Bayern beteiligt sich mit Zuschüssen an diesen Arbeitstagen.

Zu 10 07/684 02

Mit den Mitteln werden Fortbildungsmaßnahmen für ungarische Erzieherinnen deutscher Muttersprache gefördert. Ziel der Förderung ist es, die Deutschkenntnisse der ungarischen Erzieherinnen zu vertiefen und mit der pädagogischen Arbeit in Bayern vertraut zu machen.

1998 gegenüber 1997:

25,0 Tsd DM weniger infolge Einstellung der Förderung.

Zu 10 07/685 01

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die institutionelle Förderung des Deutschen Jugendinstituts e.V. in München.

Zu 10 07/71

Der Landesplan für Altenhilfe soll dazu beitragen, unter Betonung präventiver und rehabilitativer Aspekte und der weitgehend möglichen Selbstbestimmung der älteren Menschen tragfähige Systeme von Altenarbeit sowie von offenen, teilstationären und stationären Hilfen aufzubauen bzw. weiterzuentwickeln. Dazu zählen u.a. wissenschaftliche Vertiefung, modellhafte Erprobungen und eine Fortentwicklung kommunaler Altenpolitik.

Pflegeeinrichtungen werden nach dem Ausführungsgesetz zum Pflegeversicherungsgesetz (AGPflegeVG) vom 07.04.95 (GVBl. S. 153) und der Rechtsverordnung dazu (AVPflegeVG vom 19.12.95 (GVBl. S. 884) vom Freistaat nach Maßgabe der veranschlagten Haushaltsmittel sowie einer mindestens gleich hohen Kommunalbeteiligung gefördert.

1997 gegenüber 1996:

18 000,0 Tsd DM weniger aufgrund finanzwirtschaftlicher Erfordernisse.

1998 gegenüber 1997:

5 000,0 Tsd DM mehr insbesondere zur Ausweitung der Förderung von Modernisierungsmaßnahmen in teil- und vollstationären Altenpflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Kurzzeitpflege sowie zur Schaffung zusätzlicher Plätze in Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen.

Zu 10 07/526 71 (und 531 71 bis 684 71)

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Offene Altenhilfe	250,0	250,0
Daneben sind an Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht:		
1997: 100,0 Tsd DM		
1998: 100,0 Tsd DM		
2. Übergreifende Maßnahmen		
a) stationäre Altenhilfe	75,0	75,0
b) offene Altenhilfe	850,0	875,0
Daneben sind an Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht:		
1997: 400,0 Tsd DM		
1998: 400,0 Tsd DM		
Zusammen	1 175,0	1 200,0

10 07 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - JUGEND-, FAMILIEN-, FRAUEN- UND ALTENHILFE

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
853 71-6	235	DARLEHEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE EINSEITIG DECKUNGSFÄHIG ZU LASTEN 684 71. ZU 853 71 MIT 893 71: GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 10.000,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 9.000,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	17.500,0	13.500,0	A 23.725,0 B 12.074,3 C 8.597,5
861 71-6 -----	235	DARLEHEN AN ÖFFENTLICHE UNTERNEHMEN VGL. VERMERK ZU 853 71. VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 500,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 1.500,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	750,0	3.000,0	A
862 71-5 -----	236	DARLEHEN AN PRIVATE UNTERNEHMEN VGL. VERMERK ZU 853 71. VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 500,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 1.500,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	750,0	3.000,0	A
863 71-4	236	DARLEHEN AN SONSTIGE IM INLAND VGL. VERMERK ZU 853 71. VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 10.000,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 9.000,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	14.500,0	14.000,0	A 19.900,0 B 21.946,9 C 26.588,5

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 07/853 71 bis 893 71

Die Förderung von Pflegeeinrichtungen im Bereich der Altenpflege - AGPflegeVG vom 07.04.1995 und der Rechtsverordnung zum AVPflegeVG.

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
Zu 10 07/853 71 bis 863 71		
Neu- und Umbauten von vollstationären		
Altenpflegeeinrichtungen	33 500,0	33 500,0
Daneben sind an Verpflichtungsermächtigungen		
ausgebracht:		
1997: 21 000,0 Tsd DM		
1998: 21 000,0 Tsd DM		

10 07 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - JUGEND-, FAMILIEN-, FRAUEN- UND ALTENHILFE

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
883 71-0	235	ZUWEISUNGEN FÜR INVESTITIONEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE KREDITFINANZIERT. VGL. VERMERK ZU 684 71 UND 853 71. VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 1.500,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 2.000,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	4.000,0	5.000,0	A 7.000,0 B 7.588,2 C 12.398,6
891 71-0 -----	235	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN ÖFFENTLICHE UNTERNEHMEN VGL. VERMERK ZU 853 71. VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 500,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 750,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	1.750,0	2.250,0	A
892 71-9 -----	236	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN PRIVATE UNTERNEHMEN VGL. VERMERK ZU 853 71. VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 500,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 750,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	1.750,0	2.250,0	A
893 71-8	236	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN SONSTIGE VGL. VERMERK ZU 684 71 UND 853 71. VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 2.000,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 3.500,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	9.825,0	12.800,0	A 15.906,5 B 17.218,1 C 19.213,7
SUMME DER TITELGRUPPE			52.000,0	57.000,0	A 70.000,0 B 62.086,7 C 70.308,4

Erläuterungen

Zu 10 07/883 71 bis 893 71

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Modernisierung von teil- und vollstationären Altenpflegeeinrichtungen sowie Einrichtungen der Kurzzeitpflege für ältere Menschen	9 000,0	11 500,0
Daneben sind an Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht: 1997: 3 000,0 Tsd DM 1998: 4 500,0 Tsd DM		
2. Modernisierung von Altenheimen	-	-
3. Modelle in der stationären Altenhilfe	75,0	75,0
4. Kurzzeitpflegeeinrichtungen für ältere Menschen (Neu- und Umbau, Ausstattung und Miete)	4 200,0	5 600,0
Daneben sind an Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht: 1997: 750,0 Tsd DM 1998: 1 250,0 Tsd DM		
5. Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen für ältere Menschen (Neu- und Umbau, Ausstattung und Miete)	2 100,0	3 100,0
Daneben sind an Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht: 1997: 750,0 Tsd DM 1998: 1 250,0 Tsd DM		
6. a) Altenservicezentren	1 625,0	1 675,0
b) Altentagesstätten	325,0	350,0
Zusammen	17 325,0	22 300,0

Zusammenfassung:

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Neu- und Umbauten von vollstationären Altenpflegeeinrichtungen	33 500,0	33 500,0
Verpflichtungsermächtigungen	21 000,0	21 000,0

Daneben sind Komplementärmittel des Sozialen Wohnungsbaus im Einzelplan 03 B der Obersten Baubehörde veranschlagt.

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
2. Modernisierung von teil- und vollstationären Altenpflegeeinrichtungen sowie Einrichtungen der Kurzzeitpflege für ältere Menschen	9 000,0	11 500,0
Verpflichtungsermächtigungen	3 000,0	4 500,0
3. Modernisierung von Altenheimen	-	-
4. Modelle in der stationären Altenhilfe	75,0	75,0
5. Kurzzeitpflegeeinrichtungen für ältere Menschen (Neu- und Umbau, Ausstattung und Miete)	4 200,0	5 600,0
Verpflichtungsermächtigungen	750,0	1 250,0
6. Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen für ältere Menschen (Neu- und Umbau, Ausstattung und Miete)	2 100,0	3 100,0
Verpflichtungsermächtigungen	750,0	1 250,0
7. a) Altenservicezentren	1 625,0	1 675,0
b) Altentagesstätten	325,0	350,0
8. Offene Altenhilfe	250,0	250,0
Verpflichtungsermächtigungen	100,0	100,0
9. Übergreifende Maßnahmen		
a) in der stationären Altenhilfe	75,0	75,0
b) in der offenen Altenhilfe	850,0	875,0
Verpflichtungsermächtigungen	400,0	400,0
Zusammen	52 000,0	57 000,0
Verpflichtungsermächtigungen insgesamt	26 000,0	28 500,0

10 07 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - JUGEND-, FAMILIEN-, FRAUEN- UND ALTENHILFE

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		72 FÖRDERUNG VON SOZIALEN DIENSTEN IM BAYERISCHEN NETZWERK PFLEGE TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.			
526 72-2 -----	236	KOSTEN VON UNTERSUCHUNGEN U. DGL. VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 400,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 400,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	400,0	400,0	A
531 72-5	236	ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND DOKUMENTATION VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 100,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 100,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	300,0	300,0	A 300,0 B 435,3 C 250,3
536 72-0	236	KOSTEN VON FACHTAGUNGEN UND PROJEKTBEGLEITUNG	400,0	400,0	A 1.700,0 B 142,1 C 100,1
653 72-7 -----	236	SONSTIGE ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 300,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 300,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	500,0	500,0	A
683 72-1 -----	236	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE AN PRIVATE UNTERNEHMEN VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 200,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 200,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	400,0	400,0	A
684 72-0	236	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE AN SOZIALE ODER ÄHNLICHE EINRICHTUNGEN VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 1.000,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 1.000,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	8.000,0	8.000,0	A 13.000,0 B 21.391,5 C 24.990,9
		SUMME DER TITELGRUPPE	10.000,0	10.000,0	A 15.000,0 B 21.968,9 C 25.341,3
		73 FÖRDERUNG VON MASSNAHMEN UND EINRICHTUNGEN FÜR DIE FAMILIE TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.			
526 73-1	299	KOSTEN VON UNTERSUCHUNGEN U. DGL.	200,0	200,0	A 200,0 B 294,4 C 320,7
531 73-4	299	ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND DOKUMENTATION	1.005,0	1.005,0	A 1.700,0 B 769,4 C 944,6
540 73-3	299	VERANSTALTUNGSKOSTEN	---	---	A 265,0
653 73-6	299	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GV	---	---	A ---
684 73-9	299	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE AN SOZIALE ODER ÄHNLICHE EINRICHTUNGEN	4.600,0	4.600,0	A 4.600,0 B 2.903,1 C 2.875,1

Erläuterungen

Zu 10 07/72

Eine Aufgabe der Alten- und Familienpolitik ist die Stärkung, Weiterentwicklung und regionale Ergänzung der ambulanten sozialpflegerischen Dienste im "Bayerischen Netzwerk Pflege". Sie umfaßt u.a. den bedarfsgerechten Ausbau von miteinander verzahnten ganzheitlichen Hilfen der häuslichen Pflege insbesondere für ältere Menschen und in der Familie. Die Mittel dienen auch der ergänzenden Sicherung von Betreuungs- und Pflegeangeboten, die gesetzlich nicht refinanziert werden können, aber von besonderer Bedeutung und erheblichem landespolitischen Interesse sind (Bayerischer Weg).

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
Stärkung der ambulanten Pflege in Bayern		
- Arbeit mit und für pflegende Angehörige	800,0	800,0
- Familienpflege	4 000,0	4 000,0
- sonstige Maßnahmen	3 000,0	3 000,0
Weiterentwicklung der ambulanten Pflege in Bayern		
- neue Pflegeangebote, Modelle, Untersuchungen . . .	1 200,0	1 200,0
- qualifikatorische Maßnahmen	1 000,0	1 000,0
Zusammen	10 000,0	10 000,0
Verpflichtungsermächtigungen	2 000,0	2 000,0

1997 gegenüber 1996:

5 000,0 Tsd DM weniger aufgrund finanzwirtschaftlicher Erfordernisse.

Zu 10 07/73

Nach Art. 6 Abs. 1 GG und Art. 124 ff BV stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Staates. Dieser verfassungsrechtlich garantierte Schutz wird durch die Veranschlagung von Mitteln zur Förderung von geeigneten Maßnahmen und Einrichtungen konkretisiert (vgl. Bayerisches Familienprogramm).

Zu 10 07/526 73

Mit den veranschlagten Mitteln werden Forschungsaufträge an Universitäten finanziert.

Zu 10 07/531 73

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Veröffentlichung familienpolitischer Untersuchungen	100,0	100,0
2. Aufklärungsaktion für die Familie	905,0	905,0
Zusammen	1 005,0	1 005,0

1997 gegenüber 1996:

695,0 Tsd DM weniger aufgrund finanzwirtschaftlicher Erfordernisse.

Zu 10 07/684 73

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Zuschüsse zu Maßnahmen der Familienerholung		
a) in Familienferienstätten und ähnlichen		
Einrichtungen	2 250,0	2 250,0
b) auf Bauernhöfen	1 400,0	1 400,0
2. Zuschüsse für Müttergenesungs- bzw.		
Mutter/Kind-Kuren	950,0	950,0
Zusammen	4 600,0	4 600,0

10 07 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - JUGEND-, FAMILIEN-, FRAUEN- UND ALTENHILFE

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
685 73-8	299	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE AN SONSTIGE VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 150,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 150,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	4.095,0	4.095,0	A 4.635,0 B 4.271,9 C 3.785,7
893 73-6	299	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN SONSTIGE VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 800,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 800,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	1.100,0	1.100,0	A 1.500,0 B 950,0 C 2.766,5
		SUMME DER TITELGRUPPE	11.000,0	11.000,0	A 12.900,0 B 9.188,8 C 10.692,6

Erläuterungen

Zu 10 07/685 73

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Zuschüsse für die Öffentlichkeitsarbeit der Familienorganisationen und deren Aufgaben	150,0	150,0
2. Landesaktion "Grün für unsere Kinder"	-	-
3. Maßnahmen zur Familienforschung	50,0	50,0
Daneben sind an Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht: 1997: 50,0 Tsd DM 1998: 50,0 Tsd DM		
4. Maßnahmen der Familienbildung und Familienfreizeit	575,0	575,0
5. Familienpolitische Modellmaßnahmen, u.a. zur Förderung der Tagespflege	290,0	290,0
Daneben sind an Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht: 1997: 100,0 Tsd DM 1998: 100,0 Tsd DM		
6. Zuschüsse für Ehe- und Familienberatung sowie familienbezogene Beratung von Gemeinwesenarbeit .	2 860,0	2 860,0
7. Maßnahmen für Alleinerziehende	170,0	170,0
Zusammen	4 095,0	4 095,0

1997 gegenüber 1996:

540,0 Tsd DM weniger aufgrund finanzwirtschaftlicher Erfordernisse.

Zu 10 07/893 73

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Zuschüsse zur Verbesserung von Familienferienstätten	550,0	550,0
Daneben sind an Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht: 1997: 400,0 Tsd DM 1998: 400,0 Tsd DM		
2. Zuschüsse zur Verbesserung von Müttergenesungsheimen	550,0	550,0
Daneben sind an Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht: 1997: 400,0 Tsd DM 1998: 400,0 Tsd DM		
Zusammen	1 100,0	1 100,0

1997 gegenüber 1996:

400,0 Tsd DM weniger aufgrund finanzwirtschaftlicher Erfordernisse.

10 07 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - JUGEND-, FAMILIEN-, FRAUEN- UND ALTENHILFE

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		74 FÖRDERUNG VON MASSNAHMEN UND EINRICHTUNGEN DER JUGENDHILFE TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG MIT TG 76. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.			
526 74-0	238	KOSTEN VON UNTERSUCHUNGEN U. DGL.	---	---	A --- B 105,5
531 74-3	238	VERÖFFENTLICHUNGEN UND INFORMATIONSMATERIAL	30,0	30,0	A 27,0 B 15,8 C 32,8
536 74-8	238	KOSTEN VON FACH- UND ARBEITSTAGUNGEN, ZUSATZAUSBILDUNGEN UND ÜBERREGIONALEN ANGEBOTEN	250,0	250,0	A 203,0 B 105,5 C 163,7
547 74-5 -----	238	KOSTEN DER DURCHFÜHRUNG VON MODELLVORHABEN ZUR WEITERENTWICKLUNG DER JUGENDHILFE	---	---	A
653 74-5	238	SONSTIGE ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GV	2.620,0	2.620,0	A 3.000,0 B 3.061,2 C 3.086,2
684 74-8	239	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE AN SOZIALE ODER ÄHNLICHE EINRICHTUNGEN	28.300,0	28.300,0	A 26.970,0 B 22.277,7 C 22.295,7
685 74-7	239	SONSTIGE ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE IM INLAND	---	---	A --- C 8,9

Erläuterungen

Zu 10 07/74

Die Empfänger der Zuwendungen sind Träger der öffentlichen Jugendhilfe und anerkannte Träger der freien Jugendhilfe sowie Fachorganisationen und Institute, deren Arbeitsbereich die Jugendhilfe ist. Die freien Träger der Jugendhilfe übernehmen Aufgaben, die sonst der Staat, die Gemeinden und die Gemeindeverbände erfüllen müßten. Das zum 1.1.1991 in Kraft getretene Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG, SGB VIII) erweitert und differenziert das Leistungsangebot und die Aufgabenstellungen gegenüber dem bisherigen Jugendwohlfahrtsgesetz in hohem Maße. Es stellt familienunterstützende, -beratende und krisenbekämpfende Hilfen ebenso in den Mittelpunkt wie Hilfen zur Förderung und Stärkung der Erziehungsfähigkeit der Familie. Insbesondere im Hinblick auf diesen stark familienorientierten Ansatz dienen die staatlichen Fördermittel zur Fortentwicklung und Umgestaltung der Jugendhilfe im Sinne des Gesetzes, aber auch zur Verbesserung vorhandener und zur Errichtung neuer Jugendhilfeeinrichtungen und -maßnahmen.

Die Zuwendungsmittel dienen außerdem der Erfüllung der der Obersten Landesjugendbehörde gesetzlich zugewiesenen Aufgabenstellung (§ 82 SGB VIII). Sie hat die Tätigkeit der Jugendhilfeträger und die Weiterentwicklung der Jugendhilfe anzuregen und zu fördern sowie auf einen gleichmäßigen Ausbau der Einrichtungen und Angebote hinzuwirken.

Unabhängig von dieser bundesgesetzlich verankerten Aufgabe sind die Mittel auch zur Umsetzung des Jugendprogramms der Bayerischen Staatsregierung erforderlich. Der Strukturwandel weg vom Sozialleistungskonsum hin zu Eigeninitiative, Selbsthilfe und Mitverantwortung erhält hier ebenso Vorrang wie die Notwendigkeit von Vernetzung und interdisziplinärer Zusammenarbeit.

Zur Förderung der Jugendarbeit sind Ausgaben im Einzelplan des Staatministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst veranschlagt; vgl. Kap. 05 04 Titelgruppe 89 und die Erläuterungen hierzu.

Die Ansätze des Einzelplans 10 für jugendpolitische Maßnahmen sind im Anschluß an die Erläuterungen zu 10 07/74 zusammenfassend dargestellt.

1997 gegenüber 1996:

2 000,0 Tsd DM mehr zur Umsetzung des Jugendprogramms der Staatsregierung.

Zu 10 07/526 74 (und 531 74 bis 685 74)

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
Zuschüsse zur Förderung und Fortentwicklung der Jugendhilfe -Erziehungshilfe-		
1. Jugendsozialarbeit	9 700,0	9 700,0
2. Förderung der Erziehung in der Familie	15 200,0	15 200,0
3. Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	600,0	600,0
4. Hilfe zur Erziehung; Hilfe für junge Volljährige	800,0	800,0
5. Gemeinwesenorientierte Ansätze in der Jugendhilfe, u.a. Mütterzentren	2 500,0	2 500,0
6. Übergreifende Maßnahmen, u.a. Fortbildung im Rahmen der Tagespflege	1 900,0	1 900,0
7. Neue Aufgabenstellungen in der Jugendhilfe	500,0	500,0
Zusammen	31 200,0	31 200,0

10 07 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - JUGEND-, FAMILIEN-, FRAUEN- UND ALTENHILFE

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
863 74-1	239	DARLEHEN AN SONSTIGE IM INLAND	---	---	A ---
883 74-7	238	ZUWEISUNGEN FÜR INVESTITIONEN AN GEMEINDEN UND GV	1.000,0	1.000,0	A 800,0 C 3.257,4
893 74-5	239	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN SONSTIGE KREDITFINANZIERT. VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 4.500,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 4.500,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	9.000,0	9.000,0	A 8.200,0 B 7.572,8 C 11.995,4
SUMME DER TITELGRUPPE			41.200,0	41.200,0	A 39.200,0 B 33.138,5 C 40.840,1
75 FÖRDERUNG VON GLEICHSTELLUNGS- UND FRAUEN- POLITISCHEN MASSNAHMEN TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG MIT AUSNAHME VON 536 75. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.					
526 75-9	299	KOSTEN VON UNTERSUCHUNGEN U. DGL.	30,0	30,0	A 30,0 B 66,2 C 37,1
531 75-2	299	ÖFFENTLICHKEITSARBEIT, AUFKLÄRUNGSMASSNAHMEN, DRUCKKOSTEN DER PUBLIKATIONSMITTEL	100,0	100,0	A 100,0 B 136,9 C 16,1
536 75-7	299	KOSTEN DES BAYERISCHEN LANDESFRAUENAUSSCHUSSES	45,0	45,0	A 45,0 B 31,9
540 75-1	299	VERANSTALTUNGSKOSTEN	195,0	195,0	A 195,0 B 126,7 C 295,8
684 75-7	299	ZUSCHÜSSE AN SOZIALE ODER ÄHNLICHE EINRICHTUNGEN	---	---	A ---
685 75-6	299	ZUSCHÜSSE AN SONSTIGE	780,0	780,0	A 780,0 B 287,3 C 109,8
SUMME DER TITELGRUPPE			1.150,0	1.150,0	A 1.150,0 B 649,0 C 458,8

Erläuterungen

Zu 10 07/863 74 (883 74 und 893 74)

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Zuschüsse zur Errichtung, Erweiterung und Verbesserung von Heimen, Tagesstätten und Verbundeinrichtungen der Jugendhilfe	7 000,0	7 000,0
2. Zuschüsse zur Errichtung, Erweiterung und Verbesserung von Jugendwohnheimen	2 000,0	2 000,0
3. Neue Aufgabenstellungen in der Jugendhilfe	1 000,0	1 000,0
Zusammen	10 000,0	10 000,0

Verpflichtungsermächtigung 1997 und 1998:

Für die rechtzeitige Bewilligung der Zuwendungen für die Investitionsförderungsmaßnahmen.

Überblick über die Ansätze des Einzelplans 10 für jugendpolitische Maßnahmen

Maßnahmen (Haushaltsstelle)	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz einschl. statistische Auswertungen (Kap. 10 03 Titel 536 01 und 981 01)	5 150,0	5 100,0
2. Internatsunterbringung benachteiligter Jugendlicher (Kap. 10 05 Titel 681 02)	120,0	120,0
3. Bayerisches Jugendwerk (Kap. 10 05 TG 71 und 72)	1 700,0	1 700,0
4. Freiwilliges soziales Jahr (Kap. 10 05 Titel 684 73)	900,0	950,0
5. Früherkennung und Frühförderung behinderter Kinder (Kap. 10 05 TG 78 z.T.)	600,0	600,0
6. Hilfen für ausländische Kinder und Jugendliche (Kap. 10 05 TG 79 z.T.)	2 000,0	2 000,0
7. Maßnahmen und Einrichtungen für die Jugend (Kap. 10 07 TG 74)	41 200,0	41 200,0
8. Jugendschutz, Hilfen in besonderen Lebenssituationen (Kap. 10 07 TG 76)	2 800,0	2 800,0
9. Innovative Formen der Kinderbetreuung im "Netz für Kinder" (Kap. 10 07 TG 78)	7 500,0	7 500,0
10. Heime und ähnliche Einrichtungen nach dem Sonderschulgesetz (Kap. 10 07 TG 79)	5 400,0	5 400,0
11. Kinder- und Jugendberufshilfen (Kap. 10 60 Titel 684 01)	1 500,0	1 500,0
Zusammen	68 870,0	68 870,0

Darüber hinaus sind im Einzelplan 10 weitere Mittel für jugendpolitische Maßnahmen wie für Berufsbildung in der Städtischen Hauswirtschaft, Jugendwohlfahrts- und sonstige Ausschüsse, Bayerisches Landesjugendamt usw. veranschlagt.

Zu 10 07/75 (mit Ausnahme von 536 75)

Aus dem Ansatz werden insbesondere folgende Maßnahmen gefördert:

- Modell- und Initiativmaßnahmen zur Umsetzung der im Programm "Politik für Frauen in Bayern" vorgesehenen Vorhaben,
- Untersuchungen, Gutachten, Forschungsvorhaben zur weiteren Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern,
- Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen,
- Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen im Beruf,
- Vorwiegend modellhafte Maßnahmen zur Neuorientierung nach der Familienphase und zur Förderung des Wiedereinstiegs in den Beruf,
- Modellprojekte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Zu 10 07/536 75

Der Bayerische Landesfrauenausschuß berät die Staatsregierung und insbesondere deren Frauenbeauftragte. Der Ausschuß arbeitet im parlamentarischen Stil in Sitzungen. Aus dem Ansatz werden deshalb vor allem die Kosten der Entschädigung der Delegierten anlässlich der Sitzungen finanziert. Des weiteren werden Kosten für Sachverständige, Referenten, die Beschaffung von Informationsmaterial und Arbeitsunterlagen übernommen.

10 07 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - JUGEND-, FAMILIEN-, FRAUEN- UND ALTENHILFE

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		76 FÖRDERUNG DES ERZIEHERISCHEN UND GESETZLICHEN JUGENDSCHUTZES SOWIE UMSETZUNG DES AKTIONSPROGRAMMS GEGEN GEWALT TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG MIT TG 74. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR. DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT SICH UM DIE ISTEINNAHME BEI 251 01.			
526 76-8	238	KOSTEN VON UNTERSUCHUNGEN U. DGL.	50,0	50,0	A ---
531 76-1	238	DRUCKKOSTEN DER PUBLIKATIONSMITTEL	30,0	30,0	A 27,0 B 1,1 C 36,8
653 76-3	238	SONSTIGE ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GV	400,0	400,0	A 200,0
671 76-1	238	ERSTATTUNG VON KOSTEN DES GESETZLICHEN JUGEND-MEDIENSCHUTZES	---	---	A ---
684 76-6	239	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE AN SOZIALE ODER ÄHNLICHE EINRICHTUNGEN	2.320,0	2.320,0	A 1.573,0 B 1.310,2 C 1.320,0
883 76-5	238	ZUWEISUNGEN FÜR INVESTITIONEN AN GEMEINDEN UND GV	---	---	A ---
893 76-3	239	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTIONEN AN SONSTIGE	---	---	A ---
		SUMME DER TITELGRUPPE	2.800,0	2.800,0	A 1.800,0 B 1.311,3 C 1.356,8
		77 FÖRDERUNG STAATLICH ANERKANNTER SCHWANGEREN-BERATUNGSSTELLEN NACH ART. 14 SCHWBERG TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.			
653 77-2	232	SONSTIGE ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE	500,0	550,0	A 500,0 B 432,3 C 394,2
684 77-5	232	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE AN SOZIALE ODER ÄHNLICHE EINRICHTUNGEN	8.300,0	8.450,0	A 9.100,0 B 6.879,5 C 6.334,8
		SUMME DER TITELGRUPPE	8.800,0	9.000,0	A 9.600,0 B 7.311,8 C 6.729,0

Erläuterungen

Zu 10 07/526 76 (und 531 76 bis 684 76)

Zuschüsse zur Förderung und Fortentwicklung des erzieherischen und gesetzlichen Jugendschutzes und zur Umsetzung des Aktionsprogramms gegen Gewalt.

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Erzieherischer und gesetzlicher Jugendschutz . . .	1 000,0	1 000,0
2. Umsetzung von Schwerpunkten des Aktionsprogramms gegen Gewalt	1 800,0	1 800,0
Zusammen	2 800,0	2 800,0

1997 gegenüber 1996:

1 000,0 Tsd DM mehr zur Umsetzung des Jugendprogramms der Staatsregierung.

Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Bayern e.V.**Übersicht über den (vorläufigen) Wirtschaftsplan**

	Betrag für 1997 Tsd DM	Betrag für 1998 Tsd DM	Betrag für 1996 Tsd DM	Istergebnis 1995 Tsd DM
Ausgaben				
1. Personalausgaben	517,6	533,2	471,0	494,3
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	345,0	348,5	310,8	408,0
3. Schuldendienst	-	-	-	-
4. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) . . .	-	-	-	-
5. Ausgaben für Investitionen	-	-	-	-
6. Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-	-
Zusammen	862,6	881,7	781,8	902,3
Einnahmen				
1. Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	132,5	132,5	69,0	186,7
2. Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber a) vom Bund	-	-	-	-
b) Bundesamt für Zivildienst	7,0	7,0	7,0	7,2
3. Zuwendungen des Landes	723,1	742,2	705,8	708,4
Zusammen	862,6	881,7	781,8	902,3

Höhere Zuwendungen des Landes infolge Kostensteigerungen.

Stellenplan

	Soll 1997	Zahl der Stellen Soll 1998	Soll 1996
Angestellte			
VergGr. III	2 +)	2 +)	2 +)
VergGr. IV a	1++)	1++)	1++)
VergGr. V b	1	1	1
VergGr. V c	1	1	1
Zusammen	5	5	5

+) davon 1 Stelle im Bewährungsaufstieg
in VergGr II a

++) im Bewährungsaufstieg in VergGr III

Zu 10 07/77

Nach Art. 14 des Gesetzes über die soziale Beratung schwangerer Frauen (SchwBerG) vom 5. August 1977 (GVBl S. 401), geändert durch Gesetz vom 10. August 1982 (GVBl S. 691), übernimmt der Freistaat Bayern 50 v.H. der Gesamtkosten der anerkannten Schwangerenberatungsstellen mit festgelegtem Einzugsbereich. Die Landkreise und kreisfreien Städte tragen 30 v.H. der Gesamtkosten.

1997 gegenüber 1996:

800,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an die Istentwicklung.

1998 gegenüber 1997:

200,0 Tsd DM mehr infolge steigender Personalkosten.

10 07 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - JUGEND-, FAMILIEN-, FRAUEN- UND ALTENHILFE

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		78 FÖRDERUNG VON INNOVATIVEN FORMEN DER KINDER- BETREUUNG IM "NETZ FÜR KINDER" TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.			
526 78-6	238	KOSTEN VON UNTERSUCHUNGEN U. DGL.	170,0	170,0	A 170,0
531 78-9	238	VERÖFFENTLICHUNGEN UND INFORMATIONSMATERIAL	30,0	30,0	A 30,0 B 37,3
536 78-4	238	KOSTEN VON FACH- UND ARBEITSTAGUNGEN, ZUSATZAUSBIL- DUNGEN UND ÜBERREGIONALEN ANGEBOTEN	100,0	100,0	A 100,0 B 70,4
653 78-1	238	SONSTIGE ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GV	700,0	700,0	A 700,0 B 21,7
684 78-4	239	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE AN SOZIALE UND ÄHNLICHE EINRICHTUNGEN	6.500,0	6.500,0	A 6.500,0 B 1.834,4
685 78-3	239	SONSTIGE ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE IM INLAND	---	---	A ---
		SUMME DER TITELGRUPPE	7.500,0	7.500,0	A 7.500,0 B 1.963,8
		79 FÖRDERUNG VON HEIMEN UND ÄHNLICHEN EINRICHTUNGEN NACH ART. 24 BAYER. SCHULFINANZIERUNGSGESETZ TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.			
883 79-2	299	ZUWEISUNGEN FÜR INVESTITIONEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE KREDITFINANZIERT.	1.000,0	1.000,0	A 1.000,0 B 110,0 C 568,1
893 79-0	299	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN SONSTIGE KREDITFINANZIERT. VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 3.500,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 3.500,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	4.400,0	4.400,0	A 7.000,0 B 5.630,1 C 7.094,0
		SUMME DER TITELGRUPPE	5.400,0	5.400,0	A 8.000,0 B 5.740,1 C 7.662,1
		80 - 81 DARLEHEN "JUNGE FAMILIE" - LANDESERZIEHUNGSGELD - FAMILIENBEIHILFEN TITEL 663 80 UND 681 81 GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. TITEL 681 81 EINSEITIG DECKUNGSFÄHIG ZU LASTEN 681 80 BIS ZU 3.000,0 TSD.DM. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.			
663 80-5	232	ZINSZUSCHÜSSE	4,0	***	A 200,0 B 1.582,5 C 4.382,4
681 80-3	232	LANDESERZIEHUNGSGELD	264.000,0	387.000,0	A 213.000,0 B 178.976,6 C 187.951,2
681 81-2	232	FAMILIENBEIHILFEN	9.600,0	9.600,0	A 9.600,0 B 10.666,6 C 6.752,9
		SUMME DER TITELGRUPPE	273.604,0	396.600,0	A 222.800,0 B 191.225,7 C 199.086,5

Erläuterungen

Zu 10 07/78

Veranschlagt sind Aufwendungen für die Förderung innovativer Formen der Kinderbetreuung im "Netz für Kinder". Im "Netz für Kinder" soll in Zusammenhang mit Kinderbetreuung in altersgemischten Gruppen insbesondere der Elternmitverantwortung und konkreten Elternarbeit Raum gegeben und ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung der Erziehungskraft der Familie geleistet werden.

Zu 10 07/79

Für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten von Heimen und ähnlichen Einrichtungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungsgesetz gewährt der Staat Finanzhilfen (Art. 24 Abs. 2 Bayer. Schulfinanzierungsgesetz).

Die Empfänger der Zuwendungen sind Gemeinden und Gemeindeverbände sowie sonstige Träger der freien Wohlfahrtspflege, die auf gemeinnütziger Grundlage wirken und Heime und ähnliche Einrichtungen (Sondertagesstätten) errichten oder betreiben, um Behinderten den Besuch von Sondereinrichtungen, Sonderberufsschulen und schulvorbereitenden Einrichtungen sowie von Berufsfachschulen, Fachschulen und weiterführenden Schulen, die überwiegend für die Unterrichtung von Behinderten bestimmt sind, zu ermöglichen.

Die Gewährung der Zuwendungen erfolgt nach den Richtlinien für die Investitionsförderung von Einrichtungen der Erziehungshilfe und der Hilfe für behinderte Minderjährige (ohne Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation) sowie von Heimen und ähnlichen Einrichtungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungsgesetz vom 7.7.1994 (GVBl S. 728). Die veranschlagten Mittel sind erforderlich, um die Heime und ähnlichen Einrichtungen im zeitlichen Zusammenhang mit den Baumaßnahmen der Sonderschulen und der berufsvorbereitenden Einrichtungen zu fördern. Der Betrieb dieser Einrichtungen ist in der Regel nur im Verbund sinnvoll.

1997 gegenüber 1996:

2 600,0 Tsd DM weniger aufgrund finanzwirtschaftlicher Erfordernisse.

Verpflichtungsermächtigung 1997 und 1998:

Für die rechtzeitige Bewilligung der Zuwendungen für die Investitionsförderungsmaßnahmen.

Zu 10 07/80 - 81

Das Darlehensprogramm "Junge Familie" wurde für Geburten nach dem 30.06.1989 eingestellt. Für ab dem 01.07.1989 geborene Kinder kann wahlweise Landeserziehungsgeld nach dem Bayer. Landeserziehungsgeldgesetz vom 16. November 1995 (GVBl S. 818) bzw. eine Familienbeihilfe nach den Richtlinien vom 31. Januar 1995 (AllMBI S. 171) in Anspruch genommen werden.

Für alle Geburten ab dem 8. Dezember 1994 wurde die Bezugsdauer des Landeserziehungsgeldes von sechs auf zwölf Monate verlängert.

Durch Haushaltsvermerk ist bei Tit. 681 81 eine Mittelverstärkung bis zu 3 000,0 Tsd DM zu Lasten Tit. 681 80 möglich.

Zu 10 07/663 80

1997 gegenüber 1996:

196,0 Tsd DM weniger wegen des auslaufenden Darlehensprogramms.

Zu 10 07/681 80

1997 gegenüber 1996:

51 000,0 Tsd DM mehr,

1998 gegenüber 1997:

123 000,0 Tsd DM mehr infolge Verlängerung des Landeserziehungsgeldes um 6 Monate auf 12 Monate.

10 07 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - JUGEND-, FAMILIEN-, FRAUEN- UND ALTENHILFE

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		82 FÖRDERUNG VON MASSNAHMEN ZUM ABBAU DER GEWALT GEGEN FRAUEN UND KINDER TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.			
526 82-0	299	KOSTEN VON UNTERSUCHUNGEN U. DGL. VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 30,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 30,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	50,0	50,0	A 50,0 B 8,1
531 82-3	299	VERÖFFENTLICHUNG UND DOKUMENTATION	30,0	30,0	A 30,0 B 26,7 C 30,4
653 82-5	299	SONSTIGE ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GV	---	---	A ---
684 82-8	299	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE AN SOZIALE ODER ÄHNLICHE EINRICHTUNGEN	2.620,0	2.620,0	A 2.570,0 B 1.941,5 C 1.651,3
685 82-7	299	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE AN SONSTIGE	50,0	50,0	A 50,0 B 0,5 C 24,5
		SUMME DER TITELGRUPPE	2.750,0	2.750,0	A 2.700,0 B 1.976,8 C 1.706,2
		83 GERIATRISCHE MODELLVORHABEN TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. EINSEITIG DECKUNGSFÄHIG ZU LASTEN 13 10/TG 71 BIS ZU 6.750,0 TSD. DM IN 1997. UNTER DER VORAUSSETZUNG, DASS SICH DER BUND AN DEN VORHABEN IN GLEICHER HÖHE BETEILIGT.			
863 83-0	314	DARLEHEN AN SONSTIGE IM INLAND	---	---	A ---
893 83-4	314	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN SONSTIGE	---	---	A --- B 28.000,0 C 1.100,0
		SUMME DER TITELGRUPPE	-	-	A 28.000,0 B 1.100,0 C
		84 MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ DES UNGEBORENEN LEBENS - LANDESSSTIFTUNG "HILFE FÜR MUTTER UND KIND" TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.			
531 84-1	232	VERÖFFENTLICHUNG UND DOKUMENTATION	420,0	420,0	A 450,0 B 114,3 C 30,1
540 84-0	232	VERANSTALTUNGSKOSTEN	80,0	80,0	A 50,0 B 38,1
684 84-6	232	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE AN SOZIALE ODER ÄHNLICHE EINRICHTUNGEN	---	---	A ---
685 84-5	232	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE AN SONSTIGE	11.500,0	11.500,0	A 9.500,0 B 9.511,5 C 9.496,0
		SUMME DER TITELGRUPPE	12.000,0	12.000,0	A 10.000,0 B 9.663,9 C 9.526,1

Erläuterungen

Zu 10 07/82

Veranschlagt sind die Aufwendungen für Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder.

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Erforschung der Gewaltproblematik	50,0	50,0
Daneben sind an Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht: 1997: 30,0 Tsd DM 1998: 30,0 Tsd DM		
2. Veröffentlichungen der wissenschaftlichen Untersuchungen, Ergebnisse von Fachtagungen und Öffentlichkeitsarbeit zur Enttabuisierung des Themas "Gewalt gegen Frauen und Kinder"	30,0	30,0
3. Betreuung mißhandelter Frauen und deren Kinder in Frauenhäusern	1 975,0	1 975,0
4. Beratung mißhandelter Frauen und Kinder	600,0	600,0
5. Fortbildung des Personals	20,0	20,0
6. Modellmaßnahmen	40,0	40,0
7. Vorübergehende Unterkunft- und Betreuungsstätten für von Gewalt betroffene ausländische Frauen (u.a. aus Asien)	35,0	35,0
Zusammen	2 750,0	2 750,0

1997 gegenüber 1996:

50,0 Tsd DM mehr zur verstärkten Förderung von Frauenhäusern.

Zu 10 07/83

Förderanteil des Freistaates Bayern in Höhe von 45 v.H. an den Kosten der Errichtung von drei Modellvorhaben der geriatrischen Rehabilitation. Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung beteiligt sich in gleichem Umfang.

Modellvorhaben in	voraussicht- liche Gesamtkosten Mio DM	Förderanteil Bayern Mio DM	bis 1996 veranschlagt Mio DM	Mittelbedarf 1997 Mio DM
Neuburg/Donau	43,41	20,29	20,29	-
Würzburg	38,50	17,33	17,33	-
Augsburg	48,46	22,50	16,38	6,12
Zusammen	130,37	60,12	54,00	6,12
Ausgleichsbetrag für Vorleistungen des Bundes bzw. Kostenerhöhungen	4,63	0,63	-	0,63
Insgesamt	135,00	60,75	54,00	6,75

Zu 10 07/84

Veranschlagt sind die Aufwendungen für Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens einschließlich der Mittel für die Landesstiftung "Hilfe für Mutter und Kind".

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Öffentlichkeitsarbeit zum Schutz des ungeborenen Lebens	420,0	420,0
2. Veranstaltungskosten	80,0	80,0
3. Landesstiftung "Hilfe für Mutter und Kind"		
a) Schwangerenilfe	8 170,0	8 170,0
b) Hilfen für Familien in Not	1 100,0	1 100,0
c) Krankheitsbeihilfen an Schwangere in Notlagen	2 000,0	2 000,0
4. Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens	230,0	230,0
Zusammen	12 000,0	12 000,0

1997 gegenüber 1996:

2 000,0 Tsd DM mehr zur Gewährung von Krankheitsbeihilfen an Schwangere in Notlagen.

10 07 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - JUGEND-, FAMILIEN-, FRAUEN- UND ALTENHILFE

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		90 AUSGABEN FÜR DAS PÄDAGOGISCHE PERSONAL AN KINDER- GÄRTEN TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG MIT AUSNAHME VON 526 90 UND 531 90. TITEL 653 90 EINSEITIG DECKUNGSFÄHIG ZU LASTEN 526 90 UND 531 90. SONSTIGE MASSNAHMEN AUS DEN MITTELN KÖNNEN NACH MASSGABE DER ERLÄUTERUNGEN GEFÖRDERT WERDEN.			
526 90-0 -----	126	KOSTEN VON UNTERSUCHUNGEN U. DGL.	15,0	15,0	A
531 90-3 -----	126	VERÖFFENTLICHUNGEN UND INFORMATIONSMATERIAL	35,0	35,0	A
653 90-5	126	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE	200.000,0	205.000,0	A 194.000,0 B 178.597,7 C 173.082,6
684 90-8	126	ZUSCHÜSSE AN SONSTIGE	503.550,0	512.560,0	A 486.000,0 B 446.170,1 C 453.904,6
		SUMME DER TITELGRUPPE	703.600,0	717.610,0	A 680.000,0 B 624.767,8 C 626.987,2
		91 FÖRDERUNG VON KINDERHORTEN TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.			
526 91-9 -----	239	KOSTEN VON UNTERSUCHUNGEN U. DGL.	50,0	50,0	A
531 91-2 -----	239	VERÖFFENTLICHUNGEN UND INFORMATIONSMATERIAL	50,0	50,0	A
547 91-4	179	SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	***	***	A --- B 2,0
653 91-4	238	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE	4.500,0	4.500,0	A 3.100,0 B 172,2 C 170,1
684 91-7	239	ZUSCHÜSSE AN SONSTIGE	29.100,0	29.100,0	A 29.900,0 B 26.877,0 C 24.188,8
883 91-6	238	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE FÜR INVESTITIONEN	2.750,0	2.750,0	A 10.500,0 B 8.184,1 C 5.479,0
893 91-4	239	ZUSCHÜSSE AN SONSTIGE FÜR INVESTITIONEN	500,0	500,0	A 1.500,0 B 2.474,7 C 1.146,0
		SUMME DER TITELGRUPPE	36.950,0	36.950,0	A 45.000,0 B 37.710,0 C 30.983,9

Erläuterungen

Zu 10 07/90

- a) Aus den Mitteln werden Zuschüsse zu den förderungsfähigen Kosten des pädagogischen Fach- und Hilfspersonals gewährt (Art. 24 BayKiG).
- b) Aus den Mitteln können auch Fortbildungsmaßnahmen (Art. 6 Abs. 2 BayKiG) sowie der Austausch von deutschen und französischen Kindergärtnerinnen und Erzieherinnen gefördert werden.
- c) Aus den Mitteln können auch Zuschüsse für die "Einbindung von Eltern" in die Kindergartenarbeit gewährt werden.
- d) Aus den Mitteln können auch Ausgaben für Forschungsvorhaben und Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden.

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Personalkostenzuschüsse	701 650,0	715 650,0
2. Fortbildungsmaßnahmen		
- für das pädagogische Personal	950,0	950,0
- im Rahmen des deutsch-französischen		
Freundschaftsvertrages	600,0	610,0
3. "Einbindung von Eltern"	350,0	350,0
4. Forschungsvorhaben, Öffentlichkeitsarbeit	50,0	50,0
Zusammen	703 600,0	717 610,0

Die Baukostenzuschüsse (Art. 23 BayKiG) sind bei 13 10/883 47 veranschlagt.

1997 gegenüber 1996:

23 000,0 Tsd DM mehr insbesondere aufgrund der voraussichtlichen Personalentwicklung wegen Zunahme der Kindergartenplätze sowie Tarifierhöhungen

600,0 Tsd DM mehr wegen Umsetzung von 10 07/92

23 600,0 Tsd DM mehr

1998 gegenüber 1997:

14 010,0 Tsd DM mehr insbesondere aufgrund der voraussichtlichen Personalentwicklung wegen Zunahme der Kindergartenplätze sowie Tarifierhöhungen.

Zu 10 07/91

- a) Aus den Mitteln werden Zuschüsse zu den förderungsfähigen Kosten des pädagogischen Fach- und Hilfspersonals gewährt (Richtlinien zur Gewährung von Personalkostenzuschüssen für Kinderhorte).
- b) Gefördert werden ferner bis zu 60 Modelleinrichtungen "Hort an der Schule".
- c) Aus den Mitteln können auch Ausgaben für Forschungsvorhaben und Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden.
- d) Aus den Mitteln können auch Zuschüsse für Um-, Erweiterungs- und Neubauten für Kinderhorte gewährt werden.

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Personalkostenzuschüsse einschl. Modell		
"Hort an der Schule"	33 600,0	33 600,0
2. Forschungsvorhaben, Öffentlichkeitsarbeit	100,0	100,0
3. Investitionen	3 250,0	3 250,0
Zusammen	36 950,0	36 950,0

1997 gegenüber 1996:

8 050,0 Tsd DM weniger aufgrund finanzwirtschaftlicher Erfordernisse.

10 07 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - JUGEND-, FAMILIEN-, FRAUEN- UND ALTENHILFE

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		92 AUSTAUSCH VON DEUTSCHEN UND FRANZÖSISCHEN KINDER- GÄRTNERINNEN UND ERZIEHERINNEN <i>TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.</i>			
653 92-3	126	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE	---	---	A 243,0 B 260,2 C 203,8
684 92-6	126	ZUSCHÜSSE AN SONSTIGE	---	---	A 575,0 B 258,4 C 469,9
		SUMME DER TITELGRUPPE	-	-	A 818,0 B 518,6 C 673,7
		94 AUSGABEN IM RAHMEN DES DEUTSCH-UNGARISCHEN KULTUR- ABKOMMENS <i>TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG UND ÜBER- TRAGBAR. DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH DEN EINNAHMEN BEI 251 02.</i>			
547 94-1	156	NICHT AUFTEILBARE SACHAUSGABEN	---	---	A ---
681 94-7	156	SONSTIGE ZUSCHÜSSE	---	---	A --- B 61,3
		SUMME DER TITELGRUPPE	-	-	A 61,3 B
		GESAMTAUSGABEN	1.169.263,5	1.311.454,5	A 1.126.953,5 B 1.037.693,4 C 1.033.557,4

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 07/92

1997 gegenüber 1996:

218,0 Tsd DM weniger wegen rückläufiger Zahl der Teilnehmerinnen

600,0 Tsd DM weniger wegen Umsetzung zu 10 07/684 90

818,0 Tsd DM weniger**Zu 10 07/94**

Das Auswärtige Amt stellt aufgrund der gemeinsamen Erklärung der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der ungarischen Republik über die Förderung der deutschen Minderheit und des Unterrichts von Deutsch als Fremdsprache in der Republik Ungarn vom 25. September 1992 Mittel zur Verfügung (vgl. Tit. 251 02).

Es handelt sich um Maßnahmen in den Bereichen Kindergärten, Kinderhorte und hortähnlichen Einrichtungen. Die Maßnahmen werden von der gemischten Unterkommission zur deutsch-ungarischen Kulturkommission jährlich festgelegt.

10 07 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - JUGEND-, FAMILIEN-, FRAUEN- UND ALTENHILFE

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		ABSCHLUSS			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.	-	-	A 12.800,0 B 6,9
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	7.600,0	8.500,0	A 5.900,0 B 6.799,2 C 4.949,4
		GESAMTEINNAHMEN	7.600,0	8.500,0	A 18.700,0 B 6.806,1 C 4.949,4
		PERSONALAUFGABEN	6,5	6,5	A 6,5 B 3,6 C 1,7
		SÄCHLICHE VERWALTUNGSAUFGABEN	4.288,0	4.288,0	A 5.918,5 B 2.638,2 C 2.338,7
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	1.094.394,0	1.231.610,0	A 1.023.997,0 B 923.302,4 C 931.012,3
		INVESTITIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN	70.575,0	75.550,0	A 97.031,5 B 111.749,2 C 100.204,7
		GESAMTAUFGABEN	1.169.263,5	1.311.454,5	A 1.126.953,5 B 1.037.693,4 C 1.033.557,4
		ZUSCHUSS	1.161.663,5	1.302.954,5	A 1.108.253,5 B 1.030.887,3 C 1.028.608,0

10 08 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - GESUNDHEITS- UND VETERINÄRWESEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		EINNAHMEN			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.			
111 01-7	319	LEHRGANGSGEBÜHREN DER BEWERBER FÜR DEN ÄRZTLICHEN UND TIERÄRZTLICHEN DIENST UND DEN DIENST ALS GESUNDHEITS- AUFSEHER VGL. VERMERK BEI 525 11.	20,0	20,0	A 15,0 B 28,0
119 01-9	314	EINNAHMEN AUS VERÖFFENTLICHUNGEN	---	---	A ---
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN			
251 02-6	314	ZUWEISUNGEN DES BUNDES ZUR BEKÄMPFUNG DER IMMUN- SCHWÄCHEKRANKHEIT AIDS VGL. VERMERK ZU TG 52.	---	---	A ---
251 03-5	314	ZUWEISUNGEN DES BUNDES ZUR FÖRDERUNG VON SUCHTBEKÄMP- FUNG UND DROGENTHERAPIE VGL. VERMERK ZU TG 92.	---	---	A --- B 350,0
281 11-9	314	RÜCKEINNAHMEN AUS ZUSCHÜSSEN	600,0	600,0	A 600,0 B 468,7
		GESAMTEINNAHMEN	620,0	620,0	A 615,0 B 846,7
		AUSGABEN			
		PERSONALAUSGABEN			
459 01-7	960	PRÜFUNGSVERGÜTUNGEN	1.200,0	1.200,0	A 1.235,0 B 925,6
		SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN			
525 11-5	319	AUSBILDUNG FÜR DEN AMTSÄRZTLICHEN UND AMTSTIERÄRZTLI- CHEN DIENST UND DEN DIENST ALS GESUNDHEITSAUFSEHER UND ALS LEBENSMITTELÜBERWACHUNGSBEAMTER DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM DIE MEHR- ODER MINDEREINNAHME BEI 111 01.	75,0	75,0	A 75,0 B 43,7
525 12-4	011	AUSBILDUNG DER APOTHEKER	12,5	12,5	A 12,0 B 11,1
536 02-3	311	SACHBEDARF FÜR RÖNTGENREIHENUNTERSUCHUNGEN	---	---	A 175,0 B 125,1
536 03-2	314	KOSTEN DES BAYERISCHEN LANDESGESUNDHEITS-RATES	32,0	32,0	A 22,0 B 18,3

E r l ä u t e r u n g e n

Vorbemerkung zu Kapitel 10 08

Dieses Kapitel enthält die für das Gesundheits- und Veterinärwesen veranschlagten Einnahmen und Ausgaben.

Zu 10 08/119 01

Leertitel für Einnahmen aus Schutzgebühren.

Zu 10 08/251 02

Leertitel für die Vereinnahmung zweckgebundener Zuweisungen des Bundes für Maßnahmen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS.

Zu 10 08/251 03

Leertitel für Zuweisungen des Bundes für Modellvorhaben der Suchtkrankenhilfe.

Zu 10 08/281 11

Veranschlagt sind die Rückflüsse aus nicht zweckentsprechend verwendeten Zuschüssen.

Zu 10 08/459 01

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Vergütungen für die Prüfungen der Amtsärzte, Amtstierärzte, Lebensmittelchemiker, Gesundheitsaufseher, Lebensmittelüberwachungsbeamten und Assistentinnen im Gesundheitsdienst	60,0	60,0
2. Vergütungen für die Prüfungen aufgrund der Approbationsordnungen der:		
a) Ärzte	750,0	750,0
b) Apotheker	115,0	115,0
c) Zahnärzte	150,0	150,0
d) Tierärzte	125,0	125,0
Zusammen	1 200,0	1 200,0

Zu 10 08/525 11

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Amtsarztlehrgänge	25,0	25,0
2. Lehrgänge für den tierärztlichen Staatsdienst	15,0	15,0
3. Lehrgänge für Gesundheitsaufseher	20,0	-
4. Lehrgänge für Überwachungsbeamte zum Schutze der Verbraucher	15,0	15,0
5. Lehrgänge für sozialmedizinische Assistenten	-	20,0
Zusammen	75,0	75,0

Zu 10 08/536 02

1997 gegenüber 1996:

175,0 Tsd DM weniger wegen Einstellung der Röntgenreihenuntersuchungen ab 1.1.1997.

Zu 10 08/536 03

Der Landesgesundheitsrat (LGR) ist als umfassendes gesundheitspolitisches Gremium Beratungsorgan für alle auf dem Gebiet des Gesundheitswesens tätigen Kräfte (§ 1 des Gesetzes über die Schaffung eines Landesgesundheitsrats vom 12. August 1953 - GVBl S. 130). Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit führt die Geschäfte.

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Geschäftsbedarf	3,0	3,0
2. Reisekostenvergütungen	28,0	28,0
3. Sonstiges	1,0	1,0
Zusammen	32,0	32,0

10 08 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - GESUNDHEITS- UND VETERINÄRWESEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
536 04-1	011	NICHT AUFTEILBARE SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN IM RAHMEN DER PRÜFUNGEN FÜR ÄRZTE, APOTHEKER, ZAHNÄRZTE UND TIERÄRZTE	200,0	200,0	A 180,0 B 159,9
536 05-0	311	VERBESSERUNG DES VERBRAUCHERSCHUTZES	10,0	10,0	A

		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN			
633 01-6	215	ERSTATTUNG VON VERWALTUNGS-AUSGABEN	---	---	A 70,0 B 65,0
656 01-8	314	ZUWEISUNGEN FÜR JUGENDZAHNPFLEGE	675,0	675,0	A 675,0
685 08-6	112	ANTEIL AN DEN KOSTEN DES INSTITUTS FÜR MEDIZINISCHE PRÜFUNGSFRAGEN	1.400,0	1.450,0	A 1.302,8 B 1.321,9
685 09-5	549	ERSTATTUNGEN AN DIE BAYERISCHE TIERSEUCHENKASSE FÜR DIE TIERKÖRPERBESEITIGUNG DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.	3.200,0	3.200,0	A 2.600,0 B 2.600,0
685 10-2	549	ZUSCHÜSSE ZU MASSNAHMEN NICHTSTAATLICHER EINRICHTUNGEN, DIE IM INTERESSE DES VETERINÄRWESENS TÄTIG WERDEN	---	---	A 100,0 B 88,0
685 11-1	314	BEITRÄGE ZU MASSNAHMEN NICHTSTAATLICHER EINRICHTUNGEN, DIE IM INTERESSE DES GESUNDHEITSWESENS TÄTIG WERDEN	3,0	3,0	A 12,0 B 1,9 C 12,5
685 12-0	314	ANTEIL AN DEN KOSTEN ZUM AUFBAU EINES KREBSREGISTERS DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.	2.000,0	2.000,0	A 400,0

Erläuterungen

Zu 10 08/536 04

Sachaufwand der Prüfungen, insbesondere Saalmieten.

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
Aufschlüsselung der Ausgaben:		
a) Ärzteprüfungen	150,0	150,0
b) Apothekerprüfungen	25,0	25,0
c) Zahnärzteprüfung	17,0	17,0
d) Tierärzteprüfung	8,0	8,0
Zusammen	200,0	200,0

1997 gegenüber 1996:

20,0 Tsd DM mehr aufgrund notwendiger Anmietung größerer Prüfungssäle (mehr Prüfungsteilnehmer), höherer Mietpreise und Anschaffung von Prüfungshilfsmitteln.

Zu 10 08/536 05

Verbesserung der Verbraucherinformation durch Angebote von Informationen über Videotext, Internet/Bayern-Online. 1997 erstmals veranschlagt.

Zu 10 08/633 01

1997 gegenüber 1996:

70,0 Tsd DM weniger wegen Einstellung der Röntgenreihenuntersuchungen ab 1.1.1997.

Zu 10 08/656 01

Staatliche Leistung zu den Aufwendungen der "Bayer. Landesarbeitsgemeinschaft Zahngesundheitspflege e.V." für Vorbeugeaktionen in der Jugendzahnpflege.

Zu 10 08/685 08

Anteil des Freistaates Bayern nach dem Staatsvertrag über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen in Mainz.

1997 gegenüber 1996:

97,2 Tsd DM mehr und

1998 gegenüber 1997:

50,0 Tsd DM mehr nach den voraussichtlichen Finanzierungsanteilen.

Zu 10 08/685 09

Erstattung an die Tierseuchenkasse nach Art. 4 Abs. 2 des Ausführungsgesetzes zum Tierkörperbeseitigungsgesetz.

1997 gegenüber 1996:

600,0 Tsd DM mehr infolge steigender Verluste aus beseitigungspflichtigen Tierkörpern.

Zu 10 08/685 10

1997 gegenüber 1996:

100,0 Tsd DM weniger wegen Wegfalls der Förderung.

Zu 10 08/685 11

Mitgliedsbeiträge an nichtstaatliche Einrichtungen, z.B.
Deutsche Gesellschaft für Ernährung,
School of Public Health,
Verein für Wasser-, Boden- und Lufthygiene.

1997 gegenüber 1996:

9,0 Tsd DM weniger wegen Wegfalls der Zuschüsse.

Zu 10 08/685 12

Das Gesetz über Krebsregister vom 04.11.1994 verpflichtet die Länder, bis zum 1. Januar 1999 stufenweise bevölkerungsbezogene Krebsregister einzurichten.

Veranschlagt sind die zur Umsetzung des Krebsregistergesetzes erforderlichen Ausgaben.

10 08 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - GESUNDHEITS- UND VETERINÄRWESEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
685 13-9	311	ANTEIL AN DEN KOSTEN DER ZENTRALSTELLE DER LÄNDER FÜR GESUNDHEITSSCHUTZ BEI MEDIZINPRODUKTEN	80,0	40,0	A 60,0 B 25,2 C 37,0
		SONSTIGE AUSGABEN FÜR INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN			
812 01-9	311	GERÄTE FÜR RÖNTGENREIHENUNTERSUCHUNGEN	---	---	A ---
		TITELGRUPPEN			
		52 MASSNAHMEN UND EINRICHTUNGEN ZUR BEKÄMPFUNG DER IMMUNSCHWACHEKRANKHEIT AIDS TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR. DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT SICH UM DIE ISTEINNAHME BEI 251 02.			
425 52-6	314	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE ZU LASTEN DER AUSGABEMITTEL DES TIT. 425 52 DÜRFEN BIS ZU 13 ANGESTELLTE MIT UNBEFRISTETEN ARBEITS- VERTRÄGEN BESCHÄFTIGT WERDEN.	990,0	990,0	A 1.300,0 B 791,5
427 52-4	314	BESCHÄFTIGUNGSENTGELTE	---	---	A ---
515 52-7	314	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE	90,0	90,0	A 90,0 B 73,6
522 52-8	314	VERBRAUCHSMITTEL	700,0	700,0	A 790,0 B 643,6
526 52-4	314	KOSTEN VON UNTERSUCHUNGEN U. DGL.	50,0	50,0	A 100,0 B 10,0
527 52-3	314	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR INLANDSREISEN	---	---	A ---
531 52-7	314	KOSTEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND DOKUMENTATION	180,0	180,0	A 180,0 B 184,7
540 52-6	314	VERANSTALTUNGSKOSTEN	420,0	420,0	A 250,0 B 284,4
547 52-9	314	NICHT AUFTEILBARE SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	100,0	100,0	A 180,0 B 75,4
653 52-9	314	SONSTIGE ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GV	50,0	50,0	A 200,0
684 52-2	314	ZUSCHÜSSE AN SOZIALE ODER ÄHNLICHE EINRICHTUNGEN	6.440,0	6.440,0	A 6.440,0 B 4.857,0
685 52-1	314	ZUSCHÜSSE AN SONSTIGE	1.780,0	1.780,0	A 1.775,0 B 1.797,5
812 52-7	314	ANSCHAFFUNG VON GERÄTEN	100,0	100,0	A 70,0 B 137,3
893 52-9	314	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN SONSTIGE	100,0	100,0	A 400,0 B 13,7
		SUMME DER TITELGRUPPE	11.000,0	11.000,0	A 11.775,0 B 8.868,7

Erläuterungen

Zu 10 08/685 13

Für die nach EG-Recht erforderliche Akkreditierung von Prüfeinrichtungen im Gesundheitswesen ist die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Medizinprodukten (ZLG) mit dem Sitz in Bonn eingerichtet worden. Die Länder beteiligen sich an den Kosten nach dem Königsteiner Schlüssel. Veranschlagt ist der voraussichtliche Anteil des Freistaates Bayern.

1997 gegenüber 1996:

20,0 Tsd DM mehr.

1998 gegenüber 1997:

40,0 Tsd DM weniger nach dem voraussichtlichen Finanzierungsanteil.

Zu 10 08/52

Obwohl bei der Bevölkerung ein hoher Informationsstand bezüglich der Immunschwächekrankheit AIDS und deren Infektionsmöglichkeiten bzw. -gefahren gegeben ist, nimmt die Zahl der Neuinfizierungen nicht ab. Es sind deshalb auch künftig Maßnahmen zur AIDS-Bekämpfung erforderlich. Derzeit gibt es ca. 15 000 HIV-positive Personen in Bayern.

1997 gegenüber 1996:

775,0 Tsd DM weniger aufgrund Wegfalls von Aufgaben (HIV-Einstellungsuntersuchungen in das Beamten- oder Richterverhältnis) sowie aufgrund der finanzwirtschaftlichen Erfordernisse.

Veranschlagt sind die Mittel im einzelnen für:

Zu 10 08/425 52

Vergütungen für Zeitangestellte, insbesondere bei den Landesuntersuchungsämtern für das Gesundheitswesen.

Zu 10 08/515 52

Beschaffung der Büro- und Fachausstattung sowie von Laborgeräten.

Zu 10 08/522 52

Sachbedarf für Untersuchungen der Landesuntersuchungsämter.

Zu 10 08/526 52

Finanzierung weiterer wissenschaftlicher Untersuchungen auf dem Gebiet der AIDS-Forschung.

Zu 10 08/531 52

Zur gezielten Aufklärung und Beratung der Bevölkerung durch

- Broschüren, Merk- und Faltblätter u.ä.,
- Fernseh- und Rundfunkspots, Videofilme,
- Fachliteratur für Multiplikatoren (z.B. Lehrer).

Zu 10 08/540 52

Veranstaltungen der psychosozialen AIDS-Beratungsstellen und für massenmediale Aufklärungskampagnen im Bereich AIDS.

Zu 10 08/547 52

Versandkosten, Schutzkleidung, Plakataktionen, Diareihen u.ä.

Zu 10 08/653 52

Förderung der Präventionsarbeit und Beratungstätigkeit der kommunalen Gesundheitsämter.

Zu 10 08/684 52

Förderung der psychosozialen AIDS-Beratungsstellen, der Ambulanten Hilfen und der Wohnprojekte und deren Betreuungspersonal.

Zu 10 08/685 52

Anteil des Freistaats Bayern an der Stiftung "Humanitäre Hilfe für Aidsopfer" in Höhe von insgesamt rd. 7,1 Mio DM, verteilt auf 4 Jahre (1995 bis 1998).

Zu 10 08/812 52

Beschaffung von Geräten für die Landesuntersuchungsämter.

Zu 10 08/893 52

Weitere Förderung von Wohnprojekten für AIDS-Kranke.

10 08 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - GESUNDHEITS- UND VETERINÄRWESEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		53 VERHÜTUNG UND BEKÄMPFUNG ÜBERTRAGBARER KRANKHEITEN BEIM MENSCHEN 427 53 UND 547 53 SOWIE 643 53 UND 681 53 GEGEN- SEITIG DECKUNGSFÄHIG. 643 53 UND 681 53 ÜBERTRAGBAR.			
427 53-3	314	BESCHÄFTIGUNGSENTGELTE	---	---	A ---
547 53-8	314	NICHT AUFTEILBARE SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	10,0	10,0	A 18,0 B 0,6
643 53-1	314	ERSTATTUNG DES UNGEDECKTEN BETRIEBSAUFWANDES DES TUBERKULOSEKRANKENHAUSES PARSBERG	140,0	140,0	A 300,0
681 53-4	314	SONSTIGE LEISTUNGEN NACH DEM BUNDES-SEUCHENGESETZ	100,0	100,0	A 140,0 B 43,1
684 53-1	314	LEISTUNGEN AN VEREINE	15,0	15,0	A 22,0 B 12,1
701 53-0	314	UMBAU DER MÜLLVERBRENNUNGSANLAGE BEIM BEZIRKSKRANKEN- HAUS PARSBERG	***	***	A ---
		SUMME DER TITELGRUPPE	265,0	265,0	A 480,0 B 55,8
		55 FÖRDERUNG DER HEBAMMEN UND FORTBILDUNG VON HEIL- HILFSPERSONEN			
681 55-2	314	LEISTUNGEN ZUR GEWÄHRLEISTUNG DES MINDEST Einkommens DER HEBAMMEN	35,0	35,0	A 60,0 B 27,9
684 55-9	314	ZUWEISUNGEN AN NICHTSTAATLICHE EINRICHTUNGEN	170,0	170,0	A 170,0 B 149,6
		SUMME DER TITELGRUPPE	205,0	205,0	A 230,0 B 177,5
		56 AUSSENSTELLEN DES LANDESPRÜFUNGSAMTES DIE TITEL DER TG SIND GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.			
422 56-5	314	BEZÜGE DER PLANMÄSSIGEN BEAMTEN	334,4	341,0	A 346,0 B 135,1
425 56-2	314	VERGÜTUNGEN DER ANGESTELLTEN	554,2	567,1	A 535,0 B 666,0
459 56-1	314	VERMISCHTE PERSONALAUSGABEN	10,0	10,0	A 18,0
535 56-9	314	ERWERB UND MIETE VON SOFTWARE	---	---	A ---
547 56-5	314	NICHT AUFTEILBARE SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	160,0	160,0	A 185,0 B 102,8
812 56-3	314	ANSCHAFFUNG VON GERÄTEN, AUSRÜSTUNGS- UND AUSSTAT- TUNGS-GEGENSTÄNDEN	100,0	---	A 200,0
		SUMME DER TITELGRUPPE	1.158,6	1.078,1	A 1.284,0 B 903,9

Erläuterungen

Zu 10 08/53

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Bekämpfung übertragbarer Krankheiten bei Gefahr einer Epidemie	10,0	10,0
2. Ersatz von Aufwendungen für die Absonderung nach § 37 des Bundes-Seuchengesetzes	140,0	140,0
3. Entschädigungen nach § 49 des Bundes-Seuchengesetzes bei Berufsbeschränkungen	95,0	95,0
4. Sonstige Leistungen nach dem BSeuchG	5,0	5,0
5. Leistungen an die Deutsche Vereinigung zur Bekämpfung der Viruskrankheiten	15,0	15,0
Zusammen	265,0	265,0

1997 gegenüber 1996:

215,0 Tsd DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 08/55

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Leistungen zur Gewährleistung des Mindesteinkommens der Hebammen	35,0	35,0
2. Fortbildung		
a) Heilhilfspersonen	150,0	150,0
b) Hebammen	20,0	20,0
Zusammen	205,0	205,0

Den niedergelassenen Hebammen hat der Staat nach dem Hebammengesetz ein Mindesteinkommen zu gewährleisten.

1997 gegenüber 1996:

25,0 Tsd DM weniger infolge rückläufiger Ausgaben für das Mindesteinkommen.

Zu 10 08/56

Gemäß 5. Verordnung zur Änderung der Approbationsordnung für Ärzte vom 15.12.1986 (BGBl I S. 2457) sind zusätzliche Prüfungen in der ärztlichen Ausbildung durchzuführen. Die Prüfungen werden von den medizinischen Fakultäten der Universitäten abgenommen; dazu wurden an den Universitäten Außenstellen des Landesprüfungsamtes eingerichtet.

1997 gegenüber 1996:

125,4 Tsd DM weniger und

1998 gegenüber 1997:

80,5 Tsd DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

10 08 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - GESUNDHEITS- UND VETERINÄRWESEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		59 - 60 VERHÜTUNG UND BEKÄMPFUNG VON TIERSEUCHEN TITEL DER TG ÜBERTRAGBAR UND MIT AUSNAHME 685 59 GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM DIE MEHR- ODER MINDEREINNAHME BEI 10 91/111 02.			
425 60-6	549	VERGÜTUNGEN DER ANGESTELLTEN	1.163,0	1.190,0	A 1.120,0 B 1.327,5
426 60-5	549	LÖHNE DER ARBEITER	215,0	215,0	A 215,0 B 146,7
459 60-5	549	VERMISCHTE PERSONALAUSGABEN	50,0	50,0	A 350,0
522 60-8	549	VERBRAUCHSMITTEL	6.300,0	6.350,0	A 6.497,5 B 4.889,3
534 60-4	549	SOFTWAREENTWICKLUNG	60,0	60,0	A 60,0
547 60-9	549	NICHT AUFTEILBARE SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	500,0	550,0	A 350,0 B 592,7
632 60-5	549	ERSTATTUNGEN AN AMTSTIERÄRZTE	35,0	35,0	A 40,0 B 29,6
671 60-7	549	ANTEIL AN DEN KOSTEN DER NATIONALEN MAUL- UND KLAUEN- SEUCHE-VAKZINEBANK	3.690,0	3.840,0	A 3.550,0 B 3.426,2
681 60-5	549	UNKOSTENBEITRAG BEI TOLLWUT UND SONSTIGE LEISTUNGEN	350,0	350,0	A 300,0 B 322,2
683 60-3	549	ZUSCHÜSSE FÜR UNTERSUCHUNGSKOSTEN AN LANDWIRT- SCHAFTLICHE BETRIEBE	---	---	A --- B 478,5
685 59-4	314	ZUSCHUSS AN DIE BAYER. TIERSEUCHENKASSE ZUM BAYER. AKTIONSPROGRAMM ZUR TILGUNG DER AUJESZKYSCHEN KRANK- HEIT DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM DIE MEHR- ODER MINDEREINNAHMEN BEI 10 92/111 03.	4.000,0	4.000,0	A 5.000,0 B 3.492,9 C 2.227,4
685 60-1	549	ZUSCHÜSSE AN DIE BAYER. TIERSEUCHENKASSE ZUR BEKÄMPFUNG UND VERHÜTUNG VON TIERSEUCHEN	2.290,0	2.290,0	A 2.290,0 B 1.915,1
		SUMME DER TITELGRUPPE	18.653,0	18.930,0	A 19.772,5 B 16.620,7 C 2.227,4
		61 PFLICHTLEISTUNGEN NACH DEM TIERSEUCHENGESETZ TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG UND ÜBER- TRAGBAR.			
671 61-6	549	ERSTATTUNGEN VON PFLICHTLEISTUNGEN NACH DEM TIER- SEUCHENGESETZ AN DIE BAYERISCHE TIERSEUCHENKASSE	1.250,0	1.250,0	A 1.250,0 B 1.366,5
681 61-4	549	PFLICHTLEISTUNGEN NACH DEM TIERSEUCHENGESETZ AN TIERBESITZER	50,0	50,0	A 50,0
		SUMME DER TITELGRUPPE	1.300,0	1.300,0	A 1.300,0 B 1.366,5

Erläuterungen

Zu 10 08/59 - 60

Veranschlagt sind die Mittel für die Verhütung und Bekämpfung von Tierseuchen, insbesondere für

- Tuberkulose der Rinder, Schafe und Ziegen
- Maul- und Klauenseuche (MKS)
- Infektiöse Bovine Rhinotracheitis (IBR)
- Aujeszky'sche Krankheit (AK)
- Leukose/Brucellose
- Tollwut
- Hühnerpest.

1997 gegenüber 1996:

1 119,5 Tsd DM weniger, insbesondere wegen geringerer Aufwendungen bei der AK-Bekämpfung bei Schweinen (Tit. 685 59).

1998 gegenüber 1997:

277,0 Tsd DM mehr wegen Preissteigerungen.

Im einzelnen sind die Mittel veranschlagt für:

Zu 10 08/425 60, 426 60, 459 60

Aufwendungen für das im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung tätige Personal. Hier dürfen auch Vergütungen für Dienstkräfte geleistet werden, die bei den Landesuntersuchungsämtern für das Gesundheitswesen und den Regierungen zur Tierseuchenbekämpfung eingesetzt sind (siehe Stellenplan). Die sächlichen Verwaltungsausgaben für dieses Personal werden aus Kap. 03 08 bzw. 10 92 bestritten.

Zu 10 08/522 60

Sachbedarf für Untersuchungen der Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen (z.B. Reagenzien, Nährböden, diagnostische Seren, Einwegmaterial) sowie für zentrale Bekämpfungsmaßnahmen des StMAS (z.B. Impfstoffe bzw. Präparate).

Zu 10 08/534 60

Software dient der Tierseuchenbekämpfung.

Zu 10 08/547 60

Versandkosten, besonderer Geschäftsbedarf, besondere Aufwendungen im Rahmen zentraler Bekämpfungsmaßnahmen (z.B. Auslegekosten).

Zu 10 08/632 60

Erstattungen an Amtstierärzte im Rahmen der Tuberkulosebekämpfung der Rinder.

Zu 10 08/671 60

Anteil des Freistaates Bayern an den Kosten der nationalen MKS-Vakzinebank (strategische Impfstoffreserve zur Bekämpfung der MKS für die Länder der Bundesrepublik Deutschland).

Zu 10 08/681 60

Unkostenbeitrag für die verstärkte Bejagung von Füchsen sowie sonstige Leistungen im Rahmen der Tollwutbekämpfung.

Zu 10 08/685 59

Zuschuß an die Bayer. Tierseuchenkasse (TSK) in Höhe der Gebühren und Auslagen, die von der TSK gemäß GGebO an die Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen für die Durchführung der Untersuchungen im Rahmen des Sonderprogramms zur Bekämpfung der AK zu entrichten sind (Abwicklung im Wege der Verrechnung, vgl. auch Vermerk bei 10 92/111 03).

Zu 10 08/685 60

Zuschüsse an die TSK für Bekämpfungsmaßnahmen bei den verschiedenen Tierseuchen, die im Interesse der staatlichen Tierseuchenbekämpfung liegen.

Zu 10 08/61

Entschädigungen für Tierverluste durch Tierseuchen (§§ 66 ff. des Tierseuchengesetzes).

10 08 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - GESUNDHEITS- UND VETERINÄRWESSEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		91 GESUNDHEITSHILFE, INSBESONDERE GESUNDHEITSFÜRSORGE UND -VORSORGE UND BEKÄMPFUNG NICHT ÜBERTRAGBARER KRANKHEITEN <i>TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.</i>			
427 91-7	314	BESCHÄFTIGUNGSENTGELTE	200,0	200,0	A 200,0 B 180,0
459 91-8	314	VERMISCHTE PERSONALAUSGABEN	---	---	A ---
511 91-4	314	FORMBLÄTTER, VORDRUCKE, DRUCKARBEITEN	28,0	28,0	A 28,0 B 31,0
515 91-0	314	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE	---	---	A --- B 260,9
522 91-1	314	VERBRAUCHSMITTEL	---	---	A --- B 7,2
526 91-7	314	KOSTEN VON UNTERSUCHUNGEN U. DGL.	80,0	80,0	A 80,0 B 25,0
527 91-6	314	REISEKOSTEN DES NICHT VOLLBESCHÄFTIGTEN PERSONALS	---	---	A --- B 0,8
531 91-0	314	KOSTEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND DER DOKUMENTATION	27,8	27,8	A 127,8 B 78,1
540 91-9	314	VERANSTALTUNGSKOSTEN	78,0	78,0	A 128,0 B 168,6
547 91-2	314	NICHT AUFTEILBARE SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	---	---	A --- B 2,3
653 91-2	314	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GV	---	---	A ---
685 91-4	314	ZUSCHÜSSE AN EINRICHTUNGEN, DIE IM INTERESSE DER GESUNDHEITSHILFE UND DER BEKÄMPFUNG NICHT ÜBER- TRAGBARER KRANKHEITEN TÄTIG WERDEN	2.086,2	2.086,2	A 1.916,2 B 1.270,0
		SUMME DER TITELGRUPPE	2.500,0	2.500,0	A 2.480,0 B 2.023,9

Erläuterungen

Zu 10 08/91

Aus dem Ansatz werden insbesondere folgende Maßnahmen finanziert bzw. gefördert:

1. Entgelte für die Landesärzte nach § 126a BSHG und Art. 21 AGBSHG.
2. Förderung von Einrichtungen, die im Interesse der Gesundheitshilfe und Bekämpfung nicht übertragbarer Krankheiten tätig sind.
3. Maßnahmen zur Gesundheitsvor- und -fürsorge sowie zur Gesundheitserziehung und -förderung, gemeindenahe Gesundheitskonferenzen, Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen aus Anlaß des Weltgesundheitstages.
4. Modellmaßnahmen, Untersuchungen, Zweckforschung für ausgewählte Bereiche (Prävention und Gesundheitsförderung).
5. Jugendgesundheitspflege.
6. Förderung der Giftinformationszentralen.

Landeszentrale für Gesundheitsbildung in Bayern e.V., München
Übersicht über den (vorläufigen) Haushaltsplan

	Betrag für 1997 Tsd DM	Betrag für 1998 Tsd DM	Betrag für 1996 Tsd DM	Istergebnis 1995 Tsd DM
Ausgaben				
1. Personalausgaben	615,0	625,0	590,0	499,0
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	840,0	840,0	858,0	839,0
3. Schuldendienst	-	-	-	-
4. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	-	-	-
5. Ausgaben für Investitionen	-	-	-	-
6. Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-	-
Zusammen	1 455,0	1 465,0	1 448,0	1 338,0
Einnahmen				
1. Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	115,0	125,0	108,0	108,0
2. Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber	-	-	-	-
a) vom Bund	-	-	-	-
b) Zentrale AIDS-Informationsstelle	-	-	-	-
3. Zuwendungen des Landes	1 340,9	1 340,0	1 340,0	1 230,0
Zusammen	1 455,0	1 465,0	1 448,0	1 338,0

Stellenplan

	Soll 1997	Zahl der Stellen Soll 1998	Soll 1996
Angestellte			
VerGr IIa, IVa, IVb, Vc, 2 VIb, VII	7	7	7
Zusammen	7	7	7
Arbeiter			
	-	-	-
Insgesamt	7	7	7

10 08 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - GESUNDHEITS- UND VETERINÄRWESEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		92 FÖRDERUNG VON SUCHTBEKÄMPFUNG UND DROGENTHERAPIE TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR. DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT SICH UM DIE ISTEINNAHME BEI 251 03.			
531 92-9	314	ÖFFENTLICHKEITSARBEIT, AUFKLÄRUNGSMASSNAHMEN	325,0	325,0	A 390,0 B 567,8
540 92-8	314	VERANSTALTUNGSKOSTEN, KOSTEN VON UNTERSUCHUNGEN	720,0	720,0	A 190,0 B 173,7
653 92-1	314	SONSTIGE ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GV	1.175,0	1.175,0	A 500,0 B 1.296,1
671 92-9	314	ERSTATTUNG DER KOSTEN FÜR DIE RÜCKFÜHRUNG VON DROGEN- ABHÄNGIGEN AUS DEM AUSLAND	---	---	A ---
684 92-4	314	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE AN SOZIALE UND ÄHNLICHE EINRICHTUNGEN	4.530,0	4.530,0	A 12.505,0 B 10.484,1
685 92-3	314	ZUSCHÜSSE AN SONSTIGE	3.200,0	3.200,0	A 15,0
883 92-3	314	ZUWEISUNGEN FÜR INVESTITIONEN AN GEMEINDEN UND GV	50,0	50,0	A 50,0
893 92-1	314	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN SONSTIGE VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 800,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 800,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	1.000,0	1.000,0	A 1.100,0 B 88,7
		SUMME DER TITELGRUPPE	11.000,0	11.000,0	A 14.750,0 B 12.610,4
		93 TRANSPLANTATIONSMEDIZIN TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.			
531 93-8	314	ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND AUFKLÄRUNGSMASSNAHMEN	100,0	100,0	A
540 93-7	314	VERANSTALTUNGEN, KOSTEN VON UNTERSUCHUNGEN	50,0	50,0	A
685 93-2	314	SONSTIGE ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE IM INLAND	50,0	50,0	A
		SUMME DER TITELGRUPPE	200,0	200,0	A

Erläuterungen

Zu 10 08/92

Suchtkrankheiten bedrohen unsere Gesellschaft in erheblichem Umfang. Sie gehören zu den am meisten verbreiteten Krankheiten. An erster Stelle steht der Alkoholmißbrauch. Andererseits entwickelt sich der Mißbrauch illegaler Drogen besorgniserregend.

Veranschlagt sind die Mittel, mit denen entsprechend dem neuen Suchtprogramm der Staatsregierung vom 2.8.1994 wichtige Vorsorgemaßnahmen und Hilfen für die Betroffenen zur Verfügung gestellt werden.

Folgende Schwerpunkte bayerischer Suchtpolitik sind gesetzt:

Prävention und Aufklärung

- Informationen über die Gefahren des Drogenmißbrauchs
- vielfältige Präventionsmaßnahmen zur Vorbeugung vor Suchtgefahren

Beratung und Therapie

- Einrichtung eines bürgernahen Beratungsnetzes zu allen Fragen der Abhängigkeitskrankheiten
- weiterer Ausbau von niederschweligen Angeboten und Langzeittherapiemöglichkeiten

Nachsorge

- Förderung von modellhaften Projekten, z.B. Nachsorgewohngemeinschaften
- Betreuung von Suchtkranken in Justizvollzugsanstalten.

1997 gegenüber 1996:

10 260,0 Tsd DM weniger wegen Wegfalls der Förderung der Suchtberatungsstellen

6 510,0 Tsd DM mehr insbesondere zur Förderung von Präventionskräften sowie Betreuung von Suchtkranken in Justizvollzugsanstalten

3 750,0 Tsd DM weniger

Veranschlagt sind die Mittel für:

Zu 10 08/531 92 (und 540 92 bis 685 92)

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
Offene Maßnahmen für besonders Gefährdete und Abhängige		
1. Aufklärungsmaßnahmen, Prävention, Publikationen: Dokumentation	1 045,0	1 045,0
2. Zuschüsse für Modelle und Präventionskräfte	4 105,0	4 105,0
3. Niederschwellige Angebote und Betreuung	1 100,0	1 100,0
4. Zuschüsse zum Betrieb von Einrichtungen zur beruflichen und sozialen Rehabilitation	200,0	200,0
5. Nachsorgemaßnahmen, Förderung von Selbsthilfegruppen	100,0	100,0
6. Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Mitarbeiter in der Suchtkrankenhilfe; Fachtagungen	200,0	200,0
7. Betreuung von Suchtkranken und Abhängigen in den Justizvollzugsanstalten	3 200,0	3 200,0
Zusammen	9 950,0	9 950,0

Zu 10 08/883 92 und 893 92

Zuschüsse zur Errichtung von Rehabilitations- und Resozialisierungseinrichtungen für besonders Gefährdete und Abhängige.

Verpflichtungsermächtigung 1997 und 1998:

Für die rechtzeitige Bewilligung der Zuwendungen für die Investitionsförderungsmaßnahmen.

Zu 10 08/93

Mit der Verabschiedung eines Organspendegesetzes durch den Bund, das die Spendebereitschaft in der Bevölkerung erhöhen soll, ist noch im Jahr 1996 zu rechnen. Dieses Gesetz sieht u.a. auch eine Aufklärung der Bevölkerung durch die Landesbehörden vor. Zur Finanzierung dieser Aufklärungsmaßnahmen sind die Mittel erforderlich.

Veranschlagung erstmals 1997.

10 08 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - GESUNDHEITS- UND VETERINÄRWESSEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		97 MASSNAHMEN, DIENSTE UND EINRICHTUNGEN ZUR VERSOR- GUNG PSYCHISCH KRANKER UND PSYCHISCH BEHINDERTER; PSYCHOSOZIALE PRÄVENTION TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.			
526 97-1	314	KOSTEN VON UNTERSUCHUNGEN U. DGL.	30,0	30,0	A 30,0 B 60,2
531 97-4	314	KOSTEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND DOKUMENTATION	10,0	10,0	A 10,0
536 97-9	314	KOSTEN DER PSYCHOSOZIALEN ARBEITSGEMEINSCHAFTEN	10,0	10,0	A 10,0 B 1,4
653 97-6	314	SONSTIGE ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GV	350,0	350,0	A 350,0 B 317,0
684 97-9	314	ZUSCHÜSSE AN SOZIALE ODER ÄHNLICHE EINRICHTUNGEN	10.000,0	12.000,0	A 12.000,0 B 10.080,8
685 97-8	314	ZUSCHÜSSE AN SONSTIGE	---	---	A ---
863 97-2	314	DARLEHEN	***	***	A ---
883 97-8	314	ZUWEISUNGEN FÜR INVESTITIONEN AN GEMEINDEN UND GV	100,0	100,0	A 100,0
892 97-7	314	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN PRIVATE UNTERNEHMEN	---	---	A ---
893 97-6	314	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN SONSTIGE VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 1.500,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 1.500,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	500,0	1.500,0	A 3.000,0 B 2.648,1
		SUMME DER TITELGRUPPE	11.000,0	14.000,0	A 15.500,0 B 13.107,5
		GESAMTAUSGABEN	66.169,1	69.375,6	A 74.490,3 B 61.120,6 C 2.276,9

Erläuterungen

Zu 10 08/97

Der Zweite Bayerische Landesplan zur Versorgung psychisch Kranker und psychisch Behinderter wurde im August 1990 veröffentlicht. Er verfolgt das Ziel, den in Teilbereichen - vor allem bei der Versorgung chronisch psychisch Kranker - spürbaren Nachholbedarf gegenüber der somatischen Krankenversorgung weiter abzubauen. Neben Verbesserungen im Bereich der stationären Krankenversorgung (Förderung nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz und dem Finanzausgleichsgesetz) sollen vorrangig folgende Maßnahmen bezuschußt werden:

- Ausbau der Sozialpsychiatrischen Dienste, der Laienhilfe und der Selbsthilfe,
- Fortbildung der Fachkräfte,
- Errichtung differenzierter betreuter Wohneinrichtungen,
- Schaffung von tagesstrukturierenden und beschäftigungsfördernden Angeboten (Tagesstätten, Zuverdienstfirmen u.ä.),
- Sanierung bedarfsgerechter Pflegeeinrichtungen.

Veranschlagt sind die Mittel für:

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Untersuchungen, Öffentlichkeitsarbeit und Koordinierungsgremien	50,0	50,0
2. Fortbildung, Laienhelferschulung und Fachtagungen	350,0	350,0
3. Sozialpsychiatrische Betreuung einschl. Laienhilfe	10 000,0	12 000,0
4. Wohngemeinschaften und Wohnheime	300,0	800,0
5. Tagesstätten, Zuverdienstfirmen u.ä.	100,0	200,0
6. Pflegeeinrichtungen einschl. Pflegebereiche der psychiatrischen Krankenhäuser	200,0	600,0
Zusammen	11 000,0	14 000,0

1997 gegenüber 1996:

4 500,0 Tsd DM weniger aufgrund der finanzwirtschaftlichen Erfordernisse.

1998 gegenüber 1997:

3 000,0 Tsd DM mehr insbesondere zur Förderung der außerklinischen Dienste und Versorgungseinrichtungen.

Weitere Mittel zur Sanierung und Verbesserung der Ausstattung des pflegerischen Bereichs der psychiatrischen Krankenhäuser sind bei Kap. 13 10 Tit. 899 01 veranschlagt.

Verpflichtungsermächtigung 1997 und 1998:

Für die rechtzeitige Bewilligung der Mittel für Investitionsvorhaben.

10 08 ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN - GESUNDHEITS- UND VETERINÄRWESEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		ABSCHLUSS			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.	20.0	20.0	A 15.0 B 28.0
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	600.0	600.0	A 600.0 B 818.7
		GESAMTEINNAHMEN	620.0	620.0	A 615.0 B 846.7
		PERSONALAUSGABEN	4.716.6	4.763.1	A 5.319.0 B 4.172.4
		SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	10.358.3	10.458.3	A 10.158.3 B 8.592.2
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	49.144.2	51.304.2	A 54.093.0 B 45.468.2 C 2.276.9
		SONSTIGE SACHINVESTITIONEN	200.0	100.0	A 270.0 B 137.3
		INVESTITIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN	1.750.0	2.750.0	A 4.650.0 B 2.750.5
		GESAMTAUSGABEN	66.169.1	69.375.6	A 74.490.3 B 61.120.6 C 2.276.9
		ZUSCHUSS	65.549.1	68.755.6	A 73.875.3 B 60.273.9 C 2.276.9

10 10 LANDEsarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
EINNAHMEN					
VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.					
111 01-3	054	GEBÜHREN, BEITRÄGE, TARIFLICHE UND GEBÜHRENARTIGE ENTGELTE	4.900,0	5.000,0	A 4.420,0 B 3.638,8 C 3.040,5
112 01-2	054	GELDSTRAFEN, GELDBUSSEN, VERWARNUNGSGELDER	20,0	20,0	A 40,0 B 11,5 C 24,2
113 01-1	054	ERLÖSE AUS DEM VERKAUF VON GEGENSTÄNDEN	1,2	1,2	A 1,2 B 0,3 C 0,5
119 49-9	054	VERMISCHTE EINNAHMEN	6,0	6,0	A 3,0 B 6,3 C 5,8
124 01-8	054	EINNAHMEN AUS VERMIETUNG, VERPACHTUNG UND NUTZUNG	8,3	8,3	A 6,3 B 6,1 C 6,1
ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN					
231 01-8	054	ERSTATTUNGEN VON VERWALTUNGS-AUSGABEN VOM BUND	---	---	A --- C 292,0
241 01-6	054	SONSTIGE ERSTATTUNGEN VOM BUND - DIENSTBEZÜGE	---	---	A ---
GESAMTEINNAHMEN			4.935,5	5.035,5	A 4.470,5 B 3.663,0 C 3.369,1
AUSGABEN					
PERSONALAUSGABEN					
412 01-9	054	ENTSCHÄDIGUNGEN FÜR EHRENAMTLICHE RICHTER	750,0	750,0	A 800,0 B 711,9 C 642,6
422 01-7	054	BEZÜGE DER PLANMÄSSIGEN BEAMTEN (RICHTER)	20.420,1	20.985,5	A 18.060,0 B 19.762,6 C 18.654,5
422 11-5	054	BEZÜGE DER BEAMTEN ZUR ANSTELLUNG UND DER RICHTER AUF PROBE	1.294,3	1.329,8	A 892,0 B 1.252,3 C 1.214,7

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 10

Die Gerichtsbarkeit in Arbeitssachen wird in Bayern durch die Landesarbeitsgerichte München und Nürnberg als Berufungs- und Beschwerdegerichte und die Arbeitsgerichte Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Kempten, München, Nürnberg, Passau, Regensburg, Rosenheim, Weiden und Würzburg mit insgesamt 11 auswärtigen Kammern als Erstinstanzgerichte nach dem Arbeitsgerichtsgesetz vom 3. September 1953 - BGBI I S. 1267 - (in der Fassung der verschiedenen Änderungsgesetze) ausgeübt.

Zu 10 10/111 01

Gebühren und Auslagen nach § 12 ArbGG.

1997 gegenüber 1996:

480,0 Tsd DM mehr.

1998 gegenüber 1997:

100,0 Tsd DM mehr nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 10 10/112 01

1997 gegenüber 1996:

20,0 Tsd DM weniger nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 10 10/124 01

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschl. der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser u. dgl.)	8,2	8,2
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	0,1	0,1
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	-	-
Zusammen	8,3	8,3

Zu 10 10/412 01

Die Entschädigungen sind nach dem Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter zu leisten. Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadenersatz bei Staatsbediensteten Billigkeitsleistungen gewährt werden.

1997 gegenüber 1996:

50,0 Tsd DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 10/422 01

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
Davon		
Aufwandsentschädigungen für 120 Empfänger	8,6	8,6
Vergütungen für Nebentätigkeit	54,0	54,0

Zu 10 10/422 11

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
Davon		
Aufwandsentschädigungen für 1 Empfänger	0,1	0,1
Vergütungen für Nebentätigkeit	0,5	0,5

10 10 LANDEsarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
422 21-3	054	ANWÄRTERBEZÜGE, UNTERHALTSBEIHILFEN FÜR DIENSTANFÄNGER	876,7	901,3	A 710,0 B 848,1 C 802,3
422 31-1	054	BEZÜGE DER ABGEORDNETEN BEAMTEN (RICHTER)	135,0	138,9	A 84,0 B 130,6 C 88,1
425 01-4	054	VERGÜTUNGEN DER ANGESTELLTEN	7.400,4	7.623,0	A 6.485,0 B 7.067,0 C 6.804,6
425 11-2	054	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE	59,0	59,0	A 58,8 B 34,4 C 44,0
425 15-8	054	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE (STELLENBESETZUNG GEMÄSS NR. 3.1 DBESTHG)	---	---	A --- B 200,4 C 284,3
425 17-6	054	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE ZUR ÜBERBRÜCKUNG VON ERZIEHUNGSURLAUB GEMÄSS ART. 6 ABS. 4 HG	---	---	A --- C 18,2
425 41-6	054	ÜBERSTUNDENVERGÜTUNGEN FÜR ANGESTELLTE	45,0	45,0	A 45,0 B 21,2 C 45,7
426 01-3	054	LÖHNE DER ARBEITER	435,4	448,2	A 570,0 B 415,8 C 447,3
426 05-9	054	LÖHNE DER ARBEITER (STELLENBESETZUNG GEMÄSS NR. 3.1 DBESTHG)	---	---	A ---
427 01-2	054	BESCHÄFTIGUNGSENTGELTE, AUFWENDUNGEN FÜR NEBENAMTLICH UND NEBENBERUFLICH TÄTIGE	40,0	40,0	A 25,0 B 41,4 C 75,6
451 01-1	054	ZUSCHÜSSE ZUR GEMEINSCHAFTSVERPFLEGUNG	51,0	51,0	A 50,0 B 46,2 C 42,2
453 01-9	054	TRENNUNGSGELD UND UMZUGSKOSTENVERGÜTUNGEN	60,0	60,0	A 60,0 B 58,9 C 84,9
SÄCHLICHE VERWALTUNGSausgaben					
511 01-9	054	GESCHÄFTSBEDARF	475,0	480,0	A 395,0 B 435,2 C 407,5
512 01-8	054	BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN	260,0	260,0	A 235,0 B 258,2 C 243,4

Erläuterungen

Zu 10 10/422 21

Anwärterbezüge.

Zu 10 10/422 31

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 10/425 01

Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 10/425 11

Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 10/425 15

Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 10/426 01

Löhne einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 10/427 01

1997 gegenüber 1996:

15,0 Tsd DM mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 10/451 01

Die Ausgaben für die im Ämtergebäude Nürnberg untergebrachten LAG Nürnberg und ArbG Nürnberg sind bei 10 20/451 01 veranschlagt.

Zu 10 10/453 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Trennungsgeld für 14/14 Bedienstete	45,0	45,0
2. Umzugskostenvergütung für den Umzug von 2/2 Bediensteten	15,0	15,0
Zusammen	60,0	60,0

Zu 10 10/511 01

Die Auslagen für Fotokopien und Abschriften in Rechtssachen fließen den Einnahmen bei 111 01 teilweise wieder zu.

1997 gegenüber 1996:

80,0 Tsd DM mehr infolge angestiegenen Geschäftsanfalls.

Zu 10 10/512 01

1997 gegenüber 1996:

25,0 Tsd DM mehr infolge Beschaffung neu aufgelegter Kommentare sowie Aktualisierung der Rechtsliteratur.

10 10 LANDESGERICHE, ARBEITSGERICHE

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
513 01-7	054	LEISTUNGSENTGELTE FÜR POST- UND FERNMELDEDIENST- LEISTUNGEN	1.850,0	1.850,0	A 1.920,0 B 1.622,1 C 1.586,0
514 01-6	054	HALTUNG VON DIENSTFAHRZEUGEN	0,5	0,5	A 0,5 B 0,1 C 0,1
515 01-5	054	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE FÜR VERWALTUNGSZWECKE, WARTUNG	172,0	175,0	A 170,0 B 168,2 C 182,6
516 01-4	054	DIENST- UND SCHUTZKLEIDUNG	9,0	9,0	A 7,0 B 7,9 C 9,1
517 01-3	054	BEWIRTSCHAFTUNG DER GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME	565,0	570,0	A 550,0 B 535,4 C 463,2
517 05-9	054	BEWIRTSCHAFTUNG DURCH HEIZUNG, BELEUCHTUNG UND ELEKTRISCHE KRAFT	290,0	290,0	A 310,0 B 245,5 C 266,4

Erläuterungen

Zu 10 10/513 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Postgebühren	1 610,0	1 610,0
2. Laufende Fernmeldekosten	200,0	200,0
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	40,0	40,0
Zusammen	1 850,0	1 850,0

1997 gegenüber 1996:

70,0 Tsd DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 2.

- Das ArbG München trägt auch die Kosten des Bayerischen Obersten Landesgerichts, der Staatsanwaltschaft beim Bayerischen Obersten Landesgericht sowie des Amtsgerichts (Vollstreckungs- und Konkursgericht).
- Die Kosten für das LAG Nürnberg und das ArbG Nürnberg sind bei 10 20/513 01 (AVF Nürnberg) veranschlagt.

Anzahl der privaten Fernsprechanchlüsse mit dienstlicher Mitbenutzung:

a) Hauptanschlüsse - (-)

b) Nebenanschlüsse - (-)

Zu 10 10/514 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Betriebsstoffe	0,3	0,3
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	0,2	0,2
Zusammen	0,5	0,5

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll 1997	Soll 1998	Soll 1996	am 1.2.1996
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	-	-	-	-
Krafträder (Mopeds, Mofas)	2	2	2	2
		1997		1998
		Tsd DM		Tsd DM
Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:				
Kosten wie vor		0,5		0,5
Personalausgaben		-		-
Beschaffung von Dienstfahrzeugen		-		-
Zusammen		0,5		0,5

Die Kosten für das LAG Nürnberg und das ArbG Nürnberg sind bei 10 20/514 01 veranschlagt (Fahrbereitschaft).

Zu 10 10/515 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	65,0	65,0
2. Wartung und Reparaturen	107,0	110,0
Zusammen	172,0	175,0

Zu 10 10/517 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	469,0	474,0
2. Steuern und Abgaben	10,0	10,0
3. Geräte	1,0	1,0
4. Sonstige Hausbewirtschaftungskosten	85,0	85,0
Zusammen	565,0	570,0

Zu 10 10/517 05

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Heizung	150,0	150,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft, Heizung durch Gas und Elektrizität	140,0	140,0
Zusammen	290,0	290,0

10 10 LANDEsarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
518 01-2	054	MIETEN UND PACHTEN FÜR GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME	2.720,0	2.874,0	A 2.691,0 B 2.590,0 C 2.455,4
518 11-0	054	MIETEN UND PACHTEN FÜR MASCHINEN, GERÄTE UND FAHRZEUGE	---	---	A ---
519 01-1	054	UNTERHALTUNG DER GRUNDSTÜCKE UND BAULICHEN ANLAGEN	---	---	A --- B 129,0 C 115,1
526 01-2	054	AUSLAGEN IN RECHTSSACHEN	5.800,0	5.800,0	A 4.950,0 B 5.105,2 C 4.062,3
527 01-1	054	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR INLANDSDIENSTREISEN	32,0	35,0	A 35,0 B 22,6 C 12,5
527 11-9	054	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR AUSLANDSDIENSTREISEN	---	---	A ---
532 11-2	054	UMZUGS- UND VERLEGUNGSKOSTEN VON DIENSTSTELLEN	---	---	A --- C 26,8
546 49-2	054	VERMISCHTE VERWALTUNGSAusGABEN	8,0	8,0	A 5,0 B 6,1 C 4,0
BAUMASSNAHMEN					
701 01-9	054	KLEINE NEU-, UM- UND ERWEITERUNGSBAUTEN	---	---	A ---
710 00-9	054	STAATLICHE HOCHBAUMASSNAHMEN (SIEHE ANLAGE S) KREDITFINANZIERT.	---	---	A 1.000,0 B 1.160,3 C 1.366,1
SONSTIGE AUSGABEN FÜR INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN					
811 01-6	054	ERWERB VON DIENSTFAHRZEUGEN	1,2	---	A --- B 0,7
812 01-5	054	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN FÜR VERWALTUNGSZWECKE	200,0	200,0	A 190,0 B 194,1 C 260,7

Erläuterungen

Zu 10 10/518 01

Für angemietete Diensträume sind im einzelnen veranschlagt (Jährliche Kosten = die Miet- und Nebenkosten sowie die Mieten für auswärtige Gerichtstage):

Arbeitsgericht/ Grundstück	Nutzfläche qm	Jährliche Kosten 1997 Tsd DM	Jährliche Kosten 1998 Tsd DM
Augsburg, Ulrichsplatz 3	908	155,0	165,0
Kammer Neu-Ulm, Maximilianstraße 39	109	20,5	22,5
Kempten, Königstraße 11	805	160,0	160,0
München, Winzererstraße 104	9 142	2 194,0	2 294,0
Passau, Eggendobl 4	538	96,0	96,0
Kammer Deggendorf	263	37,0	37,0
Bayreuth für Kammer Hof	234	-	42,0
Weiden für Kammer Schwandorf	-	12,5	12,5
Gerichtstage	-	45,0	45,0
Zusammen		2 720,0	2 874,0

1998 gegenüber 1997:

154,0 Tsd DM mehr infolge Anmietung von Räumen für die Kammer Hof des ArbG Bayreuth sowie für die Anmietung zusätzlicher Räume für das LAG und das ArbG in München.

Zu 10 10/519 01

Vgl. Sammelansatz bei 10 02/519 01.

Zu 10 10/526 01

1997 gegenüber 1996:

850,0 Tsd DM mehr infolge Klagenmehrung sowie vermehrter Inanspruchnahme von Prozeßkostenhilfe.

Zu 10 10/527 01

Bestand an anerkannten Personenkraftwagen: 9 (9)

Zu 10 10/546 49

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte	-	-
2. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	4,3	4,3
3. Verlustentschädigungen	-	-
4. Auslagen für Vorstellungsreisen	1,3	1,3
5. Sonstige vermischte Ausgaben	2,4	2,4
Zusammen	8,0	8,0

Zu 10 10/811 01

1997	Tsd DM
Erstbeschaffung	
1 Fahrrad	1,2

Zu 10 10/812 01

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Ersatzbeschaffung für aussonderungsreife Geräte und Maschinen	120,0	100,0
2. Neuausstattung von Sitzungssälen	40,0	20,0
3. Neuausstattung von Diensträumen des ArbG Weiden und der Kammer Schwandorf	-	40,0
4. Ersatz von Vorhängen im LAG und ArbG München	40,0	40,0
Zusammen	200,0	200,0

10 10 LANDEsarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM	
1	2	3	4	5	6	
812 03-3	054	ERWERB VON VERWALTUNGSEIGENEN FERNMELDEANLAGEN, SOWEIT DIE AUSGABEN NICHT ZU DEN BAUKOSTEN GEHÖREN	35,0	---	A C	--- 28,1
TITELGRUPPEN						
99 KOSTEN DER DATENVERARBEITUNG TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.						
513 99-0	054	LEISTUNGSENTGELTE FÜR POST- UND FERNMELDEDIENST- LEISTUNGEN	---	---	A	---
515 99-8	054	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE, WARTUNG	445,0	490,0	A B C	660,0 393,9 250,9
518 99-5 -----	054	MIETEN FÜR ELEKTRONISCHE DATENVERARBEITUNGSANLAGEN, GERÄTE UND MASCHINEN	5,0	5,0	A C	59,8
519 99-4	054	UNTERHALTUNG DER GRUNDSTÜCKE UND BAULICHEN ANLAGEN	30,0	30,0	A B C	165,0 308,0 116,4
522 99-9	054	VERBRAUCHSMITTEL	125,0	125,0	A B C	180,0 36,2 27,3
525 99-6	054	AUS- UND FORTBILDUNG	130,0	35,0	A B C	220,0 62,6 38,5
526 99-5	054	KOSTEN FÜR SACHVERSTÄNDIGE	---	---	A B C	30,0 19,3 21,7
527 99-4	054	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR INLANDSDIENSTREISEN	15,0	15,0	A B C	30,0 12,7 16,6
533 99-6	054	NEBENKOSTEN DER DATENVERARBEITUNG	---	---	A B C	5,0 5,1 2,5
534 99-5	054	VERGABE VON AUFTRÄGEN FÜR DATENERFASSUNG, SOFTWARE- ENTWICKLUNG U.Ä.	---	---	A B	20,0 2,3

Erläuterungen

Zu 10 10/812 03

Ersatz der Telekommunikationsanlage (2 W 30) des ArbG Bamberg.

Zu 10 10/99

Veranschlagt sind die Kosten für die Ausstattung der Arbeitsgerichtsbarkeit mit Informationsverarbeitungs- und Kommunikationstechnik für den Verwaltungsvollzug und für die Informationsgewinnung.

Nachrichtlich:

Personal, das dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

	Anzahl der Stellen
Gruppe Beamte	
Höherer Dienst	-
Gehobener Dienst	7
Mittlerer Dienst	6
Gruppe Angestellte	-
Zusammen	13

Zu 10 10/515 99

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
Veranschlagt sind:		
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	30,0	40,0
2. Wartung und Reparaturen	415,0	450,0
Zusammen	445,0	490,0

1997 gegenüber 1996:

215,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an die Istaussgaben.

1998 gegenüber 1997:

45,0 Tsd DM mehr wegen steigender Wartungskosten nach Auslauf der Gewährleistungszeiträume.

Zu 10 10/519 99

1997 gegenüber 1996:

135,0 Tsd DM weniger wegen abgeschlossener Verkabelungsarbeiten.

Zu 10 10/522 99

1997 gegenüber 1996:

55,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an die Istaussgaben.

Zu 10 10/525 99

1997 gegenüber 1996:

90,0 Tsd DM weniger.

1998 gegenüber 1997:

95,0 Tsd DM weniger wegen geringeren Schulungsbedarfs.

Zu 10 10/527 99

1997 gegenüber 1996:

15,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an die Istaussgaben.

10 10 LANDEsarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
812 99-8	054	ERWERB VON ELEKTRONISCHEN DATENVERARBEITUNGSANLAGEN, GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDEN	75,0	75,0	A 790,0 B 1.403,2 C 710,6
813 99-7	054	ERWERB VON SOFTWARE	25,0	25,0	A 100,0 B 34,3 C 19,5
		SUMME DER TITELGRUPPE	850,0	800,0	A 2.200,0 B 2.277,6 C 1.263,8
		GESAMTAUSGABEN	44.834,6	45.783,2	A 42.498,3 B 45.349,0 C 42.002,1
		ABSCHLUSS			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.	4.935,5	5.035,5	A 4.470,5 B 3.663,0 C 3.077,1
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	-	-	A B C 292,0
		GESAMTEINNAHMEN	4.935,5	5.035,5	A 4.470,5 B 3.663,0 C 3.369,1
		PERSONALAUSGABEN	31.566,9	32.431,7	A 27.839,8 B 30.590,8 C 29.249,0
		SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	12.931,5	13.051,5	A 12.578,5 B 11.965,6 C 10.368,1
		BAUMASSNAHMEN	-	-	A 1.000,0 B 1.160,3 C 1.366,1
		SONSTIGE SACHINVESTITIONEN	336,2	300,0	A 1.080,0 B 1.632,3 C 1.018,9
		GESAMTAUSGABEN	44.834,6	45.783,2	A 42.498,3 B 45.349,0 C 42.002,1
		ZUSCHUSS	39.899,1	40.747,7	A 38.027,8 B 41.686,0 C 38.633,0

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 10/812 99

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
Veranschlagt sind:		
1. Einrichtung von Bildschirmarbeitsplätzen (Ergänzung)	40,0	40,0
2. Beschaffung von Druckern u.ä. (Ergänzung)	35,0	35,0
Zusammen	75,0	75,0

1997 gegenüber 1996:

715,0 Tsd DM weniger wegen weitgehend abgeschlossener Erstausrüstung.

Zu 10 10/813 99

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
Veranschlagt sind:		
1. Standardsoftware (Ergänzung)	25,0	25,0
2. Individualsoftware	-	-
Zusammen	25,0	25,0

1997 gegenüber 1996:

75,0 Tsd DM weniger wegen abgeschlossener Erstausrüstung.

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
EINNAHMEN					
VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.					
111 01-9	054	GEBÜHREN, BEITRÄGE, TARIFLICHE UND GEBÜHRENARTIGE ENTGELTE	30,0	30,0	A 30,0 B 20,3 C 23,3
112 01-8	054	GELDSTRAFEN, GELDBUSSEN, VERWARNUNGSGELDER	35,0	35,0	A 30,0 B 34,4 C 30,7
113 01-7	054	ERLÖSE AUS DEM VERKAUF VON GEGENSTÄNDEN	1,0	1,0	A 0,7 B 2,5 C 0,9
119 49-5	054	VERMISCHTE EINNAHMEN	1,0	1,0	A 2,0 B 0,3 C 1,6
124 01-4	054	EINNAHMEN AUS VERMIETUNG, VERPACHTUNG UND NUTZUNG	50,0	51,0	A 43,2 B 40,9 C 41,8
ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN					
231 01-4	054	ERSTATTUNGEN VON VERWALTUNGS-AUSGABEN VOM BUND	---	---	A --- C 18,0-
241 01-2	054	SONSTIGE ERSTATTUNGEN VOM BUND	---	---	A ---
281 01-3	054	ERSTATTUNG VON PROZESSKOSTEN	2.700,0	2.700,0	A 2.000,0 B 2.263,8 C 2.057,9
GESAMTEINNAHMEN			2.817,0	2.818,0	A 2.105,9 B 2.362,2 C 2.138,2
AUSGABEN					
PERSONALAUSGABEN					
412 01-5	054	ENTSCHÄDIGUNGEN FÜR EHRENAMTLICHE RICHTER	1.000,0	1.000,0	A 1.000,0 B 902,9 C 857,9
422 01-3	054	BEZÜGE DER PLANMÄSSIGEN BEAMTEN (RICHTER)	27.069,8	27.665,7	A 25.968,0 B 26.578,8 C 25.377,7
422 11-1	054	BEZÜGE DER BEAMTEN ZUR ANSTELLUNG UND DER RICHTER AUF PROBE	1.087,5	1.118,0	A 1.322,0 B 1.052,2 C 1.168,3
422 21-9	054	ANWÄRTERBEZÜGE, UNTERHALTSBEIHILFEN FÜR DIENSTANFÄNGER	357,6	367,5	A 584,0 B 345,2 C 438,9

E r l ä u t e r u n g e n

Vorbemerkung zu Kapitel 10 12

Die Sozialgerichtsbarkeit wird in Bayern durch das Bayerische Landessozialgericht in München als Berufungs- und Beschwerdegericht (§ 28 Abs. 1, § 29 SGG, Art. 4 Abs. 1 AGSGG) und die Sozialgerichte Augsburg, Bayreuth, Landshut, München, Nürnberg, Regensburg und Würzburg als Erstinstanzgerichte (§ 7 Abs. 1 Satz 1 SGG, Art. 1 AGSGG) ausgeübt.

Durch Verordnung der Bayerischen Staatsregierung vom 2. Mai 1995 (GVBl S. 167) wurde zum 1. Juli 1995 eine Zweigstelle des Bayerischen Landessozialgerichts mit 6 Senaten in Schweinfurt errichtet.

Zu 10 12/111 01

Kosten für die Anfertigung von Abschriften gemäß §§ 93, 120 Abs. 2 SGG.

Zu 10 12/112 01

Ordnungsgelder gemäß § 118 SGG in Verbindung mit §§ 380 ff. 409, ZPO.

Zu 10 12/124 01

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschl. der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser u. dgl.)	31,7	32,7
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl. . .	18,3	18,3
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	-	-
Zusammen	50,0	51,0

Zu 10 12/281 01

Erstattung von Gebühren nach §§ 184 ff., von Kosten nach § 109 SGG und den Auslagen für geleistete Rechtshilfe.

1997 gegenüber 1996:

700,0 Tsd DM mehr nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 10 12/412 01

Die Entschädigungen sind nach dem Gesetz über die Entschädigungen der ehrenamtlichen Richter zu leisten. Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadenersatz bei Staatsbediensteten Billigkeitsleistungen gewährt werden.

Zu 10 12/422 01

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
Davon		
Aufwandsentschädigungen für 175 Empfänger	13,0	13,0

Zu 10 12/422 11

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 12/422 21

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

10 12 BAYER. LANDESSOZIALGERICHT, SOZIALGERICHTE

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
422 31-7	054	BEZÜGE DER ABGEORDNETEN BEAMTEN (RICHTER)	---	---	A --- C 29,3
425 01-0	054	VERGÜTUNGEN DER ANGESTELLTEN	8.643,4	8.843,5	A 9.417,0 B 8.395,7 C 8.462,4
425 11-8	054	VERGÜTUNG FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE	---	---	A ---
425 15-4	054	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE (STELLENBESETZUNG GEMÄSS NR. 3.1 DBESTHG)	---	---	A ---
425 17-2	054	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE ZUR ÜBERBRÜCKUNG VON ERZIEHUNGSURLAUB GEMÄSS ART. 6 ABS. 4 HG	---	---	A ---
425 41-2	054	ÜBERSTUNDENVERGÜTUNGEN FÜR ANGESTELLTE	---	---	A --- B 4,7 C 4,7
426 01-9	054	LÖHNE DER ARBEITER	1.433,4	1.476,6	A 1.290,0 B 1.312,4 C 1.305,0
426 05-5	054	LÖHNE DER ARBEITER (STELLENBESETZUNG GEM. NR. 3.1 DBESTHG)	---	---	A --- B 56,5 C 54,1
427 01-8	054	BESCHÄFTIGUNGSENTGELTE, AUFWENDUNGEN FÜR NEBENAMTLICH UND NEBENBERUFLICH TÄTIGE	---	---	A ---
451 01-7	054	ZUSCHÜSSE ZUR GEMEINSCHAFTSVERPFLEGUNG	80,0	80,0	A 80,0 B 74,0 C 79,1
453 01-5	054	TRENNUNGSGELD UND UMZUGSKOSTENVERGÜTUNGEN	50,0	50,0	A 50,0 B 84,3 C 20,4
SÄCHLICHE VERWALTUNGSAusGABEN					
511 01-5	054	GESCHÄFTSBEDARF	375,0	375,0	A 385,0 B 317,5 C 319,3
512 01-4	054	BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN	410,0	410,0	A 400,0 B 499,5 C 361,3
513 01-3	054	LEISTUNGSENTGELTE FÜR POST- UND FERNMELEDIEDIENST-LEISTUNGEN	1.550,0	1.550,0	A 1.600,0 B 1.372,4 C 1.389,2

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 12/422 31

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 12/425 01

Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 12/425 11

Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 12/425 15

Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 12/425 41

Vgl. Sammelansatz bei 10 02/425 41.

Zu 10 12/426 01

Löhne einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 12/426 05

Löhne einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 12/453 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Trennungsgeld für 2/2 Bedienstete	20,0	20,0
2. Umzugskostenvergütungen für den Umzug von 2/2 Bediensteten	30,0	30,0
Zusammen	50,0	50,0

Zu 10 12/511 01

Die Auslagen für Fotokopien und Abschriften in Rechtssachen fließen den Einnahmen bei 111 01 wieder zu.

Zu 10 12/513 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Postgebühren	1 050,0	1 050,0
2. Laufende Fernmeldekosten	440,0	440,0
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	60,0	60,0
Zusammen	1 550,0	1 550,0

1997 gegenüber 1996:

50,0 Tsd DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Anzahl der privaten Fernsprechanchlüsse mit dienstlicher Mitbenutzung:

- a) Hauptanschlüsse - (-)
b) Nebenanschlüsse 3 (3)

10 12 BAYER. LANDESSOZIALGERICHT, SOZIALGERICHTE

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
514 01-2	054	HALTUNG VON DIENSTFAHRZEUGEN	32,0	32,0	A 32,0 B 25,2 C 24,8
515 01-1	054	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE FÜR VERWALTUNGSZWECKE, WARTUNG	270,0	270,0	A 270,0 B 259,2 C 235,2
516 01-0	054	DIENST- UND SCHUTZKLEIDUNG	9,0	9,0	A 9,0 B 6,5 C 5,2
517 01-9	054	BEWIRTSCHAFTUNG DER GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME	940,0	940,0	A 820,0 B 874,4 C 736,2
517 05-5	054	BEWIRTSCHAFTUNG DURCH HEIZUNG, BELEUCHTUNG UND ELEKTRISCHE KRAFT	580,0	580,0	A 580,0 B 499,6 C 503,1

Erläuterungen

Zu 10 12/514 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Betriebsstoffe	20,0	20,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	12,0	12,0
Zusammen	32,0	32,0

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll 1997	Soll 1998	Soll 1996	am 1.2.1996
Personenkraftwagen	3	3	3	3
Krafträder (Mopeds, Mofas)	1	1	1	1
Kommunaltraktoren	2	2	1	1

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:		
Kosten wie vor	32,0	32,0
Personalausgaben	206,3	212,5
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	53,8	27,0
Zusammen	292,1	271,5

Zu 10 12/515 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	100,0	100,0
2. Wartung und Reparaturen	170,0	170,0
Zusammen	270,0	270,0

Zu 10 12/517 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	740,0	740,0
2. Steuern und Abgaben	50,0	50,0
3. Geräte	10,0	10,0
4. Sonstige Hausbewirtschaftungskosten	140,0	140,0
Zusammen	940,0	940,0

1997 gegenüber 1996:

120,0 Tsd DM mehr infolge vermehrter Nutzflächen.

Zu 10 12/517 05

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Heizung	270,0	270,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft, Heizung durch Gas und Elektrizität	310,0	310,0
Zusammen	580,0	580,0

10 12 BAYER. LANDESSOZIALGERICHT, SOZIALGERICHTE

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
518 01-8	054	MIETEN UND PACHTEN FÜR GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME	2.428,0	2.428,0	A 2.630,0 B 2.536,8 C 2.433,2
518 11-6	054	MIETEN UND PACHTEN FÜR MASCHINEN, GERÄTE UND FAHRZEUGE	45,0	45,0	A 45,0 B 37,1 C 29,9
519 01-7	054	UNTERHALTUNG DER GRUNDSTÜCKE UND BAULICHEN ANLAGEN	---	---	A --- B 393,7 C 578,9
526 01-8	054	AUSLAGEN IN RECHTSSACHEN	25.000,0	25.000,0	A 24.250,0 B 23.739,0 C 20.837,5
527 01-7	054	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR INLANDSDIENSTREISEN	50,0	50,0	A 40,0 B 43,2 C 30,6
527 11-5	054	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR AUSLANDSDIENSTREISEN	---	---	A ---
532 11-8	054	UMZUGS- UND VERLEGUNGSKOSTEN VON DIENSTSTELLEN	---	---	A --- B 32,9 C 2,1
546 49-8	054	VERMISCHTE VERWALTUNGSAusGABEN	8,0	8,0	A 6,0 B 3,6 C 1,9
BAUMASSNAHMEN					
701 01-5	054	KLEINE NEU-, UM- UND ERWEITERUNGSBAUTEN	---	---	A --- B 109,6 C 912,5
710 00-5	054	STAATLICHE HOCHBAUMASSNAHMEN (SIEHE ANLAGE S) KREDITFINANZIERT.	---	---	A 500,0 B 2.344,1 C 2.407,1

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 12/518 01

Für angemietete Diensträume sind im einzelnen veranschlagt (jährliche Kosten = die Miet- und Nebenkosten sowie die Mieten für auswärtige Gerichtstage):

Sozialgericht/ Grundstück	Nutzfläche qm	Jährliche Kosten 1997 Tsd DM	Jährliche Kosten 1998 Tsd DM
Zweigstelle des LSG in Schweinfurt	2 743	494,0	494,0
Augsburg, Holbeinstraße 12	2 278	238,0	238,0
München, Richelstraße	7 980	1 682,0	1 682,0
Gerichtstage	-	14,0	14,0
Zusammen		2 428,0	2 428,0

(München, Richelstraße: 700 qm vom Bayer. Landesjugendamt belegt)

1997 gegenüber 1996:

202,0 Tsd DM weniger infolge Aufgabe von Mieträumen sowie Mietpreisreduzierung.

Zu 10 12/519 01

Vgl. Sammelansatz bei 10 02/519 01.

Zu 10 12/526 01

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Entschädigung für Zeugen und Sachverständige, Erstattungen an Kläger u. dgl.	24 650,0	24 650,0
2. Reisekosten in Rechtssachen	150,0	150,0
3. Prozeßkostenhilfe	200,0	200,0
Zusammen	25 000,0	25 000,0

1997 gegenüber 1996:

750,0 Tsd DM mehr infolge Klagenmehrung.

Zu 10 12/527 01

Bestand an anerkannten Personenkraftwagen: 1 (1)

Zu 10 12/546 49

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte .	-	-
2. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	1,5	1,5
3. Verlustentschädigungen	-	-
4. Auslagen für Vorstellungsreisen	0,5	0,5
5. Sonstige vermischte Ausgaben	6,0	6,0
Zusammen	8,0	8,0

10 12 BAYER. LANDESSOZIALGERICHT, SOZIALGERICHTE

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		SONSTIGE AUSGABEN FÜR INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN			
811 01-2	054	ERWERB VON DIENSTFAHRZEUGEN	55,0	27,0	A --- B 28,4 C 24,4
812 01-1	054	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN FÜR VERWALTUNGSZWECKE	250,0	250,0	A 230,0 B 153,5 C 703,9
812 03-9	054	ERWERB VON VERWALTUNGSEIGENEN FERNMELDEANLAGEN, SOWEIT DIE AUSGABEN NICHT ZU DEN BAUKOSTEN GEHÖREN	---	---	A 240,0 B 86,5 C 282,6
		TITELGRUPPEN			
		99 KOSTEN DER DATENVERARBEITUNG TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.			
513 99-6	054	LEISTUNGSENTGELTE FÜR POST- UND FERNMELDEDIENST- LEISTUNGEN	28,0	28,0	A 10,0 B 19,4 C 2,6
515 99-4	054	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE, WARTUNG	370,0	370,0	A 370,0 B 412,5 C 513,5
518 99-1	054	MIETEN FÜR ELEKTRONISCHE DATENVERARBEITUNGSANLAGEN, GERÄTE UND MASCHINEN	---	---	A ---
519 99-0	054	UNTERHALTUNG DER GRUNDSTÜCKE UND BAULICHEN ANLAGEN	---	---	A --- B 2,1 C 0,3
522 99-5	054	VERBRAUCHSMITTEL	90,0	90,0	A 90,0 B 70,8 C 60,8
525 99-2	054	AUS- UND FORTBILDUNG	10,0	10,0	A 20,0 B 6,2 C 8,5
526 99-1	054	KOSTEN FÜR SACHVERSTÄNDIGE	---	---	A 5,0
533 99-2	054	NEBENKOSTEN DER DATENVERARBEITUNG	---	---	A 2,0 B 0,6 C 0,8

Erläuterungen

Zu 10 12/811 01

1997

Tsd DM

1. Erstbeschaffung

1 Kommunaltraktor	53,8
1 Fahrrad	1,2

Zusammen 55,0

2. Ersatzbeschaffung

Zu ersetzen: -

1998

1. Erstbeschaffung

2. Ersatzbeschaffung -

Zu ersetzen:

1 Pkw, Baujahr 1990, 85 kW, 4türlich, voraussichtliche Fahrleistung am
1.1.1998 205 000 km

Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

1 Pkw, 55 kW, 4türlich 27,0

Zu 10 12/812 01

1997

1998

Tsd DM

Tsd DM

1. Ersatzbeschaffung für aussonderungsreife Geräte und Maschinen	85,0	85,0
2. Ersatzbeschaffung von Einrichtungsgegenständen	80,0	115,0
3. Neuausstattung von Sitzungssälen	85,0	50,0

Zusammen 250,0 250,0

Zu 10 12/99

Veranschlagt sind die Aufwendungen für den Betrieb eines Informationsverarbeitungssystems in den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit.

Nachrichtlich:

Personal, das dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

	Anzahl der Stellen
Gruppe Beamte	
Höherer Dienst	-
Gehobener Dienst	10
Mittlerer Dienst	-
Gruppe Angestellte	-
Zusammen	10

Zu 10 12/513 99

1997

1998

Tsd DM

Tsd DM

Veranschlagt sind:

1. Postgebühren	-	-
2. Laufende Fernmeldekosten	28,0	28,0
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	-	-

Zusammen 28,0 28,0

1997 gegenüber 1996:

18,0 Tsd DM mehr wegen zusätzlicher Leitungskosten zur Zweigstelle Schweinfurt.

Zu 10 12/515 99

1997

1998

Tsd DM

Tsd DM

1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	-	-
2. Wartung und Reparaturen	370,0	370,0
Zusammen	370,0	370,0

10 12 BAYER. LANDESSOZIALGERICHT, SOZIALGERICHTE

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
534 99-1	054	VERGABE VON AUFTRÄGEN FÜR DATENERFASSUNG, SOFTWARE-ENTWICKLUNG U.Ä.	30,0	30,0	A --- B 8,8
812 99-4	054	ERWERB VON ELEKTRONISCHEN DATENVERARBEITUNGSANLAGEN, GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDEN	132,0	300,0	A 30,0 B 81,8 C 137,7
813 99-3	054	ERWERB VON SOFTWARE	---	172,0	A 14,0 B 4,0 C 17,6
		SUMME DER TITELGRUPPE	660,0	1.000,0	A 541,0 B 606,2 C 741,8
		GESAMTAUSGABEN	72.383,7	73.575,3	A 72.289,0 B 72.775,6 C 70.358,5
		ABSCHLUSS			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.	117,0	118,0	A 105,9 B 98,4 C 98,3
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	2.700,0	2.700,0	A 2.000,0 B 2.263,8 C 2.039,9
		GESAMTEINNAHMEN	2.817,0	2.818,0	A 2.105,9 B 2.362,2 C 2.138,2
		PERSONALAUSGABEN	39.721,7	40.601,3	A 39.711,0 B 38.806,7 C 37.797,8
		SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	32.225,0	32.225,0	A 31.564,0 B 31.161,0 C 28.074,9
		BAUMASSNAHMEN	-	-	A 500,0 B 2.453,7 C 3.319,6
		SONSTIGE SACHINVESTITIONEN	437,0	749,0	A 514,0 B 354,2 C 1.166,2
		GESAMTAUSGABEN	72.383,7	73.575,3	A 72.289,0 B 72.775,6 C 70.358,5
		ZUSCHUSS	69.566,7	70.757,3	A 70.183,1 B 70.413,4 C 68.220,3

Erläuterungen

Zu 10 12/534 99

1997 gegenüber 1996:

30,0 Tsd DM mehr wegen Programmentwicklungsaufträgen.

Zu 10 12/812 99

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
Veranschlagt sind:		
1. Beschaffung von Zentraleinheiten (Ersatz)	-	200,0
2. Beschaffung von Laserdruckern und Bildschirmen (Ersatz)	132,0	100,0
Zusammen	132,0	300,0

Zu 10 12/813 99

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
Veranschlagt sind:		
1. Standardsoftware für Zentraleinheiten (Ersatz) . .	-	122,0
2. Software-Paket für Gerichtsbibliotheken (Ergänzung)	-	50,0
Zusammen	-	172,0

10 15 VERWALTUNGSSCHULE DER SOZIALVERWALTUNG (BISHER 10 09)

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
EINNAHMEN					
VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.					
113 01-0	133	ERLÖSE AUS DEM VERKAUF VON GEGENSTÄNDEN	---	---	A ---
119 01-4	133	EINNAHMEN AUS VERÖFFENTLICHUNGEN	***	***	A ---
119 49-8	133	VERMISCHTE EINNAHMEN	3.0	3.0	A 3.0 B 1.5 C 2.1
124 01-7	133	EINNAHMEN AUS VERMIETUNG, VERPACHTUNG UND NUTZUNG	58.2	58.2	A 22.5 B 51.9 C 23.9
ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN					
236 01-2	133	ERSTATTUNG VON VERWALTUNGS-AUSGABEN VON SOZIALVERSICHERUNGSTRÄGERN (AUSBILDUNG)	125.7	92.9	A 78.5 B 160.6 C 97.8
236 02-1 -----	133	ERSTATTUNG VON VERWALTUNGS-AUSGABEN VON SOZIALVERSICHERUNGSTRÄGERN (FORTBILDUNG)	4.0	4.0	A ---
271 01-8	133	ERSTATTUNG VON VERWALTUNGS-AUSGABEN AUS SONSTIGEN BEREICHEN (AUSBILDUNG)	29.3	4.9	A 29.2 B 37.6 C ---
271 02-7 -----	133	ERSTATTUNG VON VERWALTUNGS-AUSGABEN AUS SONSTIGEN BEREICHEN (FORTBILDUNG)	12.0	12.0	A ---
GESAMTEINNAHMEN			232.2	175.0	A 104.0 B 243.2 C 161.4
AUSGABEN					
PERSONALAUSGABEN					
422 01-6	133	BEZÜGE DER PLANMÄSSIGEN BEAMTEN	405.3	416.5	A 414.6 B 392.2 C 389.0
422 31-0	133	BEZÜGE DER ABGEORDNETEN BEAMTEN (RICHTER)	---	---	A --- C 7.4
425 01-3	133	VERGÜTUNGEN DER ANGESTELLTEN	172.7	177.9	A 167.5 B 164.9 C 154.4
425 15-7	133	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE (STELLENBESETZUNG GEMÄSS NR. 3 ABS. 1 DBESTHG)	---	---	A ---
425 17-5	133	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE ZUR ÜBERBRÜCKUNG VON ERZIEHUNGSURLAUB GEMÄSS ART. 6 ABS. 4 HG)	---	---	A ---
425 41-5	133	ÜBERSTUNDENVERGÜTUNGEN FÜR ANGESTELLTE	***	***	A ---

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 15

Mit Verordnung vom 29. März 1993 (GVBl S. 225) wurde als zentrale Bildungsstätte zur Aus- und Fortbildung der Bediensteten im Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit die Verwaltungsschule der Sozialverwaltung (VSoV) errichtet. Aufgaben sind die Ausbildung der Beamten des mittleren nichttechnischen Dienstes in der Sozialverwaltung einschließlich vergleichbarer Angestellter und des mittleren, gehobenen und höheren technischen Gewerbeaufsichtsdienstes, die Mitwirkung bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Prüfungen für den mittleren nichttechnischen Dienst und den technischen Gewerbeaufsichtsdienst einschließlich der Zulassungsverfahren zum Aufstieg.

Darüber hinaus werden allgemeine Fort- und Weiterbildungslehrgänge sowie Schulungen im Bereich der Informationsverarbeitung in Abstimmung mit dem Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit in der Verwaltungsschule durchgeführt.

Die Verwaltungsschule ist im Bildungszentrum Sozialverwaltung in Wasserburg am Inn untergebracht. Neben der Verwaltungsschule nutzt auch der Fachbereich Sozialverwaltung der Bayerischen Beamtenfachhochschule die Einrichtungen des Bildungszentrums. Die Grundstücks- und Liegenschaftsverwaltung des Bildungszentrums Sozialverwaltung obliegt der Verwaltungsschule.

Zu 10 15/124 01

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschl. der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser u.dgl.)	5,2	5,2
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u.dgl.	53,0	53,0
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	-	-
Zusammen	58,2	58,2

1997 gegenüber 1996:

35,7 Tsd DM mehr wegen Vermietung von Wohn- und Unterrichtsräumen an Dritte.

Zu 10 15/236 01

Erstattung der Kosten für die Ausbildung von Beamten des mittleren Dienstes in der Verwaltungsschule der Sozialverwaltung durch die Landesversicherungsanstalten und die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften.

1997 gegenüber 1996:

47,2 Tsd DM mehr wegen zusätzlicher Ausbildungstage und höherer Tagessätze.

1998 gegenüber 1997:

32,8 Tsd DM weniger infolge rückläufiger Ausbildungstage.

Zu 15 15/271 01

Erstattung von Kosten für die Teilnahme von Bediensteten des Landes Hessen und des Freistaates Sachsen an Ausbildungsveranstaltungen.

1997 gegenüber 1996:

29,3 Tsd DM infolge Neuveranschlagung.

1998 gegenüber 1997:

24,4 Tsd DM weniger wegen rückläufiger Teilnehmerzahlen.

Zu 10 15/271 02

Kostenerstattung durch Dritte für die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen.

1997 gegenüber 1996:

12,0 Tsd DM mehr infolge Neuveranschlagung.

Zu 10 15/422 01

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 15/425 01

Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

10 15 VERWALTUNGSSCHULE DER SOZIALVERWALTUNG (BISHER 10 09)

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
426 01-2	133	LÖHNE DER ARBEITER	187,4	193,0	A 217,8 B 178,9 C 165,4
427 01-1 -----	133	BESCHÄFTIGUNGSENTGELTE, AUFWENDUNGEN FÜR NEBENAMTLICH UND NEBENBERUFLICH TÄTIGE	---	---	A
451 01-0	133	ZUSCHÜSSE ZUR GEMEINSCHAFTSVERPFLEGUNG	10,2	9,3	A 13,5 B 8,3 C 10,0
453 01-8	133	TRENNUNGSGELD UND UMZUGSKOSTENVERGÜTUNGEN	---	---	A 10,0 B 2,2 C 23,9
459 01-2	133	PRÜFUNGSVERGÜTUNGEN	172,8	119,5	A 130,0 B 140,7 C 130,9
SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN					
511 01-8	133	GESCHÄFTSBEDARF	25,0	25,5	A 25,0 B 23,4 C 16,2
512 01-7	133	BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN	2,0	2,0	A 2,0 B 1,2 C 0,7
513 01-6	133	LEISTUNGSENTGELTE FÜR POST- UND FERNMELEDIENST- LEISTUNGEN	45,0	45,0	A 50,0 B 33,0 C 7,7
514 01-5	133	HALTUNG VON DIENSTFAHRZEUGEN	1,0	1,0	A 1,0 B 0,4 C 0,2
515 01-4	133	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE FÜR VERWALTUNGSZWECKE, WARTUNG	20,0	20,0	A 16,0 B 11,9 C 5,1
516 01-3	133	DIENST- UND SCHUTZKLEIDUNG	0,5	0,5	A 0,5
517 01-2	133	BEWIRTSCHAFTUNG DER GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME	360,0	365,0	A 350,0 B 311,7 C 276,4

Erläuterungen

Zu 10 15/426 01

Löhne einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 15/451 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Lehrgangsteilnehmer (Auszubildende)	7,1	6,2
2. Personal Verwaltungsschule	3,1	3,1
Zusammen	10,2	9,3

Zu 10 15/453 01

1997 gegenüber 1996:

10,0 Tsd DM weniger wegen Umsetzung nach 10 02/453 01.

Zu 10 15/459 01

Ausgebracht sind die Vergütungen und sonstige Aufwendungen für die Durchführung der Anstellungsprüfungen für den gehobenen und mittleren nichttechnischen Dienst, den höheren, gehobenen und mittleren technischen Dienst sowie für die Zulassungsverfahren zum Aufstieg in die Laufbahn des gehobenen nichttechnischen und technischen Dienstes.

1997 gegenüber 1996:

42,8 Tsd DM mehr wegen höherer Anzahl an Prüfungsteilnehmern.

1998 gegenüber 1997:

53,3 Tsd DM weniger wegen rückläufiger Prüfungsteilnehmer.

Zu 10 15/513 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Postgebühren	17,0	17,0
2. Laufende Fernmeldekosten	8,0	8,0
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	20,0	20,0
Zusammen	45,0	45,0

Zu 10 15/514 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Betriebsstoffe	1,0	1,0
2. Wartung, Reparatur und Sonstiges	-	-
Zusammen	1,0	1,0

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll 1997	Soll 1998	Soll 1996	am 1.2.1996
Kommunaltraktor	1	1	1	1
Anhänger	1	1	1	1

Zu 10 15/515 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	8,0	8,0
2. Wartung und Reparatur	12,0	11,0
Zusammen	20,0	20,0

Zu 10 15/517 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	295,0	298,0
2. Steuern und Abgaben	5,0	5,0
3. Geräte	4,0	4,0
4. Sonstige Hausbewirtschaftungskosten	56,0	58,0
Zusammen	360,0	365,0

10 15 VERWALTUNGSSCHULE DER SOZIALVERWALTUNG (BISHER 10 09)

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
517 05-8	133	BEWIRTSCHAFTUNG DURCH HEIZUNG, BELEUCHTUNG UND ELEKTRISCHE KRAFT	150,0	153,0	A 190,0 B 130,8 C 131,0
518 01-1	133	MIETEN UND PACHTEN FÜR GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME	---	---	A ---
518 11-9	133	MIETEN UND PACHTEN FÜR MASCHINEN, GERÄTE UND FAHRZEUGE	***	***	A ---
518 21-7	133	UNTERBRINGUNG VON AUS- UND FORTZUBILDENDEN AUSSERHALB DES BILDUNGSZENTRUMS	***	***	A ---
519 01-0	133	UNTERHALTUNG DER GRUNDSTÜCKE UND BAULICHEN ANLAGEN	100,0	100,0	A 150,0 B 24,0 C 13,2
523 01-4	133	BIBLIOTHEK	35,0	35,0	A 30,0 B 29,9 C 38,3
525 01-2	133	DURCHFÜHRUNG VON AUSBILDUNGSLEHRGÄNGEN AUSSERHALB DES BILDUNGSZENTRUMS	***	***	A ---
527 01-0	133	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR INLANDSDIENSTREISEN	3,0	3,0	A 3,0 B 1,3 C 2,2
527 21-6	133	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR AUSBILDUNGSREISEN	435,0	385,0	A 350,0 B 356,1 C 407,8
533 01-2	133	LEHRVERGÜTUNGEN, HONORARE, U. Ä.	20,0	16,0	A 25,0 B 12,3 C 11,9
546 49-1	133	VERMISCHTE VERWALTUNGSAusGABEN	3,5	3,5	A 8,0 B 2,9 C 1,3
BAUMASSNAHMEN					
701 01-8	133	KLEINE NEU-, UM- UND ERWEITERUNGSBAUTEN	---	---	A ---
710 00-8	133	STAATLICHE HOCHBAUMASSNAHMEN (SIEHE ANLAGE S) KREDITFINANZIERT.	---	500,0	A 2.000,0 B 372,3 C 1.472,6
SONSTIGE AUSGABEN FÜR INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN					
812 01-4	133	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN FÜR VERWALTUNGSZWECKE	---	---	A --- B 8,6 C 18,7

Erläuterungen

Zu 10 15/517 05

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Heizung	-	-
2. Beleuchtung und elektrische Kraft, Heizung durch Gas und Elektrizität	150,0	153,0
Zusammen	150,0	153,0

1997 gegenüber 1996:

40,0 Tsd DM weniger infolge Anpassung an die anfallenden Energiekosten.

Zu 10 15/519 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschl. Zubehör	90,0	90,0
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschl. Zubehör	-	-
3. Ersatz und Ergänzung des Zubehörs zu Grundstücken und baulichen Anlagen	10,0	10,0
Zusammen	100,0	100,0

1997 gegenüber 1996:

50,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Bauunterhaltskosten.

Zu 10 15/527 21

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Reisekosten Beamtenanwärter	335,0	310,0
2. Reisekosten nebenamtlicher Lehrer	78,0	53,0
3. Ausbildungsleitertagungen	7,0	7,0
4. Kosten für Exkursionen	15,0	15,0
Zusammen	435,0	385,0

1997 gegenüber 1996:

85,0 Tsd DM mehr,

1998 gegenüber 1997:

50,0 Tsd DM weniger entsprechend der Anwärterzahl.

Zu 10 15/533 01

Veranschlagt sind die Aufwendungen für externe Lehrkräfte (Honorare, Reisekosten u.ä.).

Zu 10 15/546 49

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte	-	-
2. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	1,0	1,0
3. Verlustentschädigungen	-	-
4. Auslagen für Vorstellungsreisen	0,5	0,5
5. Sonstige vermischte Ausgaben	2,0	2,0
Zusammen	3,5	3,5

10 15 VERWALTUNGSSCHULE DER SOZIALVERWALTUNG (BISHER 10 09)

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		TITELGRUPPEN			
		99 KOSTEN DER DATENVERARBEITUNG TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.			
513 99-9	133	LEISTUNGSENTGELTE FÜR POST- UND FERNMEDEDIENST- LEISTUNGEN	15,0	16,0	A 20,0 B 9,4 C 10,1
515 99-7	133	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE, WARTUNG	72,5	72,5	A 60,0 B 57,7 C 41,0
518 99-4	133	MIETEN FÜR ELEKTRONISCHE DATENVERARBEITUNGSANLAGEN, GERÄTE UND MASCHINEN	***	***	A ---
522 99-8	133	VERBRAUCHSMITTEL	4,0	5,5	A 8,0 B 1,6 C 5,7
525 99-5	133	AUS- UND FORTBILDUNG	3,5	4,0	A 4,0 B 0,6
812 99-7	133	ERWERB VON ELEKTRONISCHEN DATENVERARBEITUNGSANLAGEN, GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDEN	---	---	A --- B 7,2 C 74,4
813 99-6	133	ERWERB VON SOFTWARE	---	---	A --- B 9,4 C 29,8
		SUMME DER TITELGRUPPE	95,0	98,0	A 92,0 B 85,9 C 161,0
		GESAMTAUSGABEN	2.243,4	2.668,7	A 4.245,9 B 2.292,9 C 3.545,7

Erläuterungen

Zu 10 15/99

Veranschlagt sind die Kosten für die Ausstattung und den Betrieb eines multifunktionalen DV-Systems (UNIX) sowie eines PC-Hörsaals. Der Einsatz erfolgt insbesondere auf folgenden Aufgabengebieten:

Bereich Schule:

Praxisbezogene Vorbereitung der Auszubildenden auf ihre künftigen Tätigkeiten an DV-unterstützten Arbeitsplätzen in den Dienststellen. Fortbildung der Bediensteten aus dem Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit.

Bereich Verwaltung:

Unterstützung des Verwaltungsbetriebes und Organisation des Studienbetriebes (z.B. Lehrgangs- und Unterrichtsplanung). Erledigung von Schreibarbeiten.

Zu 10 15/513 99

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Postgebühren	-	-
2. Laufende Fernmeldekosten	-	-
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	15,0	16,0
Zusammen	15,0	16,0

Zu 10 15/515 99

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	12,0	12,0
2. Wartung und Reparaturen	60,5	60,5
Zusammen	72,5	72,5

1997 gegenüber 1996:

12,5 Tsd DM mehr wegen steigender Wartungskosten infolge zusätzlicher Geräteausstattung.

10 15 VERWALTUNGSSCHULE DER SOZIALVERWALTUNG (BISHER 10 09)

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		ABSCHLUSS			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.	61.2	61.2	A 25.5 B 53.4 C 26.0
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	171.0	113.8	A 78.5 B 189.8 C 135.4
		GESAMTEINNAHMEN	232.2	175.0	A 104.0 B 243.2 C 161.4
		PERSONAL AUSGABEN	948.4	916.2	A 953.4 B 887.2 C 881.0
		SÄCHLICHE VERWALTUNGS AUSGABEN	1.295.0	1.252.5	A 1.292.5 B 1.008.2 C 1.004.3
		BAUMASSNAHMEN	-	500.0	A 2.000.0 B 372.3 C 1.472.6
		SONSTIGE SACHINVESTITIONEN	-	-	A 25.2 B 187.8 C
		GESAMTAUSGABEN	2.243.4	2.668.7	A 4.245.9 B 2.292.9 C 3.545.7
		ZUSCHUSS	2.011.2	2.493.7	A 4.141.9 B 2.049.7 C 3.384.3

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
EINNAHMEN					
VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.					
111 01-2	214	GEBÜHREN, BEITRÄGE, TARIFLICHE UND GEBÜHRENARTIGE ENTGELTE	25,0	25,0	A 28,0 B 24,1 C 20,6
112 01-1	214	GELDSTRAFEN, GELDBUSSEN, VERWARNUNGSGELDER	---	---	A 1,0
113 01-0	214	ERLÖSE AUS DEM VERKAUF VON GEGENSTÄNDEN	12,0	12,0	A 15,0 B 12,1 C 26,7
119 01-4	214	EINNAHMEN AUS VERÖFFENTLICHUNGEN	3,0	3,0	A 2,0 B 2,3 C 2,7
119 49-8	214	VERMISCHTE EINNAHMEN	5,0	5,0	A 4,0 B 5,1 C 39,3
124 01-7	214	EINNAHMEN AUS VERMIETUNG, VERPACHTUNG UND NUTZUNG	267,0	267,0	A 290,0 B 307,3 C 372,0
124 11-5	214	EINNAHMEN AUS VERMIETUNG VON WOHNPLÄTZEN FÜR BEDIENSTETE	38,0	38,0	A 31,0 B 37,2 C 36,4
ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN					
232 01-6	214	ERSTATTUNG VON VERWALTUNGSAusGABEN	345,0	345,0	A 265,0 B 344,4 C 220,1
241 01-5	214	SONSTIGE ERSTATTUNGEN VOM BUND	---	---	A --- B 0,3 C 0,3
256 12-4	214	ZUWEISUNGEN DER BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT (ARBEITS- BESCHAFFUNGSMASSNAHMEN) VGL. VERMERK ZU 425 12.	---	---	A ---
271 01-8	214	ERSTATTUNG VON VERWALTUNGSAusGABEN AUS SONSTIGEN BEREICHEN	45,0	45,0	A 30,0 B 42,0 C 29,7
TITELGRUPPEN					
99 EINNAHMEN DER DATENVERARBEITUNG					
231 99-0	214	ERSTATTUNGEN VON VERWALTUNGSAusGABEN VOM BUND	100,0	100,0	A 100,0 B 124,1 C 119,1
232 99-9	214	ERSTATTUNGEN VON VERWALTUNGSAusGABEN VON LÄNDERN	45,0	---	A --- B 93,2 C 94,3

Die Ämter für Versorgung und Familienförderung (AVF) in Augsburg, Bayreuth, Landshut, München I, München II, Nürnberg, Regensburg und Würzburg sind zuständig für die Bearbeitung aller Versorgungsangelegenheiten nach dem Bundesversorgungsgesetz und dem Soldatenversorgungsgesetz. Sie führen das Feststellungsverfahren nach dem Schwerbehindertengesetz durch und entscheiden u.a. über die Leistungen folgender weiterer Gesetze: Bundesseuchengesetz, Opferentschädigungsgesetz, Gesetz über den Zivildienst, Häftlingshilfegesetz, Bayer. Blindengeldgesetz, Bundes- und Landeserziehungsgeldgesetz.

Zu 10 20/124 01

Zu 10 20/124 01	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einsch. der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser u. dgl.)	85,0	85,0
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl. . . .	167,0	167,0
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	10,0	10,0
4. Sonstige Einnahmen	5,0	5,0
Zusammen	267,0	267,0

1997 gegenüber 1996:

23,0 Tsd DM weniger wegen wegfallender Vermietungen in der VÄUST München.

Zu 10 20/124 11

Vgl. Erläuterung zu 518 21.

Zu 10 20/232 01

Zu 10 20/232 01	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Einnahmen für Leistungen, die die Zentrale Beihilfestelle des AVF Regensburg erbringt	5,0	5,0
2. Verwaltungskostenerstattung des Landes Baden-Württemberg für die Beschaffung orthopädischer Hilfsmittel durch das AVF München I . .	340,0	340,0
Zusammen	345,0	345,0

1997 gegenüber 1996:

80,0 Tsd DM mehr wegen höherer Erstattungen nach dem tatsächlichen Aufwand.

Zu 10 20/271 01

1997 gegenüber 1996:

15,0 Tsd DM mehr wegen höherer Erstattungen nach dem tatsächlichen Aufwand.

Zu 10 20/231 99

Erstattung von Kosten durch den Bund für die Erstellung von Zahlungsunterlagen für die Bundeskassen durch die Zentrale Datenverarbeitungsstelle des Landesamtes.

Zu 10 20/232 99

Zu 10 20/232 99	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
Verwaltungskostenerstattung vom		
1. Land Hessen (Abrechnung orthopädische Versorgung)	-	-
2. Freistaat Sachsen (Mahnverfahren Justizverwaltung)	45,0	-
Zusammen	45.0	

1998 gegenüber 1997:

45,0 Tsd DM weniger wegen Beendigung der Verwaltungsleistungen für andere Länder.

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
271 99-1	214	ERSTATTUNG VON VERWALTUNGS-AUSGABEN AUS SONSTIGEN BEREICHEN	40,0	40,0	A 340,0 B 322,3 C 276,3
380 99-9	990	HAUSHALTSTECHNISCHE VERRECHNUNGEN	536,0	479,0	A 451,0 B 541,0 C 591,4
		SUMME DER TITELGRUPPE	721,0	619,0	A 891,0 B 1.080,6 C 1.081,1
		GESAMTEINNAHMEN	1.461,0	1.359,0	A 1.557,0 B 1.855,4 C 1.828,9
		AUSGABEN			
		PERSONALAUSGABEN			
422 01-6	214	BEZÜGE DER PLANMÄSSIGEN BEAMTEN	53.916,5	55.173,0	A 49.648,0 B 51.993,8 C 48.549,1
422 11-4	214	BEZÜGE DER BEAMTEN ZUR ANSTELLUNG UND DER RICHTER AUF PROBE	6.611,9	6.794,8	A 6.976,0 B 6.399,1 C 6.558,6
422 21-2	214	ANWÄRTERBEZÜGE, UNTERHALTSBEIHILFEN FÜR DIENSTANFÄNGER	3.657,4	3.758,5	A 4.146,0 B 3.539,6 C 3.812,3
422 31-0	214	BEZÜGE DER ABGEORDNETEN BEAMTEN (RICHTER)	260,3	267,6	A 122,0 B 251,9 C 144,8
422 41-8	214	MEHRARBEITSVERGÜTUNGEN FÜR BEAMTE	---	---	A ---
425 01-3	214	VERGÜTUNGEN DER ANGESTELLTEN	47.633,3	48.691,9	A 49.064,0 B 46.541,0 C 45.998,4
425 11-1	214	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE	15,0	15,0	A 15,0
425 12-0	214	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE (ARBEITSBESCHAFFUNGSMASSNAHMEN)	---	---	A --- C 0,4
425 15-7	214	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE (STELLENBESETZUNG GEMÄSS NR. 3 ABS. 1 DBESTHG)	---	---	A --- B 1.092,0 C 909,1
425 17-5	214	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE ZUR ÜBERBRÜCKUNG VON ERZIEHUNGSURLAUB GEMÄSS ART. 6 ABS. 4 HG	1.382,6	1.420,8	A 585,0 B 1.318,0 C 1.126,5
425 41-5	214	ÜBERSTUNDENVERGÜTUNGEN FÜR ANGESTELLTE	10,0	10,0	A 10,0 B 16,6 C 11,0
426 01-2	214	LÖHNE DER ARBEITER	3.931,2	4.050,2	A 4.344,4 B 4.012,2 C 4.078,2

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 20/271 99

1997 gegenüber 1996:

300,0 Tsd DM weniger wegen wegfallender DV-Leistungen für Krankenhäuser.

Zu 10 20/380 99

Verrechnungen mit der bayerischen Justizverwaltung für die Inanspruchnahme der Zentralen Datenverarbeitungsstelle (Mahnverfahren).

1997 gegenüber 1996:

85,0 Tsd DM mehr wegen Zunahme der Mahnverfahren.

1998 gegenüber 1997:

57,0 Tsd DM weniger wegen absehbarer rückläufiger DV-Leistungen für Gerichte und Staatsanwaltschaften.

Zu 10 20/422 01

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 20/422 11

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 20/422 21

Anwärterbezüge.

Zu 10 20/422 31

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 20/425 01

Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

1997 gegenüber 1996:

1 369,7 Tsd DM weniger wegen Anpassung an die Istaussgaben

61,0 Tsd DM weniger wegen Umsetzung nach 03 06/425 01

1 430,7 Tsd DM weniger

Zu 10 20/425 11

Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 20/425 17

1997 gegenüber 1996:

797,6 Tsd DM mehr infolge Anpassung an die Istaussgaben.

Zu 10 20/426 01

Löhne einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

1997 gegenüber 1996:

144,4 Tsd DM weniger wegen Anpassung an die Istaussgaben

60,0 Tsd DM weniger wegen Umsetzung nach 10 20/511 01

64,2 Tsd DM weniger wegen Minderung (1 Stelle) analog Art. 6a Haushaltsgesetz 1995/1996

144,6 Tsd DM weniger wegen Umsetzung nach 03 06/426 01

413,2 Tsd DM weniger

10 20 BAYER. LANDESAMT UND ÄMTER FÜR VERSORGUNG UND FAMILIENFÖRDERUNG

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
426 05-8	214	LÖHNE DER ARBEITER (STELLENBESETZUNG GEMÄSS NR. 3 ABS. 1 DBESTHG)	---	---	A --- B 514,2 C 339,2
427 01-1	214	BESCHÄFTIGUNGSENTGELTE, AUFWENDUNGEN FÜR NEBENAMTLICH UND NEBENBERUFLICH TÄTIGE	7,0	7,0	A 7,0 B 4,2 C 4,7
451 01-0	214	ZUSCHÜSSE ZUR GEMEINSCHAFTSVERPFLEGUNG	310,0	310,0	A 305,0 B 305,1 C 309,2
453 01-8	214	TRENNUNGSGELD UND UMZUGSKOSTENVERGÜTUNGEN	250,0	250,0	A 200,0 B 294,1 C 225,0
		SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN			
511 01-8	214	GESCHÄFTSBEDARF	1.458,0	1.480,0	A 1.430,0 B 1.233,1 C 1.503,6
512 01-7	214	BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN	203,0	204,5	A 200,0 B 205,9 C 204,8
513 01-6	214	LEISTUNGSENTGELTE FÜR POST- UND FERNMELEDIEDIENST- LEISTUNGEN	6.770,0	6.820,0	A 6.355,0 B 6.052,0 C 6.030,5

Erläuterungen

Zu 10 20/427 01

Kosten für den stundenweisen Einsatz von Aushilfskräften.

Zu 10 20/451 01

Aus diesem Ansatz werden vom AVF Nürnberg auch die Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung für alle Bediensteten der im Ämtergebäude untergebrachten Dienststellen bestritten.

Zu 10 20/453 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Trennungsgeld für 25/25 Bedienstete	190,0	190,0
2. Umzugskostenvergütung für den Umzug von 10/10 Bediensteten	60,0	60,0
Zusammen	250,0	250,0

1997 gegenüber 1996:

50,0 Tsd DM mehr wegen zusätzlicher Abordnungen im Rahmen von Verlagerungsmaßnahmen.

Zu 10 20/511 01

1997 gegenüber 1996:

60,0 Tsd DM mehr wegen Umsetzung von 10 20/426 01

4,0 Tsd DM weniger wegen Umsetzung nach 03 06/511 01

28,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an die Istaussgaben

28,0 Tsd DM mehr

Zu 10 20/513 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Postgebühren	5 600,0	5 635,0
2. Laufende Fernmeldekosten	825,0	840,0
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	345,0	345,0
Zusammen	6 770,0	6 820,0

Anzahl der privaten Fernsprechanchlüsse mit dienstlicher Mitbenutzung:

a) Hauptanschlüsse - (-)

b) Nebenanschlüsse - (-)

Anzahl der dienstlichen Nebenanschlüsse in Wohnungen: 10 (10)

1997 gegenüber 1996:

461,3 Tsd DM mehr wegen gestiegener Portokosten und höherer Telefongebühren

46,3 Tsd DM weniger wegen Umsetzung nach 03 06/513 01

415,0 Tsd DM mehr

1998 gegenüber 1997:

50,0 Tsd DM mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Folgende Ämter für Versorgung und Familienförderung tragen die laufenden Post- und Fernmeldegebühren der nachstehenden Dienststellen:

AVF Augsburg:

GAA Augsburg

AVF Nürnberg:

GAA Nürnberg, LAG Nürnberg, ArbG Nürnberg

AVF Regensburg:

SG Regensburg

Die Fernsprechgebühren des AVF München I werden vom Sozialgericht München (10 12/513 01) getragen.

10 20 BAYER. LANDESAMT UND ÄMTER FÜR VERSORGUNG UND FAMILIENFÖRDERUNG

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
514 01-5	214	HALTUNG VON DIENSTFAHRZEUGEN	194,0	194,0	A 194,0 B 177,9 C 177,4
515 01-4	214	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE FÜR VERWALTUNGSZWECKE, WARTUNG	420,0	420,0	A 435,0 B 362,1 C 434,0
515 21-0	214	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE FÜR FACHAUFGABEN, WARTUNG	80,0	80,0	A 96,8 B 60,9 C 76,7
516 01-3	214	DIENST- UND SCHUTZKLEIDUNG	30,0	30,0	A 30,0 B 28,0 C 27,3
517 01-2	214	BEWIRTSCHAFTUNG DER GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME	2.540,0	2.580,0	A 2.750,0 B 2.357,8 C 2.433,4

Erläuterungen

Zu 10 20/514 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Betriebsstoffe	124,0	124,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	70,0	70,0
Zusammen	194,0	194,0

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll 1997	Soll 1998	Soll 1996	am 1.2.1996
Personenkraftwagen				
einschl. Kombis	16	16	17	16
Kommunaltraktoren	5	5	5	5
Krafträder (Mofa)	-	-	-	-

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:		
Kosten wie vor	194,0	194,0
Personalausgaben	1 343,0	1 384,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	77,2	90,6
Zusammen	1 614,2	1 668,6

Zu 10 20/515 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	180,0	180,0
2. Wartung und Reparaturen	240,0	240,0
Zusammen	420,0	420,0

1997 gegenüber 1996:

2,5 Tsd DM weniger wegen Umsetzung nach 03 06/515 01

8,0 Tsd DM weniger wegen Umsetzung nach 03 06/515 05

4,5 Tsd DM weniger wegen Anpassung an den Bedarf

15,0 Tsd DM weniger

Zu 10 20/515 21

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Medizinische Geräte	18,0	18,0
2. Laborgeräte	8,0	8,0
3. Unterhalt	54,0	54,0
Zusammen	80,0	80,0

1997 gegenüber 1996:

16,8 Tsd DM weniger wegen Abbaus medizinischer Großgeräte.

Zu 10 20/517 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Reinigung, Müllabfuhr, usw., Be- und Entwässerung	2 050,0	2 090,0
2. Steuern und Abgaben	50,0	50,0
3. Geräte	20,0	20,0
4. Sonstige Hausbewirtschaftungskosten	420,0	420,0
Zusammen	2 540,0	2 580,0

1997 gegenüber 1996:

180,0 Tsd DM weniger wegen Umsetzung nach 03 06/517 01

30,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an den Bedarf

210,0 Tsd DM weniger

10 20 BAYER. LANDESAMT UND ÄMTER FÜR VERSORGUNG UND FAMILIENFÖRDERUNG

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
517 05-8	214	BEWIRTSCHAFTUNG DURCH HEIZUNG, BELEUCHTUNG UND ELEKTRISCHE KRAFT	1.860,0	1.890,0	A 2.040,0 B 1.780,4 C 1.897,5
518 01-1	214	MIETEN UND PACHTEN FÜR GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME	3.610,0	3.610,0	A 3.900,0 B 3.256,0 C 3.394,6
518 11-9	214	MIETEN UND PACHTEN FÜR MASCHINEN, GERÄTE UND FAHRZEUGE	270,0	270,0	A 260,0 B 272,0 C 253,8
518 21-7	214	ANMIETUNG VON WOHNPLÄTZEN ZUR UNTERBRINGUNG VON BEDIENTETEN DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.	26,0	26,0	A 25,0 B 24,7 C 23,8
519 01-0	214	UNTERHALTUNG DER GRUNDSTÜCKE UND BAULICHEN ANLAGEN	800,0	800,0	A 1.000,0 B 921,6 C 987,4

Erläuterungen

Zu 10 20/517 05

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Heizung	800,0	810,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft, Heizung durch Gas und Elektrizität	1 060,0	1 080,0
Zusammen	1 860,0	1 890,0

1997 gegenüber 1996:

190,0 Tsd DM weniger wegen Umsetzung nach 03 06/517 05

10,0 Tsd DM mehr wegen zusätzlicher Diensträume

180,0 Tsd DM weniger

Folgende Ämter für Versorgung und Familienförderung tragen die Haus- und Energiebewirtschaftungskosten (ganz oder teilweise) der nachstehenden Dienststellen:

AVF Augsburg:

GAA Augsburg

AVF Nürnberg:

GAA Nürnberg, LAG Nürnberg, ArbG Nürnberg

Die Bewirtschaftungskosten für die Mieträume des AVF München II werden vom Bayer. Verwaltungsgericht München (Kap. 03 06) getragen.

Zu 10 20/518 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
Miete für		
1. AVF München I	1 110,0	1 110,0
2. AVF München II	2 380,0	2 380,0
3. AVF Regensburg	100,0	100,0
4. Räume zu Außensprechtagen	20,0	20,0
Zusammen	3 610,0	3 610,0

1997 gegenüber 1996:

290,0 Tsd DM weniger wegen gesunkener Mieten und Anpassung an die Istaussgaben.

Zu 10 20/518 11

Veranschlagt sind die Mieten für Kopiergeräte.

Zu 10 20/518 21

Veranschlagt ist die Anmietung von Unterkunftsplätzen (Wohnungen, Wohnheime usw.) in Ballungsräumen zur Unterbringung von Bediensteten, insbesondere von Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst. Aus dem Ansatz werden alle Aufwendungen, die im Zusammenhang mit den Anmietungen stehen, zu bestritten.

Die Einnahmen sind bei 124 11 ausgebracht.

Zu 10 20/519 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschl. Zubehör	500,0	500,0
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschl. Zubehör	150,0	150,0
3. Ersatz und Ergänzung des Zubehörs zu Grundstücken und baulichen Anlagen	150,0	150,0
Zusammen	800,0	800,0

1997 gegenüber 1996:

200,0 Tsd DM weniger wegen rückläufiger Bauunterhaltungsmaßnahmen.

10 20 BAYER. LANDESAMT UND ÄMTER FÜR VERSORGUNG UND FAMILIENFÖRDERUNG

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
522 01-5	214	MEDIZINISCHE VERBRAUCHSMITTEL	185.0	180.0	A 245.0 B 161.5 C 222.6
527 01-0	214	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR INLANDSDIENSTREISEN	177.0	177.5	A 175.0 B 132.2 C 132.0
527 11-8	214	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR AUSLANDSDIENSTREISEN	---	---	A --- B 1.0
531 21-0	214	SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN	5.0	---	A --- B 4.3
532 11-1	214	UMZUGS- UND VERLEGUNGSKOSTEN VON DIENSTSTELLEN DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.	65.0	25.0	A 25.0 B 26.7 C 99.0
536 01-9	214	BEWEISERHEBUNG UND KOSTENERSTATTUNG	23.500.0	24.000.0	A 22.850.0 B 22.653.0 C 19.781.0
546 49-1	214	VERMISCHTE VERWALTUNGS-AUSGABEN	24.9	25.3	A 25.0 B 21.1 C 20.7

Erläuterungen

Zu 10 20/522 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Medizinische Verbrauchsmittel	180,0	175,0
2. Arzneien	4,0	4,0
3. Verbandsmittel	1,0	1,0
Zusammen	185,0	180,0

1997 gegenüber 1996:
60,0 Tsd DM weniger infolge geringeren Bedarfs.

Zu 10 20/527 01

Bestand an anerkannten Personenkraftwagen: - (-)

1997 gegenüber 1996:
24,0 Tsd DM mehr wegen Umsetzung von 10 01/527 01
22,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung der Reisetätigkeit

2,0 Tsd DM mehr

Zu 10 20/531 21

Veranschlagt ist der Jahresbericht des Landesamtes im zweijährigen Turnus.

Zu 10 20/532 11

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
Veranschlagt sind folgende Umzüge:		
1. Bezug Neubau AVF Würzburg	45,0	-
2. Verlegungen innerhalb der Ämter	20,0	25,0
Zusammen	65,0	25,0

1997 gegenüber 1996:
40,0 Tsd DM mehr wegen eines zusätzlichen Umzuges.

1998 gegenüber 1997:
40,0 Tsd DM weniger entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 20/536 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Kosten für ärztliche Leistungen durch Dritte	21 000,0	21 500,0
2. Reisekosten der zu ärztlichen Untersuchungen usw. geladenen Versorgungsberechtigten	1 300,0	1 300,0
3. Reisekosten im Rahmen der Beweiserhebung	150,0	150,0
4. Erstattung von Auslagen gemäß § 193 SGG	700,0	700,0
5. Erstattung von Kosten gemäß § 63 SGB X	250,0	250,0
6. Sonstiges	100,0	100,0
Zusammen	23 500,0	24 000,0

1997 gegenüber 1996:
650,0 Tsd DM mehr.

1998 gegenüber 1997:
500,0 Tsd DM mehr wegen steigender Ausgaben für ärztliche Leistungen durch Dritte.

Zu 10 20/546 49

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte	-	-
2. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	16,0	16,0
3. Verlustentschädigungen	1,0	1,0
4. Auslagen für Vorstellungsreisen	5,0	5,0
5. Sonstige vermischte Ausgaben	2,9	3,3
Zusammen	24,9	25,3

10 20 BAYER. LANDESAMT UND ÄMTER FÜR VERSORGUNG UND FAMILIENFÖRDERUNG

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN			
636 01-8	214	ERSTATTUNGEN VON VERWALTUNGS-AUSGABEN AN SOZIAL- VERSICHERUNGSTRÄGER	4.200,0	4.000,0	A 3.500,0 B 7.107,0 C 10.309,7
671 01-4	242	ERSATZ DER FÜR DIE DURCHFÜHRUNG DER VERSEHRTE- LEIBES-ÜBUNGEN ENTSTEHENDEN VERWALTUNGSKOSTEN GEMÄSS § 11 A ABS. 4 BVG VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 170,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 165,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	175,0	170,0	A 180,0 B 172,5 C 184,1
		BAUMASSNAHMEN			
701 01-8	214	KLEINE NEU-, UM- UND ERWEITERUNGSBAUTEN VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 200,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	600,0	400,0	A 600,0 B 697,7 C 363,1
710 00-8	214	STAATLICHE HOCHBAUMASSNAHMEN (SIEHE ANLAGE S) KREDITFINANZIERT. VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 5.600,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 8.000,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	11.500,0	12.700,0	A 12.000,0 B 7.439,8 C 7.685,4
		SONSTIGE AUSGABEN FÜR INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN			
811 01-5	214	ERWERB VON DIENSTFAHRZEUGEN	77,2	90,6	A 79,7 B 81,3 C 158,6

Erläuterungen

Zu 10 20/636 01

Erstattung von Verwaltungskosten nach § 20 Bundesversorgungsgesetz (BVG) an die Krankenkassen. Der Erstattungsbetrag ist nach Art. 2 Abs. 1 FAnpG vom 30. August 1971 (BGBl I S. 1426) seit 1972 von den Ländern zu tragen. Der Verwaltungskostenanteil wird vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung bekanntgegeben (§ 20 Abs. 4 BVG i.d.F. des Gesetzes vom 21. Juli 1993 - BGBl I S. 1262 -).

1997 gegenüber 1996:

700,0 Tsd DM mehr.

1998 gegenüber 1997:

200,0 Tsd DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 20/671 01

Grundlage für die Berechnung der Höhe der Kosten ist eine mit dem Bayerischen Behinderten- und Versehrtensportverband e.V. abgeschlossene Vereinbarung. Der Erstattungsbetrag wird in bestimmten Zeitabständen nach festen Kriterien der Entwicklung angepaßt.

Zu 10 20/701 01

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. AVF Augsburg		
Aufzugsverlängerung und Schaffung von Büroräumen .	400,0	350,0
2. AVF München I		
Aufzugserneuerung, Sanierungsmaßnahmen	200,0	50,0
Zusammen	600,0	400,0

Zu 10 20/811 01

1997 Tsd DM

1. Erstbeschaffung -

2. Ersatzbeschaffung -

Zu ersetzen:

1 Pkw-Kombi, 85 kW, 5türlich, Baujahr 1992, Fahrleistung am 1.1.1997:

310 000 km

1 Pkw, 73 kW, 4türlich, Baujahr 1991, Fahrleistung am 1.1.1997:

225 000 km

1 Pkw-Kombi, 85 kW, 5türlich, Baujahr 1992, Fahrleistung am 1.1.1997:

250 000 km

Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

1 Pkw-Kombi, 65 kW, 5türlich 25,4

1 Pkw, 65 kW, 4türlich 25,4

1 Pkw-Kombi, 65 kW, 5türlich, Diesel (für Bio-Diesel geeignet) 26,4

Zusammen 77,2

1998

1. Erstbeschaffung -

2. Ersatzbeschaffung -

Zu ersetzen:

1 Pkw, 85 kW, 4türlich, Baujahr 1992, Fahrleistung am 1.1.1998:

250 000 km

1 Pkw, 73 kW, 4türlich, Baujahr 1992, Fahrleistung am 1.1.1998:

260 000 km

1 Pkw-Kombi, 70 kW, 5türlich, Baujahr 1988, Fahrleistung am 1.1.1998:

155 000 km

Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

1 Pkw, 74 kW, 4türlich 29,6

1 Pkw, 65 kW, 4türlich 25,4

1 Pkw-Kombi, 57 kW, 4türlich 35,6

Zusammen 90,6

10 20 BAYER. LANDESAMT UND ÄMTER FÜR VERSORGUNG UND FAMILIENFÖRDERUNG

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
812 01-4	214	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN FÜR VERWALTUNGSZWECKE	800,0	240,0	A 240,0 B 267,6 C 376,2
812 02-3	214	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN FÜR FACHAUFGABEN	---	---	A 72,0 C 47,9
812 03-2	241	ERWERB VON VERWALTUNGSEIGENEN FERNMELDEANLAGEN, SOWEIT DIE AUSGABEN NICHT ZU DEN BALKOSTEN GEHÖREN <i>VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 350,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.</i>	45,0	---	A 75,0 C 128,2
812 04-1	214	MODERNISIERUNG DER AKTENABLAGEN BEI DEN ÄMTERN FÜR VERSORGUNG UND FAMILIENFÖRDERUNG	---	100,0	A 100,0 B 93,3 C 97,2
TITELGRUPPEN					
99 KOSTEN DER DATENVERARBEITUNG <i>TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.</i>					
425 99-6	214	ZEITANGESTELLTE UND AUSHILFSANGESTELLTE	***	***	A ---
427 99-4	214	BESCHÄFTIGUNGSENTGELTE	***	***	A ---
513 99-9	214	LEISTUNGSENTGELTE FÜR POST- UND FERNMELDEDIENST- LEISTUNGEN	830,0	858,0	A 600,0 B 513,1 C 489,9
515 99-7	214	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE, WARTUNG	1.280,0	1.320,0	A 1.800,0 B 1.190,4 C 1.261,0
518 99-4	214	MIETEN FÜR ELEKTRONISCHE DATENVERARBEITUNGSANLAGEN, GERÄTE UND MASCHINEN	---	---	A ---

Erläuterungen

Zu 10 20/812 01

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. AVF Würzburg Ausstattung Neubau	800,0	-
2. Landesamt Geschäftszimmerausstattung (Außenstelle Bayreuth)	-	95,0
3. Ämter für Versorgung und Familienförderung Diverse Ersatzbeschaffungen	-	145,0
Zusammen	800,0	240,0

Zu 10 20/812 03

1997

AVF München II:
Erweiterung der Telefonanlage.

1998

(Verpflichtungsermächtigung)

AVF Landshut:

Erneuerung der Telefonanlage (Baugruppe II W 180).

Zu 10 20/99

Die Zentrale Datenverarbeitungsstelle (ZDV) beim Landesamt für Versorgung und Familienförderung ist zuständig für die Entwicklung und Durchführung von Datenverarbeitungsverfahren im Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit. Die ZDV wird auf der Grundlage des Art. 3 Abs. 1 EDVG auch für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz tätig. Veranschlagt sind die Kosten für die Ausstattung und den Betrieb der ZDV einschließlich des Datenfernübertragungsnetzes für alle angeschlossenen Dienststellen.

Veranschlagt sind darüber hinaus die Kosten für die Ausstattung und den Betrieb der in den Ämtern für Versorgung und Familienförderung eingesetzten Datenendgeräte zur Beschleunigung und Rationalisierung des Geschäftsablaufs in den Renten- und Schwerbehindertenabschnitten sowie in den Familienkassen.

Nachrichtlich:

Personal, das dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

	Anzahl BLVF	Anzahl ÄVF
Laufbahngruppe (Beamte oder vergleichbare Angestellte):		
höherer Dienst	5	-
gehobener Dienst	37	8
mittlerer Dienst	10	9
Zusammen	52	17

Zu 10 20/513 99

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Postgebühren	-	-
2. Laufende Fernmeldekosten	830,0	858,0
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	-	-
Zusammen	830,0	858,0

1997 gegenüber 1996:

230,0 Tsd DM mehr wegen zusätzlicher Leitungsanmietungen.

Zu 10 20/515 99

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	140,0	145,0
2. Wartung und Reparaturen	1 140,0	1 175,0
Zusammen	1 280,0	1 320,0

1997 gegenüber 1996:

520,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

10 20 BAYER. LANDESAMT UND ÄMTER FÜR VERSORGUNG UND FAMILIENFÖRDERUNG

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
519 99-3	214	UNTERHALTUNG DER GRUNDSTÜCKE UND BAULICHEN ANLAGEN	480,0	300,0	A 130,0 B 161,3 C 144,9
522 99-8	214	VERBRAUCHSMITTEL	900,0	915,0	A 560,0 B 754,5 C 700,7
525 99-5	214	AUS- UND FORTBILDUNG	120,0	120,0	A 90,0 B 79,6 C 52,1
526 99-4	214	KOSTEN FÜR SACHVERSTÄNDIGE	50,0	50,0	A --- C 29,6
527 99-3	214	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR INLANDSDIENSTREISEN	12,0	13,0	A 10,0 B 11,9 C 16,0
533 99-5	214	NEBENKOSTEN DER DATENVERARBEITUNG	8,0	8,0	A 5,0 B 8,0 C 6,0
534 99-4	214	VERGABE VON AUFTRÄGEN FÜR DATENERFASSUNG, SOFTWARE-ENTWICKLUNG U.Ä.	40,0	41,0	A 20,0 B 12,0 C 6,8
535 99-3	214	MIETE FÜR SOFTWARE	180,0	185,0	A 195,0 B 157,6 C 135,0
632 99-5	214	ERSTATTUNGEN VON VERWALTUNGSAusGABEN AN LÄNDER	---	---	A --- B 0,1 C 0,4

Erläuterungen

Zu 10 20/519 99

1997 gegenüber 1996:

350,0 Tsd DM mehr wegen zusätzlicher Hausverkabelungen infolge technischer Änderungen in der Datenfernübertragung.

1998 gegenüber 1997:

180,0 Tsd DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 20/522 99

1997 gegenüber 1996:

340,0 Tsd DM mehr wegen höherer Verbrauchsmittel infolge erweiterter DV-Ausstattung.

Zu 10 20/525 99

1997 gegenüber 1996:

30,0 Tsd DM mehr infolge verstärkter Fortbildung in der System- und Anwenderprogrammierung.

Zu 10 20/526 99

1997 gegenüber 1996:

50,0 Tsd DM mehr wegen externer Unterstützung nach Auslaufen von Personalleistungskontingenten.

Zu 10 20/534 99

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Datenerfassung durch Dritte	6,0	6,0
2. Softwareentwicklung durch Dritte	34,0	35,0
3. Sonstiges	-	-
Zusammen	40,0	41,0

1997 gegenüber 1996:

20,0 Tsd DM mehr wegen zunehmender Softwareentwicklung durch Dritte.

10 20 BAYER. LANDESAMT UND ÄMTER FÜR VERSORGUNG UND FAMILIENFÖRDERUNG

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
812 99-7	214	ERWERB VON ELEKTRONISCHEN DATENVERARBEITUNGSANLAGEN, GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDEN	700,0	790,0	A 385,0 B 956,1 C 660,8
813 99-6	214	ERWERB VON SOFTWARE	---	---	A 105,0 B 44,6 C 246,9
		SUMME DER TITELGRUPPE	4.600,0	4.600,0	A 3.900,0 B 3.889,2 C 3.750,1
		GESAMTAUSGABEN	182.200,3	185.861,7	A 178.204,9 B 175.762,4 C 172.868,0
		ABSCHLUSS			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.	350,0	350,0	A 371,0 B 388,1 C 497,7
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	575,0	530,0	A 735,0 B 926,3 C 739,8
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN, BESONDERE FINANZIERUNGSEINNAHMEN	536,0	479,0	A 451,0 B 541,0 C 591,4
		GESAMTEINNAHMEN	1.461,0	1.359,0	A 1.557,0 B 1.855,4 C 1.828,9
		PERSONALAUSGABEN	117.985,2	120.748,8	A 115.422,4 B 116.281,8 C 112.066,5
		SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	46.117,9	46.622,3	A 45.445,8 B 42.620,6 C 40.543,0
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	4.375,0	4.170,0	A 3.680,0 B 7.279,6 C 10.494,2
		BAUMASSNAHMEN	12.100,0	13.100,0	A 12.600,0 B 8.137,5 C 8.048,5
		SONSTIGE SACHINVESTITIONEN	1.622,2	1.220,6	A 1.056,7 B 1.442,9 C 1.715,8
		GESAMTAUSGABEN	182.200,3	185.861,7	A 178.204,9 B 175.762,4 C 172.868,0
		ZUSCHUSS	180.739,3	184.502,7	A 176.647,9 B 173.907,0 C 171.039,1

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 20/812 99

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
Veranschlagt sind:		
1. Landesamt		
Zentrale Drucker (Ersatz)	420,0	420,0
Magnetplatteneinheiten (Ersatz)	-	90,0
2. Ämter für Versorgung und Familienförderung		
Schrittweise Systemumstellung (Ersatz)	280,0	280,0
Zusammen	700,0	790,0

1997 gegenüber 1996:

315,0 Tsd DM mehr,

1998 gegenüber 1997:

90,0 Tsd DM mehr für die Beschaffung erforderlicher EDV-Geräte.

Zu 10 20/813 99

1997 gegenüber 1996:

105,0 Tsd DM weniger wegen Zurückstellung von Ersatzbeschaffungen zugunsten der Gerätebeschaffungen.

10 24 REHA-KLINIKEN DER VERSORGUNGSVERWALTUNG

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		EINNAHMEN			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.			
111 03-2	242	EINNAHMEN AUS STATIONÄRER BEHANDLUNG VON PATIENTEN MIT ALLGEMEINEM PFLEGESATZ. SOWEIT NICHT BEI TITEL 241 01 NACHZUWEISEN	6.020,0	6.087,5	A 3.900,0 B 5.297,4 C 4.237,0
111 04-1	242	EINNAHMEN AUS AMBULANTER BEHANDLUNG VON SELBSTZÄHLER-PATIENTEN	325,0	330,0	A 190,0 B 312,2 C 247,3
111 05-0	242	EINNAHMEN AUS AMBULANTER BEHANDLUNG VON PATIENTEN DER KOSTENTRÄGER	2,0	2,0	A 2,0 B 0,3 C 3,1
111 06-9	242	EINNAHMEN AUS BEOBACHTUNG UND BEGUTACHTUNG	---	---	A ---
111 07-8	242	SONSTIGE GEBÜHREN	---	---	A ---
113 01-2	242	ERLÖSE AUS DEM VERKAUF VON GEGENSTÄNDEN	5,8	5,8	A 2,0 B 5,8 C 3,5
119 49-0	242	VERMISCHTE EINNAHMEN	2,0	2,0	A 3,0 B 2,4 C 0,6
124 01-9	242	EINNAHMEN AUS VERMIETUNG, VERPACHTUNG UND NUTZUNG	850,0	860,0	A 750,0 B 736,1 C 663,8
125 01-8	242	EINNAHMEN AUS PERSONALVERPFLEGUNG	82,0	86,0	A 80,0 B 77,6 C 73,8
126 01-7	242	EINNAHMEN AUS DER INANSPRUCHNAHME ÖFFENTLICHER EINRICHTUNGEN DURCH BEDIENSTETE	45,0	45,0	A 75,0 B 38,6 C 58,5

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 24

Die Reha-Kliniken der Versorgungsverwaltung sind mit der Durchführung der Heil- und Krankenbehandlung der Versorgungsberechtigten nach dem Bundesversorgungsgesetz beauftragt (§ 2 Nr. 2 des Gesetzes über die Errichtung der Verwaltungsbehörden der Kriegsopferversorgung vom 12. März 1951 - BGBl I S. 169 -).

Der Freistaat Bayern unterhält die Reha-Kliniken "Prof. Max Lange" in Bad Tölz, "Prinzregent Luitpold" in Bad Reichenhall und "Alpenland" in Bad Aibling.

Es ist beabsichtigt, die Reha-Klinik Bad Aibling mit Ablauf des Haushaltsjahres 1998 auf einen anderen Träger zu überführen.

Planmäßige Bettenzahl und veranschlagte Behandlungstage

Reha-Klinik	Bad Tölz	Bad Reichenhall	Bad Aibling
Plan-Bettenzahl	150	113	93
	Behand- lungs- tage	Behand- lungs- tage	Behand- lungs- tage
Patientengruppen			
- Versorgungsberechtigte	35 300	23 000	23 000
- Selbstzahler	5 000	18 000	8 000
Summe	40 300	41 000	31 000

Zu 10 24/111 03

1997 gegenüber 1996:

2 120,0 Tsd DM mehr

1998 gegenüber 1997:

67,5 Tsd DM mehr wegen steigender Zahl von Patienten mit allgemeinem Pflegesatz.

Zu 10 24/111 04

1997 gegenüber 1996:

135,0 Tsd DM mehr infolge Anpassung an die Istentwicklung.

Zu 10 24/124 01

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschl. der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser u. dgl.)	17,5	17,7
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl., soweit nicht bei Titel 126 01 nachzuweisen	704,5	719,3
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	8,0	8,0
4. Einnahmen aus der Unterbringung begleitender Ehefrauen	120,0	115,0
5. Sonstige Einnahmen	-	-
Zusammen	850,0	860,0

1997 gegenüber 1996:

100,0 Tsd DM mehr wegen steigender Einnahmen aus Vermietungen.

Zu 10 24/126 01

1997 gegenüber 1996:

30,0 Tsd DM weniger wegen rückläufiger Inanspruchnahme der Einrichtungen.

10 24 REHA-KLINIKEN DER VERSORGUNGSVERWALTUNG

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN			
241 01-7	242	SONSTIGE ERSTATTUNGEN VOM BUND	16.250,0	16.569,0	A 20.635,0 B 18.636,4 C 22.987,6
256 12-6	242	ZUWEISUNGEN DER BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT (ARBEITS- BESCHAFFUNGSMASSNAHMEN)	---	---	A ---
		GESAMTEINNAHMEN	23.581,8	23.987,3	A 25.637,0 B 25.106,8 C 28.275,2
		AUSGABEN			
		PERSONALAUSGABEN			
422 01-8	242	BEZÜGE DER PLANMÄSSIGEN BEAMTEN	1.671,0	1.717,3	A 1.783,9 B 1.617,2 C 1.539,1
422 11-6	242	BEZÜGE DER BEAMTEN ZUR ANSTELLUNG UND DER RICHTER AUF PROBE	---	---	A ---
422 31-2	242	BEZÜGE DER ABGEORDNETEN BEAMTEN (RICHTER)	---	---	A --- B 45,0 C 80,1
422 41-0	242	MEHRARBEITSVERGÜTUNGEN FÜR BEAMTE ZU 422 41 UND 425 41: GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.	35,0	35,0	A 35,0 B 24,5 C 23,3
425 01-5	242	VERGÜTUNGEN DER ANGESTELLTEN	8.927,1	9.195,0	A 9.120,4 B 8.525,1 C 8.253,5
425 12-2	242	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE (ARBEITSBESCHAFFUNGSMASSNAHMEN)	---	---	A ---
425 15-9	242	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE (STELLENBESETZUNG GEMÄSS NR. 3 ABS. 1 DBESTHG)	---	---	A --- B 56,2 C 30,6
425 17-7	242	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE ZUR ÜBERBRÜCKUNG VON ERZIEHUNGSURLAUB GEMÄSS ART. 6 ABS. 4 HG	---	---	A --- B 89,0 C 41,7
425 41-7	242	ÜBERSTUNDENVERGÜTUNGEN FÜR ANGESTELLTE VGL. VERMERK ZU 422 41.	185,0	185,0	A 185,0 B 192,2 C 182,8
426 01-4	242	LÖHNE DER ARBEITER	4.820,7	4.965,7	A 4.887,1 B 4.518,8 C 4.328,3
426 05-0	242	LÖHNE DER ARBEITER (STELLENBESETZUNG GEMÄSS NR. 3 ABS. 1 DBESTHG)	---	---	A --- C 16,3
427 01-3	242	BESCHÄFTIGUNGSENTGELTE, AUFWENDUNGEN FÜR NEBENAMTLICH ODER NEBENBERUFLICH TÄTIGE	6,0	6,0	A 6,0 B 5,9 C 11,6

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 24/241 01

Nach § 1 Nr. 8 letzter Halbsatz des Ersten Überleitungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. April 1955 (BGBl I S. 193), der zuletzt durch Artikel 3 Nr. 2 des Gesetzes vom 9. Juni 1975 (BGBl I S. 1321) geändert worden ist, trägt der Bund die Aufwendungen für die Heil- und Krankenbehandlung Versorgungsberechtigter in den Versorgungskuranstalten der Länder. Die Kostenerstattung wird nach Maßgabe der Erstattungsverordnung-KOV vom 31. Juli 1967 (BGBl I S. 860), zuletzt geändert durch Verordnung vom 1. Juni 1994 (BGBl I S. 1204), durchgeführt.

1997 gegenüber 1996:

4 385,0 Tsd DM weniger wegen rückläufiger Kuren durch Versorgungsberechtigte.

1998 gegenüber 1997:

319,0 Tsd DM mehr infolge höherer Selbstkosten.

Zu 10 24/422 01

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 24/422 11

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 24/425 01

Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 24/426 01

Löhne einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

10 24 REHA-KLINIKEN DER VERSORGUNGSVERWALTUNG

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
427 41-5	242	PRAKTIKANTENVERGÜTUNGEN	73,0	74,0	A 245,0 B 166,2 C 213,4
451 01-2	242	ZUSCHÜSSE ZUR GEMEINSCHAFTSVERPFLEGUNG	18,0	18,0	A 18,0 B 12,7 C 13,2
453 01-0	242	TRENNUNGSGELD UND UMZUGSKOSTENVERGÜTUNGEN	5,0	5,0	A 5,0 B 3,9 C 2,3
SÄCHLICHE VERWALTUNGSAusGABEN					
511 01-0	242	GESCHÄFTSBEDARF	134,0	136,0	A 104,8 B 129,0 C 110,5
512 01-9	242	BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN	19,0	20,0	A 16,7 B 18,1 C 18,3
513 01-8	242	LEISTUNGSENTGELTE FÜR POST- UND FERNMELEDIEDIENST- LEISTUNGEN	90,0	95,0	A 120,0 B 55,3 C 66,2
514 01-7	242	HALTUNG VON DIENSTFAHRZEUGEN	33,0	34,0	A 26,0 B 26,9 C 21,5
515 01-6	242	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE FÜR VERWALTUNGSZWECKE, WARTUNG	85,0	85,0	A 85,0 B 84,3 C 70,0
515 21-2	242	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE FÜR FACHAUFGABEN, WARTUNG	255,0	255,0	A 255,0 B 253,5 C 262,6
515 22-1	242	UNTERHALTUNG UND INSTANDSETZUNG VON GERÄTEN U. DGL. FÜR FACHAUFGABEN	177,0	180,0	A 170,0 B 171,0 C 164,8
516 01-5	242	DIENST- UND SCHUTZKLEIDUNG	13,0	13,0	A 12,6 B 12,4 C 12,4

Erläuterungen

Zu 10 24/427 41

Vergütungen für Praktikanten.

1997 gegenüber 1996:

172,0 Tsd DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 24/511 01

1997 gegenüber 1996:

29,2 Tsd DM mehr wegen Anpassung an die Istausgabe.

Zu 10 24/513 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Postgebühren	51,2	51,2
2. Laufende Fernmeldekosten	34,5	40,5
3. Miete, Wartung und Sonstiges	4,3	3,3
Zusammen	90,0	95,0

Anzahl der privaten Fernsprechanchlüsse mit dienstlicher Mitbenutzung: 1 (1)

1997 gegenüber 1996:

30,0 Tsd DM weniger infolge rückläufigem Bedarf.

Zu 10 24/514 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Betriebsstoffe	9,7	10,8
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	23,3	23,2
Zusammen	33,0	34,0

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll 1997	Soll 1998	Soll 1996	am 1.2.1996
Personenkraftwagen einschl. Kombis	3	3	3	3
Kommunaltraktoren	5	5	5	5
Anhänger einachsige	3	3	3	3
		1997		1998
		Tsd DM		Tsd DM
Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung				
Kosten wie vor		33,0		34,0
Personalausgaben		81,6		84,3
Beschaffung von Dienstfahrzeugen		-		-
Zusammen		114,6		118,3

Zu 10 24/515 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	58,0	56,0
2. Wartung und Reparaturen	27,0	29,0
Zusammen	85,0	85,0

Zu 10 24/515 21

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Geringwertige oder kurzlebige Gebrauchsgegenstände (Nutzungsdauer bis zu 3 Jahren)	85,0	85,0
2. Gegenstände mit einer Nutzungsdauer von 3 bis einschl. 15 Jahren (kurzfristige Anlagegüter)	170,0	170,0
Zusammen	255,0	255,0

10 24 REHA-KLINIKEN DER VERSORGUNGSVERWALTUNG

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
517 01-4	242	BEWIRTSCHAFTUNG DER GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME	1.054,5	1.058,5	A 1.230,3 B 983,0 C 1.093,1
517 05-0	242	BEWIRTSCHAFTUNG DURCH HEIZUNG, BELEUCHTUNG UND ELEKTRISCHE KRAFT	810,0	830,0	A 890,5 B 759,1 C 799,5
518 01-3	242	MIETEN UND PACHTEN FÜR GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME	555,0	555,0	A 555,0 B 766,2 C 380,4
518 11-1	242	MIETEN UND PACHTEN FÜR MASCHINEN, GERÄTE UND FAHRZEUGE	---	---	A --- B 4,8 C 9,6
519 01-2	242	UNTERHALTUNG DER GRUNDSTÜCKE UND BAULICHEN ANLAGEN	690,0	710,0	A 590,0 B 728,8 C 607,8
522 01-7	242	ARZNEIEN, KUR-, VERBANDS- UND MEDIZINISCHE VERBRAUCHSMITTEL	1.020,0	1.040,0	A 1.043,6 B 999,3 C 996,3
522 02-6	242	VERPFLEGUNG	2.150,0	2.250,0	A 2.250,0 B 1.995,1 C 2.268,4
522 03-5	242	SONSTIGE VERBRAUCHSMITTEL	26,0	28,0	A 25,5 B 23,9 C 24,9
525 01-4	242	AUS- UND FORTBILDUNG	5,0	5,0	A 1,0 B 0,9
527 01-2	242	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR INLANDSDIENSTREISEN	28,0	28,0	A 28,0 B 32,8 C 22,5
535 01-2	242	AUSGABEN FÜR WÄSCHEREINIGUNG	222,0	230,0	A 226,7 B 212,3 C 228,8
536 01-1	242	KULTURELLE BETREUUNG	70,0	80,0	A 65,0 B 61,6 C 58,2

Erläuterungen

Zu 10 24/517 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung .	831,0	834,0
2. Steuern und Abgaben	93,0	93,0
3. Geräte	37,5	37,5
4. Sonstige Hausbewirtschaftungskosten	93,0	94,0
Zusammen	1 054,5	1 058,5

1997 gegenüber 1996:
175,8 Tsd DM weniger wegen geringeren Bedarfs.

Zu 10 24/517 05

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Heizung	307,0	317,1
2. Beleuchtung und elektrische Kraft, Heizung durch Gas und Elektrizität	503,0	512,9
Zusammen	810,0	830,0

1997 gegenüber 1996:
80,5 Tsd DM weniger infolge Anpassung an die Istaussgabe.

Zu 10 24/518 01

Veranschlagt ist die Miete für die Reha-Klinik Alpenland, Bad Aibling.

Zu 10 24/519 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschl. Zubehör	609,0	590,0
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschl. Zubehör	69,0	75,0
3. Ersatz und Ergänzung des Zubehörs zu Grundstücken und baulichen Anlagen	12,0	45,0
Zusammen	690,0	710,0

1997 gegenüber 1996:
100,0 Tsd DM mehr wegen steigenden Bauunterhalts.

Zu 10 24/522 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Arznei- und Kurmittel	210,0	220,0
2. Verbandsmittel	420,0	430,0
3. Medizinische Verbrauchsmittel	390,0	390,0
Zusammen	1 020,0	1 040,0

Zu 10 24/522 02

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Verpflegung für Kurpatienten	2 068,0	2 167,0
2. Personalverpflegung	82,0	83,0
Zusammen	2 150,0	2 250,0

1997 gegenüber 1996:
100,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

1998 gegenüber 1997:
100,0 Tsd DM mehr wegen steigender Verpflegungskosten.

Zu 10 24/527 01

Bestand an anerkannten Personenkraftwagen: 2 (2)

10 24 REHA-KLINIKEN DER VERSORGUNGSVERWALTUNG

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
536 02-0	242	LEISTUNGEN AN DRITTE FÜR BEHANDLUNG	290,0	290,0	A 120,0 B 168,7 C 127,8
536 03-9	242	LEISTUNGEN AN DRITTE FÜR HEILGYMNASTISCHE WINTERKUREN	25,0	26,0	A 45,0 B 23,8 C 37,9
546 49-3	242	VERMISCHTE VERWALTUNGSAusGABEN	10,0	10,0	A 10,0 B 6,8 C 6,2
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AusNAHME FÜR INVESTITIONEN			
643 01-1	242	AusGABEN FÜR KURTaxE	349,0	365,0	A 330,0 B 301,3 C 267,2
685 01-0	242	BEITRÄGE ZUR BAYERISCHEN KRANKENHAUSGESELLSCHAFT	10,0	11,0	A 9,0 B 7,2 C 6,9
		BAUMASSNAHMEN			
701 01-0	242	KLEINE NEU-, UM- UND ERWEITERUNGSBAUTEN	350,0	450,0	A 165,0 B 224,9 C 238,8
		SONSTIGE AusGABEN FÜR INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN			
811 01-7	242	ERWERB VON DIENSTFAHRZEUGEN	---	---	A --- B 49,4 C 29,9
812 01-6	242	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN FÜR VERWALTUNGSZWECKE	---	---	A ---
812 02-5	242	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN FÜR FACHAUFGABEN	305,0	318,0	A 280,0 B 389,6 C 378,1
812 03-4 -----	242	ERWERB VON VERWALTUNGSEIGENEN FERNMELDEANLAGEN, SOWEIT DIE AusGABEN NICHT ZU DEN BAUKOSTEN GEHÖREN	---	---	A
		GESAMTAusGABEN	24.516,3	25.303,5	A 24.940,1 B 23.746,7 C 23.044,8

Erläuterungen

Zu 10 24/536 02

1997 gegenüber 1996:

170,0 Tsd DM mehr wegen zunehmender notwendiger Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen Dritter.

Zu 10 24/536 03

1997 gegenüber 1996:

20,0 Tsd DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 24/546 49

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte	-	-
2. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	4,0	4,0
3. Verlustentschädigungen	-	-
4. Auslagen für Vorstellungsreisen	1,0	1,0
5. Sonstige vermischte Ausgaben	5,0	5,0
Zusammen	10,0	10,0

Zu 10 24/701 01

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
Reha-Klinik Bad Reichenhall		
1. Erneuerung der Tiefkühl- und Tiefgefrierzelle	30,0	-
2. Balkonsanierung im Bettenhaus	-	60,0

Reha-Klinik Bad Tölz

1. Sanierung des Hauptabwasserkanals	250,0	250,0
2. Austausch von Boilern	40,0	40,0
3. Einbau von Einzelzimmerduschen	30,0	-
4. Sanierung des Schwimmbaddaches	-	50,0
5. Umwälzanlage für das Kneipp-Bad	-	50,0
Zusammen	350,0	450,0

Zu 10 24/812 02

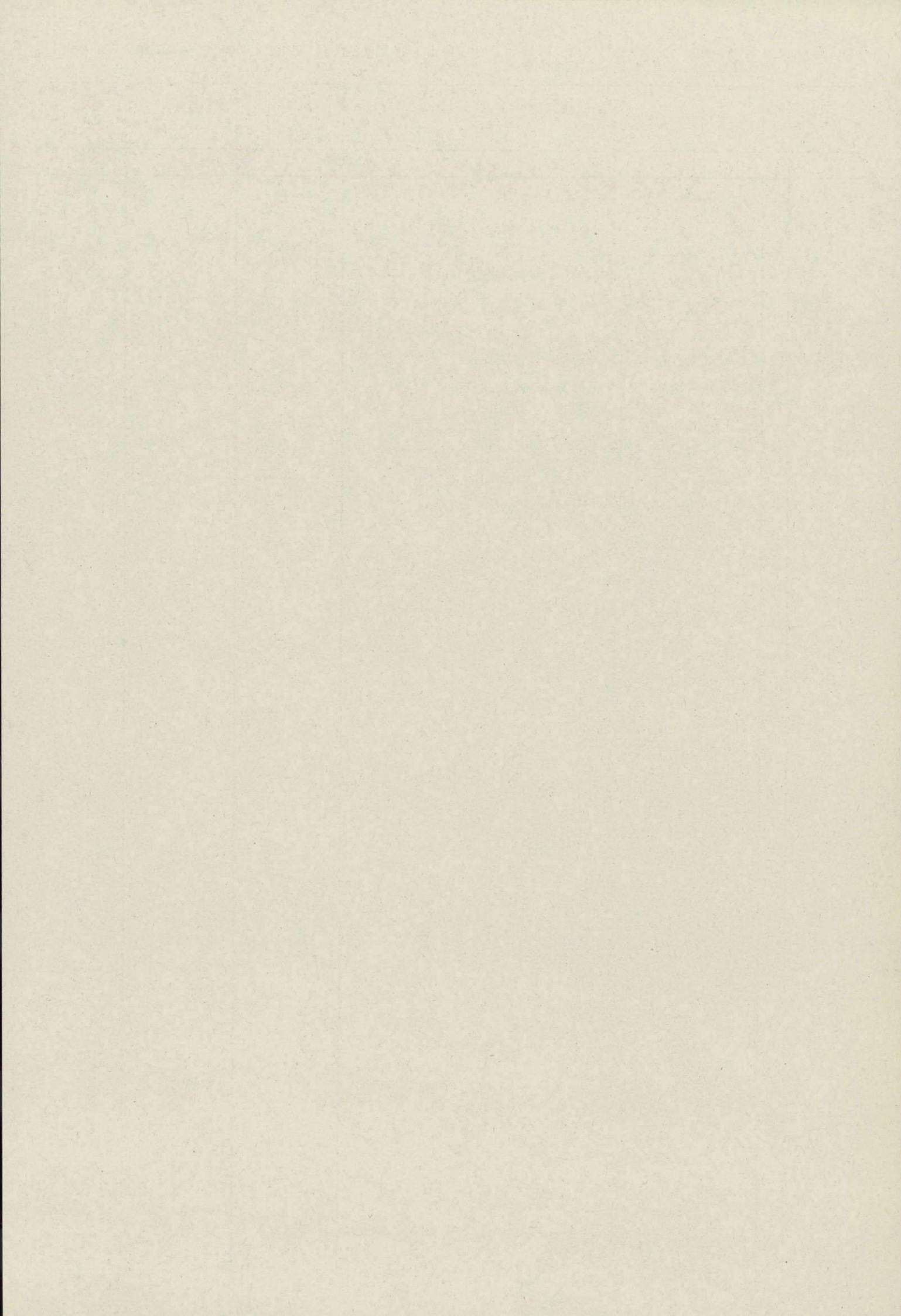
	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
Reha-Klinik Bad Tölz		
1. Langzeit-EKG mit Langzeitblutdruckmeßeinheit	33,0	-
2. Coagulometer	22,0	-
3. Substratmeßplatz	-	95,0
4. Pflegebetten mit Nachttischen	-	47,0

Reha-Klinik Bad Reichenhall

1. Erneuerung der Inhalationsbecken	10,0	10,0
2. Ersatz der Röntgenanlage	220,0	-
3. Ersatz der Personalzimmerausstattung (Abschluß)	20,0	-
4. Erneuerung von med. Wannen (Bäderabteilung)	-	40,0
5. Ersatz des Bodyplethysmographen	-	126,0
Zusammen	305,0	318,0

10 24 REHA-KLINIKEN DER VERSORGUNGSVERWALTUNG

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		ABSCHLUSS			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.	7.331,8	7.418,3	A 5.002,0 B 6.470,4 C 5.287,6
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	16.250,0	16.569,0	A 20.635,0 B 18.636,4 C 22.987,6
		GESAMTEINNAHMEN	23.581,8	23.987,3	A 25.637,0 B 25.106,8 C 28.275,2
		PERSONALAUSGABEN	15.740,8	16.201,0	A 16.285,4 B 15.256,7 C 14.736,2
		SÄCHLICHE VERWALTUNGSAusGABEN	7.761,5	7.958,5	A 7.870,7 B 7.517,6 C 7.387,7
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	359,0	376,0	A 339,0 B 308,5 C 274,1
		BAUMASSNAHMEN	350,0	450,0	A 165,0 B 224,9 C 238,8
		SONSTIGE SACHINVESTITIONEN	305,0	318,0	A 280,0 B 439,0 C 408,0
		GESAMTAUSGABEN	24.516,3	25.303,5	A 24.940,1 B 23.746,7 C 23.044,8
		ZUSCHUSS ÜBERSCHUSS	934,5	1.316,2	A 696,9 B 1.360,1 C 5.230,4



TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		EINNAHMEN			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.			
111 01-1	254	GEBÜHREN, BEITRÄGE, TARIFLICHE UND GEBÜHRENARTIGE ENTGELTE	3.220,0	3.220,0	A 4.000,0 B 3.587,5 C 2.161,2
111 02-0	254	ERSTATTUNG VON KOSTEN DER ERSATZVORNAHME	---	---	A ---
112 01-0	254	GELDSTRAFEN, GELDBUSSEN, VERWARNUNGSGELDER	4.800,0	4.800,0	A 4.200,0 B 4.554,2 C 3.498,6
113 01-9	254	ERLÖSE AUS DEM VERKAUF VON GEGENSTÄNDEN	4,0	4,0	A 4,0 B 23,4 C 2,0
119 01-3	254	EINNAHMEN AUS VERÖFFENTLICHUNGEN	---	---	A --- B 0,3
119 49-7	254	VERMISCHTE EINNAHMEN	1,0	1,0	A 1,0 B 5,2 C 1,6

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 30

1. Durch Gesetz vom 23. Juli 1994 (GVBl S. 608) wurden das Bayer. Landesinstitut für Arbeitsschutz und das Bayerische Landesinstitut für Arbeitsmedizin im Bayerischen Landesamt für Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik (LfAS) zusammengefaßt.
Neben den mit dieser Zusammenfassung erzielten Synergieeffekten wurde damit zugleich eine Stelle geschaffen, die durch die Übernahme zahlreicher zentraler Vollzugsaufgaben zur Entlastung des StMAS beiträgt.
Zu den Aufgaben des Landesamtes gehören insbesondere die Förderung des Arbeitsschutzes, der Arbeitsmedizin und der Sicherheitstechnik, die Ermittlung von Gefährdungsschwerpunkten sowie von Zusammenhängen von Belastungen am Arbeitsplatz und arbeitsbedingten Erkrankungen, die Mitarbeit in nationalen und internationalen regelsetzenden Institutionen und die Beratung der Gewerbeaufsichtsämter in Fachfragen.
2. Die Bayerische Akademie für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin stützt sich in ihrer jetzigen Rechtsform auf die Verordnung vom 5. September 1994 (GVBl S. 954) und untersteht als nicht rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts dem StMAS. Die Akademie hat u.a. die Aufgabe, als Begegnungsstätte von Wissenschaft und Praxis im Zusammenwirken mit den Einrichtungen der Lehre und Forschung den Austausch von Erkenntnissen und Erfahrungen zu betreiben und zur Weiter- und Fortbildung in den Bereichen Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin beizutragen.
Zudem ist die praktische Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse zu fördern sowie die Durchführung von Forschungsaufgaben bei dazu geeigneten wissenschaftlichen Einrichtungen anzuregen und zu unterstützen.
3. Die Gewerbeaufsichtsämter (Augsburg, Bayreuth, Coburg, Landshut, München-Stadt, München-Land, Nürnberg, Regensburg und Würzburg) sind Vollzugsbehörden für die Durchführung öffentlich-rechtlicher Vorschriften auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes, der Arbeitsmedizin und der Sicherheitstechnik. Sie vollziehen z.B. Arbeits- und Verbraucherschutzvorschriften der Gewerbeordnung, des Gesetzes über technische Arbeitsmittel, des Chemikaliengesetzes, des Arbeitszeitgesetzes, des Jugendarbeitsschutzgesetzes, des Gesetzes über Fahrpersonal im Straßenverkehr, des Sprengstoffgesetzes und des Gesetzes über die Beförderung gefährlicher Güter.
Sie treffen die erforderlichen Maßnahmen zum Schutze des Lebens und der Gesundheit von Arbeitnehmern und Dritten und sorgen dafür, daß gefährliche technische Arbeitsmittel und Arbeitsstoffe nicht in Verkehr gebracht werden.
Den Entgeltprüfern der Gewerbeaufsichtsämter obliegt die Entgeltüberwachung nach dem Heimarbeitsgesetz.
Der Gewerbeärztliche Dienst bei den Gewerbeaufsichtsämtern Augsburg, München-Stadt, Nürnberg, Regensburg und Würzburg erfüllt zahlreiche Aufgaben im Bereich des medizinischen Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung.

Zu 10 30/111 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
Gebühren- und Beitragserhebung durch das Landesamt		
- nach der GebOAM	300,0	300,0
- nach der 7. BKVO (§ 8)	100,0	100,0
Erhebung von Verwaltungskosten durch die Gewerbeaufsichtsämter	2 820,0	2 820,0
Zusammen	3 220,0	3 220,0

1997 gegenüber 1996:

780,0 Tsd DM weniger infolge Umsetzung zu 111 71 und 111 72.

Zu 10 30/111 02 und 533 01

Die Kosten der Ersatzvornahme sind vom Verpflichteten zu erstatten. Sie fließen als Einnahme bei 111 02 wieder zu.

Zu 10 30/112 01

1997 gegenüber 1996:

600,0 Tsd DM mehr nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 10 30/119 01

Erlöse aus der Veräußerung von Merkblättern über den technischen Arbeitsschutz.

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
124 01-6	254	EINNAHMEN AUS VERMIETUNG, VERPACHTUNG UND NUTZUNG	13.0	13.1	A 19.3 B 18.1 C 11.4
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN			
282 02-3	254	ZUSCHÜSSE UND BEITRÄGE DRITTER	---	---	A ---
		TITELGRUPPEN			
		71 KOSTEN DER BAYERISCHEN AKADEMIE FÜR ARBEITS-, SOZIAL- UND UMWELTMEDIZIN			
111 71-6 -----	254	GEBÜHREN, BEITRÄGE, TARIFLICHE UND GEBÜHRENARTIGE ENTGELTE	750.0	750.0	A
		SUMME DER TITELGRUPPE	750.0	750.0	A
		72 KOSTEN DER AUS- UND FORTBILDUNG VON SICHERHEITS- INGENIEUREN UND SONSTIGEN FACHKRÄFTEN FÜR ARBEITSSICHERHEIT DER GEWERBLICHEN BETRIEBE UND VON FACHKRÄFTEN FÜR ARBEITSSICHERHEIT IM STAATLICHEN BEREICH			
111 72-5 -----	254	GEBÜHREN, BEITRÄGE, TARIFLICHE UND GEBÜHRENARTIGE ENTGELTE	30.0	30.0	A
		SUMME DER TITELGRUPPE	30.0	30.0	A
		GESAMTEINNAHMEN	8.818.0	8.818.1	A 8.224,3 B 8.188,7 C 5.674,8
		AUSGABEN			
		PERSONALAUSGABEN			
422 01-5	254	BEZÜGE DER PLANMÄSSIGEN BEAMTEN	39.744.0	39.922.0	A 37.540.0 B 40.371.0 C 34.130.4
422 11-3	254	BEZÜGE DER BEAMTEN ZUR ANSTELLUNG UND DER RICHTER AUF PROBE	2.926.4	3.008.2	A 3.460.0 B 2.832.1 C 2.785.4
422 21-1	254	ANWÄRTERBEZÜGE, UNTERHALTSBEIHILFEN FÜR DIENSTANFÄNGER	611.9	628.9	A 826.0 B 592.2 C 605.1
422 31-9	254	BEZÜGE DER ABGEORDNETEN BEAMTEN (RICHTER)	60.7	62.4	A 12.0 B 58.7
425 01-2	254	VERGÜTUNGEN DER ANGESTELLTEN	14.191.4	14.275.9	A 13.091.0 B 14.024.0 C 10.437.8

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 30/124 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschl. der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser u. dgl.)	10,6	10,7
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.) . .	1,8	1,8
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	0,6	0,6
Zusammen	13,0	13,1

Zu 10 30/111 71

Beitragserhebung für arbeits- und umweltmedizinische Kurse.

1997 gegenüber 1996:

750,0 Tsd DM mehr infolge Umsetzung von 111 01.

Zu 10 30/111 72

Beitragserhebung für Lehrgänge für Sicherheitsingenieure.

1997 gegenüber 1996:

30,0 Tsd DM mehr infolge Umsetzung von 111 01.

Zu 10 30/422 01

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
Davon Aufwandsentschädigungen für 489 Empfänger . . .	60,0	60,0

Zu 10 30/422 11

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
Davon Aufwandsentschädigungen für 17 Empfänger . . .	2,0	2,0

Zu 10 30/422 21

Anwärterbezüge.

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
Davon Aufwandsentschädigungen für 34 Empfänger . . .	4,0	4,0

Zu 10 30/422 31

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 30/425 01

Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
Davon Aufwandsentschädigungen für 24 Empfänger . . .	3,0	3,0

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
425 11-0	254	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE	---	---	A --- B 43,3 C 46,3
425 15-6	254	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE (STELLENBESETZUNG GEMÄSS NR. 3.1 DBESTHG)	---	---	A --- B 831,0 C 947,2
425 17-4	254	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE ZUR ÜBERBRÜCKUNG VON ERZIEHUNGSURLAUB GEMÄSS ART. 6 ABS. 4 HG	---	---	A --- B 90,6 C 59,9
425 41-4	254	ÜBERSTUNDENVERGÜTUNGEN FÜR ANGESTELLTE	---	---	A --- B 0,8 C 1,3
426 01-1	254	LÖHNE DER ARBEITER	1.893,7	1.950,7	A 1.915,0 B 1.808,5 C 1.010,2
426 05-7	254	LÖHNE DER ARBEITER (STELLENBESETZUNG GEMÄSS NR. 3.1 DBESTHG)	---	---	A --- B 73,7 C 94,8
427 01-0	254	BESCHÄFTIGUNGSENTGELTE, AUFWENDUNGEN FÜR NEBENAMTLICH UND NEBENBERUFLICH TÄTIGE	---	---	A ---
451 01-9	254	ZUSCHÜSSE ZUR GEMEINSCHAFTSVERPFLEGUNG	85,0	85,0	A 85,0 B 83,6 C 71,3
453 01-7	254	TRENNUNGSGELD UND UMZUGSKOSTENVERGÜTUNGEN	35,0	35,0	A 35,0 B 44,3 C 25,6
SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN					
511 01-7	254	GESCHÄFTSBEDARF	362,5	365,0	A 377,0 B 314,3 C 301,4
512 01-6	254	BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN	260,0	260,0	A 230,0 B 257,7 C 186,6
513 01-5	254	LEISTUNGSENTGELTE FÜR POST- UND FERNMEDEDIENST-LEISTUNGEN	690,0	700,0	A 755,0 B 586,3 C 487,8

Erläuterungen

Zu 10 30/425 11

Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 30/425 41

Vgl. Sammelansatz bei 10 02/425 51.

Zu 10 30/426 01

Löhne einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 30/453 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Trennungsgeld für 6/6 Bedienstete	25,0	25,0
2. Umzugskostenvergütungen für den Umzug von 2/2 Bediensteten	10,0	10,0
Zusammen	35,0	35,0

Zu 10 30/512 01

1997 gegenüber 1996:

30,0 Tsd DM mehr infolge Anpassung an die Istentwicklung.

Zu 10 30/513 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Postgebühren	400,0	400,0
2. Laufende Fernmeldekosten	280,0	290,0
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	10,0	10,0
Zusammen	690,0	700,0

1997 gegenüber 1996:

65,0 Tsd DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Die Kosten zu 1. mit 3. trägt das AVF Augsburg (10 20) für das GAA Augsburg.

Die Kosten zu 1. trägt das AVF Bayreuth für das GAA Bayreuth.

Die Kosten zu 1. und 3. trägt

a) das AVF Nürnberg (10 20) für das GAA Nürnberg.

b) das SG Würzburg (10 12) für das GAA Würzburg.

Anzahl der privaten Fernsprechanlüsse mit dienstlicher Mitbenutzung:

a) Hauptanschlüsse - (-)

b) Nebenanschlüsse - (-)

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
514 01-4	254	HALTUNG VON DIENSTFAHRZEUGEN	135,0	138,0	A 150,0 B 111,6 C 86,8
515 01-3	254	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE FÜR VERWALTUNGSZWECKE, WARTUNG	230,0	230,0	A 235,0 B 215,6 C 185,0
515 21-9	254	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE FÜR FACHAUFGABEN, WARTUNG ZU 515 21, 522 01 UND 526 21: GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.	130,0	130,0	A 130,0 B 117,8 C 34,3
516 01-2	254	DIENST- UND SCHUTZKLEIDUNG	25,0	25,0	A 25,0 B 19,0 C 16,8
517 01-1	254	BEWIRTSCHAFTUNG DER GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME	700,0	700,0	A 700,0 B 676,2 C 452,2
517 05-7	254	BEWIRTSCHAFTUNG DURCH HEIZUNG, BELEUCHTUNG UND ELEKTRISCHE KRAFT	240,0	240,0	A 265,0 B 214,0 C 83,3

Erläuterungen

Zu 10 30/514 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Betriebsstoffe	90,0	90,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	45,0	48,0
Zusammen	135,0	138,0

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll 1997	Soll 1998	Soll 1996	am 1.2.1996
Personenkraftwagen	12	12	12	12
Geländefahrzeuge	-	-	-	-
Lastkraftwagen	2	2	2	2
Krafträder (Mofas)	-	-	-	-
Kommunaltraktoren	1	1	1	1

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:		
Kosten wie vor	135,0	138,0
Personalausgaben	1 065,0	1 097,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	26,4	27,6
Zusammen	1 226,4	1 262,6

Zu 10 30/515 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	90,0	90,0
2. Wartung und Reparaturen	140,0	140,0
Zusammen	230,0	230,0

Zu 10 30/515 21

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	80,0	80,0
2. Wartung und Reparaturen	50,0	50,0
Zusammen	130,0	130,0

Zu 10 30/517 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Reinigung, Müllabfuhr usw. Be- und Entwässerung	650,0	650,0
2. Steuern und Abgaben	20,0	20,0
3. Geräte	5,0	5,0
4. Sonstige Hausbewirtschaftungskosten	25,0	25,0
Zusammen	700,0	700,0

Wegen der Bewirtschaftungskosten für die GAA Bayreuth, Nürnberg und Würzburg vgl. Erläuterung zu 513 01.

Zu 10 30/517 05

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Heizung	100,0	100,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft, Heizung durch Gas und Elektrizität	140,0	140,0
Zusammen	240,0	240,0

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
518 01-0	254	MIETEN UND PACHTEN FÜR GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME	114,0	90,0	A 114,0 B 96,4 C 95,4
518 11-8	254	MIETEN UND PACHTEN FÜR MASCHINEN, GERÄTE UND FAHRZEUGE	25,0	30,0	A 25,0 B 23,0 C 5,9
519 01-9	254	UNTERHALTUNG DER GRUNDSTÜCKE UND BAULICHEN ANLAGEN	130,0	130,0	A 110,0 B 516,9 C 325,5
522 01-4	254	VERBRAUCHSMITTEL FÜR ARBEITSMEDIZINISCHE UND TECHNISCHE UNTERSUCHUNGEN SOWIE VERSUCHE VGL. VERMERK ZU 515 21.	40,0	41,0	A 47,0 B 33,5
524 01-2	254	KOSTEN FÜR DIE ANSCHAFFUNG VON LEHR- UND ANSCHAUUNGSMATERIAL	50,0	50,0	A 50,0 B 39,0
526 21-6	254	KOSTEN DER BEWEISERHEBUNG IM GEWERBEAUF SICHTLICHEN VERWALTUNGSVERFAHREN, KOSTEN FÜR SPEZIALUNTERSUCHUNGEN DURCH DRITTE UND ANKAUF VON PRÜFOBJEKTEN VGL. VERMERK ZU 515 21.	100,0	105,0	A 100,0 B 14,4 C 5,5

Erläuterungen

Zu 10 30/518 01

Für angemietete Diensträume sind im einzelnen veranschlagt: (jährliche Kosten = die Miet- und Nebenkosten)

	jährl.Kosten 1997 Tsd DM	jährl.Kosten 1998 Tsd DM
Gewerbeaufsichtsamt/Grundstück		
München-Stadt (für Lehrgänge)	10,0	10,0
Diensträume für den Gewerbeärztlichen Dienst in Regensburg und Würzburg	104,0	80,0
Zusammen	114,0	90,0

1998 gegenüber 1997:
24,0 Tsd DM weniger infolge Aufgabe von Mieträumen.

Zu 10 30/519 01

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschl. Zubehör	129,0	129,0
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschl. Zubehör	-	-
3. Ersatz und Ergänzung des Zubehörs zu Grundstücken und baulichen Anlagen	1,0	1,0
Zusammen	130,0	130,0

1997 gegenüber 1996:
20,0 Tsd DM mehr infolge erhöhten Instandhaltungsbedarfs.

Zu 10 30/524 01

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Unterhaltung und Ergänzung der Lehrschaufen	3,0	3,0
2. Ständige Fachausstellung: Herstellung neuer Ausstellungsgruppen - Bau von Funktionsmodellen	13,0	13,0
3. Bau der Ausstellungsstände für Messen, Herstellung von Messexponaten	25,0	25,0
4. Fortführung einer zentralen Diasammlung auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes	2,0	2,0
5. Lehr- und Anschauungsmaterial über Arbeitsmedizin	2,0	2,0
6. Neu- und Ersatzbeschaffungen von Lehrfilmen zum Einsatz bei Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sowie zur Vorführung	5,0	5,0
Zusammen	50,0	50,0

Zu 10 30/526 21

Kosten für die Durchführung von technischen Spezialuntersuchungen durch Dritte und für den Ankauf von Gegenständen zur Überprüfung nach dem Gerätesicherheitsgesetz.

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Kosten für arbeitsmedizinische Spezialuntersuchun- gen durch Dritte	20,0	20,0
2. Kosten für technische Spezialuntersuchungen durch Dritte, insbesondere Asbestuntersuchungen mit dem Rasterelektronenmikroskop	50,0	55,0
3. Kosten für Fremduntersuchungen nach dem Geräte- sicherheitsgesetz (GSG)	4,0	4,0
4. Kosten für den Ankauf von Prüfböden zur Überprüfung nach dem GSG	4,0	4,0
5. Kosten der Beweiserhebung der GAA	22,0	22,0
Zusammen	100,0	105,0

Die Ausgaben fließen bei 111 01/112 01 teilweise wieder zu.

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
527 01-9	254	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR INLANDSDIENSTREISEN	2.800,0	2.800,0	A 2.950,0 B 2.472,4 C 2.280,2
527 11-7	254	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR AUSLANDSDIENSTREISEN	---	---	A --- B 1,0 C 0,1
531 11-1	254	FACHVERÖFFENTLICHUNGEN	120,0	120,0	A 14,0 B 13,9
532 11-0	254	UMZUGS- UND VERLEGUNGSKOSTEN VON DIENSTSTELLEN DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.	35,0	---	A --- C 76,5
533 01-1	254	KOSTEN DER ERSATZVORNAHME IM GEWERBEAUFSICHTLICHEN VERFAHREN	---	---	A ---
536 01-8	254	KOSTEN DER MESSEKOMMISSIONEN UND VON ARBEITS- SCHUTZMASSNAHMEN AUF GROSSBAUSTELLEN	26,0	26,5	A 20,0 B 23,4 C 15,2
546 49-0	254	VERMISCHTE VERWALTUNGSAusGABEN	28,0	28,5	A 30,0 B 22,9 C 14,9
ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AusNAHME FÜR INVESTITIONEN					
681 01-1	252	ZUWENDUNGEN AN IN HEIMARBEIT BESCHÄFTIGTE DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.	***	***	A 30,0 B 29,4 C 29,8
BAUMASSNAHMEN					
701 01-7	254	KLEINE NEU-, UM- UND ERWEITERUNGSBAUTEN	---	---	A --- B 172,6 C 400,4
710 00-7	254	STAATLICHE HOCHBAUMASSNAHMEN (SIEHE ANLAGE S) KREDITIFINANZIERT.	1.000,0	2.000,0	A 2.000,0

Erläuterungen

Zu 10 30/527 01

Die Ausgaben fließen dem Staat teilweise wieder zu. Vgl. Titel 111 01 und 112 01.

1997 gegenüber 1996:

150,0 Tsd DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Bestand an anerkannten Personenkraftwagen: 463 (451)

Zu 10 30/531 11

	Tsd DM
1. Veröffentlichungen auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und der Arbeitsmedizin	10,0
2. Jahresbericht der Gewerbeaufsicht (Verpflichtung aus § 139b Abs. 3 GewO)	20,0
3. Vorschriften- und Regelwerk für die Gewerbeaufsicht	90,0
Zusammen	120,0

1997 gegenüber 1996:

105,0 Tsd DM mehr infolge Umsetzung von 10 01/531 01

1,0 Tsd DM mehr infolge Kostensteigerung

106,0 Tsd DM mehr

Zu 10 30/532 11

Veranschlagt ist der durch Umbaumaßnahmen bedingte teilweise Umzug des GAA Würzburg.

Zu 10 30/536 01

Kosten für das Messebüro und die Maschinenschutzkommissionen.

Zu 10 30/546 49

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte	-	-
2. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	15,0	15,0
3. Verlustentschädigungen	-	-
4. Auslagen für Vorstellungsreisen	6,0	6,5
5. Sonstige vermischte Ausgaben	7,0	7,0
Zusammen	28,0	28,5

Zu Nr. 2:

Die Ausgaben sind zum größeren Teil Auslagen in kostenpflichtigen Verfahren und fließen den Einnahmen bei 111 01 wieder zu.

Zu 10 30/681 01

1997 gegenüber 1996:

30,0 Tsd DM weniger infolge Einstellung der Förderung.

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		SONSTIGE AUSGABEN FÜR INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN			
811 01-4	254	ERWERB VON DIENSTFAHRZEUGEN VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 27,6 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	26,4	27,6	A 57,2 B 55,1
812 01-3	254	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN FÜR VERWALTUNGSZWECKE	160,0	160,0	A 140,0 B 159,0 C 391,1
812 02-2	254	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN FÜR FACHAUFGABEN	344,0	344,0	A 260,0 B 60,1 C 37,7
812 03-1	254	ERWERB VON VERWALTUNGSEIGENEN FERNMELDEANLAGEN, SOWEIT DIE AUSGABEN NICHT ZU DEN BAUKOSTEN GEHÖREN	---	---	A 140,0 C 95,3
		TITELGRUPPEN			
		71 KOSTEN DER BAYERISCHEN AKADEMIE FÜR ARBEITS-, SOZIAL- UND UMWELTMEDIZIN TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.			
511 71-2	254	GESCHÄFTSBEDARF	20,0	20,0	A 12,0 B 17,0
515 71-8	254	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE FÜR VERWALTUNGSZWECKE, WARTUNG	6,0	6,0	A 5,5 B 6,3
527 71-4	254	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR DIE MITGLIEDER DER ORGANE DER AKADEMIE UND FÜR DIE GESCHÄFTSFÜHRUNG	8,0	8,0	A 6,5 B 7,4
531 71-8	254	HERAUSGABE VON VERÖFFENTLICHUNGEN	1,0	1,0	A 1,0
546 71-1	254	VERMISCHTE AUSGABEN	37,0	37,0	A 27,0 B 31,3

Erläuterungen

Zu 10 30/811 01 Tsd DM
1997

1. Erstbeschaffung	-
2. Ersatzbeschaffung	
Zu ersetzen:	
1 Pkw, 74 kW, 5türlich, Baujahr 1988, voraussichtliche Fahrleistung am 1.1.1997 235 000 km	
Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:	
1 Pkw, 65 kW, 5türlich, Diesel (für Bio-Diesel geeignet)	26,4

1998

1. Erstbeschaffung	-
2. Ersatzbeschaffung	
Zu ersetzen:	
1 Pkw, 95 kW, 4türlich, Baujahr 1988, voraussichtliche Fahrleistung am 1.1.1998 300 000 km	
Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:	
1 Pkw, 55 kW, 4türlich	27,6

Zu 10 30/812 01 Tsd DM
1997

Ersatzbeschaffung eines Druckers	30,0
Ersatzbeschaffung von Fotokopiergeräten	34,0
Ersatzbeschaffung von Geschäftszimmerausstattungen	60,0
Ersatz einer Sortier- und Heftmaschine	36,0
Zusammen	160,0

1998

Ersatzbeschaffung von Geschäftszimmerausstattungen	70,0
Ergänzung von Registratureinrichtungen	90,0
Zusammen	160,0

Zu 10 30/812 02 1997 1998
Tsd DM Tsd DM

Nachrüstung der direktanzeigenden Meßgeräte (Infrarot-Gasanalysatoren) für Gase und Dämpfe am Arbeitsplatz	-	30,0
Auswertegeräte für EG-Fahrtenschreiber	150,0	150,0
Gaschromatograph mit Headspace-Dosiereinrichtung (Ersatz)	140,0	-
Staubsammelgerät (Ersatz)	-	30,0
Mobile Mikrofonanlage	-	35,0
Video- und Datenprojektor für Großbildprojektion	12,0	-
Quecksilberdampf-Meßgerät für Arbeitsplatzmessungen	-	47,0
Partikelzahl-Meßgerät	-	32,0
Meßgerät für elektromagnetische Felder im Hochfrequenzbereich	42,0	-
Meßsystem zur Bestimmung der Röhrenspannung und der Dosisleistung an Röntgeneinrichtungen	-	20,0
Zusammen	344,0	344,0

Zu 10 30/515 71 1997 1998
Tsd DM Tsd DM

1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	4,5	4,5
2. Wartung und Reparaturen	1,5	1,5
Zusammen	6,0	6,0

Zu 10 30/546 71

Sonstige vermischte Ausgaben für Lehrveranstaltungen.

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
547 71-0	254	ENTSCHÄDIGUNGEN FÜR VORTRAGENDE	140,0	140,0	A 90,0 B 134,1
812 71-8	254	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN	---	---	A ---
		SUMME DER TITELGRUPPE	212,0	212,0	A 142,0 B 196,1
		72 KOSTEN DER AUS- UND FORTBILDUNG VON SICHER- HEITSINGENIEUREN UND SONSTIGEN FACHKRÄFTEN FÜR ARBEITSSICHERHEIT DER GEWERBLICHEN BETRIEBE UND VON FACHKRÄFTEN FÜR ARBEITSSICHERHEIT IM STAATLICHEN BEREICH TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.			
511 72-1	254	GESCHÄFTSBEDARF	10,0	10,0	A 8,5 B 9,1
515 72-7	254	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDE FÜR VERWALTUNGSZWECKE, WARTUNG	---	---	A --- B 2,2
531 72-7	254	HERAUSGABE VON VERÖFFENTLICHUNGEN	---	---	A ---
546 72-0	254	VERMISCHTE AUSGABEN	3,0	3,0	A 5,0 B 2,5
547 72-9	254	ENTSCHÄDIGUNGEN FÜR VORTRAGENDE	37,0	37,0	A 45,0 B 33,0
		SUMME DER TITELGRUPPE	50,0	50,0	A 58,5 B 46,8
		73 KOSTEN DER BASISFAHRZEUGE FÜR DIE GEFAHRGUTÜBER- WACHUNG TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.			
513 73-8 -----	254	POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN	5,0	5,0	A
514 73-7	254	HALTUNG VON DIENSTFAHRZEUGEN	20,0	20,0	A 10,0
515 73-6	254	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDE FÜR FACHAUFGABEN	10,0	10,0	A ---
527 73-2	254	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR INLANDSDIENSTREISEN	10,0	10,0	A 10,0

Erläuterungen

Zu 10 30/547 71

1997 gegenüber 1996:

50,0 Tsd DM mehr infolge zusätzlicher umweltmedizinischer Kurse.

Zu 10 30/72

Das Landesamt führt aufgrund des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit vom 12. Dezember 1973 (BGBI I S. 1885) in den Jahren 1997/1998 je zwei 4-wöchige Grundlehrgänge für gewerbliche Betriebe, zwei 1-wöchige Fortbildungslehrgänge für den staatlichen Bereich sowie 14 weitere ein- und zweitägige Fortbildungsveranstaltungen durch. Die Kosten für diese Lehrgänge sind bei der TG 72 veranschlagt. Die Teilnehmer aus den gewerblichen Betrieben haben eine Lehrgangsgebühr zu entrichten, die bei 111 72 vereinbart wird.

Zu 10 30/546 72

Sonstige vermischte Ausgaben anlässlich öffentlicher Veranstaltungen.

Zu 10 30/73

Die Gewerbeaufsicht hat die Einhaltung der Straßenbeförderungsvorschriften für gefährliche Güter durch Kontrollen in Betrieben zu überwachen. Durch die Verordnung über Zuständigkeiten im Verkehrswesen vom 21. September 1995 (GVBl S. 719) wurde die Zuständigkeit dahingehend erweitert, daß nunmehr auch durch Straßenkontrollen die Einhaltung der Vorschriften über den Transport gefährlicher Güter überwacht werden kann. Zum Anfahren wechselnder Kontrollstellen, für den Transport der notwendigen Ausrüstung sowie für die Durchführung der Kontrollen werden die Basisfahrzeuge benötigt.

Zu 10 30/513 73

	Tsd DM
1. Postgebühren	-
2. Laufende Fernmeldegebühren	4,0
3. Miete, Wartung und Sonstiges	1,0
Zusammen	5,0

Anzahl der privaten Fernsprechanlüsse mit dienstlicher Mitbenutzung:

- a) Hauptanschlüsse - (-)
b) Nebenanschlüsse - (-)

Zu 10 30/514 73

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Betriebsstoffe	15,0	15,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	5,0	5,0
Zusammen	20,0	20,0

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll 1997	Soll 1998	Soll 1996	am 1.2.1996
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	-	-	-	-
Lastkraftwagen	-	-	-	-
Kleinbusse	4	4	4	-

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:		
Kosten wie vor	20,0	20,0
Personalausgaben	-	-
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-	-
Zusammen	20,0	20,0

Zu 10 30/515 73

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	9,0	9,0
2. Wartung und Reparaturen	1,0	1,0
Zusammen	10,0	10,0

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
531 73-6	254	FACHVERÖFFENTLICHUNGEN	1.8	1.8	A 1.8
811 73-7	254	ERWERB VON DIENSTFAHRZEUGEN	---	---	A ---
812 73-6	254	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN FÜR FACHAUFGABEN	---	---	A ---
SUMME DER TITELGRUPPE			46.8	46.8	A 21.8
99 KOSTEN DER DATENVERARBEITUNG TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.					
513 99-8	254	LEISTUNGSENTGELTE FÜR POST- UND FERNMELEDIEDIENST- LEISTUNGEN	12.0	12.0	A 12.0 B 5.4 C 3.5
515 99-6	254	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE, WARTUNG	125.0	125.0	A 105.0 B 81.0 C 166.4
518 99-3	254	MIETEN FÜR ELEKTRONISCHE DATENVERARBEITUNGSANLAGEN, GERÄTE UND MASCHINEN	---	---	A ---
519 99-2	254	UNTERHALTUNG DER GRUNDSTÜCKE UND BAULICHEN ANLAGEN	300.0	---	A 175.0 B 321.0 C 306.0
522 99-7	254	VERBRAUCHSMITTEL	190.0	190.0	A 85.0 B 19.6 C 22.2
525 99-4	254	AUS- UND FORTBILDUNG	190.0	190.0	A 85.0 B 24.5 C 43.9
526 99-3	254	KOSTEN FÜR SACHVERSTÄNDIGE	60.0	60.0	A 10.0 B 48.7 C 19.5
527 99-2	254	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR INLANDSDIENSTREISEN	10.0	10.0	A 10.0 B 1.6 C 5.1

Erläuterungen

Zu 10 30/531 73

Veranschlagt sind die Aufwendungen für den Druck von Faltblättern zur Unterrichtung der Unternehmer und der Öffentlichkeit.

Zu 10 30/99

Veranschlagt ist die stufenweise Ausstattung des Landesamtes und der Gewerbeaufsichtsämter mit Informations- und Kommunikationstechnik.

Nachrichtlich:

Personal, das dem DV-Bereich zuzuordnen ist (Anzahl der Stellen):

Laufbahngruppe

(Beamte oder vergleichbare Angestellte):

Höherer Dienst	1.0
Gehobener Dienst	6.5
Mittlerer Dienst	-
Zusammen	7.5

Zu 10 30/513 99

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Postgebühren	-	-
2. Laufende Fernmeldekosten	-	-
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	12.0	12.0
Zusammen	12.0	12.0

Zu 10 30/515 99

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	10.0	10.0
2. Wartung und Reparaturen	115.0	115.0
Zusammen	125.0	125.0

1997 gegenüber 1996:

20.0 Tsd DM mehr wegen höherer Wartungskosten infolge umfangreicherer DV-Ausstattung.

Zu 10 30/519 99

1997 gegenüber 1996:

125.0 Tsd DM mehr wegen Verkabelung des Landesamtes.

1998 gegenüber 1997:

300.0 Tsd DM weniger wegen abgeschlossener Verkabelung.

Zu 10 30/522 99

1997 gegenüber 1996:

105.0 Tsd DM mehr wegen höherer Verbrauchsmittel infolge umfangreicherer Geräteausstattung.

Zu 10 30/525 99

1997 gegenüber 1996:

105.0 Tsd DM mehr wegen höheren Schulungsbedarfs infolge zahlreicherer Anwender.

Zu 10 30/526 99

1997 gegenüber 1996:

50.0 Tsd DM mehr zur Einschaltung von Sachverständigen bei der Realisierung neuer DV-Verfahren.

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
533 99-4	254	NEBENKOSTEN DER DATENVERARBEITUNG	15.0	15.0	A 15.0 B 3.6 C 7.8
534 99-3	254	VERGABE VON AUFTRÄGEN FÜR DATENERFASSUNG, SOFTWARE- ENTWICKLUNG U.Ä.	200.0	393.0	A 150.0 B 115.0 C 57.5
535 99-2	254	MIETEN FÜR SOFTWARE	---	---	A 23.0
812 99-6	254	ERWERB VON ELEKTRONISCHEN DATENVERARBEITUNGSANLAGEN, GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDEN	78.0	165.0	A 585.0 B 39.0 C 378.8
813 99-5	254	ERWERB VON SOFTWARE	20.0	40.0	A 145.0 B 1.0 C 47.2
		SUMME DER TITELGRUPPE	1.200.0	1.200.0	A 1.400.0 B 660.4 C 1.057.9
		GESAMTAUSGABEN	68.827,8	70.217,5	A 67.540,5 B 68.002,6 C 56.880,9
		ABSCHLUSS			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.	8.818,0	8.818,1	A 8.224,3 B 8.188,7 C 5.674,8
		GESAMTEINNAHMEN	8.818,0	8.818,1	A 8.224,3 B 8.188,7 C 5.674,8
		PERSONALAUSGABEN	59.548,1	59.968,1	A 56.964,0 B 60.853,8 C 50.215,3
		SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	7.651,3	7.512,8	A 7.219,3 B 6.632,6 C 5.285,3
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	-	-	A 30,0 B 29,4 C 29,8
		BAUMASSNAHMEN	1.000,0	2.000,0	A 2.000,0 B 172,6 C 400,4
		SONSTIGE SACHINVESTITIONEN	628,4	736,6	A 1.327,2 B 314,2 C 950,1
		GESAMTAUSGABEN	68.827,8	70.217,5	A 67.540,5 B 68.002,6 C 56.880,9
		ZUSCHUSS	60.009,8	61.399,4	A 59.316,2 B 59.813,9 C 51.206,1

Erläuterungen

Zu 10 30/533 99

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Inanspruchnahme von Informationsdienstleistungen	-	-
2. Fachliteratur	3,0	3,0
3. Sonstige Nebenkosten	12,0	12,0
Zusammen	15,0	15,0

Zu 10 30/534 99

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Datenerfassung durch Dritte	-	-
2. Softwareentwicklung durch Dritte	200,0	393,0
3. Sonstiges	-	-
Zusammen	200,0	393,0

1997 gegenüber 1996:
50,0 Tsd DM mehr.

1998 gegenüber 1997:
193,0 Tsd DM mehr für anstehende Programmentwicklungen.

Zu 10 30/535 99

1997 gegenüber 1996:
23,0 Tsd DM weniger infolge Erwerb der Software.

Zu 10 30/812 99

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
Veranschlagt sind:		
1. Landesamt		
DV-Ergänzungsbeschaffungen	35,0	50,0
2. Gewerbeaufsichtsämter		
DV-Möblierung (Ergänzung)	43,0	115,0
Zusammen	78,0	165,0

Zu 10 30/813 99

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
Gewerbeaufsichtsämter:		
CD-ROM-Standardwerke (Techn. Regelwerk)	20,0	40,0

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		AUSGABEN			
		PERSONAL AUSGABEN			
422 01-4	211	BEZÜGE DER PLANMÄSSIGEN BEAMTEN	3.835,4	3.941,5	A 3.385,0 B 3.711,9 C 3.634,2
422 11-2	211	BEZÜGE DER BEAMTEN ZUR ANSTELLUNG UND DER RICHTER AUF PROBE	99,1	101,9	A --- B 95,9 C 36,1
422 31-8	211	BEZÜGE DER ABGEORDNETEN BEAMTEN (RICHTER)	---	---	A ---
425 01-1	211	VERGÜTUNGEN DER ANGESTELLTEN	3.813,5	3.928,4	A 2.183,0 B 3.642,1 C 2.449,1
453 01-6	211	TRENNUNGSGELD UND UMZUGSKOSTENVERGÜTUNGEN	---	---	A --- B 9,7 C 0,2
		GESAMTAUSGABEN	7.748,0	7.971,8	A 5.568,0 B 7.459,6 C 6.119,6
		ABSCHLUSS			
		PERSONAL AUSGABEN	7.748,0	7.971,8	A 5.568,0 B 7.459,6 C 6.119,6
		GESAMTAUSGABEN	7.748,0	7.971,8	A 5.568,0 B 7.459,6 C 6.119,6
		ZUSCHUSS	7.748,0	7.971,8	A 5.568,0 B 7.459,6 C 6.119,6

E r l ä u t e r u n g e n

Vorbemerkung zu Kapitel 10 40

Die Regierungen sind dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnete Mittelbehörden. Der Haushalt der Regierungen ist daher hinsichtlich der allgemeinen Aufgaben im Einzelplan 03A bei Kapitel 03 08 ausgebracht. Soweit die Regierungen jedoch Aufgaben aus anderen Geschäftsbereichen wahrnehmen, werden die Personalausgaben für die Fachkräfte in den Einzelplänen der jeweiligen Fachressorts veranschlagt. Die Personalausgaben für die Fachkräfte bei den Sozialabteilungen sowie für die Fachkräfte im Bereich des Kindergarten- und Hortwesens (einschl. Oberversicherungsämter Südbayern und Nordbayern) werden deshalb im Einzelplan 10 ausgebracht.

Zu 10 40/422 01

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 40/425 01

Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

10 41 LANDESVERSICHERUNGSANSTALTEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		LANDESVERSICHERUNGSANSTALTEN DIE MITGLIEDER DER GESCHÄFTSFÜHRUNG DER LANDESVERSICHERUNGSANSTALTEN SOWIE DIE BEAMTEN DES HÖHEREN, GEHOBENEN, MITTLEREN UND EINFACHEN DIENSTES SIND LANDESBEAMTE, DER GESAMTE AUFWAND AN BESOLDUNGEN UND VERSORGUNGSBEZÜGEN WIRD VON DEN LANDESVERSICHERUNGSANSTALTEN GETRAGEN.	---	---	A ---

E r l ä u t e r u n g e n

Bemerkung zu Kapitel 10 41

Die Landesversicherungsanstalten sind Anstalten des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung. Sie führen die Rentenversicherung der Arbeiter nach dem Sechsten Buch des Sozialgesetzbuches (SGB VI) durch.

10 50 RÜCKFÜHRUNG VON DEUTSCHEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
EINNAHMEN					
VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.					
111 01-9	246	GEBÜHREN, BEITRÄGE, TARIFLICHE UND GEBÜHRENARTIGE ENTGELTE	67.000,0	67.000,0	A 90.500,0 B 60.942,4 C 72.095,4
113 01-7	246	ERLÖSE AUS DEM VERKAUF VON GEGENSTÄNDEN	10,0	10,0	A 10,0 B 1,7 C 3,8
119 49-5	246	VERMISCHTE EINNAHMEN	100,0	100,0	A 100,0 B 128,6 C 70,0
124 01-4	246	EINNAHMEN AUS VERMIETUNG, VERPACHTUNG UND NUTZUNG	500,0	500,0	A 400,0 B 490,6 C 457,7
ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN					
231 01-4	246	ERSTATTUNG VON VERWALTUNGSAusGABEN VOM BUND	***	***	A ---
281 12-0	246	RÜCKEINNAHMEN AUS ZUSCHÜSSEN	90,0	90,0	A 80,0 B 125,5 C 162,4
GESAMTEINNAHMEN			67.700,0	67.700,0	A 91.090,0 B 61.688,8 C 72.789,3
AUSGABEN					
PERSONALAUSGABEN					
422 01-3	246	BEZÜGE DER PLANMÄSSIGEN BEAMTEN	291,6	299,5	A 215,0 B 281,6 C 238,9
422 11-1	246	BEZÜGE DER BEAMTEN ZUR ANSTELLUNG UND DER RICHTER AUF PROBE	6,9	6,9	A 61,0 B 5,9 C 17,2
422 31-7	246	BEZÜGE DER ABGEORDNETEN BEAMTEN (RICHTER)	---	---	A ---
425 01-0	246	VERGÜTUNGEN DER ANGESTELLTEN	2.457,3	2.471,5	A 2.256,0 B 2.396,3 C 1.958,9
425 11-8	246	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG MIT 10 50/426 01, 10 53/425 11 UND 426 01.	15.169,0	15.760,0	A 13.350,0 B 13.788,1 C 13.398,6
425 15-4	246	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE (STELLENBESETZUNG GEMÄSS NR. 3 ABS. 1 DBESTHG)	---	---	A --- B 66,8 C 220,0

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 50

Der Freistaat Bayern unterhält gemäß der Übernahmeverordnung vom 21. Juli 1993 (GVBl S. 539 ff.) eine größere Anzahl von Einrichtungen der vorläufigen Unterbringung für Spätaussiedler, sieben Regierungsaufnahmestellen und die Landesaufnahmestelle für Aussiedler in Nürnberg. Letztere wurde insbesondere wegen der Einstellung der Erstaufnahme durch den Bund in Nürnberg zum 1. Juli 1994 in eine zentrale Landesaufnahmestelle für den Freistaat Bayern umorganisiert. Neben der Weiterleitung der im Zuge der Aussiedlung auf den Freistaat Bayern verteilten Spätaussiedler dient diese außerdem der Durchführung einer ärztlichen Untersuchung und eines Sprachtests für alle ankommenden Personen. Außerdem soll hier u.a. eine zentrale kulturelle und landsmannschaftliche Betreuung erfolgen.

Die Regierungsaufnahmestellen nehmen die Feinverteilung der Spätaussiedler innerhalb des jeweiligen Regierungsbezirkes vor und unterstützen die Landesaufnahmestelle. Die angemieteten Übergangswohnheime sowie die Ausweichunterbringung in Beherbergungsbetrieben dienen der vorläufigen Unterbringung von Spätaussiedlern, soweit sie nach den entsprechenden Vorschriften dem Freistaat Bayern zugewiesen werden. Darüber hinaus sind hier die Aufwendungen für den Beauftragten des Freistaates Bayern im Grenzdurchgangslager Friedland (und Bramsche) veranschlagt.

Zu 10 50/111 01

Veranschlagt ist das Gebührenaufkommen für die Inanspruchnahme der staatlichen Unterbringungseinrichtungen entsprechend der Übernahmeverordnung vom 21. Juli 1993 (GVBl S. 539 ff.).

1998 gegenüber 1997:

23 500,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an das voraussichtliche Istergebnis.

Zu 10 50/124 01

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschl. der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser u. dgl.)	70,0	70,0
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl. . .	400,0	400,0
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	30,0	30,0
Zusammen	500,0	500,0

1997 gegenüber 1996:

100,0 Tsd DM mehr wegen Anpassung an das voraussichtliche Istergebnis.

Zu 10 50/281 12

Veranschlagt sind die Rückeinnahmen aus den Zuschüssen zur Förderung der Eingliederung an Aussiedler und Spätaussiedler (vgl. 10 50/684 01).

Zu 10 50/422 01

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 50/422 11

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 50/425 01

Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 50/425 11

Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

1997 gegenüber 1996:

1 819,0 Tsd DM mehr.

1998 gegenüber 1997:

591,0 Tsd DM mehr wegen Anpassung an die zu erwartenden Ausgaben.

10 50 RÜCKFÜHRUNG VON DEUTSCHEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
425 17-2	246	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE ZUR ÜBERBRÜCKUNG VON ERZIEHUNGSURLAUB GEMASS ART. 6 ABS. 4 HG	---	---	A --- B 71,0
425 41-2	246	ÜBERSTUNDENVERGÜTUNGEN FÜR ANGESTELLTE	5,0	5,0	A 5,0
426 01-9	246	LÖHNE DER ARBEITER VGL. VERMERK ZU 10 50/425 11.	6.599,5	6.993,5	A 5.070,0 B 6.182,4 C 5.625,0
427 01-8	246	BESCHÄFTIGUNGSENTGELTE, AUFWENDUNGEN FÜR NEBENAMTLICH UND NEBENBERUFLICH TÄTIGE	10,0	10,0	A 10,0 B 9,9 C 1,9
451 01-7	246	ZUSCHÜSSE ZUR GEMEINSCHAFTSVERPFLEGUNG	20,0	20,0	A 20,0 B 14,5 C 16,1
453 01-5	246	TRENNUNGSGELD UND UMZUGSKOSTENVERGÜTUNGEN	10,0	10,0	A 10,0 B 11,2 C 3,2
SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN					
511 01-5	246	GESCHÄFTSBEDARF	160,0	160,0	A 200,0 B 144,5 C 149,9
512 01-4	246	BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN	4,6	4,8	A 5,0 B 3,2 C 4,2
513 01-3	246	LEISTUNGSENTGELTE FÜR POST- UND FERNMELEDIEDIENST-LEISTUNGEN	780,0	790,0	A 816,0 B 736,0 C 689,2
514 01-2	246	HALTUNG VON DIENSTFAHRZEUGEN	90,0	90,0	A 70,0 B 86,2 C 101,6

Erläuterungen

Zu 10 50/426 01

Löhne einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

1997 gegenüber 1996:

1 529,5 Tsd DM mehr.

1998 gegenüber 1997:

394,0 Tsd DM mehr wegen Anpassung an die zu erwartenden Ausgaben.

Zu 10 50/427 01

Aufwendungen für den stundenweisen Einsatz von Hilfskräften, insbesondere für Hausmeister- und Reinigungsarbeiten.

Zu 10 50/453 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Trennungsgeld für 10/10 Bedienstete	10,0	10,0
2. Umzugskostenvergütungen für den Umzug von Bediensteten	-	-
Zusammen	10,0	10,0

Zu 10 50/511 01

1997 gegenüber 1996:

40,0 Tsd DM weniger infolge Anpassung an das voraussichtliche Istergebnis.

Zu 10 50/513 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Postgebühren	175,0	185,0
2. Laufende Fernmeldekosten	580,0	580,0
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	25,0	25,0
Zusammen	780,0	790,0

Anzahl der privaten Fernsprechanchlüsse mit dienstlicher Mitbenutzung:

- a) Hauptanschlüsse - (-)
b) Nebenanschlüsse - (-)

Zu 10 50/514 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Betriebsstoffe	40,0	40,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	50,0	50,0
Zusammen	90,0	90,0

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	So11 1997	So11 1998	So11 1996	am 1.2.1996
Personenkraftwagen einschl. Kombis	16	16	16	16
Lastkraftwagen	1	1	1	1
Gabelstapler	2	2	2	2
Kommunaltraktoren	3	3	3	3
Schneeräumgeräte (einachsige)	7	7	7	7
	1997	1998		
	Tsd DM	Tsd DM		
Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:				
Kosten wie vor	90,0	90,0		
Personalausgaben	73,6	73,6		
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	35,6	-		
Zusammen	199,2	163,6		

10 50 RÜCKFÜHRUNG VON DEUTSCHEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
515 01-1	246	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE FÜR VERWALTUNGSZWECKE, WARTUNG	125,0	125,0	A 170,0 B 96,4 C 114,9
515 21-7	246	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE FÜR FACHAUFGABEN, WARTUNG VGL. VERMERK ZU 533 01.	600,0	600,0	A 510,0 B 605,7 C 675,2
516 01-0	246	DIENST- UND SCHUTZKLEIDUNG	6,0	6,0	A 5,0 B 3,6 C 5,6
517 01-9	246	BEWIRTSCHAFTUNG DER GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME VGL. VERMERK ZU 533 01.	17.500,0	18.400,0	A 14.580,0 B 16.070,0 C 14.609,3
517 05-5	246	BEWIRTSCHAFTUNG DURCH HEIZUNG, BELEUCHTUNG UND ELEKTRISCHE KRAFT VGL. VERMERK ZU 533 01.	15.500,0	15.700,0	A 16.000,0 B 14.808,4 C 14.475,2
518 01-8	246	MIETEN UND PACHTEN FÜR GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME VGL. VERMERK ZU 533 01. VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 16.000,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 16.000,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	39.500,0	39.500,0	A 35.500,0 B 38.362,1 C 34.516,0
518 11-6	246	MIETEN UND PACHTEN FÜR MASCHINEN, GERÄTE UND FAHRZEUGE	26,0	26,0	A 2,5 B 26,2 C 19,6

Erläuterungen

Zu 10 50/515 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	85,0	85,0
2. Wartung und Reparaturen	40,0	40,0
Zusammen	125,0	125,0

1997 gegenüber 1996:

45,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an die zu erwartenden Ausgaben für die bestehenden Einrichtungen der vorläufigen Unterbringung.

Zu 10 50/515 21

Die veranschlagten Beträge sind für Ersatzbeschaffungen der stark abgenutzten Einrichtungsgegenstände bestimmt.

1997 gegenüber 1996:

90,0 Tsd DM mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 50/517 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung .	9 000,0	9 400,0
2. Steuern und Abgaben	2 700,0	2 800,0
3. Geräte	600,0	700,0
4. Sonstige Hausbewirtschaftungskosten	5 200,0	5 500,0
Zusammen	17 500,0	18 400,0

1997 gegenüber 1996:

2 920,0 Tsd DM mehr,

1998 gegenüber 1997:

900,0 Tsd DM mehr wegen Anpassung an die voraussichtlichen Bewirtschaftungskosten.

Zu 10 50/517 05

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Heizung	7 100,0	7 200,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft, Heizung durch Gas und Elektrizität	8 400,0	8 500,0
Zusammen	15 500,0	15 700,0

1997 gegenüber 1996:

500,0 Tsd DM weniger,

1998 gegenüber 1997:

200,0 Tsd DM mehr wegen Anpassung an die voraussichtlichen Energieaufwendungen.

Zu 10 50/518 01

Veranschlagt sind die Mieten für Unterbringungseinrichtungen.

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen der Neuanmietung von Übergangswohnheimen in den Jahren 1997 und 1998.

1997 gegenüber 1996:

4 000,0 Tsd DM mehr wegen höheren Bedarfs.

Zu 10 50/518 11

1997 gegenüber 1996:

23,5 Tsd DM mehr wegen Anpassung an das voraussichtliche Istergebnis.

10 50 RÜCKFÜHRUNG VON DEUTSCHEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
519 01-7	246	UNTERHALTUNG DER GRUNDSTÜCKE UND BAULICHEN ANLAGEN VGL. VERMERK ZU 533 01.	5.100,0	5.100,0	A 5.100,0 B 4.668,8 C 4.058,4
522 01-2	246	VERBRAUCHSMITTEL	950,0	950,0	A 580,0 B 927,5 C 1.362,9
527 01-7	246	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR INLANDSDIENSTREISEN	350,0	350,0	A 390,0 B 329,7 C 344,8
532 11-8	246	UMZUGS- UND VERLEGUNGSKOSTEN VON DIENSTSTELLEN	---	---	A ---
533 01-9	246	AUSWEICHUNTERBRINGUNG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG MIT 515 21, 517 01, 517 05, 518 01, 519 01, 633 01, 671 01, 681 02 UND 812 02.	40.000,0	33.000,0	A 51.600,0 B 54.333,0 C 98.071,0
534 01-8	246	ÄRZTLICHE UNTERSUCHUNGEN	160,0	160,0	A 85,0 B 154,8 C 131,0
546 49-8	246	VERMISCHTE VERWALTUNGS-AUSGABEN	70,0	70,0	A 90,0 B 64,9 C 73,0
548 01-2	246	GLOBALE MEHRAUSGABEN FÜR SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN FÜR DIE EINRICHTUNG UND DEN BETRIEB VON ÜBERGANGSWOHN- HEIMEN DIE AUSGABEN SIND BEI DEN BETREFFENDEN HAUSHALTS- STELLEN RECHNUNGSMÄSSIG NACHZUWEISEN.	3.000,0	6.000,0	A 9.000,0

Erläuterungen

Zu 10 50/519 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschl. Zubehör	1 000,0	1 000,0
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschl. Zubehör	4 000,0	4 000,0
3. Ersatz und Ergänzung des Zubehörs zu Grundstücken und baulichen Anlagen	100,0	100,0
Zusammen	5 100,0	5 100,0

Zu 10 50/522 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Naturalverpflegung	900,0	900,0
2. Arznei- und Verbandsmittel	25,0	25,0
3. Labor- und Filmbedarf für Röntgenbetrieb	25,0	25,0
Zusammen	950,0	950,0

1997 gegenüber 1996:
370,0 Tsd DM mehr wegen Anpassung an die voraussichtlichen Ausgaben.

Zu 10 50/527 01

1997 gegenüber 1996:
40,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Bestand an anerkannten Personenkraftwagen: 144 (141)

Zu 10 50/533 01

1997 gegenüber 1996:
11 600,0 Tsd DM weniger.

1998 gegenüber 1997:
7 000,0 Tsd DM weniger wegen Abbaus von Plätzen in der Ausweichunterbringung.

Zu 10 50/534 01

Veranschlagt sind Honorare für ärztliche und röntgenologische Untersuchungen.

1997 gegenüber 1996:
75,0 Tsd DM mehr wegen Anpassung an die voraussichtlichen Istaussgaben.

Zu 10 50/546 49

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte	-	-
2. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	3,0	3,0
3. Verlustentschädigungen	1,0	1,0
4. Auslagen für Vorstellungsreisen	1,0	1,0
5. Sonstige vermischte Ausgaben	65,0	65,0
Zusammen	70,0	70,0

Zu 10 50/548 01

Veranschlagt sind die Mehraufwendungen für sächliche Verwaltungsausgaben infolge Eröffnung weiterer Übergangswohnheime. Es wird davon ausgegangen, daß 1997 und 1998 zusätzliche Unterbringungskapazitäten von jeweils 2000 Plätzen neu geschaffen werden müssen.

1997 gegenüber 1996:
6 000,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Aufwendungen.

1998 gegenüber 1997:
3 000,0 Tsd DM mehr infolge des ganzjährigen Betriebs der neuen Übergangswohnheime und Errichtung weiterer Plätze.

10 50 RÜCKFÜHRUNG VON DEUTSCHEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN			
633 01-8	246	ERSTATTUNGEN VON VERWALTUNGS-AUSGABEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE VGL. VERMERK ZU 533 01.	30,0	30,0	A 130,0 B 85,9 C 142,3
641 01-8	246	PERSONALKOSTENERSTATTUNG AN DEN BUND	***	***	A --- C 338,7
643 01-6 -----	246	ERSTATTUNGEN AN SOZIALHILFETRÄGER FÜR LEISTUNGEN NACH DEM BSHG GEM. GESETZ ÜBER DIE FESTLEGUNG EINES VORLAUFIGEN WOHNORTES FÜR SPÄTAUSSIEDLER	50,0	50,0	A
671 01-1	246	TRANSPORTKOSTEN UND SONSTIGE KOSTEN FÜR DIE WEITER- LEITUNG DER AUSSIEDLER VGL. VERMERK ZU 533 01.	1.100,0	1.150,0	A 2.900,0 B 1.062,0 C 1.271,0
671 02-0	246	TRANSPORTKOSTEN UND SONSTIGE KOSTEN FÜR DIE WEITER- LEITUNG DER ÜBERSIEDLER	***	***	A --- B 0,9 C 17,3
671 03-9	246	ERSTATTUNGEN AN SONSTIGE IM INLAND	***	***	A --- B 14,4 C 16,9
681 02-8	246	VERPFLEGUNGSGELD FÜR DIE BEWOHNER DER DURCHGANGS- STELLE, DER REGIERUNGS-AUFNAHMESTELLEN UND DER WOHN- HEIME FÜR ALLEINSTEHENDE JUGENDLICHE VGL. VERMERK ZU 533 01.	3.100,0	3.130,0	A 3.650,0 B 3.042,0 C 2.857,0
684 01-6	246	ALLGEMEINE EINGLIEDERUNG DER AUSSIEDLER UND SPÄTAUS- SIEDLER	4.400,0	4.400,0	A 4.400,0 B 4.262,0 C 3.987,6
		BAUMASSNAHMEN			
701 01-5	246	KLEINE NEU-, UM- UND ERWEITERUNGSBAUTEN	---	---	A ---
710 00-5	246	STAATLICHE HOCHBAUMASSNAHMEN (SIEHE ANLAGE S) KREDITFINANZIERT. SOWEIT IM RAHMEN DES BAUPROGRAMMS VON AUFNAHME- EINRICHTUNGEN FÜR AUSSIEDLER GEBÄUDE AUF NICHT STAATSEIGENEN GRUNDSTÜCKEN ERRICHTET WERDEN, DIE FÜR DIE BEBAUUNG UNENTGELTLICH ÜBERLASSEN WERDEN, KÖNNEN DIE GEBÄUDE NACH 7 JAHREN SEIT BEZUGSFERTIGKEIT UNENTGELTLICH DEN GRUNDSTÜCKSEIGENTÜMERN ÜBERLASSEN WERDEN, WENN KEIN STAATSBEDARF BESTEHT. VERPFLICHTUNGSMÄCHT. 1997 TSD. DM 300,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	4.500,0	300,0	A 16.500,0 B 4.336,7 C 21.119,9
		SONSTIGE AUSGABEN FÜR INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN			
811 01-2	246	ERWERB VON DIENSTFAHRZEUGEN	35,6	---	A ---
812 01-1	246	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN FÜR VERWALTUNGSZWECKE	100,0	100,0	A 200,0 B 21,5 C 177,2

Erläuterungen

Zu 10 50/633 01

Personalkostenerstattung an die Stadt Gunzenhausen für Hausmeistertätigkeiten im dortigen Übergangswohnheim.

1997 gegenüber 1996:

100,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 50/643 01

Veranschlagt sind Erstattungsansprüche von Sozialhilfeträgern eines anderen Bundeslandes gegen den Freistaat Bayern gem. § 3b Abs. 2 i.V.m. Abs. 1 des Gesetzes über die Festlegung eines vorläufigen Wohnortes für Spätaussiedler vom 26.2.1996 (BGBl I S. 223).

1997 gegenüber 1996:

50,0 Tsd DM mehr wegen Neuveranschlagung.

Zu 10 50/671 01

Veranschlagt sind insbesondere die anfallenden Transportaufwendungen (Reise- und Güterbeförderungskosten) für die Weiterleitung der Aussiedler bis zur wohnungsgemäßen Unterbringung am Übernahmeort.

1997 gegenüber 1996:

1 800,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Transportaufwendungen.

1998 gegenüber 1997:

50,0 Tsd DM mehr wegen Kostensteigerungen.

Zu 10 50/681 02

Die Aussiedler erhalten während der Dauer ihrer Unterbringung in der Landesaufnahmestelle ein Verpflegungsgeld von 20 DM je Kalendertag.

Bewohner der Wohnheime für alleinstehende Jugendliche erhalten ebenfalls ein Verpflegungsgeld von 20 DM.

1997 gegenüber 1996:

550,0 Tsd DM weniger.

1998 gegenüber 1997:

30,0 Tsd DM mehr wegen Anpassung an die voraussichtlichen Istaussgaben.

Zu 10 50/684 01

Veranschlagt sind insbesondere Personalkostenzuschüsse für die Beratung und Betreuung von Aussiedlern und Spätaussiedlern, die nach den Fördergrundsätzen vom 05.03.1993 ausgereicht werden.

Zu 10 50/811 01

Tsd DM

1997

1. Erstbeschaffung**2. Ersatzbeschaffung**

Zu ersetzen:

1 VW-Kombi Transporter, Baujahr 1987, voraussichtliche Fahrleistung am

1.1.1997: 310 000 km

Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

1 VW-Kombi Transporter Diesel, 57 kW 35,6

Zu 10 50/812 01

1997 gegenüber 1996:

100,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

10 50 RÜCKFÜHRUNG VON DEUTSCHEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
812 02-0	246	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN FÜR FACHAUFGABEN VGL. VERMERK ZU 533 01.	2.100,0	2.100,0	A 3.500,0 B 1.609,4 C 2.073,7
812 03-9	246	ERWERB VON VERWALTUNGSEIGENEN FERNMELDEANLAGEN, SOWEIT DIE AUSGABEN NICHT ZU DEN BAUKOSTEN GEHÖREN	***	***	A ---
891 01-5	246	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN ÖFFENTLICHE UNTERNEHMEN EINSEITIG DECKUNGSFÄHIG ZU LASTEN 735 01.	---	---	A ---
892 01-4	246	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN PRIVATE UNTERNEHMEN EINSEITIG DECKUNGSFÄHIG ZU LASTEN 735 01.	---	---	A ---
TITELGRUPPEN					
99 KOSTEN DER DATENVERARBEITUNG TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.					
513 99-6	246	LEISTUNGSENTGELTE FÜR POST- UND FERNMELDEDIENST- LEISTUNGEN	2,0	2,0	A ---
515 99-4	246	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE, WARTUNG	20,0	20,0	A 25,0 B 1,4 C 0,4
518 99-1 -----	246	MIETEN FÜR ELEKTRONISCHE DATENVERARBEITUNGSANLAGEN, GERÄTE UND MASCHINEN	---	---	A ---
522 99-5	246	VERBRAUCHSMITTEL	---	---	A 3,0
525 99-2	246	AUS- UND FORTBILDUNG	1,0	1,0	A ---
533 99-2	246	NEBENKOSTEN DER DATENVERARBEITUNG	---	---	A ---
812 99-4	246	ERWERB VON ELEKTRONISCHEN DATENVERARBEITUNGSANLAGEN, GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDEN	---	---	A ---
813 99-3	246	ERWERB VON SOFTWARE	10,0	10,0	A 5,0 B 0,2 C 15,5
SUMME DER TITELGRUPPE			33,0	33,0	A 33,0 B 1,6 C 15,9
GESAMTAUSGABEN			163.939,5	157.901,2	A 187.013,5 B 168.685,1 C 222.899,1

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 50/812 02

Veranschlagt sind die Kosten für den Erwerb von Einrichtungsgegenständen für die neu hinzugekommenen Übergangswohnheime.

1997 gegenüber 1996:

1 400,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 50/99

Veranschlagt sind die Kosten für den Betrieb eines DV-Systems beim Beauftragten des Freistaates Bayern im Grenzdurchgangslager Friedland. Die Geräte werden zur Durchführung des Registrierungsverfahrens und zur Unterstützung der Verwaltungstätigkeiten eingesetzt.

Zu 10 50/515 99

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	5,0	5,0
2. Wartung und Reparaturen	15,0	15,0
Zusammen	20,0	20,0

Zu 10 50/525 99

Veranschlagt sind die Kosten für die Schulung von Mitarbeitern.

Zu 10 50/813 99

Veranschlagt ist die Anpassung der Software an die veränderten Verhältnisse.

10 50 RÜCKFÜHRUNG VON DEUTSCHEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		ABSCHLUSS			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.	67.610,0	67.610,0	A 91.010,0 B 61.563,3 C 72.626,9
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	90,0	90,0	A 80,0 B 125,5 C 162,4
		GESAMTEINNAHMEN	67.700,0	67.700,0	A 91.090,0 B 61.688,8 C 72.789,3
		PERSONALAUSGABEN	24.569,3	25.576,4	A 20.997,0 B 22.827,7 C 21.479,8
		SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	123.944,6	121.054,8	A 134.731,5 B 131.422,4 C 169.402,2
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	8.680,0	8.760,0	A 11.080,0 B 8.467,2 C 8.630,8
		BAUMASSNAHMEN	4.500,0	300,0	A 16.500,0 B 4.336,7 C 21.119,9
		SONSTIGE SACHINVESTITIONEN	2.245,6	2.210,0	A 3.705,0 B 1.631,1 C 2.266,4
		GESAMTAUSGABEN	163.939,5	157.901,2	A 187.013,5 B 168.685,1 C 222.899,1
		ZUSCHUSS	96.239,5	90.201,2	A 95.923,5 B 106.996,3 C 150.109,8

10 53 UNTERBRINGUNG VON ASYLBEWERBERN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		EINNAHMEN			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.			
111 01-3	249	GEBÜHREN, BEITRÄGE, TARIFLICHE UND GEBÜHRENARTIGE ENTGELTE FÜR PERSONEN, DIE DER STAATLICHEN UNTERBRINGUNGSPFLICHT UNTERLIEGEN	15.000,0	15.000,0	A 10.000,0 B 11.671,5 C 9.396,5
111 02-2 -----	249	GEBÜHREN UND ERSTATTUNGEN FÜR PERSONEN, DIE NICHT DER STAATLICHEN UNTERBRINGUNGSPFLICHT UNTERLIEGEN	3.500,0	3.500,0	A
113 01-1	249	ERLÖSE AUS DEM VERKAUF VON GEGENSTÄNDEN	5,0	5,0	A 5,0 C 2,4
119 49-9	249	VERMISCHTE EINNAHMEN	300,0	300,0	A 300,0 B 936,9 C 1.019,4
124 01-8	249	EINNAHMEN AUS VERMIETUNG, VERPACHTUNG UND NUTZUNG	550,0	550,0	A 550,0 B 520,3 C 921,2
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN			
233 01-6	249	ERSTATTUNGEN VON VERWALTUNGS-AUSGABEN VON KOMMUNEN FÜR AUFNAHME-EINRICHTUNGEN	65,0	65,0	A 200,0 B 29,2 C 1.049,4

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 53

Nach § 44 Abs. 1 des Asylverfahrensgesetzes (AsylVfG) in der Fassung der Bekanntmachung 27.07.1993 (BGBl I S. 1361), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31.03.1995 (BGBl I S. 430), sind die Länder verpflichtet, für die Unterbringung Asylbegehrender die dazu erforderlichen Aufnahmeeinrichtungen zu schaffen und zu unterhalten sowie entsprechend ihrer Aufnahmequote die im Hinblick auf den monatlichen Zugang Asylbegehrender in den Aufnahmeeinrichtungen notwendige Zahl von Unterbringungsplätzen bereitzustellen. Die Aufnahmequote für den Freistaat Bayern beträgt nach § 45 AsylVfG 14,0 v.H.

Nach § 47 Abs. 1 AsylVfG sind Ausländer, die den Asylantrag bei einer Außenstelle des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge zu stellen haben, verpflichtet, bis zu sechs Wochen, längstens jedoch bis zu drei Monaten, in der zuständigen Aufnahmeeinrichtung zu wohnen. Im Freistaat Bayern stehen in acht Aufnahmeeinrichtungen für diesen Zweck über 4 500 Plätze zur Verfügung.

Asylbegehrende, die nicht oder nicht mehr verpflichtet sind, in der Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, werden grundsätzlich in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht (§ 53 Abs. 1 AsylVfG, Art. 2 AsylAufnG). Soweit diese nicht in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen, erfolgt die Unterbringung der Asylbegehrenden außerhalb von staatlichen Gemeinschaftsunterkünften durch die Landratsämter und kreisfreien Städte (Art. 3 AsylAufnG). Insgesamt stehen in 313 angemieteten oder staatseigenen Gemeinschaftsunterkünften - ohne die Plätze in den Aufnahmeeinrichtungen und Regierungsaufnahmestellen - 39 606 Plätze zur Verfügung.

Nach Art. 2 Abs. 4, Art. 4 AsylAufnG, § 4 DVAsylbG trägt der Staat die gesamten Kosten der Unterbringung und Versorgung der Asylbewerber.

Darüber hinaus hat der Freistaat Bayern die Zusage abgegeben, im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen Kontingentflüchtlinge in Bayern aufzunehmen und einzugliedern. Derzeit handelt es sich um Flüchtlinge aus Südostasien und jüdische Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion. Außerdem sind fallweise nach § 33 Ausländergesetz (AuslG) von der Bundesrepublik Deutschland übernommene Ausländer aufzunehmen und unterzubringen. Für die vorübergehende Unterbringung der Kontingentflüchtlinge während der Dauer der Integrationsmaßnahmen werden Wohnheime eingerichtet.

Des weiteren hat sich die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen von humanitären Hilfsaktionen bereit erklärt, insgesamt 17 500 Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina aufzunehmen. Der auf den Freistaat Bayern entfallende Anteil nach dem Verteilerschlüssel für Asylbewerber (14 %) beläuft sich auf 2 450 Personen. Im Freistaat Bayern werden derzeit rd. 2 000 Flüchtlinge vorübergehend untergebracht, bis eine Rückkehr nach Bosnien-Herzegowina möglich ist.

Zu 10 53/111 01

Veranschlagt sind Gebühren und Entgelte der Bewohner, die der staatlichen Unterbringungspflicht unterliegen, für Unterkunft, Verpflegung und sonstige Leistungen.

1997 gegenüber 1996:

5 000,0 Tsd DM mehr wegen Anpassung an die voraussichtlichen Einnahmen (u.a. Erhöhung der Einnahmen durch Einsatz der EDV bei der Gebührenberechnung und Bescheiderteilung).

Zu 10 53/111 02

Veranschlagt sind Gebühren für Personen, die noch in staatlichen Unterkünften untergebracht sind, jedoch nicht mehr der staatlichen Unterbringungspflicht unterliegen.

1997 gegenüber 1996:

3 500,0 Tsd DM mehr wegen Neuveranschlagung.

Zu 10 53/124 01

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschl. der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser u. dgl.)	5,0	5,0
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	535,0	535,0
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	10,0	10,0
Zusammen	550,0	550,0

Zu 10 53/233 01

Erstattungen der Kommunen für die Unterbringung kommunaler Dienststellen in den Aufnahmeeinrichtungen.

1997 gegenüber 1996:

135,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Einnahmen.

10 53 UNTERBRINGUNG VON ASYLBEWERBERN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
241 01-6	249	KOSTENERSTATTUNG VOM BUND FÜR AUFNAHMEEINRICHTUNGEN	3.500,0	3.000,0	A 2.000,0 B 5.080,9 C 843,9
241 02-5	249	KOSTENERSTATTUNG VOM BUND FÜR DIE AUFNAHME VON FLÜCHTLINGEN AUS DEM EHEMALIGEN JUGOSLAWIEN	4.000,0	2.500,0	A 15.510,0 B 8.694,2 C 10.667,6
281 12-4	249	RÜCKEINNAHMEN AUS ZUSCHÜSSEN	90,0	90,0	A 60,0 B 120,8 C 347,1
GESAMTEINNAHMEN			27.010,0	25.010,0	A 28.625,0 B 27.053,8 C 24.247,5
AUSGABEN					
PERSONALAUSGABEN					
422 01-7	249	BEZÜGE DER PLANMÄSSIGEN BEAMTEN	475,8	488,6	A 315,0 B 459,9 C 451,9
422 11-5	249	BEZÜGE DER BEAMTEN ZUR ANSTELLUNG UND DER RICHTER AUF PROBE	---	---	A ---
422 31-1	249	BEZÜGE DER ABGEORDNETEN BEAMTEN (RICHTER)	---	---	A 13,0
425 01-4	249	VERGÜTUNGEN DER ANGESTELLTEN	2.551,2	2.569,9	A 2.248,0 B 2.640,7 C 2.020,1
425 11-2	249	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE VGL. VERMERK ZU 10 50/425 11.	26.201,0	26.792,0	A 27.650,0 B 24.736,6 C 25.404,6
425 15-8	249	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE (STELLENBESETZUNG GEMÄSS NR. 3.1 DBESTHG)	---	---	A --- B 28,9 C 10,8
425 17-6	249	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE ZUR ÜBERBRÜCKUNG VON ERZIEHUNGSURLAUB GEMÄSS ART. 6 ABS. 4 HG	---	---	A --- B 0,7 C 31,1
425 41-6	249	ÜBERSTUNDENVERGÜTUNGEN FÜR ANGESTELLTE	10,0	10,0	A 10,0
426 01-3	249	LÖHNE DER ARBEITER VGL. VERMERK ZU 10 50/425 11.	11.721,5	12.066,3	A 10.845,3 B 11.200,9 C 10.841,0
426 05-9	249	LÖHNE DER ARBEITER (STELLENBESETZUNG GEMÄSS NR. 3.1 DBESTHG)	---	---	A ---
427 01-2	249	BESCHÄFTIGUNGSENTGELTE, AUFWENDUNGEN FÜR NEBENAMTLICH UND NEBENBERUFLICH TÄTIGE	10,0	10,0	A 10,0
451 01-1	249	ZUSCHÜSSE ZUR GEMEINSCHAFTSVERPFLEGUNG	55,0	55,0	A 50,0 B 50,9 C 54,3

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 53/241 01

Erstattungen vom Bund für die Unterbringung der Außenstellen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (BAFl) in den Aufnahmeeinrichtungen.

1997 gegenüber 1996:

1 500,0 Tsd DM mehr wegen Anpassung an die voraussichtlichen Einnahmen.

1998 gegenüber 1997:

500,0 Tsd DM weniger wegen voraussichtlicher Auflösung von Aufnahmeeinrichtungen.

Zu 10 53/241 02

Kostenbeteiligung des Bundes in Höhe von 50 v.H. für Aufwendungen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien.

1997 gegenüber 1996:

11 510,0 Tsd DM weniger.

1998 gegenüber 1997:

1 500,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien entstehen.

Zu 10 53/281 12

Veranschlagt sind die Rückflüsse aus nicht zweckentsprechend verwendeten Zuschüssen.

1997 gegenüber 1996:

30,0 Tsd DM mehr wegen Anpassung an die voraussichtlichen Einnahmen.

Zu 10 53/422 01

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 53/422 31

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 53/425 01

Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 53/425 11

Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

1997 gegenüber 1996:

1 449,0 Tsd DM weniger.

1998 gegenüber 1997:

591,0 Tsd DM mehr wegen Anpassung an die zu erwartenden Ausgaben.

Zu 10 53/426 01

Löhne einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

1997 gegenüber 1996:

876,2 Tsd DM mehr.

1998 gegenüber 1997:

344,8 Tsd DM mehr wegen Anpassung an die zu erwartenden Ausgaben.

Zu 10 53/427 01

Aufwendungen für den stundenweisen Einsatz von Hilfskräften, insbesondere für Hausmeister- und Reinigungsarbeiten. Darüber hinaus werden Dolmetscherkosten für Kontingentflüchtlinge aus diesem Ansatz bestritten.

10 53 UNTERBRINGUNG VON ASYLBEWERBERN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
453 01-9	249	TRENNUNGSGELD UND UMZUGSKOSTENVERGÜTUNGEN	50,0	50,0	A 50,0 B 15,8 C 18,6
		SÄCHLICHE VERWALTUNGSAusGABEN			
511 01-9	249	GESCHÄFTSBEDARF	180,0	180,0	A 275,0 B 158,2 C 191,8
512 01-8	249	BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN	6,0	6,0	A 8,0 B 4,5 C 5,9
513 01-7	249	LEISTUNGSENTGELTE FÜR POST- UND FERNMELDEDIENST- LEISTUNGEN	1.100,0	1.150,0	A 950,0 B 1.137,4 C 1.077,2
514 01-6	249	HALTUNG VON DIENSTFAHRZEUGEN	160,0	160,0	A 100,0 B 152,9 C 128,0
515 01-5	249	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE FÜR VERWALTUNGSZWECKE, WARTUNG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG MIT 812 01.	140,0	140,0	A 140,0 B 116,8 C 114,0

Erläuterungen

Zu 10 53/453 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Trennungsgeld für 30/30 Bedienstete	50,0	50,0
2. Umzugskostenvergütungen für den Umzug von Bediensteten	-	-
Zusammen	50,0	50,0

Zu 10 53/511 01

1997 gegenüber 1996:
95,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Ausgaben.

Zu 10 53/513 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Postgebühren	213,0	250,0
2. Laufende Fernmeldekosten	845,0	855,0
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	42,0	45,0
Zusammen	1 100,0	1 150,0

1997 gegenüber 1996:

150,0 Tsd DM mehr,

1998 gegenüber 1997:

50,0 Tsd DM mehr wegen Anpassung an die voraussichtlichen Ausgaben.

Anzahl der privaten Fernsprechanlüsse mit dienstlicher Mitbenutzung:

- a) Hauptanschlüsse - (-)
b) Nebenanschlüsse - (-)

Zu 10 53/514 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Betriebsstoffe	80,0	80,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	80,0	80,0
Zusammen	160,0	160,0

1997 gegenüber 1996:

60,0 Tsd DM mehr wegen Anpassung an die Ausgabenentwicklung und Zunahme von Wartungs- und Reparaturkosten.

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	So11 1997	So11 1998	So11 1996	am 1.2.1996
Personenkraftwagen einschl. Kombis	30	30	30	30
Lastkraftwagen	1	1	1	1
Kommunaltraktoren	5	5	5	5
Gabelstapler	1	1	1	1

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:		
Kosten wie vor	160,0	160,0
Personalausgaben	-	-
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-	-
Zusammen	160,0	160,0

Zu 10 53/515 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	100,0	100,0
2. Wartung und Reparaturen	40,0	40,0
Zusammen	140,0	140,0

10 53 UNTERBRINGUNG VON ASYLBEWERBERN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
515 21-1	249	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE FÜR FACHAUFGABEN, WARTUNG VGL. VERMERK ZU 643 01.	2.400,0	2.400,0	A 2.500,0 B 2.305,4 C 2.422,4
516 01-4	249	DIENST- UND SCHUTZKLEIDUNG	15,0	16,0	A 15,0 B 10,2 C 15,1
517 01-3	249	BEWIRTSCHAFTUNG DER GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME VGL. VERMERK ZU 643 01.	43.700,0	44.300,0	A 43.000,0 B 42.440,1 C 43.558,8
517 05-9	249	BEWIRTSCHAFTUNG DURCH HEIZUNG, BELEUCHTUNG UND ELEKTRISCHE KRAFT VGL. VERMERK ZU 643 01.	24.400,0	25.000,0	A 24.400,0 B 23.004,4 C 23.674,9
518 01-2	249	MIETEN UND PACHTEN FÜR GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME VGL. VERMERK ZU 643 01. VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 8.000,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 8.000,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	78.000,0	78.000,0	A 83.000,0 B 75.510,3 C 76.729,1
518 11-0	249	MIETEN UND PACHTEN FÜR MASCHINEN, GERÄTE UND FAHRZEUGE	39,0	40,0	A 35,0 B 38,7 C 32,1
519 01-1	249	UNTERHALTUNG DER GRUNDSTÜCKE UND BAULICHEN ANLAGEN VGL. VERMERK ZU 643 01.	17.000,0	17.000,0	A 23.000,0 B 16.774,9 C 23.556,5

Erläuterungen

Zu 10 53/515 21

Ausgaben für Ersatz- bzw. Ergänzungsausstattungen der Unterkunft- und sonstigen Räume in den bestehenden Unterbringungseinrichtungen sowie Unterhaltung der Einrichtungsgegenstände.

1997 gegenüber 1996:

100,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Ausgaben.

Zu 10 53/517 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung .	25 500,0	25 800,0
2. Steuern und Abgaben	5 500,0	5 600,0
3. Geräte	1 500,0	1 600,0
4. Sonstige Hausbewirtschaftungskosten	11 200,0	11 300,0
Zusammen	43 700,0	44 300,0

1997 gegenüber 1996:

700,0 Tsd DM mehr,

1998 gegenüber 1997:

600,0 Tsd DM mehr wegen Anpassung an die voraussichtlichen Bewirtschaftungskosten.

Zu 10 53/517 05

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Heizung	8 100,0	8 300,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft, Heizung durch Gas und Elektrizität	16 300,0	16 700,0
Zusammen	24 400,0	25 000,0

1998 gegenüber 1997:

600,0 Tsd DM mehr wegen Anpassung an die voraussichtlichen Energieaufwendungen.

Zu 10 53/518 01

Veranschlagt sind die Mieten für Unterbringungseinrichtungen.

Die Verpflichtsermächtigungen dienen der Ersatzanmietung von Unterkünften in den Jahren 1997 und 1998.

1997 gegenüber 1996:

5 000,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Mietaufwendungen.

Zu 10 53/518 11

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Mieten für Fotokopiergeräte	36,0	36,5
2. Mieten für sonstige Geräte und Fahrzeuge	3,0	3,5
Zusammen	39,0	40,0

Zu 10 53/519 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschl. Zubehör	4 000,0	4 000,0
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschl. Zubehör	12 500,0	12 500,0
3. Ersatz und Ergänzung des Zubehörs zu Grundstücken und baulichen Anlagen	500,0	500,0
Zusammen	17 000,0	17 000,0

1997 gegenüber 1996:

6 000,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf für Bauunterhaltungsmaßnahmen.

10 53 UNTERBRINGUNG VON ASYLBEWERBERN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
522 01-6	249	GEMEINSCHAFTSVERPFLEGUNG VGL. VERMERK ZU 643 01.	43.000,0	43.000,0	A 66.000,0 B 44.263,8 C 61.590,0
522 02-5	249	SONSTIGE VERBRAUCHSMITTEL VGL. VERMERK ZU 643 01.	1.600,0	1.600,0	A 4.750,0 B 1.458,6 C 1.678,5
527 01-1	249	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR INLANDSDIENSTREISEN	500,0	500,0	A 420,0 B 506,5 C 576,7
532 01-4	249	LEISTUNGEN AUFGRUND VON GERICHTLICHEN ENTSCHEIDUNGEN ODER PROZESSVERGLEICHEN SOWIE AUFGRUND VON AUSSER- GERICHTLICHEN VERGLEICHEN ODER ANERKENNTNISSEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER AUSÜBUNG DER VERTRETUNG DES STAATES IN RECHTSANGELEGENHEITEN VGL. VERMERK ZU 643 01.	---	---	A --- B 12,1 C 102,0
532 11-2	249	UMZUGS- UND VERLEGUNGSKOSTEN VON DIENSTSTELLEN	---	---	A ---
533 02-2	249	AUSWEICHUNTERBRINGUNG VGL. VERMERK ZU 643 01.	---	---	A --- B 2.050,0 C 694,0
533 03-1	249	KOSTEN FÜR DIE UNTERBRINGUNG UND VERPFLEGUNG SOWIE SONSTIGE AUFWENDUNGEN IM RAHMEN VON STAATLICHEN AUFNAHMEAKTIONEN GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG MIT 643 02.	4.000,0	3.000,0	A 25.050,0 B 6.542,1 C 10.284,9
534 01-2	249	KOSTEN DER ERSTUNTERSUCHUNG DER KONTINGENTFLÜCHTLINGE	---	---	A ---
546 49-2	249	VERMISCHTE VERWALTUNGSAusGABEN	56,0	56,0	A 56,0 B 75,9 C 93,3
548 01-6	249	GLOBALE MEHRAUSGABEN FÜR SÄCHLICHE VERWALTUNGSAusGABEN FÜR DIE EINRICHTUNG UND DEN BETRIEB VON GEMEINSCHAFTS- UNTERKÜNFEN DIE AUSGABEN SIND BEI DEN ZUTREFFENDEN HAUSHALTS- STELLEN RECHNUNGSMÄSSIG NACHZUWEISEN.	6.000,0	6.000,0	A 6.000,0
ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AusNAHME FÜR INVESTITIONEN					
643 01-0	249	ERSTATTUNGEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG MIT 515 21, 517 01, 517 05, 518 01, 519 01, 522 01, 522 02, 532 01, 533 02, 671 01 UND 812 02.	190.500,0	185.700,0	A 128.400,0 B 250.131,8 C 336.353,2

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 53/522 01

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Gewährung von Gemeinschaftsverpflegung an Asylbewerber in staatlichen Unterkünften.

1997 gegenüber 1996:

23 000,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 53/522 02

Veranschlagt sind insbesondere die Aufwendungen für die Gewährung von Gesundheits- und Körperpflegemitteln sowie Verbrauchsgütern des Haushalts gemäß § 3 Abs. 1 S. 1 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) vom 30.06.1993 (BGBl. S. 1074 ff.).

1997 gegenüber 1996:

3 150,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 53/527 01

1997 gegenüber 1996:

80,0 Tsd DM mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Bestand an anerkannten Personenkraftwagen: 174 (146)

Zu 10 53/532 01

Der Titel dient zur Bestreitung von Hauptsacheleistungen in Fällen der Übertragung gemäß § 15 der Vertretungsverordnung. Leistungen bei Rechtsstreitigkeiten aus einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis sind bei den einschlägigen Personaltiteln zu buchen.

Zu 10 53/533 03

Veranschlagt sind die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien.

1997 gegenüber 1996:

21 050,0 Tsd DM weniger.

1998 gegenüber 1997:

1 000,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 53/546 49

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte	-	-
2. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	4,0	4,0
3. Verlustentschädigungen	4,0	4,0
4. Auslagen für Vorstellungsreisen	8,0	8,0
5. Sonstige vermischte Ausgaben	40,0	40,0
Zusammen	56,0	56,0

Zu 10 53/643 01

Kostenerstattung an die Landkreise und kreisfreien Städte gemäß Art. 4 des Asylbewerberaufnahmengesetzes (AsylAufnG) vom 22.12.1989 (GVBl. S. 714), geändert durch § 2 Nr. 2 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes und des Gesetzes über die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern vom 23.7.1993 (GVBl. S. 519), und gemäß § 4 der Verordnung zur Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (DVAylbLG) vom 12.10.1993 (GVBl. S. 758).

1997 gegenüber 1996:

62 100,0 Tsd DM mehr.

1998 gegenüber 1997:

4 800,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

10 53 UNTERBRINGUNG VON ASYLBEWERBERN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
643 02-9	249	ERSTATTUNGEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE IM RAHMEN VON STAATLICHEN AUFNAHMEAKTIONEN VGL. VERMERK ZU 533 03.	4.000,0	2.000,0	A 5.970,0 B 7.133,9 C 6.403,1
671 01-5	249	TRANSPORTKOSTEN FÜR DIE WEITERLEITUNG DER BEWOHNER DER UNTERKÜNFTE VGL. VERMERK ZU 643 01.	850,0	850,0	A 1.250,0 B 812,6 C 707,0
684 01-0	249	ZUSCHÜSSE ZUR BETREUUNG DER ASYLBEWERBER, DER ASYL- BERECHTIGTEN UND DER KONTINGENTFLÜCHTLINGE	7.500,0	7.000,0	A 8.000,0 B 8.499,9 C 9.264,2
BAUMASSNAHMEN					
701 01-9	249	KLEINE NEU-, UM- UND ERWEITERUNGSBAUTEN	---	---	A ---
710 00-9	249	STAATLICHE HOCHBAUMASSNAHMEN (SIEHE ANLAGE S) KREDITFINANZIERT. Z. T. GESPERRT.	3.000,0	3.000,0	A 1.900,0 B 995,9 C 5.561,2
SONSTIGE AUSGABEN FÜR INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN					
811 01-6	249	ERWERB VON DIENSTFAHRZEUGEN	---	---	A ---
812 01-5	249	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN FÜR VERWALTUNGSZWECKE VGL. VERMERK ZU 515 01.	55,0	55,0	A 55,0 B 12,4 C 58,5
812 02-4	249	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN FÜR FACHAUFGABEN VGL. VERMERK ZU 643 01.	2.100,0	2.000,0	A 3.200,0 B 1.705,6 C 2.803,4
812 04-2	249	ERWERB VON VERWALTUNGSEIGENEN FERNMELDEANLAGEN, SOWEIT DIE AUSGABEN NICHT ZU DEN BAUKOSTEN GEHÖREN	***	***	A ---
TITELGRUPPEN					
99 KOSTEN DER DATENVERARBEITUNG TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.					
513 99-0	249	LEISTUNGSENTGELTE FÜR POST- UND FERNMELDEDIENST- LEISTUNGEN	5,0	5,0	A 50,0
515 99-8	249	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE, WARTUNG	5,0	5,0	A 70,0 B 31,8 C 18,5
518 99-5	249	MIETEN FÜR ELEKTRONISCHE DATENVERARBEITUNGSANLAGEN, GERÄTE UND MASCHINEN	---	---	A ---
519 99-4	249	UNTERHALTUNG DER GRUNDSTÜCKE UND BAULICHEN ANLAGEN	---	---	A ---
522 99-9	249	VERBRAUCHSMITTEL	4,0	9,0	A 35,0 B 3,8 C 3,9

Erläuterungen

Zu 10 53/643 02

Vgl. Erläuterung zu 10 53/533 03.

1997 gegenüber 1996:

1 970,0 Tsd DM weniger.

1998 gegenüber 1997:

2 000,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 53/671 01

Veranschlagt sind alle Transportaufwendungen, die mit der Aufnahme, Weiterleitung, Unterbringung und Verlegung der ausländischen Flüchtlinge in Zusammenhang stehen.

1997 gegenüber 1996:

400,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Transportaufwendungen.

Zu 10 53/684 01

Veranschlagt sind Personalkostenzuschüsse für die Beratung und Betreuung der Asylbewerber, der Asylberechtigten und der Kontingentflüchtlinge innerhalb und außerhalb der staatlichen Unterkünfte. Die Förderung von Betreuungsmaßnahmen für Asylberechtigte endet mit Ablauf des Jahres, in dem die Anerkennung erfolgt.

1997 gegenüber 1996:

500,0 Tsd DM weniger.

1998 gegenüber 1997:

500,0 Tsd DM weniger wegen rückläufiger Anzahl der untergebrachten Asylbewerber.

Zu 10 53/812 02

1997 gegenüber 1996:

1 100,0 Tsd DM weniger.

1998 gegenüber 1997:

100,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf für Ersatzbeschaffungen.

Zu 10 53/99

Veranschlagt sind die Aufwendungen für den Einsatz von DV-Systemen in den Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber und den Gebührenabrechnungsstellen. Die DV-Systeme werden zur Registrierung und Verteilung der im Freistaat Bayern eintreffenden Asylbewerber sowie zur Gebührenabrechnung eingesetzt.

Zu 10 53/513 99

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Postgebühren	-	-
2. Laufende Fernmeldekosten	-	-
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	5,0	5,0
Zusammen	5,0	5,0

1997 gegenüber 1996:

45,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 53/515 99

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	5,0	5,0
2. Wartung und Reparaturen	-	-
Zusammen	5,0	5,0

1997 gegenüber 1996:

65,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 53/522 99

1997 gegenüber 1996:

31,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an die Istaussgabe.

10 53 UNTERBRINGUNG VON ASYLBEWERBERN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
525 99-6	249	AUS- UND FORTBILDUNG	5.0	5.0	A 20.0
526 99-5	249	KOSTEN FÜR SACHVERSTÄNDIGE	---	---	A --- C 99,9
533 99-6	249	NEBENKOSTEN DER DATENVERARBEITUNG	1.0	1.0	A 5.0 C 0,7
812 99-8	249	ERWERB VON ELEKTRONISCHEN DATENVERARBEITUNGSANLAGEN, GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGSGEGENSTÄNDEN	20.0	15.0	A 20.0
813 99-7	249	ERWERB VON SOFTWARE	10.0	10.0	A --- B 5,8
		SUMME DER TITELGRUPPE	50.0	50.0	A 200.0 B 41.4 C 123.0
		GESAMTAUSGABEN	471.425,5	465.244,8	A 469.865,3 B 525.029,3 C 646.631,2
		ABSCHLUSS			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.	19.355,0	19.355,0	A 10.855,0 B 13.128,7 C 11.339,5
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	7.655,0	5.655,0	A 17.770,0 B 13.925,1 C 12.908,0
		GESAMTEINNAHMEN	27.010,0	25.010,0	A 28.625,0 B 27.053,8 C 24.247,5
		PERSONAL AUSGABEN	41.074,5	42.041,8	A 41.191,3 B 39.133,0 C 38.832,4
		SÄCHLICHE VERWALTUNGS AUSGABEN	222.316,0	222.573,0	A 279.879,0 B 216.598,4 C 246.648,2
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	202.850,0	195.550,0	A 143.620,0 B 266.578,2 C 352.727,5
		BAUMASSNAHMEN	3.000,0	3.000,0	A 1.900,0 B 995,9 C 5.561,2
		SONSTIGE SACHINVESTITIONEN	2.185,0	2.080,0	A 3.275,0 B 1.723,8 C 2.861,9
		GESAMTAUSGABEN	471.425,5	465.244,8	A 469.865,3 B 525.029,3 C 646.631,2
		ZUSCHUSS	444.415,5	440.234,8	A 441.240,3 B 497.975,5 C 622.383,7

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 53/525 99

1997 gegenüber 1996:

15,0 Tsd DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 53/812 99

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
Veranschlagt sind:		
1. Erwerb von PC's (Ergänzung)	14,0	10,0
2. Erwerb von Druckern u.ä.	6,0	5,0
Zusammen	20,0	15,0

Zu 10 53/813 99

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
Veranschlagt sind:		
1. Standardsoftware	10,0	10,0
2. Individualsoftware	-	-
Zusammen	10,0	10,0

10 55 HEIMATAUSKUNFTSTELLEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
EINNAHMEN					
VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.					
113 01-6	215	ERLÖSE AUS DEM VERKAUF VON GEGENSTÄNDEN	0.1	0.1	A 0.1
119 49-4	215	VERMISCHTE EINNAHMEN	---	---	A ---
GESAMTEINNAHMEN			0.1	0.1	A 0.1
AUSGABEN					
PERSONALAUSGABEN					
422 01-2	215	BEZÜGE DER PLANMÄSSIGEN BEAMTEN	88.7	91.7	A 84.0 B 85.5 C 78.3
422 31-6	215	BEZÜGE DER ABGEORDNETEN BEAMTEN (RICHTER)	---	---	A ---
425 01-9	215	VERGÜTUNGEN DER ANGESTELLTEN	3.152.0	3.246,6	A 3.298,0 B 3.009,5 C 3.015,8
425 11-7	215	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE	---	---	A ---
425 15-3	215	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE (STELLENBESETZUNG GEMÄSS NR. 3.1 DBESTHG)	---	---	A ---
425 17-1	215	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE ZUR ÜBERBRÜCKUNG VON ERZIEHUNGSURLAUB GEMÄSS ART. 6 ABS. 4 HG	---	---	A ---
426 01-8	215	LÖHNE DER ARBEITER	---	---	A ---
426 05-4	215	LÖHNE DER ARBEITER (STELLENBESETZUNG GEMÄSS NR. 3.1 DBESTHG)	---	---	A ---
451 01-6	215	ZUSCHÜSSE ZUR GEMEINSCHAFTSVERPFLEGUNG	7.0	7.0	A 8.5 B 6.6 C 8.2
453 01-4	215	TRENNUNGSGELD UND UMZUGSKOSTENVERGÜTUNGEN	---	---	A ---
SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN					
511 01-4	215	GESCHÄFTSBEDARF	18.0	18.0	A 20.0 B 15.1 C 11.1
512 01-3	215	BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN	5.0	5.0	A 4.0 B 4.7 C 4.4
513 01-2	215	LEISTUNGSENTGELTE FÜR POST- UND FERNMELEDIEDIENST-LEISTUNGEN	55.0	55.0	A 60.0 B 47.2 C 45.6

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 55

Nach § 24 des Feststellungsgesetzes (FG) in der Fassung vom 23. Dezember 1970 (BGBl I S. 1870) sind bei den Landesausgleichsämtern Heimatauskunftstellen zu errichten. Sie haben die Aufgabe, auf Anforderung der Feststellungsbehörden die Anträge der Vertriebenen und Spätaussiedler auf Schadensfeststellung zu begutachten, Auskünfte zu erteilen und Zeugen und Sachverständige zu benennen, deren Aussage für die Entscheidung über die Feststellungsanträge wesentlich sein könnte (§ 25 Abs. 1 FG).

Die Heimatauskunftstellen beim Landesausgleichsamt Bayern sind mit Verordnung vom 22. Dezember 1952 (BGBl I S. 845) errichtet worden.

Zu 10 55/422 01

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 55/425 01

Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 55/513 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Postgebühren	38,0	38,0
2. Laufende Fernmeldekosten	13,0	13,0
3. Miete, Wartung und Sonstiges	4,0	4,0
Zusammen	55,0	55,0

Anzahl der privaten Fernsprechan Schlüsse mit dienstlicher Mitbenutzung:

- a) Hauptanschlüsse - (-)
b) Nebenanschlüsse - (-)

10 55 HEIMATAUSKUNFTSTELLEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
515 01-0	215	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE FÜR VERWALTUNGSZWECKE, WARTUNG	10,0	9,0	A 12,0 B 7,2 C 6,5
517 01-8	215	BEWIRTSCHAFTUNG DER GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME	80,0	80,0	A 80,0 B 68,6 C 69,0
517 05-4	215	BEWIRTSCHAFTUNG DURCH HEIZUNG, BELEUCHTUNG UND ELEKTRISCHE KRAFT	40,0	40,0	A 40,0 B 34,2 C 39,7
518 01-7	215	MIETEN UND PACHTEN FÜR GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME	400,0	400,0	A 420,0 B 366,0 C 375,2
518 11-5	215	MIETEN UND PACHTEN FÜR MASCHINEN, GERÄTE UND FAHRZEUGE	5,0	5,0	A 5,0 B 4,2 C 4,2
519 01-6	215	UNTERHALTUNG DER GRUNDSTÜCKE UND BAULICHEN ANLAGEN	---	---	A ---
526 11-5	215	KOSTEN FÜR SACHVERSTÄNDIGE	30,0	25,0	A 25,0 B 26,3 C 20,6
527 01-6	215	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR INLANDSDIENSTREISEN	1,0	1,0	A 1,0 B 0,4 C 0,5
546 49-7	215	VERMISCHTE VERWALTUNGSAusGABEN	1,0	1,0	A 1,0
		SONSTIGE AusGABEN FÜR INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFÖRDERUNGSMassNAHMEN			
812 01-0	215	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN FÜR VERWALTUNGSZWECKE	---	---	A ---
		GESAMTAusGABEN	3.892,7	3.984,3	A 4.058,5 B 3.675,5 C 3.679,1
		ABSCHLUSS			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.	0,1	0,1	A 0,1
		GESAMTEINNAHMEN	0,1	0,1	A 0,1
		PERSONALAusGABEN	3.247,7	3.345,3	A 3.390,5 B 3.101,6 C 3.102,3
		SÄCHLICHE VERWALTUNGSAusGABEN	645,0	639,0	A 668,0 B 573,9 C 576,8
		GESAMTAusGABEN	3.892,7	3.984,3	A 4.058,5 B 3.675,5 C 3.679,1
		ZUSCHUSS	3.892,6	3.984,2	A 4.058,4 B 3.675,5 C 3.679,1

Erläuterungen

Zu 10 55/515 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	4,0	3,0
2. Wartung und Reparaturen	6,0	6,0
Zusammen	10,0	9,0

Zu 10 55/517 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung .	50,0	50,0
2. Steuern und Abgaben	-	-
3. Geräte	-	-
4. Sonstige Hausbewirtschaftungskosten	30,0	30,0
Zusammen	80,0	80,0

Zu 10 55/517 05

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Heizung	25,0	25,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft, Heizung durch Gas und Elektrizität	15,0	15,0
Zusammen	40,0	40,0

Zu 10 55/518 01

Miete für die Diensträume München, Steinerstr. 15.

Zu 10 55/518 11

Veranschlagt sind die Mietkosten für ein Kopiergerät.

Zu 10 55/546 49

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte .	-	-
2. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	0,5	0,5
3. Verlustentschädigungen	-	-
4. Auslagen für Vorstellungsreisen	-	-
5. Sonstige vermischte Ausgaben	0,5	0,5
Zusammen	1,0	1,0

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM	
1	2	3	4	5	6	
EINNAHMEN						
VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.						
111 01-6	189	GEBÜHREN, BEITRÄGE, TARIFLICHE UND GEBÜHRENARTIGE ENTGELTE	---	---	A	---
113 01-4	189	ERLÖSE AUS DEM VERKAUF VON GEGENSTÄNDEN	---	---	A	---
119 49-2	189	VERMISCHTE EINNAHMEN	2,0	2,0	A B C	2,0 4,0 0,7
124 01-1	189	EINNAHMEN AUS VERMIETUNG, VERPACHTUNG UND NUTZUNG	40,0	40,0	A B C	40,0 45,9 45,0
ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN						
256 12-8	189	ZUWEISUNGEN DER BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT (ARBEITS-BESCHAFFUNGSMASSNAHMEN) VGL. VERMERK ZU 425 12.	---	---	A C	--- 8,6
271 01-2	215	ERSTATTUNG VON VERWALTUNGS-AUSGABEN AUS SONSTIGEN BEREICHEN	0,5	0,5	A B C	0,5 4,0 0,9
282 01-9	189	SPENDENEINNAHMEN VGL. VERMERK ZU 547 11.	---	---	A	---
GESAMTEINNAHMEN			42,5	42,5	A B C	42,5 53,9 55,2
AUSGABEN						
PERSONALAUSGABEN						
412 01-2	189	VERGÜTUNGEN FÜR DIE MITGLIEDER DES PRÄSIDIUMS UND DES KURATORIUMS UND IHRER AUSSCHÜSSE	6,0	6,0	A B C	6,0 3,0 5,5
422 01-0	189	BEZÜGE DER PLANMÄSSIGEN BEAMTEN	212,7	219,0	A B C	130,0 204,6 164,3
425 01-7	189	VERGÜTUNGEN DER ANGESTELLTEN	637,3	657,0	A B C	636,0 608,6 625,0
425 12-4	189	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE (ARBEITSBESCHAFFUNGSMASSNAHMEN) DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH DER EINNAHME BEI TITEL 256 12.	---	---	A	---

E r l ä u t e r u n g e n

Vorbemerkung zu Kapitel 10 56

Das "Haus des Deutschen Ostens" (HDO) nimmt Aufgaben wahr, die dem Freistaat Bayern aus dem Auftrag des § 96 Bundesvertriebenengesetz in der Fassung vom 2. Juni 1993 (BGBl I S. 829) erwachsen, nämlich das Kulturgut der historischen deutschen Ostgebiete und der deutschen Siedlungsgebiete im östlichen Europa im Bewußtsein der Vertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten und zu fördern.

Als Kultur- und Bildungseinrichtung führt das HDO eigene Veranstaltungen im In- und Ausland durch. Einen besonderen Schwerpunkt bildet dabei die Förderung der Ostkunde in der Jugend- und Erwachsenenbildung. Als Fördereinrichtung vergibt das HDO im Auftrag des StMAS Mittel für kulturelle Projekte. Dazu gehören im Rahmen der grenzüberschreitenden ostdeutschen Kulturarbeit Maßnahmen, die - nach dem erklärten Ziel der Bayerischen Staatsregierung - den Deutschen im östlichen Europa helfen sollen, in ihrer angestammten Heimat zu bleiben.

Als Begegnungsstätte stellt das HDO ostdeutschen Gruppen und Vereinigungen Tagungsräume und eine Gaststätte für kulturelle und gesellige Veranstaltungen zur Verfügung. (Vgl. Verordnung über das "Haus des Deutschen Ostens" vom 2. April 1993; BayRS 240-4-A).

Zu 10 56/124 01

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser u. dgl.)	-	-
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl. . .	40,0	40,0
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	-	-
Zusammen	40,0	40,0

Zu 10 56/282 01

Zweckgebundene Einnahmen (Spenden) des Hauses des Deutschen Ostens. Die Mittel werden über 547 11 - entsprechend dem Spenderwillen - ihrer Verwendung zugeführt.

Zu 10 56/412 01

1. Die Mitglieder des Präsidiums und des Kuratoriums erhalten für die mit der ehrenamtlichen Tätigkeit zusammenhängenden Reisen oder Gänge Reisekostenvergütung nach den für bayerische Staatsbeamte der Besoldungsgruppe A 15 geltenden Vorschriften. Sofern im öffentlichen Dienst stehende Mitglieder bei Dienstreisen eine höhere Reisekostenvergütung erhalten als bayerische Staatsbeamte der Besoldungsgruppe A 15, wird ihnen für die genannten Reisen und Gänge die entsprechend höhere Reisekostenvergütung gewährt.
2. Neben der Reisekostenvergütung nach Nr. 1 wird den Mitgliedern für jeden Tag der Teilnahme an einer Sitzung des Präsidiums oder des Kuratoriums eine Sitzungsvergütung gewährt, deren Höhe sich nach dem vollen Tagegeld für eintägige Dienstreisen eines bayerischen Staatsbeamten der Besoldungsgruppe A 15 bemißt.

Zu 10 56/422 01

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 56/425 01

Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

10 56 HAUS DES DEUTSCHEN OSTENS

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
425 15-1	189	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE (STELLENBESETZUNG GEMÄSS NR. 3.1 DBESTHG)	---	---	A --- B 0.7 C 3.7
425 17-9	189	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE ZUR ÜBERBRÜCKUNG VON ERZIEHUNGSURLAUB GEMÄSS ART. 6 ABS. 4 HG	---	---	A ---
426 01-6	189	LÖHNE DER ARBEITER	189.0	195.0	A 188.3 B 163.6 C 175.2
427 01-5	189	BESCHÄFTIGUNGSENTGELTE, AUFWENDUNGEN FÜR NEBENAMTLICH UND NEBENBERUFLICH TÄTIGE	3.0	3.0	A 4.0 B 1.3 C 2.0
451 01-4	189	ZUSCHÜSSE ZUR GEMEINSCHAFTSVERPFLEGUNG	3.0	3.0	A 3.0 B 2.4 C 2.5
453 01-2	189	TRENNUNGSGELD UND UMZUGSKOSTENVERGÜTUNGEN	---	---	A --- C 6.1
SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN					
511 01-2	189	GESCHÄFTSBEDARF	15.0	15.0	A 15.0 B 8.0 C 12.5
512 01-1	189	BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN	3.0	3.0	A 3.0 B 3.2 C 3.2
513 01-0	189	LEISTUNGSENTGELTE FÜR POST- UND FERNMEDEDIENST-LEISTUNGEN	33.5	33.5	A 33.0 B 29.8 C 27.3
515 01-8	189	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS-GEGENSTÄNDE FÜR VERWALTUNGSZWECKE, WARTUNG	8.0	8.0	A 8.0 B 6.1 C 7.1
515 21-4	189	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS-GEGENSTÄNDE FÜR FACHAUFGABEN, WARTUNG	8.0	8.0	A 8.0 B 6.6 C 6.3
516 01-7	189	DIENT- UND SCHUTZKLEIDUNG	0.5	0.5	A 0.3 C 0.2
517 01-6	189	BEWIRTSCHAFTUNG DER GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME	54.0	54.0	A 56.0 B 45.5 C 63.1
517 05-2	189	BEWIRTSCHAFTUNG DURCH HEIZUNG, BELEUCHTUNG UND ELEKTRISCHE KRAFT	51.0	51.0	A 47.0 B 44.1 C 44.6
518 01-5	189	MIETEN UND PACHTEN FÜR GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME	20.0	20.0	A 30.0 B 13.1 C 3.6
519 01-4	189	UNTERHALTUNG DER GRUNDSTÜCKE UND BAULICHEN ANLAGEN	---	---	A 110.0 B 272.9 C 121.5
523 01-8	189	KUNST- UND WISSENSCHAFTLICHE SAMMLUNGEN UND BIBLIOTHEKEN	50.0	50.0	A 50.0 B 47.9 C 41.4

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 56/426 01

Löhne einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 56/427 01

Die Mittel werden zur stundenweisen Beschäftigung von Hilfskräften bei Ausstellungen und von Aushilfspförthern benötigt.

Zu 10 56/513 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Postgebühren	20,0	20,0
2. Laufende Fernmeldekosten	12,0	12,0
3. Miete, Wartung und Sonstiges	1,5	1,5
Zusammen	33,5	33,5

Anzahl der privaten Fernsprechan Schlüsse mit dienstlicher Mitbenutzung:

- a) Hauptanschlüsse - (-)
b) Nebenanschlüsse - (-)

Zu 10 56/515 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	3,0	3,0
2. Wartung und Reparaturen	5,0	5,0
Zusammen	8,0	8,0

Zu 10 56/515 21

Veranschlagt sind insbesondere die Aufwendungen für Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die Bibliothek und für die Durchführung von Ausstellungen.

Zu 10 56/517 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	46,0	46,0
2. Steuern und Abgaben	6,0	6,0
3. Geräte	-	-
4. Sonstige Hausbewirtschaftungskosten	2,0	2,0
Zusammen	54,0	54,0

Zu 10 56/517 05

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Heizung	19,0	19,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft, Heizung durch Gas und Elektrizität	32,0	32,0
Zusammen	51,0	51,0

Zu 10 56/518 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Miete der Übungsräume für Kinder-, Jugend- und Volkstanzgruppen	3,6	3,6
2. Miete für Büchermagazin im Sudetendeutschen Haus	16,4	16,4
Zusammen	20,0	20,0

Zu 10 56/519 01

1997 gegenüber 1996:
110,0 Tsd DM weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 56/523 01

Der Ansatz dient zur Unterhaltung und Ergänzung der Fachbibliothek.

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
527 01-4	189	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR INLANDSDIENSTREISEN	7.0	7.0	A 7.0 B 2.7 C 4.3
527 11-2	189	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR AUSLANDSDIENSTREISEN	5.0	5.0	A 5.0 B 2.1 C 2.9
546 49-5	189	VERMISCHTE VERWALTUNGSAusGABEN	2.0	2.0	A 2.0 B 1.0
547 01-0	189	KOSTEN FÜR VERANSTALTUNGEN ZU 547 01 UND 681 01: GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG MIT 681 01.	170.0	170.0	A 170.0 B 176.1 C 140.7
547 11-8	189	ZWECKGEBUNDENE AUSGABEN AUS SPENDEN DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH DER IST- EINNAHME BEI 282 01.	---	---	A ---
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AusNAHME FÜR INVESTITIONEN			
681 01-6	189	ZUSCHÜSSE FÜR TAGUNGSTEILNEHMER VGL. VERMERK ZU 547 01.	55.0	55.0	A 55.0 B 51.0 C 53.9
		BAUMASSNAHMEN			
701 01-2	189	KLEINE NEU-, UM- UND ERWEITERUNGSBAUTEN	---	---	A ---
		SONSTIGE AUSGABEN FÜR INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN			
812 01-8	189	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN FÜR VERWALTUNGSZWECKE	15.0	---	A ---
812 02-7	189	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN FÜR FACHAUFGABEN	5.0	10.0	A --- B 21.2
812 03-6	189	ERWERB VON VERWALTUNGSEIGENEN FERNMELDEANLAGEN, SOWEIT DIE AUSGABEN NICHT ZU DEN BAUKOSTEN GEHÖREN	---	---	A ---
		TITELGRUPPEN			
		99 KOSTEN DER DATENVERARBEITUNG TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.			
515 99-1	189	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDE, WARTUNG	3.0	6.0	A 6.0 B 0.7
519 99-7	189	UNTERHALTUNG DER GRUNDSTÜCKE UND BAULICHEN ANLAGEN	5.0	---	A ---
522 99-2	189	VERBRAUCHSMITTEL	3.0	5.0	A ---
525 99-9	189	AUS- UND FORTBILDUNG	1.0	1.0	A ---
812 99-1	189	ERWERB VON ELEKTRONISCHEN DATENVERARBEITUNGSANLAGEN, GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN	20.0	25.0	A --- B 13.1

Erläuterungen

Zu 10 56/546 49

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte .	-	-
2. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	1,0	1,0
3. Verlustentschädigungen	-	-
4. Auslagen für Vorstellungsreisen	0,5	0,5
5. Sonstige vermischte Ausgaben	0,5	0,5
Zusammen	2,0	2,0

Zu 10 56/547 01

Veranschlagt sind die Aufwendungen für Veranstaltungen (z.B. Honorare für Vorträge und Reisekostenvergütungen für die Durchführung von Ausstellungen).

Zu 10 56/547 11

Vgl. Erläuterung zu 282 01.

Zu 10 56/681 01

Soweit das Haus des Deutschen Ostens Tagungen durchführt, werden den Teilnehmern Reisekostenvergütungen (Fahrtkosten, Zehrgelder, Übernachtungsgelder) gewährt.

Zu 10 56/812 01

1997

Ersatzbeschaffung eines Kopiergerätes.

Zu 10 56/812 02

1997 und 1998

Veranschlagt sind die Kosten für die Fortführung der Neuausstattung der nichtöffentlichen Gaststätte mit Tischen und Stühlen.

Zu 10 56/99

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Erst- bzw. Ersatzbeschaffung von Bildschirmarbeitsplätzen für den Verwaltungsbereich und die Bibliothek.

Zu 10 56/515 99

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	-	-
2. Wartung und Reparaturen	3,0	6,0
Zusammen	3,0	6,0

Zu 10 56/812 99

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
Veranschlagt sind:		
1. Verwaltung		
2 Bildschirmarbeitsplätze (Ersatz)	6,5	6,5
Drucker u. sonstiges Zubehör	8,5	8,5
2. Bibliothek		
PC's einschl. Zubehör (Ergänzung)	5,0	10,0
Zusammen	20,0	25,0

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
813 99-0 -----	189	ERWERB VON SOFTWARE	13,0	8,0	A
		SUMME DER TITELGRUPPE	45,0	45,0	A 6,0 B 13,8
		GESAMTAUSGABEN	1.598,0	1.620,0	A 1.572,6 B 1.729,3 C 1.516,9
		ABSCHLUSS			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.	42,0	42,0	A 42,0 B 49,9 C 45,7
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	0,5	0,5	A 0,5 B 4,0 C 9,5
		GESAMTEINNAHMEN	42,5	42,5	A 42,5 B 53,9 C 55,2
		PERSONAL AUSGABEN	1.051,0	1.083,0	A 967,3 B 984,2 C 984,3
		SÄCHLICHE VERWALTUNGS AUSGABEN	439,0	439,0	A 550,3 B 659,8 C 478,7
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	55,0	55,0	A 55,0 B 51,0 C 53,9
		SONSTIGE SACHINVESTITIONEN	53,0	43,0	A B 34,3
		GESAMTAUSGABEN	1.598,0	1.620,0	A 1.572,6 B 1.729,3 C 1.516,9
		ZUSCHUSS	1.555,5	1.577,5	A 1.530,1 B 1.675,4 C 1.461,7

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 56/813 99

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
Veranschlagt sind:		
1. Standardsoftware	7,0	3,0
2. Bibliothekssoftware	6,0	5,0
Zusammen	13,0	8,0

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
EINNAHMEN					
VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.					
111 01-8	238	GEBÜHREN, BEITRÄGE, TARIFLICHE UND GEBÜHRENARTIGE ENTGELTE VGL. VERMERK ZU 536 03 UND 536 04.	---	---	A --- B 128,4 C 166,8
113 01-6	238	ERLÖSE AUS DEM VERKAUF VON GEGENSTÄNDEN	---	---	A ---
119 01-0	238	EINNAHMEN AUS VERÖFFENTLICHUNGEN VGL. VERMERK ZU 531 11.	---	---	A --- B 6,6
119 49-4	238	VERMISCHTE EINNAHMEN	---	---	A --- C 1,1
GESAMTEINNAHMEN			-	-	A --- B 135,0 C 167,9
AUSGABEN					
PERSONALAUSGABEN					
412 01-4	238	VERGÜTUNGEN FÜR DIE MITGLIEDER DES LANDESJUGENDHILFE- AUSSCHUSSES	14,0	14,0	A 14,0 B 12,5 C 5,0
422 01-2	238	BEZÜGE DER PLANMÄSSIGEN BEAMTEN	1.098,7	1.129,0	A 1.132,0 B 1.063,3 C 1.094,6
422 11-0	238	BEZÜGE DER BEAMTEN ZUR ANSTELLUNG UND DER RICHTER AUF PROBE	26,0	26,8	A 160,0 B 25,2 C 37,0
422 31-6	238	BEZÜGE DER ABGEORDNETEN BEAMTEN (RICHTER)	---	---	A ---
425 01-9	238	VERGÜTUNGEN DER ANGESTELLTEN	1.630,8	1.688,5	A 1.328,0 B 1.557,5 C 1.446,4
425 15-3	238	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE (STELLENBESETZUNG GEMÄSS NR. 3.1 DBESTHG)	---	---	A ---
425 17-1	238	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE ZUR ÜBERBRÜCKUNG VON ERZIEHUNGSURLAUB GEMÄSS ART. 6 ABS. 4 HG	---	---	A ---
427 01-7	238	BESCHÄFTIGUNGSENTGELTE, AUFWENDUNGEN FÜR NEBENAMTLICH UND NEBENBERUFLICH TÄTIGE	---	---	A --- B 2,4 C 1,9
427 41-9	238	PRAKTIKANTENVERGÜTUNGEN	---	---	A ---
451 01-6	238	ZUSCHÜSSE ZUR GEMEINSCHAFTSVERPFLEGE	7,0	7,0	A 6,0 B 6,0 C 6,1
453 01-4	238	TRENNUNGSGELD UND UMZUGSKOSTENVERGÜTUNGEN	5,0	5,0	A 5,0

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 60

Das Bayerische Landesjugendamt ist eine dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit unmittelbar nachgeordnete zentrale Staatsbehörde (Art. 13 Abs. 1 des Bayerischen Kinder- und Jugendhilfegesetzes (BayKJHG) vom 18. Juni 1993 (GVBl S. 392). Die Aufgaben ergeben sich aus § 85 Abs. 2 des Achten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB VIII) und Art. 13 Abs. 2 BayKJHG.

Im Zuge einer Verbesserung der Jugendhilfe in Bayern sollen insbesondere folgende Bereiche intensiviert werden: rechtliche und fachliche Beratung der Jugendämter, Fortbildung der Fachkräfte der Jugendhilfe, präventive Jugendhilfe und präventiver Jugendschutz und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Jugendämtern und den anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe, insbesondere bei der Planung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten Angebots an Hilfen zur Erziehung und der Jugendhilfeplanung.

Daneben werden die Aufgaben der Zentralen Adoptionsstelle nach den §§ 10 bis 12 des Adoptionsvermittlungsgesetzes vom 2. Juli 1976 (BGBl I S. 1749) des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften i.d.F. der Bekanntmachung vom 12. Juli 1985 (BGBl I S. 1502) und des Gesetzes zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit vom 25. Februar 1985 (BGBl I S. 425) wahrgenommen.

Zu 10 60/111 01

Beiträge aus Fortbildungsmaßnahmen und Tagungen für Fachkräfte in der Jugendhilfe.

Zu 10 60/412 01

Aufwandsentschädigungen einschl. Fahrtkosten für die Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses (Art. 14 BayKJHG).

Zu 10 60/422 01

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 60/422 11

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 60/425 01

Vergütung einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 60/453 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Trennungsgeld für 2/2 Bedienstete	2,0	2,0
2. Umzugskostenvergütung für den Umzug von 1/1 Bediensteten	3,0	3,0
Zusammen	5,0	5,0

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		SÄCHLICHE VERWALTUNGSAusGABEN			
511 01-4	238	GESCHÄFTSBEDARF	27,0	27,5	A 33,0 B 22,4 C 22,4
512 01-3	238	BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN	14,0	14,0	A 14,0 B 10,8 C 12,5
513 01-2	238	LEISTUNGSENTGELTE FÜR POST- UND FERNMELEDIENST- LEISTUNGEN	40,0	40,0	A 36,0 B 35,3 C 34,2
515 01-0	238	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE FÜR VERWALTUNGSZWECKE, WARTUNG	25,0	25,5	A 27,0 B 21,9 C 21,9
515 21-6	238	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE FÜR FACHAUFGABEN, WARTUNG	2,0	2,0	A 2,0 B 1,6 C 1,1
518 11-5	238	MIETEN UND PACHTEN FÜR MASCHINEN, GERÄTE UND FAHRZEUGE	0,5	0,5	A 0,5 B 0,1
522 01-1	238	VERBRAUCHSMITTEL	0,5	0,5	A 0,5
527 01-6	238	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR INLANDSDIENSTREISEN	29,0	29,0	A 29,0 B 24,8 C 21,1
527 11-4 -----	238	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR AUSLANDSDIENSTREISEN	---	---	A
531 01-0	238	HERAUSGABE AMTLICHER BLÄTTER	18,0	18,5	A 19,0 B 14,1 C 12,4
531 11-8	238	FACHVERÖFFENTLICHUNGEN DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT SICH UM DIE EINNahmen BEI 119 01.	18,5	18,5	A 18,5 B 24,3 C 17,9
532 11-7	238	UMZUGS- UND VERLEGUNGSKOSTEN VON DIENSTSTELLEN	---	---	A ---
536 01-5	238	KOSTEN DES LANDESJUGENHILFEAUSSCHUSSES UND SEINER ARBEITSAUSSCHÜSSE	2,5	2,5	A 2,5 B 2,1 C 2,6
536 02-4	238	ARBEITSTAGUNGEN FÜR DAS PERSONAL DER JUGENDÄMTER	***	***	A 11,0 B 8,8 C 7,0
536 03-3	238	KOSTEN VON FORTBILDUNGSMASSNAHMEN FÜR FACHKRÄFTE IN DER JUGENDHILFE DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT SICH UM DIE EINNahmen BEI 111 01, SOWEIT SIE NICHT BEI 536 04 IN ANSPRUCH GENOMMEN WERDEN.	380,0	380,0	A 455,0 B 463,9 C 537,5
536 04-2	238	KOSTEN FÜR FACHTAGUNGEN UND SONSTIGE ARBEITSTAGUNGEN DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT SICH UM DIE EINNahmen BEI 111 01, SOWEIT SIE NICHT BEI 536 03 IN ANSPRUCH GENOMMEN WERDEN.	110,0	110,0	A 120,0 B 82,6 C 64,7
546 49-7	238	VERMISCHTE VERWALTUNGSAusGABEN	6,0	6,0	A 6,0 B 0,4 C 0,4

Erläuterungen

Zu 10 60/513 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Postgebühren	40,0	40,0
2. Laufende Fernmeldekosten	-	-
3. Miete, Wartung und Sonstiges	-	-
Zusammen	40,0	40,0

Die Kosten zu 2. und 3. sowie die Hausbewirtschaftungskosten (517 01, 517 05, 519 01) trägt das SG München.

Zu 10 60/515 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	9,0	9,0
2. Wartung und Reparaturen	16,0	16,5
Zusammen	25,0	25,5

Zu 10 60/515 21

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	1,5	1,5
2. Wartung und Reparaturen	0,5	0,5
Zusammen	2,0	2,0

Zu 10 60/536 01

Die Aufgaben des Landesjugendhilfeausschusses richten sich nach den Bestimmungen des SGB VIII, des BayKJHG und der Satzung für das Bayerische Landesjugendamt. Für die gesetzlichen und sonstigen sich aus der Praxis ergebenden Aufgaben wurden Unterausschüsse gebildet. Die veranschlagten Mittel sind zur Bestreitung der Aufwendungen für Sachverständige, Raummiete, Arbeitsunterlagen, Honorare usw. bestimmt.

Zu 10 60/536 02

1997 gegenüber 1996:
11,0 Tsd DM weniger infolge Umsetzung zu 536 04.

Zu 10 60/536 03

1997 gegenüber 1996:
75,0 Tsd DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 60/536 04

1997 gegenüber 1996:
11,0 Tsd DM mehr infolge Umsetzung von 536 02
21,0 Tsd DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf

10,0 Tsd DM weniger

Zu 10 60/546 49

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte	-	-
2. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	4,5	4,5
3. Verlustentschädigungen	-	-
4. Auslagen für Vorstellungsreisen	1,0	1,0
5. Sonstige vermischte Ausgaben	0,5	0,5
Zusammen	6,0	6,0

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN			
684 01-5	238	ZUSCHÜSSE ZU ERHOLUNGSMASSNAHMEN FÜR KINDER UND JUGENDLICHE	1.500,0	1.500,0	A 1.500,0 B 1.319,2 C 1.199,6
685 05-0	238	BEITRÄGE AN DEUTSCHE VEREINE UND GESELLSCHAFTEN SOWIE AN INTERNATIONALE ORGANISATIONEN	3,0	3,0	A 3,0 B 2,3 C 1,6
		SONSTIGE AUSGABEN FÜR INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN			
812 01-0	238	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN FÜR VERWALTUNGSZWECKE	8,0	8,0	A 8,0 B 6,9 C 6,6
812 02-9	238	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN FÜR FACHAUFGABEN	---	---	A ---
		GESAMTAUSGABEN	4.965,5	5.055,8	A 4.930,0 B 4.708,4 C 4.554,5
		ABSCHLUSS			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.	-	-	A B 135,0 C 167,9
		GESAMTEINNAHMEN	-	-	A B 135,0 C 167,9
		PERSONALAUSGABEN	2.781,5	2.870,3	A 2.645,0 B 2.666,9 C 2.591,0
		SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	673,0	674,5	A 774,0 B 713,1 C 755,7
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	1.503,0	1.503,0	A 1.503,0 B 1.321,5 C 1.201,2
		SONSTIGE SACHINVESTITIONEN	8,0	8,0	A 8,0 B 6,9 C 6,6
		GESAMTAUSGABEN	4.965,5	5.055,8	A 4.930,0 B 4.708,4 C 4.554,5
		ZUSCHUSS	4.965,5	5.055,8	A 4.930,0 B 4.573,4 C 4.386,6

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 60/684 01

Zuwendungen an die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege sowie an Institutionen der Behindertenarbeit als Maßnahmeträger der Kinder- und Jugendberufshilfe. Sie ist bestimmt für Kinder aus einkommensschwachen Familien und für behinderte Kinder.

Zu 10 60/812 01

1997/1998:

Ersatzbeschaffung von Ausstattungsgegenständen.

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
EINNAHMEN					
VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.					
111 01-7	299	GEBÜHREN, BEITRÄGE, TARIFLICHE UND GEBÜHRENARTIGE ENTGELTE	---	---	A 35,0 B 11,7 C 19,1
119 01-9	299	EINNAHMEN AUS VERÖFFENTLICHUNGEN	3,5	3,5	A 3,0 B 3,4
119 49-3	299	VERMISCHTE EINNAHMEN	---	---	A ---
ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN					
251 01-7	299	ZUWEISUNGEN VOM BUND FÜR BESONDERE ZWECKE VGL. VERMERK ZU TG 54.	---	---	A --- B 121,7
282 01-0	299	SONSTIGE ZUSCHÜSSE UND KOSTENBETEILIGUNGEN VGL. VERMERK ZU TG 51.	---	---	A --- B 82,0
282 02-9	299	SONSTIGE ZUSCHÜSSE UND KOSTENBETEILIGUNGEN VGL. VERMERK ZU TG 52.	---	---	A ---
GESAMTEINNAHMEN			3,5	3,5	A 38,0 B 218,8 C 19,1
AUSGABEN					
PERSONALAUSGABEN					
422 01-1	299	BEZÜGE DER PLANMÄSSIGEN BEAMTEN	686,7	705,7	A 999,3 B 664,5
422 11-9	299	BEZÜGE DER BEAMTEN ZUR ANSTELLUNG UND DER RICHTER AUF PROBE	---	---	A ---
422 31-5	299	BEZÜGE DER ABGEORDNETEN BEAMTEN (RICHTER)	---	---	A ---
425 01-8	299	VERGÜTUNGEN DER ANGESTELLTEN	3.738,4	3.850,9	A 2.819,5 B 3.570,3 C 926,3
425 11-6	299	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE	12,0	12,0	A 14,0 B 3,2
425 15-2	299	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE (STELLENBESETZUNG GEMÄSS NR. 3 ABS. 1 DBESTHG)	---	---	A ---
427 01-6	299	BESCHÄFTIGUNGSENTGELTE, AUFWENDUNGEN FÜR NEBENAMTLICH UND NEBENBERUFLICH TÄTIGE	20,0	20,0	A 20,0 B 18,0 C 10,5

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 65

Das Staatsinstitut für Frühpädagogik in München ist ein wissenschaftliches Institut des Freistaates Bayern. Seine Aufgabe ist die ständige Weiterentwicklung der Frühpädagogik, insbesondere:

1. Grundlagenforschung und angewandte Forschung auf den Gebieten der Anthropologie, der Entwicklungspsychologie und der Pädagogik der frühen Kindheit unter besonderer Berücksichtigung der Einrichtungen des Elementarbereichs,
2. Entwicklung, Überprüfung und Übertragung von Hilfen und Anregungen zur pädagogischen Praxis für Kinder im Elementarbereich und für Kinder mit besonderen Bedürfnissen,
3. Entwicklung von Maßnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen Kindergarten, Familie, Schule und anderen Einrichtungen,
4. Entwicklung und Überprüfung von Hilfen der Förderung der Aus- und Fortbildung sozialpädagogischer Fachkräfte insbesondere für den Elementarbereich.

Das Staatsinstitut für Familienforschung in Bamberg wurde als wissenschaftliches Institut des Freistaates Bayern mit fachlicher Anbindung an die Otto-Friedrich-Universität Bamberg errichtet. Es unterhält eine Außenstelle in München.

Seine Aufgaben sind insbesondere:

1. Grundlagenforschung und angewandte Forschung über die sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und rechtlichen Lebensbedingungen und -bedürfnisse der Familie und deren Dokumentierung,
2. Erforschung von familialen Entwicklungsverläufen, des Zusammenlebens der Generationen, der Veränderung der Familienstrukturen, des Erziehungsverhaltens und der Auswirkungen von Arbeitswelt und Medien auf die Familie,
3. wissenschaftliche Begleitung von familienbezogenen Modellmaßnahmen sowie Beratung, insbesondere Politikberatung.

Zu 10 65/422 01

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 65/425 01

Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 65/427 01

Veranschlagt ist die Vergütung für die nebenamtliche Leitung des Staatsinstituts für Familienforschung.

10 65 STAATSinSTITUTE FÜR FRÜHPÄDAGOGIK UND FAMILIENFORSCHUNG

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
427 11-4	299	HONORARE FÜR FORSCHUNGSARBEITEN UND VORTRÄGE	22,0	22,0	A 22,0 B 13,9 C 7,1
451 01-5	299	ZUSCHÜSSE ZUR GEMEINSCHAFTSVERPFLEGUNG	8,2	8,2	A 10,0 B 5,1
453 01-3	299	TRENNUNGSGELD UND UMZUGSKOSTENVERGÜTUNGEN	---	---	A 16,0 B 4,9 C 32,4
SÄCHLICHE VERWALTUNGSAusGABEN					
511 01-3	299	GESCHÄFTSBEDARF	37,0	37,5	A 31,5 B 32,5 C 12,2
512 01-2	299	BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN	7,0	7,0	A 7,0 B 5,1 C 5,1
513 01-1	299	LEISTUNGSENTGELTE FÜR POST- UND FERNMELEDIENST- LEISTUNGEN	43,0	43,0	A 50,0 B 18,6 C 7,6
515 01-9	299	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE FÜR VERWALTUNGSZWECKE, WARTUNG	22,5	23,0	A 22,0 B 20,0 C 8,5
517 01-7	299	BEWIRTSCHAFTUNG DER GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME	20,8	21,1	A 18,0 B 17,6 C 13,5
517 05-3	299	BEWIRTSCHAFTUNG DURCH HEIZUNG, BELEUCHTUNG UND ELEKTRISCHE KRAFT	7,0	7,0	A 9,0 B 2,9 C 1,9
518 01-6	299	MIETEN UND PACHTEN FÜR GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME	43,0	43,0	A 43,0 B 36,2 C 19,1
518 11-4	299	MIETEN UND PACHTEN FÜR MASCHINEN, GERÄTE UND FAHRZEUGE	28,5	28,5	A 30,0 B 28,4
519 01-5	299	UNTERHALTUNG DER GRUNDSTÜCKE UND BAULICHEN ANLAGEN	---	---	A --- B 31,8 C 90,8
523 01-9	299	BIBLIOTHEK	32,5	33,0	A 32,0 B 31,8 C 18,3
526 01-6	299	VERGABE VON FORSCHUNGSaufTRÄGEN, GASTVORTRÄGE	20,0	20,0	A 20,0 C 9,5
527 01-5	299	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR INLANDSDIENSTREISEN VGL. VERMERK ZU 527 11.	24,5	24,5	A 24,5 B 15,6 C 7,4
527 11-3	299	REISKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR AUSLANDSDIENSTREISEN DECKUNGSFÄHIG ZU LASTEN 527 01 BIS ZU WEITEREN 2.500 DM.	3,0	3,0	A 3,0 B 1,2
531 11-7	299	FACHVERÖFFENTLICHUNGEN DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.	24,5	25,0	A 24,0 B 14,9 C 9,5

Erläuterungen

Zu 10 65/453 01

1997 gegenüber 1996:

16,0 Tsd DM weniger wegen Umsetzung nach 10 02/453 01.

Zu 10 65/513 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Postgebühren	10,0	10,0
2. Laufende Fernmeldekosten	30,0	30,0
3. Miete, Wartung und Sonstiges	3,0	3,0
Zusammen	43,0	43,0

Zu 10 65/515 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	7,0	7,0
2. Wartung und Reparaturen	15,5	16,0
Zusammen	22,5	23,0

Zu 10 65/517 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	9,8	10,1
2. Steuern und Abgaben	3,0	3,0
3. Geräte	-	-
4. Sonstige Hausbewirtschaftungskosten	8,0	8,0
Zusammen	20,8	21,1

Zu 10 65/517 05

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Heizung	-	-
2. Beleuchtung und elektrische Kraft, Heizung durch Gas und Elektrizität	7,0	7,0
Zusammen	7,0	7,0

Die Haus- und Energiebewirtschaftungskosten für das Staatsinstitut für Frühpädagogik in München werden aus Kap. 05 30 bestritten.

Zu 10 65/518 01

Veranschlagt ist der Mietzins für die Diensträume des Staatsinstituts für Familienforschung in Bamberg. Die Außenstelle München ist in Räumen des Amtes für Versorgung und Familienförderung München II (Kap. 10 20) untergebracht.

Zu 10 65/518 11

Veranschlagt ist der Mietzins für ein Kopiergerät beim Staatsinstitut für Frühpädagogik.

10 65 STAATSWINSTITUTE FÜR FRÜHPÄDAGOGIK UND FAMILIENFORSCHUNG

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
532 11-6	299	UMZUGS- UND VERLEGUNGSKOSTEN VON DIENSTSTELLEN	***	***	A --- C 5,5
546 49-6	299	VERMISCHTE VERWALTUNGS-AUSGABEN	2.5	2.5	A 2.5 B 1.5 C 3,6
		SONSTIGE AUSGABEN FÜR INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN			
812 01-9	299	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN	45.0	45.0	A 49.0 B 71.6 C 55,8
		TITELGRUPPEN			
		51 FORSCHUNGSPROJEKTE DRITTER (FAMILIENFORSCHUNG) TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE AUSGABEBEFUGNIS BEIMST SICH NACH DER IST- EINNAHME BEI 282 01. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.			
428 51-4	299	VERGÜTUNGEN UND LÖHNE	---	---	A --- B 32,3
547 51-0	299	SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	---	---	A --- B 4,4
		SUMME DER TITELGRUPPE	-	-	A --- B 36,7
		52 FORSCHUNGSPROJEKTE DRITTER (FRÜHPÄDAGOGIK) TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE AUSGABEBEFUGNIS BEIMST SICH NACH DER ISTEIN- NAHME BEI 282 02. DIE MITTEL SIND ÜBETRAGBAR.			
428 52-3	299	VERGÜTUNGEN UND LÖHNE	---	---	A ---
547 52-9	299	SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	---	---	A ---
		SUMME DER TITELGRUPPE	-	-	A ---
		53 FORSCHUNGSPROJEKTE DER FRÜHPÄDAGOGIK TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.			
428 53-2	178	VERGÜTUNGEN, LÖHNE UND HONORARE	38.0	38.0	A 30.0 B 10.6 C 6.0
511 53-0	178	GESCHÄFTS-BEDARF, MATERIALIEN	16.5	16.5	A 12.5
513 53-8	178	POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN	20.0	22.0	A 15.5
525 53-4	178	FORTBILDUNG, FACHTAGUNGEN	54.5	54.5	A 40.0
527 53-2	178	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR INLANDS- UND AUSLANDS- DIENSTREISEN	18.5	19.5	A 12.0
531 53-6	178	DRUCKKOSTEN FÜR DIE VERÖFFENTLICHUNG VON FORSCHUNGS- BERICHTEN	57.5	56.0	A 25.0

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 65/546 49

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
2. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	2,0	2,0
5. Sonstige vermischte Ausgaben	0,5	0,5
Zusammen	2,5	2,5

Zu 10 65/812 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Staatsinstitut für Frühpädagogik		
Geschäftszimmerausstattungen (Ersatz)	21,0	-
Erwerb von 6 PCs (Ersatz)	-	14,0
2. Staatsinstitut für Familienforschung		
Geschäftszimmerausstattungen (Ergänzung)	9,0	10,0
DV-Ausstattung (Ergänzung)	15,0	21,0
Zusammen	45,0	45,0

Zu 10 65/525 53

1997 gegenüber 1996:
14,5 Tsd DM mehr wegen zusätzlicher Fachtagungen.

Zu 10 65/531 53

1997 gegenüber 1996:
32,5 Tsd DM mehr zur Verbreitung der Arbeitsergebnisse in Fachpublikationen.

10 65 STAATSinSTITUTE FÜR FRÜHPÄDAGOGIK UND FAMILIENFORSCHUNG

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
547 53-8	178	SONSTIGE SÄCHLICHE VERWALTUNGSAusGABEN	15,0	13,5	A 10,0 B 63,3 C 25,9
		SUMME DER TITELGRUPPE	220,0	220,0	A 145,0 B 73,9 C 31,9
		54 AUSGABEN FÜR BESONDERE ZWECKE TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH DER ISTEIN- NAHME BEI 251 01. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.			
428 54-1	299	VERGÜTUNGEN UND LÖHNE	---	---	A --- B 83,1
547 54-7	299	SÄCHLICHE VERWALTUNGSAusGABEN	---	---	A --- B 54,4
812 54-5	299	ERWERB VON GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN	---	---	A ---
		SUMME DER TITELGRUPPE	-	-	A --- B 137,5
		81 AUSGABEN ZUR DURCHFÜHRUNG VON FORSCHUNGS- UND ENTWICKLUNGSAufTRÄGEN STAATLICHER DIENSTSTELLEN DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH DEN AUS ANDEREN KAPITELN BEREITGESTELLTEN MITTELN. VERSTÄRKUNGSFÄHIG BIS ZU 150 TSD. DM ZU LASTEN DER BEI KAP. 10 05 TG 78 UND KAP. 10 07 TG 73 UND 74 VERANSCHLAGTEN FORSCHUNGSMITTEL.			
428 81-8	299	VERGÜTUNGEN UND LÖHNE	---	---	A ---
547 81-4	299	SÄCHLICHE VERWALTUNGSAusGABEN	---	---	A ---
		SUMME DER TITELGRUPPE	-	-	A ---
		GESAMTAUSGABEN	5.068,1	5.201,9	A 4.411,3 B 4.857,7 C 1.276,5

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		ABSCHLUSS			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.	3,5	3,5	A 38,0 B 15,1 C 19,1
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	-	-	A B 203,7
		GESAMTEINNAHMEN	3,5	3,5	A 38,0 B 218,8 C 19,1
		PERSONAL AUSGABEN	4.525,3	4.656,8	A 3.930,8 B 4.405,9 C 982,3
		SÄCHLICHE VERWALTUNGSAUSGABEN	497,8	500,1	A 431,5 B 380,2 C 238,4
		SONSTIGE SACHINVESTITIONEN	45,0	45,0	A 49,0 B 71,6 C 55,8
		GESAMTAUSGABEN	5.068,1	5.201,9	A 4.411,3 B 4.857,7 C 1.276,5
		ZUSCHUSS	5.064,6	5.198,4	A 4.373,3 B 4.638,9 C 1.257,4

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		EINNAHMEN			
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN, BESONDERE FINANZIERUNGSEINNAHMEN			
380 01-9	312	ERSTATTUNGEN FÜR BAUINVESTITIONEN AUS FÖRDERMITTELN NACH DEM KHG	7.304,0	9.162,0	A 9.127,5 B 2.444,8 C 6.717,2
380 02-8	312	ERSTATTUNGEN FÜR GERÄTEINVESTITIONEN AUS FÖRDERMITTELN NACH DEM KHG	722,8	244,9	A 2.021,8 B 927,8
		GESAMTEINNAHMEN	8.026,8	9.406,9	A 11.149,3 B 3.372,6 C 6.717,2
		AUSGABEN			
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN			
682 01-4	312	ZUSCHUSS ZUM LAUFENDEN BETRIEB DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR. DIE VERBINDLICHKEIT DER ANSÄTZE DES WIRTSCHAFTSPLANS RICHTET SICH NACH DEN ERLÄUTERUNGEN ZUM ERFOLGSPLAN.	350,0	350,0	A 347,2
		SONSTIGE AUSGABEN FÜR INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN			
891 01-1	312	ZUSCHUSS FÜR BAUINVESTITIONEN DIE VERBINDLICHKEIT DER ANSÄTZE DES WIRTSCHAFTSPLANS RICHTET SICH NACH DEN ERLÄUTERUNGEN ZUM FINANZPLAN. VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 16.000,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 17.000,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	13.560,5	14.285,0	A 15.000,0 B 11.763,4 C 5.560,0
891 02-0	312	ZUSCHUSS FÜR GERÄTEINVESTITIONEN DIE VERBINDLICHKEIT DER ANSÄTZE DES WIRTSCHAFTSPLANS RICHTET SICH NACH DEN ERLÄUTERUNGEN ZUM FINANZPLAN.	1.192,3	602,3	A 3.154,2 B 3.484,4
		GESAMTAUSGABEN	15.102,8	15.237,3	A 18.501,4 B 15.247,8 C 5.560,0

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 71

1. Das Krankenhaus Hohe Warte, Bayreuth, ist eine gemeinnützige nichtrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit (Organisationsstatut vom 12. August 1993 - AllMBI S. 1064 -).
2. Medizinischer Schwerpunkt ist die stationäre Versorgung und Rehabilitation von Rückenmark- und Schädel-Hirn-Verletzten. Außerdem bestehen die Fachrichtungen Chirurgie (mit Schwerpunkt Gefäßchirurgie), Innere Medizin (mit Schwerpunkt Nephrologie und Hämodialyse), Urologie, Neurologie, Neurochirurgie, Intensivmedizin und Anästhesiologie, Radiologie sowie ein Zentrum zur Behandlung und Frührehabilitation Schädel-Hirn-Verletzter. Das Krankenhaus hat derzeit 326 Planbetten, 8 Behandlungsplätze für Hämodialyse und 10 Behandlungsplätze für die tagesklinische Betreuung Schädel-Hirn-Verletzter.
3. Aufwendungen und Erträge sind veranschlagt nach den Grundsätzen des Krankenhausfinanzierungsgesetzes vom 10.04.1991 - KHG -, BGBI I S. 886, des Bayerischen Krankenhausgesetzes vom 11.09.1990 - BayKrG -, GVB1 S. 386 und der Bundespflegesatzverordnung vom 26.09.1994 - BPflV -, BGBI I S. 2750. Die Selbstkosten des Krankenhauses werden grundsätzlich durch Fallpauschalen und Sonderentgelte sowie im Rahmen eines Restbudgets (Abteilungs-, Basis- und teilstationäre Pflegesätze) zusammen mit den Förderleistungen abgedeckt. Die nicht pflegesatzfähigen Kosten und die Eigenleistungen für Investitionsausgaben werden vom Träger als Zuschuß aufgebracht.
4. Die Wirtschaftsführung des Krankenhauses erfolgt nach den Prinzipien der kaufmännischen Buchführung. Die Aufwendungen und Erlöse ergeben sich aus dem Wirtschaftsplan (vgl. Anlage zu Kapitel 10 71).
5. Das Krankenhaus erfüllt in Kooperation mit dem Klinikum Bayreuth Aufgaben der IV. Versorgungsstufe nach dem Krankenhausplan des Freistaates Bayern.

Zu 10 71/380 01 und 380 02

Veranschlagt sind die jeweils zu erwartenden Fördermittel für Investitionen nach dem KHG in Verbindung mit dem BayKrG aus dem Einzelplan 13 (13 10/TG 71 und 72) mit Ausnahme der Pauschale für die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter.

Zu 10 71/891 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Zuschuß des Trägers für Bauinvestitionen	2 860,0	3 485,0
2. Finanzierungsmittel nach dem KHG für Baumaßnahmen nach dem Krankenhausbauprogramm	7 304,0	9 162,0
3. Vorfinanzierung des Trägers	3 396,5	1 638,0
Zusammen	13 560,5	14 285,0

Verpflichtungsermächtigungen 1997 und 1998:

Für die rechtzeitige Auftragsvergabe bei den laufenden Hochbaumaßnahmen.

Zu 10 71/891 02

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Zuschuß des Trägers für Geräteinvestitionen	291,3	179,2
2. Finanzierungsmittel nach dem KHG für Gerätebeschaffungen	722,8	244,9
3. Ausgaben für pflegesatzfähige Investitionen	178,2	178,2
Zusammen	1 192,3	602,3

10 71 KRANKENHAUS HOHE WARTE, BAYREUTH

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		ABSCHLUSS			
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN, BESONDERE FINANZIERUNGSEINNAHMEN	8.026,8	9.406,9	A 11.149,3 B 3.372,6 C 6.717,2
		GESAMTEINNAHMEN	8.026,8	9.406,9	A 11.149,3 B 3.372,6 C 6.717,2
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	350,0	350,0	A 347,2
		INVESTITIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN	14.752,8	14.887,3	A 18.154,2 B 15.247,8 C 5.560,0
		GESAMTAUSGABEN	15.102,8	15.237,3	A 18.501,4 B 15.247,8 C 5.560,0
		ZUSCHUSS	7.076,0	5.830,4	A 7.352,1 B 11.875,2 C 1.157,2
		ÜBERSCHUSS			

10 72 UNTERBRINGUNG PSYCHISCH KRANKER STRAFTÄTER - FORENSISCHE PSYCHIATRIE

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		EINNAHMEN			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.			
141 01-7	312	EINNAHMEN AUS DER INANSPRUCHNAHME VON GEWÄHRLEISTUNGEN	---	---	A ---
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN, BESONDERE FINANZIERUNGSEINNAHMEN			
341 01-5	312	KANALHERSTELLUNGSBEITRÄGE	---	---	A ---
		GESAMTEINNAHMEN	-	-	A
		AUSGABEN			
		SÄCHLICHE VERWALTUNGSAusGABEN			
519 01-1	312	UNTERHALTUNG DER GRUNDSTÜCKE UND BAULICHEN ANLAGEN	170,0	170,0	A 170,0 B 155,6 C 186,9
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AusNAHME FÜR INVESTITIONEN			
643 01-0	314	KOSTEN DER EINSTWEILIGEN UNTERBRINGUNG UND DES VOLLZUGS VON MASSREGELN DER BESSERUNG UND SICHERUNG AN PSYCHISCH-, DROGEN- UND ALKOHOLKRANKEN STRAFTÄTERN DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.	118.000,0	120.000,0	A 116.000,0 B 115.843,2 C 12.336,6
		BAUMASSNAHMEN			
701 01-9	312	KLEINE NEU-, UM- UND ERWEITERUNGSBAUTEN	---	---	A 320,0 B 245,0 C 126,3
710 00-9 -----	312	STAATLICHE HOCHBAUMASSNAHMEN (SIEHE ANLAGE S)	---	---	A 15,4 B 0,3- C
		SONSTIGE AUSGABEN FÜR INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN			
883 01-9	312	ZUWEISUNGEN FÜR INVESTITIONEN AN BEZIRKE VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 10.000,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 10.000,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	12.500,0	12.500,0	A 13.000,0 B 11.050,0 C 12.750,0
		GESAMTAUSGABEN	130.670,0	132.670,0	A 129.490,0 B 127.309,2 C 123.713,1

Vorbemerkung zu Kapitel 10 72

Nach Art. 24 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes (AGBSHG) haben die Bezirke auf Ersuchen der Vollstreckungsbehörden die Unterbringung von Personen in einem psychiatrischen Krankenhaus oder in einer Entziehungsanstalt aufgrund strafgerichtlicher Entscheidungen zu vollziehen. Es handelt sich insoweit um eine den Bezirken nach Art. 4 Abs. 1 und 2 in Verbindung mit Art. 6 Abs. 1 und 2 Bezirksordnung (BezO) übertragene Aufgabe.

Zu 10 72/341 01

Leertitel für die Vereinnahmung von Beiträgen der Anschlußpflichtigen für den vom Freistaat Bayern im Zusammenhang mit dem Bau der forensisch-psychiatrischen Klinik Straubing finanzierten Abwasserkanal.

Zu 10 72/519 01

Veranschlagt ist der Bedarf für die Unterhaltung der Anlagen des Bezirkskrankenhauses Straubing.

Zu 10 72/643 01

Nach § 126a Strafprozeßordnung kann das Gericht durch Unterbringungsbefehl die einstweilige Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus oder in einer Entziehungsanstalt unter bestimmten Voraussetzungen anordnen. Die Kosten hierfür trägt nach dem AGBSHG der Staat.

Des weiteren veranschlagt sind die Kosten der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus bzw. in einer Entziehungsanstalt (§§ 63, 64 Strafgesetzbuch). Die Kosten hierfür trägt nach dem AGBSHG der Staat. Außerdem sind hier die für die Unterbringung Drogenkranker sowie für die Unterbringung in der forensisch-psychiatrischen Klinik Straubing entstehenden Kosten ausgebracht.

1997 gegenüber 1996:

2 000,0 Tsd DM mehr und

1998 gegenüber 1997:

2 000,0 Tsd DM mehr im Rahmen der Kostenentwicklung.

Zu 10 72/883 01

Auf der Grundlage des AGBSHG hat der Staat den Bezirken auch die Kosten für notwendige Baumaßnahmen in den Bezirkskrankenhäusern zu ersetzen, um die Einrichtungen des Maßregelvollzugs an zeitgemäße therapeutische Konzeptionen anpassen zu können.

1997 gegenüber 1996:

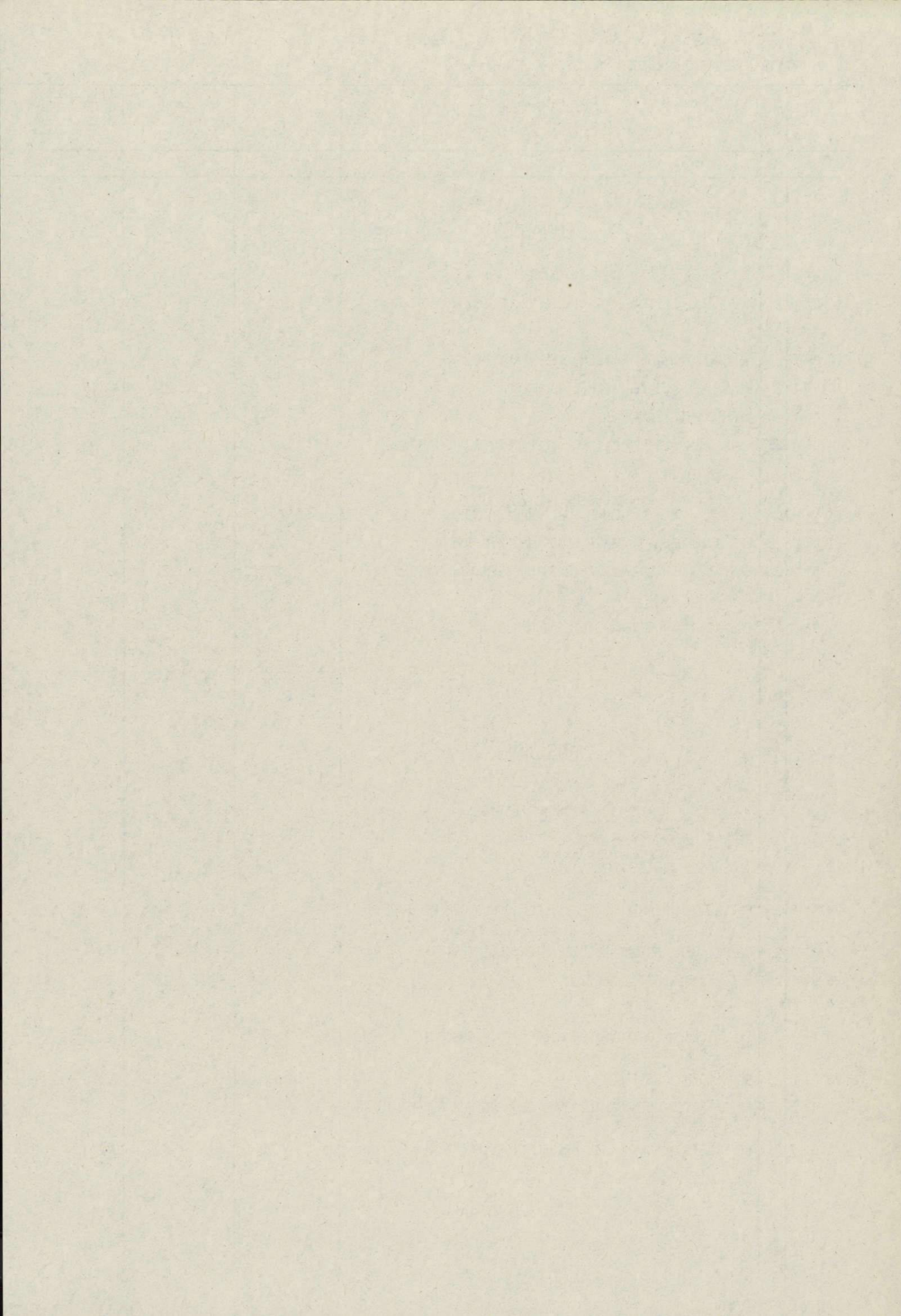
500,0 Tsd DM weniger aufgrund der finanzwirtschaftlichen Erfordernisse.

Verpflichtungsermächtigung 1997 und 1998:

Für die rechtzeitige Zusage der Kostentragung gegenüber den Bezirken.

10 72 UNTERBRINGUNG PSYCHISCH KRANKER STRAFTÄTER - FORENSISCHE PSYCHIATRIE

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		ABSCHLUSS			
		SÄCHLICHE VERWALTUNGSAusGABEN	170.0	170.0	A 170.0 B 155.6 C 186.9
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	118.000.0	120.000.0	A 116.000.0 B 115.843.2 C 110.650.2
		BAUMASSNAHMEN	-	-	A 320.0 B 260.4 C 126.0
		INVESTITIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN	12.500.0	12.500.0	A 13.000.0 B 11.050.0 C 12.750.0
		GESAMTAUSGABEN	130.670.0	132.670.0	A 129.490.0 B 127.309.2 C 123.713.1
		ZUSCHUSS	130.670.0	132.670.0	A 129.490.0 B 127.309.2 C 123.713.1



10 80 ZENTRALSTELLE DER LÄNDER FÜR SICHERHEITSTECHNIK

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
EINNAHMEN					
VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.					
111 01-6	254	GEBÜHREN, BEITRÄGE, TARIFLICHE UND GEBÜHRENARTIGE ENTGELTE	1.140,2	1.166,7	A 1.144,6 B 467,1 C 707,0
112 01-5	254	GELDSTRAFEN, GELDBUSSEN, VERWARNUNGSGELDER	---	---	A ---
119 01-8	254	EINNAHMEN AUS VERÖFFENTLICHUNGEN	---	---	A ---
119 49-2	254	VERMISCHE EINNAHMEN	---	---	A ---
124 01-1	254	EINNAHMEN AUS VERMIETUNG, VERPACHTUNG UND NUTZUNG	---	---	A ---
ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN					
231 01-1	254	ERSTATTUNGEN VON VERWALTUNGSAusGABEN VOM BUND	---	---	A ---
232 01-0	254	ERSTATTUNGEN VON VERWALTUNGSAusGABEN VON LÄNDERN	252,6	211,0	A 209,6 B 191,2 C 317,2
271 01-2	254	ERSTATTUNG VON VERWALTUNGSAusGABEN AUS SONSTIGEN BEREICHEN	---	---	A ---
GESAMTEINNAHMEN			1.392,8	1.377,7	A 1.354,2 B 658,3 C 1.024,2
AUSGABEN					
PERSONALAUSGABEN					
422 01-0	254	BEZÜGE DER PLANMÄSSIGEN BEAMTEN ZU TITEL 422 01 BIS 459 49: GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.	741,7	763,2	A 751,9 B 489,0 C 248,5
422 11-8	254	BEZÜGE DER BEAMTEN ZUR ANSTELLUNG UND DER RICHTER AUF PROBE	---	---	A ---
422 31-4	254	BEZÜGE DER ABGEORDNETEN BEAMTEN (RICHTER)	---	---	A ---
425 01-7	254	VERGÜTUNGEN DER ANGESTELLTEN	133,0	137,3	A 133,0 B 275,8 C 82,5
425 11-5	254	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE	---	---	A ---
426 01-6	254	LÖHNE DER ARBEITER	---	---	A ---
427 01-5	254	BESCHÄFTIGUNGSENTGELTE, AUFWENDUNGEN FÜR NEBENAMTLICH UND NEBENBERUFlich TÄTIGE	---	---	A ---
441 01-7	254	BEIHILFEN AUFGRUND DER BEIHILFEVORSCHRIFTEN	20,0	20,0	A 16,0 B 82,4

E r l ä u t e r u n g e n

Vorbemerkung zu Kapitel 10 80

Im Rahmen der Realisierung des Europäischen Binnenmarktes zum 01.01.1993 haben die Länder eine Zentralstelle für Sicherheitstechnik (ZLS) errichtet. Sie ist eine gemeinsame Einrichtung der Länder; die Kosten werden nach dem "Königsteiner Schlüssel" umgelegt.

Die Zentralstelle ist zuständig für den Aufbau des Akkreditierungssystems im Bereich Sicherheitstechnik einschließlich der europaweiten Abstimmung. Sie berät die Prüfstellen und bearbeitet die Anträge auf Zertifizierung.

Zu 10 80/232 01

Veranschlagt sind die anteiligen Kostenerstattungen durch die Länder.

1997 gegenüber 1996:

43,0 Tsd DM mehr infolge erhöhter Ausgaben, einschließlich Fehlbeträge aus den Vorjahren.

1998 gegenüber 1997:

41,6 Tsd DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 80/422 01

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 80/425 01

Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlagen zur Zusatzversorgung.

10 80 ZENTRALSTELLE DER LÄNDER FÜR SICHERHEITSTECHNIK

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM	
1	2	3	4	5	6	
451 01-4	254	ZUSCHÜSSE ZUR GEMEINSCHAFTSVERPFLEGUNG	1,0	1,0	A B	--- 1,1
453 01-2	254	TRENNUNGSGELD UND UMZUGSKOSTENVERGÜTUNGEN	---	---	A	---
459 49-0	254	VERMISCHTE PERSONALAUSGABEN	---	---	A	---
SÄCHLICHE VERWALTUNGSAusGABEN						
511 01-2	254	GESCHÄFTSBEDARF ZU TITEL 511 01 BIS 546 49: GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG MIT AUSNAHME TITEL 526 11 UND 529 01.	3,5	3,5	A B C	3,5 2,5 2,8
512 01-1	254	BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN	1,0	1,0	A B C	1,0 1,6 2,1
513 01-0	254	LEISTUNGSENTGELTE FÜR POST- UND FERNMELEDIENST- LEISTUNGEN	10,0	10,0	A B C	10,0 7,3 5,4
514 01-9	254	HALTUNG VON DIENSTFAHRZEUGEN	---	---	A	---
515 01-8	254	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDE FÜR VERWALTUNGSZWECKE, WARTUNG	0,5	0,5	A B	0,5 0,1
515 21-4	254	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDE FÜR FACHAUFGABEN, WARTUNG	---	---	A	---
516 01-7	254	DIENST- UND SCHUTZKLEIDUNG	---	---	A	---
517 01-6	254	BEWIRTSCHAFTUNG DER GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME	---	---	A	---
517 05-2	254	BEWIRTSCHAFTUNG DURCH HEIZUNG, BELEUCHTUNG UND ELEKTRISCHE KRAFT	---	---	A	---
518 01-5	254	MIETEN UND PACHTEN FÜR GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME	126,0	126,0	A B C	100,0 104,0 166,5
518 11-3	254	MIETEN UND PACHTEN FÜR MASCHINEN, GERÄTE UND FAHRZEUGE	---	---	A	---
519 01-4	254	UNTERHALTUNG DER GRUNDSTÜCKE UND BAULICHEN ANLAGEN	---	---	A C	--- 2,5
522 01-9	254	VERBRAUCHSMITTEL	---	---	A	---
525 01-6	254	AUS- UND FORTBILDUNG	4,0	4,0	A B C	4,0 0,9 2,2
526 01-5	254	GERICHTS- UND ÄHNLICHE KOSTEN	---	---	A	---
526 11-3	254	KOSTEN FÜR SACHVERSTÄNDIGE UND DER BEWEISERHEBUNG	54,0	54,0	A	80,0
527 01-4	254	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR INLANDSDIENSTREISEN	50,0	50,0	A B C	50,0 26,2 34,1
527 11-2	254	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR AUSLANDSDIENSTREISEN	---	---	A C	--- 1,7
529 01-2	254	ZUR VERFÜGUNG DER ZLS FÜR AUSSERGEWÖHNLICHEN AUFWAND AUS DIENSTLICHER VERANLASSUNG IN BESONDEREN FÄLLEN	0,3	0,3	A B	0,3 0,3
531 11-6	254	FACHVERÖFFENTLICHUNGEN, DOKUMENTATION	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 10 80/513 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Postgebühren	5,0	5,0
2. Laufende Fernmeldekosten	5,0	5,0
3. Miete, Wartung und Sonstiges	-	-
Zusammen	10,0	10,0

Zu 10 80/515 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	-	-
2. Wartung und Reparaturen	0,5	0,5
Zusammen	0,5	0,5

Zu 10 80/518 01

1997 gegenüber 1996:
26,0 Tsd DM mehr infolge Mieterhöhung.

Zu 10 80/526 11

1997 gegenüber 1996:
26,0 Tsd DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 80/527 01

Bestand an anerkannten Personenkraftwagen: - (-).

10 80 ZENTRALSTELLE DER LÄNDER FÜR SICHERHEITSTECHNIK

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
532 11-5	254	UMZUGS- UND VERLEGUNGSKOSTEN VON DIENSTSTELLEN	---	---	A ---
546 49-5	254	VERMISCHTE VERWALTUNGSAusGABEN	0,3	0,3	A 0,3
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AusNAHME FÜR INVESTITIONEN			
671 01-8	254	ERSTATTUNGEN AN SONSTIGE	---	---	A ---
685 01-2	254	BEITRÄGE AN NATIONALE UND INTERNATIONALE VERBÄNDE UND ORGANISATIONEN	---	---	A ---
		SONSTIGE AusGABEN FÜR INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFÖRDERUNGSMassNAHMEN			
811 01-9	254	ERWERB VON DIENSTFAHRZEUGEN	---	---	A ---
812 01-8	254	ERWERB VON GERÄTEN, AusSTATTUNGS- UND AusRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN FÜR VERWALTUNGSZWECKE	---	---	A B --- 7,0
812 02-7	254	ERWERB VON GERÄTEN, AusSTATTUNGS- UND AusRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDEN FÜR FACHAufGABEN	---	---	A ---
812 03-6	254	ERWERB VON FERNMELDEANLAGEN	---	---	A ---
		BESONDERE FINANZIERUNGSAusGABEN			
981 01-3	254	GEMEINKOSTEN	30,0	30,0	A B 30,0 30,0
981 02-2	254	VERSORGUNGSAusGLEICH	222,5	229,0	A B 225,6 146,7
982 10-1	254	ABDECKUNG VON FEHLBETRÄGEN Aus DEN VORJAHREN	59,7	---	A ---

		TITELGRUPPEN			
		99 KOSTEN DER DATENVERARBEITUNG TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.			
513 99-3	254	LEISTUNGSentGELTE FÜR POST- UND FERNMELDEDienst- LEISTUNGEN	---	---	A ---
515 99-1	254	GERÄTE, AusSTATTUNGS- UND AusRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE, WARTUNG	---	---	A B --- 0,1
518 99-8	254	MIETEN FÜR ELEKTRONISCHE DATENVERARBEITUNGSANLAGEN, GERÄTE UND MASCHINEN	---	---	A ---
519 99-7	254	UNTERHALTUNG DER GRUNDSTÜCKE UND BAULICHEN ANLAGEN	---	---	A ---
522 99-2	254	VERBRAUCHSMITTEL	1,0	1,0	A B --- 0,7
525 99-9	254	Aus- UND FORTBILDUNG	1,0	1,0	A ---
526 99-8	254	KOSTEN FÜR SACHVERSTÄNDIGE	---	---	A ---
534 99-8	254	VERGABE VON AufTRÄGEN FÜR DATENERFASSUNG, SOFTWARE- ENTWICKLUNG U.Ä.	---	---	A ---

Erläuterungen

Zu 10 80/546 49

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte .	-	-
2. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	-	-
3. Verlustentschädigungen	-	-
4. Auslagen für Vorstellungsreisen	-	-
5. Sonstige vermischte Ausgaben	0,3	0,3
Zusammen	0,3	0,3

ZU 10 80/981 01

Ausgaben für die Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen des Staatsministeriums. Die Ausgaben fließen den Mitteln bei 10 01/380 01 zu.

ZU 10 80/981 02

Veranschlagt sind die Versorgungszuschläge für die in der ZLS tätigen Beamten. Die Ausgaben fließen den Mitteln bei 13 20/281 12 zu.

Zu 10 80/982 10

1997 gegenüber 1996:
59,7 Tsd DM mehr infolge erstmaliger Veranschlagung.

10 80 ZENTRALSTELLE DER LÄNDER FÜR SICHERHEITSTECHNIK

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
812 99-1	254	ERWERB VON ELEKTRONISCHEN DATENVERARBEITUNGSANLAGEN, GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDEN	8.0	8.0	A 10.0 B 8.3 C 71.2
813 99-0	254	ERWERB VON SOFTWARE	---	---	A ---
		SUMME DER TITELGRUPPE	10.0	10.0	A 10.0 B 9.1 C 71.2
		GESAMTAUSGABEN	1.467,5	1.440.1	A 1.416.1 B 1.184.0 C 619.5
		ABSCHLUSS			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.	1.140.2	1.166.7	A 1.144.6 B 467.1 C 707.0
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	252.6	211.0	A 209.6 B 191.2 C 317.2
		GESAMTEINNAHMEN	1.392.8	1.377.7	A 1.354.2 B 658.3 C 1.024.2
		PERSONALAUSGABEN	895.7	921.5	A 900.9 B 848.3 C 331.0
		SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	251.6	251.6	A 249.6 B 143.7 C 217.3
		SONSTIGE SACHINVESTITIONEN	8.0	8.0	A 10.0 B 15.3 C 71.2
		BESONDERE FINANZIERUNGS-AUSGABEN	312.2	259.0	A 255.6 B 176.7
		GESAMTAUSGABEN	1.467.5	1.440.1	A 1.416.1 B 1.184.0 C 619.5
		ZUSCHUSS	74.7	62.4	A 61.9 B 525.7 C 404.7
		ÜBERSCHUSS			

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 80/812 99

Veranschlagt sind die Mittel für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von DV-Geräten.

10 90 STAATLICHE GESUNDHEITSÄMTER (LANDRATSÄMTER) UND LANDGERICHTSÄRZTE

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
EINNAHMEN					
VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.					
111 01-5	311	GEBÜHREN, BEITRÄGE, TARIFLICHE UND GEBÜHRENARTIGE ENTGELTE	3.300,0	3.300,0	A 2.950,0 B 4.361,4 C 3.629,8
111 05-1	311	SACHVERSTÄNDIGEN- UND ZEUGENENTSCHÄDIGUNGEN <i>DIE ISTEINNAHME ERHÖHT DIE AUSGABEBEFUGNIS BEI KAP. 13 10 TIT. 613 21.</i>	---	---	A --- B 238,2 C 239,0
113 01-3	311	ERLÖSE AUS DEM VERKAUF VON GEGENSTÄNDEN	***	***	A --- B 5,0 C 42,9
119 49-1	311	VERMISCHTE EINNAHMEN	***	***	A --- B 199,2 C 15,1
124 01-0	311	EINNAHMEN AUS VERMIETUNG, VERPACHTUNG UND NUTZUNG	180,0	180,0	A 180,0 B 581,3 C 526,6
124 02-9	311	EINNAHMEN AUS DER BENUTZUNG VERWALTUNGSEIGENER GERÄTE, FAHRZEUGE USW. <i>DIE ISTEINNAHME ERHÖHT DIE AUSGABEBEFUGNIS BEI KAP. 13 10 TIT. 613 21.</i>	---	---	A ---
ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN					
253 01-3	311	ZUWEISUNGEN VON GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDEN <i>VGL. VERMERK ZU 533 01.</i>	---	---	A --- B 2,2 C 2,2
256 01-0	311	ZUWEISUNGEN VON SOZIALVERSICHERUNGSTRÄGERN SOWIE VON DER BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT <i>VGL. VERMERK ZU 533 01.</i>	---	---	A --- B 18,0 C 21,1
256 12-7	311	ZUWEISUNGEN DER BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT (ARBEITS-BESCHAFFUNGSMÄSSNAHMEN)	---	---	A ---
282 01-8	311	SONSTIGE ZUSCHÜSSE AUS DEM INLAND FÜR BESONDERE ZWECKE <i>VGL. VERMERK ZU 533 01.</i>	---	---	A --- B 155,6 C 22,9
GESAMTEINNAHMEN			3.480,0	3.480,0	A 3.130,0 B 5.560,9 C 4.499,6
AUSGABEN					
PERSONALAUSGABEN					
422 01-9	311	BEZÜGE DER PLANMÄSSIGEN BEAMTEN	45.409,7	46.544,8	A 42.861,0 B 44.281,4 C 42.153,5

Erläuterungen

Vorbemerkungen zu Kapitel 10 90

Die staatlichen Gesundheitsämter wurden mit Wirkung vom 01.01.1996 in die Landratsämter eingegliedert (Gesetz über die Eingliederung der staatlichen Gesundheitsämter und der staatlichen Veterinärämter in die Landratsämter - Eingliederungsgesetz - vom 23. Dezember 1995, GVBl S. 843.). Die Landratsämter als staatliche Gesundheitsämter erfüllen die Aufgaben des öffentlichen Gesundheitsdienstes (Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst - GDG - vom 12. Juli 1986 i.d.F. des Eingliederungsgesetzes). Sie sind den Regierungen nachgeordnet. Ihre örtliche Zuständigkeit ergibt sich aus der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst - AVGDG - vom 9. September 1986 i.d.F. des Eingliederungsgesetzes.

Den Personalaufwand für die Aufgaben der Landratsämter als staatliche Gesundheitsämter trägt bis 31.12.1999 der Staat. Den Sachaufwand tragen - mit Ausnahme der dem Freistaat Bayern weiterhin obliegenden Aufgaben - die Landkreise, die dafür durch Finanzausgleichsentschädigungen entschädigt werden (Art. 53 Abs. 2 der Landkreisordnung - LkrO -, Art. 7 und 9 des Finanzausgleichsgesetzes - FAG -) sowie durch Überlassung der Einnahmen aus Tit. 111 05 und 124 02.

Die Landgerichtsärzte bei den Landgerichten sind sachverständige Behörden für die Gerichte und Staatsanwaltschaften der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Sie sind den Regierungen nachgeordnet (Art. 3 Abs. 2 GDG). Die Einnahmen der Landgerichtsärzte und ihre sächlichen Ausgaben werden im Epl. 04 (Staatsministerium der Justiz) ausgewiesen.

Zu 10 90/111 01

Veranschlagt sind die Benutzungsgebühren (GGebO) der Landratsämter als staatliche Gesundheitsämter, die weiterhin dem Freistaat Bayern zufließen.

Die Kosten nach dem Kostengesetz, die im Rahmen des Art. 7 FAG den Landkreisen überlassen werden, sind bei Kap. 03 09 Tit. 111 01 veranschlagt.

Zu 10 90/111 05

Die Einnahmen werden den Landkreisen überlassen.

Zu 10 90/124 01

Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.

Zu 10 90/124 02

Die Einnahmen werden den Landkreisen überlassen.

Zu 10 90/422 01 und 422 11

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

10 90 STAATLICHE GESUNDHEITSÄMTER (LANDRATSÄMTER) UND LANDGERICHTSÄRZTE

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
422 11-7	311	BEZÜGE DER BEAMTEN ZUR ANSTELLUNG UND DER RICHTER AUF PROBE	973,3	1.000,2	A 970,0 B 941,9 C 876,8
422 21-5	311	ANWÄRTERBEZÜGE, UNTERHALTSBEIHILFEN FÜR DIENSTANFÄNGER	---	---	A ---
422 31-3	311	BEZÜGE DER ABGEORDNETEN BEAMTEN (RICHTER)	---	---	A ---
425 01-6	311	VERGÜTUNGEN DER ANGESTELLTEN BEI EINER AUS WIRTSCHAFTLICHKEITSGRÜNDEN GEBOTENEN FREMDVERGABE VON RÖNTGENAUFNAHMEN KÖNNEN AUS DEM ANSTAZ AUCH ZAHLUNGEN AN DIE LANDKREISE BIS ZUR HÖHE DER HIERDURCH ENTSTEHENDEN ANTEILIGEN PERSONAL- BEZOGENEN AUFWENDUNGEN, HÖCHSTENS JEDOCH DER INFOLGE FREMDVERGABE VON RÖNTGENAUFNAHMEN IM STAATSHAUSHALT EINGESPARTEN PERSONALAUSGABEN GELEISTET WERDEN, SOWEIT DEM FREISTAAT BAYERN GEMÄSS § 6 ABS. 1 DES EINGLIEDERUNGSGESETZES DIE PERSONALGESTELLUNG OBLIEGT.	59.092,1	60.575,4	A 61.879,0 B 57.010,8 C 58.823,7
425 11-4	311	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE	80,0	80,0	A 100,0 B 13,1 C 66,9
425 12-3	311	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH VERGÜTUNGEN DER AUSHILFSANGESTELLTEN, DIE AUFGRUND DER VERMERKE BEI 422 01 UND 425 01 BESCHÄFTIGT WERDEN DÜRFEN. VGL. VERMERK IM STELLENPLAN ZU KAP. 10 90 TITEL 422 01 UND 425 01.	---	---	A --- B 366,3 C 373,4
426 01-5	311	LÖHNE DER ARBEITER	2.025,5	2.085,7	A 2.088,2 B 1.743,7 C 1.931,4
427 01-4	311	BESCHÄFTIGUNGSENTGELTE, AUFWENDUNGEN FÜR NEBENAMTLICH UND NEBENBERUFLICH TÄTIGE	750,0	750,0	A 840,0 B 621,1 C 624,8
427 41-6	311	PRAKTIKANTENVERGÜTUNGEN	300,0	300,0	A 460,0 B 219,2 C 201,2
451 01-3	311	ZUSCHÜSSE ZUR GEMEINSCHAFTSVERPFLEGUNG	***	***	A --- B 126,3 C 130,6
453 01-1	311	TRENNUNGSGELD UND UMZUGSKOSTENVERGÜTUNGEN	70,0	70,0	A 120,0 B 64,1 C 58,6
SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN					
511 01-1	311	GESCHÄFTSBEDARF	***	***	A --- B 778,8 C 738,2
512 01-0	311	BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN	***	***	A --- B 266,9 C 259,5
513 01-9	311	LEISTUNGSENTGELTE FÜR POST- UND FERNMELEDIEDIENST-LEISTUNGEN	***	***	A --- B 1.683,0 C 1.767,0
514 01-8	311	HALTUNG VON DIENSTFAHRZEUGEN	***	***	A --- B 399,5 C 379,2
515 01-7	311	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE FÜR VERWALTUNGSZWECKE	***	***	A --- B 372,1 C 426,6

Erläuterungen

Zu 10 90/425 01

Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung (einschl. Umlage).

Erläuterung zum Haushaltsvermerk:

Mit dem Haushaltsvermerk werden Leistungen an die Landkreise ermöglicht, wenn durch eine wirtschaftlich zweckmäßige Fremdvergabe von Röntgenaufnahmen der Gesundheitsämter vom Freistaat zu stellendes Personal eingespart werden kann.

Zu 10 90/425 11

Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung (einschl. Umlage).

Zu 10 90/426 01

Löhne einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung (einschl. Umlage).

Zu 10 90/427 01

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Vergütungen (einschl. Reisekostenvergütungen) für in der Jugendgesundheitspflege tätige, nicht vollbeschäftigte Ärzte	270,0	270,0
2. Vergütungen (einschl. Reisekostenvergütungen) für Sprechtagärzte nach dem BSHG	140,0	140,0
3. Vergütungen (einschl. Reisekostenvergütungen) für sonstige nicht vollbeschäftigte Ärzte und Hebammen	300,0	300,0
4. Vergütungen für Fachhochschulstudenten des Fachbereichs Sozialwesen	40,0	40,0
Zusammen	750,0	750,0

1997 gegenüber 1996:

90,0 Tsd DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 90/427 41

Vergütungen an Ärzte im Praktikum und Fachhochschulpraktikanten.

1997 gegenüber 1996:

160,0 Tsd DM weniger infolge Anpassung an die Istentwicklung.

Zu 10 90/453 01

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Trennungsgeld für 15/15 Bedienstete	50,0	50,0
2. Umzugskostenvergütungen für den Umzug von 4/4 Bediensteten	20,0	20,0
Zusammen	70,0	70,0

1997 gegenüber 1996:

50,0 Tsd DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

10 90 STAATLICHE GESUNDHEITSÄMTER (LANDRATSÄMTER) UND LANDGERICHTSÄRZTE

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
515 05-3	311	UNTERHALTUNG DER GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUS- RÜSTUNGSGEGENSTÄNDE FÜR VERWALTUNGSZWECKE	***	***	A --- B 223,3 C 195,0
515 21-3	311	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE FÜR FACHAUFGABEN, WARTUNG	***	***	A --- B 153,0 C 187,7
516 01-6	311	DIENT- UND SCHUTZKLEIDUNG	***	***	A --- B 39,4 C 41,9
517 01-5	311	BEWIRTSCHAFTUNG DER GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME	***	***	A --- B 2.608,8 C 2.359,7
517 05-1	311	BEWIRTSCHAFTUNG DURCH HEIZUNG, BELEUCHTUNG UND ELEKTRISCHE KRAFT	***	***	A --- B 1.160,7 C 1.191,9
518 01-4	311	MIETEN UND PACHTEN FÜR GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME	1.563,5	1.563,5	A 1.563,5 B 1.395,2 C 1.409,3
518 11-2	311	MIETEN UND PACHTEN FÜR MASCHINEN UND GERÄTE	***	***	A --- B 4,6 C 4,5
519 01-3	311	UNTERHALTUNG DER GRUNDSTÜCKE UND BAULICHEN ANLAGEN	2.000,0	2.000,0	A 1.200,0 B 1.280,7 C 1.493,3
522 01-8	311	VERBRAUCHSMITTEL	***	***	A --- B 151,0 C 144,3
527 01-3	311	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR INLANDSDIENSTREISEN	20,0	20,0	A --- B 929,0 C 929,4
527 11-1	311	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR AUSLANDSDIENSTREISEN	***	***	A ---
531 11-5	311	FACHVERÖFFENTLICHUNGEN	40,0	40,0	A 54,0 B 30,8 C 11,3
532 01-6	311	INANSPRUCHNAHME FREMDER EINRICHTUNGEN	***	***	A --- B 58,9 C 50,4
532 11-4	311	UMZUGS- UND VERLEGUNGSKOSTEN VON DIENSTSTELLEN	***	***	A --- B 14,1 C 4,9
533 01-5	311	SONSTIGE SÄCHLICHE VERWALTUNGSAusGABEN <i>DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH DEN IST- EINNAHMEN BEI 253 01, 256 01 UND 282 01. DIE MITTEL SIND ÜBERTRAGBAR.</i>	---	---	A --- B 50,3 C 5,9
534 01-4	311	SOFTWAREENTWICKLUNG	***	***	A ---
546 49-4	311	VERMISCHTE VERWALTUNGSAusGABEN	10,0	10,0	A --- B 22,3 C 9,8

Erläuterungen

Zu 10 90/518 01

Nach § 5 Abs. 1 des Eingliederungsgesetzes trägt der Freistaat Bayern bis 31.12.1999 die Mietkosten für Diensträume der staatlichen Gesundheitsämter.

Zu 10 90/519 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschl. Zubehör	1 700,0	1 700,0
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschl. Zubehör	300,0	300,0
Zusammen	2 000,0	2 000,0

Vgl. auch Erläuterung zu Kap. 10 02 Titel 519 01.

1997 gegenüber 1996:

800,0 Tsd DM mehr wegen dringend erforderlicher Bauunterhaltungsmaßnahmen.

Zu 10 90/527 01

Veranschlagt sind die Reisekostenvergütungen bei Versetzung und Abordnung. Diese zählen nach der Verordnung zur Ausführung des Art. 53 Abs. 2 LkrO nicht zu dem von den Landkreisen zu tragenden Sachaufwand.

Zu 10 90/531 11

Ausgaben für Gesundheitsaufklärung (Impfungen, Hygiene usw.).

1997 gegenüber 1996:

14,0 Tsd DM weniger infolge Anpassung an die Istausgaben.

Zu 10 90/533 01

Für Ausgaben aus Beiträgen des Bundes und Spenden Dritter, die für besondere Zwecke des Gesundheitswesens gegeben werden.

Zu 10 90/546 49

Aufwendungen für Auslagen bei Vorstellungsreisen sowie Stellenausschreibungen.

10 90 STAATLICHE GESUNDHEITSÄMTER (LANDRATSÄMTER) UND LANDGERICHTSÄRZTE

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		BAUMASSNAHMEN			
701 01-1	311	KLEINE NEU-, UM- UND ERWEITERUNGSBAUTEN VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 250,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	400,0	350,0	A 400,0 B 74,5 C 617,2
710 00-1	311	STAATLICHE HOCHBAUMASSNAHMEN (SIEHE ANLAGE S)	---	---	A B 939,2 C 1.729,8

		SONSTIGE AUSGABEN FÜR INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN			
811 01-8	311	ERWERB VON DIENSTFAHRZEUGEN	***	***	A --- B 54,4 C 95,2
812 01-7	311	EINRICHTUNGS- UND AUSSTATTUNGSGEGENSTÄNDE FÜR DIENST- RÄUME DER GESUNDHEITSÄMTER	***	***	A --- B 89,8 C 63,5
812 03-5	311	ANKAUF VON FERNSPRECHANLAGEN	***	***	A --- C 63,3
812 04-4	311	MODERNISIERUNG DER BÜROTECHNIK	***	***	A --- B 106,9 C 693,3
		TITELGRUPPEN			
		79 VERHÜTUNG UND BEKÄMPFUNG ÜBERTRAGBARER KRANKHEITEN TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.			
427 79-1	314	BESCHÄFTIGUNGSENTGELTE	***	***	A --- B 12,9 C 12,2
511 79-8	314	FORMBLÄTTER, VORDRUCKE, DRUCKARBEITEN	70,0	70,0	A 70,0 B 191,9 C 156,5
515 79-4	314	GERÄTE UND GEGENSTÄNDE FÜR FACHAUFGABEN	***	***	A --- B 333,5 C 498,0
522 79-5	314	VERBRAUCHSMITTEL	140,0	140,0	A 140,0 B 640,1 C 736,1
547 79-6	314	NICHT AUFTEILBARE SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	60,0	60,0	A 60,0 B 62,6 C 70,5
671 79-4	314	ERSTATTUNG VON FAHRTKOSTEN	***	***	A --- B 57,4 C 78,8

Erläuterungen

Zu 10 90/701 01

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
Staatl. Gesundheitsamt Bamberg		
Verbesserung des vorbeugenden Brandschutzes	200,0	200,0
Staatl. Gesundheitsamt Neustadt a.d. Saale		
Außensanierung des Gebäudes (Energieeinsparung) . . .	200,0	150,0
Zusammen	400,0	350,0

1998 gegenüber 1997:

50,0 Tsd DM weniger nach dem voraussichtlichen Anfall.

Vgl. auch Erläuterung zu Kap. 10 02 Titel 701 01.

Verpflichtungsermächtigung 1997:

Für die rechtzeitige Bewilligung der Mittel für Baumaßnahmen.

Zu 10 90/79

Veranschlagt sind die Ausgabemittel für die Aufgaben, die weiterhin zentral vom StMAS durchgeführt werden.

10 90 STAATLICHE GESUNDHEITSÄMTER (LANDRATSÄMTER) UND LANDGERICHTSÄRZTE

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
812 79-4	314	ANSCHAFFUNG VON GERÄTEN	***	***	A --- B 112.0 C 43.5
		SUMME DER TITELGRUPPE	270.0	270.0	A 270.0 B 1.410.4 C 1.595.6
		GESAMTAUSGABEN	113.004.1	115.659.6	A 112.805.7 B 119.685.5 C 121.767.4
		ABSCHLUSS			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.	3.480.0	3.480.0	A 3.130.0 B 5.385.1 C 4.453.4
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	-	-	A B 175.8 C 46.2
		GESAMTEINNAHMEN	3.480.0	3.480.0	A 3.130.0 B 5.560.9 C 4.499.6
		PERSONALAUSGABEN	108.700.6	111.406.1	A 109.318.2 B 105.400.8 C 105.253.1
		SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	3.903.5	3.903.5	A 3.087.5 B 12.850.5 C 13.129.7
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	-	-	A B 57.4 C 78.8
		BAUMASSNAHMEN	400.0	350.0	A 400.0 B 1.013.7 C 2.347.0
		SONSTIGE SACHINVESTITIONEN	-	-	A B 363.1 C 958.8
		GESAMTAUSGABEN	113.004.1	115.659.6	A 112.805.7 B 119.685.5 C 121.767.4
		ZUSCHUSS	109.524.1	112.179.6	A 109.675.7 B 114.124.6 C 117.267.8

10 91 STAATLICHE VETERINÄRÄMTER (LANDRATSÄMTER)

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		EINNAHMEN			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.			
111 01-3	511	GEBÜHREN, BEITRÄGE, TARIFLICHE UND GEBÜHRENARTIGE ENTGELTE	2.700,0	2.700,0	A 2.700,0 B 2.358,0 C 2.703,4
111 02-2	511	GEBÜHREN UND AUSLAGEN FÜR KONTROLLUNTERSUCHUNGEN AUF TUBERKULOSE DER RINDER VGL. VERMERK ZU 10 08 TG 60.	300,0	300,0	A 300,0 B 255,3 C 306,0
119 49-9	511	VERMISCHTE EINNAHMEN	***	***	A --- B 820,0 C 736,5
124 01-8	511	EINNAHMEN AUS VERMIETUNG, VERPACHTUNG UND NUTZUNG	1,0	1,0	A 1,0
124 02-7	511	EINNAHMEN AUS DER BENUTZUNG VERWALTUNGSEIGENER GERÄTE, FAHRZEUGE USW. DIE ISTEINNAHME ERHÖHT DIE AUSGABEBEFUGNIS BEI KAP. 13 10/613 21.	---	---	A ---
		GESAMTEINNAHMEN	3.001,0	3.001,0	A 3.001,0 B 3.433,3 C 3.745,9
		AUSGABEN			
		PERSONALAUSGABEN			
422 01-7	511	BEZÜGE DER PLANMÄSSIGEN BEAMTEN	16.028,9	16.492,2	A 15.548,0 B 15.531,8 C 14.690,7
422 11-5	511	BEZÜGE DER BEAMTEN ZUR ANSTELLUNG UND DER RICHTER AUF PROBE	268,7	276,1	A 368,0 B 260,1 C 391,3
422 26-8	511	BEZÜGE DER BEAMTEN AUF WIDERRUF (VETERINÄRREFERENDARE)	463,0	1.040,0	A 1.010,0 B 278,5 C 527,5
422 31-1	511	BEZÜGE DER ABGEORDNETEN BEAMTEN (RICHTER)	---	---	A ---
425 01-4	511	VERGÜTUNGEN DER ANGESTELLTEN	708,6	729,9	A 504,0 B 676,7 C 398,5
426 01-3	511	LÖHNE DER ARBEITER	19,6	20,2	A 18,2 B 11,7 C 10,6

Erläuterungen

Vorbemerkungen zu Kapitel 10 91

Die staatlichen Veterinärämter wurden mit Wirkung vom 01.01.1996 in die Landratsämter eingegliedert (Gesetz über die Eingliederung der staatlichen Gesundheitsämter und der staatlichen Veterinärämter in die Landratsämter - Eingliederungsgesetz - vom 23. Dezember 1995, GVBl S. 843). Die Landratsämter als staatliche Veterinärämter erfüllen die Aufgaben des öffentlichen Gesundheitsdienstes (Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst - GDG - vom 12. Juli 1986 i.d.F. des Eingliederungsgesetzes).

Insbesondere sind ihnen

- der Schutz der Bevölkerung im Verkehr mit Lebensmitteln und sonstigen Erzeugnissen tierischer Herkunft,
- die Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Tierkrankheiten,
- die Entwicklung und Erhaltung gesunder und leistungsfähiger Nutztiere,
- der Tierschutz und
- die Überwachung der Tierkörperbeseitigung

übertragen.

Sie sind den Regierungen nachgeordnet. Ihre örtliche Zuständigkeit ergibt sich aus der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst - AVGDG - vom 9. September 1986, zuletzt geändert durch das Eingliederungsgesetz.

Den Personalaufwand für die Aufgaben der Landratsämter als staatliche Veterinärämter trägt - mit Ausnahme des bisher bereits von den Landkreisen den staatlichen Veterinärämtern aufgrund der Rahmenvereinbarung i.d.F. vom 12. Dezember 1988 zur Verfügung gestellten Personals - bis 31.12.1999 der Freistaat Bayern. Den Sachaufwand tragen - mit Ausnahme der dem Freistaat Bayern weiterhin obliegenden Aufgaben - die Landkreise, die dafür durch Finanzausgleichsgesetz - FAG -) sowie durch Überlassung der Einnahmen aus Tit. 124 02.

Für die Gebiete der kreisfreien Städte, ausgenommen Coburg, Kaufbeuren, Nürnberg, Regensburg und Schwabach, bestehen städtische Veterinärämter.

Zu 10 91/111 01

Veranschlagt sind die Benutzungsgebühren (GGeb0) der Landratsämter als staatliche Veterinärämter (einschließlich Grenzkontrollstellen), die weiterhin dem Freistaat Bayern zufließen.

Die Kosten nach dem Kostengesetz, die im Rahmen des Art. 7 FAG den Landkreisen überlassen werden, sind bei Kap. 03 09 Tit. 111 01 veranschlagt.

Zu 10 91/111 02

Die Kontrolluntersuchungen sind gebührenpflichtig (Benutzungsgebühren).

Die Bayerische Tierseuchenkasse erhält vom Freistaat Bayern einen Zuschuß in Höhe der Einnahmen (vgl. Kap. 10 08 Tit. 685 60).

Zu 10 91/124 01

Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.

Zu 10 91/124 02

Die Einnahmen werden den Landkreisen überlassen.

Zu 10 91/422 01 und 422 11

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 91/422 26

Veranschlagt ist der nach dem Ausbildungszyklus voraussichtlich notwendige Ausgabebedarf.

Zu 10 91/422 31

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 91/425 01

Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung (einschl. Umlage).

Zu 10 91/426 01

Löhne einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung (einschl. Umlage).

10 91 STAATLICHE VETERINÄRÄMTER (LANDRATSÄMTER)

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
427 01-2	111	BESCHÄFTIGUNGSENTGELTE, AUFWENDUNGEN FÜR NEBENAMTLICH UND NEBENBERUFlich TÄTIGE	10,0	10,0	A 15,0 B 6,1 C 4,0
451 01-1	511	ZUSCHÜSSE ZUR GEMEINSCHAFTSVERPFLEGUNG	***	***	A ---
453 01-9	511	TRENNUNGSGELD UND UMZUGSKOSTENVERGÜTUNGEN	40,0	40,0	A 40,0 B 28,8 C 101,7
SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN					
511 01-9	511	GESCHÄFTSBEDARF	***	***	A --- B 16,5 C 16,1
512 01-8	511	BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN	***	***	A --- B 81,3 C 81,1
513 01-7	511	LEISTUNGSENTGELTE FÜR POST- UND FERNMELEDIEDIENST-LEISTUNGEN	***	***	A --- B 41,9 C 43,8
515 01-5	511	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS-GEGENSTÄNDE FÜR VERWALTUNGSZWECKE	***	***	A --- B 16,5 C 18,6
515 05-1	511	UNTERHALTUNG DER GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS-GEGENSTÄNDE FÜR VERWALTUNGSZWECKE	***	***	A --- B 24,0 C 39,1
515 21-1	511	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGS-GEGENSTÄNDE FÜR FACHAUFGABEN, WARTUNG	***	***	A --- B 8,9 C 29,5
516 01-4	511	DIENST- UND SCHUTZKLEIDUNG	205,0	205,0	A 205,0 B 160,2 C 164,3
517 01-3	511	BEWIRTSCHAFTUNG DER GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME	***	***	A --- B 25,5 C 24,7
517 05-9	511	BEWIRTSCHAFTUNG DURCH HEIZUNG, BELEUCHTUNG UND ELEKTRISCHE KRAFT	***	***	A --- B 21,3 C 20,1
518 01-2	511	MIETEN UND PACHTEN FÜR GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME	132,0	132,0	A 132,0 B 111,6 C 109,9
519 01-1	511	UNTERHALTUNG DER GRUNDSTÜCKE UND BAULICHEN ANLAGEN	---	---	A --- B 23,6 C 48,5
522 01-6	511	VERBRAUCHSMITTEL	***	***	A --- B 25,8 C 28,4
527 01-1	511	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR INLANDSDIENSTREISEN	20,0	20,0	A --- B 644,7 C 660,2
527 11-9	511	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR AUSLANDSDIENSTREISEN	***	***	A ---
534 01-2	511	SOFTWAREENTWICKLUNG	***	***	A ---

Erläuterungen

Zu 10 91/427 01

Vergütungen für die nicht vollbeschäftigten Tierärzte und kurzfristige Beschäftigung von Schreibhilfen.

Zu 10 91/453 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Trennungsgeld für 10/10 Bedienstete	30,0	30,0
2. Umzugskostenvergütungen für den Umzug von 2/2 Bediensteten	10,0	10,0
Zusammen	40,0	40,0

Zu 10 91/516 01

Aufwandsentschädigung für Schutzkleidung und deren Instandhaltung für die Amtstierärzte (Pauschalabgeltung, vgl. Art. 6 a Abs. 3 HG 1977/78).

Zu 10 91/518 01

Mietkosten, die weiterhin vom Freistaat Bayern zu tragen sind (§ 5 Abs. 1 Eingliederungsgesetz).

Zu 10 91/527 01

Reisekostenvergütungen bei Versetzung und Abordnung (zählen nicht zum Sachaufwand, der von den Landkreisen zu tragen ist).

10 91 STAATLICHE VETERINÄRÄMTER (LANDRATSÄMTER)

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
546 49-2	511	VERMISCHTE VERWALTUNGSAusGABEN	3,0	3,0	A --- C 0,9
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AusNAHME FÜR INVESTITIONEN			
631 01-4	511	ERSTATTUNG VON VERWALTUNGSAusGABEN	80,0	80,0	A 80,0 B 52,8 C 76,4
633 01-2	511	AUFWENDUNGSErsATZ AN LANDKREISE FÜR DIE STAATLICHEN VETERINÄRÄMTER	***	***	A --- B 4.815,0 C 4.587,9
676 01-0	314	ERSTATTUNG VON BETRIEBSKOSTEN DER VIEHABFERTIGUNGS- ANLAGEN AN GRENzüBERGANGSSTELLEN AN DIE REPUBLIK ÖSTERREICH	***	***	A 6,0
		BAUMASSNAHMEN			
701 01-9	511	KLEINE NEU-, UM- UND ERWEITERUNGSBAUTEN	---	---	A ---
		SONSTIGE AusGABEN FÜR INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN			
812 01-5	511	AUSSTATTUNG DER VETERINÄRÄMTER MIT FACHGERÄTEN	***	***	A ---
812 04-2	511	MODERNISIERUNG DER BÜROTECHNIK	***	***	A ---
		TITELGRUPPEN			
		72 GRENZKONTROLLSTELLEN DIE TITEL DER TG SIND GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG. TIT. 547 72 BIS 896 72 SIND ÜBERTRAGBAR.			
425 72-8	511	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE ZU LASTEN DER AusGABEMITTEL DES TIT. 425 72 DÜRFEN BIS ZU 12 ANGESTELLTE (7 TIERÄRZTE UND 5 VERWAL- TUNGSANGESTELLTE) MIT UNBEFRISTETEN ARBEITSVERTRÄGEN BESCHÄFTIGT WERDEN.	1.196,3	1.224,3	A 1.178,0 B 873,3 C 834,0
547 72-1	511	NICHT AUfTEILBARE SÄCHLICHE VERWALTUNGSAusGABEN	209,0	209,0	A 389,0 B 314,4 C 376,5
701 72-3	511	KLEINE NEU-, UM- UND ERWEITERUNGSBAUTEN	---	---	A --- B 571,2 C 690,9
811 72-0	511	SATTELANHÄNGER MIT CONTAINERAUfBAU	---	---	A ---
881 72-5	511	ERRICHTUNG VON GRENZKONTROLLSTELLEN AN GRENzüBERGÄNGEN DIE MITTEL SIND GEsPERRT. VERPFLICHTUNGSErmÄCHT. 1997 TSD. DM 1.400,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	1.400,0	1.400,0	A 600,0

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 91/546 49

Aufwendungen für Auslagen bei Vorstellungsreisen sowie Stellenausschreibungen.

Zu 10 91/631 01

Entgelte an die Zollverwaltung für Gebühreneinzug.

Zu 10 91/72

Nach Errichtung des EG-Binnenmarktes sind ab 01.01.1993 an den Außengrenzen der EG bei der Einfuhr von lebenden Tieren und Erzeugnissen tierischer Herkunft aus Drittländern von den staatlichen Veterinärämtern verstärkt Veterinärkontrollen durchzuführen. Hierfür notwendig ist der Ausbau und Betrieb der von der EG für Bayern zugelassenen Grenzkontrollstellen.

Zu 10 91/425 72

Vergütungen für das bei den Grenzkontrollstellen zusätzlich benötigte Fach- und Verwaltungspersonal.

Zu 10 91/547 72

Mietkosten für Räume und Container an den Grenzkontrollstellen (vgl. § 5 Abs. 2 Eingliederungsgesetz).

1997 gegenüber 1996:

180,0 Tsd DM weniger infolge Umschichtung zu Kap. 13 10/653 02.

Zu 10 91/881 72

Kostenerstattung des Freistaates Bayern an die Bundeszollverwaltung für die bauliche Errichtung der Grenzkontrollstellen (Veterinäranlagen) Furth i. W. und Schirnding.

Die Verpflichtungsermächtigung ist für die vertragliche Abwicklung der Kostenerstattung an die Bundeszollverwaltung erforderlich.

10 91 STAATLICHE VETERINÄRÄMTER (LANDRATSÄMTER)

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
896 72-8	511	ERRICHTUNG VON GRENZKONTROLLSTELLEN AN GRENZÜBERGÄNGEN DIE MITTEL SIND GESPERRT.	600,0	---	A 1.400,0
		SUMME DER TITELGRUPPE	3.405,3	2.833,3	A 3.567,0 B 1.758,9 C 1.901,4
		GESAMTAUSGABEN	21.384,1	21.881,7	A 21.493,2 B 24.621,7 C 23.975,2
		ABSCHLUSS			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.	3.001,0	3.001,0	A 3.001,0 B 3.433,3 C 3.745,9
		GESAMTEINNAHMEN	3.001,0	3.001,0	A 3.001,0 B 3.433,3 C 3.745,9
		PERSONAL AUSGABEN	18.735,1	19.832,7	A 18.681,2 B 17.666,5 C 16.958,3
		SÄCHLICHE VERWALTUNGSAUSGABEN	569,0	569,0	A 726,0 B 1.516,2 C 1.661,7
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	80,0	80,0	A 86,0 B 4.867,8 C 4.664,3
		BAUMASSNAHMEN	-	-	A 571,2 B 690,9 C 2.000,0
		INVESTITIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN	2.000,0	1.400,0	A 2.000,0
		GESAMTAUSGABEN	21.384,1	21.881,7	A 21.493,2 B 24.621,7 C 23.975,2
		ZUSCHUSS	18.383,1	18.880,7	A 18.492,2 B 21.188,4 C 20.229,3

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 91/896 72

Kostenerstattung des Freistaates Bayern an die Tschechische Republik für die bauliche Errichtung der Gemeinschaftszollanlage Waidhaus-Rozvadov (Veterinäranlagen).

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		EINNAHMEN			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.			
111 01-1	314	GEBÜHREN, BEITRÄGE, TARIFLICHE UND GEBÜHRENARTIGE ENTGELTE	9.200,0	9.200,0	A 14.000,0 B 10.149,9 C 12.148,9
111 02-0	314	ENTGELTE FÜR DESINFektorenLEHRGÄNGE	10,0	10,0	A 14,0 B 10,6 C 8,1
111 03-9	314	GEBÜHREN UND AUSLAGEN FÜR KONTROLLUNTERSUCHUNGEN AUF AUJESZKYSCHES KRANKHEIT VGL. VERMERK ZU 10 08/685 59.	4.000,0	4.000,0	A 5.000,0 B 3.492,9 C 2.227,4
111 05-7	314	EINNAHMEN NACH DER ZUSEVO UND DEM ZUSEG	5,0	5,0	A 10,0 B 1,4 C 2,8
113 01-9	314	ERLÖSE AUS DEM VERKAUF VON GEGENSTÄNDEN	5,0	5,0	A 10,0 B 1,1 C 23,6
119 49-7	314	VERMISCHTE EINNAHMEN	12,0	12,0	A 10,0 B 30,2 C 17,0
124 01-6	314	EINNAHMEN AUS VERMIETUNG, VERPACHTUNG UND NUTZUNG	30,0	30,0	A 30,0 B 28,8 C 30,4

Erläuterungen

Vorbemerkungen zu Kapitel 10 92

Die Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen unterstützen die für den Vollzug gesundheits- und lebensmittelrechtlicher Vorschriften zuständigen Behörden und die Gerichte durch Untersuchungen und Gutachten (Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst - GDG - vom 12. Juli 1986). Sie sind dem Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit unmittelbar nachgeordnet.

Das Landesuntersuchungsamt Nordbayern in Erlangen hat Außenstellen in Regensburg, Nürnberg und Würzburg, das Landesuntersuchungsamt Südbayern in Oberschleißheim hat eine Außenstelle in Augsburg. Für den Bereich der Stadt Nürnberg besteht eine städtische chemische Untersuchungsanstalt, für die ein Zuschuß aus Mitteln des Finanzausgleichs geleistet wird (Art. 9 Abs. 2 FAG).

Die Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen nehmen am Pilotprojekt "Dezentrale Budgetverantwortung" nach Nr. 12.1 DBestHG 1995/1996 und Nr. 13.2 HVR 1995/1996 teil (Erprobungszeitraum 1.1.1996 - 31.12. 1997).

In den Ansätzen sind die Budgets für die beiden Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen enthalten. Eine Aufteilung auf das jeweilige Amt ist noch nicht möglich, da bei der Festlegung der Budgets auf die beiden Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen die Erfahrungen der Budgetierung 1996 zu berücksichtigen sein werden.

Vorbemerkung:

Enthalten sind nachfolgend die nach Nr. 12.1 DBestHG budgetierten Ansätze jeweils nach Abzug der allgemeinen haushaltsgesetzlichen Minderausgabe (nicht enthalten sind demgemäß insbesondere die stellenplangebundenen Personalausgaben sowie Ausgaben für den staatl. Hochbau).

	1997	1998	nachrichtlich 1996
	Tsd DM	Tsd DM	Tsd DM
Einnahmen	9 612,0	9 612,0	9 364,0
Ausgaben	22 351,9	23 054,1	22 965,0
Zuschuß/Überschuß	12 739,9	13 442,1	13 601,0
Veränderung des Zuschußbedarfs bzw. des Überschusses gegenüber dem Vorjahr	- 861,1	+ 702,2	
nachrichtlich:			
Anzahl der gebundenen Stellen	733	742	743

Zu 10 92/111 01

Gebühren und Auslagen nach der Gebührenordnung der Gesundheitsverwaltung und Kosten nach dem Kostengesetz.

1997 gegenüber 1996:

4 800,0 Tsd DM weniger infolge Anpassung an die aktuelle Istentwicklung.

Zu 10 92/111 03

Die von der Tierseuchenkasse zu entrichtenden Gebühren für Kontrolluntersuchungen auf Aujeszky'sche Krankheit fließen dieser als Zuschuß wieder zu (vgl. 10 08/685 59).

1997 gegenüber 1996:

1 000,0 Tsd DM weniger nach dem voraussichtlichen Anfall.

Zu 10 92/124 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschl. der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser u. dgl.)	5,0	5,0
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl. . .	-	-
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	25,0	25,0
Zusammen	30,0	30,0

10 92 LANDESUNTERSUCHUNGSÄMTER FÜR DAS GESUNDHEITSWESEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
125 01-5	314	VERKAUF VON IMPFSTOFFEN, TIEREN UND TIERISCHEN ERZEUGNISSEN VGL. VERMERK ZU 515 21 UND 522 01.	350,0	350,0	A 290,0 B 368,3 C 335,3
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN			
233 01-4	314	ERSTATTUNG VON AUS- UND FORTBILDUNGSKOSTEN	---	---	A ---
251 01-1	314	ZUWEISUNGEN DES BUNDES FÜR UNTERSUCHUNGEN UND VERSUCHE VGL. VERMERK ZU 522 01, 515 21 UND 812 02.	---	---	A --- B 352,7 C 569,2
282 01-4	314	ZUSCHÜSSE VON DRITTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN UND VERSUCHE VGL. VERMERK ZU 522 01 UND 515 21.	---	---	A --- C 22,9
		GESAMTEINNAHMEN	13.612,0	13.612,0	A 19.364,0 B 14.435,9 C 15.385,6
		AUSGABEN			
		PERSONALAUSGABEN			
422 01-5	314	BEZÜGE DER PLANMÄSSIGEN BEAMTEN	16.494,8	16.863,2	A 15.779,0 B 16.306,5 C 15.915,6
422 11-3	314	BEZÜGE DER BEAMTEN ZUR ANSTELLUNG UND DER RICHTER AUF PROBE	163,1	167,7	A 372,0 B 157,9 C 277,5
422 31-9	314	BEZÜGE DER ABGEORDNETEN BEAMTEN (RICHTER)	---	---	A ---
425 01-2	314	VERGÜTUNGEN DER ANGESTELLTEN	31.341,7	32.199,5	A 30.671,0 B 30.309,5 C 30.338,4
425 11-0	314	VERGÜTUNGEN FÜR SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE	90,0	90,0	A 128,2 B 34,0 C 45,3
426 01-1	314	LÖHNE DER ARBEITER	5.579,6	5.747,6	A 5.843,9 B 5.148,4 C 5.366,4
427 02-9	314	AUSBILDUNG VON VET.MED.TECHN. ASSISTENTEN/ASSISTEN- TINNEN	85,0	85,0	A 75,0 B 69,4 C 81,0
427 41-2	314	PRAKTIKANTENVERGÜTUNGEN	480,0	484,0	A 470,0 B 397,1 C 417,6
451 01-9	314	ZUSCHÜSSE ZUR GEMEINSCHAFTSVERPFLEGUNG	100,0	100,0	A 110,0 B 80,7 C 88,6
453 01-7	314	TRENNUNGSGELD UND UMZUGSKOSTENVERGÜTUNGEN	20,0	20,0	A 20,0 B 4,5

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 92/125 01

	Tsd DM
1. Sonstige Impfstoffe	335,0
2. Verkauf von Tieren	10,0
3. Verkauf von tierischen Erzeugnissen	5,0
Zusammen	350,0

1997 gegenüber 1996:
60,0 Tsd DM mehr infolge Anpassung an die Istentwicklung.

Zu 10 92/422 01 und 422 11

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 92/425 01

Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung (einschl. Umlage).

Zu 10 92/425 11

1997 gegenüber 1996:
38,2 Tsd DM weniger infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 92/426 01

Löhne einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung (einschl. Umlage).

1997 gegenüber 1996:
264,3 Tsd DM weniger infolge Anpassung an die Istentwicklung.

Zu 10 92/427 02

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Unterrichtsvergütungen	50,0	50,0
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	35,0	35,0
Zusammen	85,0	85,0

Zu 10 92/427 41

Vergütungen für Praktikanten der Lebensmittelchemie und für Ärzte im Praktikum.

Zu 10 92/453 01

	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM
1. Trennungsgeld für 10/10 Bedienstete	12,0	12,0
2. Umzugskostenvergütung für den Umzug von 3/3 Bediensteten	8,0	8,0
Zusammen	20,0	20,0

10 92 LANDESUNTERSUCHUNGSÄMTER FÜR DAS GESUNDHEITSWESEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
459 01-1	314	PRÜFUNGSVERGÜTUNGEN	10,0	10,0	A 10,0 B 7,5 C 5,8
SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN					
511 01-7	314	GESCHÄFTSBEDARF	250,0	250,0	A 260,0 B 190,9 C 234,9
512 01-6	314	BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN	205,0	205,0	A 205,0 B 185,2 C 172,2
513 01-5	314	LEISTUNGSENTGELTE FÜR POST- UND FERNMEDEDIENST- LEISTUNGEN	850,0	860,0	A 915,0 B 634,0 C 702,7
514 01-4	314	HALTUNG VON DIENSTFAHRZEUGEN	65,0	65,0	A 65,0 B 41,6 C 42,0
515 01-3	314	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE FÜR VERWALTUNGSZWECKE	90,0	90,0	A 90,0 B 69,6 C 71,2
515 05-9	314	UNTERHALTUNG DER GERÄTE, AUSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGS- GEGENSTÄNDE FÜR VERWALTUNGSZWECKE	80,0	80,0	A 85,0 B 50,4 C 62,7
515 21-9	314	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE FÜR FACHAUFGABEN DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT SICH UM DIE MEHREINNAHME BEI 125 01 UND UM DIE ISTEINNAHME BEI 251 01 UND 282 01, SOWEIT NICHT BEI 522 01 UND 812 02 IN ANSPRUCH GENOMMEN. GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG MIT 522 01.	2.200,0	2.425,0	A 2.160,0 B 1.808,9 C 1.779,7
516 01-2	314	DIENST- UND SCHUTZKLEIDUNG	145,0	145,0	A 180,0 B 101,8 C 113,6

Erläuterungen

Zu 10 92/513 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Postgebühren	490,0	490,0
2. Laufende Fernmeldekosten	225,0	230,0
3. Miete, Wartung und Sonstiges	135,0	140,0
Zusammen	850,0	860,0

1997 gegenüber 1996:

65,0 Tsd DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Anzahl der privaten Fernsprechanlüsse mit dienstlicher Mitbenutzung:

a) Hauptanschlüsse - (-)

b) Nebenanschlüsse - (-)

Zu 10 92/514 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Betriebsstoffe	35,0	35,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	30,0	30,0
Zusammen	65,0	65,0

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll 1997	Soll 1998	Soll 1996	am 1.2.1996
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	11	11	11	11
Lastkraftwagen	-	-	-	-
Kommunaltraktoren	4	4	4	4

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
Gesamtausgaben für Kraftfahrzeughaltung:		
Kosten wie vor	65,0	65,0
Personalausgaben	76,0	78,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	56,4	25,0
Zusammen	197,4	168,0

Zu 10 92/515 21

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Geräte und Einrichtungen für Labor	960,0	1 050,0
2. Glaswaren, Versandgefäße u.ä.	520,0	550,0
3. Unterhaltung	720,0	825,0
Zusammen	2 200,0	2 425,0

1998 gegenüber 1997:

225,0 Tsd DM mehr wegen Rückübertragung der Aufgaben der Chemischen Untersuchungsanstalt der Stadt Nürnberg sowie Preissteigerungen.

Zu 10 92/516 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Schutzkleidung für Laborpersonal	120,0	120,0
2. Schutzkleidung für sonstiges Personal	25,0	25,0
Zusammen	145,0	145,0

1997 gegenüber 1996:

35,0 Tsd DM weniger infolge Anpassung an die Istaussgabe.

10 92 LANDESUNTERSUCHUNGSÄMTER FÜR DAS GESUNDHEITSWESEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
517 01-1	314	BEWIRTSCHAFTUNG DER GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME	2.130,0	2.200,0	A 2.030,0 B 1.547,4 C 1.695,4
517 05-7	314	BEWIRTSCHAFTUNG DURCH HEIZUNG, BELEUCHTUNG UND ELEKTRISCHE KRAFT	2.040,0	2.045,0	A 2.077,0 B 1.551,6 C 1.602,2
518 01-0	314	MIETEN UND PACHTEN FÜR GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME	---	---	A ---
518 11-8	314	MIETEN UND PACHTEN FÜR MASCHINEN UND GERÄTE	10,0	10,0	A 10,0 B 5,9 C 3,1
519 01-9	314	UNTERHALTUNG DER GRUNDSTÜCKE UND BAULICHEN ANLAGEN	1.000,0	1.000,0	A 1.200,0 B 953,8 C 1.045,2
522 01-4	314	VERBRAUCHSMITTEL <i>DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT SICH UM DIE MEHREINNAHME BEI 125 01 UND DIE ISTEINNAHMEN BEI 251 01 UND 282 01, SOWEIT NICHT BEI 515 21 UND 812 02 IN ANSPRUCH GENOMMEN. GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG MIT 515 21.</i>	3.695,0	3.800,0	A 3.640,0 B 2.960,4 C 3.114,2
525 02-0	314	AUS- UND FORTBILDUNG VON DESINFEKTOREN UND VON IM ÜBERWACHUNGSDIENST ZUM SCHUTZE DER VERBRAUCHER TÄTIGEN	25,0	25,0	A 20,0 B 18,2 C 18,5
527 01-9	314	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR INLANDSDIENSTREISEN	140,0	142,0	A 130,0 B 128,8 C 127,4
527 11-7	314	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR AUSLANDSDIENSTREISEN	2,0	2,0	A 2,0 C 0,3
532 01-2	314	INANSPRUCHNAHME FREMDER EINRICHTUNGEN	140,0	140,0	A 30,0 B 4,6 C 16,8

Erläuterungen

Zu 10 92/517 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung .	1 550,0	1 610,0
2. Steuern und Abgaben	70,0	70,0
3. Geräte	130,0	130,0
4. Sonstige Hausbewirtschaftungskosten	380,0	390,0
Zusammen	2 130,0	2 200,0

1997 gegenüber 1996:

100,0 Tsd DM mehr infolge gestiegener Bewirtschaftungskosten, steigender Kosten für Müllbeseitigung, Abwasser und für die Beseitigung von Sondermüll.

1998 gegenüber 1997:

70,0 Tsd DM mehr wegen Preissteigerungen.

Zu 10 92/517 05

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Heizung	610,0	615,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft, Heizung durch Gas und Elektrizität	1 430,0	1 430,0
Zusammen	2 040,0	2 045,0

Zu 10 92/519 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke einschl. Zubehör	970,0	970,0
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschl. Zubehör	30,0	30,0
Zusammen	1 000,0	1 000,0

1997 gegenüber 1996:

200,0 Tsd DM weniger nach dem voraussichtlichen Anfall.

Vgl. auch Erläuterung bei Kap. 10 02 Titel 519 01.

Zu 10 92/522 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Ankaufs- und Unterhaltungskosten	125,0	130,0
2. Untersuchungsmittel, Reagenzien, Einmal-Laborgefäße u.a.	3 570,0	3 670,0
Zusammen	3 695,0	3 800,0

1997 gegenüber 1996:

55,0 Tsd DM mehr wegen kostenintensiver Verbrauchsmittel bei neuen, aufwendigen Analysenmethoden sowie für Preiserhöhungen.

1998 gegenüber 1997:

105,0 Tsd DM mehr wegen Rückübertragung der Aufgaben der chemischen Untersuchungsanstalt der Stadt Nürnberg sowie für Preiserhöhungen.

Zu 10 92/525 02

Zur Fortbildung des Personals der Landratsämter und kreisfreien Gemeinden, das im Überwachungsdienst zum Schutze der Verbraucher eingesetzt ist, und zur Ausbildung von Desinfektoren.

Zu 10 92/532 01

1997 gegenüber 1996:

110,0 Tsd DM mehr für Vorsorgeuntersuchungen von Bediensteten nach den UVV sowie für Untersuchungen, die von Speziallabors durchzuführen sind (z. B. Isotopenuntersuchungen, Asbestuntersuchungen).

10 92 LANDESUNTERSUCHUNGSÄMTER FÜR DAS GESUNDHEITSWESEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
532 11-0	314	UMZUGS- UND VERLEGUNGSKOSTEN VON DIENSTSTELLEN	17,0	17,0	A --- C 12,6
533 01-1	314	SONSTIGE BETRIEBSAUSGABEN	170,0	180,0	A 148,0 B 125,8 C 112,8
533 02-0 -----	314	KOSTEN FÜR LABORAKKREDITIERUNG IM RAHMEN DER QUALI- TÄTSSICHERUNG	83,0	104,0	A
546 49-0	314	VERMISCHTE VERWALTUNGSAUSGABEN	12,0	12,0	A 12,0 B 11,1 C 5,3
BAUMASSNAHMEN					
701 01-7	314	KLEINE NEU-, UM- UND ERWEITERUNGSBAUTEN	300,0	300,0	A 300,0 B 79,8 C 89,7
710 00-7	314	STAATLICHE HOCHBAUMASSNAHMEN (SIEHE ANLAGE S) VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 10.000,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	2.700,0	4.200,0	A 1.500,0 B 889,2 C 1.196,1
SONSTIGE AUSGABEN FÜR INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN					
811 01-4	314	ERWERB VON DIENSTFAHRZEUGEN	56,4	25,0	A 53,8 B 58,4 C 32,8

Erläuterungen

Zu 10 92/532 11

Umzug von Teilen der Außenstelle Regensburg (Medizin) nach Erlangen.

Zu 10 92/533 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Verpackungs- und Zustellungskosten für Betriebs-		
zwecke	135,0	140,0
2. Wäsche (Handtücher u. dgl.)	25,0	30,0
3. Sonstiges	10,0	10,0
Zusammen	170,0	180,0

1997 gegenüber 1996:

22,0 Tsd DM mehr wegen steigender Zustellungskosten (Frachtgebühren, Kurier- und Botendienste) sowie Preiserhöhungen.

Zu 10 92/533 02

Aufwendungen für Laborakkreditierung nach EG-Recht sowie Teilnahme an Ringversuchen der Qualitätssicherung.

1997 gegenüber 1996:

83,0 Tsd DM mehr infolge erstmaliger Veranschlagung.

Zu 10 92/546 49

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte .	-	-
2. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen		
Bekanntmachungsblättern	6,0	6,0
3. Verlustentschädigungen	1,5	1,5
4. Auslagen für Vorstellungsreisen	3,0	3,0
5. Sonstige vermischte Ausgaben	1,5	1,5
Zusammen	12,0	12,0

Zu 10 92/701 01

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
LUA Nordbayern		
Einbau von weiteren Labors im Dienstgebäude Nürnberg	300,0	300,0
Zusammen	300,0	300,0

Vgl. auch Erläuterung zu Kap. 10 02 Titel 701 01.

Zu 10 92/811 01

1997 Tsd DM

1. Erstbeschaffung	-
2. Ersatzbeschaffung	
Zu ersetzen:	
1 Pkw, 51 kW, 5türlich, Baujahr 1988, voraussichtliche Fahrleistung am	
1.1.1997 160 000 km	
1 Pkw, 51 kW, 5türlich, Baujahr 1987, voraussichtliche Fahrleistung am	
1.1.1997 130 000 km	
Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:	
2 Pkw, 55 kW, 5türlich	56,4

1998

1. Ersatzbeschaffung	-
2. Ersatzbeschaffung	
Zu ersetzen:	
1 Kommunaltraktor, Baujahr 1976	
Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:	
1 Kommunaltraktor	25,0

10 92 LANDESUNTERSUCHUNGSÄMTER FÜR DAS GESUNDHEITSWESEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
812 01-3	314	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE FÜR DIE VERWALTUNG	130,0	250,0	A 70,0 B 13,8 C 38,2
812 02-2	314	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE FÜR ANSTALTSBETRIEB <i>DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT SICH UM DIE ISTEINNAHME BEI 251 01, SOWEIT NICHT BEI 515 21 UND 522 01 IN ANSPRUCH GENOMMEN.</i>	3.200,0	3.200,0	A 3.390,0 B 2.541,2 C 2.230,1
812 03-1	314	ANSCHAFFUNG VON FERNMELDEANLAGEN	140,0	---	A 200,0
TITELGRUPPEN					
99 DATENVERARBEITUNG <i>TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.</i>					
427 99-3	314	BESCHÄFTIGUNGSENTGELTE	20,0	20,0	A ---
513 99-8	314	LEISTUNGSENTGELTE FÜR POST- UND FERNMELDEDIENST-LEISTUNGEN	50,0	60,0	A 40,0 B 27,2 C 26,5

Erläuterungen

Zu 10 92/812 01

Es werden insbesondere beschafft:

Aktenvernichter, Zeiterfassungsgeräte, Frankiermaschine, Kuvertier- und Falzmaschine, Kopiergeräte, Druckmaschine, Ersatzbeschaffung von verbrauchten Einrichtungsgegenständen (Programmausstattung).

Zu 10 92/812 02

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Ergänzungsbeschaffungen		
LUA Südbayern	740,0	300,0
LUA Nordbayern	800,0	500,0
2. Ersatzbeschaffungen		
LUA Südbayern	760,0	1 200,0
LUA Nordbayern	900,0	1 200,0
Zusammen	3 200,0	3 200,0

Die Geräteausrüstung der Landesuntersuchungsämter muß auf einem hohen technischen Standard gehalten werden, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können.

Zu 10 92/812 03

1997

Ersatzbeschaffung von Fernsprechanlagen für das Landesuntersuchungsamt Nordbayern.

Zu 10 92/99

Die Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen benötigen zur Erfüllung ihrer Aufgaben (insbesondere beim Verbraucherschutz und hier wiederum insbesondere bei der amtlichen Lebensmittelüberwachung) eine leistungsfähige DV-Ausstattung.

1997 gegenüber 1996:

260,0 Tsd DM weniger und

1998 gegenüber 1997:

160,0 Tsd DM mehr nach dem jeweils vorgesehenen Jahresbedarf zur Einführung einer neuen Informations- und Kommunikationstechnik.

Personal im Kap. 10 92, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr	vorgesehenes	vorgesehenes	Stellensoll
VergGr	Stellensoll	Stellensoll	lt. Haushalt
	1997	1998	1996
Plan-Beamte			
A 12	1	1	1
A 11	3	3	2
A 10	3	3	2
Summe	7	7	5
Angestellte			
IVb	1	1	2
Vb	3	3	-
Vc	1	1	-
Summe	4	4	2
Insgesamt	11	11	7

Zu 10 92/513 99

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Postgebühren	-	-
2. Laufende Fernmeldekosten	-	-
3. Miete, Wartung und Sonstiges	50,0	60,0
Zusammen	50,0	60,0

10 92 LANDESUNTERSUCHUNGSÄMTER FÜR DAS GESUNDHEITSWESEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
515 99-6	314	GERÄTE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE, WARTUNG	175,0	300,0	A 110,0 B 117,4 C 111,3
518 99-3	314	MIETEN FÜR ELEKTRONISCHE DATENVERARBEITUNGSANLAGEN, GERÄTE UND MASCHINEN	---	---	A ---
519 99-2	314	UNTERHALTUNG DER GRUNDSTÜCKE UND BAULICHEN ANLAGEN	280,0	250,0	A 30,0 B 33,0
522 99-7	314	VERBRAUCHSMITTEL	70,0	110,0	A 50,0 B 11,6 C 17,0
525 99-4	314	AUS- UND FORTBILDUNG	65,0	70,0	A 50,0 B 2,6 C 12,0
526 99-3	314	KOSTEN FÜR SACHVERSTÄNDIGE	70,0	70,0	A 50,0 B 12,9
527 99-2	314	REISEKOSTENVERGÜTUNGEN FÜR INLANDSDIENSTREISEN	30,0	30,0	A 5,0
533 99-4	314	NEBENKOSTEN DER DATENVERARBEITUNG	20,0	20,0	A 5,0 B 1,4

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 92/515 99

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	25,0	50,0
2. Wartung und Reparaturen	150,0	250,0
Zusammen	175,0	300,0

1997 gegenüber 1996:
65,0 Tsd DM mehr.

1998 gegenüber 1997:
125,0 Tsd DM mehr insbesondere wegen steigender Wartungskosten.

Zu 10 92/519 99

Veranschlagt ist der Bedarf die für den EDV-Betrieb erforderlichen baulichen Anpassungen und Erhaltungsmaßnahmen.

Zu 10 92/522 99

Für Endlospapier, Endlosformulare, Lochkarten, Lochstreifen, Farbbänder, Farbtücher usw.

Zu 10 92/525 99

Ausbildung des für den Einsatz der zusätzlichen Hardware bzw. der neuen Verfahren zuständigen Personals.

Zu 10 92/526 99

Aufwendungen bei der Einführung der neuen DV-Technik.

Zu 10 92/527 99

Im Rahmen der Einführung der neuen DV-Technik fallen verstärkt Dienstreisen an.

Zu 10 92/533 99

Erwerb von Fachliteratur.

10 92 LANDESUNTERSUCHUNGSÄMTER FÜR DAS GESUNDHEITSWESEN

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
534 99-3	314	VERGABE VON AUFTRÄGEN FÜR DATENERFASSUNG, SOFTWARE-ENTWICKLUNG U.Ä.	110,0	110,0	A 30,0 B 62,2 C 81,3
535 99-2	314	MIETEN FÜR SOFTWARE	---	---	A ---
701 99-0	314	KLEINE NEU-, UM- UND ERWEITERUNGSBAUTEN	---	---	A ---
812 99-6	314	ERWERB VON ELEKTRONISCHEN DATENVERARBEITUNGSANLAGEN, GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDEN	940,0	950,0	A 1.120,0
813 99-5	314	ERWERB VON SOFTWARE	400,0	400,0	A 1.000,0
980 99-2	314	HAUSHALTSTECHNISCHE VERRECHNUNGEN	10,0	10,0	A 10,0 C 2,1
		SUMME DER TITELGRUPPE	2.240,0	2.400,0	A 2.500,0 B 268,3 C 250,2
		GESAMTAUSGABEN	76.479,6	79.939,0	A 74.751,9 B 66.756,2 C 67.306,1
		ABSCHLUSS			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.	13.612,0	13.612,0	A 19.364,0 B 14.083,2 C 14.793,5
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	-	-	A --- B 352,7 C 592,1
		GESAMTEINNAHMEN	13.612,0	13.612,0	A 19.364,0 B 14.435,9 C 15.385,6
		PERSONAL-AUSGABEN	54.384,2	55.787,0	A 53.479,1 B 52.515,5 C 52.536,2
		SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	14.219,0	14.817,0	A 13.629,0 B 10.658,3 C 11.180,9
		BAUMASSNAHMEN	3.000,0	4.500,0	A 1.800,0 B 969,0 C 1.285,8
		SONSTIGE SACHINVESTITIONEN	4.866,4	4.825,0	A 5.833,8 B 2.613,4 C 2.301,1
		BESONDERE FINANZIERUNGS-AUSGABEN	10,0	10,0	A 10,0 C 2,1
		GESAMTAUSGABEN	76.479,6	79.939,0	A 74.751,9 B 66.756,2 C 67.306,1
		ZUSCHUSS	62.867,6	66.327,0	A 55.387,9 B 52.320,3 C 51.920,5

Erläuterungen

Zu 10 92/534 99

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
1. Datenerfassung durch Dritte	-	-
2. Softwareentwicklung durch Dritte	110,0	110,0
3. Sonstiges	-	-
Zusammen	110,0	110,0

Zu 10 92/812 99

	1997	1998
	Tsd DM	Tsd DM
Veranschlagt sind:		
1. 84/85 PC-Arbeitsplätze einschl. Standardsoftware (Erstbeschaffung)	840,0	850,0
2. 1/1 Server (Erstbeschaffung)	100,0	100,0
Zusammen	940,0	950,0

Zu 10 92/813 99

1997 gegenüber 1996:
600,0 Tsd DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		ABSCHLUSS EPL. 10			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN U. DGL.	305.637,5	307.851,6	A 340.601,7 B 297.755,4 C 302.504,0
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	301.192,2	308.625,1	A 256.031,5 B 216.178,8 C 176.816,4
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN, BESONDERE FINANZIERUNGSEINNAHMEN	25.092,8	26.415,9	A 26.630,3 B 17.871,1 C 52.857,3
		GESAMTEINNAHMEN	631.922,5	642.892,6	A 623.263,5 B 531.805,3 C 532.177,7
		PERSONALAUSGABEN	594.154,0	608.614,3	A 579.443,4 B 578.551,0 C 559.886,3
		SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	510.694,3	508.544,8	A 575.637,7 B 504.348,9 C 564.274,7
		VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 24.690,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 24.735,0			
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE MIT AUSNAHME FÜR INVESTITIONEN	2.288.037,3	2.434.828,3	A 2.100.618,2 B 2.064.353,3 C 2.131.765,7
		VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 13.880,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 13.875,0			
		BAUMASSNAHMEN	26.200,0	25.200,0	A 40.900,0 B 20.881,6 C 46.559,3
		VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 6.350,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 18.000,0			
		SONSTIGE SACHINVESTITIONEN	14.547,8	14.274,2	A 18.258,5 B 11.815,6 C 15.371,3
		VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 717,6 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 350,0			
		INVESTITIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN	201.189,0	213.608,3	A 246.030,7 B 242.083,5 C 215.226,6
		VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 113.454,5 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 112.980,0			
		BESONDERE FINANZIERUNGS-AUSGABEN	2.097,0	1.974,2	A 2.016,3 B 1.661,6 C 34.866,4
		GESAMTAUSGABEN	3.636.919,4	3.807.044,1	A 3.562.904,8 B 3.423.695,5 C 3.567.950,3
		VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 159.092,1 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 169.940,0			
		ZUSCHUSS	3.004.996,9	3.164.151,5	A 2.939.641,3 B 2.891.890,2 C 3.035.772,6

ÜBERSICHT ÜBER DIE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN IM EINZELPLAN 10

KAPITEL TITEL	ZWECKBESTIMMUNG	1997		1998	
		HAUSHALTS- ANSATZ TSD.DM	VERPFL.ER- MÄCHTIGUNG TSD.DM	HAUSHALTS- ANSATZ TSD.DM	VERPFL.ER- MÄCHTIGUNG TSD.DM
1	2	3	4	5	6
10 01					
812 03	ERWERB VON VERWALTUNGSEIGENEN FERNMELDEANLAGEN, SOWEIT DIE AUSGABEN NICHT ZU DEN BAUKOSTEN GEHÖREN	700,0	690,0	690,0	-
10 02					
533 01	KOSTEN FÜR DIE INANSPRUCHNAHME VON INFORMATIONSDIENSTLEISTUNGEN	102,0	-	120,0	45,0
10 03					
526 21	KOSTEN FÜR DIE ERTEILUNG VON FORSCHUNGS-AUFTRÄGEN TG 72 MASSNAHMEN, DIENSTE UND EINRICHTUNGEN FÜR PERSONEN MIT BESONDEREN SOZIALEN SCHWIERIGKEITEN U. DGL.	80,0	60,0	80,0	60,0
893 72	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN SONSTIGE TG 87 LEISTUNGEN NACH DEM SCHWERBEHINDERTENGESETZ AUS DER AUSGLEICHSABGABE	300,0	250,0	300,0	250,0
863 87	DARLEHEN AN EINZELNE SCHWERBEHINDERTE UND AN SONSTIGE	10.000,0	5.000,0	10.000,0	5.000,0
893 87	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN SONSTIGE ZUR SCHAFFUNG, ERWEITERUNG, AUSSTATTUNG UND MODERNISIERUNG VON EINRICHTUNGEN DER BERUFLICHEN REHABILITATION SCHWERBEHINDERTER NACH § 30 SCHWBAV	34.025,0	20.000,0	39.625,0	20.000,0
10 05					
	TG 72 MASSNAHMEN DER BERUFSFÖRDERUNG UND DER FÖRDERUNG DER BERUFS-AUS- UND -WEITERBILDUNG JUGENDLICHER (BAYER. JUGENDWERK)				
893 72	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN SONSTIGE IM INLAND TG 73 MASSNAHMEN ZUR FÖRDERUNG DER BERUFSHILFE UND FREIWILLIGER SOZIALER DIENSTE	50,0	30,0	50,0	30,0
684 73	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE AN SOZIALE ODER ÄHNLICHE EINRICHTUNGEN	900,0	680,0	950,0	680,0
893 73	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN SONSTIGE IM INLAND TG 75 LEISTUNGEN FÜR AUS MITTELN DES LANDES UND DER BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT VERSTÄRKT GEFÖRDERTE ARBEITSBESCHAFFUNGSMASSNAHMEN	3.650,0	1.500,0	3.600,0	1.500,0
653 75	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GV	10.800,0	6.800,0	10.800,0	6.800,0
853 75	DARLEHEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE TG 76 ARBEITSMARKTPOLITISCHE MASSNAHMEN DER BERUFLICHEN ORIENTIERUNG, ANPASSUNG UND EINGLIEDERUNG VON ARBEITSKRÄFTEN	200,0	200,0	200,0	200,0
684 76	ZUSCHÜSSE AN SOZIALE ODER ÄHNLICHE EINRICHTUNGEN	1.100,0	100,0	1.100,0	100,0
893 76	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN SONSTIGE IM INLAND	3.500,0	900,0	3.500,0	900,0

ÜBERSICHT ÜBER DIE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN IM EINZELPLAN 10

KAPITEL TITEL	ZWECKBESTIMMUNG	1997		1998	
		HAUSHALTS- ANSATZ TSD.DM	VERPFL.ER- MÄCHTIGUNG TSD.DM	HAUSHALTS- ANSATZ TSD.DM	VERPFL.ER- MÄCHTIGUNG TSD.DM
1	2	3	4	5	6
	TG 78 MASSNAHMEN, DIENSTE UND EINRICHTUNGEN FÜR BEHINDERTE, INSBESONDERE DER BERUFLICHEN, SOZIALEN UND MEDIZINISCHEN REHABILITATION				
893 78	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN SONSTIGE	24.000,0	19.000,0	25.500,0	19.000,0
	TG 79 MASSNAHMEN FÜR AUSLÄNDISCHE ARBEITNEHMER UND IHRE FAMILIENANGEHÖRIGEN, INSBESONDERE ZUR FÖRDERUNG DER SOZIALEN UND GESELLSCHAFTLICHEN EINGLIEDERUNG				
684 79	ZUSCHÜSSE AN SOZIALE ODER ÄHNLICHE EINRICHTUNGEN	4.225,0	500,0	4.225,0	500,0
	TG 80 FÖRDERUNG DER BERUFSBILDUNG IN DER STÄDTISCHEN HAUSWIRTSCHAFT				
684 80	ZUSCHÜSSE AN SOZIALE ODER ÄHNLICHE EINRICHTUNGEN	232,0	80,0	232,0	80,0
	TG 81 KOMPLEMENTÄRMITTEL ZUR BINDUNG VON ZUWEISUNGEN AUS DEM EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS, INSBESONDERE FÜR DIE BERUFLICHE QUALIFIZIERUNG UND EINGLIEDERUNG VON ARBEITNEHMERN				
685 81	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE	7.000,0	3.500,0	7.000,0	3.500,0
10 06					
881 01	ZUWEISUNG AN DEN BUND FÜR DIE BETEILIGUNG DES LANDES AN DEN BAUKOSTEN FÜR DAS LASTENAUSGLEICHARCHIV IN BAYREUTH	4.900,0	1.468,5	5.000,0	-
893 05	ZUWENDUNG ZUR ERWEITERUNG DES EGERLAND-KULTURHAUSES IN MARKTREDWITZ	600,0	1.106,0	583,0	-
10 07					
	TG 71 LANDESPLAN FÜR ALTENHILFE				
526 71	KOSTEN VON UNTERSUCHUNGEN U. DGL.	80,0	50,0	80,0	50,0
536 71	KOSTEN VON FACHTAGUNGEN UND PROJEKTBEGLEITUNG	65,0	50,0	65,0	50,0
653 71	SONSTIGE ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDE- VERBÄNDE	160,0	100,0	160,0	100,0
684 71	ZUSCHÜSSE AN SONSTIGE	805,0	300,0	830,0	300,0
853 71	DARLEHEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE	17.500,0	10.000,0	13.500,0	9.000,0
861 71	DARLEHEN AN ÖFFENTLICHE UNTERNEHMEN	750,0	500,0	3.000,0	1.500,0
862 71	DARLEHEN AN PRIVATE UNTERNEHMEN	750,0	500,0	3.000,0	1.500,0
863 71	DARLEHEN AN SONSTIGE IM INLAND	14.500,0	10.000,0	14.000,0	9.000,0
883 71	ZUWEISUNGEN FÜR INVESTITIONEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE	4.000,0	1.500,0	5.000,0	2.000,0
891 71	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN ÖFFENTLICHE UNTERNEHMEN	1.750,0	500,0	2.250,0	750,0
892 71	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN PRIVATE UNTERNEHMEN	1.750,0	500,0	2.250,0	750,0
893 71	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN SONSTIGE	9.825,0	2.000,0	12.800,0	3.500,0

383
ÜBERSICHT ÜBER DIE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN IM EINZELPLAN 10

KAPITEL TITEL	ZWECKBESTIMMUNG	1997		1998	
		HAUSHALTS- ANSATZ TSD.DM	VERPFL.ER- MÄCHTIGUNG TSD.DM	HAUSHALTS- ANSATZ TSD.DM	VERPFL.ER- MÄCHTIGUNG TSD.DM
1	2	3	4	5	6
	TG 72 FÖRDERUNG VON SOZIALEN DIENSTEN IM BAYERISCHEN NETZWERK PFLEGE				
526 72	KOSTEN VON UNTERSUCHUNGEN U. DGL.	400,0	400,0	400,0	400,0
531 72	ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND DOKUMENTATION	300,0	100,0	300,0	100,0
653 72	SONSTIGE ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDE- VERBÄNDE	500,0	300,0	500,0	300,0
683 72	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE AN PRIVATE UNTERNEHMEN	400,0	200,0	400,0	200,0
684 72	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE AN SOZIALE ODER ÄHNLICHE EINRICHTUNGEN	8.000,0	1.000,0	8.000,0	1.000,0
	TG 73 FÖRDERUNG VON MASSNAHMEN UND EINRICHTUNGEN FÜR DIE FAMILIE				
685 73	ZUSCHÜSSE FÜR LAUFENDE ZWECKE AN SONSTIGE	4.095,0	150,0	4.095,0	150,0
893 73	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN SONSTIGE	1.100,0	800,0	1.100,0	800,0
	TG 74 FÖRDERUNG VON MASSNAHMEN UND EINRICHTUNGEN DER JUGENDHILFE				
893 74	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN SONSTIGE	9.000,0	4.500,0	9.000,0	4.500,0
	TG 79 FÖRDERUNG VON HEIMEN UND ÄHNLICHEN EINRICHTUNGEN NACH ART. 24 BAYER. SCHULFINANZIERUNGSGESETZ				
893 79	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN SONSTIGE	4.400,0	3.500,0	4.400,0	3.500,0
	TG 82 FÖRDERUNG VON MASSNAHMEN ZUM ABBAU DER GEWALT GEGEN FRAUEN UND KINDER				
526 82	KOSTEN VON UNTERSUCHUNGEN U. DGL.	50,0	30,0	50,0	30,0
10 08					
	TG 92 FÖRDERUNG VON SUCHTBEKÄMPFUNG UND DROGENTHERAPIE				
893 92	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN SONSTIGE	1.000,0	800,0	1.000,0	800,0
	TG 97 MASSNAHMEN, DIENSTE UND EINRICHTUNGEN ZUR VERSORGUNG PSYCHISCH KRANKER UND PSYCHISCH BEHINDER- TER; PSYCHOSOZIALE PRAEVENTION				
893 97	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN AN SONSTIGE	500,0	1.500,0	1.500,0	1.500,0
10 20					
671 01	ERSATZ DER FÜR DIE DURCHFÜHRUNG DER VERSEHRTENLEIBESÜBUNGEN ENTSTEHENDEN VERWALTUNGSKOSTEN GEMÄSS § 11 A ABS. 4 BVG	175,0	170,0	170,0	165,0
701 01	KLEINE NEU-, UM- UND ERWEITERUNGSBAUTEN	600,0	200,0	400,0	-
812 03	ERWERB VON VERWALTUNGSEIGENEN FERNMELDEANLAGEN, SOWEIT DIE AUSGABEN NICHT ZU DEN BAUKOSTEN GEHÖREN	45,0	-	---	350,0

ÜBERSICHT ÜBER DIE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN IM EINZELPLAN 10

KAPITEL TITEL	ZWECKBESTIMMUNG	1997		1998	
		HAUSHALTS- ANSATZ TSD.DM	VERPFL.ER- MÄCHTIGUNG TSD.DM	HAUSHALTS- ANSATZ TSD.DM	VERPFL.ER- MÄCHTIGUNG TSD.DM
1	2	3	4	5	6
10 30					
811 01	ERWERB VON DIENSTFAHRZEUGEN	26,4	27,6	27,6	-
10 50					
518 01	MIETEN UND PACHTEN FÜR GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME	39.500,0	16.000,0	39.500,0	16.000,0
10 53					
518 01	MIETEN UND PACHTEN FÜR GRUNDSTÜCKE, GEBÄUDE UND RÄUME	78.000,0	8.000,0	78.000,0	8.000,0
10 71					
891 01	ZUSCHUSS FÜR BAUINVESTITIONEN	13.560,5	16.000,0	14.285,0	17.000,0
10 72					
883 01	ZUWEISUNGEN FÜR INVESTITIONEN AN BEZIRKE	12.500,0	10.000,0	12.500,0	10.000,0
10 90					
701 01	KLEINE NEU-, UM- UND ERWEITERUNGSBAUTEN	400,0	250,0	350,0	-
10 91					
	TG 72 GRENZKONTROLLSTELLEN				
881 72	ERRICHTUNG VON GRENZKONTROLLSTELLEN AN GRENZÜBERGÄNGEN	1.400,0	1.400,0	1.400,0	-
EPL. 10					
710 00	STAATLICHER HOCHBAU MIT GESAMTKOSTEN VON MEHR ALS 750,0 TSD. DM JE MASSNAHME (ANLAGE S)	24.000,0	5.900,0	23.000,0	18.000,0
	SUMME DER VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN:		159.092,1		169.940,0

Wirtschaftsplan

für das Krankenhaus

mit kaufmännischer doppelter Buchführung

Hohe Warte Bayreuth

(Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Gesundheit)

Die Kosten der Krankenhausleistungen sind gemäß § 17 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze – KHG – vom 10. April 1991 (BGBl I S. 886) nach Maßgabe der Krankenhaus-Buchführungsverordnung auf der Grundlage der kaufmännischen Buchführung und einer Kosten- und Leistungsrechnung zu ermitteln.

**Wirtschaftsplan für das
Krankenhaus Hohe Warte Bayreuth**

A. Erfolgsplan des KH Hohe Warte, Bayreuth

Geschäftsjahre 1997 und 1998 (1.1. - 31.12.)

KGr	Aufwendungen	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM	Soll 1996 Tsd DM	Ist 1995 Tsd DM
60,61	Löhne und Gehälter einschl. gesetzlicher Sozialabgaben 1)	51 169,6	55 846,2	47 150,4	43 923,8
62	Aufwendungen für die Altersversorgung	2 762,0	3 013,6	2 580,0	2 360,5
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützungen	180,0	180,0	220,0	170,0
64	Sonstige Personalaufwendungen	247,8	256,1	275,1	245,0
60-64	Personalaufwendungen	54 359,4	59 295,9	50 225,5	46 699,3
60-64	Personalaufwendungen aus zweckgebundenen Einnahmen	-	-	-	-
60-64	Personalaufwendungen insgesamt	54 359,4	59 295,9	50 225,5	46 699,3
	1) Zu KGr 60-62: davon				
	Löhne der Arbeiter	4 597,8	4 835,3	3 490,5	3 213,0
	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	20,5	20,0	23,0	20,0
	Überstundenvergütungen für Angestellte (davon Bereitschaftsdienstvergütungen)	1 750,0	1 800,0	1 860,0	1 830,0
	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für ehrenamtlich und nebenberuflich Tätige	(1 260,0)	(1 296,0)	(1 545,0)	(1 339,6)
		-	-	-	-
65	Lebensmittel	955,7	1 052,5	1 130,8	1 100,0
66	Medizinischer Bedarf	13 947,0	15 948,7	15 054,7	13 137,0
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	1 536,3	1 687,1	1 707,1	1 358,0
68	Wirtschaftsbedarf	3 516,4	3 888,5	4 686,2	3 985,3
69	Verwaltungsbedarf	764,6	922,2	724,1	717,2
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	266,9	274,1	464,0	382,6
71	Wiederbeschaffte Gebrauchsgüter (soweit Festwerte gebildet werden)	-	-	-	-
72	Instandhaltung				
	a) erfolgswirksam	3 046,8	3 259,0	3 900,0	3 005,3
	b) erfolgsneutral	50,0	50,0	-	-
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	232,2	252,4	253,6	231,1
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-	-	-
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	241,5	258,5	166,0	94,5
65-74,					
78	Sachaufwendungen	24 557,4	27 593,0	28 086,5	24 011,0
78	Sachaufwendungen aus zweckgebundenen Einnahmen	-	-	-	-
65-74,					
78	Sachaufwendungen insgesamt	24 557,4	27 593,0	28 086,5	24 011,0
75	Auflösung von Ausgleichsposten und Zuführungen der Fördermittel nach KHG zu Sonderposten oder Verbindlichkeiten	22 878,0	19 500,2	26 289,1	10 624,6
76	Abschreibungen				
	a) erfolgswirksam	1 244,5	1 264,5	4 652,2	1 285,9
	b) erfolgsneutral	4 546,1	5 093,1	-	2 968,2
77	Aufwendungen für die Nutzung von Anlagegütern nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 KHG	176,5	182,6	272,1	232,6
79	Übrige Aufwendungen	70,0	70,0	76,5	42,7
	- Budgetausgleich	-	-	-	555,1
75-77,					
79	Andere Aufwendungen	28 915,1	26 110,4	31 289,9	15 709,1
Gesamt		107 831,9	112 999,3	109 601,9	86 419,4

KGr	Erträge	1997 Tsd DM	1998 Tsd DM	Soll 1996 Tsd DM	Ist 1995 Tsd DM
40	Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen:				
	a) Pflegesatzbudget	71 061,3	78 846,6	70 201,7	66 917,9
	b) Budgetausgleich	-	-	-	- 1 565,4
41	Erlöse aus Wahlleistungen	939,3	963,2	1 113,8	957,6
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des KHW	491,0	507,0	318,4	524,6
43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	1 849,8	1 895,0	2 082,9	2 847,8
44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	670,0	682,1	636,6	655,1
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben, Notarztdienst	3 208,9	3 288,4	2 812,6	2 890,6
47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sowie Zuwendungen Dritter	59,4	59,4	31,3	147,7
55	Bestandsveränderungen, aktivierte Eigenleistungen	-	-	-	-
57	Sonstige ordentliche Erträge	530,1	546,3	478,0	538,4
40-45, 47,55,					
57	Betriebliche Erträge	78 809,8	86 788,0	77 675,3	73 914,3
46	Erträge aus Fördermitteln nach KHG:				
	a) Fördermittel, die zu passivieren sind	22 651,5	19 267,6	25 617,0	10 624,6
	b) Sonstige Fördermittel	226,5	232,6	672,1	232,6
48	Erträge aus der Einstellung von Ausgleichs- posten aus Darlehensförderung und für Eigenmittelförderung	235,1	235,1	140,0	235,1
49	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, Verbindlichkeiten nach dem KHG und Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	4 311,0	4 858,0	3 383,7	2 733,1
50	Erträge aus Beteiligungen und anderen Finanzanlagen	-	-	-	-
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,0	1,0	1,0	3,0
52	Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und aus Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens	1,0	1,0	2,5	1,0
54	Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	-	-	-	-
58	Erträge aus Ausgleichsbeträgen nach § 4 Abs. 1 bis 3 BPflV für frühere Geschäftsjahre	-	-	-	23,9
59	Übrige Erträge	1,5	1,5	10,0	1,5
46,48- 52,54, 58,59					
	Andere Erträge	27 427,6	24 596,8	29 826,3	13 854,8
	Erträge insgesamt	106 237,4	111 384,8	107 501,6	87 769,1
	Jahresfehlbetrag	1 594,5	1 614,5	2 100,3	-
	Jahresüberschuß	-	-	-	- 1 349,7
	Gesamt	107 831,9	112 999,3	109 601,9	86 419,4

Anlage zu Kapitel 10 71**Erläuterungen zum Erfolgsplan:**

Die Beträge folgender Aufwendungspositionen sind verbindlich:

1. Löhne der Arbeiter
2. Mehrarbeitsvergütungen für Beamte
3. Überstundenvergütungen für Angestellte
Durch Verringerung der geleisteten Überstunden eingesparte Personalaufwendungen dürfen zur Beschäftigung von Krankenpflegepersonal und Ärzten über den Stellenplan hinaus verwendet werden.
4. Summe Personalaufwendungen (KGr 60-64)
5. Summe Sachaufwendungen (KGr 65-74, 78)
6. Mindereinnahmen bis zu 200.0 Tsd DM aus humanitären Gründen für Behandlungen

B. Finanzplan für das Krankenhaus Hohe Warte, Bayreuth

Geschäftsjahre 1997 und 1998 (1.1. - 31.12.)

Zweckbestimmung	1997	1998	Soll 1996	Ist 1995
	Tsd DM	Tsd DM	Tsd DM	vorauss. Tsd DM
Bedarf				
1. Vermehrung des Anlagevermögens Verpfl.Erm. 1997: 16,0 Mio DM Verpfl.Erm. 1998: 17,0 Mio DM	16 435,5	19 135,0	19 650,0	10 505,8
2. Vermehrung des Umlaufvermögens	-	-	-	-
3. Jahresfehlbetrag lt. Erfolgsplan	1 594,5	1 614,5	2 100,3	-
4. Örtliche Beteiligung für geförderte Instandsetzungen	-	-	47,5	-
Summe	18 030,0	20 749,5	21 797,8	10 505,8
Deckung				
1. Zuweisungen für Investitionen nach dem KHG				
1.1 Gerätepauschale	1 682,7	1 682,7	1 495,8	1 562,3
1.2 sonstige Fördermittel			14 153,4	3 406,8
für Baukosten	10 700,5	13 365,0	-	-
für Gerätekosten	1 112,3	522,3	-	-
2. Erfolgswirksame Abschreibungen	1 244,5	1 264,5	1 800,6	1 285,9
2.1 Jahresüberschuß	-	-	-	1 349,7
3. Zuschuß des Krankenhausträgers:				
3.1 für den laufenden Betrieb (davon örtliche Beteiligung an Instandsetzungen)	350,0 (-)	350,0 (-)	347,2 (47,5)	- (-)
3.2 für Investitionen	2 940,0	1 000,0	4 000,8	2 901,1
4. Auflösung von Rückstellungen	-	2 565,0	-	-
Summe	18 030,0	20 749,5	21 797,8	10 505,8

Anlage zu Kapitel 10 71

Erläuterungen zum Finanzplan

Veranschlagt sind (Bedarf)		1997 Tsd DM	1998 Tsd DM	Gesamt- kosten 1) Tsd DM	Veranschlagt einschl. 1996 Tsd DM
1.	Baumaßnahmen				
1.1	Sanierung des Gebäudeteiles Ost-Mitte (Hauptgebäude), 2. Bauabschnitt	-	-	26 380,0	25 554,0
1.2	Sanierung des Wirtschaftsgebäudes einschl. Küche	3 910,5	-	11 840,0	7 989,5
1.3	Errichtung eines Funktionsbaues (3. Bauabschnitt)	8 300,0	16 000,0	63 420,0 2)	11 220,8
1.4	Errichtung eines Zentrums für Schädel-Hirn-Verletzte	1 000,0	500,0	6 176,0	4 317,0
1.5	Sonstige kleine Baumaßnahmen	150,0	150,0	-	-
1.6	Planungskosten	200,0	200,0	-	-
	Summe 1	13 560,5	16 850,0	107 816,0	49 081,3
	1) Zu 1.1: Kostenfestsetzung vom 11.04.95 Zu 1.2: Kostenfestsetzung vom 22.03.96 (2. Nachtrag) Zu 1.3: Kostenfestsetzung vom 21.02.96 Zu 1.4: Kostenfestsetzung vom 21.02.96 2) inkl. Planungskosten HU-Bau 1987				
2.	Beschaffung von Maschinen, Geräten und sonstigen Einrichtungsgegenständen				
2.1	Ersatzbeschaffungen:				
	Beatmungsgeräte	75,0	75,0		
	Narkosegeräte	150,0	150,0		
	OP-Instrumente (mikrochir.)	100,0	100,0		
	Computertomograph	1 000,0	-		
	Summe 2.1	1 325,0	325,0		
2.2	Ergänzungsbeschaffungen:				
	Laborautomat	-	250,0		
	OP-Mikroskop	-	150,0		
	Viewing-Plattform	450,0	-		
	Summe 2.2	450,0	400,0		
2.3	Neubeschaffungen:				
	Computersoftware	-	200,0		
	Einrichtungsgegenstände SHZ	-	250,0		
	Summe 2.3	-	450,0		
2.4	Kurzfristige Anlagegüter	900,0	900,0		
2.5	Wirtschafts- und Verwaltungsbedarf	120,0	130,0		
2.6	Investitionen in Wohnbauten	80,0	80,0		
	Summe 2	2 875,0	2 285,0		

3. Die Summen der Positionen 1 und 2 der Erläuterungen zum Finanzplan (Bedarf) sind jeweils verbindlich.

Sonderausweis

der staatlichen Hochbaumaßnahmen

mit mehr als 750 000 DM Gesamtkosten im Einzelfall

für den Bereich des

Epl. 10

1. Die Anlage S enthält 9 Baumaßnahmen mit voraussichtlichen Gesamtkosten von 184 Mio DM und 15 Planungstitel. Bis einschl. 1995 wurden 128 Mio DM bewilligt. 1996 standen 38,4 Mio DM zur Verfügung. Ab 1999 werden noch 17 Mio DM benötigt.

Neu in den Haushalt wurden 5 Vorhaben eingestellt.

2. Die Baumaßnahmen sind kreditfinanziert. Gemäß Nr. 1.2 DBestHG sind die in der Anlage S veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig. Die danach zulässige gegenseitige Deckung darf nicht zu einer Abweichung von den den einzelnen Bauvorhaben zugrundeliegenden Unterlagen gemäß Art. 24 bzw. 54 BayHO oder zu einer Überschreitung der festgesetzten Gesamtkosten der einzelnen Maßnahmen führen. Sie ist nur im Rahmen gemäß Art. 39 Abs. 4 BayHO freigegebener Haushaltsmittel möglich.
3. Bei Baumaßnahmen mit geschätzten Gesamtkosten über 2 Mio DM werden die Höhe der künftigen jährlichen Haushaltsmehrbelastungen gemäß Abschnitt F Nr. 5.6 RLBau bei der Aufstellung der Haushaltsunterlage – Bau ermittelt und mit dieser dem Ausschuß für den Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags anläßlich des Antrages auf Aufhebung des Sperrvermerks zur Kenntnis gebracht.

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A B C	SOLL 1996 IST 1995 IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5		6
10 01		MINISTERIUM				
710 06-2	011	EINBAU EINER USV-ANLAGE UND ERNEUERUNG DES NOTSTROM- AGGREGATES - PLANUNG -	1.000,0	---	A	1.000,0
		ZUGLEICH SUMME KAPITEL 10 01				
10 10		LANDEsarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte				
710 01-8	054	ARBEITSGERICHT MÜNCHEN ERRICHTUNG EINES GERICHTSGEBÄUDES AUF DEM GELÄNDE DACHAUER/SCHWERE-REITER-STRASSE IN MÜNCHEN - PLANUNG -	---	---	A B C	1.000,0 32,0 349,9
710 02-7	054	ARBEITSGERICHT ROSENHEIM ERWEITERUNG DES GERICHTSGEBÄUDES RATHAUSSTRASSE 23 IN ROSENHEIM	---	---	A B C	--- 1.128,3 1.016,2
725 01-1	054	ARBEITSGERICHT AUGSBURG INSTANDSETZUNG UND ERWEITERUNG DES GEBÄUDES FROHSINNSTR. 21 IN AUGSBURG	***	***	A	---
		SUMME KAPITEL 10 10	-	-	A B C	1.000,0 1.160,3 1.366,1
10 12		BAYER. LANDESSOZIALGERICHT, SOZIALGERICHTE				
735 01-5	054	UNTERBRINGUNG DES SOZIALGERICHTS BAYREUTH	---	---	A B C	--- 2.344,1 2.407,1
740 01-8	054	UNTERBRINGUNG DES BAYER. LANDESSOZIALGERICHTS IN SCHWEINFURT - PLANUNG -	---	***	A	500,0
		SUMME KAPITEL 10 12	-	-	A B C	500,0 2.344,1 2.407,1
10 15		VERWALTUNGSSCHULE DER SOZIALVERWALTUNG				
710 01-7	133	ERRICHTUNG EINES BILDUNGSZENTRUMS SOZIALVERWALTUNG IN WASSERBURG AM INN	***	***	A B C	--- 372,3 1.472,6
710 03-5	137	ERRICHTUNG VON WOHNUNGEN IN DEN GEBÄUDEN AUF DER BURG 11 UND 15; WASSERBURG - PLANUNG -	***	***	A	1.500,0

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 01/710 06

Zur Sicherung der rechnergestützten Arbeitsabläufe im Staatsministerium und des Landesprüfungsamtes für Sozialversicherung müssen Spannungsspitzen im Netz über eine USV-Anlage aufgefangen werden. Im Dienstgebäude des Ministeriums sind alle betriebswichtigen Einrichtungen notstromversorgt. Infolge der Zunahme der Abnehmer muß das Notstromaggregat, das ohnehin nicht mehr den Lärm- und Abgasimmissionsvorschriften entspricht, erneuert werden. Die Essensausgabe in der Kantine muß verbessert werden. Derzeit entstehen erhebliche Wartezeiten. An der Kantinenverpflegung nehmen außer den Bediensteten des Ministeriums noch die Bediensteten von zahlreichen weiteren Dienststellen teil.

Zu 10 10/710 01

Zur Unterbringung des Landesarbeitsgerichts München, des Amtsgerichtes München, des Sozialgerichtes München und der beiden Münchner Ämter für Versorgung und Familienförderung war bisher geplant, auf dem Gelände Dachauer/Schwere-Reiter-Straße in München ein Gebäude zu errichten. Aufgrund mangelnder Finanzierbarkeit wird das Vorhaben zunächst zurückgestellt.

Zu 10 10/710 02

Der Ansatz dient zur Abrechnung der Maßnahme.

Zu 10 12/735 01

Gesamtkosten	6 600,0 Tsd DM	
laut baufachlicher Festsetzung vom 02.06.1993.		
Bis einschl. 1995 bewilligt:	6 600,0 Tsd DM verausgabt:	5 227,0 Tsd DM
Ab 1999 noch benötigt:	- Tsd DM	

Für das Sozialgericht Bayreuth und das Arbeitsgericht Bayreuth müssen neue Räume geschaffen werden, da der Vermieter das Mietverhältnis für die bisherigen Räume gekündigt hat. Das Mannschaftsgebäude der ehemaligen Röhrenseekaserne wird deshalb für Zwecke der beiden Gerichte umgebaut.

Zu 10 12/740 01

Die bisherige Absicht, für die Zweigstelle des Bayer. Landessozialgerichtes in Schweinfurt ein Gebäude zu errichten, wurde aufgegeben. Die Zweigstelle verbleibt in gemieteten Räumen.

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A B C	SOLL 1996 IST 1995 IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5		6
10 15						
710 04-4	133	AUSBAU DES BILDUNGSZENTRUMS, 2. BA - PLANUNG -	---	500,0	A	500,0
		SUMME KAPITEL 10 15	-	500,0	A B C	2.000,0 372,3 1.472,6
10 20		BAYER. LANDESAMT UND ÄMTER FÜR VERSORGUNG UND FAMILIENFÖRDERUNG				
710 01-7	214	BAYER. LANDESAMT FÜR VERSORGUNG UND FAMILIENFÖRDERUNG SANIERUNG DES FLACHDACHES AUF DEM GEBÄUDE SCHELLINGSTRASSE 155 SOWIE ERNEUERUNG DER FASSADEN- ELEMENTE DES EDV-TRAKTES - PLANUNG - VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 500,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	500,0	500,0	A	
720 01-5	214	AMT FÜR VERSORGUNG UND FAMILIENFÖRDERUNG LANDSHUT AUFSTOCKUNG DES 1. ERWEITERUNGSBAUS - PLANUNG -	1.000,0	1.000,0	A	1.000,0
725 01-0	214	AMT FÜR VERSORGUNG UND FAMILIENFÖRDERUNG AUGSBURG INSTANDESETZUNG DES GEBÄUDES MORELLSTR. 30A IN AUGSBURG	---	---	A B C	--- 530,0 2.567,8
725 02-9	214	AMT FÜR VERSORGUNG UND FAMILIENFÖRDERUNG LANDSBERG A. LECH SANIERUNG DES GEBÄUDES NR. 3 DER SAARBURG-KASERNE - PLANUNG -	---	---	A	---
730 01-3	214	AMT FÜR VERSORGUNG UND FAMILIENFÖRDERUNG NÜRNBERG SANIERUNG UND UMBAU DES GEBÄUDES ROONSTR. 20 IN NÜRNBERG	1.000,0	200,0	A B C	1.500,0 261,9 64,7
735 02-7	214	AMT FÜR VERSORGUNG UND FAMILIENFÖRDERUNG BAYREUTH ERRICHTUNG EINES ÄMTERGEBÄUDES AUF DEM STAATSEIGENEN AREAL AN DER HEGELSTR. 2	1.000,0	---	A B C	1.500,0 1.156,9 2.354,0
735 03-6	214	BAYER. LANDESAMT FÜR VERSORGUNG UND FAMILIENFÖRDERUNG ERRICHTUNG VON ÄMTERGEBÄUDEN AUF DEM GELÄNDE RÖHRENSSEKASERNE - PLANUNG - VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 3.000,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	500,0	1.500,0	A	1.000,0
740 01-1	054	AMT FÜR VERSORGUNG UND FAMILIENFÖRDERUNG WÜRZBURG ERRICHTUNG EINES ERWEITERUNGSBAUES AUF DEM GELÄNDE GEORG-EYDEL-STRASSE 13 IN WÜRZBURG VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 5.000,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 5.000,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	7.000,0	8.000,0	A B C	7.000,0 5.491,0 2.698,9

Erläuterungen

Zu 10 15/710 04

Die Bayerische Staatsregierung hat im Jahre 1975 die Stadt Wasserburg a. Inn als Standort für den Fachbereich Sozialverwaltung der Bayerischen Beamtenfachhochschule bestimmt. Im Jahre 1993 konnte die Verwaltungsschule der Sozialverwaltung, in der ein Teil des Fachbereiches Sozialverwaltung untergebracht ist, ihren Betrieb aufnehmen. Der größere Teil des Fachbereiches ist derzeit noch in einem Mietgebäude in München untergebracht. Es ist in Wasserburg ein Erweiterungsbau zu errichten, um den Fachbereich Sozialverwaltung dort zu konzentrieren. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Zu 10 20/710 01

Das Flachdach auf dem Gebäude Schellingsstraße 155 sowie die Fassadenelemente am Anbau zu diesem Gebäude müssen erneuert werden. Im Rahmen dieser Arbeiten wird eine Wärmedämmung eingebracht (Energieeinsparung). Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Zu 10 20/720 01

Der 1. Erweiterungsbau des AVF Landshut muß zur Gewinnung weiterer Räume aufgestockt werden. In diesem Zusammenhang sind die Blechdächer des 1. und des 2. Erweiterungsbaues sowie die ohnehin schadhafte Fassade zu erneuern. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Zu 10 20/725 01

Der Ansatz dient zur Abrechnung der Maßnahme.

Zu 10 20/725 02

Aus den beiden Münchner Ämtern für Versorgung und Familienförderung sollen Organisationseinheiten nach Landsberg am Lech verlegt werden. Zur Unterbringung dieser Einheiten soll das Gebäude Nr. 3 der Saarburg-Kaserne in Landsberg am Lech angekauft und saniert werden. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Zu 10 20/730 01

Gesamtkosten (1. BA)	3 910,0 Tsd DM	
laut fachlicher Festsetzung vom 12.06.1995.		
Bis einschl. 1995 bewilligt:	2 591,0 Tsd DM verausgabt:	327,0 Tsd DM
Der 1. Bauabschnitt umfaßt den Ausbau der Röntgeneinrichtung und den Umbau zu Büroräumen. Mit den veranschlagten Ansätzen werden die Maßnahmen Fassadensanierung, Asbestentsorgung usw. geplant und durchgeführt.		
Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.		

Zu 10 20/735 02

Gesamtkosten	38 566,0 Tsd DM	
laut fachlicher Festsetzung vom 30.09.1994.		
Bis einschl. 1995 bewilligt:	38 268,0 Tsd DM verausgabt:	33 855,0 Tsd DM
Ab 1999 noch benötigt:	- Tsd DM	
Mit den veranschlagten Beträgen wird das Vorhaben fortgeführt.		

Zu 10 20/735 03

Die Staatsregierung hat am 31.03.1992 beschlossen, das Bayer. Landesamt für Versorgung und Familienförderung nach Bayreuth zu verlegen. Zur Unterbringung wurde das Gelände der ehemaligen Röhrenseekaserne in Bayreuth angekauft. Seit 01.07.1991 befindet sich bereits eine Außenstelle des Landesamtes in Bayreuth. In dem Ämtergebäude wird auch die Autobahndirektion Nordbayern untergebracht. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Zu 10 20/740 01

Gesamtkosten	49 715,0 Tsd DM	
laut fachlicher Festsetzung vom 03.05.1994.		
Bis einschl. 1995 bewilligt:	10 692,0 Tsd DM verausgabt:	8 839,0 Tsd DM
Ab 1999 noch benötigt:	17 000,0 Tsd DM	
Wegen weiterer Personalmehrung und Einführung der Datenverarbeitung im Gerichtsbetrieb ist die Verlegung des gesamten Gewerbeaufsichtsamtes Würzburg aus dem Gebäude Ludwigstraße 33 notwendig. Auf dem staatseigenen Grundstück Georg-Eydel-Straße 13 in Würzburg soll deshalb ein Erweiterungsbau erstellt werden.		

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A SOLL 1996 B IST 1995 C IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
10 20					
745 01-6	214	AMT FÜR VERSORGUNG UND FAMILIENFÖRDERUNG REGENSBURG ERRICHTUNG EINES ZWISCHENBAUES, SANIERUNG DES DIENST- GEBÄUDES - PLANUNG - VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 100,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	500,0	1.500,0	A
		SUMME KAPITEL 10 20	11.500,0	12.700,0	A 12.000,0 B 7.439,8 C 7.685,4
		VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 5.600,0 VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 8.000,0			
10 30		BAYER. LANDESAMT FÜR ARBEITSSCHUTZ, ARBEITSMEDIZIN UND SICHERHEITSTECHNIK, BAYER. AKADEMIE FÜR ARBEITS-, SOZIAL- UND UMWELTMEDIZIN, GEWERBEAUFSICHTSAMTER			
710 01-6	214	BAYER. LANDESAMT FÜR ARBEITSSCHUTZ, ARBEITSMEDIZIN UND SICHERHEITSTECHNIK ASBESTSANIERUNG IM GEBÄUDE PFARRSTR. 3 IN MÜNCHEN	1.000,0	2.000,0	A 2.000,0
725 01-9	254	GEWERBEAUFSICHTSAMT AUGSBURG ERRICHTUNG EINES NEUBAUES AUF DEM GELÄNDE MORELL- STRASSE 30	***	***	A
		SUMME KAPITEL 10 30	1.000,0	2.000,0	A 2.000,0
10 50		RÜCKFÜHRUNG VON DEUTSCHEN			
730 01-0	246	LANDESAUFNAHMESTELLE NÜRNBERG ERNEUERUNG DER HEIZZENTRALE - PLANUNG - VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 300,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	1.000,0	300,0	A
735 01-5	246	ERRICHTUNG VON AUFNAHMEEINRICHTUNGEN IN SCHNELL- BAUWEISE - Z. T. PLANUNG - DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT SICH UM DIE MEHREINNAHME BEI KAP. 10 50 TIT. 331 01. EINSEITIG DECKUNGSFÄHIG ZU GUNSTEN TIT. 891 01 UND 892 01. SOWEIT IM RAHMEN DES BAUPROGRAMMS VON AUFNAHME- EINRICHTUNGEN FÜR AUSSIEDLER GEBÄUDE AUF NICHT STAATSEIGENEN GRUNDSTÜCKEN ERRICHTET WERDEN, DIE FÜR DIE BEBAUUNG UNENTGELTLICH ÜBERLASSEN WERDEN, KÖNNEN DIE GEBÄUDE NACH 7 JAHREN SEIT BEZUGSFERTIGKEIT UNENTGELTLICH DEN GRUNDSTÜCKSEIGENTÜMERN ÜBERLASSEN WERDEN, WENN KEIN STAATSBEDARF BESTEHT.	3.500,0	---	A 16.500,0 B 4.336,7 C 21.119,9
		SUMME KAPITEL 10 50	4.500,0	300,0	A 16.500,0 B 4.336,7 C 21.119,9
		VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 300,0			

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 20/745 01

Verschiedene Diensträume des Amtes für Versorgung und Familienförderung Regensburg liegen unter Erdoberfläche. In den vergangenen Jahren erfolgten immer wieder Wassereinträge. Selbst durch umfangreiche Maßnahmen konnten diese Wassereinträge nicht verhindert werden. Die Ursachen hierfür sind ungeklärt. Eine Belüftung dieser Räume ist nicht möglich, da unmittelbar an den Räumen eine 5-spurige Straße vorbeiführt. Durch die Errichtung eines Zwischenbaues sollen Ausweichräume geschaffen und das Gebäude saniert werden.

Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Zu 10 30/710 01

Gesamtkosten

3 200,0 Tsd DM

laut baufachlicher Festsetzung vom 24.10.1996.

Bis einschl. 1995 bewilligt:

- Tsd DM verausgabt:

- Tsd DM

Ab 1999 noch benötigt:

200,0 Tsd DM

In weiten Bereichen des Dienstgebäudes Pfarrstraße 3 in München wurden asbesthaltige Materialien gefunden.

Insbesondere an der Lüftungsanlage und an Schächten der Chemie-Labors sind diese asbesthaltigen Materialien verwendet worden. Die Beseitigung dieser Schadstoffe ist z.T. nur durch vollständige Erneuerung der betroffenen Anlagen möglich.

Zu 10 50/730 01

Die Heizzentrale der Landesaufnahmestelle Nürnberg muß erneuert werden.

Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Zu 10 50/735 01

Für die Unterbringung von Aussiedlern stehen staatseigene oder anzumietende Unterbringungseinrichtungen nicht in ausreichendem Umfang zur Verfügung. Es müssen deshalb Unterkünfte in Schnellbauweise errichtet werden. Der Bau von Unterkünften ist kostengünstiger als die Anmietung von Unterbringungsmöglichkeiten. Die Bauten erfolgen an einer Vielzahl geeigneter Standorte und werden abweichend von der RL Bau nach einem vereinfachten Verfahren abgewickelt.

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A B C	SOLL 1996 IST 1995 IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5		6
10 53		UNTERBRINGUNG VON ASYLBEWERBERN				
735 01-9	249	ERRICHTUNG VON SAMMELUNTERKÜNFTE ZUR UNTERBRINGUNG VON ASYLBEWERBERN - Z. T. PLANUNG -	3.000,0	3.000,0	A B C	1.900,0 995,9 5.561,2
		ZUGLEICH SUMME KAPITEL 10 53				
10 72		UNTERBRINGUNG PSYCHISCH KRANKER STRAFTÄTER - FORENSISCHE PSYCHIATRIE				
720 01-6	312	BEZIRKSKRANKENHAUS STRAUBING - FORENSISCH-PSYCHIATRISCHE KLINIK	---	***	A B C	--- 15,4 0,3-
		ZUGLEICH SUMME KAPITEL 10 72				
10 90		STAATLICHE GESUNDHEITSÄMTER (LANDRATSÄMTER) UND LANDGERICHTSÄRZTE				
725 01-3	042	UMBAU EINES STAATLICHEN GEBÄUDES FÜR DAS STAATLICHE GESUNDHEITSAMT GÜNZBURG	---	---	A B C	--- 939,2 1.573,8
		ZUGLEICH SUMME KAPITEL 10 90				
10 92		LANDESUNTERSUCHUNGSÄMTER FÜR DAS GESUNDHEITSWESEN				
710 01-6	314	LANDESUNTERSUCHUNGSAMT SÜDBAYERN UMBAU DES TIERSTALLGEBÄUDES ZU LABORRÄUMEN	500,0	500,0	A	

730 05-8	314	NEUBAU EINES DIENSTGEBÄUDES FÜR DAS LANDESUNTER- SUCHUNGSAMT FÜR DAS GESUNDHEITSWESEN NORDBADEN IN ERLANGEN - PLANUNG - VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 10.000,0 FÄLLIG FRÜHESTENS IM NÄCHSTEN HAUSHALTSJAHR.	2.200,0	3.700,0	A	1.500,0

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 53/735 01

In den vergangenen Jahren wurden in allen Regierungsbezirken Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber geschaffen. Nach den Vereinbarungen mit dem Bund bzw. den einzelnen Gemeinden wurden für die Einrichtungen Nutzungszeiten zwischen 3 und 5 Jahren vereinbart. So müssen in den nächsten Jahren für aufzulösende Aufnahmeeinrichtungen Gemeinschaftsunterkünfte (Kapazität jeweils 500 Plätze) geschaffen werden.

Zu 10 90/725 01

Der Ansatz dient zur Abrechnung der Baumaßnahme.

Zu 10 92/710 01

Wegen der Zunahme der Untersuchungsaufträge sowie der Intensität der Untersuchungen benötigt das Landesuntersuchungsamt für das Gesundheitswesen Südbayern weitere Laborräume. Nach Einstellung der Tierhaltung ist vorgesehen, in dem Tierstallgebäude Laborräume für alle Abteilungen einzurichten. die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Zu 10 92/730 05

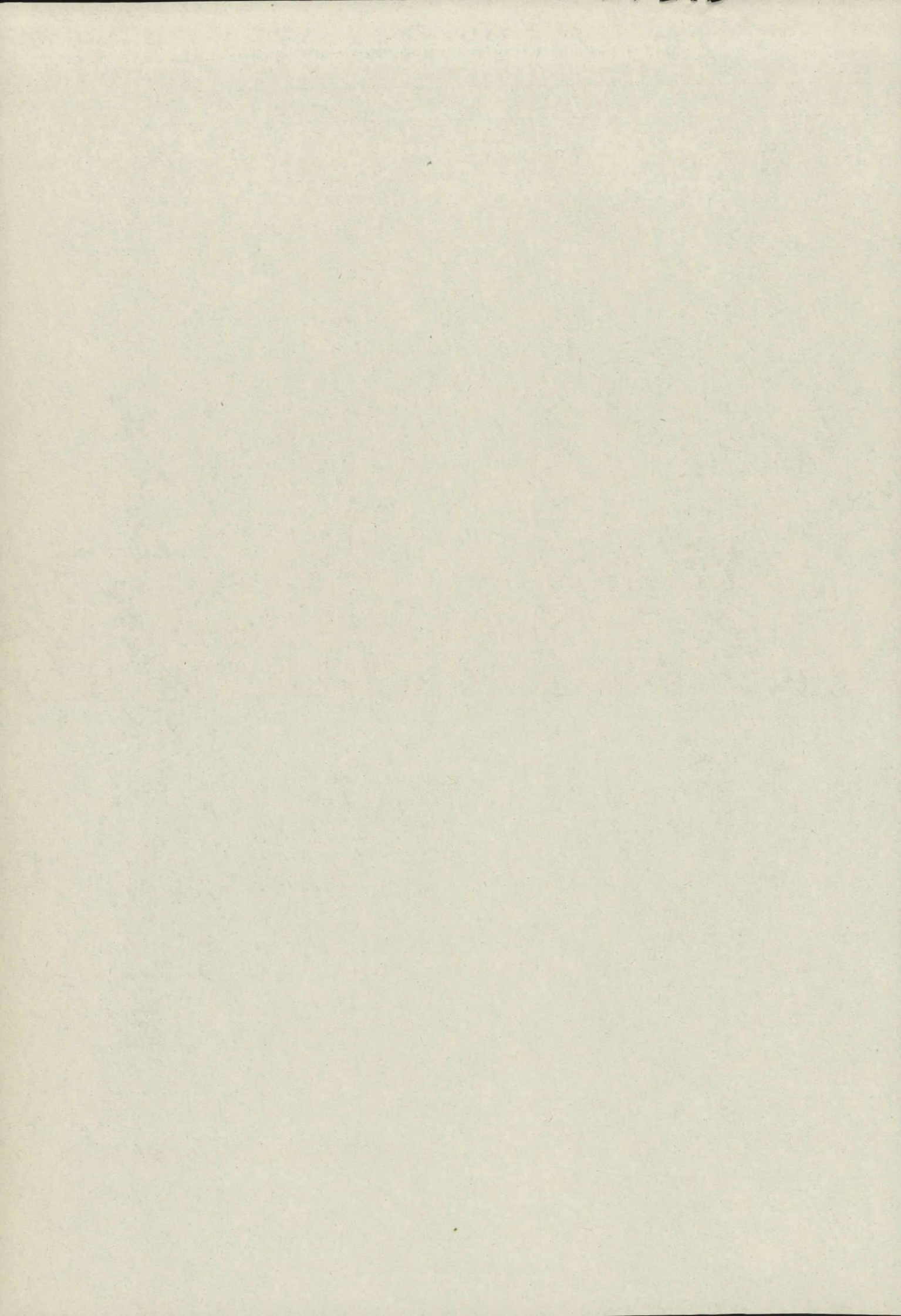
Mit den veranschlagten Beträgen wird die Planung ausgearbeitet. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt. Sie werden überschlägig auf 116,0 Mio DM geschätzt.

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1997 TSD.DM	1998 TSD.DM	A B C	SOLL 1996 IST 1995 IST 1994 TSD.DM
1	2	3	4	5		6
10 92 740 01-0	314	ERWEITERUNG DES DIENSTGEBÄUDES DES LANDESUNTERSUCHUNGSAMTES FÜR DAS GESUNDHEITSWESEN NORDBAYERN IN WÜRZBURG	---	---	A B C	--- 889.2 1.196,1
		SUMME KAPITEL 10 92	2.700,0	4.200,0	A B C	1.500,0 889,2 1.196,1
		VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 10.000,0				
		SUMME ANLAGE S EPL. 10	23.700,0	22.700,0	A B C	38.400,0 18.580,1 42.896,0
		VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1997 TSD. DM 5.900,0				
		VERPFLICHTUNGSERMÄCHT. 1998 TSD. DM 18.000,0				

E r l ä u t e r u n g e n

Zu 10 92/740 01

Die Baumaßnahme ist abgeschlossen.



Stellenplan

für den Geschäftsbereich des

Bayerischen Staatsministeriums für

Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit

– Einzelplan 10 –

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
422 01	Planmäßige Beamte					
	Ministerialdirektor,	B 9	1	1	1	1. Zu BesGr B 3 (Ltd. Ministerialräte): davon 1 Abteilungsleiter, 2 Gruppenleiter und 12 ständige Vertreter eines Abteilungsleiters
	Ministerialdirektorin	B 6	10	10	9	
	Ministerialdirigenten,	B 3	15	15	16	2. Die ausgewiesenen Stellen dürfen in Einzelfällen auch mit Beamten anderer Fachrichtungen derselben Laufbahngruppe besetzt werden.
	Ministerialdirigentinnen					
	Leitende Ministerialräte,		31	31	31	
	Leitende Ministerialrätinnen					
	Ministerialräte,					
	Ministerialrätinnen					
	Ministerialräte,	A 16	32	32	34	
	Ministerialrätinnen					
	Gewerbedirektoren,	A 15	6	6	6	
	Gewerberdirektorinnen		4	4	4	
	Medizinaldirektoren,		1	1	1	
	Medizinaldirektorinnen					
	Veterinärdirektor,		25	25	23	
	Veterinärdirektorin					
	Regierungsdirektoren,		4	4	4	
	Regierungsdirektorinnen	A 14	4	4	4	
	Gewerbeoberräte,		4	4	4	
	Gewerbeoberrätinnen		4	4	4	
	Medizinaloberräte,		2	2	2	
	Medizinaloberrätinnen					
	Veterinäroberräte,		1	1	1	
	Veterinäroberrätinnen					
	Pharmazieoberrat,		20	20	21	
	Pharmazieoberrätin					
	Oberregierungsräte,		19	19	18	
	Oberregierungsrätinnen	A 13	19	19	18	
	Regierungsräte,					
	Regierungsrätinnen					
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13+AZ	2	2	2	
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A 13	88	88	88	
	Amtsräte, Amtsrätinnen	A 12	21	21	23	
	Regierungsamtsträger,	A 11	18	18	20	
	Regierungsamtsträgerinnen					
	Technische Amtsträger,		3	3	3	
	Technische Amtsträgerinnen					
	Regierungsobersinspektoren,	A 10	6	6	4	
	Regierungsobersinspektorinnen					
	Technischer Obersinspektor,		1	1	1	
	Technische Obersinspektorin					
	Amtsinspektoren,	A 9+AZ	15	15	16	
	Amtsinspektorinnen					
	Amtsinspektoren,	A 9	23	23	23	
	Amtsinspektorinnen					
	Betriebsinspektoren,		2	2	2	
	Betriebsinspektorinnen					
	Hauptwerkmeister,	A 8	1	1	1	
	Hauptwerkmeisterin					
	Regierungshauptsekretäre,		5	5	5	
	Regierungshauptsekretärinnen					
	Regierungsobersekretäre,	A 7	9	9	9	
	Regierungsobersekretärinnen					
	Verwaltungsbetriebsobersekretäre,		2	2	2	
	Verwaltungsbetriebsobersekretärinnen					
	Verwaltungsbetriebssekretär,	A 6	1	1	1	
	Verwaltungsbetriebssekretärin					
	Regierungssekretäre,		2	2	2	
	Regierungssekretärinnen					
	Regierungsassistent,	A 5	1	1	1	
	Regierungsassistentin					

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	1997	1998	Begründung
1	2	3	4
PERSONALSOLL A (Personal auf Stellen)			
Stelleneinsparungen			
Titel 422 01			
A 14 Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995
A 13 Regierungsrat, Regierungsrätin	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995
Titel 425 01			
IVb	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995
VII	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995
VIII	-8	-	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks
	-1	-	Einsparung wegen Fremdvergabe Pfortendienst
Summe der Stelleneinsparungen	-14	-	
Stellenumsetzungen			
Titel 422 01			
A 9+AZ Amtsinspektor, Amtsinspektorin	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach Kap. 10 30 BesGr A 9 + AZ Technischer Amtsinspektor gemäß § 3 Nr. 4 der V zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG
Zugleich Summe der Stellenumsetzungen			
Stellenumwandlungen			
Titel 422 01			
B 6 Ministerialdirigent, Ministerialdirigentin	+1	-	Umwandlung von BesGr B 3 Leitender Ministerialrat gegen Absenkung von 2 Stellen der BesGr A 16 (Ministerialräte) nach BesGr A 15 (Regierungsdirektoren)
B 3 Leitender Ministerialrat, Leitende Ministerialrätin	-1	-	Umwandlung nach BesGr B 6 Ministerialdirigent gegen Absenkung von 2 Stellen der BesGr A 16 (Ministerialräte) nach BesGr A 15 (Regierungsdirektoren)
A 16 Ministerialräte, Ministerialrätinnen	-2	-	Umwandlung nach BesGr A 15 Regierungsdirektoren zum Ausgleich der Umwandlung von 1 Stelle der BesGr B 3 (Ltd. Ministerialrat) nach BesGr B 6 (Ministerialdirigent)
A 15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	+2	-	Umwandlung von BesGr A 16 Ministerialräte zum Ausgleich der Umwandlung von 1 Stelle der BesGr B 3 (Ltd. Ministerialrat) nach BesGr B 6 (Ministerialdirigent)
A 13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+2	-	Umwandlung von BesGr A 13 Oberamtsräte
A 13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	-2	-	Umwandlung nach BesGr A 13 Regierungsräte
A 12 Amtsräte, Amtsärztinnen	+2	-	Umwandlung von BesGr A 12 Amtsärzte
A 11 Regierungsamtsträger, Regierungsamtsträgerinnen	-2	-	Umwandlung nach BesGr A 13 Oberamtsräte
A 10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-2	-	Umwandlung nach BesGr A 10 Regierungsoberinspektoren
	+2	-	Umwandlung von BesGr A 11 Regierungsamtsträger

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 6	4	4	4	
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 5	10	10	10	
	Betriebsassistent, Betriebsassistentin		1	1	1	
	Amtsmeister, Amtsmeisterinnen	A 4	5	5	5	
	Zusammen		395	395	398	
	Zugang/Abgang		-3	0		
	Leerstellen					
	Ministerialdirigent,	B 6	1	1	1	Zweckbestimmung der Leerstellen: Beurlaubungen nach Art. 86a BayBG, § 16 UrIV, Art. 30 Bayerisches Abgeordneten- gesetz, § 5 Abgeordnetengesetz sowie Ab- ordnung an ein Bundesministerium
	Ministerialdirigentin					
	Leitende Ministerialräte,	B 3	3	3	2	
	Leitende Ministerialrätinnen					
	Ministerialräte,		2	2	2	
	Ministerialrätinnen					
	Ministerialräte,	A 16	4	4	4	
	Ministerialrätinnen					
	Regierungsdirektoren,	A 15	8	8	8	
	Regierungsdirektorinnen					
	Oberregierungsräte,	A 14	10	10	10	
	Oberregierungsrätinnen					
	Regierungsrat, Regierungsrätin	A 13	1	1	1	
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A 13	3	3	3	
	Amtsräte, Amtsrätinnen	A 12	10	10	10	
	Regierungsamtmänner,	A 11	4	4	4	
	Regierungsamtfrauen					
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9+AZ	1	1	1	
	Amtsinspektoren,	A 9	4	4	4	
	Amtsinspektorinnen					
	Regierungshauptsekretäre,	A 8	2	2	2	
	Regierungshauptsekretärinnen					
	Regierungsobersekretäre,	A 7	2	2	2	
	Regierungsobersekretärinnen					
	Oberamtsmeister,	A 6	2	2	-	
	Oberamtsmeisterinnen					
	Oberamtsmeister,	A 5	2	2	-	
	Oberamtsmeisterinnen					
	Zusammen		59	59	54	
	Zugang/Abgang		+5	0		
422 31	Abgeordnete Beamte					
		A 16	1	1	1	
		A 15	5	5	5	
		A 14	4	4	4	
		A 13	1	1	1	
		A 13	2	2	2	
		A 12	5	5	5	
		A 11	1	1	1	
		A 9	2	2	2	
		A 8	1	1	1	
		A 5	2	2	2	
		A 4	2	2	2	
	Zusammen		26	26	26	

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	1997	1998	Begründung
1	2	3	4
Titel 425 01			
Vb	+3	-	Umwandlung von VergGr VII (3) und VergGr VIII (1)
VII	-3	-	Umwandlung nach VergGr Vb
VIII	-1	-	Umwandlung nach VergGr Vb
Zwischensumme	-1	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-16	-	
PERSONALSOLL B (Personal aus Mitteln)			
Stelleneinsparungen			
Titel 426 01			
Arbeiter, Arbeiterinnen	-4	-	Einsparung wegen Fremdvergabe von Reinigungsarbeiten
	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995
Summe der Stelleneinsparungen	-5	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	-5	-	
LEERSTELLEN			
Neue Leerstellen			
Titel 422 01			
B 3 Leitender Ministerialrat, Leitende Ministerialrätin	+1	-	für Beurlaubungen nach Art. 86 a BayBG, § 16 UrIV
A 6 Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	+2	-	für Beurlaubungen nach Art. 86 a BayBG, § 16 UrIV
A 5 Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	+2	-	für Beurlaubungen nach Art. 86 a BayBG, § 16 UrIV
Titel 425 01			
VII	+2	-	für Beurlaubungen nach § 50 BAT
Summe der neuen Leerstellen	+7	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+7	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
425 01	Angestellte Tarifliche Angestellte	III IVa IVb Vb Vc VIb VII VIII	2 2 2 5 39 23 32 (23) 25 (25)	2 2 2 5 39 23 32 (23) 25 (25)	2 2 3 2 39 23 37 (23) 35 (33)	
	(darunter Schreibkräfte)					
	(darunter Schreibkräfte)					
	Zusammen Zugang/Abgang		130 -13	130 0	143	
	Leerstellen	Vc VIb VII IXb	7 4 12 2	7 4 12 2	7 4 10 2	Zweckbestimmung der Leerstellen: Beurlaubung nach § 50 BAT, Ruhen des Arbeitsverhältnisses
	Zusammen Zugang/Abgang		25 +2	25 0	23	
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		6	6	6	Zwei Stellen sowie die entsprechenden Ausgabemittel kw ab 31.12.1998.
426 01	Arbeiter Arbeiter, Arbeiterinnen Zugang/Abgang		17 -5	17 0	22	
	Gesamtübersicht					
422 01	Planmäßige Beamte		395	395	398	
425 01	Angestellte (darunter Schreibkräfte)		130 (48)	130 (48)	143 (56)	
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31 und ohne Leerstellen)		525	525	541	
	Ferner:					
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		6 17	6 17	6 22	
426 01	Arbeiter					
	Personalsoll B		23	23	28	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	S t e l l e n z a h l			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
422 01	Planmäßige Beamte					
	Ministerialdirigent,	B 6	1	1	1	
	Ministerialdirigentin					
	Leitender Ministerialrat,	B 3	1	1	1	
	Leitende Ministerialrätin					
	Ministerialrat,		1	1	1	
	Ministerialrätin					
	Ministerialräte,	A 16	2	2	2	
	Ministerialrätinnen					
	Regierungsdirektoren,	A 15	4	4	4	
	Regierungsdirektorinnen					
	Oberregierungsräte,	A 14	2	2	2	
	Oberregierungsrätinnen					
	Regierungsräte,	A 13	3	3	3	
	Regierungsrätinnen					
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A 13	15	15	16	
	Amtsräte, Amtsrätinnen	A 12	3	3	3	
	Regierungsamtänner,	A 11	5	5	5	
	Regierungsamtfrauen					
	Regierungsoberinspektoren,	A 10	1	1	2	
	Regierungsoberinspektorinnen					
	Regierungsinspektor,	A 9	-	-	1	
	Regierungsinspektorin					
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9	1	1	1	
	Zusammen		39	39	42	
	Zugang/Abgang		-3	0		
	Leerstellen					
	Oberregierungsräte,	A 14	2	2	2	
	Oberregierungsrätinnen					
	Regierungsamtsräte,	A 12	2	2	2	
	Regierungsamtsrätinnen					
	Zusammen		4	4	4	
422 31	Abgeordnete Beamte					
		A 14	1	1	1	
		A 13	1	1	1	
		A 12	1	1	1	
	Zusammen		3	3	3	
425 01	Angestellte					
	Tarifliche Angestellte	Vc	1	1	1	
		VIIb	1	1	1	
		VII	1	1	1	
		VIII	4	4	4	
	(darunter Schreibkräfte)		(4)	(4)	(4)	
	Zusammen		7	7	7	
	Leerstellen					
		Vc	1	1	1	
	(darunter Schreibkräfte)					
		VII	2	2	2	
	(darunter Schreibkräfte)					
	Zusammen		3	3	3	

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	1997	1998	Begründung
1	2	3	4
PERSONALSOLL A (Personal auf Stellen)			
Stelleneinsparungen			
Titel 422 01			
A 13 Regierungsrat, Regierungsrätin	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995
A 10 Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin	-1	-	Einsparung
A 9 Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995
Zwischensumme	-3	-	
Stellenumwandlungen			
Titel 422 01			
A 13 Regierungsrat, Regierungsrätin	+1	-	Umwandlung von BesGr A 13 Oberamtsräte
A 13 Oberamtsrat, Oberamtsrätin	-1	-	Umwandlung nach BesGr A 13 Regierungsräte
Zwischensumme	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-3	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	S t e l l e n z a h l			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		1	1	1	
	Gesamtübersicht					
422 01	Planmäßige Beamte		39	39	42	
425 01	Angestellte		7	7	7	
	(darunter Schreibkräfte)		(4)	(4)	(4)	
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31 und ohne Leerstellen)		46	46	49	
	Ferner:					
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		1	1	1	
	Personalsoll B		1	1	1	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
TG 52						Maßnahmen und Einrichtungen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS
425 52	Angestellte a) Technischer Dienst	Ib Vc VIb	- 2 6	- 2 6	2 2 8	
	Zusammen Zugang/Abgang		8 -4	8 0	12	
425 52	Angestellte b) Verwaltungsdienst	Ib IIa VIII	2 2 1	2 2 1	6 2 3	
	Zusammen Zugang/Abgang		5 -6	5 0	11	
TG 56						Außenstellen des Landesprüfungsamts
422 56	Planmäßige Beamte Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	A 12 A 11 A 10 A 9	1 1 2 1	1 1 2 1	1 1 2 1	Die bei TG 56 ausgewiesenen Stellen sind verbindlich.
	Zusammen		5	5	5	
425 56	Angestellte	Vc VIb	1 7	1 7	1 7	
	Zusammen		8	8	8	
TG 60						Verhütung und Bekämpfung von Tierseuchen
425 60	Angestellte a) Technischer Dienst	IIa Vc VIb VIII	8 1 3 3	8 1 3 3	8 1 3 3	
	Zusammen		15	15	15	
425 60	Angestellte b) Verwaltungsdienst	VII VIII	2 3	2 3	2 3	
	Zusammen		5	5	5	
426 60	Arbeiter Arbeiter, Arbeiterinnen		4	4	4	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	S t e l l e n z a h l			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
	Gesamtübersicht					
425 52	Angestellte					
	a) Technischer Dienst		8	8	12	
425 52	Angestellte					
	b) Verwaltungsdienst		5	5	11	
422 56	Planmäßige Beamte		5	5	5	
425 56	Angestellte		8	8	8	
425 60	Angestellte					
	a) Technischer Dienst		15	15	15	
425 60	Angestellte					
	b) Verwaltungsdienst		5	5	5	
426 60	Arbeiter		4	4	4	
	Personalsoll B		50	50	60	

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	1997	1998	Begründung
1	2	3	4
PERSONALSOLL B (Personal aus Mitteln)			
Stelleneinsparungen			
Titel 425 52 (TG 52) (Technischer Dienst)			
Ib	-2	-	Einsparung Anpassung der Stellenzahl an die Ausgabemittel
VIb	-2	-	Einsparung Anpassung der Stellenzahl an die Ausgabemittel
Titel 425 52 (TG 52) (Verwaltungsdienst)			
Ib	-4	-	Einsparung Anpassung der Stellenzahl an die Ausgabemittel
VIII	-2	-	Einsparung Anpassung der Stellenzahl an die Ausgabemittel
Summe der Stelleneinsparungen	-10	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	-10	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
422 01	Planmäßige Beamte (Richter)					
	Präsidenten der Landesarbeitsgerichte, Präsidentinnen der Landesarbeitsgerichte an Gerichten mit 26 und mehr Richterplanstellen im Bezirk	R 6	2	2	2	1. Zu den Tit. 422 01, 422 11 und 425 01: Bei Bedarf dürfen die Stellen für Richter (BesGr R 1 - R 3) sowie für Beamte des gehobenen Dienstes (BesGr A 9 - A 13) und des mittleren Dienstes (BesGr A 5 - A 9+AZ) und für vergleichbare Angestellte in den Kap. 10 10 und 10 12 gegenseitig in Anspruch genommen werden. 2. Zu BesGr R 1: 3 Stellen kw ab 1.1.2000. 3. Bis zu 10 Hochschullehrer, die ein Richteramt als zweites Hauptamt ausüben, dürfen auf einer Richterplanstelle verrechnet werden. 3. Zu BesGr A 14: 2 Stellen dürfen mit Arbeitsrichtern der BesGr R 1 besetzt werden. 4. Die Stellen für Oberamtsmeister (BesGr A 6, A 5), für Amtsmeister und Betriebshauptaufseher (BesGr A 4) sowie für Betriebsoberaufseher und Hauptamtsgehilfen (BesGr A 3) dürfen auch mit Beamten der jeweils anderen Fachrichtung besetzt werden. 5. Zahl der Dienstwohnungen: 2
	Vizepräsidenten der Landesarbeitsgerichte, Vizepräsidentinnen der Landesarbeitsgerichte als ständige Vertreter von Präsidenten der BesGr R 6	R 3+AZ	2	2	2	
	Vorsitzende Richter und Richterinnen an Landesarbeitsgerichten	R 3	13	13	13	
	Präsident des Arbeitsgerichts, Präsidentin des Arbeitsgerichts an einem Gericht mit bis zu 40 Richterplanstellen		1	1	1	
	Direktoren der Arbeitsgerichte, Direktorinnen der Arbeitsgerichte an Gerichten mit 8 und mehr Richterplanstellen	R 2+AZ	3	3	3	
	Vizepräsident des Arbeitsgerichts, Vizepräsidentin des Arbeitsgerichts an einem Gericht mit 16 und mehr Richterplanstellen		1	1	1	
	Direktoren der Arbeitsgerichte, Direktorinnen der Arbeitsgerichte an Gerichten mit 4 bis 7 Richterplanstellen	R 2	7	7	7	
	Richter am Arbeitsgericht, Richterinnen am Arbeitsgericht als ständige Vertreter von Direktoren an Gerichten mit 8 und mehr Richterplanstellen		3	3	3	
	Richter am Arbeitsgericht, Richterinnen am Arbeitsgericht als weitere aufsichtführende Richter an Gerichten mit 15 und mehr Richterplanstellen		2	2	2	
	Richter an Arbeitsgerichten, Richterinnen an Arbeitsgerichten	R 1	81	81	78	
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A 14	2	2	2	
	Oberamtsrat, Oberamtsrätin	A13+AZ	1	1	1	
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A 13	2	2	2	
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	A 12	1	1	1	
	gemäß § 3 Nr. 2 Buchst. a der V zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG					
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen		11	11	10	
	Regierungsamtsträger, Regierungsamtsträgerinnen	A 11	2	2	2	
	gemäß § 3 Nr. 2 Buchst. a der V zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG					
	Regierungsamtsträger, Regierungsamtsträgerinnen		21	21	21	

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	1997	1998	Begründung
1	2	3	4
PERSONALSOLL A (Personal auf Stellen)			
Stellenumsetzungen			
Titel 422 01			
R 1 Richter am Arbeitsgericht, Richterin am Arbeitsgericht	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von Kap. 10 30 BesGr A 14 Gewerbeoberrat
	+2	-	Umsetzung und Umwandlung von Kap. 10 65 BesGr A 14 Oberregierungsrat
A 12 Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	+1	-	Umsetzung von Kap. 10 12
A 9 Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin gemäß §3 Nr.2 Buchst.a der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG	+1	-	Umsetzung von Kap. 10 12
Titel 422 21			
A 9 Rechtspflegeranwärter, Rechtspflegeranwärterin, Regierungsinspektoranwärter, Regierungsinspektoranwärterin	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von Kap. 10 20 BesGr A 9 Regierungsinspektoranwärter
A 5 Regierungsassistentenanwärter, Regierungsassistentenanwärterinnen	+3	-	Umsetzung von Kap. 10 20
Summe der Stellenumsetzungen	+9	-	
Stellenhebungen			
Titel 425 01			
Vc	+5	-	Hebung von VergGr VIb
VIb	-5	-	Hebung nach VergGr Vc
	+10	-	Hebung von VergGr VII
VII	-10	-	Hebung nach VergGr VIb
Zwischensumme	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+9	-	

Stellenplan

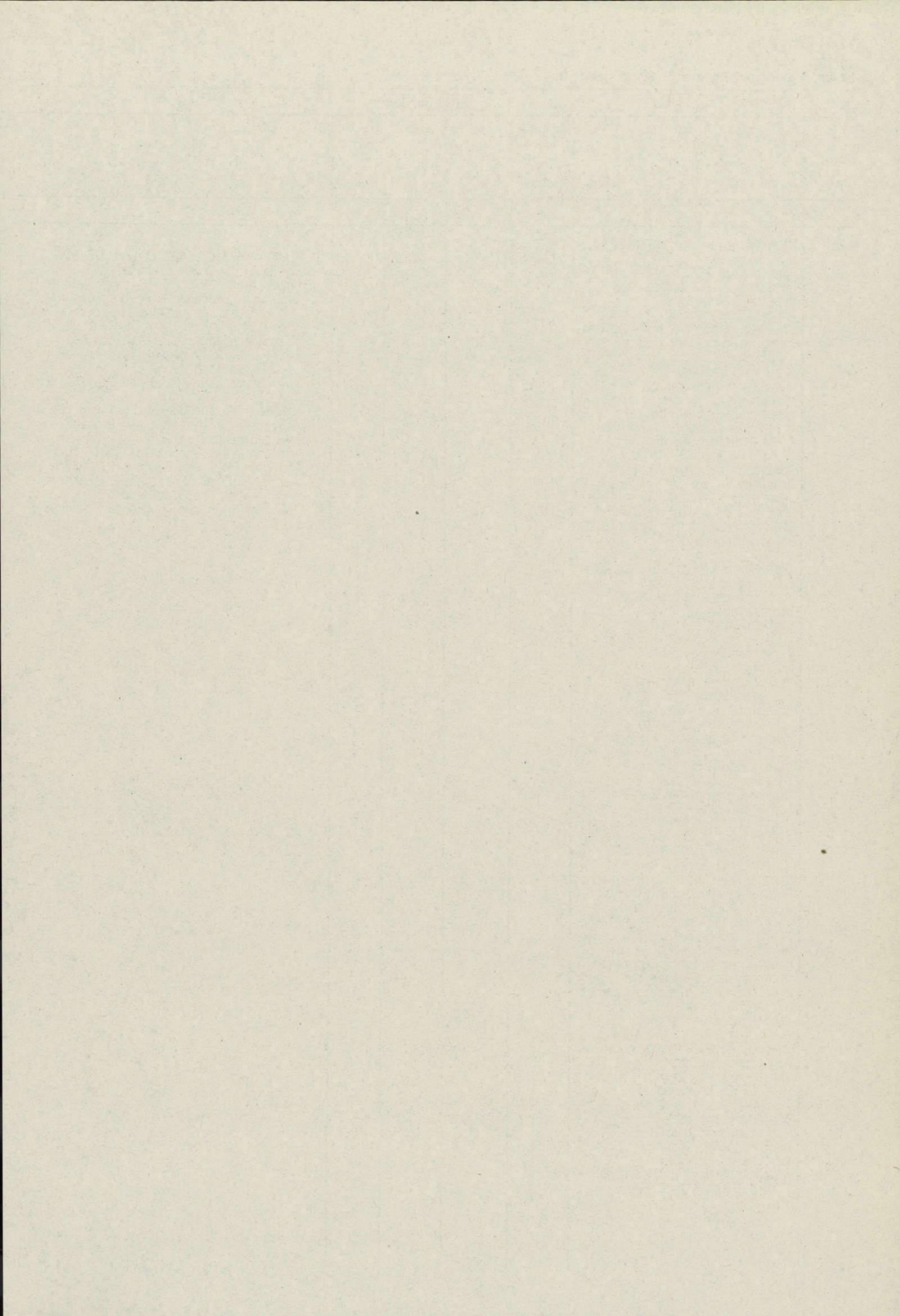
Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
noch 422 01	Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin gemäß §3 Nr.2 Buchst.a der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG	A 10	1	1	1	
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen		23	23	23	
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A 9	11	11	11	
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin gemäß §3 Nr.2 Buchst.a der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG		1	1	-	
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin gemäß §3 Nr.4 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG	A 9+AZ	1	1	1	
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen		3	3	3	
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin gemäß §3 Nr.4 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG	A 9	1	1	1	
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen		8	8	8	
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin gemäß §3 Nr.4 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG	A 8	1	1	1	
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen		35	35	35	
	Regierungsoberssekretäre, Regierungsoberssekretärinnen	A 7	50	50	50	
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	20	20	20	
	Regierungsassistenten, Regierungsassistentinnen	A 5	20	20	20	
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 6	3	3	3	
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 5	5	5	5	
	Amtsmeister, Amtsmeisterin	A 4	1	1	1	
	Betriebshauptaufseher, Betriebshauptaufseherin		1	1	1	
	Hauptamtsgehilfen, Hauptamtsgehilfinnen	A 3	3	3	3	
	Zusammen Zugang/Abgang		343 +5	343 0	338	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	S t e l l e n z a h l			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
	Leerstellen					Zweckbestimmung der Leerstellen: Beurlaubung nach Art. 86a BayBG, Art. 8 BayRiG, Abordnungen zum BAG, Wehr- oder Ersatzdienst
	Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht.	R 3	1	1	1	
	Vorsitzende Richterin am Landesarbeitsgericht					
	Richter an Arbeitsgerichten.	R 1	12	12	12	
	Richterinnen an Arbeitsgerichten					
	Regierungsamtmann.	A 11	1	1	1	
	Regierungsamtfrau					
	Regierungsoberinspektoren.	A 10	9	9	9	
	Regierungsoberinspektorinnen					
	Regierungsinspektoren.	A 9	3	3	3	
	Regierungsinspektorinnen					
	Amtsinspektoren.	A 9	5	5	5	
	Amtsinspektorinnen					
	Regierungshauptsekretäre.	A 8	5	5	5	
	Regierungshauptsekretärinnen					
	Regierungsobersekretäre.	A 7	17	17	17	
	Regierungsobersekretärinnen					
	Regierungssekretäre.	A 6	6	6	6	
	Regierungssekretärinnen					
	Regierungsassistenten.	A 5	3	3	3	
	Regierungsassistentinnen					
	Zusammen		62	62	62	
422 11	Beamte zur Anstellung und Richter auf Probe					
	Regierungsinspektor.	A 9	1	1	1	
	Regierungsinspektorin					
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst					
	Rechtspflegeranwärter.	A 9	13	13	12	
	Rechtspflegeranwärterinnen.					
	Regierungsinspektoranwärter.					
	Regierungsinspektor-anwärterinnen					
	Regierungsassistentenanwärter.	A 5	21	21	18	
	Regierungsassistentenanwärte-rinnen					
	Zusammen		34	34	30	
	Zugang/Abgang		+4	0		
422 31	Abgeordnete Beamte (Richter)					
		R 1	2	2	2	
		A 12	1	1	1	
		A 11	2	2	2	
		A 8	1	1	1	
	Zusammen		6	6	6	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	S t e l l e n z a h l			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
425 01	Angestellte					
	Tarifliche Angestellte	Vc	10	10	5	
		VIb	44	44	39	
		VII	5	5	15	
	(darunter Schreibkräfte)		(5)	(5)	(7)	
		VIII	15	15	15	
	(darunter Schreibkräfte)		(15)	(15)	(15)	
		IXb	3	3	3	
	(darunter Schreibkräfte)		(2)	(2)	(1)	
	Zusammen		77	77	77	
	Leerstellen					
		VIb	15	15	15	Zweckbestimmung der Leerstellen: Beurlaubung nach § 50 BAT und EU-Rente auf Zeit
		VIII	3	3	3	
	Zusammen		18	18	18	
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		3	3	3	
426 01	Arbeiter					
	Arbeiter, Arbeiterinnen		9	9	9	
	Gesamtübersicht					
422 01	Planmäßige Beamte (Richter)		343	343	338	
422 11	Beamte zur Anstellung und Richter auf Probe		1	1	1	
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		34	34	30	
425 01	Angestellte		77	77	77	
	(darunter Schreibkräfte)		(22)	(22)	(23)	
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31 und ohne Leerstellen)		455	455	446	
	Ferner:					
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		3	3	3	
426 01	Arbeiter		9	9	9	
	Personalsoll B		12	12	12	



Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
422 01	Planmäßige Beamte (Richter)					
	Präsident des Landessozialgerichts, Präsidentin des Landessozialgerichts an einem Gericht mit 101 und mehr Richterplanstellen im Bezirk	R 8	1	1	1	1. Zu Tit. 422 01, 422 11 und 425 01: Bei Bedarf dürfen die Stellen für Richter (BesGr R 1 - R 3) sowie für Beamte des gehobenen Dienstes (BesGr A 9 - A 13) und des mittleren Dienstes (BesGr A 5 - A 9 + AZ) und für vergleichbare Angestellte in den Kap. 10 10 und 10 12 gegenseitig in Anspruch genommen werden. 2. Vgl. Vermerk Nr. 3 zu Kap. 10 10 Titel 422 01. 3. Die Stellen für Oberamtsmeister (BesGr A 5), für Amtsmeister und Betriebshauptaufseher (BesGr A 4), für Hauptamtsgehilfen (BesGr A 3) sowie für Oberamtsgehilfen (BesGr A 2) dürfen auch mit Beamten der jeweils anderen Fachrichtung besetzt werden. 4. Zahl der Dienstwohnungen: 6
	Vizepräsident des Landessozialgerichts, Vizepräsidentin des Landessozialgerichts als der ständige Vertreter des Präsidenten der BesGr R 8	R 4	1	1	1	
	Präsident des Sozialgerichts, Präsidentin des Sozialgerichts an einem Gericht mit 41 und mehr Richterplanstellen		1	1	1	
	Präsidenten der Sozialgerichte, Präsidentinnen der Sozialgerichte an Gerichten mit bis zu 40 Richterplanstellen	R 3	6	6	6	
	Vorsitzende Richter und Richterinnen am Landessozialgericht		14	14	14	
	Vizepräsidenten der Sozialgerichte, Vizepräsidentinnen der Sozialgerichte als ständige Vertreter von Präsidenten der BesGr R 3 oder R 4 an Gerichten mit 16 und mehr Richterplanstellen	R 2+AZ	4	4	4	
	Vizepräsidenten der Sozialgerichte, Vizepräsidentinnen der Sozialgerichte als ständige Vertreter von Präsidenten der BesGr R 3 an Gerichten mit bis zu 15 Richterplanstellen	R 2	3	3	3	
	Richter am Landessozialgericht, Richterinnen am Sozialgericht		33	33	33	
	Richter an Sozialgerichten, Richterinnen an Sozialgerichten als weitere aufsichtführende Richter an Gerichten mit 15 und mehr Richterplanstellen		3	3	3	
	Richter am Sozialgericht, Richterinnen am Sozialgericht	R 1	103	103	103	
	Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin	A 15	1	1	1	
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A 13	3	3	3	
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin gemäß § 3 Nr. 2 Buchst. a der V zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG	A 12	1	1	1	
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen		10	10	11	
	Regierungsamtsträger, Regierungsamtsträgerinnen gemäß § 3 Nr. 2 Buchst. a der V zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG	A 11	3	3	3	

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	1997	1998	Begründung
1	2	3	4
PERSONALSOLL A (Personal auf Stellen)			
Stelleneinsparungen			
Titel 422 01			
A 10 Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995
A 9 Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	-1	-	Einsparung wegen Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten für 1995
A 6 Regierungssekretär, Regierungssekretärin	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995
Titel 425 01			
VIb	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995
Summe der Stelleneinsparungen	-4	-	
Stellenumsetzungen			
Titel 422 01			
A 12 Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	-1	-	Umsetzung nach Kap. 10 10
A 9 Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin gemäß §3 Nr.2 Buchst.a der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG	-1	-	Umsetzung nach Kap. 10 10
Zwischensumme	-2	-	
Stellenumwandlungen			
Titel 422 01			
A 8 Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin	+1	-	Umwandlung von 5 Stellen der VergGr IXb und 2 Stellen der VergGr Vc in 5 Stellen der VergGr VIb und 1 Stelle der BesGr A 8
Titel 425 01			
Vc	-2	-	Umwandlung von 5 Stellen der VergGr IXb und 2 Stellen der VergGr Vc in 5 Stellen der VergGr VIb und 1 Stelle der BesGr A 8
VIb	+5	-	Umwandlung von 5 Stellen der VergGr IXb und 2 Stellen der VergGr Vc in 5 Stellen der VergGr VIb und 1 Stelle der BesGr A 8
VIII	-1	-	Umwandlung nach Titel 426 01
IXb	-5	-	Umwandlung von 5 Stellen der VergGr IXb und 2 Stellen der VergGr Vc in 5 Stellen der VergGr VIb und 1 Stelle der BesGr A 8
Zwischensumme	-2	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-8	-	

Vermerke

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
	Regierungsamt männer,		20	20	20	
	Regierungsamt frauen					
	Regierungsoberinspektoren,	A 10	5	5	5	
	Regierungsoberinspektorinnen					
	gemäß §3 Nr.2 Buchst.a der V					
	zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG					
	Regierungsoberinspektoren,		18	18	19	
	Regierungsoberinspektorinnen					
	Regierungsinspektor,	A 9	-	-	1	
	Regierungsinspektorin					
	gemäß §3 Nr.2 Buchst.a der V					
	zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG					
	Regierungsinspektoren,		10	10	11	
	Regierungsinspektorinnen					
	Amtsinspektoren,	A 9+AZ	2	2	2	
	Amtsinspektorinnen					
	gemäß §3 Nr.4 der V zu §26					
	Abs.4 Nr.2 BBesG					
	Amtsinspektoren,		3	3	3	
	Amtsinspektorinnen					
	Amtsinspektoren,	A 9	5	5	5	
	Amtsinspektorinnen					
	gemäß §3 Nr.4 der V zu §26					
	Abs.4 Nr.2 BBesG					
	Amtsinspektoren,		11	11	11	
	Amtsinspektorinnen					
	Regierungshauptsekretäre,	A 8	2	2	2	
	Regierungshauptsekretärinnen					
	gemäß §3 Nr.4 der V zu §26					
	Abs.4 Nr.2 BBesG					
	Regierungshauptsekretäre,		51	51	50	
	Regierungshauptsekretärinnen					
	Regierungsobersekretäre,	A 7	67	67	67	
	Regierungsobersekretärinnen					
	Regierungssekretäre,	A 6	16	16	17	
	Regierungssekretärinnen					
	Regierungsassistenten,	A 5	12	12	12	
	Regierungsassistentinnen					
	Oberamtsmeister,	A 6	3	3	3	
	Oberamtsmeisterinnen					
	Oberamtsmeister,	A 5	9	9	9	
	Oberamtsmeisterinnen					
	Amtsmeister, Amtsmeisterinnen	A 4	2	2	2	
	Betriebshauptaufseher,		2	2	2	
	Betriebshauptaufseherinnen					
	Hauptamtsgehilfen,	A 3	2	2	2	
	Hauptamtsgehilfinnen					
	Zusammen		427	427	431	
	Zugang/Abgang		-4	0		

E r l ä u t e r u n g e n

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	1997	1998	Begründung
1	2	3	4
PERSONALSOLL B (Personal aus Mitteln)			
Stellenumwandlungen			
Titel 426 01			
Arbeiter, Arbeiterin	+1	-	Umwandlung von Titel 425 01 VergGr VIII
Zugleich Summe der Stellenumwandlungen			
Zu- und Abgang Personalsoll B	+1	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
	Leerstellen					Zweckbestimmung der Leerstellen: Beurlaubungen nach Art. 80a und 86a BayBG, Art. 8 BayRiG, Art. 30 Bayer. Abgeordnetengesetz, §§13a, 16 UrIV, Wehr- oder Ersatzdienst, Abordnung zum BSG
	Richter am Landessozialgericht,	R 2	5	5	5	
	Richterinnen am Sozialgericht					
	Richter an Sozialgerichten,		3	3	3	
	Richterinnen an Sozialgerichten					
	als weitere aufsichtführende					
	Richter an Gerichten mit 15					
	und mehr Richterplanstellen					
	Richter am Sozialgericht,	R 1	10	10	10	
	Richterinnen am Sozialgericht					
	Regierungsoberinspektoren,	A 10	8	8	8	
	Regierungsoberinspektorinnen					
	Regierungsinspektoren,	A 9	5	5	5	
	Regierungsinspektorinnen					
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9	1	1	1	
	Regierungshauptsekretäre,	A 8	13	13	13	
	Regierungshauptsekretärinnen					
	Regierungsobersekretäre,	A 7	16	16	16	
	Regierungsobersekretärinnen					
	Regierungssekretäre,	A 6	11	11	11	
	Regierungssekretärinnen					
	Regierungsassistenten,	A 5	8	8	8	
	Regierungsassistentinnen					
	Zusammen		80	80	80	
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst					
	Regierungsinspektoranwärter,	A 9	5	5	5	
	Regierungsinspektoranwärte-					
	rinnen					
	Regierungsassistentanwärter,	A 5	33	33	33	
	Regierungsassistentanwärte-					
	rinnen					
	Zusammen		38	38	38	
422 31	Abgeordnete Beamte (Richter)					
		R 2	2	2	2	
		R 1	2	2	2	
		A 13	1	1	1	
		A 11	2	2	2	
		A 8	1	1	1	
	Zusammen		8	8	8	
425 01	Angestellte					
	Tarifliche Angestellte	III	1	1	1	
		Vc	4	4	6	
		VIb	18	18	14	
		VII	35	35	35	
	(darunter Schreibkräfte)		(22)	(22)	(22)	
		VIII	44	44	45	
	(darunter Schreibkräfte)		(44)	(44)	(45)	
		IXb	-	-	5	
	(darunter Schreibkräfte)		(0)	(0)	(5)	
		X	4	4	4	
	Zusammen		106	106	110	
	Zugang/Abgang		-4	0		

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	S t e l l e n z a h l			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
	Leerstellen					Zweckbestimmung der Leerstellen: Beurlaubungen nach § 50 BAT und EU-Rente auf Zeit
		Vib	2	2	2	
		VII	9	9	9	
		IXb	1	1	1	
	Zusammen		12	12	12	
426 01	Arbeiter					
	Arbeiter, Arbeiterinnen		24	24	23	
	Zugang/Abgang		+1	0		
	Gesamtübersicht					
422 01	Planmäßige Beamte (Richter)		427	427	431	
422 21	Beamte auf Widerruf im					
	Vorbereitungsdienst		38	38	38	
425 01	Angestellte		106	106	110	
	(darunter Schreibkräfte)		(66)	(66)	(72)	
	Personalsoll A		571	571	579	
	(ohne Stellen für abgeordnete					
	Beamte Titel 422 31 und					
	ohne Leerstellen)					
	Ferner:					
426 01	Arbeiter		24	24	23	
	Personalsoll B		24	24	23	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
422 01	Planmäßige Beamte					
	Oberregierungsrat,	A 14	1	1	-	
	Oberregierungsrätin					
	Regierungsrat, Regierungsrätin	A 13	-	-	1	
	Regierungsamtsräte,	A 12	2	2	2	
	Regierungsamtsrätinnen					
	Regierungsamtsmänner,	A 11	2	2	2	
	Regierungsamtfrauen					
	Regierungshauptsekretär,	A 8	1	1	1	
	Regierungshauptsekretärin					
	Regierungsobersekretär,	A 7	1	1	1	
	Regierungsobersekretärin					
	Zusammen		7	7	7	
	Leerstellen					
	Regierungsamtsrat,	A 12	1	1	-	
	Regierungsamtsrätin					
	Zugang/Abgang		+1	0		
422 31	Abgeordnete Beamte					
		A 8	1	1	1	
425 01	Angestellte					
	Tarifliche Angestellte	Vc	1	1	1	
	(darunter Schreibkräfte)	VIII	3	3	2	
		IXb	(2)	(2)	(2)	
			-	-	1	
	Zusammen		4	4	4	
	Leerstellen					
	Zugang/Abgang	Vc	1	1	-	
			+1	0		
426 01	Arbeiter					
	Arbeiter, Arbeiterinnen		3	3	3	
	Gesamtübersicht					
422 01	Planmäßige Beamte		7	7	7	
425 01	Angestellte		4	4	4	
	(darunter Schreibkräfte)		(2)	(2)	(2)	
	Personalsoll A		11	11	11	
	(ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31 und ohne Leerstellen)					
	Ferner:					
426 01	Arbeiter		3	3	3	
	Personalsoll B		3	3	3	

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	1997	1998	Begründung
1	2	3	4
PERSONALSOLL A (Personal auf Stellen)			
Stellenumsetzungen			
Titel 422 01			
A 14 Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin	+1	-	Umsetzung von Kap. 10 20
A 13 Regierungsrat, Regierungsrätin	-1	-	Umsetzung nach Kap. 10 20
Titel 425 01			
VIII	+1	-	Umsetzung von Kap. 10 55
IXb	-1	-	Umsetzung nach Kap. 10 55
Summe der Stellenumsetzungen	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-	-	
 LEERSTELLEN			
Neue Leerstellen			
Titel 422 01			
A 12 Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	+1	-	für Beurlaubung nach Art. 86 a BayBG
Titel 425 01			
Vc	+1	-	für Beurlaubung nach § 50 BAT
Summe der neuen Leerstellen	+2	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+2	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
422 01	Planmäßige Beamte					
	Präsident eines Landesversorgungsamtes, Präsidentin eines Landesversorgungsamtes als Leiter eines Landesversorgungsamtes mit mehr als 500.000 Versorgungsberechtigten	B 5	1	1	1	1. Zu Tit. 422 01: Bis zu jeweils 11 Planstellen des einfachen und höheren Dienstes dürfen bei Bedarf mit Beamten anderer Fachrichtungen derselben Laufbahngruppe besetzt werden. Bis zu 10 Planstellen für Medizinalräte (BesGr A 13) dürfen bei Bedarf bis 31.7.1999 mit angestellten Ärzten der VergGr Ib FGr 7 des Teils I der Anlage 1 a zum BAT besetzt werden. 2. Zu Tit. 422 01 und 425 01: Aus dem Stellingehalt für Ärzte dürfen auch Vertretungskosten und Entgelte für Ärzte im Praktikum gezahlt werden. 3. Aus dem Stellenplan können bis zu 15 Bedienstete beschäftigt werden, die Aufgaben für staatlich verwaltete Stiftungen wahrnehmen. 4. Zahl der Dienstwohnungen: 3
	Vizepräsident, Vizepräsidentin als der ständige Vertreter des Leiters eines Landesversorgungsamtes mit mehr als 500 000 Versorgungsberechtigten	B 2	1	1	1	
	Abteilungsdirektoren, Abteilungsdirektorinnen		2	2	2	
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	A16+AZ	5	5	5	
	Leitende Medizinaldirektoren, Leitende Medizinaldirektorinnen	A 16	11	11	12	
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen		8	8	8	
	Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen	A 15	29	29	28	
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen		20	20	20	
	Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	A 14	32	32	50	
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen		20	20	21	
	Medizinalräte, Medizinalrätinnen	A 13	14	14	21	
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen		4	4	3	
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A 13	20	20	20	
	Oberamtsrat, Oberamtsrätin gemäß §3 Nr.1 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG		1	1	1	
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen gemäß §3 Nr.2 Buchst.a der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG		5	5	5	
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A 12	57	57	57	
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen gemäß §3 Nr.1 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG		2	2	2	
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen gemäß §3 Nr.2 Buchst.a der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG		9	9	9	
	Regierungsamtänner, Regierungsamtfrauen	A 11	114	114	114	
	Regierungsamtänner, Regierungsamtfrauen gemäß §3 Nr.1 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG		2	2	2	
	Regierungsamtänner, Regierungsamtfrauen gemäß §3 Nr.2 Buchst.a der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG		21	21	21	
	Regierungsobersinspektoren, Regierungsobersinspektorinnen	A 10	127	127	127	

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr., VergGr., LohnGr	1997	1998	Begründung
1	2	3	4
PERSONALSOLL A (Personal auf Stellen)			
Stelleneinsparungen			
Titel 422 01			
A 14 Medizinaloberrat, Medizinaloberrätin	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995
A 13 Medizinalrat, Medizinalrätin	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995
	-1	-	Einsparung wegen Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten für 1995
A 9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995
	-2	-	Einsparung wegen Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten für 1995
A 5 Regierungsassistent, Regierungsassistentin	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995
Titel 425 01			
Vb	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995
VIb	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995
	-1	-	Einsparung wegen Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten für 1995
VII	-1	-	Einsparung wegen Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten für 1995
VIII	-3	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995
	-3	-	Einsparung wegen Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten für 1995
IXb	-1	-	Einsparung wegen Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten für 1995
Summe der Stelleneinsparungen	-20	-	
Stellenumsetzungen			
Titel 422 01			
A 16 Leitender Medizinaldirektor, Leitende Medizinaldirektorin	-1	-	Umsetzung nach Kap. 10 30
A 15 Medizinaldirektor, Medizinaldirektorin	+1	-	Umsetzung von Kap. 10 30
A 14 Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin	-1	-	Umsetzung nach Kap. 10 15
A 13 Regierungsrat, Regierungsrätin	+1	-	Umsetzung von Kap. 10 15
Titel 422 21			
A 9 Regierungsinspektoranwärter, Regierungsinspektoranwärterin	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach Kap. 10 10 BesGr A 9 Rechtspflegeranwärter
A 5 Regierungsassistentanwärter, Regierungsassistentanwärterinnen	-3	-	Umsetzung nach Kap. 10 10
Titel 425 01			
VIII	+1	-	Umsetzung von Kap. 06 08
	-1	-	Umsetzung nach Kap. 03 06
Zwischensumme	-4	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
noch 422 01	Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin gemäß §3 Nr.1 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG		1	1	1	
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen gemäß §3 Nr.2 Buchst.a der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG		4	4	4	
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen gemäß §3 Nr.2 Buchst.a der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG	A 9	64	64	68	
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen gemäß §3 Nr.2 Buchst.a der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG		7	7	7	
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	7	7	7	
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Nr.4 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG		5	5	5	
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Nr.4 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG	A 9	26	26	26	
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Nr.4 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG		22	22	22	
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen gemäß §3 Nr.4 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG	A 8	126	126	126	
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen gemäß §3 Nr.4 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG		21	21	21	
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	171	171	171	
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	64	64	64	
	Regierungsassistenten, Regierungsassistentinnen	A 5	25	25	26	
	Betriebsassistenten, Betriebsassistentinnen	A 6	4	4	4	
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen		10	10	10	
	Betriebshauptwarte, Betriebshauptwartinnen	A 5	3	3	3	
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen		24	24	24	
	Betriebsassistenten, Betriebsassistentinnen		5	5	5	
	Amtsmeister, Amtsmeisterinnen	A 4	17	17	17	
	Betriebshauptaufseher, Betriebshauptaufseherinnen		2	2	2	
	Betriebsoberwart, Betriebsoberwartin		1	1	1	
	Hauptamtsgehilfen, Hauptamtsgehilfinnen	A 3	4	4	4	
	Zusammen Zugang/Abgang		1.118 -30	1.118 0	1.148	

E r l ä u t e r u n g e n

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	1997	1998	Begründung
1	2	3	4
Stellenumwandlungen			
Titel 422 01			
A 14 Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	-17	-	Umwandlung nach Titel 425 01 VergGr Ib
A 13 Medizinalräte, Medizinalrätinnen	-5	-	Umwandlung nach Titel 425 01 VergGr IIa
Titel 425 01			
Ib	+17	-	Umwandlung von Titel 422 01 BesGr A 14 Medizinaloberrat
IIa	+5	-	Umwandlung von Titel 422 01 BesGr A 13 Medizinalräte
Zwischensumme	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-24	-	
PERSONALSOLL B (Personal aus Mitteln)			
Stelleneinsparungen			
Titel 426 01			
Arbeiter, Arbeiterin	-1	-	Einsparung wegen externer Aufgabenvergabe
	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995
Summe der Stelleneinsparungen	-2	-	
Stellenumsetzungen			
Titel 426 01			
Arbeiter, Arbeiterinnen Zugleich Summe der Stellenumsetzungen	-2	-	Umsetzung nach Kap. 03 06
Zu- und Abgang Personalsoll B	-4	-	
LEERSTELLEN			
Neue Leerstellen			
Titel 422 01			
A 11 Regierungsamtänner, Regierungsamtfrauen	+2	-	wegen Beurlaubungen nach Art. 86a BayBG
A 10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+5	-	wegen Beurlaubungen nach Art. 86a BayBG
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	+5	-	wegen Beurlaubungen nach Art. 86a BayBG
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+5	-	wegen Beurlaubungen nach Art. 86a BayBG

Stellenplan

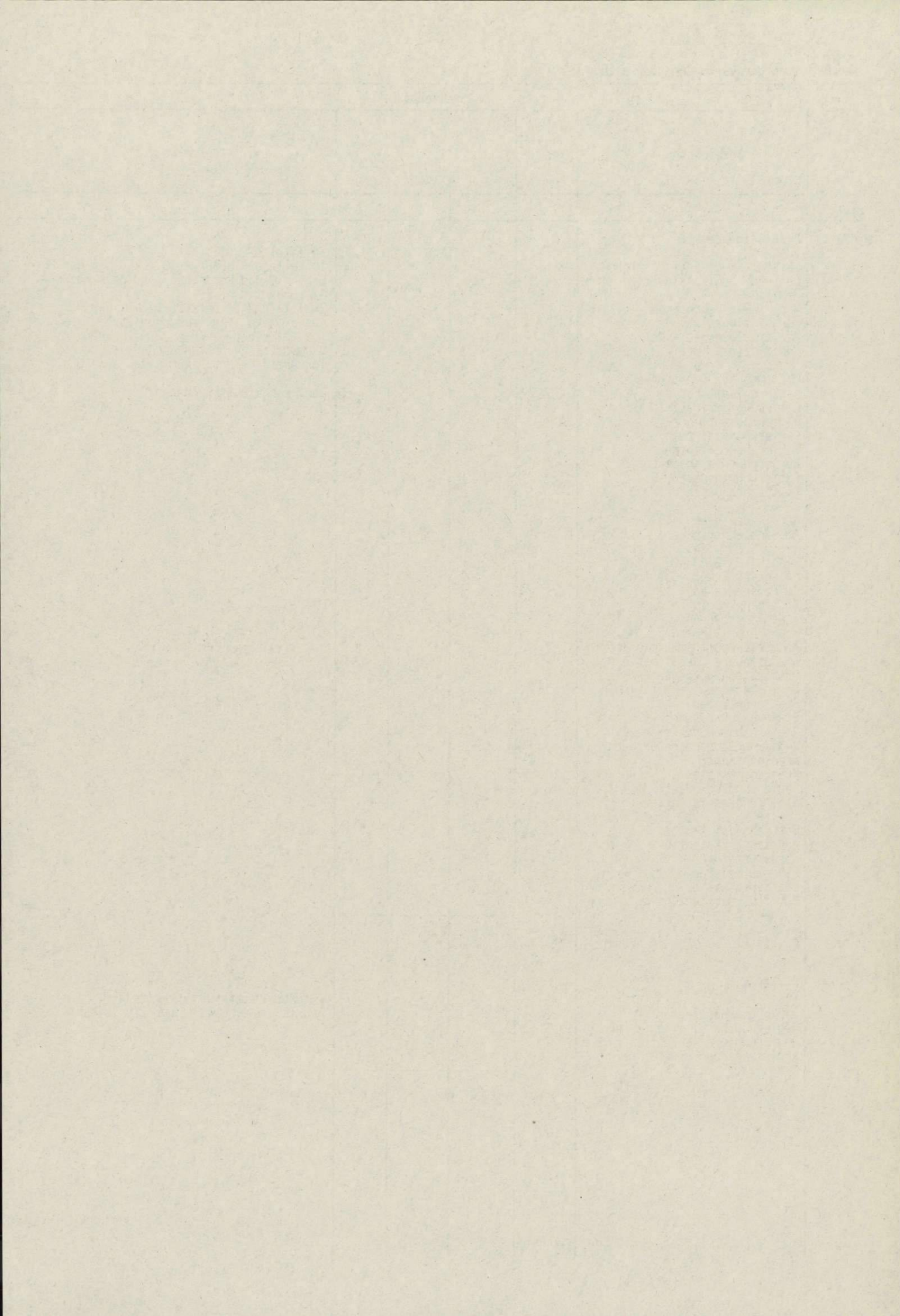
Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
	Leerstellen					Zweckbestimmung der Leerstellen: Beurlaubungen nach Art. 80a, 86a BayBG, §§13a, 16 UrIV, Wehr- oder Ersatzdienst, Abordnung an oberste Bundesbehörden
	Regierungsdirektoren,	A 15	3	3	3	
	Regierungsdirektorinnen					
	Medizinaldirektoren,		3	3	3	
	Medizinaldirektorinnen					
	Medizinaloberräte,	A 14	9	9	9	
	Medizinaloberrätinnen					
	Oberregierungsräte,		2	2	2	
	Oberregierungsrätinnen					
	Regierungsräte,	A 13	2	2	2	
	Regierungsrätinnen					
	Oberamtsrat, Oberamtsrätin	A 13	1	1	1	
	Regierungsamtänner,	A 11	10	10	8	
	Regierungsamtfrauen					
	Regierungsoberinspektoren,	A 10	53	53	48	
	Regierungsoberinspektorinnen					
	Regierungsinspektoren,	A 9	32	32	39	
	Regierungsinspektorinnen					
	Amtsinspektoren,	A 9	10	10	5	
	Amtsinspektorinnen					
	Regierungshauptsekretäre,	A 8	25	25	20	
	Regierungshauptsekretärinnen					
	Regierungsobersekretäre,	A 7	44	44	39	
	Regierungsobersekretärinnen					
	Regierungssekretäre,	A 6	30	30	35	
	Regierungssekretärinnen					
	Regierungsassistenten,	A 5	10	10	20	
	Regierungsassistentinnen					
	Zusammen		234	234	234	
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst					
	Regierungsinspektoranzwärter,	A 9	119	119	120	
	Regierungsinspektoranzwärterinnen					
	Regierungsassistentanzwärter,	A 5	112	112	115	
	Regierungsassistentanzwärterinnen					
	Zusammen		231	231	235	
	Zugang/Abgang		-4	0		
422 31	Abgeordnete Beamte					
		A 16	3	3	3	
		A 15	3	3	3	
		A 14	4	4	4	
		A 13	1	1	1	
		A 13	2	2	2	
		A 12	3	3	3	
		A 11	7	7	7	
		A 10	2	2	2	
		A 9	4	4	4	
		A 8	4	4	4	
		A 7	4	4	4	
		A 6	1	1	1	
	Zusammen		38	38	38	

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	1997	1998	Begründung
1	2	3	4
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	+5	-	wegen Beurlaubungen nach Art. 86a BayBG
Titel 425 01			
VII	+5	-	Beurlaubung nach § 50 BAT
Summe der neuen Leerstellen	+27	-	
Stelleneinsparungen			
Titel 422 01			
A 9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	-2	-	Einsparung
	-5	-	Einsparung
A 6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	-5	-	Einsparung
A 5 Regierungsassistenten, Regierungsassistentinnen	-5	-	Einsparung
	-5	-	Einsparung
Summe der Stelleneinsparungen	-22	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+5	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
425 01	Angestellte Tarifliche Angestellte	Ia	4	4	4	Zu VergGr VIII: 1 Stelle kw mit Ausscheiden der von Kap. 06 08 versetzten Stelleninhaberin, spä- stens zum 1.1.2000.
		Ib	19	19	2	
		IIa	5	5	-	
		IVa	1	1	1	
		Vb	13	13	15	
		Vc	34	34	34	
		VIb	44	44	46	
		VII	243	243	244	
	(darunter Schreibkräfte)		(10)	(10)	(14)	
		VIII	279	279	285	
	(darunter Schreibkräfte)		(130)	(130)	(149)	
		IXb	5	5	6	
	Zusammen		647	647	637	
	Zugang/Abgang		+10	0		
	Leerstellen					Zweckbestimmung der Leerstellen: Beurlaubungen nach § 50 BAT und EU-Rente auf Zeit
		VII	25	25	20	
		VIII	35	35	35	
	Zusammen		60	60	55	
	Zugang/Abgang		+5	0		
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		2	2	2	
426 01	Arbeiter Arbeiter, Arbeiterinnen		60	60	64	
	Zugang/Abgang		-4	0		
	Gesamtübersicht					
422 01	Planmäßige Beamte		1.118	1.118	1.148	
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		231	231	235	
425 01	Angestellte (darunter Schreibkräfte)		647 (140)	647 (140)	637 (163)	
	Personalso11 A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31 und ohne Leerstellen)		1.996	1.996	2.020	
	Ferner:					
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		2	2	2	
426 01	Arbeiter		60	60	64	
	Personalso11 B		62	62	66	



Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
422 01	Plammäßige Beamte					Zu Titel 422 01: 1 Stelle der BesGr A 13 (OAR) bei der Rehaklinik Bad Reichenhall ku nach BesGr A 12 (RAR). Zu Tit. 422 01 und 425 01: Aus dem Stengehalt unbesetzter Stellen für Ärzte der BesGr A 13-A 15 und der VergGr Ia-IIa dürfen auch die Entgelte für Ärzte im Praktikum bezahlt werden. Zahl der Dienstwohnungen: 2
	Leitende Medizinaldirektoren.	A 16	3	3	3	
	Leitende Medizinaldirektorinnen	A 15	4	4	4	
	Medizinaldirektoren.					
	Medizinaldirektorinnen	A 14	6	6	6	
	Medizinaloberräte.					
	Medizinaloberrätinnen	A 13	1	1	1	
	Medizinalrat, Medizinalrätin					
	Oberamtsrat, Oberamtsrätin	A 13	1	1	1	
	Regierungsamtsrat,	A 12	1	1	1	
	Regierungsamtsrätin					
	Regierungsamtmänner,	A 11	2	2	2	
	Regierungsamtfräuen					
	Regierungsoberinspektor,	A 10	1	1	1	
	Regierungsoberinspektorin					
	Regierungsinspektoren,	A 9	1	1	2	
	Regierungsinspektorinnen					
	Amtsinspektoren.	A 9+AZ	2	2	1	
	Amtsinspektorinnen					
	gemäß §3 Nr.4 der V zu §26					
	Äbs.4 Nr.2 BBesG					
	Pflegevorsteher, Oberinnen		1	1	2	
	Amtsinspektoren,	A 9	2	2	2	
	Amtsinspektorinnen					
	gemäß §3 Nr.4 der V zu §26					
	Äbs.4 Nr.2 BBesG					
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin		1	1	1	
	Oberpfleger, Oberschwester		3	3	3	
	Regierungshauptsekretäre,	A 8	2	2	2	
	Regierungshauptsekretärinnen					
	Stationspfleger,	A 7+AZ	2	2	2	
	Stationsschwester					
	Regierungsobersekretäre,	A 7	4	4	4	
	Regierungsobersekretärinnen					
	Krankenpfleger,		1	1	1	
	Krankenschwester					
	Regierungsassistent,	A 5	-	-	1	
	Regierungsassistentin					
	Betriebsassistent,	A 6	1	1	1	
	Betriebsassistentin					
	Oberamtsmeister,	A 5	1	1	1	
	Oberamtsmeisterin					
	Betriebsassistenten,		2	2	3	
	Betriebsassistentinnen					
	Zusammen		42	42	45	
	Zugang/Abgang		-3	0		
	Leerstellen					Zweckbestimmung der Leerstellen: Beurlaubungen, Wehr- und Zivildienst
	Regierungshauptsekretär,	A 8	1	1	1	
	Regierungshauptsekretärin					
	Regierungsobersekretär,	A 7	1	1	1	
	Regierungsobersekretärin					
	Zusammen		2	2	2	

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	1997	1998	Begründung
1	2	3	4
PERSONALSOLL A (Personal auf Stellen)			
Stelleneinsparungen			
Titel 422 01			
A 9 Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	-1	-	Einsparung wegen Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten für 1995
A 5 Regierungsassistent, Regierungsassistentin	-1	-	Einsparung
A 5 Betriebsassistent, Betriebsassistentin	-1	-	Einsparung wegen Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten für 1995
Titel 425 01			
VIII	-1	-	Einsparung wegen Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten für 1995
Zwischensumme	-4	-	
Stellenumwandlungen			
Titel 422 01			
A 9+AZ Pflegevorsteher, Oberin	-1	-	Umwandlung nach BesGr A 9 + AZ Amtsinspektor gemäß § 3 Nr. 4 der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG
Amtsinspektor, Amtsinspektorin gemäß § 3 Nr. 4 der V zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG	+1	-	Umwandlung von BesGr A 9 + AZ Pflegevorsteher
Zwischensumme	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-4	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
422 31	Abgeordnete Beamte					
		A 15	1	1	1	
		A 14	1	1	1	
		A 13	1	1	1	
		A 11	1	1	1	
		A 8	1	1	1	
	Zusammen		5	5	5	
425 01	Angestellte					
	Tarifliche Angestellte	Ia	1	1	1	Aus dem Stelligehalt unbesetzter Stellen für Ärzte der VergGr Ia - Iia dürfen auch Vertretungskosten bezahlt werden. Aus dem Stelligehalt unbesetzter Stellen der VergGr Vc-VIII BAT dürfen auch die Entgelte für Praktikanten bezahlt werden: hinsichtlich der Verbuchung gilt Nr. 3.1.2 DBestHG 1995/1996 analog.
		Ib	2	2	2	
		IIa	1	1	1	
		IVb	2	2	2	
		Vb	2	2	2	
		Vc	11	11	11	
		VIb	20	20	20	
		VII	21	21	21	
		VIII	16	16	17	
	(darunter Schreibkräfte)	Kr	(6)	(6)	(6)	
	Krankenpflegekräfte	XIII-I	55	55	55	
	Zusammen		131	131	132	
	Zugang/Abgang		-1	0		
	Leerstellen					Zweckbestimmung der Leerstellen: Beurlaubungen, Sonderurlaub, Wehr- und Zivildienst und EU-Rente auf Zeit.
		IIa	2	2	2	
		Vc	2	2	2	
		IXb	2	2	2	
	Krankenpflegekräfte	Kr	5	5	5	
	XIII-I					
	Zusammen		11	11	11	
426 01	Arbeiter					
	Arbeiter, Arbeiterinnen		92	92	92	
	Auszubildende		2	2	2	
	Zusammen		94	94	94	
427 41	Praktikanten					
			6	6	6	
	Gesamtübersicht					
422 01	Planmäßige Beamte		42	42	45	
425 01	Angestellte		131	131	132	
	(darunter Schreibkräfte)		(6)	(6)	(6)	
	Personalsoll A		173	173	177	
	(ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31 und ohne Leerstellen)					
	Ferner:					
426 01	Arbeiter		94	94	94	
427 41	Praktikanten		6	6	6	
	Personalsoll B		100	100	100	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
422 01	Planmäßige Beamte					
	Präsident des Landesamts für Arbeitsschutz, Präsidentin des Landesamts für Arbeitsschutz	B 3	1	1	1	1. Die ausgewiesenen Stellen der BesGr A 15, BesGr A 14 und BesGr A 13 (höherer Dienst) dürfen auch mit Beamten jeweils anderer Fachrichtungen besetzt werden.
	Leitende Gewerbedirektoren.	A16+AZ	3	3	3	2. Zahl der Dienstwohnungen: 3.
	Leitende Gewerbedirektorinnen.	A 16	7	7	7	
	Leitende Gewerbedirektoren.					3. Aus dem Stellengehalt der Stellen für Ärzte der BesGr A 13 bis A 15 dürfen auch die Entgelte für Ärzte im Praktikum bezahlt werden. Die Planstellen für Medizinalräte (BesGr A 13) dürfen bei Bedarf bis 31.7.1999 mit angestellten Ärzten der VergGr I b FGr 7 des Teils I der Anlage Ia zum BAT besetzt werden; vgl. dazu auch den Vermerk zu 10 20/422 01.
	Leitende Gewerbedirektorinnen.					
	Leitende Medizinaldirektoren.		2	2	1	
	Leitende Medizinaldirektorinnen.					
	Leitender Chemiedirektor.		1	1	1	
	Leitende Chemiedirektorin.					
	Gewerbedirektoren.	A 15	36	36	36	
	Gewerbedirektorinnen.					
	Baudirektor, Baudirektorin.		1	1	1	
	Chemiedirektor.		1	1	1	
	Chemiedirektorin.					4. Zu Tit. 422 01: 5 Stellen BesGr A 13 (Gewerberäte, Gewerberätinnen). 2 Stellen BesGr A 14 (Gewerbeoberräte, Gewerbeoberrätinnen). 1 Stelle BesGr A 15 (Gewerbedirektor, Gewerbedirektorin) ku ab 01.01.1997 nach 5 Stellen BesGr A 10 (Technische Oberinspekt.). 3 Stellen BesGr A 11 (Technische Amtsmänner/Amtfrauen).
	Medizinaldirektoren.		8	8	9	
	Medizinaldirektorinnen.					
	Regierungsdirektoren.		3	3	3	
	Regierungsdirektorinnen.					
	Gewerbeoberräte.	A 14	31	31	32	
	Gewerbeoberrätinnen.					
	Bauoberräte, Bauoberrätinnen.		2	2	2	
	Chemieoberräte.		3	3	3	
	Chemieoberrätinnen.					
	Medizinaloberräte.		15	15	16	
	Medizinaloberrätinnen.					5 Stellen BesGr A 10 (Technische Oberinspekt.). 3 Stellen BesGr A 11 (Technische Amtsmänner/Amtfrauen).
	Oberregierungsräte.		3	3	3	
	Oberregierungsrätinnen.					
	Gewerberäte, Gewerberätinnen.	A 13	19	19	21	
	Bauräte, Baurätinnen.		3	3	3	
	Medizinalräte.		2	2	2	
	Medizinalrätinnen.					
	Regierungsräte.		2	2	2	
	Regierungsrätinnen.					
	Technische Oberamtsräte.	A13+AZ	6	6	6	
	Technische Oberamtsrätinnen.					77
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen.	A 13	3	3	3	
	Technische Oberamtsräte.		27	27	27	
	Technische Oberamtsrätinnen.					
	Regierungsamtsräte.	A 12	7	7	7	
	Regierungsamtsrätinnen.					
	Technische Amtsräte, Technische Amts-rätinnen.		77	77	77	
	Regierungsamt-männer.	A 11	4	4	4	
	Regierungsamt-frauen.					
	Regierungsamt-männer.		2	2	2	
	Regierungsamt-frauen gemäß §3 Nr.2 Buchst.a der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG					98
	Technische Amt-männer.		98	98	98	
	Technische Amt-frauen.					
	Regierungsoberinspektoren.	A 10	3	3	3	
	Regierungsoberinspektorinnen.					
	Technische Oberinspektoren.		47	47	49	
	Technische Oberinspektorinnen.					
	Amtsinspektoren.	A 9+AZ	2	2	2	
	Amtsinspektorinnen.					
	Technische Amtsinspektoren.		7	7	6	
	Technische Amtsinspektorinnen gemäß §3 Nr.4 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG					

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	1997	1998	Begründung
1	2	3	4
PERSONALSOLL A (Personal auf Stellen)			
Stelleneinsparungen			
Titel 422 01			
A 13 Gewerberat, Gewerberätin	-1 -1	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995 Einsparung wegen Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten für 1995
A 10 Technischer Oberinspektor, Technische Oberinspektorin	-1 -1	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995 Einsparung wegen Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten für 1995
A 7 Technische Obersekretäre, Technische Obersekretärinnen gemäß §2 Nr.5 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG	-4 -2	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995 Einsparung wegen Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten für 1995
Summe der Stelleneinsparungen	-10	-	
Stellenumsetzungen			
Titel 422 01			
A 16 Leitender Medizinaldirektor, Leitende Medizinaldirektorin	+1	-	Umsetzung von Kap. 10 20
A 15 Medizinaldirektor, Medizinaldirektorin	-1	-	Umsetzung nach Kap. 10 20
A 14 Gewerbeoberrat, Gewerbeoberrätin	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach Kap. 10 10 BesGr R 1 Richter am Arbeitsgericht
A 9+AZ Technischer Amtsinspektor, Technische Amtsinspektorin gemäß §3 Nr.4 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von Kap. 10 01 BesGr A 9 + AZ Amtsinspektor
Zwischensumme	-	-	
Stellenumwandlungen			
Titel 422 01			
A 14 Medizinaloberrat, Medizinaloberrätin	-1	-	Umwandlung nach Titel 425 01 VergGr Ib
Titel 425 01			
Ib	+1	-	Umwandlung von Titel 422 01 BesGr 14 Medizinaloberrat
Zwischensumme	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-10	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
	Technische Amtsinspektoren, Technische Amtsinspektorinnen gemäß §2 Nr.5 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG	A 9	14	14	14	
	Technische Amtsinspektoren, Technische Amtsinspektorinnen gemäß §3 Nr.4 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG		23	23	23	
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Nr.4 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG		3	3	3	
	Technische Amtsinspektoren, Technische Amtsinspektorinnen gemäß §2 Nr.5 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG		32	32	32	
	Betriebsinspektor, Betriebsinspektorin	A 8	1	1	1	
	Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen		2	2	2	
	Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterin		1	1	1	
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin gemäß §3 Nr.4 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG		1	1	1	
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 7	7	7	7	
	Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen gemäß §3 Nr.4 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG		15	15	15	
	Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen gemäß §2 Nr.5 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG		53	53	53	
	Regierungsoberssekretäre, Regierungsoberssekretärinnen		6	6	6	
	Technische Oberssekretäre, Technische Oberssekretärinnen	A 6	2	2	2	
	Technische Oberssekretäre, Technische Oberssekretärinnen gemäß §2 Nr.5 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG		58	58	64	
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen		4	4	4	
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 6	3	3	3	
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 5	6	6	6	
	Amtsmeister, Amtsmeisterin	A 4	1	1	1	
	Hauptamtsgehilfe, Hauptamtsgehilfin	A 3	1	1	1	
	Zusammen		659	659	670	
	Zugang/Abgang		-11	0		

E r l ä u t e r u n g e n

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	1997	1998	Begründung
1	2	3	4
PERSONALSOLL B (Personal aus Mitteln)			
Stelleneinsparungen			
Titel 426 01			
Arbeiter, Arbeiterinnen	-2	-	Einsparung wegen Fremdreinigung
Zugleich Summe der Stelleneinsparungen			
Zu- und Abgang Personalsoll B	-2	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
	Leerstellen					Zweckbestimmung der Leerstellen: Beurlaubungen nach Art. 86a BayBG und § 16 UrIV sowie Wehrdienst
	Medizinaldirektor,	A 15	1	1	1	
	Medizinaldirektorin					
	Gewerbedirektor,		1	1	1	
	Gewerbedirektorin					
	Oberregierungsräte,	A 14	3	3	3	
	Oberregierungsrätinnen					
	Gewerbeoberrat,		1	1	1	
	Gewerbeoberrätin					
	Medizinaloberräte,		2	2	2	
	Medizinaloberrätinnen					
	Technischer Oberamtsrat,	A 13	1	1	1	
	Technische Oberamtsrätin					
	Regierungsamtmann,	A 11	1	1	1	
	Regierungsamtfrau					
	Technische Amtsmänner,		4	4	4	
	Technische Amtfrauen					
	Technische Oberinspektoren,	A 10	3	3	3	
	Technische Oberinspektorinnen					
	Technischer Amtsinspektor,	A 9	1	1	1	
	Technische Amtsinspektorin					
	Technische Hauptsekretäre,	A 8	2	2	2	
	Technische Hauptsekretärinnen					
	Regierungshauptsekretäre,		2	2	2	
	Regierungshauptsekretärinnen					
	Technische Obersekretäre,	A 7	4	4	4	
	Technische Obersekretärinnen					
	Regierungsobersekretäre,		3	3	3	
	Regierungsobersekretärinnen					
	Zusammen		29	29	29	
422 31	Abgeordnete Beamte					
		A 15	3	3	3	
		A 14	2	2	2	
		A 13	1	1	1	
		A 12	2	2	2	
		A 9	1	1	1	
		A 8	2	2	2	
	Zusammen		11	11	11	
425 01	Angestellte					
	Tarifliche Angestellte	Ib	1	1	-	
		IVa	3	3	3	
		IVb	21	21	21	
		Vb	3	3	3	
		Vc	6	6	6	
		VIb	3	3	3	
		VII	67	67	67	
		VIII	86	86	86	
	(darunter Schreibkräfte)		(72)	(72)	(71)	
	Zusammen		190	190	189	
	Zugang/Abgang		+1	0		

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	S t e l l e n z a h l			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
	Leerstellen					Zweckbestimmung der Leerstellen: Beurlaubungen nach § 50 BAT und EU-Rente auf Zeit
		IVb	2	2	2	
		Vb	1	1	1	
		VII	8	8	8	
		VIII	18	18	18	
	Zusammen		29	29	29	
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		1	1	1	
426 01	Arbeiter Arbeiter, Arbeiterinnen Zugang/Abgang		25 -2	25 0	27	
	Gesamtübersicht					
422 01	Planmäßige Beamte		659	659	670	
425 01	Angestellte (darunter Schreibkräfte)		190 (72)	190 (72)	189 (71)	
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31 und ohne Leerstellen)		849	849	859	
	Ferner:					
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		1	1	1	
426 01	Arbeiter		25	25	27	
	Personalsoll B		26	26	28	

Stellenplan

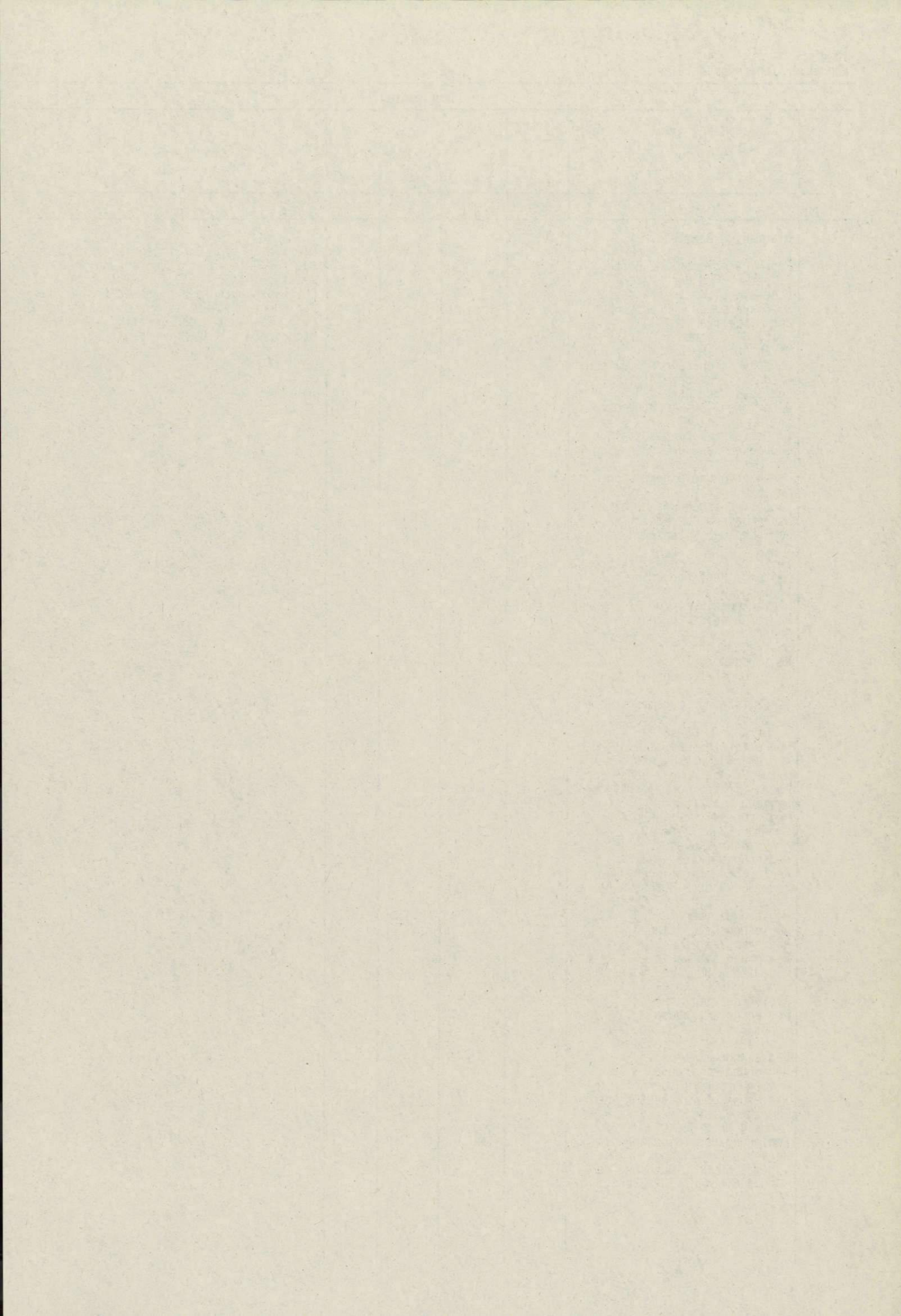
Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
422 01	Planmäßige Beamte					Zu Tit. 422 01: 5 Stellen für Beamte des gehobenen Dienstes (A 9 - A 12) dürfen auch mit Beamten anderer Fachrichtungen besetzt werden. Bei Bedarf dürfen in Anspruch genommen werden: a) Die Stellen der BesGr A 16 mit A 13 für Ärzte und Apotheker der Kap. 10 40 und 10 90 gegenseitig; b) vgl. Vermerk bei Kap. 10 91.
	Leitende Medizinaldirektoren,	A 16	7	7	7	
	Leitende Medizinaldirektorinnen					
	Leitende Veterinärdirektoren,		7	7	7	
	Leitende Veterinärdirektorinnen					
	Leitender Pharmaziedirektor,		1	1	1	
	Leitende Pharmaziedirektorin					
	Medizinaldirektoren,	A 15	6	6	6	
	Medizinaldirektorinnen					
	Pharmaziedirektoren,		6	6	6	
	Pharmaziedirektorinnen					
	Medizinaloberräte,	A 14	4	4	4	
	Medizinaloberrätinnen					
	Veterinäroberräte,		2	2	2	
	Veterinäroberrätinnen					
	Pharmazieoberräte,		7	7	7	
	Pharmazieoberrätinnen					
	Veterinärräte,	A 13	2	2	2	
	Veterinärrätinnen					
	Pharmazieräte,		2	2	2	
	Pharmazierätinnen					
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A 13	8	8	8	
	Sozialamtsrat, Sozialamtsrätin	A 12	1	1	1	
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen		3	3	3	
	Technischer Amtmann, Technische Amtfrau	A 11	1	1	1	
	Sozialamt Männer,		2	2	2	
	Sozialamt Frauen					
	Sozialoberinspektoren,	A 10	3	3	3	
	Sozialoberinspektorinnen					
	Zusammen		62	62	62	
	Leerstellen					Zweckbestimmung der Leerstellen: Beurlaubungen nach Art. 80a, 86a BayBG, §§13a, 16 UrIV, Wehr- oder Ersatzdienst. Zu BesGr A 16 (2 Stellen), BesGr A 13, BesGr A 12 und BesGr A 11 (je 1 Stelle): Stellen kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber. Diese Stellen sind kw in der Weise, daß bei Ausscheiden eines Stelleninhabers jeweils die niedrigste ausgebrachte Stelle der jeweiligen Laufbahngruppe wegfällt.
	Leitender Regierungsdirektor,	A 16	1	1	-	
	Leitende Regierungsdirektorin				-	
	Leitender Veterinärdirektor,		1	1	-	
	Leitende Veterinärdirektorin				-	
	Oberamtsrat, Oberamtsrätin	A 13	1	1	-	
	Regierungsamtsrat,	A 12	1	1	-	
	Regierungsamtsrätin				-	
	Regierungsamt Mann,	A 11	1	1	-	
	Regierungsamt Frau				-	
	Sozialamtsrat, Sozialamtsrätin	A 12	1	1	1	
	Technische Amt Männer,	A 11	3	3	3	
	Technische Amt Frauen					
	Sozialoberinspektoren,	A 10	2	2	2	
	Sozialoberinspektorinnen					
	Sozialinspektor,	A 9	1	1	1	
	Sozialinspektorin					
	Zusammen		12	12	7	
	Zugang/Abgang		+5	0		
422 31	Abgeordnete Beamte	A 11	1	1	1	

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	1997	1998	Begründung
1	2	3	4
PERSONALSOLL A (Personal auf Stellen)			
Stellenumsetzungen			
Titel 425 01			
IXb	+1	-	Umsetzung von Kap. 10 92
Zugleich Summe der Stellenumsetzungen			
Stellenumwandlungen			
Titel 425 01			
III	+7	-	Umwandlung von 7 Stellen der VergGr IVa und 1 Stelle der VergGr IXb
IVa	-7	-	Umwandlung von VergGr III (7) und VergGr IXb
IXb	-1	-	Umwandlung mit 7 Stellen der VergGr IVa nach VergGr III
Zwischensumme	-1	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-	-	
 LEERSTELLEN			
Stellenumsetzungen			
Titel 422 01			
A 16 Leitender Veterinärdirektor, Leitende Veterinärdirektorin	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von Kap. 03 11
Leitender Regierungsdirektor, Leitende Regierungsdirektorin	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von Kap. 03 11
A 13 Oberamtsrat, Oberamtsrätin	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von Kap. 03 11
A 12 Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von Kap. 03 11
A 11 Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von Kap. 03 11
Summe der Stellenumsetzungen	+5	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+5	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
425 01	Angestellte					
	Tarifliche Angestellte	III	33	33	26	
		IVa	1	1	8	
		Vb	1	1	1	
	Zusammen		35	35	35	
	Leerstellen					
		III	2	2	2	Zweckbestimmung der Leerstellen: Beurlaubungen nach § 50 BAT
	Gesamtübersicht					
422 01	Planmäßige Beamte		62	62	62	
425 01	Angestellte		35	35	35	
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31 und ohne Leerstellen)		97	97	97	



Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
	Planmäßige Beamte					
	Erste Direktoren und Erste Direktorinnen der Landesversicherungsanstalten Oberbayern sowie Oberfranken und Mittelfranken	B 4	2	2	2	Die Stellen für Oberamtsmeister (BesGrA 6), für Betriebsassistenten und Oberamtsmeister (BesGr A 5), für Amtsmeister und Betriebshauptaufseher (BesGr A 4) sowie für Hauptamtsgehilfen (BesGr A 3) dürfen auch mit Beamten der jeweils anderen Fachrichtung besetzt werden.
	Erste Direktoren und Erste Direktorinnen der Landesversicherungsanstalten Niederbayern-Oberpfalz, Schwaben und Unterfranken	B 3	3	3	3	
	Direktoren und Direktorinnen bei den Landesversicherungsanstalten Oberbayern sowie Oberfranken und Mittelfranken		3	3	3	
	Direktoren und Direktorinnen bei den Landesversicherungsanstalten Niederbayern-Oberpfalz, Schwaben und Unterfranken	B 2	3	3	3	
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	A 16	16	16	16	
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A 15	48	48	48	
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A 14	62	62	62	
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A 13	33	33	33	
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen gemäß §3 Nr.1 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG	A 13	6	6	6	
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen gemäß §3 Nr.2 Buchst.a der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG		13	13	12	
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen		88	89	83	
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen gemäß §3 Nr.1 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG	A 12	17	17	17	
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen gemäß §3 Nr.2 Buchst.a der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG		25	25	24	
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen		236	238	222	
	Regierungsamtsträßen, Regierungsamtsträßen	A 11	17	17	17	
	Regierungsamtsträßen, Regierungsamtsträßen gemäß §3 Nr.1 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG		63	63	60	
	Regierungsamtsträßen, Regierungsamtsträßen gemäß §3 Nr.2 Buchst.a der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG		442	445	416	
	Regierungsamtsträßen, Regierungsamtsträßen	A 10	11	11	10	
	Regierungsamtsträßen, Regierungsamtsträßen gemäß §3 Nr.1 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG		16	16	15	
	Regierungsamtsträßen, Regierungsamtsträßen gemäß §3 Nr.2 Buchst.a der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG					

E r l ä u t e r u n g e n

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	1997	1998	Begründung
1	2	3	4
PERSONALSOLL B (Personal aus Mitteln)			
Neue Stellen			
Planmäßige Beamte			
A 13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	+5	+1	Mehrung von Aufgaben
Oberamtsrat, Oberamtsrätin	+1	-	Mehrung von Aufgaben
gemäß §3 Nr.2 Buchst.a der V			
zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG			
A 12 Regierungsamtsräte,	+14	+2	Mehrung von Aufgaben
Regierungsamtsrätinnen			
Regierungsamtsrat,	+1	-	Mehrung von Aufgaben
Regierungsamtsrätin			
gemäß §3 Nr.2 Buchst.a der V			
zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG			
A 11 Regierungsamt Männer,	+26	+3	Mehrung von Aufgaben
Regierungsamt Frauen			
Regierungsamt Männer,	+3	-	Mehrung von Aufgaben
Regierungsamt Frauen			
gemäß §3 Nr.2 Buchst.a der V			
zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG			
A 10 Regierungsoberinspektoren,	+28	+3	Mehrung von Aufgaben
Regierungsoberinspektorinnen			
Regierungsoberinspektor,	+1	-	Mehrung von Aufgaben
Regierungsoberinspektorin			
gemäß §3 Nr.1 der V zu §26			
Abs.4 Nr.2 BBesG			
Regierungsoberinspektor,	+1	-	Mehrung von Aufgaben
Regierungsoberinspektorin			
gemäß §3 Nr.2 Buchst.a der V			
zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG			
A 9 Regierungsinspektoren,	+15	+1	Mehrung von Aufgaben
Regierungsinspektorinnen			
Summe der neuen Stellen	+95	+10	
Zu- und Abgang Personalsoll B	+95	+10	
LEERSTELLEN			
Neue Leerstellen			
Planmäßige Beamte			
A 12 Regierungsamtsrat,	+1	-	Beurlaubungen nach Art. 80 a, 86 a BayBG
Regierungsamtsrätin			
A 11 Regierungsamt Männer,	+5	-	Beurlaubungen nach Art. 80 a, 86 a BayBG
Regierungsamt Frauen			
A 10 Regierungsoberinspektoren,	+10	-	Beurlaubungen nach Art. 80 a, 86 a BayBG
Regierungsoberinspektorinnen			
Summe der neuen Leerstellen	+16	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+16	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A 9	460	463	432	
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen gemäß §3 Nr.1 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG		5	5	5	
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen gemäß §3 Nr.2 Buchst.a der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG		8	8	8	
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen		248	249	233	
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Nr.4 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG	A 9+AZ	5	5	5	
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen		13	13	13	
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	11	11	11	
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Nr.4 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG		31	31	31	
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 8	4	4	4	
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen gemäß §3 Nr.4 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG		165	165	165	
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 7	217	217	217	
	Regierungsoberssekretäre, Regierungsoberssekretärinnen		1	1	1	
	Verwaltungsbetriebsober- sekretär, Verwaltungsbetriebs- obersekretärin	A 6	77	77	77	
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen		3	3	3	
	Verwaltungsbetriebssekretäre, Verwaltungsbetriebssekre- tärinnen	A 5	42	42	42	
	Regierungsassistenten, Regierungsassistentinnen	A 6	11	11	11	
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 5	4	4	4	
	Betriebsassistenten, Betriebsassistentinnen		4	4	4	
	Betriebshauptwarte, Betriebshauptwartinnen		21	21	21	
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 4	8	8	8	
	Amtsmeister, Amtsmeisterinnen		2	2	2	
	Betriebshauptaufseher, Betriebshauptaufseherinnen		1	1	1	
	Betriebsoberwart, Betriebsoberwartin	A 3	6	6	6	
	Hauptamtsgehilfen, Hauptamtsgehilfinnen					
	Zusammen Zugang/Abgang		2.451 +95	2.461 +10	2.356	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
	Leerstellen					Zweckbestimmung der Leerstellen: Beurlaubungen nach Art. 80a, 86a BayBG, §§13a, 16 UrIV, Wehr- oder Ersatzdienst, Abordnungen und Entsendungen ohne Dienst- bezüge
	Regierungsdirektoren,	A 15	4	4	4	
	Regierungsdirektorinnen					
	Oberregierungsräte,	A 14	14	14	14	
	Oberregierungsrätinnen					
	Regierungsräte,	A 13	7	7	7	
	Regierungsrätinnen					
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A 13	2	2	2	
	Regierungsamtsräte,	A 12	3	3	2	
	Regierungsamtsrätinnen					
	Regierungsamt männer,	A 11	21	21	16	
	Regierungsamt frauen					
	Regierungsoberinspektoren,	A 10	61	61	51	
	Regierungsoberinspektorinnen					
	Regierungsinspektoren,	A 9	36	36	36	
	Regierungsinspektorinnen					
	Amtsinspektoren,	A 9	3	3	3	
	Amtsinspektorinnen					
	Regierungshauptsekretäre,	A 8	15	15	15	
	Regierungshauptsekretärinnen					
	Regierungsobersekretäre,	A 7	28	28	28	
	Regierungsobersekretärinnen					
	Regierungssekretäre,	A 6	19	19	19	
	Regierungssekretärinnen					
	Regierungsassistenten,	A 5	12	12	12	
	Regierungsassistentinnen					
	Zusammen		225	225	209	
	Zugang/Abgang		+16	0		
	Beamte zur Anstellung					
	Regierungsinspektoren,	A 9	175	175	175	
	Regierungsinspektorinnen					
	Regierungsassistenten,	A 5	58	58	58	
	Regierungsassistentinnen					
	Zusammen		233	233	233	
	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst					
	Regierungsinspektor anwärter,	A 9	520	520	520	
	Regierungsinspektor anwärte- rinnen					
	Regierungsassistent anwärter,	A 5	146	146	146	
	Regierungsassistent anwärte- rinnen					
	Zusammen		666	666	666	Zweckbestimmung der Leerstellen: Beurlaubungen wegen Grundwehrdienst
	Leerstellen					
	Regierungsinspektor anwärter,	A 9	50	50	50	
	Regierungsinspektor anwärte- rinnen					
	Regierungsassistent anwärter,	A 5	20	20	20	
	Regierungsassistent anwärte- rinnen					
	Zusammen		70	70	70	
	Abgeordnete Beamte					
		A 13	1	1	1	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	S t e l l e n z a h l			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
	Gesamtübersicht					
	Planmäßige Beamte		2.451	2.461	2.356	
	Beamte zur Anstellung		233	233	233	
	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		666	666	666	
	Personalsoll B		3.350	3.360	3.255	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
422 01	Planmäßige Beamte					
	Oberamtsrat, Oberamtsrätin	A 13	1	1	1	
	Regierungsamtmann,	A 11	1	1	1	
	Regierungsamtfrau					
	Regierungsinspektor,	A 9	-	-	1	
	Regierungsinspektorin					
	Regierungshauptsekretäre,	A 8	4	4	4	
	Regierungshauptsekretärinnen					
	Regierungsobersekretäre,	A 7	2	2	2	
	Regierungsobersekretärinnen					
	Regierungssekretär,	A 6	1	1	1	
	Regierungssekretärin					
	Zusammen		9	9	10	
	Zugang/Abgang		-1	0		
422 31	Abgeordnete Beamte					
		A 10	1	1	1	
425 01	Angestellte					
	Tarifliche Angestellte					
		IVa	2	2	1	Zu den Tit. 425 01, 425 11 und 426 01: Bei Bedarf dürfen die Stellen in den Kap. 10 50 und 10 53 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
		IVb	1	1	2	
		Vc	2	2	2	
		VIb	22	22	22	
		VII	22	22	24	
		VIII	5	5	4	
	Zusammen		54	54	55	
	Zugang/Abgang		-1	0		
	Leerstellen					
		Vc	2	2	2	Zweckbestimmung der Leerstellen: Beurlaubungen nach § 50 BAT und Wehr- oder Ersatzdienst
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte					
	Zugang/Abgang		230 -70	230 0	300	Zu Tit. 425 11: Die Stellen können bei Bedarf mit Dauer- angestellten der VergGr VII - IVb besetzt werden.
426 01	Arbeiter					
	Arbeiter, Arbeiterinnen		124	124	147	
	Zugang/Abgang		-23	0		

E r l ä u t e r u n g e n

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	1997	1998	Begründung
1	2	3	4
PERSONALSOLL A (Personal auf Stellen)			
Stelleneinsparungen			
Titel 422 01			
A 9 Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995
Titel 425 01			
VIII	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995
Zwischensumme	-2	-	
Stellenumwandlungen			
Titel 425 01			
IVa	+1	-	Umwandlung von VergGr IVb
IVb	-1	-	Umwandlung nach VergGr IVa
VII	-2	-	Umwandlung nach VergGr VIII
VIII	+2	-	Umwandlung von VergGr VII
Zwischensumme	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-2	-	
PERSONALSOLL B (Personal aus Mitteln)			
Stelleneinsparungen			
Titel 425 11			
Angestellte	-70	-	Einsparung Anpassung der Stellenzahl
Titel 426 01			
Arbeiter, Arbeiterin	-1	-	Einsparung wegen Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten für 1995
	-22	-	Einsparung Anpassung der Stellenzahl
Summe der Stelleneinsparungen	-93	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	-93	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
	Gesamtübersicht					
422 01	Planmäßige Beamte		9	9	10	
425 01	Angestellte		54	54	55	
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31 und ohne Leerstellen)		63	63	65	
	Ferner:					
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		230	230	300	
426 01	Arbeiter		124	124	147	
	Personalsoll B		354	354	447	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
422 01	Planmäßige Beamte					
	Regierungsamtsrat,	A 12	1	1	1	
	Regierungsamtsrätin					
	Regierungsamtänner,	A 11	4	4	4	
	Regierungsamtfrauen					
	Regierungshauptsekretäre,	A 8	2	2	2	
	Regierungshauptsekretärinnen					
	Regierungsobersekretäre,	A 7	4	4	4	
	Regierungsobersekretärinnen					
	Regierungssekretär,	A 6	1	1	1	
	Regierungssekretärin					
	Zusammen		12	12	12	
425 01	Angestellte					
	Tarifliche Angestellte	Vb	1	1	1	Zu den Tit. 425 01, 425 11 und 426 01: Vgl. Vermerk zu Kap. 10 50 Tit. 425 01, 425 11 und 426 01
		VIb	25	25	25	
		VII	16	16	16	
		VIII	5	5	8	
		Kr	1	1	1	
	Krankenpflegekraft	XIII-I				
	Zusammen		48	48	51	
	Zugang/Abgang		-3	0		
	Leerstellen					
		Vc	2	2	2	Zweckbestimmung der Leerstellen: Beurlaubungen nach § 50 BAT und Wehr- oder Ersatzdienst
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte					
	Zugang/Abgang		375 +94	375 0	281	Zu Tit. 425 11: Die Stellen können bei Bedarf mit Dauer- angestellten der VergGr VII - IVa, davon höchstens 5 in VergGr IVa besetzt werden.
426 01	Arbeiter					
	Arbeiter, Arbeiterinnen		214	214	133	
	Zugang/Abgang		+81	0		
	Gesamtübersicht					
422 01	Planmäßige Beamte		12	12	12	
425 01	Angestellte		48	48	51	
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31 und ohne Leerstellen)		60	60	63	
	Ferner:					
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		375	375	281	
426 01	Arbeiter		214	214	133	
	Personalsoll B		589	589	414	

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	1997	1998	Begründung
1	2	3	4
PERSONALSOLL A (Personal auf Stellen)			
Stelleneinsparungen			
Titel 425 01			
VIII	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995 Einsparung wegen Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten für 1995
	-1	-	
Summe der Stelleneinsparungen	-3	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-3	-	
PERSONALSOLL B (Personal aus Mitteln)			
Neue Stellen			
Titel 425 11			
Angestellte	+94	-	Schaffung neuer Aufnahme- und Unterbringungseinrichtungen
Titel 426 01			
Arbeiter, Arbeiterinnen	+82	-	Schaffung neuer Aufnahme- und Unterbringungseinrichtungen
Summe der neuen Stellen	+176	-	
Stelleneinsparungen			
Titel 426 01			
Arbeiter, Arbeiterin Zugleich Summe der Stelleneinsparungen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995
Zu- und Abgang Personalsoll B	+175	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
422 01	Planmäßige Beamte					
	Oberamtsrat, Oberamtsrätin	A 13	1	1	1	
422 31	Abgeordnete Beamte					
		A 12	1	1	1	
		A 8	1	1	1	
		A 7	2	2	2	
	Zusammen		4	4	4	
425 01	Angestellte					
	Tarifliche Angestellte	IIa	1	1	1	
		III	1	1	1	
		IVa	1	1	1	
		IVb	1	1	1	
		Vb	3	3	3	
		Vc	9	9	9	
		VIb	9	9	9	
		VII	10	10	10	
		VIII	8	8	10	
	(darunter Schreibkräfte)		(5)	(5)	(5)	
		IXb	1	1	-	
	Zusammen		44	44	45	
	Zugang/Abgang		-1	0		
	Gesamtübersicht					
422 01	Planmäßige Beamte		1	1	1	
425 01	Angestellte		44	44	45	
	(darunter Schreibkräfte)		(5)	(5)	(5)	
	Personalsoll A		45	45	46	
	(ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31 und ohne Leerstellen)					

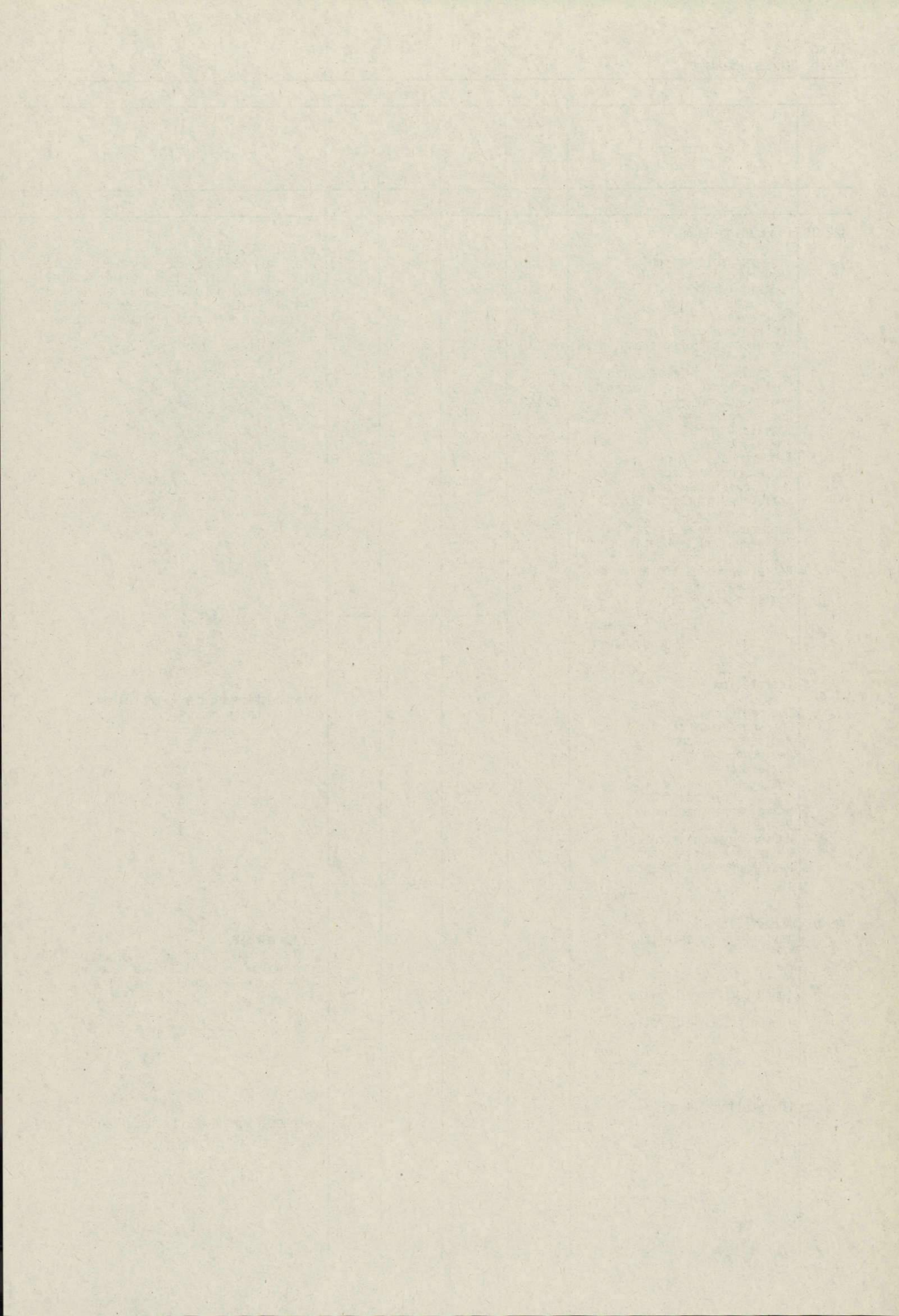
Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	1997	1998	Begründung
1	2	3	4
PERSONALSOLL A (Personal auf Stellen)			
Stelleneinsparungen			
Titel 425 01			
VIII	-1	-	Einsparung wegen Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten für 1995
Zugleich Summe der Stelleneinsparungen			
Stellenumsetzungen			
Titel 425 01			
VIII	-1	-	Umsetzung nach Kap. 10 15
IXb	+1	-	Umsetzung von Kap. 10 15
Summe der Stellenumsetzungen	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-1	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
422 01	Planmäßige Beamte					
	Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin	A 15	1	1	1	
	Bibliotheksamtmann, Bibliotheksamtfrau	A 11	1	1	1	
	Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau		1	1	1	
	Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin	A 10	1	1	1	
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin	A 8	1	1	1	
	Zusammen		5	5	5	
425 01	Angestellte					
	Tarifliche Angestellte	III	1	1	1	
		Vc	1	1	1	
		VIb	1	1	1	
		VII	4	4	4	
	(darunter Schreibkräfte)		(1)	(1)	(1)	
	Zusammen		7	7	7	
	Leerstellen					
		Vc	1	1	1	
		VIb	1	1	1	
	Zusammen		2	2	2	
426 01	Arbeiter					
	Arbeiter, Arbeiterinnen		3	3	3	
	Gesamtübersicht					
422 01	Planmäßige Beamte		5	5	5	
425 01	Angestellte		7	7	7	
	(darunter Schreibkräfte)		(1)	(1)	(1)	
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31 und ohne Leerstellen)		12	12	12	
	Ferner:					
426 01	Arbeiter		3	3	3	
	Personalsoll B		3	3	3	

Zweckbestimmung der Leerstellen:
Beurlaubungen nach § 50 BAT



Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
422 01	Platzmäßige Beamte					Zu Tit. 422 01: Die Stellen für Beamte des höheren Dienstes (BesGr A 13-A 15) und für Beamte des gehobenen Dienstes (BesGr A 9-A 12) dürfen bei Bedarf auch mit Beamten der jeweils anderen Fachrichtung besetzt werden.
	Regierungsdirektoren,	A 15	2	2	2	
	Regierungsdirektorinnen					
	Medizinaloberrat,	A 14	1	1	1	
	Medizinaloberrätin					
	Oberregierungsräte,		3	3	3	
	Oberregierungsrätinnen					
	Regierungsrat, Regierungsrätin	A 13	1	1	1	
	Oberamtsrat, Oberamtsrätin	A 13	1	1	1	
	Sozialamtsrat, Sozialamtsrätin	A 12	1	1	1	
	Regierungsamtmänner,	A 11	2	2	4	
	Regierungsamtfrauen					
	Sozialamtmänner,		1	1	3	
	Sozialamtfrauen					
	Regierungsoberinspektoren,	A 10	4	4	5	
	Regierungsoberinspektorinnen					
	Sozialoberinspektoren,		5	5	5	
	Sozialoberinspektorinnen					
	Regierungshauptsekretäre,	A 8	2	2	2	
	Regierungshauptsekretärinnen					
	Regierungsobersekretäre,	A 7	2	2	2	
	Regierungsobersekretärinnen					
	Regierungssekretär,	A 6	1	1	1	
	Regierungssekretärin					
	Zusammen		26	26	31	Zweckbestimmung der Leerstellen: Beurlaubungen nach Art. 86a BayBG
	Zugang/Abgang		-5	0		
	Leerstellen					
	Oberregierungsrat,	A 14	1	1	1	
	Oberregierungsrätin					
	Regierungsamtmann,	A 11	1	1	1	
	Regierungsamtfrau					
	Sozialamtmänner,		2	2	2	
	Sozialamtfrauen					
	Sozialoberinspektor,	A 10	1	1	1	
	Sozialoberinspektorin					
	Regierungshauptsekretär,	A 8	1	1	1	
	Regierungshauptsekretärin					
	Regierungsobersekretär,	A 7	1	1	1	
	Regierungsobersekretärin					
	Zusammen		7	7	7	
425 01	Angestellte					Zu VergGr IVa: 2 Stellen ku nach BesGr A 11 (Regierungsamtmann) und 2 Stellen ku nach BesGr A 11 (Sozialamtmann)
	Tarifliche Angestellte	I	1	1	1	
		III	1	1	1	
		IVa	4	4	-	
		VII	2	2	2	
	(darunter Schreibkräfte)		(1)	(1)	(1)	
		VIII	4	4	4	
	(darunter Schreibkräfte)		(4)	(4)	(4)	
	Zusammen		12	12	8	
	Zugang/Abgang		+4	0		
	Leerstellen					
		VII	3	3	3	
						Zweckbestimmung der Leerstellen: Beurlaubungen nach § 50 BAT

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
	Gesamtübersicht					
422 01	Planmäßige Beamte		26	26	31	
425 01	Angestellte (darunter Schreibkräfte)		12 (5)	12 (5)	8 (5)	
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31 und ohne Leerstellen)		38	38	39	

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	1997	1998	Begründung
1	2	3	4
PERSONALSOLL A (Personal auf Stellen)			
Stelleneinsparungen			
Titel 422 01			
A 10 Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin Zugleich Summe der Stelleneinsparungen	-1	-	Einsparung wegen Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten für 1995
Stellenumwandlungen			
Titel 422 01			
A 11 Sozialamtänner, Sozialamtfrauen Regierungsamtänner, Regierungsamtfrauen	-2 -2	- -	Umwandlung nach Titel 425 01 VergGr IVa Umwandlung nach Titel 425 01 VergGr IVa
Titel 425 01			
IVa	+4	-	Umwandlung von Titel 422 01 BesGr A 11 Regierungsamtänner (2) und Sozialamtänner (2)
Zwischensumme	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-1	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
422 01	Planmäßige Beamte					Zu Titel 422 01 BesGr A 13 (höherer Dienst) und zu Titel 425 01 VergGr IIa: 1 Stelle des Staatsinstituts für Frühpädagogik ist bei Freiwerden umgesetzt nach Kap. 05 30. Zu Titel 422 01 BesGr A 13 (höherer Dienst): Die nach Kap. 05 30 umgesetzte Stelle der BesGr A 14 + AZ ist bei Freiwerden nach Kap 10 65 im Tausch gegen eine Stelle der BesGr A 13 umgesetzt. Vgl. Vermerk zu Kap. 05 30 Tit. 422 01, BesGr A 14 + AZ.
	Oberstudiendirektor,	A 16	1	1	1	
	Oberstudiendirektorin	A 15	5	5	5	
	Regierungsdirektoren,	A14+AZ	-	-	1	
	Regierungsdirektorinnen	A 14	1	1	3	
	Institutsrektor,		1	1	1	
	Institutsrektorin		4	4	5	
	Oberregierungsräte,	A 13	2	2	2	
	Oberregierungsrätinnen		1	1	1	
	Institutsrektor,		1	1	1	
	Institutsrektorin		1	1	1	
	Regierungsräte,	A 9	1	1	1	
	Regierungsrätinnen					
	Institutsrektoren,					
	Institutsrektorinnen					
	Oberamtsrat, Oberamtsrätin	A 13	1	1	1	Zu VergGr IIa: 1 Stelle halbtägig, 1 Stelle ku nach BesGr A 13 (Regierungsrat) Zu VergGr IVb: 1 Stelle halbtägig Zu VergGr VII: 1 Stelle halbtägig
	Regierungsamtmann,	A 11	1	1	1	
	Regierungsamtfrau					
	Bibliotheksinspektor,	A 9	1	1	1	
	Bibliotheksinspektorin					
	Zusammen		17	17	21	
	Zugang/Abgang		-4	0		
	Leerstellen					
	Regierungsdirektor,	A 15	1	1	1	
	Regierungsdirektorin					
	Oberregierungsrat,	A 14	1	1	1	
	Oberregierungsrätin					
	Zusammen		2	2	2	
425 01	Angestellte					
	Tarifliche Angestellte	Ib	9	9	9	
		IIa	4	4	3	
		IVa	6	6	6	
		IVb	1	1	1	
		VIb	4	4	4	
		VII	4	4	4	
	(darunter Schreibkräfte)	VIII	(4)	(4)	(0)	
			1	1	1	
	Zusammen		29	29	28	
	Zugang/Abgang		+1	0		
	Gesamtübersicht					
422 01	Planmäßige Beamte		17	17	21	
425 01	Angestellte		29	29	28	
	(darunter Schreibkräfte)		(4)	(4)	(0)	
	Personalsoll A		46	46	49	
	(ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31 und ohne Leerstellen)					

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	1997	1998	Begründung
1	2	3	4
PERSONALSOLL A (Personal auf Stellen)			
Stellenumsetzungen			
Titel 422 01			
A14+AZ Institutsrektor, Institutsrektorin	-1	-	Umsetzung nach 05 30
A 14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	-2	-	Umsetzung und Umwandlung nach Kap. 10 10 BesGr R 1 Richter am Arbeitsgericht
Zwischensumme	-3	-	
Stellenumwandlungen			
Titel 422 01			
A 13 Regierungsrat, Regierungsrätin	-1	-	Umwandlung nach Titel 425 01 VerGr IIa
Titel 425 01			
IIa	+1	-	Umwandlung von Titel 422 01 BesGr A 13 Regierungsrat
Zwischensumme	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-3	-	

Erläuterungen

(noch zu Titel 422 01 mit Titel 425 01) Stellenübersicht der Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung

		Beamte							Angestellte							Stellen ins- gesamt	
		Besoldungsgruppe							Vergütungsgruppe								
		A16	A15	A14 +AZ	A14	A13	A11	A9	Ib	Ila	Iva	Ivb	Vlb	VII	VIII		IXb
Staatsinstitut für Familienforschung																	
	Für 1997	-	2	-	1	3	-	-	4	1	1	-	-	2	-	-	14
	Für 1998	-	2	-	1	3	-	-	4	1	1	-	-	2	-	-	14
Staatsinstitut für Frühpädagogik																	
	Für 1997	1	3	1	1	4	1	1	5	3	5	1	4	2	1	-	33
	Für 1998	1	3	1	1	4	1	1	5	3	5	1	4	2	1	-	33
Zusammen	1997	1	5	1	2	7	1	1	9	4	6	1	4	4	1	-	47
Zusammen	1998	1	5	1	2	7	1	1	9	4	6	1	4	4	1	-	47

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
	Planmäßige Beamte					
	Leitende Medizinaldirektoren.	A 16	4	4	4	1 Planstelle des höheren Dienstes darf bei Bedarf mit einem Beamten einer anderen Fachrichtung derselben Laufbahngruppe besetzt werden. Die ausgewiesenen Stellen - mit Ausnahme der Stellen für Arbeiter - sind verbindlich. Aus dem Stellingehalt der Stellen für Ärzte der BesGr A 13-A 15 dürfen auch die Entgelte für Ärzte im Praktikum bezahlt werden. Zahl der Dienstwohnungen: 1
	Leitende Medizinaldirektorinnen	A 15	13	13	13	
	Medizinaldirektoren.					
	Medizinaldirektorinnen					
	Regierungsdirektor.		1	1	1	
	Regierungsdirektorin					
	Medizinaloberräte.	A 14	20	20	20	
	Medizinaloberrätinnen					
	Pharmazieoberrat.		1	1	1	
	Pharmazieoberrätin					
	Medizinalräte.	A 13	18	18	18	
	Medizinalrätinnen					
	Oberamtsrat, Oberamtsrätin	A 13	1	1	1	
	Regierungsamtsrat.	A 12	1	1	1	
	Regierungsamtsrätin					
	gemäß §3 Nr.2 Buchst.a der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG		2	2	2	
	Regierungsamtsräte.					
	Regierungsamtsrätinnen					
	Sozialamtsrat, Sozialamtsrätin		1	1	1	
	Regierungsamtänner.	A 11	3	3	3	
	Regierungsamtfrauen					
	Regierungsoberinspektoren.	A 10	2	2	2	
	Regierungsoberinspektorinnen					
	Regierungsinspektor.	A 9	1	1	1	
	Regierungsinspektorin					
	Amtsinspektoren.	A 9+AZ	2	2	2	
	Amtsinspektorinnen					
	gemäß §3 Nr.4 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG					
	Pflegevorsteher, Oberinnen		5	5	5	
	Betriebsinspektor.		1	1	1	
	Betriebsinspektorin					
	Amtsinspektoren.	A 9	3	3	3	
	Amtsinspektorinnen					
	gemäß §3 Nr.4 der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG					
	Oberpfleger, Oberschwester		25	25	25	
	Regierungshauptsekretär.	A 8	1	1	1	
	Regierungshauptsekretärin					
	gemäß §3 Nr.2 Buchst.b der V zu §26 Abs.4 Nr.2 BBesG					
	Regierungshauptsekretäre.		2	2	2	
	Regierungshauptsekretärinnen					
	Abteilungspfleger.		31	31	31	
	Abteilungsschwester					
	Regierungsobersekretäre.	A 7	3	3	3	
	Regierungsobersekretärinnen					
	Regierungssekretär.	A 6	-	-	1	
	Regierungssekretärin					
	Regierungsassistent.	A 5	1	1	1	
	Regierungsassistentin					
	Betriebsassistent.	A 6	1	1	1	
	Betriebsassistentin					
	Zusammen		143	143	144	
	Zugang/Abgang		-1	0		

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	1997	1998	Begründung
1	2	3	4
PERSONALSOLL B (Personal aus Mitteln)			
Neue Stellen			
Angestellte			
Ib	+3	-	Mehrbedarf aufgrund der Neuregelungen des Arbeitszeitgesetzes
Vc	+1	-	Umstrukturierung des Instituts für Intensivmedizin
Kr	+4	-	Inbetriebnahme des stationären Bereichs des Schädel-Hirn-Zentrums.
XIII-I Krankenpflegekräfte	+6	-	Mehrbedarf aufgrund der Neuregelungen des Arbeitszeitgesetzes
	+5	-	Umstrukturierung des Instituts für Intensivmedizin
Arbeiter			
Arbeiter, Arbeiterinnen	+14	+2	Mehrbedarf aufgrund Neuorganisation der Wirtschaftsdienste
Summe der neuen Stellen	+33	+2	
Stelleneinsparungen			
Planmäßige Beamte			
A 6 Regierungssekretär, Regierungssekretärin	-1	-	Einsparung wegen Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten für 1995
Angestellte			
Kr XIII-I Krankenpflegekräfte	-4	-	Einsparung Neuorganisation der Wirtschaftsdienste
Zwischensumme	-5	-	
Stellenumwandlungen			
Angestellte			
Vc	+2	-	Umwandlung von 4 Stellen der VergGr VII
	+4	-	Umwandlung aus 4 Stellen der VergGr VII und 1 Praktikantenstelle.
VIb	+1	-	Umwandlung von 4 Stellen der VergGr VII
VII	-4	-	Umwandlung in 2 Stellen der VergGr Vc und 1 Stelle der VergGr VIb
	-4	-	Umwandlung mit 1 Praktikantenstelle in 4 Stellen der VergGr Vc
Praktikanten			
Praktikant, Praktikantin	-1	-	Umwandlung mit 4 Stellen der VergGr VII in 4 Stellen der VergGr Vc
Zwischensumme	-2	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	+26	+2	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
	Leerstellen					Zweckbestimmung der Leerstellen: Beurlaubungen sowie Wehr- und Zivildienst
	Medizinalräte,	A 13	2	2	2	
	Medizinalrätinnen					
	Regierungsobersekretäre,	A 7	2	2	2	
	Regierungsobersekretärinnen					
	Zusammen		4	4	4	
	Abgeordnete Beamte					
		A 15	2	2	2	
		A 13	1	1	1	
		A 12	1	1	1	
		A 11	1	1	1	
		A 8	2	2	2	
	Zusammen		7	7	7	
	Angestellte					
	Tarifliche Angestellte	I	5	5	5	1. Zu VergGr Ia, Ib und IIa: Aus dem Stellengehalt unbesetzter Stellen für Ärzte dürfen sowohl Vertretungskosten als auch die Entgelte für Ärzte im Praktikum bezahlt werden. 2. Zu VergGr Kr: Aus dem Stellengehalt unbesetzter Stellen für Krankenpflegekräfte dürfen auch die Ausbildungsgelder der Schülerinnen für Krankenpflege bezahlt werden. 3. Zu VergGr Vc, VIb, VII: Aus dem Stellengehalt unbesetzter Stellen dürfen auch die Entgelte für Praktikanten bezahlt werden.
		Ia	6	6	6	
		Ib	14	14	10	
		IIa	7	7	7	
		III	1	1	1	
		IVb	10	10	10	
		Vb	10	10	10	
		Vc	79	79	69	
		VIb	17	17	16	
		VII	13	13	21	
		VIII	22	22	22	
	(darunter Schreibkräfte)		(16)	(16)	(16)	
	Krankenpflegekräfte	Kr	342	342	335	
		XIII-I				
	Zusammen		526	526	512	
	Zugang/Abgang		+14	0		
	Leerstellen					Zweckbestimmung der Leerstellen: Beurlaubungen, Sonderurlaub, Wehr- und Zivildienst und EU-Rente auf Zeit
		Ia	1	1	-	
		Ib	2	2	-	
		Vb	1	1	1	
		Vc	11	11	11	
		IXb	3	3	3	
	Krankenpflegekräfte	Kr	25	25	25	
		XIII-I				
	Zusammen		43	43	40	
	Zugang/Abgang		+3	0		
	Arbeiter					
	Arbeiter, Arbeiterinnen		78	80	64	
	Zugang/Abgang		+14	+2		
	Praktikanten					
	Zugang/Abgang		-1	0	1	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	S t e l l e n z a h l			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
	Gesamtübersicht					
	Planmäßige Beamte		143	143	144	
	Angestellte		526	526	512	
	(darunter Schreibkräfte)		(16)	(16)	(16)	
	Arbeiter		78	80	64	
	Praktikanten		-	-	1	
	Personalsoll B		747	749	721	

Erläuterungen

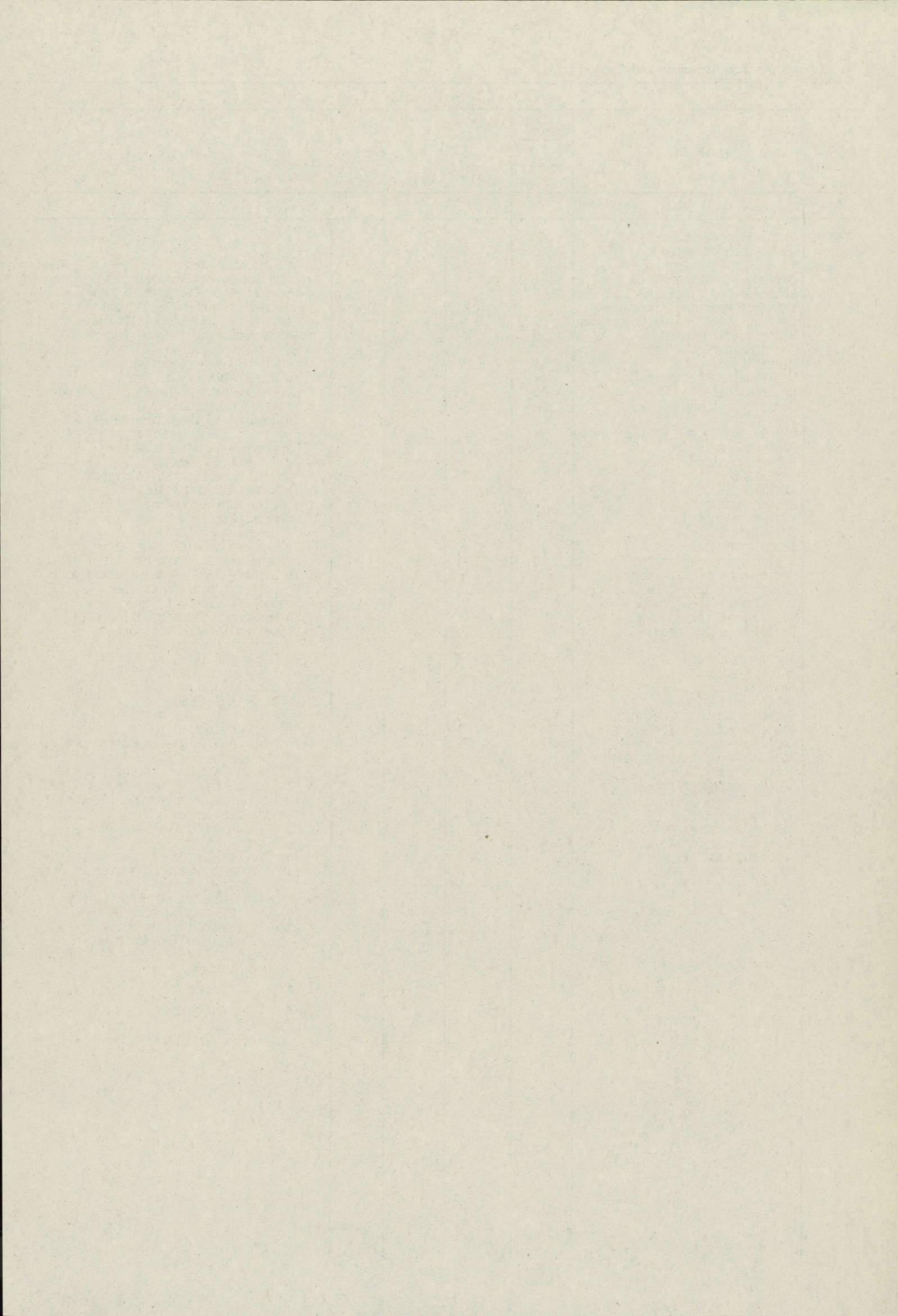
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	1997	1998	Begründung
1	2	3	4
LEERSTELLEN			
Neue Leerstellen			
Angestellte			
Ia	+1	-	wegen Zunahme von Beurlaubungen
Ib	+2	-	wegen Zunahme von Beurlaubungen
Summe der neuen Leerstellen	+3	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+3	-	

10 80

Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	S t e l l e n z a h l			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
422 01	Planmäßige Beamte					
	Leitende Gewerbedirektoren,	A 16	2	2	2	
	Leitende Gewerbedirektorinnen	A 15	1	1	1	
	Gewerbedirektor,					
	Gewerbedirektorin	A 14	2	2	2	
	Gewerbeoberräte,					
	Gewerbeoberrätinnen					
	Technischer Oberamtsrat,	A13+AZ	1	1	1	
	Technische Oberamtsrätin	A 13	1	1	1	
	Technischer Oberamtsrat,					
	Technische Oberamtsrätin	A 12	3	3	3	
	Technische Amtsrate, Technische					
	Amtsärztinnen	A 11	3	3	3	
	Technische Amtmänner,					
	Technische Amtfrauen	A 10	1	1	1	
	Technischer Oberinspektor,					
	Technische Oberinspektorin					
	Zusammen		14	14	14	
425 01	Angestellte					
	Tarifliche Angestellte	Vc	1	1	1	
	(darunter Schreibkräfte)	VII	2	2	2	
			(2)	(2)	(2)	
	Zusammen		3	3	3	
	Gesamtübersicht					
422 01	Planmäßige Beamte		14	14	14	
425 01	Angestellte		3	3	3	
	(darunter Schreibkräfte)		(2)	(2)	(2)	
	Personalsoll A		17	17	17	
	(ohne Stellen für abgeordnete					
	Beamte Titel 422 31 und					
	ohne Leerstellen)					



Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
422 01	Planmäßige Beamte a) Gesundheitsämter					
	Leitende Medizinaldirektoren, Leitende Medizinaldirektorinnen	A16+AZ	1	1	6	Soweit die über Art. 6a HG 1995/1996 einzusparenden 5 Stellen nicht in der ausgewiesenen Wertigkeit frei werden, können die darauf geführten Bediensteten mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen vorübergehend auf anderen Stellen der entsprechenden Laufbahngruppe im Einzelplan 10 verrechnet werden. Zu BesGr A016+AZ: Stelle ku nach BesGr A 16 (Leitender Medizinaldirektor). Zu BesGr A 13 (Medizinalräte): Bis zu 15 Stellen dürfen mit Ärzten der VergGr Ib besetzt werden. Zu BesGr A 13 (OAR): Für den gehobenen Sozialdienst. Zu BesGr A 9 und A 10 (Sozialinspektoren und -oberinspektoren): Die Stellen dürfen auch mit Assistenten im Gesundheitsdienst besetzt werden; vgl. Vermerk bei Titel 425 01. Zu BesGr A 9+AZ (Amtsinspektoren): 3 Stellen für den mittleren Gesundheitsdienst. Zu BesGr A 9 (Amtsinspektoren): 9 Stellen für den mittleren Gesundheitsdienst. Zu BesGr A 8 (RHS): 62 Stellen für den mittleren Gesundheitsdienst. Zu BesGr A 7 (ROS): 47 Stellen für den mittleren Gesundheitsdienst. Zu BesGr A 6 (Regierungssekretäre): 27 Stellen (1996:27 Stellen) für den mittleren Gesundheitsdienst. Diese Stellen dürfen auch mit Angestellten (Gesundheitsaufseher) bis zur VergGr VIb besetzt werden. - Bei Bedarf dürfen in Anspruch genommen werden: a) Die Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes der Kap. 10 90 und 10 92 sowie die Stellen des höheren Dienstes der Kap. 10 90, 10 91 und 10 92 zum Zwecke des Stellentausches gegenseitig; b) bis zu 8 Stellen des höheren Dienstes der Kap. 10 90, 10 91 und 10 92 gegenseitig. - Vgl. Vermerk zu Kap. 03 09 Tit. 422 01. - Vgl. Vermerk zu Kap. 10 40 Tit. 422 01. - Zahl der Dienstwohnungen: 1.
	Leitende Medizinaldirektoren, Leitende Medizinaldirektorinnen	A 16	20	20	16	
	Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen	A 15	84	84	84	
	Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	A 14	126	126	130	
	Medizinalräte, Medizinalrätinnen	A 13	49	48	51	
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A 13	7	7	7	
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A 12	2	2	2	
	Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen		38	38	38	
	Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau	A 11	1	1	1	
	Sozialamt männer, Sozialamt frauen		94	94	96	
	Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin	A 10	1	1	1	
	Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen		111	111	112	
	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	A 9	61	61	61	
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	5	5	5	
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	12	12	12	
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	79	79	79	
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	78	78	79	
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	36	36	40	
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 5	5	5	5	
	Amtsmeister, Amtsmeisterinnen	A 4	2	2	2	
	Hauptamtsgehilfe, Hauptamtsgehilfin	A 3	1	1	1	
	Zusammen Zugang/Abgang		813 -15	812 -1	828	

E r l ä u t e r u n g e n

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	1997	1998	Begründung
1	2	3	4
PERSONALSOLL A (Personal auf Stellen)			
Stelleneinsparungen			
Titel 422 01 (Gesundheitsämter)			
A 16 Leitender Medizinaldirektor, Leitende Medizinaldirektorin	-1	-	Einsparung wegen Übertritts der Bediensteten zur Stadt Ingolstadt
A 14 Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	-2	-	Einsparung wegen Übertritts der Bediensteten zur Stadt Ingolstadt.
A 13 Medizinalräte, Medizinalrätinnen	-2	-	Einsparung wegen Aufgabenabbaus
A 11 Sozialamtänner, Sozialamtfrauen	-2	-1	Einsparung wegen Aufgabenabbaus
A 10 Sozialoberinspektor, Sozialoberinspektorin	-1	-	Einsparung wegen Übertritts der Bediensteten zur Stadt Ingolstadt.
A 7 Regierungsobersekretär, Regierungsobersekretärin	-1	-	Einsparung wegen Übertritts der Bediensteten zur Stadt Ingolstadt.
A 6 Regierungssekretär, Regierungssekretärin	-1	-	Einsparung wegen Übertritts der Bediensteten zur Stadt Ingolstadt.
	-3	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1994
Titel 425 01 (Technische Assistentinnen)			
VII	-1	-	Einsparung wegen Übertritts der Bediensteten zur Stadt Ingolstadt.
Titel 425 01 (Gesundheitsaufseher)			
Vc	-1	-	Einsparung wegen Übertritts der Bediensteten zur Stadt Ingolstadt.
Titel 425 01 (Verwaltungsdienst)			
VIb	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1994
VII	-2	-	Einsparung wegen Übertritts der Bediensteten zur Stadt Ingolstadt.
	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1994
VIII	-3	-	Einsparung wegen Übertritts der Bediensteten zur Stadt Ingolstadt
	-3	-	Einsparung im Vollzug des Vermerks zu Kap. 10 90 Tit. 425 01 Verwaltungsdienst
	-3	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1994
	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995
Titel 425 01 (Assistenten(innen) im Gesundheitsdienst)			
Vc	-3	-3	Einsparung wegen Aufgabenabbaus
	-1	-	Einsparung wegen Übertritts der Bediensteten zur Stadt Ingolstadt.
	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995
VIb	-1	-	Einsparung wegen Übertritts der Bediensteten zur Stadt Ingolstadt.
Summe der Stelleneinsparungen	-40	-4	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
422 01	b) Landgerichtsärzte					
	Leitender Medizinaldirektor,	A16+AZ	1	1	1	
	Leitende Medizinaldirektorin	A 16	4	4	4	
	Leitende Medizinaldirektoren,	A 15	16	16	16	
	Leitende Medizinaldirektorinnen	A 14	19	19	19	
	Medizinaldirektoren,					
	Medizinaldirektorinnen					
	Medizinaloberräte,					
	Medizinaloberrätinnen					
	Zusammen		40	40	40	
	Leerstellen					
	Medizinaldirektor,	A 15	1	1	1	Zweckbestimmung der Leerstellen: Beurlaubungen nach Art. 80 a und 86 a BayBG und für Beamte im Erziehungsurlaub.
	Medizinaldirektorin	A 14	9	9	9	
	Medizinaloberräte,	A 11	11	11	11	
	Medizinaloberrätinnen	A 10	30	30	30	
	Sozialamtmänner,	A 9	22	22	22	
	Sozialamtfrauen	A 7	1	1	1	
	Sozialoberinspektoren,					
	Sozialoberinspektorinnen					
	Sozialinspektoren,					
	Sozialinspektorinnen					
	Regierungsoberssekretär,					
	Regierungsoberssekretärin					
	Zusammen		74	74	74	
425 01	Angestellte					
	a) Sozialarbeiter(innen)					
	Tarifliche Angestellte	IVb	45	45	45	Die Stellen für Sozialarbeiter(innen) dürfen auch mit Assistenten im Gesundheitsdienst besetzt werden; vgl. Vermerk bei Titel 422 01.
		Vb	4	4	4	
	Zusammen		49	49	49	
425 01	b) Technische Assistentinnen					
	Tarifliche Angestellte	Vc	11	11	11	
		VIIb	9	9	9	
		VII	61	61	62	
	Zusammen		81	81	82	
	Zugang/Abgang		-1	0		
	Leerstellen					
	Technische Assistentin	Vc	1	1	1	
425 01	c) Gesundheitsaufseher					
	Tarifliche Angestellte	Vc	24	24	25	
	Zugang/Abgang		-1	0		
425 01	d) Verwaltungsdienst					
	Tarifliche Angestellte	Vc	27	27	27	10,5 Stellen der VergGr VIII kw sowie je 10 Stellen der VergGr VIII gesperrt ab 1.1.1995 bzw. 1.1.1996 mit dem Freiwerden von Stellen bei Gesundheitsämtern, bei denen EDV-Systeme im Verwaltungsdienst eingeführt werden.
		VIIb	72	72	74	
		VII	92	92	96	
	(darunter Schreibkräfte)	VIII	(27)	(27)	(27)	
			202	202	212	
	(darunter Schreibkräfte)		(139)	(139)	(139)	
		IXb	1	1	1	
	Zusammen		394	394	410	
	Zugang/Abgang		-16	0		

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	1997	1998	Begründung
1	2	3	4
Stellenabsenkungen			
Titel 422 01 (Gesundheitsämter)			
A16+AZ Leitende Medizinaldirektoren, Leitende Medizinaldirektorinnen	-5	-	Absenkung nach BesGr A 16 Leitende Medizinaldirektoren
A 16 Leitende Medizinaldirektoren, Leitende Medizinaldirektorinnen	+5	-	Absenkung von BesGr A 16 + AZ Leitende Medizinaldirektoren
Zwischensumme	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-40	-4	
PERSONALSOLL B (Personal aus Mitteln)			
Stelleneinsparungen			
Titel 426 01			
Arbeiter, Arbeiterin	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995
Titel 427 41 (TG 41)			
Fachhochschulpraktikanten, Fachhochschulpraktikantinnen, Famuli, Ärzte im Praktikum, Ärztinnen im Praktikum	-201	-	Einsparung Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
Summe der Stelleneinsparungen	-202	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	-202	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
	Leerstellen					Zweckbestimmung der Leerstellen: Beurlaubungen nach § 50 BAT, Rente auf Zeit und Angestellte im Erziehungsurlaub.
	Verwaltungsdienst	V Ib V II V III	22 27 21	22 27 21	22 27 21	
	Zusammen		70	70	70	
425 01	e) Assistenten(innen) im Gesundheitsdienst					Bis zu 10 Stellen dürfen auch mit Angestellten im Verwaltungsdienst besetzt werden. Zu VergGr Vc: Soweit die über Art. 6a HG 1997/1998 einzusparenden 6 Stellen nicht in der ausgewiesenen Wertigkeit frei werden, können die darauf geführten Bediensteten mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen vorübergehend auf anderen Stellen einer entsprechenden oder höherwertigen Laufbahngruppe im Einzelplan 10 geführt werden. 9 Stellen kw.
	Tarifliche Angestellte	Vc V Ib	114 26	111 26	120 27	
	Zusammen Zugang/Abgang		140 -7	137 -3	147	
	Leerstellen					
		Vc V Ib	5 5	5 5	5 5	
	Zusammen		10	10	10	
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		6	6	6	
426 01	Arbeiter					
	Arbeiter, Arbeiterinnen		47	47	48	
	Zugang/Abgang		-1	0		
427 41	Praktikanten					
	Zugang/Abgang		50 -201	50 0	251	

10 90

Staatliche Gesundheitsämter und Landgerichtsärzte

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
	Gesamtübersicht					
422 01	Planmäßige Beamte					
	a) Gesundheitsämter		813	812	828	
422 01	b) Landgerichtsärzte		40	40	40	
425 01	Angestellte					
	a) Sozialarbeiter(innen)		49	49	49	
425 01	b) Technische Assistentinnen		81	81	82	
425 01	c) Gesundheitsaufseher		24	24	25	
425 01	d) Verwaltungsdienst		394	394	410	
	(darunter Schreibkräfte)		(166)	(166)	(166)	
425 01	e) Assistenten(innen) im Gesundheitsdienst		140	137	147	
	Personalsoll A		1.541	1.537	1.581	
	(ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31 und ohne Leerstellen)					
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		6	6	6	
426 01	Arbeiter		47	47	48	
427 41	Praktikanten		50	50	251	
	Personalsoll B		103	103	305	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
422 01	Planmäßige Beamte					Bei Bedarf dürfen in Anspruch genommen werden: 1. Die Stellen der BesGr A 16 (Leitende Veterinärdirektoren), der BesGr A 15 (Veterinärdirektoren), der BesGr A 14 (Veterinäroberräte) und der BesGr A 13 (Veterinärräte) der Kap. 10 91 und 10 40 zum Zwecke des Stellentausches gegenseitig; 2. Bis zu 7 Stellen dieser BesGr bei den Kap. 10 91 und 10 40 gegenseitig. Vgl. Vermerk Nr. 9 bei Kap. 10 90 Tit. 422 01. Zweckbestimmung der Leerstellen: Beurlaubungen nach Art. 80 a und 86 a BayBG und für Beamte im Erziehungsurlaub.
	Leitende Veterinärdirektoren,	A 16	2	2	2	
	Leitende Veterinärdirektorinnen	A 15	73	73	71	
	Veterinärdirektoren,					
	Veterinärdirektorinnen	A 14	76	79	73	
	Veterinäroberräte,					
	Veterinäroberrätinnen	A 13	33	34	31	
	Veterinärräte,					
	Veterinärrätinnen					
	Zusammen		184	188	177	
	Zugang/Abgang		+7	+4		
	Leerstellen					
	Veterinäroberräte,	A 14	5	5	5	
	Veterinäroberrätinnen					
	Veterinärräte,	A 13	2	2	2	
	Veterinärrätinnen					
	Zusammen		7	7	7	
422 26	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst					
	Veterinärreferendare,	A 13	38	38	38	
	Veterinärreferendarinnen					
422 31	Abgeordnete Beamte	A 13	3	3	3	
425 01	Angestellte					
	Tarifliche Angestellte	VII	8	8	8	
426 01	Arbeiter					
	Arbeiter, Arbeiterin		1	1	1	
	Gesamtübersicht					
422 01	Planmäßige Beamte		184	188	177	
425 01	Angestellte		8	8	8	
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31 und ohne Leerstellen)		192	196	185	
422 26	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		38	38	38	
426 01	Arbeiter		1	1	1	
	Personalsoll B		39	39	39	

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	1997	1998	Begründung
1	2	3	4
PERSONALSOLL A (Personal auf Stellen)			
Neue Stellen			
Titel 422 01			
A 15 Veterinärdirektoren, Veterinärdirektorinnen	+2	-	für die Aufgaben der Städt. Veterinärämter Schweinfurt, Augsburg und Rosenheim, die auf den Staat übertragen werden.
A 14 Veterinäroberräte, Veterinäroberrätinnen	+3	+3	für die Aufgaben der Städt. Veterinärämter Schweinfurt, Augsburg und Rosenheim, die auf den Staat übertragen werden.
A 13 Veterinärräte, Veterinärrätinnen	+2	+1	für die Aufgaben der Städt. Veterinärämter Fürth, Amberg, Landshut und Erlangen, die auf den Staat übertragen werden.
Summe der neuen Stellen	+7	+4	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+7	+4	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	S t e l l e n z a h l			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
422 01	Plarmäßige Beamte					Vgl. Vermerk Nr. 9 bei Kap. 10 90 Tit. 422 01.
	Präsidenten der Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen, Präsidentinnen der Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen	B 3	2	2	2	
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	A 16	2	2	2	
	Leitende Chemiedirektoren, Leitende Chemiedirektorinnen		5	5	5	
	Leitende Medizinaldirektoren, Leitende Medizinaldirektorinnen		4	4	4	
	Leitende Veterinärdirektoren, Leitende Veterinärdirektorinnen		5	5	5	
	Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin	A 15	1	1	1	
	Chemiedirektoren, Chemiedirektorinnen		24	25	24	
	Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen		8	8	8	
	Pharmaziedirektor, Pharmaziedirektorin		1	1	1	
	Veterinärdirektoren, Veterinärdirektorinnen		11	11	11	
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A 14	3	3	3	
	Chemieoberräte, Chemieoberrätinnen		36	39	36	
	Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen		9	9	9	
	Veterinäroberräte, Veterinäroberrätinnen		20	20	20	
	Chemieräte, Chemierätinnen	A 13	21	21	23	
	Medizinalrat, Medizinalrätin		-	-	1	
	Pharmazierat, Pharmazierätin		1	1	1	
	Veterinärräte, Veterinärrätinnen		14	14	15	
	Technischer Oberamtsrat, Technische Oberamtsrätin	A 13	1	1	1	
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen		2	2	2	
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	A 12	2	2	2	
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen		3	3	3	
	Technische Amtsmänner, Technische Amtfrauen	A 11	3	3	3	
	Regierungsamtsmänner, Regierungsamtfrauen		5	5	5	
	Technischer Oberinspektor, Technische Oberinspektorin	A 10	-	-	1	
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen		3	3	3	
	Technischer Amtsinspektor, Technische Amtsinspektorin	A 9	1	1	1	
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin	A 8	1	1	1	
	Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen		4	4	4	
	Technische Obersekretäre, Technische Obersekretärinnen	A 7	4	4	4	
	Verwaltungsbetriebssekretär, Verwaltungsbetriebssekretärin	A 6	1	1	1	

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr. VergGr. LohnGr	1997	1998	Begründung
1	2	3	4
PERSONALSOLL A (Personal auf Stellen)			
Neue Stellen			
Titel 422 01			
A 15 Chemiedirektor, Chemiedirektorin	-	+1	für die Aufgaben des Chemischen Untersuchungsamtes Nürnberg, die auf den Staat übertragen werden.
A 14 Chemieoberräte, Chemieoberrätinnen	-	+3	für die Aufgaben des Chemischen Untersuchungsamtes Nürnberg, die auf den Staat übertragen werden.
Titel 425 01 (Technischer Dienst)			
Vc	-	+5	für die Aufgaben des Chemischen Untersuchungsamtes Nürnberg, die auf den Staat übertragen werden.
Summe der neuen Stellen	-	+9	
Stelleneinsparungen			
Titel 422 01			
A 13 Chemieräte, Chemierätinnen	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995
Medizinalrat, Medizinalrätin	-1	-	Einsparung wegen Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten für 1995
Veterinärnat, Veterinärnätin	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995
Titel 425 01 (Verwaltungsdienst)			
VIII	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995
Titel 425 01 (Technischer Dienst)			
VIb	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995
VIII	-2	-	Einsparung wegen Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten für 1995
Summe der Stelleneinsparungen	-9	-	
Stellenumsetzungen			
Titel 425 01 (Verwaltungsdienst)			
IXb	-1	-	Umsetzung nach Kap. 10 40
Zugleich Summe der Stellenumsetzungen			

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	S t e l l e n z a h l			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
noch 422 01	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 6	3	3	3	
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 5	2	2	2	
	Zusammen Zugang/Abgang		202 -5	206 +4	207	
	Leerstellen					
	Medizinaloberrat, Medizinaloberrätin	A 14	1	1	1	
	Veterinäroberrat, Veterinäroberrätin		1	1	1	
	Chemieoberräte, Chemieoberrätinnen		2	2	2	
	Chemieräte, Chemierätinnen	A 13	5	5	5	
	Veterinärrat, Veterinärärztin	A 11	1	1	1	
	Regierungsamtsträger, Regierungsamtsträgerinnen	A 10	2	2	2	
422 31	Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin	A 10	1	1	1	Zweckbestimmung der Leerstellen: Beurlaubungen nach Art. 80 a und 86 a BayBG sowie für Beamte in Erziehungs- urlaub.
	Zusammen		13	13	13	
	Abgeordnete Beamte					
		A 13	3	3	3	
	Angestellte					
	a) Verwaltungsdienst					
	Tarifliche Angestellte	IIa	2	2	2	
		IVb	9	9	9	
		Vb	5	5	5	
		Vc	5	5	5	
425 01		VIb	24	24	24	Zweckbestimmung der Leerstellen: Beurlaubungen nach § 50 BAT, Angestellte in Erziehungsurlaub sowie Rente auf Zeit.
		VII	38	38	38	
	(darunter Schreibkräfte)		(13)	(13)	(13)	
		VIII	40	40	41	
	(darunter Schreibkräfte)		(17)	(17)	(17)	
		IXb	-	-	1	
	Zusammen		123	123	125	
	Zugang/Abgang		-2	0		
	Leerstellen					
		VIb	1	1	-	
		VII	6	6	5	
	Zusammen		7	7	5	
	Zugang/Abgang		+2	0		

E r l ä u t e r u n g e n

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	1997	1998	Begründung
1	2	3	4
Stellenumwandlungen			
Titel 422 01			
A 10 Technischer Oberinspektor, Technische Oberinspektorin	-1	-	Umwandlung nach Titel 425 01 VergGr IVb BAT (Technischer Dienst)
Titel 425 01 (Technischer Dienst)			
IVb	+1	-	Umwandlung von Tit. 422 01 BesGr A 10 Technischer Oberinspektor
Zwischensumme	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-10	+9	
PERSONALSOLL B (Personal aus Mitteln)			
Stelleneinsparungen			
Titel 426 01			
Arbeiter, Arbeiterin	-1	-	Einsparung wegen Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten für 1995
	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6 a HG 1995/1996 für 1995
Summe der Stelleneinsparungen	-3	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	-3	-	
LEERSTELLEN			
Neue Leerstellen			
Titel 425 01 (Verwaltungsdienst)			
Vlb	+1	-	Beurlaubung für Angestellte gemäß § 50 BAT
VII	+1	-	Beurlaubung für Angestellte gemäß § 50 BAT
Titel 425 01 (Technischer Dienst)			
Vb	+2	-	Beurlaubung für Angestellte gemäß § 50 BAT
Vc	+7	-	Beurlaubung für Angestellte gemäß § 50 BAT
VII	+1	-	Beurlaubung für Angestellte gemäß § 50 BAT
Summe der neuen Leerstellen	+12	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+12	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
425 01	b) Technischer Dienst Tarifliche Angestellte	IVa IVb Vb Vc VIb VII VIII IXb	3 34 72 58 197 22 14 2	3 34 72 63 197 22 14 2	3 33 72 58 199 22 16 2	
	Zusammen Zugang/Abgang		402 -3	407 +5	405	
425 01	Angestellte Auszubildende		6	6	6	
425 01	b) Technischer Dienst Leerstellen					Zweckbestimmung der Leerstellen:
	Tarifliche Angestellte	Vb Vc VIb VII	4 11 5 2	4 11 5 2	2 4 5 1	Beurlaubungen nach § 50 BAT, 21 Stellen Angestellte in Erziehungsurlaub und Rente auf Zeit
	Zusammen Zugang/Abgang		22 +10	22 0	12	Sonstige Beurlaubung 1 Stelle
						Zusammen 22 Stellen
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		7	7	7	
426 01	Arbeiter Arbeiter, Arbeiterinnen Zugang/Abgang		105 -3	105 0	108	
427 41	Praktikanten		47	47	47	
	Gesamtübersicht					
422 01	Planmäßige Beamte		202	206	207	
425 01	Angestellte					
	a) Verwaltungsdienst (darunter Schreibkräfte)		123 (30)	123 (30)	125 (30)	
425 01	b) Technischer Dienst		402	407	405	
425 01	Angestellte		6	6	6	
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31 und ohne Leerstellen)		733	742	743	
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		7	7	7	
426 01	Arbeiter		105	105	108	
427 41	Praktikanten		47	47	47	
	Personalsoll B		159	159	162	

S t e l l e n p l a n

Titel	Bezeichnung	BesGr	S t e l l e n z a h l			Vermerke
		VergGr				
		LohnGr	1997	1998	1996	
1	2	3	4	5	6	7
	Gesamtübersicht					
422 01	Planmäßige Beamte		4.415	4.422	4.487	
422 11	Beamte zur Anstellung		1	1	1	
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		303	303	303	
425 01	Angestellte (darunter Schreibkräfte)		2.751 (573)	2.753 (573)	2.788 (606)	
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31 und ohne Leerstellen)		7.470	7.479	7.579	
	Ferner:					
	Planmäßige Beamte		2.594	2.604	2.500	Soweit keine Titel angegeben sind, handelt es sich um Stellen für Beschäftigte, deren Bezüge nicht aus Mitteln des bayerischen Staatshaushalts gezahlt werden, und zwar:
	Beamte zur Anstellung		233	233	233	
	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		666	666	666	
422 26	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		38	38	38	
422 56	Planmäßige Beamte		5	5	5	Landesversicherungsanstalten (Kap. 10 41)
	Angestellte		526	526	512	
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		631	631	607	Krankenhaus Hohe Warte, Bayreuth (Kap. 10 71)
425 52	Angestellte		13	13	23	
425 56	Angestellte		8	8	8	
425 60	Angestellte		20	20	20	
426 01	Arbeiter		726	726	682	
	Arbeiter		78	80	64	
426 60	Arbeiter		4	4	4	
427 41	Praktikanten		103	103	304	
	Praktikanten		-	-	1	
	Personalsoll B		5.645	5.657	5.667	

